

v. 25 pt. 2

JACKSON LIBRARY-UNCG



3 0510 0278457%

The Woman's College of
University of North Carolina

The LIBRARY



~~G940.28~~

~~G375~~

~~v. 25~~

~~pt. 2~~

Seminar room 208

Date Due

*This book must
not be taken
from the building.*



PRINTED IN U. S. A.



Digitized by the Internet Archive
in 2025

Journal of the
American Association of
1874-1875



Published by the
American Association of

Die
Diplomatischen Akten
des Auswärtigen Amtes
1871—1914



Herausgegeben
im Auftrage des Auswärtigen Amtes

D^o
314
G4
v. 25
ph 2

Die Große Politik der Europäischen Kabinette 1871–1914

Sammlung der Diplomatischen
Akten des Auswärtigen Amtes

Im Auftrage des Auswärtigen Amtes

herausgegeben von

Johannes Lepsius

Albrecht Mendelssohn Bartholdy

Friedrich Thimme

Sammlung der Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes

1

9

2

5

DEUTSCHE VERLAGSGESELLSCHAFT FÜR POLITIK
UND GESCHICHTE M.B.H. IN BERLIN W 8

25. Band:

Die Englisch- Russische Entente und der Osten

Zweite Hälfte

1

9

2

5

DEUTSCHE VERLAGSGESELLSCHAFT FÜR POLITIK
UND GESCHICHTE M. B. H. IN BERLIN W 8



Seimner fund

1. Auflage

Alle Rechte, besonders das der Übersetzung, vorbehalten / Für Rußland auf Grund der deutsch-russischen Übereinkunft / Amerikanisches Copyright 1925 by Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte m. b. H. in Berlin W 8, Unter den Linden 17/18 / Amerikanische Schutzzollformel: Made in Germany / Gesetzt und gedruckt in der Roßberg'schen Buchdruckerei in Leipzig

[Faint handwritten notes and markings, including "pt. 2"]

Inhaltsübersicht des fünfundzwanzigsten Bandes (2. Hälfte)

KAPITEL CLXXXVII

Das Sandschakbahnprojekt. Verdächtigungen Deutscher Politik . . 281

KAPITEL CLXXXVIII

Das Ende der Österreichisch-Russischen Entente. Die Anbahnung
eines Englisch-Russischen Zusammengehens im Nahen Orient . 383

KAPITEL CLXXXIX

Die Entrevue von Reval. Legenden und Intrigen 439

KAPITEL CXC

Das Englisch-Russische Reformprojekt. Iswolskys Drohungen. . . . 495

KAPITEL CXCI

Die Jungtürkische Revolution und die Mächte. 1908 555

Namensregister zu den Bänden XIX—XXV 627

Ein ausführliches Namen- und Sachverzeichnis erscheint zum Schlusse
des gesamten Werkes

192549

Kapitel CLXXXVII

Das Sandschakbahnprojekt
Verdächtigungen Deutscher Politik

Nr. 8681

*Der Gesandte in Belgrad Prinz von Ratibor
an den Reichskanzler Fürsten von Bülow*

Ausfertigung

Nr. 220

Belgrad, den 22. Oktober 1906

Das alte Projekt einer Transversalbahn durch den Balkan nimmt augenscheinlich in der letzten Zeit festere Formen an. Nicht nur in den hiesigen Zeitungen tauchen immer wieder diesbezügliche Nachrichten auf, sondern, wie ich zuverlässig höre, sind sogar in Paris die Pläne bereits fertiggestellt.

Eine französisch-italienisch-englische Gruppe soll sich für Bahnbauten in Albanien interessieren. Eine Strecke soll von Dulcigno ausgehen, über Skutari nach Prisren geführt und von dort die Linie Üsküb-Mitrowiza doppelt verbunden werden auf kürzestem Wege mit Katschanik und über Ipek mit Mitrowiza. Von Mitrowiza soll dann der Anschluß nach Nisch über Kurschumlja hergestellt werden. Eine weitere Strecke ist von Valona nach Ochrida geplant, sie würde zunächst dem Lauf der Wiosa bis Premeti folgen und dann nach Norden über Koriza nach Ochrida umbiegen. Von Ochrida soll der Anschluß an die Linie Saloniki-Bitolia und ferner an die Linie Skutari-Prisren durchgeführt werden.

Der Kostenvoranschlag soll frcs. 200000 für den Kilometer vorsehen.

Sind derartige Projekte nicht mehr zu hindern, so wird es sich wohl auch für uns notwendig erweisen, zu denselben eine bestimmte Stellung zu nehmen. Für Österreich-Ungarn aber dürfte es sich empfehlen, im Sandschak Bahnen anzulegen, um dem seinen Interessen fraglos schädlichen Einfluß der albanischen Linien soweit als möglich entgegenzuarbeiten.

M. Ratibor

*Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall
an den Reichskanzler Fürsten von Bülow*

Ausfertigung

Nr. 196
Geheim

Pera, den 19. November 1906

Den Bericht des Kaiserlichen Gesandten in Belgrad vom 22. Oktober* bezüglich der projektierten Bahnbauten in Albanien, Mazedonien und Serbien habe ich zu erhalten die Ehre gehabt. Da ich mich erinnerte, daß ähnliche Projekte schon seit Jahren bestehen und ich in früheren Zeiten einmal mit Herrn Huguenin darüber gesprochen hatte, habe ich letzteren gebeten, mir mitzuteilen, was bei der Anatolischen Bahn über Bahnprojekte auf der Balkanhalbinsel bekannt ist. Herr Huguenin hat mir darauf die beifolgende Karte überreicht, auf der die ihm bekannten Projekte eingezeichnet sind. Im einzelnen gestatte ich mir folgende Bemerkungen:

1) Die Bahn von Dulcigno nach Skutari, Prisren, Mitrowiza, Nisch beruht auf einem schon lange bestehenden serbischen Wunsche, den die jüngsten Konflikte mit Österreich-Ungarn begreiflicherweise gesteigert haben. Die Motive dieses Wunsches bedürfen kaum einer näheren Darlegung. Sie sind politischer und wirtschaftlicher Natur. Serbien würde durch die Ausführung dieser Bahn den Keil, den seinerzeit Österreich-Ungarn durch die Besetzung von Bosnien und der Herzegowina bzw. des Sandschaks Nowipasar zwischen ihm und dem stammverwandten Montenegro getrieben hat, südlich umgehen, in direkte Verbindung mit Montenegro treten und dabei den Zugang zu den altserbischen Gebieten erhalten, auf die es schon lange sein Auge geworfen hat. Wirtschaftlich wird die Stellung von Serbien zu Österreich-Ungarn durch eine Bahn zum Adriatischen Meere von Grund aus verändert werden.

2) Neu ist das Projekt einer Bahn von Valona über Ochrida nach Monastir (Bitolia). Da in jenen Gegenden das italienische Element sehr stark vertreten ist, dort zahlreiche italienische Schulen bestehen und Valona an der Stelle liegt, wo das Adriatische Meer die geringste Breite aufweist, so dürfte man in der Annahme nicht fehlgehen, daß das politische und wirtschaftliche Interesse an dieser Bahn vornehmlich auf der Apenninischen Halbinsel liegt.

Daß der Sultan eines dieser Bahnprojekte konzедieren wird, ist völlig ausgeschlossen. Die Aussichtslosigkeit derselben ist eine so absolute und allen Kennern der hiesigen Verhältnisse so bekannte, daß ich ernstlich zweifeln möchte, ob es sich hier vorläufig um etwas anderes als fromme Wünsche handelt. Von der Bildung eines Syndikats für die beiden Bahn-

* Siehe Nr. 8681.

projekte ist hier nicht das geringste bekannt. Der Sultan ist ein prinzipieller Gegner aller Bahnen, die vom Meere aus nach dem Innern des Landes gehen. Als ich vor vier Jahren die Konzession der Bagdadbahn betrieb und kategorisch das Verlangen vertrat, daß bei der Trace ein Ausgang nach dem Mittelländischen Meere vorgesehen werden müsse, wagte weder im Palais noch auf der Pforte irgend jemand, die Sache beim Sultan zur Sprache zu bringen. Erst in einer mehrstündigen persönlichen Unterredung gelang es mir, den hohen Herrn davon zu überzeugen, daß die Bahn schon wegen des Materialtransports ohne Zugang zum Meere gar nicht gebaut werden könne. Ich habe mit diesem Argument schließlich unser Verlangen durchgesetzt, aber nur unter der Bedingung, daß die Zweigbahn nach dem Meere alsbald nach Vollendung der Hauptbahn wieder abgebrochen werde. Für die Stellung des Sultans zu albanischen Bahnen ist der Fall Rüdiger charakteristisch. Ein Deutscher dieses Namens hatte bei Durazzo Wälder gekauft, um dieselben abholzen zu lassen. Als er, um das Holz abzufahren, eine Feldbahn (Décauville) bezogen und dieselbe auf eine Strecke von etwa drei Kilometern von dem Meere aus nach dem Walde gelegt hatte, befahl der Sultan sofort „aus strategischen Gründen“ die Sperre dieser Bahn. Nicht weniger als zwei Jahre habe ich mich bemühen müssen, um unter Hinweis darauf, daß eine jederzeit entfernbare, mit Pferden betriebene Feldbahn niemals für irgendwelche militärischen Zwecke brauchbar sein könnte, die Aufhebung der Sperre zu bewirken. Man kann sich nach diesem Präzedenzfall vorstellen, welche Haltung der Sultan einnehmen würde, wenn die erwähnten albanischen Bahnprojekte einmal zu seiner Kenntnis gelangen.

Der mit Bestimmtheit zu erwartende türkische Widerstand gegen die von dem Kaiserlichen Gesandten in Belgrad gemeldeten Pläne scheint mir politisch durchaus erwünscht zu sein. Denn es ist kaum möglich, Bahnprojekte zu ersinnen, welche in dem Maße politischen Zündstoff enthalten als die in Frage stehenden. Österreich-Ungarn würde die Bahn Dulcignonisch aufs schärfste bekämpfen, denn mit ihr wäre die politische und wirtschaftliche Präponderanz, welche die Doppelmonarchie bisher Serbien gegenüber — nicht immer in sehr geschickter Weise — ausgeübt hat, definitiv zu Ende. Man würde zudem in Wien in dem fraglichen Projekt eine italienisch-serbisch-montenegrinische Intrige sehen, dazu bestimmt, die politische Stellung Österreich-Ungarns nicht nur in Serbien, sondern auch in Albanien und in Mazedonien zu schwächen. Die Erbauung der Sandschakbahn, zu der Österreich-Ungarn nach dem Berliner Verträge berechtigt ist, würde keine Kompensation bilden und dabei dem Mißtrauen der Pforte und der christlichen Balkanvölker gegen die österreichisch-ungarische Politik neue Nahrung zuführen. Was nun gar die Bahn Valona-Monastir betrifft, so könnte man Österreich-Ungarn kaum verübeln, wenn es in der Durchführung dieses Projekts eine Veränderung des Status quo in Albanien und selbst in Mazedonien zugunsten Italiens erblicken würde. Man erinnert sich der ernstesten Kämpfe, deren es vor zwei

Jahren bedurfte, um in Wien die Genehmigung zur Zuweisung des Wilajets Monastir an die italienische Gendarmerie zu erwirken*. Schließlich ist dies nur unter der Bedingung konzediert worden, daß General de Georgis niemals sein Hauptquartier in Monastir aufschlage. Das gibt einen Vorgeschmack von der italienisch—österreichisch-ungarischen Friktion, welche unfehlbar entstehen müßte, wenn die Bahn Valona-Monastir jemals greifbare Gestalt gewinnen würde. Die Bulgaren würden natürlich auch nicht ruhig bleiben, wenn den Serben eine Bahnverbindung nach Altserbien zugestanden würde, während die von ihnen angestrebten Bahnen, nämlich von der bulgarischen Grenze nach Kumanowa bzw. Üsküb und diejenige nach Seres keinerlei Aussicht haben, von der Pforte konzediert zu werden. Daß auch die Griechen ein großes Geschrei erheben werden, wenn im südlichen Albanien, das sie als ihre Interessensphäre behandeln, Bahnen gebaut werden, die nicht nach Griechenland führen, versteht sich von selbst. Und endlich — last not least — besteht bei den Kennern Albaniens kein Zweifel darüber, daß die dortigen Gebirgsbewohner zum bewaffneten Aufstand schreiten werden, um Unternehmen zu hindern, in denen sie eine Bedrohung ihrer Selbständigkeit erblicken.

Von allen Projekten, die auf beiliegender Karte eingezeichnet sind, hat höchstens dasjenige einer Bahn von Larissa zum Anschluß an das bestehende mazedonische Bahnnetz eine gewisse Aussicht, einmal realisiert zu werden. Seit Jahren bewirbt sich die französische Gruppe des Grafen Vitali um diese Konzession. Aber eine Einigung über die Trace steht noch in weiter Ferne. Die Franzosen möchten der Billigkeit wegen längs der Küste nach Salonik bauen. Die Türken wollen davon aus militärischen Gründen nichts wissen und verlangen den Anschluß an die Salonik-Monastir-Bahn. Das lehnen die Franzosen wegen der hohen Kosten ab.

Unter diesen Umständen scheint mir kein Anlaß für uns vorzuliegen, irgend eine Stellung zu den fraglichen Bahnprojekten zu nehmen.

Marschall

Nr. 8683

*Der Botschafter in Wien Graf Karl von Wedel
an den Reichskanzler Fürsten von Bülow*

Ausfertigung

Nr. 439

Wien, den 18. Dezember 1906

Das Projekt einer Balkantransversalbahn, welche eine Verbindung zwischen der unteren Donau und der Adria schaffen soll, ist kein neues, da man sich in gewissen, speziell italienischen Kreisen schon zur Zeit meiner Tätigkeit in Rom mit diesem Plane beschäftigte.

* Vgl. darüber Bd. XXII, Kap. CLXI, A.

Ich habe diesem Projekte bisher durchaus skeptisch gegenübergestanden, weil die enormen Kosten, die der Bau der Bahn durch größtenteils schwieriges Terrain verursachen müßte, bei der nur teilweise im größeren Stile vorhandenen Export- und Importfähigkeit der von ihr durchschnittenen Gebiete eine auch nur annähernde Rentabilität für lange Jahre auszuschließen scheinen.

Neuerdings beginnt indessen, nach den äußeren Anzeichen zu schließen, die fragliche Transversallinie greifbarere Gestalt anzunehmen. Schon vor zwei Monaten berichtete der Kaiserliche Gesandte in Belgrad*, daß man sich, soweit Serbien dabei in Frage komme, in dortigen Kreisen ernstlich mit der Realisierung des Projektes beschäftige, und seit einiger Zeit beginnt auch die hiesige Presse, dasselbe als eine die österreichisch-ungarischen Interessen sowohl vom wirtschaftlichen wie strategischen Gesichtspunkte aus tangierende Angelegenheit zum Gegenstande der Erörterungen zu machen.

Die gestrige „Wiener Allgemeine Zeitung“ (6 Uhr Blatt) bezeichnet die angeblich beabsichtigte Trace in großen Zügen. Danach wäre, was ich allerdings nicht für glaubhaft halte, eine Verständigung zwischen Serbien und Rumänien bereits erzielt. Rumänien würde eine direkte Linie von Bukarest nach Craiova bauen und dieselbe von dort nach Gruia an der Donau unterhalb Turnu-Severin verlängern, wo die Überbrückung des Stromes stattfinden solle. Diese Änderung der ursprünglich zwischen den beiden Staaten getroffenen Vereinbarung, nach welcher der Brückenbau bei Turnu-Severin festgesetzt wäre, sei, wie das Blatt behauptet, auf eine serbische Intrige zurückzuführen. Man wolle dadurch den südost-ungarischen Export, der dann den weiten Umweg über Craiova machen müsse, lahmlegen.

Im weiteren werde die Bahn von Gruia-Radujevaca dem Timoktale folgen, bei Nisch die Linie Belgrad-Üsküb durchschneiden, die türkische Grenze bei Prepolac gewinnen und nach Kreuzung der Linie Mitrowiza-Saloniki zwischen ersterer Station und Üsküb über Prisren und Skutari die Adria bei San Giovanni di Medua, also auf türkischem Gebiete erreichen.

Das Blatt führt dann weiter aus, daß eine französisch-belgische Gesellschaft, hinter der die Ottomanbank stehe, in vorderster Linie als Unternehmer auftrete, daß aber auch ein englisch-italienisches Konsortium, das noch hinter den Kulissen agiere, bereit sei, im gegebenen Moment mit der erstgenannten Gesellschaft zu kooperieren.

Die Schwierigkeiten, die dem Bau der Bahn durch türkisches Gebiet entgegenständen, seien zwar nicht zu unterschätzen, doch wäre es der französisch-belgischen Gesellschaft im Vereine mit der in Konstantinopel mächtigen Ottomanbank gelungen, den türkischen Botschafter in Paris Munir Pascha für ihre Pläne zu gewinnen. Letzterer habe in der letzten

* Vgl. Nr. 8681.

Zeit sowohl in Belgrad wie in Bukarest mehrere Tage geweißt, um mit den dortigen maßgebenden Persönlichkeiten zu unterhandeln. Derselbe befinde sich jetzt am Goldenen Horn und werde den Sultan für das Projekt zu gewinnen suchen.

Unter solchen Umständen, schließt das Blatt seine Ausführungen, trete an Österreich-Ungarn die Nötigung heran, sofort um die Fortführung der bosnischen Ostbahn über Nowipasar nach Mitrowiza zu denselben Bedingungen bei der Hohen Pforte einzuschreiten, unter welchen das Konsortium, welches anscheinend hinter Munir Pascha agiert, den Firman für das türkisch-albanische Segment erreichen wolle.

Es wird nicht ohne Interesse sein, die Aktion für den Bau der Balkan-transversalbahn in Belgrad, Bukarest und Konstantinopel zu verfolgen.

Den Zeitungen nach scheint vorderhand in Serbien die Absicht zu bestehen, die sogenannte Timokbahn, dieses wichtige Glied der Gesamtlinie, schmalspurig zu bauen, was zunächst nicht auf die skizzierten weitgehenden Pläne hindeuten würde. In Belgrad aber wird soviel gelogen, daß diese Nachricht vielleicht nur deshalb ausgesprengt wird, um die Aufmerksamkeit von jenen Plänen, solange ihre Realisierung nicht gesichert ist, abzulenken.

Hier aber ist man aufmerksam und hat allen Grund dazu. Denn abgesehen von der wirtschaftlichen Bedeutung, die einen Warenaustausch unter den von der Bahn berührten Gebieten zum Nachteile Österreich-Ungarns erleichtern würde, hat die Bahn eine zweifellos große strategische Bedeutung. Sie würde ein direktes Bindeglied zwischen Montenegro und Serbien bilden und es vor allem Italien gestatten, gegebenenfalls nicht nur Hilfstruppen nach dem Sandschak oder Serbien zu werfen, sondern auch auf direktem Schienenwege von der Adria aus Mazedonien und Albanien mit militärischen Kräften zu erreichen.

So präsentiert sich das Projekt wie eine Art von Riegel, der sich vor die österreichisch-ungarische Interessensphäre auf dem südwestlichen Balkan schiebt.

Daß dadurch hier Mißtrauen erregt werden muß, erscheint begreiflich, und der Generalstab dürfte sich ernstlich mit den Konsequenzen, die ein solcher Bahnbau im Gefolge haben müßte, befassen.

Angesichts der ablehnenden Haltung, die wir vor einigen Jahren den hiesigen Wünschen nach Verlängerung des bosnischen Bahnnetzes durch das Sandschak nach Mitrowiza gegenüber beobachteten*, vermeide ich geflissentlich jede Berührung dieser Frage.

* Diese abwiegelnde deutsche Haltung war eingenommen worden auf Grund eines Telegramms des Botschafters Freiherrn von Marschall vom 6. Dezember 1902 (Nr. 429), der damals die Ansicht vertreten hatte, „daß der gegenwärtige Augenblick, in dem alles darauf ankommt, die Balkanvölker zu beruhigen, so ungünstig wie möglich gewählt sei, um an die Ausführung eines Planes zu gehen, der eine Reihe von Gegensätzen heraufbeschwören müßte“. Näheres darüber in Bd. XVIII, Kap. CXVII, Nr. 5495, S. 213, Fußnote.

Im Falle der Realisierung des Transversalbahnprojektes halte ich es indessen nicht nur für wahrscheinlich, sondern für sicher, daß man hier den Bau eines Schienenweges durch das Sandschak nach Mitrowiza um so mehr fordern wird, als diese Forderung in dem Artikel XXV des Berliner Vertrages ihre Stütze findet. Wir werden dann kaum in der Lage sein, sofern wir nicht hier eine tiefe Verstimmung erzeugen wollen, die Unterstützung dieser Forderung zu verweigern, und darauf rechtzeitig vorzubereiten, ist der Hauptzweck dieses Berichts.

Graf C. Wedel

Nr. 8684

*Der Botschafter in Wien Graf Karl von Wedel
an den Reichskanzler Fürsten von Bülow*

Ausfertigung

Nr. 28

Wien, den 21. Januar 1907

Als heute während meines Gesprächs mit Baron Aehrenthal der serbische Eisenbahnbau und in Verbindung damit das Projekt der sogenannten Balkantransversalbahn berührt wurde, meinte der Minister, der sich mit diesen Fragen übrigens noch nicht eingehend beschäftigt zu haben scheint, es kämen auf diesem Gebiete zwei Pläne in Frage. Der eine beziehe sich auf die Verlängerung der serbischen Timokbahn von Nisch über einen Punkt südlich Mitrowiza nach der Adria. Der andere, der hier besonders sympathisch behandelt werde, fasse einen Anschluß des serbischen Bahnnetzes an das bosnische bei Visegrad ins Auge, wodurch die Verbindung Serbiens mit der Adria auf dalmatinischem Gebiete hergestellt werden würde. Österreichischerseits werde man dann das noch fehlende Bahnglied Priboj-Mitrowiza durch das Sandschak bauen. Als ein schwerer Fehler werde sich in solchem Falle allerdings fühlbar machen, daß die bosnischen Bahnen nicht normal-, sondern schmalspurig gebaut seien, wodurch eine eventuelle Umladung der Güter in Mitrowiza bedingt würde.

Graf C. Wedel

Nr. 8685

*Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Tschirschky
an den Botschafter in Wien Grafen Karl von Wedel*

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Jagow

Nr. 62

Berlin, den 26. Januar 1907

[abgegangen am 29. Januar]

Auf den Bericht vom 21. Januar 1907 Nr. 28*.

Von den zwei Plänen einer Balkantransversalbahn, die Baron Aehrenthal im Gespräch mit Ew. pp. berührt hat, scheint mir derjenige, welcher die Verlängerung der Timokbahn von Nisch nach der Adria südlich von

* Siehe Nr. 8684.

Mitrowiza ins Auge faßt — wenigstens zu Lebzeiten des jetzigen Sultans — wenig Aussicht auf Verwirklichung zu haben. Sultan Abdul Hamid wird bei seinen bekannten Regierungsgrundsätzen sich kaum je entschließen, die Erlaubnis zu einem Bahnbau auf türkischem Gebiet zu gewähren, durch den ein Zugang in sein Reich von dem Adriatischen Meere aus eröffnet würde. Die Anhänger dieses Projektes müssen daher wohl mit Möglichkeiten rechnen, die unter dem Nachfolger des jetzigen Großherrn eintreten können, zurzeit aber noch in vollständigem Dunkel liegen.

Weshalb das andere Projekt — der Anschluß des serbischen Bahnnetzes an das bosnische über Visegrad und die Verbindung Serbiens mit der Adria auf dalmatinischem Gebiet — in Wien besonders sympathisch behandelt wird, ist nicht ganz ersichtlich. Serbien würde damit für seinen Export ein Debouche nach der Adria gewinnen und seine jetzige wirtschaftliche Abhängigkeit von der Donaumonarchie wesentlich vermindern. Außer dem etwaigen Aufblühen eines dalmatinischen Hafenplatzes würde daher Österreich-Ungarn von der Ausführung dieses Projekts mehr Schaden als Nutzen haben, es sei denn, daß man in Wien den Gedanken einer zukünftigen Annexion Serbiens (den Trialismus mit Kroatien-Bosnien-Serbien) ernstlich erwägt.

Wenn österreichischerseits dagegen an den Bau des noch fehlenden Bahnglieds Priboj-Mitrowiza durch das Sandschak gedacht wird, so haben wir gegen solche Pläne nichts einzuwenden. Eine Stärkung des österreichischen Einflusses im Balkan dem italienisch-französisch-englischen Einflüsse gegenüber kann uns an sich nur erwünscht sein. Auch ist Österreich das Recht zu dem Bahnbau durch den Berliner Vertrag gewährleistet. Freilich wird man in Wien nicht verlangen dürfen — wie Graf Goluchowski im Jahre 1902 —, daß wir für Österreich führend in Konstantinopel auftreten. Es wird Sache des Wiener Kabinetts bleiben, in erster Linie selbst die Angelegenheit mit der Pforte zu regeln.

Tschirschky

Nr. 8686

*Der Generalkonsul in Sofia Freiherr von Romberg
an den Reichskanzler Fürsten von Bülow*

Ausfertigung

Nr. 39
Geheim

Sofia, den 28. Februar 1907

Der hiesige österreichisch-ungarische Geschäftsträger* hat mir von einem geheimen an den Botschafter Markgrafen Pallavicini gerichteten Erlasse Kenntnis gegeben, inhaltlich dessen in Wien unter Vorsitz des Ministers Freiherrn von Aehrenthal eine Konferenz getagt hat behufs Stellungnahme zu den Eisenbahnprojekten auf der Balkanhalbinsel. In

* Ritter von Storck.

der Konferenz sind folgende Programmpunkte aufgestellt worden, zu denen der Botschafter aufgefordert wird, sich zu äußern:

1. Anschluß des bosnischen Eisenbahnnetzes an das serbische.

2. Bau der Anschlußbahn von der bosnischen Grenze nach Mitrowiza¹. Die Ausführung dieses Projektes wäre eventuell in Verbindung zu bringen mit der Herstellung eines Anschlusses an die griechischen Eisenbahnen, einerseits um den Verdacht der Türken zu beschwichtigen, als ob es Österreich-Ungarn lediglich um die Verstärkung seines Einflusses am Balkan zu tun sei, andererseits um den Griechen, die ihre Waffenbestellungen nach Österreich vergeben haben, einen Gegendienst zu erweisen.

3. Nachdem Italien bereits die Linie Antivari-Skutari in Händen hat², muß Österreich-Ungarn versuchen, die Konzession zu einem Bahnbau San Giovanni di Medua-Skutari zu erhalten, um einen Einfluß auf die geplante Transversalbahn von Rumänien nach der Adria zu gewinnen.

4. In Frage kommt noch die von der bulgarischen Regierung erbetene Unterstützung für die Herstellung des Anschlusses von der Grenze nach Üsküb. Das Studium dieses Vorschlags ist noch nicht abgeschlossen.

Freiherr von Aehrenthal beabsichtigt, die Hülfe der deutschen Regierung für die Durchführung seines Programmes in Anspruch zu nehmen.

Mit Rücksicht darauf, daß der Kaiserliche und Königliche Geschäftsträger wohl seine Kompetenz etwas überschritten hat, indem er mir dieses intime Dokument vorlas, darf ich um ganz geheime Behandlung dieses Berichtes gehorsamst bitten.

Romberg

Randbemerkungen des Fürsten von Bülow:

¹ Sandschak

² ?

Nr. 8687

*Der Botschafter in Wien Graf Karl von Wedel
an den Reichskanzler Fürsten von Bülow*

Ausfertigung

Nr. 94
Geheim

Wien, den 15. März 1907

Unter Bezugnahme auf Erlaß vom 8. d. Mts. Nr. 199*.

Ich habe Grund zu der Annahme, daß die österreichisch-ungarische Regierung in nicht ferner Zeit im Wege der K. und K. Botschaft in Berlin an uns mit der Bitte herantreten wird, den Bau einer Eisenbahn von Uvac an der bosnischen Grenze durch das Sandschak nach Mitrowiza in Konstantinopel unterstützen zu wollen**.

* Durch Erlaß Nr. 199 vom 8. März 1907 war dem Grafen Wedel der Bericht Freiherrn von Rombergs vom 28. Februar übermittelt worden (siehe Nr. 8686).

** Tatsächlich brachte Freiherr von Aehrenthal bei seinem Berliner Aufenthalt (30. April bis 4. Mai 1907) das Sandschakbahnprojekt zur Sprache. In der Aufzeichnung des Staatssekretärs von Tschirschky vom 7. Mai 1907 (siehe Bd. XXII, Kap. CLX,

Diese Bahn dürfte entsprechend dem bosnischen Netze schmal-spurig hergestellt werden, und zwar, wie mir scheint, nicht durch den Staat, sondern durch eine Unternehmungsgesellschaft.

Die bezügliche Strecke der bosnischen Anschlußbahn, die jetzt vollendet ist, läuft bekanntlich von Serajewo nach Megjegja und wendet sich von dort in zwei Tunneln links zur serbischen Grenze bei Mokra Gora und rechts zur Sandschakgrenze bei Uvac.

Man erstrebt hier, wie ich bereits bei früherer Gelegenheit erwähnte, wie aus der Anlage zu dem obenbezeichneten Erlasse hervorgeht, und wie ich erneut zu konstatieren vermochte, den Anschluß des serbischen Bahnnetzes an das bosnische, ein Plan, der sich ohne Schwierigkeiten durchführen läßt und der, wenn ich nicht irre, sogar auf einem Vertrage mit Serbien beruht.

Die Trace der betreffenden serbischen Bahnstrecke verläßt die Hauptlinie Belgrad-Üsküb bei Cieevac, verfolgt bis Pozega das Tal der westlichen Morava und läuft von da über Uzice zur obengenannten bosnischen Grenzstation Mokra Gora. Von dieser Bahn befindet sich die zirka 250 km lange Strecke Cieevac-Uzice nach den neuesten Eisenbahnkarten im Bau, so daß von Uzice bis Mokra Gora nur noch etwa 60 km auszubauen blieben. Das Adriatische Meer würde dann auf dem nächsten Wege über Serajewo und Mostar bei Metković gewonnen werden.

Was die geplante Bahn von Uvac durch das Sandschak nach Mitrowiza betrifft, deren Trace über Prjepolje und Nowipasar führt, so hat dieselbe nach oberflächlicher Messung eine Länge von 250—260 km.

Man ist hier, wie ich einer gelegentlichen Äußerung von maßgebender Stelle entnehme, der Ansicht, daß man nach Fertigstellung des Anschlusses einerseits nach Serbien andererseits nach Mitrowiza der Durchführung der neuerdings oft genannten Balkantransversalbahn mit einiger Ruhe entgegensehen könne.

Auf die Notwendigkeit der Durchführung der Sandschakbahn habe ich bereits vor Monaten hingewiesen, als das Projekt der Balkantransversalbahn festere Formen anzunehmen begann*. Letzterem Pojekte gegenüber halte ich die Herstellung einer Schienenverbindung zwischen Bosnien und Mitrowiza geradezu für eine in erster Linie das Okkupationsgebiet, in zweiter die Gesamtmonarchie berührende Lebensfrage.

Zur vollen Wirksamkeit sowohl in merkantiler wie in strategischer

Nr. 7373) hieß es darüber: „Speziell liegt dem österreichischen Minister der Plan des Bahnanschlusses von Bosnien nach Saloniki am Herzen. Aus seinen Äußerungen ging aber ein offener Mangel an Vertrauen in die eigne Kraft Österreich-Ungarns hervor, allein in Konstantinopel etwas erreichen zu können; dort würde die Wegnahme Bosniens und der Herzegowina nie vergessen werden. Wir haben dem österreichischen Minister unsere Bereitwilligkeit zur Unterstützung seines Bahnprojektes zugesagt, wenn sich dasselbe mit der Zustimmung des Sultans effektuierten ließe. Gegen den Willen des letzteren könnten wir angesichts unserer besonderen Interessen in Konstantinopel nicht vorgehen.“

* Siehe Nr. 8683.

Beziehung, wird freilich die Eisenbahn bis Mitrowiza erst dann gelangen, wenn eine normalspurige Linie das österreichisch-ungarische Netz bei Brod mit der genannten Station verbindet, da das durch die verschiedene Spurweite bedingte Umladen den Verkehr kompliziert und verteuert. Diese Erkenntnis wird, wie ich annehme, dahin führen, daß die Sandschakbahn, wenn man sich nicht schon jetzt für ihre normalspurige Anlage entscheidet, zum mindesten in ihren gesamten Tunnel-, Brücken- pp. Bauten für die Normalspurbahn eingerichtet wird.

Was die im Punkte 3 der Anlage zu dem Erlasse Nr. 199 erwähnte Angabe betrifft, so erachte ich es allerdings nicht für ausgeschlossen, daß Österreich-Ungarn in irgendeiner Form versuchen wird, auf die Endstrecke der Balkantransversalbahn am Adriatischen Meere Einfluß zu gewinnen. Praktisch kann ich mir allerdings eine solche Rumpfkonzession innerhalb eines so großen Unternehmens nicht recht vorstellen.

Dabei darf ich bemerken, daß die Angabe, Italien habe die Linie Antivari-Skutari bereits in Händen, auf einem Irrtum beruhen dürfte. Mir wenigstens ist von der Existenz einer solchen Eisenbahnlinie, zu deren Herstellung nach Artikel XXIX des Berliner Vertrages Österreich-Ungarns Einwilligung erforderlich sein würde, nichts bekannt, auch finde ich sie auf der Eisenbahnkarte pro 1907 nicht eingezeichnet.

Graf C. Wedel

Nr. 8688

*Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall
an das Auswärtige Amt*

Telegramm. Entzifferung

Nr. 253
Geheim

Pera, den 30. Dezember 1907

Markgraf Pallavicini sagte mir ganz vertraulich, er habe einem bestimmten Befehle des Freiherrn von Aehrenthal folgend am vergangenen Freitag bei dem Sultan die Erbauung der Sandschakbahn vorläufig in der Weise zur Sprache gebracht, daß die Pforte die Vornahme von Vorarbeiten durch ein zu bildendes Syndikat gestattet. Der Botschafter hat auf Artikel XXV des Berliner Vertrags und die darauf folgende Spezialvereinbarung zwischen Österreich-Ungarn und der Pforte hingewiesen, wonach die Administration des Sandschaks türkisch verblieben ist, Österreich-Ungarn dagegen das Recht erteilt wurde, an drei Orten Garnisonen zu halten. Er erklärte, daß, nachdem die bosnischen Bahnen ausgebaut seien, die Verbindung derselben mit Mitrowiza eine wirtschaftliche Notwendigkeit darstelle. Die fragliche Bestimmung des Berliner Vertrags habe den politischen Zweck verfolgt, die auf beiden Seiten des Sandschaks wohnenden türkenfeindlichen Völker zu trennen. Dieser Zweck werde um so sicherer erreicht,

wenn der beabsichtigte Schienenstrang durch das Sandschak geführt werde. Der Sultan hat, wie mir Markgraf Pallavicini sagt, diese Eröffnung nicht unfreundlich aufgenommen und erklärt, daß er die Frage mit seinen Ministern besprechen werde. Der Botschafter hat dann auch mit dem Großwesir ganz offen gesprochen und dies gesagt: Er sehe voraus, daß, wenn der Plan bekannt werde, das Märchen von dem Marsch nach Saloniki wieder auftauchen werde. Das sei Unsinn. Österreich-Ungarn halte getreu den Verträgen an seiner Politik des Status quo fest, auch sei es absurd zu glauben, daß die österreichisch-ungarische Armee ihren Aufmarsch durch das enge und gebirgige Sandschak vollziehen könne. Der Großwesir hat erklärt, „vous prêchez à un converti“; er müsse aber mit großer Vorsicht handeln, da er sonst wieder als Freund Österreich-Ungarns verdächtigt werde.

Auf die Bitte meines Kollegen, ihn bei seinen Schritten zu unterstützen, habe ich ihm versprochen, Instruktionen einzuholen.

In meinem Telegramm Nr. 429 vom 6. Dezember 1902* habe ich mich gegen die Opportunität eines solchen Schrittes Österreich-Ungarns ausgesprochen. Seitdem haben sich die Verhältnisse wesentlich geändert. Rußland hat seine durch die Verwicklungen im Fernen Osten unterbrochene traditionelle Orientpolitik wieder aufgenommen und scheint entschieden dabei vor den Bestimmungen der großen internationalen Verträge nicht haltzumachen. Auch wird nicht ohne Erfolg versucht, durch die Spiegelung eines russisch-englischen Einverständnisses einen moralischen Druck auf die konservativen Mächte auszuüben. Wenn in diesem Augenblick Österreich-Ungarn aktiv auftritt, um ein ihm nach dem Berliner Vertrag unbestreitbar zustehendes Recht geltend zu machen, so wäre es meines Erachtens ein Fehler,¹ wenn wir davon abraten oder gar ihm in den Arm fallen wollten. Ich möchte daher empfehlen, daß wir das österreichisch-ungarische Vorgehen entweder vorsichtig unterstützen², woraus uns als Signatarmacht des Berliner Vertrags niemand einen Vorwurf machen kann, oder doch eine wohlwollende Neutralität ausüben. Der österreichisch-ungarische Schritt wird zweifellos großes Aufsehen machen und da und dort Empfindlichkeiten wachrufen. Aber eine solche Diversion in der Orientfrage ist kaum unerwünscht in dem Augenblick, da die Mächte in der Reformfrage** sich vollkommen festgefahren haben und wir vor einer ernststen Krisis stehen.

Marschall

Randbemerkungen von Schoens:

¹ Sehr richtig

² ja

* Vgl. Nr. 8683, S. 288, Fußnote.

** Vgl. dazu Bd. XXII, Kap. CLXIV.

Nr. 8689

*Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Schoen
an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Marschall*

Telegramm. Konzept

Nr. 141

Berlin, den 31. Dezember 1907

Auf Telegramm Nr. 253*.

Mit vorsichtiger Unterstützung des österreichisch-ungarischen Vorgehens in Eisenbahnfrage einverstanden.

Schoen

Nr. 8690

*Der Botschafter in Wien von Tschirschky
an den Reichskanzler Fürsten von Bülow*

Entzifferung

Nr. 3

Wien, den 3. Januar 1908

Mit Bezug auf Erlaß Nr. 1114 vom 31. v. Mts.**

Herr von Call hat mir heute im Laufe eines längeren vertraulichen Gesprächs von sich aus die Mitteilung gemacht, daß Markgraf Pallavicini den Bau der Sandschakbahn dem Sultan gegenüber berührt habe***. Dieser habe in freundlicher Form versprochen, die Angelegenheit zu prüfen. Mit

* Siehe Nr. 8688.

** Durch Erlaß Nr. 1114 vom 31. Dezember 1907 waren das Telegramm des Freiherrn von Marschall Nr. 253 vom 30. Dezember und das darauf ergehende Telegramm Nr. 141 (siehe Nr. 8688 und 8689) nach Wien mitgeteilt worden.

*** Es verdient festgestellt zu werden, daß österreichischerseits eine direkte Verständigung mit Deutschland wegen des Vorgehens in Konstantinopel nicht erfolgt ist. Seitdem Freiherr von Aehrenthal bei seinem Aufenthalt in Berlin Ende April 1907 das Sandschakbahnprojekt berührt hatte (vgl. Nr. 8687, Fußnote **), war er nicht wieder darauf zurückgekommen. Die beiden eingehenden Briefe, die Freiherr von Aehrenthal am 21. August und am 31. Oktober 1907 an Fürst Bülow richtete, und in denen er gewissermaßen sein Programm entwickelte (siehe Bd. XXII, Kap. CLX, Nr. 7380 und 7383,) enthalten kein Wort über das Sandschakbahnprojekt. Allenfalls konnte aus den Äußerungen des österreichischen Ministers über die Iswolskyschen Pläne einer Aufrollung der Meerengenfrage geschlossen werden, daß er für diesen Fall Kompensationen fordern werde. Wie sehr Freiherr von Aehrenthal durch den Gedanken präokupiert wurde, Österreich-Ungarn könne bezüglich der Balkan- und der Meerengenfrage durch ein plötzliches englisch-russisches Vorgehen vor ein fait accompli gestellt werden, ergeben die Äußerungen, die er am 14. Dezember gegenüber dem deutschen Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Marschall machte. Vgl. dazu Bd. XXII, Kap. CLX, Nr. 7385. In dieser Unterredung kündigte der Minister auch seine Absicht an, demnächst den Markgrafen von Pallavicini zu beauftragen, die Erbauung der Sandschakbahn bis Mitrowiza bei der Pforte zu erlangen. Hierfür erbäte er,

besonderer Genugtuung hob der Erste Sektionschef dann ferner hervor, daß Freiherr von Marschall auch bereits Instruktionen von Berlin erhalten habe, diesen Schritt Österreich-Ungarns zu unterstützen. Es sei besonders erfreulich, daß sich zwischen Pallavicini und Freiherrn von Marschall ein so gutes, auf gegenseitigem Vertrauen beruhendes Verhältnis herausgebildet habe, wie es leider zur Zeit des Freiherrn von Calice — und wohl hauptsächlich durch dessen Schuld — nicht bestanden habe.

von Tschirschky

Aehrenthal, unsere Unterstützung. Eine direkte Bitte um Unterstützung, die doch nahegelegen hätte, hat Freiherr von Aehrenthal nicht nach Berlin gelangen lassen; auch ist eine solche Unterstützung nicht von Berlin aus zugesichert worden. Merkwürdigerweise hat dagegen Freiherr von Aehrenthal wenige Tage vor seiner berühmten Delegationsrede vom 27. Januar 1908 (siehe die folgenden Schriftstücke) durch den österreichischen Botschafter in Paris ganz formell die Unterstützung der französischen Regierung erbeten und von Minister Pichon zugesagt erhalten (vgl. Nr. 8708). Ebenso ist die englische Unterstützung nachgesucht worden, die allerdings versagt wurde (vgl. Nr. 8716 nebst Fußnote ***). Ob die italienische Unterstützung in aller Form nachgesucht worden ist, läßt sich nicht feststellen, jedenfalls hat Tittoni, mit dem sich Freiherr von Aehrenthal bereits in Desio (15. Juli 1907) im allgemeinen über seine wirtschaftspolitischen Pläne verständigt hatte, in seiner Kammerrede vom 11. März 1908 ausdrücklich erklärt, daß sein österreichischer Kollege ihm das Bahnprojekt schon einige Tage vor der Delegationsrede mitgeteilt habe (vgl. Nr. 8701, S. 310, Fußnote). Ja, nach einer Äußerung des österreichischen Botschafters in London Grafen Mensdorff hätte Aehrenthal selbst Iswolsky 14 Tage vor der Delegationsrede Mitteilung über den beabsichtigten Ausbau der Sandschakbahn gemacht (vgl. Nr. 8706). Das wird voll bestätigt durch Iswolsky selbst, der in einem Briefe an Botschafter Grafen Osten-Sacken vom 14/27. Februar 1908 (siehe Nr. 8733) positiv zugibt, daß Freiherr von Aehrenthal ihn von seinem Projekt in Kenntnis gesetzt habe, wenn auch erst zehn Tage vor der Delegationsrede, und der dieser Ankündigung allerdings einen Hinweis auf mögliche Gefahren entgegengesetzt haben will, aber nur „de la manière la plus délicate et la plus amicale“. — Wenn Freiherr von Aehrenthal so bei allen Mächten direkte Schritte vor der öffentlichen Ankündigung seines Projektes getan hat, nur nicht bei der nächstbefreundeten deutschen Regierung, so erklärt sich das zum Teil wohl daraus, daß er sich der deutschen Unterstützung nach den Eindrücken, die er bei seinem Berliner Aufenthalt Ende April 1907 gewonnen hatte, gewiß halten mochte. Vielleicht hat ihn in dieser Zuversicht auch noch die Haltung bestärkt, die Freiherr von Marschall in der Unterredung vom 14. Dezember 1907 (siehe oben) gegenüber der Ankündigung des Sandschakbahnprojektes einnahm. So ist es nun allerdings nicht, wie Iswolsky und die russische Presse wiederholt unterstellt haben (vgl. Kap. CXC, Nr. 8839), daß Freiherr von Marschall dem österreichischen Minister in dieser Unterredung das Projekt erst souffliert hätte. Ein Telegramm des Staatssekretärs von Schoen an Graf Pourtalès vom 26. Juni 1908 (siehe dasselbe in Kap. CXC, Nr. 8842) stellt ausdrücklich fest, daß die Initiative von Freiherrn von Aehrenthal ausgegangen sei, und daß bis zu jener Unterredung vom 14. Dezember weder Freiherr von Marschall noch das Auswärtige Amt von den Plänen Aehrenthals Kenntnis gehabt habe. Ebenso haben Kaiser Wilhelm II. und Fürst Bülow kategorisch erklärt, von dem österreichischen Vorhaben keinerlei Kenntnis gehabt zu haben. Vgl. Nr. 8755 und 8756. Am wenigsten war man in Berlin auf die Art und Weise gefaßt, in der Freiherr von Aehrenthal sein Projekt am 27. Januar 1908 in den Delegationen vortrug. Vgl. dazu die folgenden Schriftstücke.

*Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall
an das Auswärtige Amt*

Telegramm. Entzifferung

Nr. 25

Pera, den 30. Januar 1908

Die Delegationsrede des Freiherrn von Aehrenthal* hat auf der Pforte den peinlichsten Eindruck gemacht, und ich zweifle nicht, daß dies auch im Palais der Fall sein wird. Der Großwesir ließ mir heute morgen durch einen Vertrauensmann sagen, es sei ihm gestern gelungen, den Ministerrat zu einem einstimmigen Votum zugunsten des österreichischen Wunsches bezüglich der Sandschakbahn zu bestimmen. Aber das Argument, mit welchem er dies erreicht habe, daß es politisch klug sei, Österreich-Ungarn Vertrauen zu zeigen, sei inzwischen von Freiherrn von Aehrenthal gründlich widerlegt worden, der die Notwendigkeit einer Justizkontrolle offen verkündigt habe. Diese Erklärung setze ihn — den Großwesir — in die peinlichste Verlegenheit.

* In seiner berühmten Delegationsrede vom 27. Januar 1908 hatte Freiherr von Aehrenthal neben Ausführungen über Österreichs Stellungnahme zu der mazedonischen Reformfrage, bei denen er unumwunden die Notwendigkeit einer Justizkontrolle zugab, eingehende Mitteilungen über die österreich-ungarische Wirtschaftspolitik am Balkan und die im Zusammenhang damit geplanten Bahnbauten gemacht. Über das Sandschakbahnprojekt hieß es wörtlich in der Aehrenthalschen Rede: „Was die Verbindung mit Mitrowiza anbetrifft, so ist Botschafter Markgraf Pallavicini beauftragt worden, bei Seiner Majestät dem Sultan die Ermächtigung zur Vornahme von Studien zu diesem Bau zu erlangen. Ich hoffe zuversichtlich, daß der Sultan diese Erlaubnis bald erteilen wird, damit zunächst ein aus österreichischen und ungarischen Banken gebildetes Syndikat sich mit Vornahme der Tracierungsarbeiten befassen kann. Erst nach Erstellung dieser Arbeiten wird es möglich sein, mit der weiteren Durchführung der Linie sich endgültig befassen zu können, wozu wegen der Schwierigkeit des Baues mehrere Jahre erforderlich sein werden. Als verkehrspolitische Idee wird diese Linie Uvac-Mitrowiza unbedingt festzuhalten sein, denn sie bringt das bosnische Eisenbahnnetz nicht bloß in Kontakt mit den Verkehrssträngen der Nachbarländer, sondern sie eröffnet uns überhaupt neue verkehrspolitische Perspektiven. Nach Fertigstellung des Anschlusses des bosnischen Eisenbahnnetzes an das türkische wird der Handel aus der Monarchie direkt über Serajewo nach dem Ägäischen und Mittelländischen Meere gravitieren können. Binnen kurzem wird es nämlich hoffentlich gelingen sein, den Anschluß der türkischen und griechischen Bahnen bei Larissa zu bewerkstelligen. Auf diese Weise wäre eine direkte Verbindung: Wien-Budapest-Serajewo-Athen-Piräus gegeben. Das wäre auch die kürzeste Route aus Zentraleuropa nach Ägypten und Indien... Ich glaube um so mehr auf eine Förderung dieser Unternehmungen seitens des Sultans rechnen zu können, als der Anschluß des türkischen Eisenbahnnetzes im Norden an die bosnische, im Süden an die griechische Linie den mazedonischen Wilajets neues wirtschaftliches Leben zuführen und derart beitragen wird, das Interesse der dortigen Bevölkerung an friedlicher Arbeit zu vermehren.“

Auch Tewfik Pascha, den ich soeben sah, sprach in dem gleichen Sinne. Der Sultan werde niemals eine Kontrolle der Justiz annehmen, weil eine solche dem heiligen Rechte zuwider sei.

Marschall

Nr. 8692

*Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall
an das Auswärtige Amt*

Telegramm. Entzifferung

Nr. 28

Pera, den 31. Januar 1908

Der gestrige Beschluß des Ministerrats, die Vorarbeiten für die Sandschakbahn zu genehmigen, ist gestern abend dem Sultan unterbreitet worden. Nachdem aber Freiherr von Aehrenthal nicht nur bezüglich der Justizreform das den Türken verhaßte Wort „Kontrolle“ gebraucht, sondern die Unvorsichtigkeit begangen hat, als er von der Sandschakbahn sprach, den Bau der vom Sultan stets bekämpften Verbindung zwischen Larissa und den mazedonischen Bahnen in Aussicht zu stellen, ist es sehr zweifelhaft, ob der Sultan das Iradee geben wird.

Marschall

Nr. 8693

*Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall
an das Auswärtige Amt*

Telegramm. Entzifferung

Nr. 29

Pera, den 31. Januar 1908

Nach Informationen aus dem Palais scheint das Iradee bezüglich der Vorarbeiten zur Sandschakbahn den österreichischen Wünschen kaum zu entsprechen. Es soll nämlich darin gesagt sein, daß die Türken selbst diese Vorarbeiten vornehmen wollen, während man in Wien dies selbst veranlassen wollte.

Wie ich höre, hat die Rede Freiherrn von Aehrenthals auch auf der russischen Botschaft Mißstimmung hervorgerufen. Man ist dort besonders unzufrieden mit der Stelle, in welcher der Minister einen umfassenden Plan der wirtschaftlichen Erschließung der Balkanländer durch den Ausbau eines Bahnnetzes unter österreichisch-ungarischer Ägide entwickelt.

Marschall

Nr. 8694

*Der Botschafter in Wien von Tschirschky
an das Auswärtige Amt*

Telegramm. Entzifferung

Nr. 28

Wien, den 31. Januar 1908

Aus St. Petersburg sind ganz vertrauliche Nachrichten hier eingetroffen, denen zufolge das Exposé Freiherrn von Aehrenthals dort in maßgebenden Kreisen ungünstigen Eindruck gemacht habe. Es heißt, Herr Iswolsky beabsichtige, seinerseits durch geheime Mitteilung an Balkanstaaten auf Exposé zu reagieren.

Ich würde es für zweckmäßig halten, wenn wir unsere bereits im Erlaß Nr. 62 vom 26. Januar v. Js.* ausgesprochene Bereitwilligkeit, österreichische Pläne wegen Ausbau der Sandschakbahn zu unterstützen, jetzt dem Minister bei Ausführung des Erlasses Nr. 92 vom 29. d. Mts.** nochmals ausdrücklich wiederholen. Erbitten telegraphische Ermächtigung***.

Tschirschky

Nr. 8695

*Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall
an das Auswärtige Amt*

Telegramm. Entzifferung

Nr. 33

Pera, den 1. Februar 1908

Antwort auf Telegramm Nr. 11†.

Gegen die von dem Kaiserlichen Botschafter gewünschte Mitteilung an Freiherrn von Aehrenthal habe ich keine Bedenken. Ich habe in meiner unmittelbar vor der Abreise nach Berlin stattgehabten Audienz vom 10. v. Mts., als mich der Sultan um Rat in der durch die Reformaktion

* Siehe Nr. 8685.

** Erlaß Nr. 92 vom 29. Januar nach Wien sprach sich sympathisch über Aehrenthals Delegationsrede, insbesondere über die anerkennenden Worte aus, die der österreichische Minister dem deutschen wirtschaftlichen Vorgehen in Kleinasien und Mesopotamien als einem deutschen Kulturwerk gewidmet hatte. Österreichs eigenes Vorgehen in der Sandschakbahnfrage wurde dagegen in dem Erlaß nach Wien mit keinem Worte berührt, was schwerlich als eine Billigung des Aehrenthalschen *modus procedendi* auszulegen ist.

*** Die Ermächtigung wurde, nachdem zunächst Freiherr von Marschall befragt war und sich zustimmend geäußert hatte (siehe das folgende Schriftstück), durch Telegramm Nr. 17 vom 2. Februar ausgesprochen.

† Durch Telegramm Nr. 11 vom 1. Februar nach Konstantinopel war Freiherr von Marschall ersucht worden, sich zu dem Wiener Telegramm Nr. 28 (siehe Nr. 8694) zu äußern.

geschaffenen kritischen Lage bat, den Wunsch des Wiener Kabinetts mit eingehender Begründung befürwortet*. Daher rührt es auch, daß mir der Sultan gestern seinen Entschluß, den Antrag des Ministerrats zugunsten der Sandschakbahn noch an demselben Tage zu sanktionieren, aus eigener Initiative mitgeteilt hat.

Das Iradee ist denn auch gestern abend erschienen. Wie mir der Großwesir heute sagte, entspricht dasselbe genau dem Masbata des Minister-rats folgenden Inhalts:

„Die Pforte erachtet den Bau einer Bahn von Mitrowiza zur Verbindung mit den bosnischen Bahnen im wirtschaftlichen Interesse für nützlich und beschließt im Prinzip diesen Bau unter Vorbehalt, mit einem Syndikat über die Ausführung sich zu verständigen. Einstweilen beschließt sie, dort, sobald das Wetter es erlaubt, eine Kommission bestehend aus zwei Sachverständigen des Arbeitsministeriums, zwei solchen des Kriegsministeriums und endlich von Sachverständigen der Orientalischen Bahnen zusammentreten zu lassen, um die nötigen Vorstudien zu machen.“

Die Pforte hat daher die Sache etwas umgedreht, indem sie nicht Österreich-Ungarn, sondern sich selbst als Bauherren betrachtet, was vielleicht nach dem Wortlaut des Artikels XXV des Berliner Vertrags, wo Österreich-Ungarn „se réserve le droit d'avoir des routes commerciales“, bestritten werden könnte. Es schiene mir aber wünschenswert, wenn man in Wien diese staatsrechtliche Frage nicht aufwerfen, sondern sich mit dem Erreichten zufriedengeben würde. Denn nach Absatz 2 des Artikels 25 müßte doch über die Einzelheiten des Baues eine Verständigung zwischen beiden Staaten eintreten. Die gemischte Kommission für die Vorstudien ist daher praktisch. Auch sagt mir der Großwesir, daß der Bau selbstverständlich einem österreichisch-ungarischen Syndikat übertragen werden würde, am besten wohl den Orientalischen Bahnen, die bis Mitrowitz gehen und bekanntlich eine österreichische Gesellschaft sind.

Marschall

Nr. 8696

*Der Botschafter in Wien von Tschirschky
an das Auswärtige Amt*

Telegramm. Entzifferung

Nr. 30

Wien, den 3. Februar 1908

Antwort auf Telegramm Nr. 17 vom 2. Februar**.

Infolge starker Influenza seit fünf Tagen gezwungen, Bett zu hüten, habe ich Botschaftsrat Graf von Brockdorff-Rantzau beauftragt, Freiherrn von Aehrenthal Mitteilungen entsprechend Erlaß Nr. 92 vom 29. Januar***

* Vgl. Nr. 8688 und 8689.

** Vgl. Nr. 8694, Fußnote ***

*** Vgl. Nr. 8694, Fußnote **

und Telegramm Nr. 17 zu machen. Der Minister nahm, wie mir Graf Rantzau meldet, Euerer Durchlaucht Eröffnungen mit sichtlicher Freundlichkeit entgegen, er bat, „seinen herzlichsten Dank“ zu übermitteln, und ging dann auf die Ausführungen seines Exposés näher ein. „Ich habe“, sagte er, „das wirtschaftliche Programm und das Bahnprojekt aufgenommen, weil es im Interesse Österreichs und Ungarns gleichermaßen gelegen ist; das Programm hat ja auch in Ungarn zu meiner Genugtuung eine günstige Aufnahme gefunden. Sonderbarerweise hieß es zuerst, mein Exposé habe den Sultan vor den Kopf gestoßen. Ich verstehe das nicht; ich habe doch deutlich genug betont, daß ich den Souveränitätsrechten des Sultans nicht zu nahe treten werde.“ Auf die Bemerkung des Grafen Rantzau, das Wort „Kontrolle“ habe den Sultan wohl beunruhigt, erwiderte der Minister: „Ja, da bin ich gebunden; natürlich ist dem Sultan das Wort fatal; er hätte eben früher nachgeben sollen, wie ich ihm das seit Monaten nahegelegt habe. Im übrigen berichtete mir noch vor kurzem einer meiner Konsuln aus der Türkei, ein guter Kenner der dortigen Verhältnisse, in der mohammedanischen Bevölkerung werde gerade die ‚Kontrolle‘ mit Freude begrüßt; man hoffe, durch sie Schutz gegen die Übergriffe des Palais zu finden.“

Über den Inhalt des Iradees betreffend Sandschakbahn erklärte der Minister, noch keine näheren Nachrichten aus Konstantinopel zu haben; Markgraf Pallavicini nur berichtet, daß der Sultan dem Bahnprojekt gegenüber seine Geneigtheit zu erkennen gab.

Am Schluß der Unterredung betonte Aehrenthal, die sympathische Aufnahme seines Exposés in der italienischen Presse begrüße er mit besonderer Freude; selbst die sozialistischen Blätter hätten eine vernünftige Sprache geführt. Die Ausfälle der russischen Presse behandelte er ziemlich geringschätzig: „Das war ja nicht anders zu erwarten — meinte er —, der Sturm wird sich schon legen, im übrigen bin ich nicht dazu da, russische Politik zu machen; dafür ist Iswolsky angestellt.“

Tschirschky

Nr. 8697

*Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall
an das Auswärtige Amt*

Telegramm. Entzifferung

Nr. 35

Pera, den 3. Februar 1908

Ganz geheim

In unserer heutigen Unterredung bezeichnete mir Herr Sinowiew ganz vertraulich die Rede Freiherrn von Aehrenthals als „déplorable“. Ganz besonders peinlich ist er durch die Stelle berührt, welche sich auf den Ausbau des Bahnnetzes bezieht. Während nach der österreichisch-russischen

Entente die beiderseitige Verpflichtung bestehe, sich über alle auf den Orient bezüglichen Fragen vorher zu verständigen, habe Freiherr von Aehrenthal selbständig ein Programm der wirtschaftlichen Erschließung der Balkanhalbinsel entwickelt, welches die Balkanvölker glauben mache, daß Österreich-Ungarn „des projets très vastes“ in jenen Ländern verfolge.

Marschall

Randbemerkung von Schoens:

Wie mir Herr von Szögyény vertraulich sagt, hat ihm auch Osten-Sacken sehr bittere Worte über Österreichs „travailler pour le Roi de Prusse“ geäußert.

Nr. 8698

*Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès
an den Reichskanzler Fürsten von Bülow*

Ausfertigung

Nr. 43

St. Petersburg, den 2. Februar 1908

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Aufregung, welche das Exposé des Baron Aehrenthal in der russischen Presse aller Schattierungen hervorgerufen hat, die in der hiesigen öffentlichen Meinung sowohl als in maßgebenden Kreisen herrschende Stimmung widerspiegelt. Herr Iswolsky machte mir gestern kein Hehl daraus, daß ihm der Hinweis des österreichisch-ungarischen Ministers auf die Pläne der österreichisch-ungarischen Regierung bezüglich der Eisenbahnanschlüsse auf der Balkanhalbinsel sehr unbequem sei. Die Verstimmung des Herrn Iswolsky wird jedenfalls dadurch noch erhöht, daß seine hiesigen Feinde der Rede des Baron Aehrenthal neue Anhaltspunkte entnehmen, um die gegenwärtige Leitung der auswärtigen Politik Rußlands auf das heftigste anzugreifen.

Mit dem Wachsen der reaktionären Strömung geht das erhöhte Interesse für die Angelegenheiten des nahen Orients und das stärkere Hervortreten des Wunsches nach Verwirklichung der panslawistischen Wünsche mit Bezug auf den Balkan Hand in Hand. Das Mürzsteger Programm und die Teilung der Interessensphären zwischen Rußland und Österreich im nahen Orient ist wohl nie nach dem Sinn der hiesigen chauvinistischen Heißsporne gewesen. Wenn nun Österreich-Ungarn sich jetzt anschickt, seinen wenn auch nur wirtschaftlichen Einfluß nach Südosten hin in einem Augenblick auszubreiten, wo es dem durch die Ereignisse der letzten Jahre erschöpften Rußland schwer wird, als Konkurrent aufzutreten, so läßt sich denken, wie dies auf diejenigen Kreise wirken muß, welche den Augenblick nicht erwarten können, wo Rußland seinen nach ihrer Ansicht berechtigten Einfluß über die ganze Balkanhalbinsel ausdehnt. Die russischen Chauvinisten verlangen, wie der „St. Petersburger

Herold“ zutreffend bemerkt, „daß das Rad der Weltgeschichte ein wenig anhält, daß die anderen Völker die Arbeit ruhen lassen, bis Rußland in aller Gemütlichkeit seine inneren Wirrnisse beseitigt und sich bereit erklärt, im internationalen Leben wieder mitzutun“.*

Aus dieser Stimmung heraus läßt sich die Nervosität des Herrn Iswolsky und sein Herzensschrei, Baron Aehrenthal habe für die Verkündung der Pläne Österreich-Ungarns „einen recht unglücklichen Moment gewählt“, wohl erklären.

Der Minister führte mir gegenüber aus, er sei ein eifriger und überzeugter Anhänger der Münzsteger Vereinbarungen und der Entente mit Österreich-Ungarn, welche er für die einzige vernünftige Basis einer gesunden Orientpolitik halte. Um so mehr müsse er es bedauern, wenn ihm das Wiener Kabinett das Festhalten an dieser Politik erschwere. Die Verkündung der wirtschaftlichen Pläne Österreich-Ungarns im gegenwärtigen Augenblicke wirke wie ein Alarmruf und werde die Gärung unter den Balkanvölkern in hohem Maße erhöhen.

Aus den Darlegungen des Ministers ging deutlich hervor, daß er der Politik des Wiener Kabinetts den Vorwurf macht, sich in der Frage der mazedonischen Reformen nur lau und mit halbem Herzen zu beteiligen, weil es mit Rücksicht auf seine wirtschaftlichen Pläne dem Sultan schmeicheln und ihn schonen wolle.

Der Minister, der in Augenblicken der Verstimmung sich leicht erregt und in einen etwas aggressiven Ton verfällt, konnte es bei dieser Gelegenheit nicht unterlassen, auch einen Seitenhieb auf Freiherrn von Marschall zu führen, der durch seine fortwährenden Kritiken der mazedonischen Reformvorschläge das Zustandekommen einer Einigung unter den Botschaftern in dieser Frage ungeheuer erschwere**. Während ich

* Vgl. dazu das Protokoll über die Sitzung des russischen Ministerrats vom 2. Februar 1908 (M. Pokrowski, Drei Konferenzen S. 17 ff.), das einen klaren Einblick in die damaligen expansiven Tendenzen der russischen Politik gewährt, die nur durch die Notwendigkeit einer „Atempause“ in Schranken gehalten wurden. Iswolsky hat in diesem Ministerrat, über seine innersten Wünsche keinen Zweifel lassend, die Frage gestellt, ob es möglich erscheine, den Boden einer streng defensiven Politik zu verlassen, die Rußland bisher beobachtet habe, und die dieses schließlich zu äußerst ungünstigen Resultaten führen könne, und ob er mit der für den Außenminister einer Großmacht geziemenden Festigkeit auftreten dürfe, überzeugt von der Möglichkeit, deren Interessen entschieden zu vertreten. Ohne diese Überzeugung würde er es nicht wagen können, eine solche Politik zu führen, denn sie würde ein sinnloses Wagnis bedeuten. Auf diese Frage erwiderte der Ministerpräsident Stolypin: Erst nach einigen Jahren werde Rußland wieder die frühere Sprache führen können. Gegenwärtig wäre eine andere als eine streng defensive Politik die Fieberphantasie einer anormalen Regierung, aus der sich eine Gefährdung der Dynastie ergeben würde: Rußland brauche eine Atempause, nach der es sich festigen und erneut eine seinem Rang als Großmacht zukommende Stellung einnehmen würde.

In der Frage Iswolskys und in der Antwort Stolypins liegt der Schlüssel für Iswolskys Haltung in den Jahren 1908 und 1909.

** Vgl. dazu Bd. XXII, Kap. CLXIV.

mich bis dahin den Klagen Herrn Iswolskys gegenüber zuhörend verhalten hatte, konnte ich nicht umhin, diesem Ausfall entgegenzutreten. Ich bemerkte dem Minister, daß nach meinen Informationen unser Botschafter in Konstantinopel keineswegs der einzige gewesen sei, der bezüglich der in der Frage der mazedonischen Reformen gemachten Vorschläge Bedenken geäußert hätte. Meines Wissens wäre zum Beispiel der französische Vertreter durchaus nicht in allen Phasen der Verhandlungen mit besonderer Begeisterung mitgegangen. Wenn Freiherr von Marschall geglaubt hätte, an einigen Vorschlägen Kritik üben zu sollen, so sei diese Kritik eine streng sachliche gewesen und keineswegs darauf gerichtet, das Reformwerk zum Scheitern zu bringen. Im Gegenteil habe unser Botschafter stets im Auge gehabt, die dem Sultan zu machenden Vorschläge so zu gestalten, daß dieser sie annehmen könne, um auf diese Weise das Werk der Botschafterkonferenz vor einer Blamage zu schützen. Denn auf die Frage, welche Koerzitivmaßregeln getroffen werden sollten, wenn der Sultan in seinem Widerstande verharre, werde der Minister gewiß selbst einigermaßen in Verlegenheit sein, eine Antwort zu geben. Herr Iswolsky leugnete dies nicht, wick jedoch mit der Behauptung aus, daß nichts geeigneter sei, den Sultan in seinem Widerstand zu bestärken, als die Uneinigkeit unter den Botschaftern, über welche die Pforte natürlich vollkommen unterrichtet sei. Als ich demgegenüber darauf hinwies, daß Baron Marschall bis jetzt alle Noten, in denen die Türkei zur Annahme der Reformvorschläge aufgefordert wurde, ungeachtet seiner gegen manche Punkte der Aktion geäußerten Bedenken mitgezeichnet habe, wies der Minister darauf hin, daß wir die Note wegen der Justizreform noch nicht unterschrieben hätten. Indessen habe er diese Frage in Berlin bereits zur Sprache gebracht und erwähne diesen Punkt mir gegenüber nur beiläufig.

F. Pourtalès

Nr. 8699

*Der Botschafter in London Graf von Metternich
an den Reichskanzler Fürsten von Bülow*

Ausfertigung

Nr. 138

London, den 7. Februar 1908

Der heute eingegangenen Weisung gemäß habe ich mich mit meinen österreichisch-ungarischen und russischen Kollegen in Verbindung gesetzt, um Sir Edward Grey mitzuteilen, daß seine Anregung behufs Vermehrung der Gendarmerie in Mazedonien* von unseren Regierungen nicht unterstützt werden könne.

* Vgl. dazu Bd. XXII, Kap. CLXIV, Nr. 7737.

Die beiden Botschafter sagten mir indessen, daß sie schon am 27. v. Mts. die betreffende Erklärung dem englischen Minister abgegeben hätten.

Graf Mensdorff bemerkte, daß Sir Edward Grey sich in eine peinliche Lage versetzt sehe. Der Minister werde nicht umhin können, bei demnächst zu erwartender Erörterung im Parlament das Scheitern des Planes und die Schuld an der Fortdauer des Bandenunwesens denen zuzuschreiben, die sich dem englischen Vorschlage widersetzt hätten. Graf Mensdorff hat wenigstens diesen Eindruck gewonnen aus den Bemerkungen, die ihm Sir Edward Grey gemacht hat.

Die Äußerungen des Botschafters ließen auch darauf schließen, daß man in Wien unangenehm davon berührt ist, daß der Kaiserliche Botschafter in Konstantinopel sich, wie es scheint, wegwerfend über die Justizreform ausspricht. Derartige Äußerungen in Konstantinopel blieben dem Sultan nicht verborgen und gefährdeten von vorneherein jede Aussicht auf Annahme dieser österreichisch-russischen Reformen.

Graf Mensdorff war ferner sehr beunruhigt über den schlechten Eindruck, den das österreichische Projekt der Mitrowizabahn in Rußland hervorgerufen habe. Er fürchtet für die österreichisch-russische Balkanentente.

Graf Benckendorff, den ich gesondert sprach, und der ein überzeugter Anhänger dieser Entente ist, war geradezu konsterniert über die neuste Politik des Baron Aehrenthal. Der Botschafter hat Nachricht von der tiefen Verstimmung des Herrn Iswolsky über das österreichische Eisenbahnprojekt. Er fürchtet, daß die Balkanentente vollständig in die Brüche geht, wenn nicht bald etwas geschehe, um Petersburg mit Wien wieder auszusöhnen. Er vermutet, daß Baron Aehrenthal seine überraschende Eisenbahnaktion ohne jede vorherige Benachrichtigung Iswolskys eingeleitet habe. Anderenfalls würde dieser so ernstlich davon abgeraten haben, daß der österreichische Minister das Projekt voraussichtlich würde haben fallen lassen.

Der Eisenbahncoup entspreche nicht dem Geiste des russisch-österreichischen Balkanabkommens. Die panslawistische Idee in Rußland werde durch das jüngste österreichische Vorgehen wieder großgezogen, die slawischen Balkanvölker, besonders Serbien seien beunruhigt — der hiesige serbische Gesandte* sei schon in Bestürzung auf der russischen Botschaft gewesen —, die Einigkeit der Mächte in Konstantinopel sei gefährdet, der Widerstand des Sultans gegen die Mächte werde gestärkt, jedes Reformwerk untergraben, denn Österreich könne nicht mit der einen Hand Konzessionen erbitten und mit der anderen Hand Reformnoten übergeben, an deren Ernst der Sultan nicht mehr glaube, und es drohe wieder ein Zustand hereinzubrechen wie vor dem Balkanabkommen, wo Österreich und Rußland sich gegenüberstanden comme des chiens de fayence.

* M. G. Militschewitsch.

Auch wisse man noch nicht, wie Italien, das eifersüchtig Österreichs Verhalten im Balkan überwache, sich zu dem Eisenbahnprojekt stellen werde.

Auf meine Frage, was Sir Edward Grey sage, antwortete Graf Benckendorff, der Minister habe sich auf die Bemerkung beschränkt, es sei zu befürchten, daß durch Österreichs Vorgehen die Einigkeit der Mächte mit Bezug auf das Reformwerk leiden würde.

Im Laufe unserer langen Besprechung kam auch die Rede auf die Stellung Rußlands im Schwarzen Meer und auf die Meerengenfragen. Der Botschafter versicherte auf das allerbestimmteste, daß diese Frage zwischen seiner und der englischen Regierung mit keinem Worte berührt worden sei. Die Gerüchte, daß hierüber Besprechungen zwischen den beiden Regierungen oder gar Abmachungen stattgefunden hätten, seien gänzlich erfunden.

Graf Benckendorff ist nun aber der Ansicht, daß nur wir imstande seien, durch freundschaftliche Vermittlung in Wien das österreichisch-russische Verhältnis wieder einzurenken. Er hofft hierauf und denkt sich einen Ausgleich etwa so, daß Rußland im Prinzip die Berechtigung Österreichs zu dem Bahnbau anerkennt, daß dafür aber Österreich tatsächlich das Projekt jetzt fallen läßt. Ich bezweifle, daß dieser Ausweg ihm von Petersburg suggeriert worden ist, nehme vielmehr an, daß er selbst auf diesen Gedanken verfallen ist, während er mit mir sprach. Er hatte offenbar den Wunsch, daß ich für eine Vermittlerrolle bei meiner Regierung plädieren möge. Ich nahm seine Ausführungen mit wohlwollendem Interesse auf, machte ihm aber keinerlei Versprechungen.

Ohne über die Vorgeschichte, die den Baron Aehrenthal zu seinem jüngsten aufsehenerregenden Schritt veranlaßt haben mag, Näheres zu wissen, so scheint mir doch die Vermutung nahe zu liegen, daß er sich etwa gesagt: Mit dem Reformwerk wird es nichts, das Mürzsteger Programm wird immer unfruchtbarer, blamieren will ich mich nicht, Rußland sitzt in der Patsche und kann nichts machen, also versuchen wirs mal mit einem österreichisch-ungarischen Erfolg im Balkan auf eigene Faust durch den Ausbau der langersehnten Eisenbahnverbindung zwischen der Donaumonarchie und dem Ägäischen Meere. Es ist fraglich, ob er auf den Sturm der Entrüstung vorbereitet war, der durch sein Verhalten in der slawischen Welt entfesselt worden ist. Denn an einem guten Einvernehmen mit Rußland lag ihm bisher äußerst viel.

Ein Vordringen österreichisch-ungarischen Einflusses im Balkan kann uns an und für sich nur genehm sein. Der Zerstörung großserbischer Träume, der Enttäuschung panslawistischer Aspirationen brauchen wir keine Träne nachzuweinen. Selbst das Zurückweichen des amtlichen russischen Einflusses im Balkan vor dem österreichisch-ungarischen kann uns kalt lassen, solange wir keine aktive Orientpolitik betreiben, wozu uns kein eigenes Interesse zwingt, jetzt so wenig wie zu Bismarcks Zeiten. Unsere wirtschaftlichen Interessen im Balkan können wir fördern und

schützen und brauchen uns deshalb doch nicht in Reform- oder Machtfragen, die andere bewegen, aktiv einzumischen. Wenn wir wie bisher mit der Majorität gehen oder mit denen, die uns am nächsten befreundet sind, so gehen wir am sichersten, mag man nun den Standpunkt des fatalistischen Türken teilen, der sagt, es ist doch alles unnütz, was versucht wird, oder den des Reformidealisten, der an die Verbesserungsfähigkeit der menschlichen Zustände, selbst in der Türkei glaubt. Wenn wir dagegen animus zeigen und Stellung nehmen, anstatt wie bisher mit- oder nachzugehen, so setzen wir uns notwendig, aber ohne eigenen Vorteil stets in Gegensatz zu anderen Großmächten. Der Sultan weiß auch ohnedem, daß wir ihm nichts zuleide tun wollen. Die anderen auch.

Es handelt sich nun darum zu beurteilen, ob das Aehrenthalsche Bahnprojekt durchführbar erscheint oder nicht. Die Erlaubnis, eine Vermessung vorzunehmen, oder die Gewährung einer kilometrischen Garantie ist, wie wir aus Erfahrung wissen, nicht dasselbe. Gegen kilometrische Garantien besteht sowohl unter den Türken wie auch an anderen Stellen eine zunehmende Abneigung. Es ist eine Frage der Beurteilung an Ort und Stelle, das heißt in Konstantinopel, ob das Bahnprojekt realisierbar ist und der Bau vom Sultan tatsächlich zugelassen werden wird. Man sollte annehmen, daß eine wichtige Bahnverbindung, die den kürzesten Weg von Mitteleuropa nach dem Ägäischen Meere und, wie Baron Aehrenthal in seiner Rede vor den Delegationen aussprach, auch nach dem Fernen Osten bildet, auch ohne kilometrische Garantie rentabel sein werde. Unsere kleinasiatische Bahn muß erst mühsam von Sektion zu Sektion neue Gebiete eröffnen, on y pousse dans le néant, der Verkehr ist nicht sofort da und eine staatliche Beihülfe daher angezeigt. Die Bahn nach Saloniki erscheint dagegen sofort als ein lebensfähiges, sich selbst unterhaltendes Unternehmen.

Ist nun gegründete Aussicht auf die großherrliche Genehmigung zur tatsächlichen Erbauung der Bahn vorhanden, so können wir meines unmaßgeblichen Dafürhaltens aus politischen und wirtschaftlichen Gründen mit Rücksicht auf die Zukunft den Dingen ihren Lauf lassen, ohne für oder gegen Partei zu greifen. Stellt sich das Projekt aber als Fata Morgana heraus, oder bekommt Baron Aehrenthal Angst und will zurück, dann tritt die Gegenwart in ihre Rechte, und wir können mit Nutzen die Vermittlerrolle des ehrlichen Maklers zwischen Wien und Petersburg übernehmen.

Die Erneuerung allzugroßer Intimität zwischen Österreich und Rußland ist für das erste nicht zu erwarten, und wenn der Riß auch wieder zusammengeflickt wird, so wird doch für lange Zeit ein starkes Mißtrauen gegen Österreich in Petersburg zurückbleiben. Vermitteln wir ohne den Wunsch Österreichs, so verletzen wir es, was wohl kaum erwähnt zu werden braucht.

Hält Baron Aehrenthal nun aber an dem Bahnprojekt fest, so vertieft sich der Riß in der österreichisch-russischen Balkanpolitik, und Herr Iswolsky wird voraussichtlich Anlehnung wo anders suchen, vor allem

bei Italien und England. Herr Iswolsky ist aber so wie so schon in der letzten Zeit vielfach in Konstantinopel Hand in Hand mit England gegangen, und Italien wird immerhin gewisse Rücksicht auf seinen Bundesgenossen nehmen müssen. Die unmittelbare Folge wird eine Verlangsamung der Reformbestrebungen wegen Uneinigkeit unter den Mächten sein. Bisher war die Einigkeit aber auch nicht groß.

Ich werde nun bei erster Gelegenheit Sir Edward Grey mit Bezugnahme auf sein Memorandum*, eingereicht mit Bericht No. 998 vom 20. Dezember v. Js., mitteilen, daß wir nicht in der Lage seien, die Vermehrung der Gendarmerie in Konstantinopel zu befürworten.

P. Metternich

Nr. 8700

*Der Botschafter in Wien von Tschirschky
an den Reichskanzler Fürsten von Bülow*

Ausfertigung

Nr. 34

Wien, den 10. Februar 1908

Herr Wesselitzky, der sich seit einigen Wochen wieder in London aufhält, schreibt meinem hiesigen Gewährsmann, daß das Balkanprogramm, welches der Minister des Äußeren Baron Aehrenthal in den Delegationen entwickelt hat, in den englischen politischen Kreisen eine außerordentliche Überraschung hervorgerufen habe.

Auch die englischen Regierungskreise seien auf eine derartige unverhüllte und solenne Ankündigung des Vordringens nach Saloniki nicht gefaßt gewesen. Er, Wesselitzky, habe kürzlich in seiner Eigenschaft als Präsident der Londoner „Foreign Press Association“ eine große Rezeption veranstaltet und bei dieser Gelegenheit mit zahlreichen einflußreichen englischen Staatsmännern und Politikern gesprochen. Er habe bei allen diesen Persönlichkeiten nicht die geringste Geneigtheit gefunden, die Balkanhalbinsel in der von Baron Aehrenthal proklamierten Weise dem ausschließlichen oder auch nur prädominierenden Einflusse Österreich-Ungarns zu überlassen. Man sei auch erstaunt darüber, daß die zaghafte österreichische Politik mit einem Male den Mut gefunden habe, ihre Karten aufzudecken, und sei überzeugt, daß es nur Deutschland sein könne, welches Österreich-Ungarn in diese Richtung dränge, um den Konzeptionen der deutschen Weltpolitik auch hier die Wege zu ebnen. Nachdem aber Rußland und die slawischen Balkanstaaten und die gesamte Slawenwelt überhaupt noch weit mehr als England das Balkanprogramm des Baron Aehrenthal refüsieren müsse, so lasse sich wohl mit ziemlicher Bestimmtheit die Prognose stellen, daß dieses *pium desiderium* der Wiener Staatskanzlei niemals seine Verwirklichung erleben werde. Aber eine große und ernste Folge werde es haben, an die seine Aspiratoren am allerwenigsten

* Vgl. Bd. XXII, Kap. CLXIV, Nr. 7721, S. 480, Fußnote.

gedacht hätten: Da man nämlich hinter dem ganzen Konzept die deutsche Hand vermutet, so werde man in London wie in Petersburg noch mehr als bisher die Notwendigkeit empfinden, einander näher zu treten und sich auch über jene Fragen auseinanderzusetzen, die man vorläufig noch außerhalb des Rahmens der Entente gelassen habe, so daß die Entente zu einer förmlichen Allianz ausgestaltet werden werde.

Die Informationen des russisch-englischen Journalisten, soweit sie das Mißtrauen gegen den vermeintlich deutschen Einfluß zum Ausdruck bringen, decken sich durchaus mit der Haltung der panslawistischen Presse in Rußland und der slawischen Kreise in Österreich. Auch der „Temps“ stößt in dasselbe Horn — er nennt die Sandschakbahn einen deutsch-österreichischen Einmarschweg.

Baron Aehrenthal kann jetzt wenigstens nicht mehr im Zweifel darüber sein, wo und bei wem er die nötige Unterstützung für sein wirtschaftliches Programm am Balkan allein wird finden können. Auch seine ängstliche Rücksichtnahme auf die Wahrung des Prestiges Österreichs bei den kleinen Balkanstaaten wird ihm im Ernstfalle wenig Vorteil bringen. Denn diese werden, wenn sie gegen die Türkei aufgeboten werden sollten, sicherlich mit Hilfe ihrer zahlreichen slawischen Freunde in der Welt alles tun, um Österreich um die Früchte des eventuellen Sieges zu bringen.

von Tschirschky

Nr. 8701

*Der Botschafter in Rom Graf Monts
an den Reichskanzler Fürsten von Bülow*

Ausfertigung

Nr. 17

Rom, den 9. Februar 1908

Herr Tittoni äußerte sich heut zu mir in durchaus vertraulicher Weise und mit der Bitte um Diskretion über die Orientaktion des Freiherrn von Aehrenthal. Dieselbe stoße nach drei Richtungen an:

Es seien nicht nur die russischen Zeitungen, sondern auch die russischen Regierungskreise, welche in den wirtschaftlichen Absichten der österreichischen Regierung eine Verletzung des Abkommens von Münzsteg erblicken. Wie der italienische Botschafter* aus Petersburg meldet, wären sowohl der Zar wie Herr Iswolsky zurzeit sehr gereizt gegen den Ballhausplatz. Mit dieser Gereiztheit hänge auch die plötzliche Berufung des Fürsten Urussow** nach Petersburg zusammen, wenn es natürlich auch Unsinn ist, von einem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu sprechen.

Sodann, fuhr Herr Tittoni fort, könne sich Baron Aehrenthal nicht darüber im unklaren sein, daß er als treibende Kraft der Justizreform

* J. Melegari.

** Russischer Botschafter in Wien.

sich höchst unbeliebt im Jildis Kiosk macht. Ohne die Zustimmung des Sultans ließe sich kaum der geringste Teil des Wiener Balkanbahnprojekts realisieren. Es schien zwar, als wenn der Sultan sich a priori nicht ganz ablehnend dem Plan gegenüber verhalten hätte, aber neuerdings solle höchstderselbe ziemlich aufgebracht sein, und würde somit auch der erste Schritt zur Realisierung der österreichischen Absichten wohl noch in weiter Ferne liegen.

Drittens habe Baron Aehrenthal nicht ganz klar Italien gegenüber gehandelt. Bei den engen Beziehungen zwischen dem römischen und dem Wiener Kabinett hätte er, Tittoni, wohl hoffen dürfen, nicht nur durch das Telegraphenbureau als fait accompli von der seitens des Baron Aehrenthal beabsichtigten Sprache unterrichtet zu werden*. Was die Bahnen anlange, so sei Österreichs Recht, die Mitrowizalinie zu bauen, ein unbestreitbares. Italien wäre nicht gefragt worden, wie es sich zu den übrigen Ideen des österreichisch-ungarischen Herrn Ministers stellt, und würde auch zunächst nicht zu denselben Stellung nehmen. Akademisch aber müsse er, Tittoni, zugestehen, daß die Schienenstränge ein viel besseres Pazifikationsmittel Mazedoniens sein würden als die papiernen Beschlüsse der Großmächte und die beständige Verärgerung und Drangsalierung des Sultans durch die Botschafter.

Monts

Nr. 8702

*Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Schoen
an den Botschafter in Wien von Tschirschky*

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Zimmermann

Nr. 23

Berlin, den 11. Februar 1908

Graf Osten-Sacken gab mir gegenüber ganz persönlich einer gewissen Verstimmung über das Vorgehen Baron Aehrenthals in Sandschakbahnfrage Ausdruck, bezeichnete dasselbe als im Widerspruch stehend mit Münzsteger Programm und ließ durchblicken, daß wir dahinter stecken. Ich erwiderte, wir könnten den fraglichen Widerspruch nicht herausfinden, wären vielmehr von bona fides und vollster Loyalität Baron

* Nach einem zweiten Berichte Graf Monts' vom 9. Februar (Nr. 20) wäre diese Vorgehaltung Tittonis insofern nicht berechtigt, als nach den Äußerungen des österreichisch-ungarischen Botschafters Grafen Lützow zu ihm, Monts, Tittoni „von den wirtschaftlichen Absichten“ Aehrenthals „vorgängig“ verständigt war. In seiner Kammerrede vom 11. März 1908 hat Tittoni ausdrücklich bestätigt, daß Freiherr von Aehrenthal ihm noch vor der Delegationsrede sein Bahnprojekt mitgeteilt habe. Später — am 23. August 1908 — hat Tittoni allerdings dem Grafen Monts gegenüber in Abrede gestellt, daß er von österreichischer Seite informiert worden sei; wenn er in der italienischen Kammer das Gegenteil behauptet habe, so sei er „pour sauver les apparences genötigt gewesen, das Parlament zu belügen“. Bericht Graf Monts' d. d. Haimhausen, 24. August 1908 (Nr. 3).

Aehrenthals sowie davon überzeugt, daß er bei Bahnfrage lediglich von wirtschaftlichen Gesichtspunkten ausgehe, und daß ihm jegliche Absicht einer Beeinträchtigung fremder, namentlich russischer Interessen fernliege. Es läge daher nach unserer Ansicht keinerlei Grund vor, dem Projekt, das übrigens nicht von uns ausgegangen sei, die Unterstützung zu versagen. Bitte dies Baron Aehrenthal gegenüber zu verwerthen.

v. Schoen

Nr. 8703

*Der Botschafter in Wien von Tschirschky
an das Auswärtige Amt*

Telegramm. Entzifferung

Nr. 34

Wien, den 12. Februar 1908

Mein russischer Kollege, der übrigens die Gerüchte über seinen bevorstehenden Rücktritt als unrichtig bezeichnete, sprach — wie dies auch Graf von der Osten-Sacken nach Telegramm Nr. 23* getan — mit sichtlicher Verstimmung über das Freiherr von Aehrenthalsche Projekt der Sandschakbahn. Wenn man auch nach dem Berliner Vertrag Österreich-Ungarn das Recht zu diesem Bahnbau theoretisch nicht absprechen könne, so sei doch jedenfalls der Zeitpunkt, zu welchem der Minister mit diesem Projekt hervorgetreten, der denkbar ungünstigste. Während man in Konstantinopel sich mit den heiklen Reformfragen beschäftige und in der Justizkontrolle sogar an einem toten Punkt angelangt sei, werfe Freiherr von Aehrenthal ohne zwingenden Grund eine Menge anderer Fragen auf, von denen jede einzelne äußerst vorsichtige Behandlung verlangt hätte. Il a manqué de tact et de prévoyance, meinte Fürst Urussow und fügte hinzu, er fürchte, Freiherr von Aehrenthal habe sich bei der Lancierung seines Programms von dem für einen Staatsmann besonders gefährlichen Drang leiten lassen, seine schwankend gewordene Stellung durch einen Erfolg à tout prix wieder zu festigen. Ein Staatsmann müsse aber jederzeit bereit sein, seinen persönlichen Vorteil dem Staatswohl unterzuordnen.

Von anderer zuverlässiger Seite höre ich noch, daß Herr Iswolsky, der kurz vor der Delegationssession durch Freiherrn von Aehrenthal von dessen Sandschakprojekt verständigt worden sei, sich energisch dagegen ausgesprochen habe.

Der Artikel des „Temps“ gegen Österreichs Balkanpläne hat hier einen sehr unangenehmen Eindruck gemacht. Man führt ihn jetzt auf Einwirkung der serbischen Gesandtschaft in Paris zurück.

Tschirschky

* Siehe Nr. 8702.

*Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Schoen
an den Botschafter in Petersburg Grafen von Pourtalès*

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 38

Berlin, den 13. Februar 1908
[abgegangen am 14. Februar]

Ich erfahre streng vertraulich, daß die von russischer Presse verbreitete Anschauung, wonach wir das Wiener Kabinett in das Unternehmen der Sandschakbahn hineingetrieben haben sollen, auch in russischen diplomatischen Kreisen Gläubige findet. Man geht so weit zu behaupten, die Anstiftung sei zwischen Seiner Majestät dem Kaiser und dem König Eduard in Windsor verabredet worden.

Ew. Exzellenz bitte ich, Herrn Iswolsky auf das bestimmteste zu erklären, daß an diesen Darstellungen kein wahres Wort ist. Wir haben mit Wien über diese Frage nicht verhandelt, auch von dort keinerlei Mitteilung über das Bahnprojekt erhalten und sehen gerade darin einen Beweis für die bona fides und die volle Loyalität Baron Aehrenthals gegenüber Rußland.

Allgemein wollen Ew. Exzellenz noch sagen, daß wir dem gegebenen Wort, uns der Reformaktion der Ententemächte anzuschließen, treu bleiben, ebenso wie wir dem uns gegebenen Wort des Befolgens einer konservativen Politik hinsichtlich der Türkei vertrauen.

Baron Marschall ist längst nicht nur ermächtigt, sondern angewiesen, die Reformnote* zu unterzeichnen. Wenn er in den Botschafterkonferenzen bestrebt ist, die seinem scharfen juristischen Auge besonders sichtbaren Mängel des Entwurfes zu verbessern und Schwierigkeiten zu überbrücken, so erklärt sich dies aus seinem begreiflichen Wunsch, die zu befürchtende bruske Ablehnung seitens der Türkei und damit einen schweren und vielleicht unheilvollen Echec nach Tunlichkeit zu vermeiden. Unsere Loyalität erhellt auch daraus, daß wir der von allen Botschaftern nach der letzten Konferenz ihren Regierungen empfohlenen Transaktion nur dann zustimmen wollen, wenn dies in Petersburg und Wien geschieht.

v. Schoen

*Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès
an das Auswärtige Amt*

Telegramm. Entzifferung

Nr. 55

St. Petersburg, den 14. Februar 1908

Auf Telegramm Nr. 38 vom 14. Februar**.

Habe mich soeben Herrn Iswolsky gegenüber im vorgeschriebenen Sinne eingehend geäußert. Der Minister bat mich, der Kaiserlichen Re-

* Vgl. dazu Bd. XXII, Kap. CLXIV.

** Siehe Nr. 8704.

gierung seinen Dank für die Mitteilungen zu übermitteln. Seiner Verstimmlung über die von Freiherrn von Aehrenthal angekündigten Pläne ließ er wieder lebhaft die Zügel schießen: „C'est une bombe qu'il m'a jetée entre les jambes. En compliquant de cette façon la situation il m'a mis dans une position très difficile.“ Dagegen vermied Iswolsky heute jede Verdächtigung unserer Politik. Er klagte nur, daß Reformaktion jetzt „par terre“ liege. Gegenwärtig stehe er mit Wien im Gedankenaustausch über weitere Behandlung der Angelegenheit, doch sehe er vorläufig keinen Ausweg aus der Sackgasse. Ebenso unannehmbar wie Suggestion des Freiherrn von Marschall erscheine ihm jetziger Vorschlag des Freiherrn von Aehrenthal, die Reformnote in ihrer ursprünglichen Form nunmehr zu überreichen. Für eine Annahme seitens der Türkei sei jetzt gar keine Aussicht mehr.

Ich erwiderte, gerade dieser unerwünschten Situation hätte Freiherr von Marschall vorbeugen wollen.

Im Laufe der Unterhaltung wies ich auf die Ausfälle der russischen Presse gegen uns hin und äußerte meine Verwunderung, daß sogar offiziöse „Rossija“ nur gehässigste Artikel gegen uns reproduziert habe. Der Minister bedauerte die Preßangriffe, gegen die er machtlos sei. Entgegnungen in „Rossija“ würden wirkungslos sein. Im ganzen war Sprache des Ministers heute versöhnlicher als in letzter in meinem unterwegs befindlichen Bericht Nr. 55* wiedergegebenen Unterredung.

Pourtalès

Nr. 8706

*Der Botschafter in London Graf von Metternich
an den Reichskanzler Fürsten von Bülow*

Ausfertigung

Nr. 153
Vertraulich

London, den 12. Februar 1908

Graf Mensdorff sagte mir gesprächsweise, daß Baron Aehrenthal wohl 14 Tage vor seiner Rede in der Delegation Herrn Iswolsky Mitteilung über den beabsichtigten Ausbau der Sandschakbahn gemacht habe.

Es scheine nun, so fügte der Botschafter hinzu, ein gewisses Mißtrauen zu herrschen, daß Österreich-Ungarn, um die Konzession zum Bahnbau zu erlangen, dem Sultan Versprechungen gemacht habe, in den Reformfragen ein langsames Tempo einzuschlagen. Dieses Mißtrauen sei vollkommen unbegründet.

Soweit er vertraulich von russischer Seite erfahren habe, werde in Petersburg das Recht Österreichs auf den Ausbau der Verbindungsbahn

* Siehe Bd. XXII, Kap. CLXIV, Nr. 7734.

nicht bestritten; dagegen halte man es in Petersburg nicht für opportun, daß Österreich mit diesem Projekte jetzt hervorgetreten sei.

Dem Botschafter sind die Artikel in der französischen Presse, die von dem Zusammenbruch der russisch-österreichischen Entente reden, nicht entgangen.

Graf Mensdorff kann in dem projektierten Bahnbau keine Bedrohung russischer Interessen erblicken. Dagegen werde Griechenland zum ersten Male in direkte Verbindung mit Europa gebracht.

P. Metternich

Nr. 8707

*Der Botschafter in Wien von Tschirschky
an das Auswärtige Amt*

Telegramm. Entzifferung

Nr. 38

Wien, den 15. Februar 1908

Auftrag in Telegramm Nr. 23 vom 11. Februar* ausgeführt. Ich fand Freiherrn von Aehrenthal sehr mißgestimmt über Iswolsky. Er empfing mich gleich mit den Worten: „Nun, unser Freund Iswolsky hat sich in seinem richtigen Licht gezeigt! Daß ich von einem Teile der russischen Presse angegriffen werden würde, darauf war ich ja gefaßt. Daß aber Iswolsky selbst ins Feuer bläst und bei den Kabinetten weiter schürt, das übersteigt meine Erwartungen¹. Iswolsky hat Schulden und sehnt sich nach dem fetten Berliner Botschafterposten. Seitdem Stolypins Stellung nicht mehr fest ist, fühlt auch er den Boden unter seinen Füßen schwanken. Nun, wenn er nur ginge! Aber seinen voraussichtlichen Nachfolger von Tscharykow** halte ich für noch gefährlicher, denn der ist borniert und ganz panslawistisch gesinnt².“ Den russischen Gegencoup mit der Transversalbahn*** bezeichnet der Minister als plumpe Falle, er habe Iswolsky nicht den Gefallen getan zu opponieren. Die Donau-Adria-Bahn sei zwischen den Balkanstaaten und der Türkei zu regeln. Er würde es vom türkischen Standpunkt als eine kluge Politik bezeichnen, möglichst viel Bahnen zu bewilligen, um die Balkanvölker mit wirtschaftlichen Problemen an Stelle der nationalen und politischen zu beschäftigen.² Der Minister ging dann noch auf sein bekanntes Projekt eines Wiederauflebens des Dreikaiserbündnisses ein und meinte, er habe, als er noch Botschafter in Peters-

* Siehe Nr. 8702.

** Der bisherige russische Gesandte im Haag von Tscharykow war gerade am 15. Februar 1908 an Stelle Gubastows zum Gehilfen im russischen Außenministerium ernannt worden.

*** In russischen Zeitungsartikeln wurde Mitte Februar als Gegenschachzug gegen den österreichischen Plan der Sandschakbahn der Bau einer Donau-Adria-Bahn angekündigt.

burg war, ernstlich versucht — schon vom monarchischen Standpunkt aus —, Rußland zu dieser Idee zu bekehren*. Mit dem Augenblick aber, als Iswolsky ans Ruder gekommen sei, habe er die Nutzlosigkeit seiner Bemühungen eingesehen. Bei dessen ausgesprochener Hinneigung nach England² sei nichts mehr zu machen gewesen. Die wahre Natur der russischen Politik mußte sich ja einmal zeigen³: daß sie aber so schnell und gerade bei dieser Gelegenheit die Maske abnehmen werde, das hätte er allerdings nicht erwartet^{4**}.

Tschirschky

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II:

¹ Ich habe nie Etwas anderes von ihm vorausgesetzt!

² ja

³ richtig

⁴ aber man sieht nun klar!

* Vgl. dazu Bd. XXII, Kap. CLX.

** Angesichts der Mißstimmung Aehrenthals richtete Fürst Bülow am 17. Februar ein langes, die verschiedensten Themata anschlagendes Schreiben an den österreichischen Minister, in dem er ihn tröstend an das „*saevius tranquillius in undis*“ erinnerte und ihm Mitteilung von den Schritten machte, die Deutschland zugunsten Österreichs in Petersburg unternommen hatte. Die russische Erregung wollte Fürst Bülow nach diesem Schreiben „für mehr künstlich und oberflächlich als für natürlich und sehr tiefgehend“ ansehen, und er bezweifelte, daß Rußland zurzeit Neigung haben sollte, sich in ernstliche Konflikte im Orient einzulassen. „Unserer Politik liegt jede Provokation ebenso fern wie der Ihrigen; aber Deutschland und Österreich-Ungarn bilden zusammen einen so starken Block, daß wenn wir beide einig und fest sind, niemand Lust haben wird, uns herauszufordern.“ Freiherr von Aehrenthal ließ darauf dem Fürsten Bülow einige Tage später durch den Botschafter von Szögyény seinen wärmsten Dank sagen: „Es gewähre ihm große Befriedigung, sich in der Beurteilung der Situation in voller Übereinstimmung mit Seiner Durchlaucht zu wissen. Besonders erfreut sei er, aus dem Briefe zu entnehmen, daß der Herr Reichskanzler gleich ihm die in Rußland und anderwärts in der Presse hervorgetretene Erregung für eine oberflächliche erachte. Das beste scheine ihm, die Zeitungspolemik möglichst wenig zu beachten und ihr nicht neuen Stoff zu bieten. Die Erregung sei hauptsächlich durch den gänzlich falschen Argwohn hervorgerufen, daß Österreich-Ungarns wirtschaftliche Pläne auf Instigation Deutschlands zurückzuführen seien.“ Aufzeichnung des Staatssekretärs von Schoen vom 23. Februar 1908. Am 11. März antwortete dann Freiherr von Aehrenthal selbst dem Fürsten Bülow in einem längeren Schreiben, das eine wesentlich beruhigtere Auffassung zur Schau trug. Es hieß darin u. a.: „Wie Sie, sehr verehrter Freund, so richtig hervorheben, ist ebenso die deutsche wie unsere Politik frei von jeder Provokation. Was Österreich-Ungarn betrifft, so bleibt es fest auf dem Boden der Entente mit Rußland und ist nach wie vor bereit, an der Verwirklichung des Münzsteger Programms zu arbeiten. Ich beurteile die Verhältnisse keineswegs pessimistisch und glaube, daß wir über diese schwierige passe hinwegkommen werden. Was immer aber auch geschehen mag, das feste Zusammenhalten der beiden Kaisermächte, das sich in einer dreißigjährigen Entwicklung so segensreich bewährt hat, wird sich auch in Zukunft als ein Bollwerk des Friedens erweisen. Vielleicht wird auch Rußland auf dem Umwege einer orientalischen Krise abermals zu der Einsicht kommen, daß die billigste Politik, die es machen könne, die des verantwortungsvollen Zusammengehens mit den beiden Nachbarmonarchien ist.“

*Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin
an den Reichskanzler Fürsten von Bülow*

Ausfertigung

Nr. 107

Paris, den 15. Februar 1908

Graf Khevenhüller hat dem Botschaftsrat Freiherrn von der Lancken über die Haltung Frankreichs zur Sandschakbahnfrage folgendes vertraulich mitgeteilt. Einige Tage bevor Baron Aehrenthal sein Exposé in der ungarischen Delegation hielt, hatte der Botschafter Herrn Pichon orientiert und ihn gefragt, ob vom französischen Standpunkt irgendwelche Bemerkungen zu machen seien. Dies ist von Herrn Pichon nach einigem Überlegen verneint worden, worauf der Botschafter gesagt hat, dann sei er von seiner Regierung beauftragt, um die französische Unterstützung für die österreichisch-ungarischen Pläne in Konstantinopel nachzusuchen. Herr Pichon hat darauf versprochen, Herrn Constans dementsprechend zu instruieren.

Als nun nach diesen Vorgängen bei öffentlicher Diskussion des Aehrenthalschen Exposés die hiesigen der Regierung nahestehenden Blätter, an der Spitze der „Temps“, sich dahin aussprachen, daß die Verwirklichung der österreichisch-ungarischen Eisenbahnpläne den französischen Interessen zuwiderliefe, hat Graf Khevenhüller Herrn Pichon Vorhaltungen gemacht und ihn vermocht, auf den „Temps“ dahin zu wirken, daß er die österreichisch-ungarische Balkanpolitik als weniger ungerechtfertigt und weniger schädlich für die französischen Interessen darstellte.

Der Botschafter glaubt, daß seine Herrn Pichon gemachten Vorhaltungen auch noch ihre Nachwirkungen auf letzteren bei seiner kürzlich hier stattgehabten Unterhaltung mit Herrn Tscharykow ausgeübt haben. Auf diese Unterhaltung sei es zurückzuführen, wenn hier gestern in allen dem Quai d'Orsay nahestehenden Blättern auf die Möglichkeit der Beseitigung des Balkankonflikts durch Befriedigung der russischen Bestrebungen mittels einer Donau-Adria-Bahn hingewiesen wurde. Graf Khevenhüller bemerkte übrigens hierzu, daß seiner Auffassung nach ein derartiges Projekt kaum durchführbar und darum wohl ohne praktischen Wert sei.

Zu der durch ihre Einmütigkeit auffälligen unfreundlichen Haltung der hiesigen Presse gegenüber Österreich-Ungarn in der Angelegenheit der Sandschakbahn möchte ich hier bemerken, daß man ziemlich allgemein zu der Annahme neigt, die Kampagne sei von mehreren Bankinstituten — vielleicht unter Mitwirkung und auf Anregung der russischen Regierung — eingeleitet worden, die in hervorragender Weise an russischen Werten interessiert sind.

Seinen Mitteilungen an den Botschaftsrat fügte Graf Khevenhüller noch hinzu, daß auch er in diesen Tagen mit Herrn Tscharykow eine längere Unterhaltung gehabt habe, in der die Balkandinge berührt worden seien.

Herr Tscharykow habe auf die Schwierigkeit der Stellung Herrn Iswolskys hingewiesen und gemeint, Österreich-Ungarn werde im eigenen Interesse handeln, wenn es dem Minister das Leben nicht gar zu sehr erschwere. Darauf hat der Botschafter erwidert, falls Herr Tscharykow etwa meine, Österreich-Ungarn solle, um Herrn Iswolsky auf dem Ministersessel zu erhalten, seine sehr gerechtfertigten Bestrebungen am Balkan aufgeben oder nur beschränken, so meine er, daß die österreichisch-ungarische Regierung einem derartigen Ansinnen gegenüber nur eine rundweg ablehnende Haltung einnehmen könne und werde.

Radolin

Nr. 8709

*Der Reichskanzler Fürst von Bülow
an den Botschafter in Petersburg Grafen von Pourtalès*

Konzept

Nr. 205

Berlin, den 17. Februar 1908
[abgegangen am 18. Februar]

Aus Euerer Exzellenz gefälligem Bericht Nr. 55 vom 11. d. Mts.* habe ich mit Interesse, aber nicht ohne Befremden ersehen, daß die auf völlig irrtümlicher Auffassung beruhende Erregung der russischen Presse über die wirtschaftlichen Pläne Österreich-Ungarns im Balkan sogar bei einem so erleuchteten Staatsmanne wie Herrn Iswolsky einen aufnahmefähigen Boden gefunden hat.

Euerer Exzellenz ist bereits telegraphisch mitgeteilt worden, daß wir entgegen den Ausstreuungen der Presse die österreichisch-ungarische Regierung zur Aufnahme des Projekts der Sandschakbahn nicht „angestiftet“ haben, daß aber dieses Projekt nach unserer Ansicht auch keinerlei Grund zu Beunruhigungen bietet. Ich kann an dieser Stelle nur wiederholen, daß der österreichisch-ungarischen Regierung das Recht, diese Bahn zu bauen, mit Rücksicht auf die Bestimmungen des Berliner Vertrages nicht bestritten werden kann. Da dieses von sämtlichen Signatarmächten des Berliner Vertrages anerkannte Recht Österreich-Ungarn ohne jegliche Einschränkung eingeräumt worden ist, muß auch die Wahl des Zeitpunktes für die Inangriffnahme des Unternehmens lediglich dem Ermessen der Donaumonarchie überlassen bleiben. Qui suo jure utitur, neminem laedit.

Wenn das Wiener Kabinett das Projekt gerade im gegenwärtigen Augenblick aufgenommen hat, so sprechen für diese Entschliebung offenbar wirtschaftliche Gesichtspunkte. Österreich-Ungarn hat sich durch seine Erklärungen, auf dem Balkan keine politischen Ziele zu verfolgen, nicht des Rechts begeben, dort seine wirtschaftlichen Interessen wahrzunehmen. Nur um die letzteren handelt es sich bei der Sandschakbahn.

* Siehe Bd. XXII, Kap. CLXIV, Nr. 7734.

Die Auffassung, daß das rein wirtschaftliche Unternehmen der Sandschakbahn dem politischen Programm von Mürzsteg widerspricht, ist uns unverständlich. Wir sind davon überzeugt, daß Baron Aehrenthal bei seinem Vorgehen von den loyalsten Gesichtspunkten ausgegangen ist, und daß seine bona fides in der ganzen Frage über jeden Zweifel erhaben ist. Was uns anlangt, so stehen wir, wie Euerer Exzellenz bereits an anderer Stelle mitgeteilt worden ist, dem Projekt durchaus sympathisch gegenüber, weil wir darin nicht nur ein Mittel zur weiteren Entwicklung von Handel und Verkehr auf dem Balkan erblicken, sondern weil uns das Unternehmen auch dazu geeignet erscheint, bei der dringend erwünschten Pazifizierung Mazedoniens gute Dienste zu leisten. pp.*

Bülow

Nr. 8710

*Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès
an den Reichskanzler Fürsten von Bülow*

Ausfertigung

Nr. 59

St. Petersburg, den 13. Februar 1908

Die Erregung der hiesigen Presse aller Schattierungen über die Eisenbahnpläne Baron Aehrenthals hat in den letzten Tagen eher zu- als abgenommen. Während anfänglich die angebliche Unzuverlässigkeit und Hinterlist der österreichischen Politik, der Rußland die unangenehme Überraschung zu einem höchst unglücklich gewählten Zeitpunkte verdanke, das Thema der Preßerörterungen bildete, ist man jetzt dazu übergegangen, den angeblichen Hintermann Österreichs, Deutschland, als Urheber der neuesten Wendung österreichischer Balkanpolitik leidenschaftlich anzugreifen.

In diesem Sinne schrieben gestern Taburno und Argus** (aus London) in der „Nowoje Wremja“. Die große Presse ohne Parteiunterschied macht Chorus, indem sie in mannigfacher Verflechtung den Anschluß an England bzw. an die durch gleiche Balkaninteressen verknüpfte Gruppe England-Frankreich-Italien predigt. So auch der in den hiesigen Botschaften wohlbekannte Herr Briantschaninow. Seinen Artikel in der heutigen „Rjetsch“ beehre ich mich beizufügen***.

Den Leitern der hiesigen auswärtigen Politik kommt dieser Sturm augenscheinlich nicht ungelegen. Er bietet die Möglichkeit, mit einem gewissen Nachdruck auf die Erregung der öffentlichen Meinung zu verweisen und ängstlichen Gemütern vielleicht sogar zu imponieren. In diesem Zu-

* Der Schluß des Erlasses betrifft die Frage der mazedonischen Justizreform; er ist abgedruckt in Bd. XXII, Kap. CLXIV, Nr. 7740.

** Deckname für Wesseltzky.

*** Hier nicht abgedruckt.

sammenhang verdient nicht nur die Geistesverwandtschaft in den Äußerungen von Regierungsmännern mit dem Gedankengang der Presse, sondern vor allem auch die Tatsache hervorgehoben zu werden, daß zur Beschwichtigung der erregten Presse von amtlicher Seite weniger denn nichts geschieht.

F. Pourtalès

Nr. 8711

*Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès
an den Reichskanzler Fürsten von Bülow*

Ausfertigung

Nr. 62

St. Petersburg, den 15. Februar 1908

Mit der heutigen Sendung überreiche ich Euerer Durchlaucht eine Blütenlese russischer Zeitungsartikel, in welchen ein Haß gegen Deutschland zum Ausdruck gelangt, wie er in den schlimmsten Zeiten der panslawistischen Hetzereien kaum schärfer hervortrat¹.

Obgleich mir bekannt ist, daß Vorstellungen über Preßtreibereien bei der hiesigen Regierung nur immer auf die Entgegnung stoßen, daß die Regierung diesen Treibereien gegenüber ohnmächtig sei, habe ich doch bei meiner gestrigen Unterredung mit Herrn Iswolsky über unsere Stellung zu den österreichisch-ungarischen Eisenbahnplänen im Orient und zur mazedonischen Justizreform den Minister in ernster Weise auf diese maßlos gehässige Preßkampagne aufmerksam gemacht. Ich sah mich hierzu um so mehr veranlaßt, als mir von glaubwürdiger Seite mitgeteilt worden war, daß die russischen Zeitungen in der Besprechung der Aehrenthalschen Erklärungen einem offiziösen mot d'ordre folgen, eine Mitteilung, die eine um so größere Wahrscheinlichkeit für sich hat, als die Auslassungen der Blätter im Grunde in schrofferer Form dieselben Vorwürfe gegen Deutschland erheben, die Herr Iswolsky bei seinen letzten Unterredungen mit mir deutlich durchblicken ließ.

Herr Iswolsky versicherte auf das bestimmteste, daß er die Preßkampagne gegen uns auf das lebhafteste bedauere, die Angriffe, denen er selbst ausgesetzt sei, böten den besten Beweis dafür, daß er nicht den geringsten Einfluß auf die Presse habe.

Ich erwiderte, daß, wenn eine Presse so einmütig denselben Ton anschlage wie jetzt die russische gegen uns, die öffentliche Meinung im Ausland schwer davon abzubringen sein dürfte, die betreffende Regierung hinter diesen Hetzereien zu vermuten². So würde sich hier und bei uns die öffentliche Meinung wieder in einer Weise montieren, die mir für die Pflege der guten Beziehungen zwischen beiden Ländern recht bedenklich erscheine. Ich würde es daher für dringend erwünscht halten, wenn der Minister nach Mitteln suchte, um vielleicht indirekt mäßigend auf die russische Presse einzuwirken.

Herr Iswolsky erging sich darauf in Beteuerungen über seine deutschlandfreundlichen Gesinnungen und über den Wert, den er auf des relations non seulement bonnes mais étroites avec l'Allemagne lege. Er habe nur einen Wunsch, jede Komplikation mit uns zu vermeiden, was er unter anderem dadurch bewiesen habe, daß er bei den englisch-russischen Verhandlungen auf das peinlichste alles ausgeschaltet habe³, was eine Spitze gegen Deutschland hätte haben können.

Der Minister schloß wieder mit der Klage, daß alle diese unerfreulichen Preßhetzereien vermieden worden wären, wenn Baron Aehrenthal nicht mit seiner „bombe“ die Situation zu einer so komplizierten gestaltet hätte.

F. Pourtalès

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

¹ Richtig

² ja

³ auch nicht wahr

Nr. 8712

*Der Reichskanzler Fürst von Bülow
an den Botschafter in Petersburg Grafen von Pourtalès*

Telegramm. Konzept von der Hand des Staatssekretärs von Schoen

Nr. 43

Berlin, den 17. Februar 1908

Wir haben Beweise dafür, daß die verleumderische Kampagne, welche die russische von der englischen und französischen unterstützte Presse wegen unserer angeblich hinterlistigen Orientpolitik gegen uns führt, bei sehr hochstehenden Persönlichkeiten in Petersburg nicht ohne Einfluß geblieben ist und die bis jetzt uns freundliche Gesinnung in das Gegenteil zu verkehren droht. Man wirft uns nicht nur arglistige Anstiftung des Sandschakbahnunternehmens, sondern auch Hineintreiben der Türkei in Krieg sowie Intrigen in dem persischen Grenzstreit* und allgemein schikanöse russenfeindliche Politik vor**.

* Vgl. dazu Kap. CLXXXV, Nr. 8597, S. 161, Fußnote †.

** Angesichts dieser Verleumdungskampagne sah sich Fürst Bülow veranlaßt, am 19. Februar einen Zirkularerlaß an alle Botschaften über die deutsche Stellung zu den orientalischen Fragen zu richten. Siehe dessen vollen Text in Bd. XXII, Kap. CLXIV, Nr. 7744. Hier mag die auf die Sandschakbahn bezügliche Stelle wiederholt werden: „Was die Frage der Sandschakbahn anbetrifft, so sind wir der Ansicht, daß Österreich-Ungarn aus dem Berliner Vertrage ein wohlbegründetes und von allen Mächten anerkanntes Recht zur Verwirklichung dieses Projektes zusteht. Wir glauben auch, daß dieses rein wirtschaftliche Unternehmen weder mit Wortlaut noch Geist der rein politischen Entente zwischen Rußland und Österreich-Ungarn und insbesondere des Müritzsteger Programms in Widerstreit steht. Wir nehmen ferner an, daß der hie und da laut gewordene Gedanke, daß Österreich-Ungarn durch die Erlangung der Konzession für jenes Unternehmen zu einer Zeit,

Nachdem Ew. Exzellenz einigen dieser absurden Behauptungen in dankenswerter Weise entgegengetreten sind, bitte ich bei Herrn Iswolsky auch die anderen Punkte als groteske und frivole Verdächtigungen zu bezeichnen. Wir mischen uns in orientalische Fragen nicht ein, es sei denn nach offener Aussprache und im Konzert mit den Mächten. An unserer vollsten Loyalität ist kein Zweifel berechtigt. Bezüglich des Grenzstreites mit Persien haben wir der Pforte dreimal spontan friedliche Beilegung dringend angeraten.

Wir wissen, daß Herr Iswolsky nicht viel Macht über die Presse hat, aber wir glauben von seiner freundschaftlichen Gesinnung erwarten zu dürfen, daß er wenigstens den Versuch macht, dem täglich intensiver werdenden Verleumdungsfeldzug entgegenzutreten. Wir bemühen uns, auf unsere Presse beruhigend zu wirken, fürchten aber, daß dies Bemühen fruchtlos bleibt, wenn russische Presse in bisheriger unerhörter Weise fortfährt.

Bülow

Nr. 8713

*Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès
an das Auswärtige Amt*

Telegramm. Entzifferung

Nr. 59

St. Petersburg, den 18. Februar 1908

Antwort auf Telegramm Nr. 43*.

In längerer Unterredung habe ich Iswolsky Haltlosigkeit der Verdächtigungen russischer Presse gegen unsere Politik nachgewiesen und dringende Bitte wiederholt, er möge wenigstens versuchen, diesen Verleumdungen entgegenzutreten. Minister berief sich zunächst wieder auf Machtlosigkeit Presse gegenüber sowie darauf, daß er selbst am schärfsten angegriffen werde. Ich erwiderte, ich sei weit entfernt, an seinen Versicherungen, Pressekampagne fernzustehen, zu zweifeln, doch könnte ich ihm

wo die Justizreform in Frage steht, die Stellung der Mächte in dieser letzteren Frage absichtlich erschwert haben sollte, nicht haltbar ist.

Zu bemerken ist noch, daß wir mit dem Wiener Kabinett über die Frage der Sandschakbahn nicht verhandelt haben. Wir haben demselben diesen Gedanken weder suggeriert noch ihm unsere Unterstützung aufgedrängt. Andererseits stehen wir nicht an zu bekennen, daß wir in der Erwägung, daß die österreichisch-ungarische Regierung mit unanfechtbarer bona fides und in vollkommener Loyalität gehandelt hat, mit dem Bahnprojekt sympathisieren, in welchem wir nicht nur die Verwirklichung eines guten Rechtes, sondern auch ein sehr wirksames Mittel zur wirtschaftlichen und moralischen Hebung der von der Bahn berührten Länder und damit zu deren Beruhigung erblicken, und daß wir diesem Projekt in Konstantinopel unsere Unterstützung haben zuteil werden lassen. Wir sind auch bereit, anderen ähnlichen Unternehmungen, welche auf gleiche Rechtstitel sich gründen und gleiche Ziele verfolgen, unsere Sympathie und unsere Unterstützung nicht zu versagen.“

* Siehe Nr. 8712.

nicht verschweigen, daß ich in hiesigen diplomatischen und journalistischen Kreisen mehrfach der Ansicht begegnet sei, eine Pressekampagne wie die jetzige könne nicht ohne mindestens stillschweigende Zustimmung der Regierung geführt werden. Nach anfänglichem Protest gegen solche Insinuation gab Minister zu, daß bezüglich der durch Freiherrn von Aehrenthals Erklärungen bewirkten Störung der mazedonischen Reformaktion hiesige Presseäußerungen allerdings Ansichten der Regierung widerspiegeln. Die plumpen Verdächtigungen gegen Deutschland aber seien überhaupt nicht ernst zu nehmen. Niemand glaube hier daran. Ich erinnerte an Sprichwort *calumniare audacter* und sprach Befürchtung aus, daß solche Verleumdungen schließlich auch an hoher Stelle Zweifel an unserer Loyalität erwecken könnten. Es fehle nicht an Elementen, die Interesse daran hätten, Rußland mit Deutschland zu verfeinden. Wer bürge dafür, daß diese nicht auch Kanäle fänden, um Verdächtigungen gegen uns bis zum Ohr des Zaren oder seiner Umgebung zu leiten? Iswolsky bestritt auf das entschiedenste, daß Kaiser Nikolaus Mißtrauen gegen uns hege. Nur die Nachrichten über Haltung Freiherrn von Marschalls in Frage der Reformnote habe Seine Majestät neuerdings etwas verstimmt.

Minister deutete an, daß angesichts gegenwärtiger Sachlage, da Übergabe der Reformnote jetzt zwecklos erscheine*, er bei weiteren Schritten in mazedonischer Reformfrage vielleicht mehr Fühlung mit England suchen werde. Daran sei allein Freiherr von Aehrenthal mit „seiner Bombe“ schuld, denn lieber würde er der Entente getreu mit Österreich-Ungarn gegangen sein**. Übrigens habe er noch keinerlei definitive Entschließungen in dieser Beziehung getroffen.

Schließlich versprach der Minister, nach Mitteln zu suchen, um Presse zu kalmieren. Offiziöses Communiqué schien ihm bedenklich, weil dies unter Umständen Öl ins Feuer gießen würde. Auf meinen Einwand, daß Communiqué wenigstens nach außen hin klärend wirken würde, versprach Iswolsky, die Frage eines solchen in Erwägung zu ziehen.

Pourtalès

Nr. 8714

*Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès
an das Auswärtige Amt*

Telegramm. Entzifferung

Nr. 63

St. Petersburg, den 19. Februar 1908

Im Anschluß an Telegramm Nr. 59***.

Iswolsky hat Seiner Majestät dem Kaiser von Rußland von meiner gestern geäußerten Befürchtung gesprochen, daß die von russischer Presse

* Vgl. dazu Bd. XXII, Kap. CLXIV.

** Vgl. dazu Kap. CLXXXVIII.

*** Siehe Nr. 8713.

im Verein mit englischer und französischer gegen uns gerichtete Verleumdungskampagne auch an hoher Stelle Mißtrauen gegen unsere Politik erwecken könnte. Kaiser Nikolaus hat darauf den Minister ermächtigt, mir auf das bestimmteste zu versichern, daß nichts in der letzten Zeit eingetreten sei, was seine Gesinnung Deutschland gegenüber hätte ändern können. Seine Majestät vertraut, daß etwa zwischen uns eintretende Mißverständnisse sich durch offene Aussprache leicht würden beseitigen lassen. Minister Iswolsky fügte hinzu, er wünsche und hoffe, daß keine Wolke unsere Beziehungen trüben möge. Jedenfalls könne von Änderung russischer Politik in unfreundlichem Sinne gegen Deutschland keine Rede sein. Er habe schon¹ zur Beruhigung der Presse Schritte getan und überlege², was etwa noch zur Belehrung öffentlicher Meinung geschehen könne. Ich nehme an, daß „Rossija“ Artikel bringen wird. Der Minister machte mich auf den heutigen Artikel dieses Blattes aufmerksam, der freundlicheren Ton gegen Österreich-Ungarn anschlägt.

Pourtalès

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

¹ Erst jetzt!

² Das hätte er schon gethan haben müssen!

Schlußbemerkung des Kaisers:

Gut. Purzel hat seine Sache gut gemacht.

Nr. 8715

*Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall
an das Auswärtige Amt*

Telegramm. Entzifferung

Nr. 54

Pera, den 19. Februar 1908

Vertraulich

Der Sultan, der aus London die Nachricht erhalten hatte, daß die gestrigen englischen Morgenblätter, namentlich die „Times“ aus Anlaß der Sandschakbahn sehr heftige Artikel gegen die Türkei und Österreich-Ungarn enthalten, hat Tewfik Pascha die Frage vorgelegt, ob nicht Gefahr vorliege, daß Rußland von englischer Seite zum Krieg gegen die Türkei und Österreich-Ungarn gedrängt werde? Der Minister hat erwidert, daß er diese Gefahr als ausgeschlossen ansehe. Wenn er auch annehme, daß England ernste Verwicklungen auf dem Kontinent seinen Interessen als nützlich erachte, so sei doch Rußland zurzeit weder militärisch noch finanziell imstande, einen Krieg gegen Österreich-Ungarn und die Türkei zu führen. Das verbündete Frankreich werde sicher kein Heer dazu geben, sondern im Gegenteil alles tun, um Rußland von einem Unternehmen abzuhalten, welches notwendig eine kolossale Entwertung der russischen Fonds nach sich ziehen würde. Der Sultan habe um so weniger Grund, sich über den

gegenwärtigen Zeitungsstreit zu beunruhigen, als nach vorhandenen Informationen die Frage der Sandschakbahn zwischen St. Petersburg und Wien in sehr ruhiger Weise erörtert würde und das amtliche Rußland weniger gegen diese Bahn selbst als gegen die Opportunität der Anregung der Frage im gegenwärtigen Augenblick sich ausgesprochen habe.

Ich habe Tewfik Pascha gesagt, daß ich seinen Anschauungen beipflichte. Notwendig erscheine mir die Liquidation der Unternehmung an der persischen Grenze, mit der man Rußland nur Vorwände gäbe*. Auch würde die alsbaldige Genehmigung der Mandatsverlängerung** eine für die Pforte nützliche Detente herbeiführen.

Marschall

Nr. 8716

*Der Botschafter in London Graf von Metternich
an das Auswärtige Amt*

Telegramm. Entzifferung

Nr. 61

London, den 20. Februar 1908

Sir E. Grey hat dem russischen Botschafter, wie dieser mir gesprächsweise gestern abend mitteilte, gesagt, der hiesige serbische Gesandte habe ihn um Unterstützung bei der Pforte der von Serbien gewünschten Bahnen gebeten. Sir E. Grey habe diese Bitte mit der Begründung abgelehnt, daß er auch auf das österreichische Ansinnen um Unterstützung bei der Pforte des österreichischen Sandschakeisenbahnprojekts nicht eingegangen sei***.

Ob es sich bei der serbischen Bitte um eine Teilstrecke oder um die Donau-Adria-Bahn handelt, ging aus den Worten des Botschafters nicht hervor, wohl aber, daß hinter dem serbischen Wunsch auch Rußland stehe. Da dies Sir E. Grey nicht unbekannt sein konnte, so hat er demnach so-

* Vgl. dazu Kap. CLXXXV.

** Vgl. dazu Bd. XXII, Kap. CLXIV.

*** Vgl. Nr. 8690, Fußnote***. Eine andere Haltung scheint allerdings der Unterstaatssekretär Sir Charles Hardinge eingenommen zu haben, als gelegentlich der Zusammenkunft in Ischl (15. August 1907) Aehrenthal zum erstenmal mit ihm über das Sandschakbahnprojekt gesprochen hatte. In einem Berichte Graf Metternichs vom 30. April 1908 (Nr. 402) heißt es darüber: „Wie ich ganz vertraulich erfahre, hat bereits im vergangenen Jahre gelegentlich der Zusammenkunft Seiner Majestät des Königs mit dem Kaiser Franz Joseph Baron Aehrenthal an Sir Charles Hardinge die Anfrage gerichtet, ob England etwas gegen den Bau der Bahn nach Mitrowiza einzuwenden haben würde. Sir Charles Hardinge hat das verneint und, als er jetzt an diese Stellungnahme erinnert wurde, sich damit entschuldigt, daß er damals gar nicht gewußt habe, wo Mitrowiza liege.“ Allerdings hat Sir Charles Hardinge später entschieden bestritten, daß in Ischl zwischen ihm und Aehrenthal überhaupt die Rede von dem Sandschakbahnprojekt gewesen sei. Vgl. Kap. CXCI, Nr. 8901.

wohl den österreichischen wie auch den serbischen Wunsch mit Rußland im Hintergrund abgelehnt.

Graf Benckendorff verurteilt die Opportunität der Aehrenthal-Bahnpolitik, weil er mit der Schwächung der russisch-österreichischen Balkanentente eine Stärkung der Reaktion in Rußland und damit ein Anwachsen des russischen Panslawismus befürchtet.

Der offiziöse Artikel der „Rossija“, der hier zuerst in den gestrigen Abendblättern erschien, war dem Grafen Benckendorff schon gestern morgen von Petersburg mitgeteilt worden.

Metternich

Nr. 8717

*Der Botschafter in London Graf von Metternich
an das Auswärtige Amt*

Telegramm. Entzifferung

Nr. 62

London, den 20. Februar 1908

Im Anschluß an Telegramm Nr. 61 vom 20. Februar*.

Wie Graf Mensdorff mir sagt, hat Sir E. Grey ihm versichert, daß er sich in Konstantinopel absolut neutral verhalte und die Sandschakbahnfrage dort nicht berühre. Der Minister betrachte die Bahnfrage lediglich vom Standpunkt der Rückwirkung auf die mazedonischen Reformen. Gegen den Bahnbau habe er prinzipiell nichts.

Der Botschafter nimmt an, daß die englische Ablehnung der serbischen Wünsche schon mehrere Monate zurückliege und nicht neuerdings nochmals ausgesprochen worden sei. Sir E. Grey habe ihm vor Monaten gesagt, daß er Unterstützung des serbischen Bahnprojektes abgelehnt habe. Auch die nachgesuchte finanzielle Unterstützung habe Serbien damals nicht erhalten.

Anschluß des serbischen Bahnnetzes an Sandschak sei Serbien österreichischerseits schon in Aussicht gestellt.

Das ökonomisch aussichtslose serbisch-russische Projekt einer Transversalbahn von der rumänisch-serbischen Donaugrenze nach der Adria werde weder von Rumänien noch von Bulgarien besonders gewünscht. Im Interesse dieser liege vielmehr Donaubrückenbau an der rumänisch-bulgarischen Grenze und Bahnanschluß nach Üsküb-Saloniki.

Graf Mensdorff hat nicht den geringsten Verdacht in der Richtung englisch-russischer Balkanabmachungen oder Verhandlungen, obwohl es im Laufe der Zeit bei andauernder russischer Verstimmung gegen Österreich dazu kommen könne. Er nimmt an, daß die Aufregung sich lege. Charakteristisch sei die Stellungnahme der englischen Presse gegen das österreichische Projekt, weil sie Deutschland dahinter wittern.

Metternich

* Siehe Nr. 8716.

Nr. 8718

*Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès
an das Auswärtige Amt*

Telegramm. Entzifferung

Nr. 65

St. Petersburg, den 20. Februar 1908

Übereinstimmend mit mir zugegangenen Nachrichten besitzt mein österreichischer Kollege bestimmte Anhaltspunkte dafür, daß hiesiger englischer Botschafter der Preßkampagne gegen uns und Österreich-Ungarn nicht fern steht. Sir Arthur Nicolson unterhält gegenwärtig auffallend regen Verkehr mit Agenten und Presse. Es steht fest, daß er in letzter Zeit besonders viel und lange mit Vertretern derjenigen russischen und englischen Blätter konferiert, die am meisten gegen uns hetzen. Schon bei Verhandlungen über anglo-russisches Abkommen wurde englischerseits Beeinflussung hiesiger öffentlicher Meinung mit Hochdruck betrieben und dabei mit bedeutenden Summen gearbeitet.

Portalès

Nr. 8719

*Der Botschafter in Rom Graf Monts
an den Reichskanzler Fürsten von Bülow*

Ausfertigung

Nr. 23

Rom, den 18. Februar 1908

Bei der Autorität, deren sich in Italien die Engländer und ihre Zeitungen erfreuen, werden natürlich alle englischen Preßbetrachtungen über die neueste Phase der Balkanpolitik hier nachgedruckt und besprochen. Gelten doch die zum Teil geistig minderwertigen und nur in der Erfindung falscher Nachrichten und Verleumdung Deutschlands großen Korrespondenten von „Times“ und „Daily News“ den meisten Italienern vielfach geradezu als politische Orakel. So lassen sich denn viele Italiener nicht ausreden, daß Baron Aehrenthal nur als Mandatar der Wilhelmstraße gesprochen habe. Der Gedankengang, wie er zum Beispiel im „Giornale d'Italia“ ziemlich unverhüllt zum Ausdruck gelangt, ist dabei folgender: Deutschland wolle sich um jeden Preis den Fesseln entziehen, die England um uns gelegt hat. Daher trieben wir jetzt aktivere Politik, und hätten wir zunächst die Österreicher veranlaßt, auf dem Balkan vorzugehen, ohne Rücksicht auf Italien und Rußland und selbst auf die Gefahr hin, daß das zurzeit noch schwache Rußland Frankreich gegen Deutschland ausspielt, wodurch Italien wieder in die peinliche Lage wie in Algéciras

geriete, zwischen Alliertem und Freund hin- und herzupendeln. Daher müsse man um so mehr verlangen, daß Deutschland als intellektueller Urheber der Italien schädigenden Aktivität Österreichs für seinen anderen Verbündeten eine Kompensation herbeischaffe. — Bei dem Gefühl der eigenen Schwäche ist es den Italienern natürlich auch generell höchst peinlich, wenn sich ohne ihr Zutun namentlich am Balkan Dinge vollziehen, die sie nicht hindern und aus denen sie einen Nutzen nicht erwarten können.

Die italienische Regierung verliert diesen Stimmungen und Gefühlen gegenüber nicht ihre Ruhe, wie ja überhaupt zu Herrn Tittonis Vorzügen ein gewisses Phlegma und viel Besonnenheit gehören. Diese ruhige Beurteilung tritt auch in den von der Konsulta abhängigen Zeitungen und gelegentlichen von derselben lancierten Artikeln zutage.

Gestern sprach ich mit meinem russischen Kollegen ganz vertraulich über die neueste Balkanphase. Herr Murawiew äußerte sich zunächst sehr bitter darüber, daß russische Diplomaten, selbst solche in untergeordneter Stellung wie sein Namensgenosse in Pest, sich jetzt über die immerhin recht heikle Frage interviewen ließen. Das müsse sich der Minister des Auswärtigen aufs entschiedenste verbitten. Aber leider schiene Herr Iswolsky zurzeit auch die Nerven zu verlieren. An Herrn Tscharykow, der höchstens als Mittelmäßigkeit, kaum besser wie Herr Gubastow anzusprechen sei*, würde der Minister nicht viel Halt gewinnen. Einstweilen überschütte man ihn, den Botschafter, von Petersburg mit langatmigen, meist zwecklosen Telegrammen. Baron Aehrenthal hätte entschieden richtiger gehandelt, nicht ex cathedra ein großes österreichisches Eisenbahnprogramm zu verkündigen. Längere Expektationen leitender Staatsmänner über die äußere Politik seien überhaupt ein mißliches Ding sowie vielfach der Ausgangspunkt gefährlicher Preßfehden und internationaler Verstimmungen. Im Spezialfall sei sicher nicht ohne weiteres zuzugeben, daß der Berliner Vertrag unter dem Ausbau von Straßen im Sandschak auch den von Eisenbahnen subsummiere. Aber wenn die Österreicher ganz ruhig die Mitrowizabahn gebaut hätten, würde sich schließlich die politische Welt mit dem fait accompli abgefunden haben. Doch auch so stünde der Lärm namentlich der russischen Zeitungen in keinem Verhältnis zu den ohnehin ja noch in weitem Felde befindlichen Eisenbahnproblemen. Bedauerlicherweise habe die russische Regierung eine Gegenwirkung in ihrer Presse nicht einmal versucht, und so erliege sie jetzt selbst einer journalistischen Pression, womit zugleich die Führung der Politik aus den Händen des Ministeriums in die der Redakteure überginge.

Monts

* Vgl. Nr. 8707, Fußnote **.

*Der russische Botschafter in Berlin Graf von der Osten-Sacken
an den Reichskanzler Fürsten von Bülow*

Eigenhändiger Privatbrief

Le 20 Février 1908

Le Comte de Pourtalès aura sûrement rendu compte de la réponse, faite par M. Iswolsky, à la communication dont Vous l'avez chargée auprès de notre Ministre des Affaires Etrangères*.

En me mettant au courant de l'entretien en question M. Iswolsky me charge [de] Vous dire qu'il Vous prie personnellement de ne pas douter de son sincère désir de contribuer par tous ses efforts au maintien des relations amicales avec l'Allemagne dans les circonstances particulièrement difficiles créées pour lui par les dernières décisions du Cabinet de Vienne.

Renvers ne me permettant pas encore de sortir, je me vois forcé de recourir à la plume pour m'acquitter de cette commission qui semble tenir tout particulièrement à cœur à M. Iswolsky. Comme j'expédie ce soir un courrier à St. Pétersbourg, je Vous serais bien obligé si Vous trouviez le temps de m'écrire, en réponse à ces lignes, quelques mots que je puisse transmettre à notre Ministre.

Osten-Sacken

*Der Reichskanzler Fürst von Bülow
an den russischen Botschafter in Berlin
Grafen von der Osten-Sacken*

Privatbrief. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Zimmermann

Berlin, le 21 Février 1908

C'est avec une vive reconnaissance et avec une véritable satisfaction¹ que j'ai lu la lettre² par laquelle Vous me transmettez la communication dont M. Iswolsky Vous a chargé. Vous savez combien, dans l'intérêt des deux pays aussi bien que dans celui de la paix générale et de l'idée monarchique, de bonnes et amicales relations entre l'Allemagne et la Russie me tiennent à cœur et combien, dans cet ordre d'idées, j'espère que la sagesse éclairée des illustres hommes d'Etat en Russie et en Autriche-Hongrie réussira à écarter le malentendu passager survenu entre eux récemment. Il va sans dire que l'Allemagne, fidèle alliée de l'Autriche-Hongrie et sincère amie de la Russie, ne peut que désirer que de bonnes relations existent entre les deux pays.

Bülow

* Vgl. Nr. 8713 und 8714.

** Siehe Nr. 8720.

*Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès
an den Reichskanzler Fürsten von Bülow*

Ausfertigung

Nr. 65

St. Petersburg, den 19. Februar 1908

Mit dem langsamen Abflauen der Erregung, besser gesagt der organisiert-systematischen Verhetzung der hiesigen öffentlichen Meinung stellen sich auch vereinzelte Stimmen ein, welche den deutsch-österreichischen Standpunkt aus Anlaß der Balkanerörterungen zu vertreten wagen. Die Politik dieser beiden Länder hat vereint lange genug auf der Anklagebank sitzen müssen, ohne eine Stimme zur Verteidigung oder nur zur Korrektur der gröbsten Entstellungen zu finden. Nachdem gestern der Berliner Korrespondent der „Nowoje Wremja“ ein ausgesprochen deutschfreundliches Telegramm gebracht hatte, dessen Wirkungen durch eine Schlußbetrachtung zu paralysieren die Redaktion natürlich nicht unterließ, enthält die heutige offiziöse „Rossija“ ein Communiqué, dessen Wortlaut ich mich beehre, diesem Berichte beizulegen. In dieser etwas späten offiziellen Verlautbarung wird die juristische Korrektheit des österreichisch-ungarischen Vorgehens betont, die Lauheit dieser Macht in der Verfolgung aller Punkte des Mürzsteger Programms ziemlich unverhüllt pointiert und der Zusammenhang zwischen der Erstrebung eines „Privilegs“ und der Reformfrage nachzuweisen versucht. Der Ton ist durchaus ruhig und sachlich.

Das erste und einzige der hiesigen Preßorgane, welches eine offene Stellungnahme für Deutschland nicht scheute, ist der schon wiederholt als deutschfreundlich hervorgetretene „Golos Prawdy“. Sein Leitartikel vom gestrigen Tage ist beigefügt.

Daß die Stimme eines einzelnen, noch dazu kleineren Blattes gegen die Macht der einstimmigen großen Presse nicht aufzukommen vermag, ist klar. Umsoweniger, wenn seine Äußerungen totgeschwiegen werden.

Es ist noch nicht an der Zeit, die Bilanz aus den Vorgängen der letzten Woche zu ziehen. Die unerwartete Aktivität der österreichischen Regierung hat aber jedenfalls ein willkommenes grelles Licht auf die Stimmungen, Strömungen und Inspirationen geworfen, auf deren Zusammenwirken in Momenten politischer Erregung hier in nächster Zukunft gerechnet werden kann. Daß die hiesige sensationelle Presse des Korrelats eines politisch reifen und urteilsfähigen Publikums entbehrt, ist Eurer Durchlaucht bekannt. Es wird von der durch Skeptizismus häufig angekränkelten Schicht der Gebildeten keineswegs alles geglaubt, was gedruckt wird. Aber die Richtung der politischen Instinkte und Gefühls-motive, auf denen die Entscheidungen großer Stunden doch schließlich basieren, wird durch Miniarbeit, Hetze und systematische Verdächti-

gung maßgebend beeinflußt. Umsomehr, je länger und widerspruchsloser ein solches Treiben dauert. Ich habe Anhaltspunkte dafür, daß nicht nur manche zuvor apathische Natur in den Strudel des politisierenden Paroxysmus hineingezogen worden ist, sondern daß auch intelligente und keineswegs antigermanisch gestimmte Russen, leider auch solche aus hohen Beamtenkreisen, anfangen, sich in ihrem Denken der allgemein verbreiteten Atmosphäre anzupassen. Geistige Selbständigkeit gegenüber der herrschenden Phrase und Gegen-den-Strom-Schwimmen sind nicht ausgesprochene Charakteristika slawischer Natur. Ich hege deshalb die ernste Besorgnis, daß durch das Treiben der russischen Presse seit Beendigung des japanischen Krieges manch schwerer, kaum wieder gutzumachender Schaden erwachsen ist¹. Den auswärtigen, zum Teil sehr geschickten Inspiratoren dieser Kampagne, die auch in diesen Tagen eifrig ins Feuer bliesen und sich hier von London und Paris aus in die Hände arbeiteten, sind diese Umstände natürlich genau bekannt. Sie wissen, daß jeder Sturm von dem Strande, den sie hassen, ein Stück wegspült, daß Haus und Familie, damit die heranwachsende Generation in eine Atmosphäre deutschfeindlicher Instinkte geraten. Es wäre ein interessanter Punkt zu erfahren, was die Kampagne der letzten Wochen gekostet hat. Das Naturell der Leute, die viel Geld für solche Dinge ausgegeben haben, bürgt dafür, daß sie ihre Spesen für eine nützliche Anlage ansehen.

Daß etwas geschehen muß, um diesem Treiben wenigstens einigermaßen paroli zu bieten², ist zu bemerken wohl an der Zeit. Es erscheint nicht angängig, etwa unter Hinweis auf die erprobten konservativen Gesinnungen des Hofes und eines leider aussterbenden Teils der guten Gesellschaft sich über Umfang und Tragweite von Symptomen zu täuschen, die den Anschein gewinnen, sich zu maßgebenden Faktoren der nächsten Zeit auszuwachsen zu wollen. Die Waffen der Verteidigung werden in diesem Fall wohl durch die der Angreifer suggeriert. In einem Lande, wo Sachlichkeit und Nüchternheit so wenig verbreitet sind und von der Flamme auflodernder Leidenschaft und Rassenhasses vollends ersticken, sind nicht nur reichliche dem Ziel adäquate Geldmittel, sondern auch eine zielbewußte, organisierte und rücksichtslose Kampftechnik erforderlich³. Dreiste Lügengewebe werden besser als durch sachlichen Vortrag durch eine schnelle Hand unschädlich gemacht. Die Taktik der Gegner ist gewissenlose, unermüdliche Aggressive. Ihr ein wenig abzulernen, dürfte an der Zeit sein³.

F. Pourtalès

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

¹ Ist auch meine Ansicht! Das Benehmen Iswolskis und seines Vorgängers ist verbrecherisch

² richtig

³ wie oft habe ich das empfunden, gesagt und darauf gewartet, es ist aber niemals Etwas geschehen! Und jetzt ist es fast zu spät.

Schlußbemerkung des Kaisers:

Nun mal endlich vorwärts! sehr gut! mir aus der Seele geschrieben

*Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès
an das Auswärtige Amt*

Telegramm. Entzifferung

Nr. 70

St. Petersburg, den 23. Februar 1908

Streng vertraulich

In einer Unterredung, die General von Jacobi* gestern mit Kriegsminister von Rödiger hatte, kam Rede auf türkische Kriegsrüstungen, für welche nach Äußerungen Generals von Rödiger der russische Generalstab positive Beweise haben will. Als von Jacobi Zweifel an kriegesischen Absichten der Türkei äußerte, weil niemand hinter ihr stehe, sagte Kriegsminister: „Als Soldat spreche ich mit Ihnen ganz offen. Man kann sich herausfordernde Haltung der Türkei hier nur dadurch erklären, daß Deutschland ihr den Rücken deckt.“ Von Jacobi entgegnete: „Als Soldat erwidere ich Ihnen und verbürge als Offizier die Wahrheit meiner Worte, daß unser Botschafter erst vor wenigen Tagen im Auftrage des Reichskanzlers Herrn Iswolsky die Insinuation, als trieben wir die Türkei zum Kriege, als groteske und tendenziöse Verleumdung bezeichnet hat**.“

Im weiteren Verlauf der Konversation mußte General von Jacobi auch der vom Kriegsminister als hier bestehend erwähnten Auffassung entgegentreten, daß wir hinter Sandschakbahnprojekt Österreich-Ungarns stehen. Die Äußerungen des Generals von Rödiger erscheinen bemerkenswert, weil gegenwärtig die Geheimsitzungen der Landesverteidigungskommission im Beisein der Minister der Marine, des Krieges und der Auswärtigen Angelegenheiten stattfinden.

Herr von Jacobi berichtet Seiner Majestät ausführlich über seine Unterredung***.

Portalès

* Militärbevollmächtigter in Petersburg, attachiert der Person des Zaren.

** Vgl. auch Kap. CLXXXV, Nr. 8597, S. 161, Fußnote†.

*** Nach Generalmajor von Jacobis Immediatbericht vom 23. Februar hätten die Worte General von Rödigers über die Haltung der Türkei in dem türkisch-persischen Grenzkonflikt (vgl. dazu Kap. CLXXXV, Nr. 8597) gelautet: „Nun wir sind Soldaten, und da will ich Ihnen ganz offen sagen, daß man sich diese herausfordernde, freche Haltung der Türkei nur dadurch erklärt, daß ihr von Deutschland der Rücken gestärkt, Unterstützung versprochen sei.“

*Der Botschafter in Wien von Tschirschky
an den Reichskanzler Fürsten von Bülow*

Entzifferung

Nr. 53

Wien, den 24. Februar 1908

Von wohlunterrichteter Seite geht mir ein vertraulicher Bericht aus St. Petersburg zu, wonach trotz aller Aufstachelungen aus London und Paris sowie von seiten der panslawistischen Kreise und gewisser Balkanpolitiker die russische Regierung durchaus nicht gewillt ist, in dem gegenwärtigen¹ Augenblick die Balkanfrage aufzurollen und diplomatische Händel mit Österreich-Ungarn oder Deutschland zu suchen.

Die außerordentliche Verschlimmerung der inneren Lage in den letzten Wochen habe in den Hof- und Regierungskreisen eine förmliche Panik hervorgerufen und nehme ihre ganze Aufmerksamkeit für die Abwehr der revolutionären Konspirationen in Anspruch.

Unter solchen Umständen habe man weder die Stimmung noch die Kraft, sich in große diplomatische Streitfragen mit seinen Nachbarn einzulassen, hoffe aber, daß das Wiener Kabinett der russischen Verstimmung und den möglichen ernstesten Konsequenzen für die allgemeine europäische Lage Rechnung tragen und durch dilatorische Behandlung des Bahnprojektes² die durch dasselbe hervorgerufene Spannung mildern werde.

Tschirschky

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

¹ Aha also später

² Unsinn! 30 Jahre haben die Oesterreicher gewartet! Und da allseits die Anschauung vertreten, daß die Bahnen dem Bandenwesen und Unruhen meisten Abbruch thun werden, muß nunmehr vorwärts gegangen werden.

*Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès
an den Reichskanzler Fürsten von Bülow*

Ausfertigung

Nr. 67

St. Petersburg, den 21. Februar 1908

Bei einer Unterredung, die ich vor einigen Tagen mit meinem österreichisch-ungarischen Kollegen hatte, erwähnte dieser die Äußerung des hiesigen englischen Botschafters, man würde es in England ohne Schmerzen sehen¹, wenn der ganzen Türkenherrschaft in Europa ein Ende gemacht würde². Graf Berchtold bemerkte dabei, er habe diese Äußerung zwar nach Wien gemeldet, doch sei er sich selbst im Zweifel über die derselben bei-

zumessende Bedeutung, da Sir Arthur Nicolson die Äußerung halb im Scherz getan habe. Im übrigen hat Graf Berchtold einen ausführlichen Bericht über seine Unterredung mit dem englischen Botschafter mit den Worten geschlossen: „Wenn Sir Arthur etwa darauf zählt, bei seinem Sturm auf Konstantinopel Herrn Iswolsky an seiner Seite zu finden, so dürfte er die Rechnung ohne den Wirt gemacht haben.“

Ich möchte dieser Ansicht meines österreichisch-ungarischen Kollegen beitreten. Es ist zwar nicht zu leugnen, daß es unter den chauvinistischen Heißspornen, welche neuerdings wieder in Rußland das große Wort führen, viele gibt, welche Komplikationen im nahen Orient und sogar einen Krieg gegen die Türkei nicht ungern sehen würden. Ein solcher Krieg, in welchem nach ihren Ansichten Rußland leichtes Spiel haben würde³, wäre in ihren Augen zur Wiederherstellung des durch den japanischen Krieg erschütterten militärischen Prestiges Rußlands erwünscht. Diese Ansichten werden in maßgebenden Kreisen keineswegs geteilt. Man ist dort der Ansicht, daß weder die innere Lage noch der Zustand seiner Armee Rußland gegenwärtig erlaubt, eine kriegerische Politik zu führen. Auch die verantwortlichen militärischen Persönlichkeiten vertreten diese Ansicht. Ich glaube daher daß, mit Ausnahme der chauvinistischen Hetzer man in diesem Augenblick in Rußland, weit davon entfernt, einen Angriffskrieg gegen die Türkei zu planen, viel eher einen solchen Angriff von seiten der Türkei befürchtet. In dieser Beziehung dürften auch die mir vor einigen Tagen von Herrn Iswolsky geäußerten Besorgnisse vor einem türkischen Angriff bis zu einem gewissen Grade bona fide gewesen sein, wenn der Minister auch die angeblichen türkischen Kriegsvorbereitungen wissentlich übertrieben hat.

Ich halte die oben wiedergegebene Ansicht des Grafen Berchtold auch aus dem Grunde für richtig, weil ich nach meinen bisherigen Eindrücken über Persönlichkeit und Charakter des Herrn Iswolsky ihn nicht für den Mann einer groß angelegten politischen Aktion halte. Dagegen scheinen mir bei seiner Politik persönliche Momente wie Eitelkeit und Empfindlichkeit⁴ eine nicht zu unterschätzende Rolle zu spielen. Gegenwärtig steht Herr Iswolsky ganz unter dem Einfluß seiner Verstimmung darüber, daß Baron Aehrenthal gerade in dem Augenblick einen großen politischen Erfolg errungen hat, in welchem die von Rußland besonders betriebene mazedonische Reformaktion nach seiner Ansicht eine Niederlage zu erleiden im Begriff steht. Die unausgesetzten heftigen Angriffe, welche seine hiesigen Feinde gegen ihn richten, tragen dazu bei, ihn noch mehr zu reizen. Daß die Sackgasse, in welche die Reformaktion geraten ist, auf die Fehler der russischen Politik in Konstantinopel⁵ und auf die Mängel der Reformnote* zurückzuführen ist, wird Herr Iswolsky nie zugeben. Dagegen ist ihm das Sandschakbahnprojekt und die Vorgänge auf der letzten Konstantinopeler Botschafterkonferenz ein willkommener Anlaß, um der hie-

* Vgl. dazu Bd. XXII, Kap. CLXIV.

sigen öffentlichen Meinung gegenüber das Scheitern der Justizreform auf Intrigen Deutschlands und Österreich-Ungarns zurückzuführen. Herrn Iswolskys diplomatische Kunst ist keine feine, er arbeitet mit plumpen Mitteln des „bluff“ und der Aggressive. Wenn ich nachzuweisen versucht habe, daß der Minister sich bei seiner Politik mehr durch persönliche Stimmungen leiten läßt, als daß er nach einem wohlüberlegten Plan handelt, so will ich damit die Gefahren, welche eine solche Politik in sich birgt, keineswegs unterschätzen. Ich halte diese Gefahr für um so größer, als die persönlichen Schwächen des Ministers von meinem sehr klugen englischen Kollegen, welcher Herrn Iswolsky vollkommen durchschaut, in der geschicktesten Weise ohne Skrupel mit Bezug auf die Wahl der Mittel ausgenutzt werden. So kann es leicht kommen, daß Herr Iswolsky, so aufrichtig seine Versicherungen, seiner bisherigen Politik Deutschland gegenüber treu bleiben zu wollen, jetzt auch sein mögen, ohne, vielleicht sogar gegen seinen Willen mehr und mehr in ein anderes Fahrwasser getrieben wird⁶. Trotz dieser Gefahren glaube ich nicht, daß ein Wechsel im hiesigen Ministerium, von dem in letzter Zeit wiederholt hier die Rede war, unseren Interessen entsprechen würde. Die Persönlichkeit, welche als eventueller Nachfolger jetzt am meisten im Vordergrund steht, wird mir von verschiedenen beachtenswerten Seiten als panslawistischen Einflüssen viel eher zugänglich als Herr Iswolsky bezeichnet. Graf Berchtold erzählte mir, daß sein Kollege in Paris, welcher Herrn Tscharykow von früheren Orientposten her näher kennt, denselben als einen „stark mit dem morbus behafteten Orientkonsul“ bezeichnet. Demgegenüber muß darauf hingewiesen werden, daß Herr Iswolsky sich gern als „Europäer“ der vornehmen Gesellschaft zeigt. Ein Appell an seine Eigenschaft als gentleman du grand monde ist wohl am ehesten geeignet, ihre Wirkung auf ihn nicht zu verfehlen. Eurer Durchlaucht hochgeneigtesten Instruktionen entsprechend habe ich diese Note ihm gegenüber von vornherein, wie ich glaube nicht ohne Erfolg, angeschlagen. Meine persönlichen Beziehungen zum Minister darf ich daher, trotzdem wir bei geschäftlichen Diskussionen schon wiederholt aneinander geraten sind, als vorzügliche bezeichnen.

F. Pourtalès

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

¹ Eine famos gemeine auf die Russen berechnete Phrase

² durch die Russen!

³ haben sie noch nicht Jammer genug? unerhörte Frivolität 100000 de zu opfern um das „face“ wieder herzustellen!

⁴ richtig

⁵ einzig und alleine

⁶ ja mit seinem schlaffen Herrn zusammen! trotz aller Schwüre!

Schlußbemerkung des Kaisers:

Sehr gut

*Der Botschafter in Rom Graf Monts
an den Reichskanzler Fürsten von Bülow*

Ausfertigung

Nr. 24

Rom, den 23. Februar 1908

Herr Tittoni hatte zu seiner Erholung einige Tage in Santa Margherita verbracht, so daß ich erst heut bei ihm das mir über die Balkanbahn- und die mazedonische Justizreformfrage hochgeneigtest mitgeteilte Material in vertraulicher Aussprache verwerten konnte:

Der Herr Minister zeigte sich durch Marquis Imperiali sehr genau über die Haltung des Kaiserlichen Botschafters in Konstantinopel orientiert. Er lobte sehr das von diesem seinem jüngeren Kollegen von Italien bewiesene Vertrauen, indem er mit einem Seufzer hinzufügte, wenn doch auch ein ähnliches Verfahren wie von unserer österreichischerseits Italien gegenüber beliebt würde.

In das Detail der Bahnfrage eingehend, bemerkte Herr Tittoni erneut, daß all der Lärm der englischen, russischen und französischen Presse vermieden worden wäre, wenn Baron Aehrenthal mit minderem Feierlichkeit und geringerem rednerischen Nachdruck an seine Bahnprojekte sich herangemacht hätte.

Bei meiner nochmaligen Hervorhebung unseres Standpunktes, daß wir die Erbauung von Bahnen im Orient vom rein ökonomischen Gesichtspunkt betrachteten und eine Verquickung der Bahnfrage mit der politischen mazedonischen Reformfrage uns unverständlich sei, erkannte der Herr Minister wiederum das ganz unbestreitbare Recht Österreich-Ungarns an, bis Mitrowiza eine Bahn zu bauen. Ebenso müsse es aber den anderen Mächten unbenommen bleiben, auch ihrerseits im Balkangebiet, wenn anders die Türkei oder die Territorialstaaten ihre Genehmigung erteilten, Bahnen zu bauen. Italien speziell empfinde das kommerzielle Bedürfnis, bei seinem Balkanimport nicht auf den Umweg über Saloniki angewiesen zu sein. Daher wäre für Italien die Schwarze Meer-Adria-Bahn geradezu eine wirtschaftliche Notwendigkeit. Baron Aehrenthal habe ihn, Tittoni, wissen lassen, daß er anderweitigen Balkanbahnen und namentlich einer von einem albanesischen Küstenort ausgehenden Transversalbahn nicht widerstreben würde. Wenn diese Erklärung ihm etwas früher und vor der Delegationsrede des österreichisch-ungarischen Herrn Ministers zugegangen wäre, würde seine, Tittonis, Position vor Parlament, Presse und Öffentlichkeit Italiens eine viel leichtere gewesen sein.

Als Herr Tittoni weiterhin sozusagen eine Parallele zwischen der Mitrowiza- und der Donau-Adria-Bahn zog, erlaubte ich mir hervorzuheben, daß nach der Berliner wie der Wiener Auffassung doch ein gewisser Unterschied betreffs der Bahnen zu bestehen scheine. Bezüglich der Sandschakbahn habe der Berliner Kongreß ein absolutes Recht verbrieft, wogegen die Erbauung der anderen Bahnen von mancherlei anderen Faktoren schließ-

lich abhängig sein würde. Der Minister gab dies zu. Er gab ferner zu, daß die Geldbeschaffung für die Transversalbahn eine sehr schwere sein würde. Aber selbst wenn es in absehbarer Zeit nicht zur Ausführung dieses Projekts kommen sollte, so würde eine öffentliche Anerkennung des Rechts, daß wie die anderen so auch Italien zur Wahrnehmung seiner wirtschaftlichen Interessen auf der Balkanhalbinsel Bahnen bauen dürfe¹, auf seine Landsleute sehr beruhigend wirken. In der Politik wäre es häufig ebenso wichtig, daß theoretisch ein Recht anerkannt wird, als wie daß ein theoretisches Recht sich in Praxis umsetzt.

Wie Euere Durchlaucht aus obigem hochgeneigtest entnehmen wollen, besteht immer noch bei Herrn Tittoni eine leichte Verstimmung gegen Baron Aehrenthal. Der Herr Minister gab derselben indes in äußerst maßvoller Weise Ausdruck. Fast mehr noch wie bei den früheren Unterredungen mit mir zeichnete sich aber ein gewisses Kompensationsbedürfnis ab, vermutlich hervorgerufen durch die heftige Sprache der englisch-französisch-russischen Presse und den teilweisen Rückzug der Österreicher.

Monts

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:

¹ Die Erlaubniß des Sultans vorausgesetzt.

Nr. 8727

*Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès
an den Reichskanzler Fürsten von Bülow*

Entzifferung

Nr. 77

St. Petersburg, den 25. Februar 1908

Die offenherzigen Äußerungen meines englischen Kollegen, auch in der Gesellschaft weisen deutlich auf die politischen Ziele hin, die er hier mit allen Mitteln verfolgt. Dem bayrischen Gesandten gegenüber hat er neulich seiner lebhaften Freude „über den von Freiherrn von Aehrenthal begangenen schweren Fehler“ Ausdruck gegeben. Er hat hinzugefügt, es werde Deutschland schwer werden, glauben zu machen, daß es Österreich-Ungarn bei dem Sandschakbahnprojekt nicht angestiftet habe.

In einem Gespräch mit dem Großfürsten Nikolai Michailowitsch hat Sir Arthur Nicolson, wie er selbst weitererzählt hat, den Gedanken entwickelt, die englische Politik habe seinerzeit einen großen Fehler begangen, indem sie mit anderen Mächten den Vertrag von San Stefano zerriß. Allerdings hätten die Verhältnisse damals noch anders gelegen. Jetzt, wo die Engländer Herren in Ägypten seien und die Straße nach Indien dadurch beherrschten, habe England kein Interesse mehr daran, daß Konstantinopel türkisch bleibe¹.

Portalès

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:

¹ Na das ist doch direkt zum Kriege hetzen!

*Der Botschafter in Wien von Tschirschky
an den Reichskanzler Fürsten von Bülow*

Ausfertigung

Nr. 58

Wien, den 26. Februar 1908

Aus einem mir unter der Hand zugehenden Briefe des bekannten Agitators Wesselitzky in London, in welchem er den von den Panslawisten in der orientalischen Frage zu befolgenden Feldzugsplan entwickelt, beehre ich mich Euerer Durchlaucht folgende nach Angabe des Briefschreibers zur Publikation in der slawischen Presse bestimmte Stellen gehorsamst zu unterbreiten:

„Man muß jetzt den Inzidenzfall, den Baron Aehrenthal mit der Sandshakenbahn geschaffen hat, mit aller Kraft im Interesse der slawischen Politik ausnützen. Alle slawischen Faktoren müssen mitwirken. Rußland ist ein schwer beweglicher Koloß, und es braucht immer großer Anstrengungen, bis man es in Bewegung setzt. Auch im Jahre 1877 hat es riesiger Bemühungen bedurft, ehe sich Rußland zu einer Aktion aufgerafft hat.

Militärisch ist Rußland durchaus nicht so schwach, wie man nach den Ergebnissen des japanischen Feldzuges allgemein anzunehmen geneigt ist.

Namentlich an der deutschen und an der österreichischen Grenze ist die militärische Position Rußlands eine sehr starke, was noch dadurch bedeutend potenziert wird, daß heute das ganze Polentum auf Seite der Gruppierung steht, die sich gegen Deutschland und den Dreibund richtet.

Die deutsche Politik hat in England total Fiasko gemacht. Kaiser Wilhelm hat, wie dies mit vollster Autorität versichert werden kann, in London absolut nichts ausgerichtet*. Ja der Groll, den jeder starke Mißerfolg nach sich zieht, hat das Verhältnis zwischen den zwei Rivalen noch mehr verschärft¹.

Der Gegencoup, den nun die deutsche Politik ausgeführt hat, indem sie das Wiener Kabinett zu einer aggressiven Politik auf dem Balkan drängte, ist kein besonders glücklicher. Denn dies muß mit notwendiger Konsequenz dahin führen, daß die Entente zwischen Rußland und Österreich-Ungarn zerrissen und die anglo-russische Verständigung entsprechend komplettiert wird.

Man hat in Berlin wie in Wien vergessen, daß zwischen dem slawischen Protest gegen den deutschen ‚Drang nach Osten‘ und dem berühmten Gladstoneschen ‚hands off‘ eine vollständige Solidarität besteht.“

von Tschirschky

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:

¹ Das ist also das Mot d'ordre von E[duard] VII.

Schlußbemerkung des Kaisers:

Sehr wichtiges Dokument.

* Bei seinem Besuch in England im November 1907. Vgl. darüber Bd. XXIV, Kap. CLXXIV.

*Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès
an den Reichskanzler Fürsten von Bülow*

Ausfertigung

Nr. 84

St. Petersburg, den 28. Februar 1908

Auf Weisung seiner Regierung hatte mein österreichisch-ungarischer Kollege eine Audienz bei Seiner Majestät dem Kaiser von Rußland erbeten, um Seine Majestät über den Standpunkt des Wiener Kabinetts zu der Frage der Sandschakbahn und der mazedonischen Reformen aufzuklären. Die Audienz fand gestern statt und nahm einen Verlauf, über welchen sich Graf Berchtold befriedigt ausspricht. Der Botschafter erzählte mir, Seine Majestät habe ihn zunächst ruhig angehört und dann selbst in sehr versöhnlicher und verständiger Weise über die Angelegenheit gesprochen. Der Zar hat in seiner Erwiderung besonders den Wert betont, den er auf sein freundschaftliches Verhältnis zum Kaiser Franz Joseph lege, und dem er stets treu bleiben werde¹. Seine Majestät hat dann einen historischen Rückblick auf die Beziehungen zwischen Rußland und Österreich-Ungarn geworfen und sich dabei als warmer Anhänger der Entente bekannt. Die Politik des Zusammengehens mit Österreich-Ungarn in Orientfragen sei zwar hier nicht populär, er sei aber überzeugt, daß sie die einzig richtige sei, er werde diese Politik daher auch weiter verfolgen, wenn ihm diese Aufgabe auch manchmal etwas schwer gemacht würde. Österreich-Ungarn könne das Recht, die Sandschakbahn zu bauen, nicht bestritten werden, Freiherr von Aehrenthal habe aber vielleicht im Hinblick auf die Schwierigkeiten in der „unglücklichen“ mazedonischen Reformfrage einen etwas ungünstigen Augenblick zur Verkündung seiner Pläne gewählt. Im ganzen hat Seine Majestät, wie mir Graf Berchtold sagte, einen durchaus ruhigen Eindruck gemacht. Er hat auch die über die Sandschakbahnfrage entstandene Aufregung als übertrieben bezeichnet.

F. Pourtalès

 Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:

¹ Die Treue kennt man!

*Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès
an den Reichskanzler Fürsten von Bülow*

Ausfertigung

Nr. 85

St. Petersburg, den 29. Februar 1908

Die Stimmung des Herrn Iswolsky ist in den letzten Tagen eine sehr viel ruhigere und versöhnlichere geworden. Mein letzter Besuch bei

ihm* erfolgte auf seinen Wunsch. Der äußere Anlaß war, daß er mir ein Telegramm des Grafen Osten-Sacken vorlesen wollte, in welchem dieser den Inhalt eines von Euerer Durchlaucht an ihn gerichteten Briefes wiedergab**. Herr Iswolsky äußerte sich sehr dankbar und erfreut über dieses Telegramm und ergriff die Gelegenheit, um von neuem den Wert zu betonen, den er auf gute Beziehungen mit uns lege¹.

Der Hauptgrund, weswegen der Minister den Wunsch geäußert hatte, mich zu sprechen, war, wie ich sehr bald merkte, das von mir anderweitig gemeldete Gespräch des Generals von Jacobi mit dem Kriegsminister von Rödiger,*** welches von dem letzteren Herrn Iswolsky wortgetreu wiedergegeben worden war. Dem Minister waren die Äußerungen des Generals von Rödiger sichtlich sehr unangenehm², und er war bemüht, den Eindruck derselben bei mir zu verwischen. Er verschwieg mir auch nicht, daß er seinem Kollegen Vorwürfe über die von ihm geführte Sprache gemacht habe. General von Rödiger habe geantwortet: „Was wollen Sie, ich bin kein Diplomat. Ich habe eben als Soldat gesagt, was ich denke.“³ Auf die wiederholten Bitten des Herrn Iswolsky, daß ich die Äußerungen des Generals nicht als Ansichten der Regierung ansehen möchte, erwiderte ich, ich könnte allerdings nicht annehmen, daß die russische Regierung meinen wiederholten kategorischen Versicherungen keinen Glauben schenke. Die Verdächtigung, wir hetzten die Türkei zum Kriege, sei eine zu plumpe, als daß sie nicht, wie ich hoffte, als tendenziöse Lüge, deren Zweck nur zu durchsichtig sei, erkannt würde. Allerdings könnte ich nicht leugnen, daß mir die Worte des Generals von Rödiger einen gewissen Eindruck gemacht hätten, ich könnte mir dieselben nur durch die in der letzten Zeit von der hiesigen Presse gegen uns betriebenen Hetzereien erklären. Sie zeigten deutlich, welchen Schaden eine derartige Irreführung der öffentlichen Meinung anzurichten imstande sei⁴.

Ich möchte hier gehorsamst einschalten, daß die Auslassungen des Generals von Rödiger keineswegs vereinzelt dastehen. Mehrfache ähnliche Äußerungen, die zum Teil in der Gesellschaft und sogar Mitgliedern der Kaiserlichen Botschaft gegenüber getan worden, sind in der letzten Zeit zu meiner Kenntnis gelangt. Ein hochstehender General entwickelte unter anderem die Ansicht, daß ein Zusammengehen Rußlands mit England, um Deutschland einzukreisen, die einzige richtige Politik für Rußland sei⁵. Als ich einer mir seit langem bekannten deutschfreundlich gesinnten Dame mein Erstaunen darüber aussprach, daß gerade hiesige hohe Militärs sich so unfreundlich gegen uns aussprächen, entschuldigte dieselbe die Generäle mit ihrem Mangel an universeller Bildung und fügte dieser für die russischen höheren Truppenführer schon wenig schmeichelhaften Bemerkung die harten Worte hinzu: „Ce sont des dworniks (Hausknechte)“⁶.

Das versöhnliche Auftreten des Herrn Iswolsky in den letzten Tagen

* Vom 25. Februar. Telegramm Graf Pourtalès' Nr. 73 vom 25. Februar 1908.

** Siehe Nr. 8721.

*** Vgl. Nr. 8723.

dürfte zum Teil auch als Katzenjammerstimmung anzusehen sein. Als der Minister mir beteuerte, daß ihm nichts ferner läge, als Komplikationen mit uns zu suchen, fügte er hinzu: „Die erregte Stimmung der letzten Zeit ist dem russischen Reich schon teuer genug zu stehen gekommen. Innerhalb weniger Tage ist der Kurs der russischen Papiere um $3\frac{1}{2}$ Prozent heruntergegangen⁷.“ Aus diesen Worten klangen vielleicht Mahnungen des Finanzministers heraus. Mein österreichisch-ungarischer Kollege, welcher vor einigen Tagen mit Herrn Kokowzow eine längere Unterhaltung hatte, glaubt mit seinem Hinweis auf die durch Preßhetzereien entstehenden Gefahren bei diesem Minister einen Eindruck gemacht zu haben. Jedenfalls ist die Haltung der russischen Presse in dieser Woche auch gegen uns eine viel maßvollere geworden. Wenn ich auch glauben will, daß Herr Iswolsky in letzter Zeit in diesem Sinne mitgewirkt hat, so dürfte das Hauptverdienst an dieser Beruhigung Herrn Stolypin⁸ zuzuschreiben sein.

Fasse ich das Gesamtergebnis meiner Beobachtungen der letzten Zeit zusammen, so haben die jüngsten Ereignisse von neuem erwiesen, daß mit der Rückkehr geordneter Verhältnisse und mit der Befestigung der Staatsgewalt in Rußland der Chauvinismus mehr und mehr sein Haupt wieder erhebt, und daß es nur eines geringen Anstoßes bedarf, um den immer weitere Kreise erfassenden Deutschenhaß zu hellen Flammen anzufachen⁹.

F. Pourtalès

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

¹ Der Worte sind genug gewechselt, die alte Litanei, das soll er mal in die That umsetzen!

² weil der Marsjünger aus der Schule geschwätzt hat!

³ und was Iswolski auch denkt!

⁴ gut

⁵ Doggerbank! und unsere Freundschaft!

⁶ gut

⁷ aha! sehr erfreulich

⁸ der will ehrlich mit uns gehen, Iswolski nicht! und nur gezwungen

⁹ richtig, mit Hülfe Anglo-Franz[ösischen] Goldes und Artikel

Nr. 8731

*Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall
an den Reichskanzler Fürsten von Bülow*

Entzifferung

Nr. 23

Pera, den 26. Februar 1908

Herr Sinowiew, mit dem ich gestern abend bei einem Tanzfest auf der Kaiserlichen Botschaft zum ersten Male seit der historischen Botschafterkonferenz* wieder eine vertrauliche Unterredung hatte, sprach sich

* Vgl. über dieselbe Bd. XXII, Kap. CLXIV, Nr. 7732.

über das Vorgehen Österreich-Ungarns in der Frage der Sandschakbahn mit noch größerer Erbitterung aus, als dies früher* geschehen. Er bezeichnete dasselbe kurzweg als ein „mauvais procédé“, demgegenüber die österreichisch-ungarische** Entente nicht weiter bestehen könne. Denn in internationalen Dingen spielten die „procédés“ eine entscheidende Rolle. Es sei für ihn schmerzlich, die Entente in die Brüche gehen zu sehen, denn er könne sagen, daß er seinerzeit wesentlich dazu beigetragen habe, dieselbe zu schaffen. Er habe damals in der Krim seinem Kaiser dreimal Vortrag gehalten, um ihn zu einer gemeinsamen Aktion mit Österreich-Ungarn zu bestimmen.

Auf die Vorgänge in der jüngsten Konferenz übergehend, sagte mir der Botschafter, er habe nach St. Petersburg berichtet, die Unterzeichnung der Justiznote seitens aller Botschafter sei erreichbar gewesen, er habe aber keinen dahingehenden Antrag gestellt, weil nach dem Vorgehen Österreich-Ungarns und dem Widerhall, welchen dasselbe in der Öffentlichkeit gefunden, eine Übergabe der Note unfehlbar einen Echec zur Folge gehabt haben würde***. An dieser Auffassung halte er noch jetzt fest. Er habe daher neuerdings berichtet, daß nach seiner Überzeugung die Übergabe der Justiznote vollkommen zwecklos geworden sei. Was seine Regierung jetzt tun wolle, wisse er nicht.

Marschall

Nr. 8732

*Der Militärbevollmächtigte in Petersburg
Generalmajor von Jacobi an Kaiser Wilhelm II.*

Abschrift

St. Petersburg, den 29. Februar 1908

Der Kriegsminister General Rödiger hat über unsere unter dem 23. d. Mts. gemeldete Unterredung† dem Minister Iswolsky Bericht erstattet und dieser geglaubt, dem Botschafter Grafen Pourtalès gegenüber betonen zu müssen, daß „auf seiten der russischen Regierung selbstverständlich nie die Annahme bestanden habe, daß Deutschland es gewesen, das Österreich zu den Schritten in Sachen der Sandschakbahn, die Türkei zum Vorgehen gegen Persien und — indirekt — gegen Rußland veranlaßt habe††.

Ich habe infolgedessen heute noch einmal den Kriegsminister aufgesucht und ihm dasselbe gesagt, was der Herr Botschafter Herrn Iswolsky

* Vgl. Nr. 8697.

** Soll offenbar „österreichisch-russische“ heißen.

*** Vgl. dazu Bd. XXII, Kap. CLXIV, Nr. 7745, Fußnote ***.

† Vgl. Nr. 8723.

†† Vgl. Nr. 8730.

erwidert hat, daß sowohl ich wie er — auf meine Mitteilung hin — die Äußerungen des Kriegsministers nur als die Wiedergabe einer in russischen Kreisen — „leider“ — weit verbreiteten Ansicht aufgefaßt hätten. Hieran knüpfte sich dann eine erneute Erörterung über den neuerlichen Versuch, Rußland und Deutschland zu verhetzen, und die Mittel, einer etwa dadurch entstandenen Entfremdung der beiden Völker entgegenzuwirken, da dies — wie ich ausführte — doch nicht nur in beiderseitigem Interesse läge, sondern auch der mir bekannten persönlichen Ansicht des Kriegsministers entspräche. Hierin mir zustimmend sagte dann General Rödiger, daß ein freundschaftliches Verhältnis zwischen Rußland und Deutschland nicht nur im Interesse der beiden Länder liege, sondern daß auch Rußland, nur wenn es sich um eine absolute Lebensfrage handle, sich jemals entschließen werde, das Schwert gegen Deutschland zu ziehen. Dies würde zum Beispiel der Fall sein, wenn Deutschland die polnische Frage im anti-russischen Sinne aufrollen würde¹, nicht aber, wenn es sich um irgendeinen Zipfel Landes, zum Beispiel in Kleinasien handle.

Übrigens sei — soweit ihm bekannt — augenblicklich der politische Himmel ja ganz unbewölkt. Der einzige „flaue Punkt“ sei das Verhältnis zwischen Deutschland und England, die englische Besorgnis vor der immer stärker werdenden deutschen Konkurrenz. Aber — „für die nächsten zehn oder fünf Jahre sei ja auch hier ein Konflikt nicht zu erwarten.“

Träte ein solcher ein, so müsse man hoffen, daß es Rußland möglich sein würde, seine Neutralität zu bewahren. Rußland habe das Abkommen mit England über asiatische Fragen schließen müssen, um sich nach dieser Seite zu sichern.

Aus dieser Zusammenstellung und der ganzen äußerst vorsichtigen Ausdrucksweise des Ministers gewann ich den Eindruck, daß ein etwaiges Heraustreten Rußlands aus seiner Neutralität jedenfalls nicht für Deutschland erfolgen würde. Wenn ich also im Frühjahr v. Js. berichten konnte, daß bei einem deutsch-französischen Konflikt Rußland anscheinend sehr gern neutral bleiben würde, so habe ich aus dem Gespräch mit Rödiger den Eindruck gehabt, daß jetzt die Partei für ein Eingreifen gegen Deutschland wieder an Einfluß gewonnen habe.

Dieser Eindruck wurde auch dadurch bestärkt, daß Rödiger zugab, daß es sehr wünschenswert sei, die öffentliche Meinung in Rußland wirklich davon zu überzeugen, daß Deutschland nicht Österreich und die Türkei gegen Rußland hetze, diese „Möglichkeit allein“ aber schon bezweifelte, da, selbst wenn die „Nowoje Wremja“ als das zurzeit allein die öffentliche Meinung machende Blatt einen derartigen — von der Regierung inspirierten — Artikel brächte, das nichts nützen würde, da die Zeitung doch am anderen Tage einen „interessanten“ Artikel ihres deutschfeindlichen Londoner Korrespondenten* wieder aufnehmen würde.

Daß zurzeit übrigens Rußland noch in seinen Streitkräften eigentlich

* Wesselitzky.

so desorganisiert ist, daß es einen großen Krieg kaum führen kann, dürfte daraus hervorgehen, daß der Kriegsminister meiner gelegentlichen Erwähnung der „derzeitigen Unfertigkeit des russischen Heeres“ mit keiner Silbe widersprach.

(gez.) Jacobi

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II. in Abschrift:

¹ Na, das könnte doch nur von einem Insassen von Dalldorf geschehen!

Nr. 8733

*Der russische Minister des Äußern Iswolsky
an den russischen Botschafter in Berlin
Grafen von der Osten-Sacken*

Abschrift. Vom Botschafter Grafen von der Osten-Sacken am 2. März überreicht

St. Pétersbourg, le 14/27 Février 1908

J'espère que mon échange d'explications avec le Prince de Bülow* aura apaisé les appréhensions et l'irritation causées, semble-t-il, à Berlin par l'effervescence qui a suivi dans notre presse les déclarations du Baron d'Aehrenthal concernant le chemin de fer de Novibazar. Ce qui m'a beaucoup frappé dans le langage qui m'a été tenu à cette occasion par le Comte de Pourtalès, c'est que l'on croit, ou feint de croire, que cette effervescence a été encouragée par moi et que l'on me tient directement responsable pour l'attitude de journaux qui m'attaquent tous les jours et sur lesquels je n'ai aucune prise**. M. de Schoen connaît trop bien l'atmosphère dans laquelle nous vivons actuellement ici pour se tromper sur les possibilités pour moi de prendre des mesures efficaces dans ce domaine; aussitôt que j'ai pu le faire avec quelque chance de succès, j'ai tâché de calmer les organes principaux, et je crois y avoir réussi dans une certaine mesure. Je saisirai la première occasion pour agir encore plus énergiquement dans ce sens, mais il faut toujours avoir en vue qu'un article ou un communiqué officieux produit le plus souvent un effet contraire à celui que l'on se propose.

* Vgl. Nr. 8720 und 8721.

** Dazu bemerkte Botschafter Graf Pourtalès, dem das Schreiben Iswolskys abschriftlich zugesandt wurde, daß Iswolskys Angaben über die angeblich von ihm, Pourtalès, geführte Sprache nicht den Tatsachen entsprächen. „Ich habe es auf das sorgfältigste vermieden, irgend eine Wendung zu gebrauchen, in welcher die Insinuation hätte liegen können, daß die russische Regierung die hiesige Erregung über das Sandschakbahnprojekt begünstigt habe und für dieselbe verantwortlich sei. Ich habe nur die Befürchtung ausgesprochen, daß die öffentliche Meinung in Deutschland hinter dem von der Presse in Szene gesetzten Lärm die Regierung erblicken und daß sich daraus eine unerwünschte Preßpolemik entwickeln würde.“ Bericht Graf Pourtalès' Nr. 106 vom 11. März 1908.

La campagne de presse une fois hors de cause, il me semble que l'on devrait du côté allemand rendre justice à la modération et à l'esprit conciliant dont nous faisons preuve vis-à-vis de l'Autriche dans les circonstances particulièrement difficiles créées par l'action du Cabinet de Vienne. Au risque d'exciter encore plus les critiques dirigées contre notre politique, nous n'avons pas hésité à reconnaître publiquement le droit juridique de l'Autriche et à admettre qu'elle n'a pas enfreint la lettre de nos arrangements avec elle. Mais il serait difficile de contester que les déclarations du Baron d'Aehrenthal sont venues au moment le moins propice et qu'elles ont singulièrement compliqué la situation. De plus, n'avons-nous pas ample raison de nous sentir froissés par son mode de procéder? Au cours de mon entretien avec lui au mois d'octobre, le Baron d'Aehrenthal ne m'a pas soufflé mot de son projet. Lorsque plus tard des informations ont commencé à nous parvenir indiquant que l'Autriche menait à Constantinople une action parallèle secrète dans le but d'obtenir la concession de Novibazar, je les ai repoussées comme étant entachées de faux, ce dont je me suis porté garant devant notre Auguste Maître.

Lorsqu'enfin le Comte de Berchtold est venu — dix jours avant la déclaration du Baron d'Aehrenthal — me parler pour la première fois de son projet, je me suis empressé d'attirer de la manière la plus délicate et la plus amicale l'attention du Cabinet de Vienne sur les dangers qui en résulteraient*. Je ne puis donc m'empêcher de penser et de dire que le Baron d'Aehrenthal a fait singulièrement bon marché des difficultés qu'il nous créait. Il lui eût été facile, lors de notre entrevue d'octobre, de me prévenir d'un plan qui devait déjà être sur le tapis à cette époque et, connaissant de longue date mon attachement à la politique d'entente, d'examiner avec moi le moyen de le concilier avec nos intérêts. Au lieu de cela il me jette une bombe entre les jambes et s'indigne et m'en veut du désarroi qui en résulte. Je doute, malgré le langage des officieux allemands, que l'on puisse réellement approuver ce mode d'agir à Berlin, où l'on doit certainement vouloir la continuation de nos relations d'intimité avec le Cabinet de Vienne¹.

En passant à l'Allemagne, je ne vois pas ce que l'on peut nous y reprocher en dehors de la campagne de presse² qu'il n'a guère été dans mon pouvoir d'empêcher et qui nous a causé à nous-mêmes un grand embarras. Une de ses suites directes est la baisse de nos fonds qui jusque là montraient une tendance continue à la hausse. Si l'on veut être juste à Berlin, il faut que l'on y reconnaisse qu'après les revers et les difficultés par lesquels nous avons passé, l'esprit public chez nous est particulièrement enclin à la nervosité. — Or, l'aspect des choses n'est guère propice pour nous en ce moment: la Turquie faisant des préparatifs alarmants³ sur nos confins du Caucase; l'Autriche-Hongrie obtenant un avantage économique et politique incontestable sur la péninsule des Balkans; et notre plan de

* Vgl. Nr. 8690, Fußnote ***.

réforme Macédonienne, seule justification aux yeux du pays de la politique d'entente, définitivement compromis. — Quoi d'étonnant⁴ si le gros public croit à l'action allemande⁵, dont on connaît les relations intimes avec l'Autriche et l'influence prépondérante⁶ à Constantinople? Mais ainsi que je l'ai dit au Comte de Pourtalès, le Cabinet Impérial ne s'est jamais laissé impressionner par de pareilles insinuations, et nous ne doutons pas un instant de la parfaite loyauté de la politique allemande⁷. De mon côté je crois avoir donné des preuves concluantes de ce que les accords internationaux que nous avons signés dans le but unique de nous mettre à l'abri de toute complication en Asie, n'ont aucune pointe contre l'Allemagne, et je répète que nous n'entrons et n'entrerons dans aucune combinaison de politique générale hostile à l'Allemagne⁸. Je crois bien faire au demeurant, lorsque sur un point quelconque du globe la politique allemande nous semble s'exercer contre nos intérêts, de m'en expliquer franchement avec le Cabinet de Berlin⁹; c'est ainsi que j'ai attiré ces jours-ci l'attention du Comte de Pourtalès sur deux questions dans lesquelles les représentants allemands semblent nous créer des difficultés gratuites: l'exercice de nos droits administratifs sur le territoire du chemin de fer de la Mandchourie et l'agitation contre les employés belges des douanes persanes*. Dans le second cas je ne tiens nullement l'immixtion du Chargé d'Affaires Allemand pour prouvée, mais les bruits locaux attribuent cette agitation aux efforts de M. de Richthofen. — Dans l'une et dans l'autre question le Gouvernement Allemand nous prouverait son amitié en donnant à ses représentants des instructions en notre faveur.

Pour ce qui est de la question des réformes Macédoniennes**, je ne vois toujours pas comment sortir du dilemme actuel. Signer et présenter la note judiciaire — c'est aller au-devant d'un échec certain et nous enfoncer encore plus dans une impasse; y renoncer, serait ouvrir la voie à une proposition encore plus radicale et augmenter davantage les dangers de la situation. Nous nous efforcerons de trouver une solution pratique de cette difficulté, mais jusqu'ici aucun plan définitif ne s'est présenté à notre esprit.

Veuillez, si vous le trouvez utile et opportun, faire part de ce qui précède à M. de Schoen***.

(signé) Iswolsky

* Näheres darüber aus den Akten nicht ersichtlich.

** Vgl. dazu Bd. XXII, Kap. CLXIV, Nr. 7745, Fußnote ***.

*** Auf die Mitteilung des Iswolskyschen Schreibens antwortete Staatssekretär von Schoen mit einem direkten Briefe an Iswolsky vom 2. März, der, im versöhnlichsten Tone gehalten, sich noch einmal zugunsten Freiherrn von Aehrenthal einsetzte: „Ai-je besoin de vous répéter qu'en ce qui concerne l'affaire du chemin de fer de Novibazar nous n'avons aucune raison pour douter de la bonne foi du Baron d'Aehrenthal qui paraît convaincu que cette entreprise, purement économique, n'a rien à faire avec le programme de Müritzsteg purement politique. J'ajouterai d'ailleurs que moi-même je ne vois aucun rapport entre la concession de ce tronçon de chemin de fer et l'action des réformes, action dont le Baron d'Aehrenthal était un partisan si

Randbemerkungen des Fürsten von Bülow:

¹ Gewiß

² Die mußte aber bei uns böses Blut machen nach unserer so loyalen Haltung gegenüber Rußland in allen russischen Schwierigkeiten.

³ ?

⁴ ??

⁵ dies Mißtrauen ist eben völlig unbegründet und für uns verletzend

⁶ ?

⁷ gut

⁸ Tout est là!

⁹ gewiß

Nr. 8734

*Der Reichskanzler Fürst von Bülow
an den Botschafter in Petersburg Grafen von Pourtalès*

Konzept

Nr. 300a

Geheim

Berlin, den 3. März 1908

[abgegangen am 4. März]

Ew. pp. gefälligen Berichte Nr. 67*, 70, 72 und 73 vom 21. und 24. v. Mts.** habe ich mit Interesse gelesen. Ich spreche Ihnen für diese eingehende Berichterstattung meinen Dank aus.

Das Bild, das die Berichte von den Verhältnissen in St. Petersburg geben, ist für uns kein erfreuliches. Sie zeigen, daß dort eifrig und wohl nicht ganz ohne Erfolg gegen uns gearbeitet wird. Sehr zu denken geben in dieser Beziehung die Äußerungen des Kriegsministers zu General von Jacobi, die letzterer unter dem 23. v. Mts. Seiner Majestät gemeldet hat***. Ich würde es auch lebhaft bedauern, wenn sich die Ew. pp. gleichzeitig mitgeteilten Nachrichten über eine uns feindliche Berichterstattung des Grafen Osten-Sacken bewahrheiten sollten.

Demgegenüber können die Beteuerungen seiner guten Gesinnungen, mit denen Herr Iswolsky uns gegenüber sehr freigebig ist, und die er in dem Ew. pp. gleichzeitig mit dem gegenwärtigen Erlaß in Abschrift zugehenden Privatbrief vom 14. v. Mts.† weiter ausgesponnen hat, nicht allzu-

résolu et si zélé.“ Auf diesen Brief erfolgte von seiten Iswolskys unter dem 8./21. März wieder eine Antwort, die von neuen Klagen über „le peu de ménagements dont le Baron d'Aehrenthal a usé avec nous“ überfloß. „Il lui eût été si facile de m'en prévenir à temps et de rechercher avec moi le moyen de tout concilier.“ (Vgl. auch Kap. CLXXXVIII, Nr. 8770, Fußnote *.)

* Siehe Nr. 8725.

** Bericht Nr. 70 vom 24. Februar behandelte die deutschfeindliche Haltung der russischen Presse, Bericht Nr. 72 eine Unterredung mit dem russischen Ministerpräsidenten Stolypin, der seine deutschfreundliche Gesinnung betonte, aber Klage darüber führte, daß er von einem Teile der deutschen Presse unfreundlich behandelt werde; Bericht Nr. 73 betraf wiederum die deutschfeindliche Stimmung in der russischen Öffentlichkeit.

*** Vgl. Nr. 8723 nebst Fußnote ***.

† Siehe Nr. 8733.

viel besagen. Ich habe bis jetzt keinen Anlaß, an der Ehrlichkeit dieser Erklärung zu zweifeln, möchte aber im Interesse unserer guten Beziehungen wünschen, daß dieselbe auch in Taten mehr als bisher bekräftigt würde.

Inzwischen werden Ew. pp. wie schon bisher auch fernerhin sich angelegen sein lassen müssen, wo immer Sie uns feindlichen Ausstreuungen begegnen, denselben mit Ernst und Nachdruck entgegenzutreten. Ich verweise dazu im allgemeinen auf die Ihnen in reichlichem Maße erteilten Instruktionen und bemerke ergänzend noch folgendes.

Ausführungen, wie im Bericht Nr. 73 gekennzeichnet, wonach wir die Türken gegen Rußland hetzen sollen, und wonach wir in Konstantinopel in solchem Grade allmächtig wären, daß wir auch die mazedonische Reformfrage, wenn wir nur wollten, durchsetzen könnten, würde unter anderm entgegenzuhalten sein, daß wir gerade im Orient seit über 100 Jahren niemals Rußland irgendwelche Schwierigkeiten gemacht haben, im Gegensatz zu anderen Mächten, und niemals dort gegen Rußland Intrigen betrieben haben, wobei auf den Krimkrieg und den letzten russischen Türkenkrieg hinzuweisen sein würde. Wir seien in Konstantinopel gar nicht so einflußreich, wie das vielfach aus Unverstand oder Bosheit behauptet würde. Namentlich sei das nicht der Fall in Fragen, wo wie zum Beispiel in der mazedonischen Grundprinzipien des Islam, türkische Lebensinteressen und die persönliche Stellung des Sultans in der muhamedanischen Welt, ja seine persönliche Sicherheit mitsprechen.

Die in dem gefälligen Bericht Nr. 67 wiedergegebenen Bemerkungen von Sir Arthur Nicolson über die Türkei und die Möglichkeit für Rußland, der Türkenherrschaft in Europa ein Ende zu bereiten, sollten den russischen Staatsleitern den Gedanken nahelegen, daß es sich dabei vielleicht um eine Falle für Rußland handeln könnte, in der Art, wie seinerzeit Japan von England gegen Rußland vorgehetzt wurde. Ew. pp. können Herrn Iswolsky immer wieder darauf hinweisen, daß die Türken nach unseren Nachrichten gar nicht daran denken, Rußland anzugreifen, solange sie nicht allzu sehr gequält werden. Die Haltung des Freiherrn von Marschall wie auch unsere Haltung in Persien sind eben einzig und allein darauf zurückzuführen, daß Seine Majestät unser allergnädigster Herr Konflikte und Krisen auch daselbst zu vermeiden bestrebt ist.

Die von Ew. pp. bei dieser Gelegenheit entworfene Charakteristik Iswolskys halten Seine Majestät und ebenso auch ich für zutreffend. Seine Majestät zieht daraus mit Recht die Folgerung, daß Ew. pp. in der Behandlung des russischen Ministers sich ihren englischen Kollegen möglichst zum Muster nehmen sollten.

Ein stärkeres Hervortreten Ew. pp. scheint insbesondere auch gegenüber der russischen Presse angezeigt, so daß man nicht mehr sagen kann, daß die Tür der deutschen Botschaft für die russische Presse für gewöhnlich verschlossen sei.

Herrn Stolypin können Ew. pp. in Anknüpfung an das im Bericht Nr. 72 gemeldete Gespräch etwa sagen: Blicken Sie auf Europa, da haben

Sie auf der einen Seite die Westmächte; davon ist Frankreich eine Republik, vom Radikalismus zerfressen und von den Sozialisten unterwühlt. Es ist undenkbar, daß diese Faktoren bona fide die Erhaltung des Zarentums wünschen sollten. Ähnlich ist es mit England bestellt mit seinem ausgesprochenen Liberalismus. Herr Stolypin wird sich des bezeichnenden Wortes von Campbell Bannerman erinnern: „La Douma est morte, vive la Douma.“ Eine Verbindung Rußlands mit diesen beiden Mächten kann nur zur Erschütterung und Gefährdung des Zarentums führen.

Anders, wenn Rußland sich auf Deutschland und Österreich-Ungarn stützt. Wir wünschen als überzeugte Monarchisten die Aufrechterhaltung des Zarentums und müssen dies wünschen, da wir sonst selbst den Gefahren der Revolution und des Sozialismus verfallen. Was wir Rußland wünschen müssen, ist Erhaltung der Monarchie, Ruhe im Innern und damit Kraft für die Durchführung der inneren und äußeren Aufgaben des russischen Staatskörpers.

In diesem Zusammenhange werden Ew. pp. Herrn Stolypin auch darauf hinweisen können, wie die Folgen russischer Kriege stets innere Unruhen und Umwälzungen von zunehmender Intensität gewesen sind; die Bewegung der Dekabristen, die Bauernemanzipation nach dem Krimkrieg, die Nihilistenbewegung seit 1878 und endlich die neueste russische Revolution sind die Merksteine dieser bisher ständig zunehmenden Erschütterungen des russischen Staatsorganismus.

Sie wollen Herrn Stolypin bestimmt sagen, wie sehr wir Angriffe der deutschen Presse auf ihn bedauern. Auch ich selbst und die Leiter der Kaiserlichen Regierung werden von der deutschen radikalen und jüdischen Presse in gleicher Weise angegriffen und mit Schmutz beworfen. Wir haben, Herr Stolypin und ich, alle die nämlichen Gegner, nämlich die geschworenen Feinde jeder Monarchie und jeder konservativen Ordnung.

Gegenüber der Haltung der russischen Presse gegen uns bleibt uns nichts anderes übrig, als immer wieder zu klagen und uns zu beschweren unter Hinweis auf den Schaden, den die Angriffe jener Presse anrichten, bei uns, aber auch in Rußland selber.

Schließlich mache ich noch besonders im Hinblick auf die im Berichte Nr. 74* gemeldeten Äußerungen des Herrn Iswolsky, welche einen gewissen Verdacht dahin wachrufen, daß man in Rußland von unserer amtlichen Korrespondenz geheime Kenntnis hat, auf die Notwendigkeit aufmerksam, mit größter Sorgfalt darüber zu wachen, daß die auf die Sicherung der Geheimhaltung der dortigen Botschaftsarchive und Chiffers bezüglichen Weisungen genau beobachtet werden.

Bülow

* Bericht Nr. 74 vom 24. Februar behandelte Äußerungen Iswolskys zur mazedonischen Justizfrage, die ihn über die Haltung Freiherrn von Marschalls auf-fallend unterrichtet zeigten.

*Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Schoen
an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Marschall*

Telegramm

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Zimmermann

Nr. 31

Berlin, den 4. März 1908

Die russische Regierung will serbischen Wunsch hinsichtlich Donau-Adria-Bahn in Konstantinopel unterstützen und bittet uns um Förderung dieser Schritte*. Ich habe wohlwollende Prüfung mit Bemerken zugesagt, daß Einzelheiten des Projekts uns noch nicht bekannt seien. Im Prinzip betrachteten wir jedes Bahnunternehmen im Balkan als Mittel zur Beruhigung, ständen also dem Gedanken sympathisch gegenüber.

Der Kaiserliche Botschafter in Wien meldet, Baron Aehrenthal habe zwar erklärt, daß er prinzipiell gegen diesen Bahnbau nichts einzuwenden habe, indes wünsche, Serbiens Verlangen nach Verbindung mit der Adria tunlichst auf einem für Österreich-Ungarn günstigeren Weg zu befriedigen. Dies sei möglich, wenn die im Bau begriffene Bahn Stalac-Uzice bis zur Einmündung in Bahn Vardiste-Serajewo-Metkovic verlängert würde. Dortiger Hafen oder das naheliegende Klek seien für serbischen Viehexport besonders geeignet.

Schon mit Rücksicht auf unser Verhältnis zu Österreich-Ungarn werden wir Baron Aehrenthals Plan unsere Unterstützung kaum versagen können. Rußland gegenüber würden wir uns vielleicht auf den Standpunkt stellen können, daß wir durch diese Unterstützung auch seinem Wunsche entsprechen, der doch lediglich auf Verwirklichung des serbischen Gedankens einer Bahnverbindung mit der Adria gerichtet sei.

Bitte Euere Exzellenz um Äußerung zur Sache.

v. Schoen

* Am 3. März hatte die russische Regierung an ihre Vertreter im Auslande eine Zirkulardepesche gerichtet, in der sie das serbische Projekt einer Donau-Adria-Bahn aufs wärmste empfahl. Am 4. März las laut einer Aktennotiz des Staatssekretärs von Schoen der erste Sekretär der russischen Botschaft Murawiew ihm diese Zirkulardepesche vor und regte die deutsche Unterstützung der Angelegenheit in Konstantinopel an. „Ich sagte ihm, die Einzelheiten des Projektes seien uns noch nicht bekannt. Im Prinzip betrachteten wir jedes Bahnunternehmen in den Balkanländern als ein Mittel zur Beruhigung derselben, ständen also dem Gedanken sympathisch gegenüber.“

*Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall
an das Auswärtige Amt*

Telegramm. Entzifferung

Nr. 72

Pera, den 5. März 1908

Antwort auf Telegramm Nr. 31*.

Vom praktischen Gesichtspunkt aus würde die von Freiherrn von Aehrenthal gewünschte Linie zweifellos die vernünftigste sein. Dieselbe ist in der Luftlinie und voraussichtlich auch virtuell kürzer als die von Serbien gewünschte Trace Nisch-Ferisowitsch-San Giovanni di Medua und daher auch für den serbischen Viehtransport günstiger als die letztere. Auch würde die Überschreitung des albanischen Hochgebirges vermieden, die mit enormen Kosten verbunden und erst nach blutigen Kämpfen mit den selbständigen Albanesenstämmen erreichbar wäre. Endlich falle die Notwendigkeit einer türkischen Konzessionierung weg. Es würde lediglich eine Vereinbarung zwischen Österreich-Ungarn und Serbien notwendig sein.

Dagegen würde die von Freiherrn von Aehrenthal gewünschte Linie den Serben politisch nicht annehmbar sein. Für diese liegt der Wert der Donau-Adria-Bahn vor allem in der Durchquerung Altserbiens, das sie als ihre Interessensphäre betrachten, und darin, daß die neue Bahn nicht durch österreichisches Herrschaftsgebiet führt. Der letztere Punkt wird auch für Rußland bestimmend sein, das unmöglich eine Kompensation für die Sandschakbahn in einer Eisenbahnlinie finden könnte, die von der serbischen Grenze an bis zur Adria sich in österreichischen Händen befindet.

Wir könnten, nachdem die Donau-Adria-Bahn mit wirtschaftlichen Motiven begründet worden ist, diese politischen Momente ignorieren und die von Freiherrn von Aehrenthal protegierte Linie den Russen gegenüber mit dem Argument befürworten, daß den serbischen Wünschen eines Schienenweges nach der Adria damit vom finanziell-wirtschaftlichen Gesichtspunkt aus in der besten Weise Rechnung getragen und damit auch der russische Wunsch erfüllt werde. Dagegen scheint es mir durchaus nötig, auf italienische Empfindlichkeiten Rücksicht zu nehmen. Die Italiener haben sich in der Frage der Sandschakbahn, obgleich ihnen dieselbe keineswegs sympathisch ist, durchaus korrekt benommen. Wenn nun aber die Donau-Adria-Bahn nicht in Albanien, sondern auf österreichisch-ungarischem Gebiet an das Adriatische Meer gelangen soll, so wird Herr Tittoni gegenüber der öffentlichen Meinung einen sehr schweren Stand haben. Mir schiene es daher durchaus geboten, daß Freiherr von Aehrenthal zunächst auch mit Rom in einen vertraulichen Gedankenaustausch eintritt.

Marschall

* Siehe Nr. 8735.

Nr. 8737

*Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Schoen
an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Marschall*

Telegramm

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Zimmermann

Nr. 32

Berlin, den 6. März 1908

Auf Telegramm Nr. 72*.

Einverstanden. Bitte dort bis auf weiteres über Baron Aehrenthals Plan auch Markgraf Pallavicini gegenüber nichts verlauten zu lassen. Erlaß folgt.

v. Schoen

Nr. 8738

*Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès
an den Reichskanzler Fürsten von Bülow*

Ausfertigung

Nr. 91

St. Petersburg, den 7. März 1908

Wenn auch die Wogen der Erregung über das Sandschakbahnprojekt sich einigermaßen gelegt haben, so dürften sich doch die Folgen dieses Zwischenfalles hier noch längere Zeit spüren lassen. Die Aussprache, welche zwischen Wien und Petersburg stattgefunden hat, läßt zwar nach außen hin die Beziehungen zwischen den beiden Kaisermächten als durch die vorübergezogene Wolke nicht ernstlich getrübt erscheinen, man kann sich aber dem Eindruck nicht verschließen, daß das gute Verhältnis zwischen dem Baron Aehrenthal und Herrn Iswolsky einen starken Stoß erlitten hat und kaum jemals wieder das alte werden wird.

Der russische Minister spricht sich zwar viel ruhiger, aber doch noch sehr bitter über seinen österreichisch-ungarischen Kollegen aus. Er las mir vor einigen Tagen einen Brief vor, den er dem russischen Geschäftsträger in Wien** über die Lage geschrieben hat. Der sachliche Inhalt dieses Briefes, insoweit die Bahnfrage in Betracht kommt, stimmt im wesentlichen mit dem Briefe überein, den Herr Iswolsky an den Grafen Osten-Sacken gerichtet hat***, der Ton aber ist erheblich schärfer. Der Brief weist besonders darauf hin, daß, während die russische Politik dem Wortlaut und dem Geiste der Entente auf das gewissenhafteste, ja oft unter Vernachlässigung russischer Interessen treu geblieben sei¹, das plötzliche

* Siehe Nr. 8736.

** S. Sverwejew.

*** Siehe Nr. 8733.

Hervortreten des Freiherrn von Aehrenthal mit seinen Eisenbahnplänen², von denen er bei seiner Begegnung mit Herrn Iswolsky im vorigen Herbste auch nicht eine Andeutung gemacht habe, hier auf das peinlichste berühren mußte.

Zu der Verstimmung des Ministers trägt wohl teilweise bei, daß er, wie er mir bei unserer letzten Unterredung mitteilte, gerade kurz vor dem Bekanntwerden des Sandschakbahnprojektes bei einem Immediatvortrage dem Kaiser Nikolaus von seinem Vertrauen auf die Loyalität und Uneigennützigkeit³ der Aehrenthalschen Orientpolitik gesprochen haben will. Das Dementi, das ihm von dem österreichisch-ungarischen Minister unmittelbar darauf erteilt worden sei, habe ihn seinem kaiserlichen Herrn gegenüber in eine höchst unangenehme Lage gebracht.

Im übrigen habe ich ebenso wie mein österreichisch-ungarischer Kollege den Eindruck, daß Herr Iswolsky, so gerne er dem Wiener Kabinett jetzt einen Streich spielen würde, doch Bedenken trägt, in der mazedonischen Reformfrage ganz in das englische Fahrwasser einzulenken. Er fürchtet, daß man in London zu radikale Wege gehen will, welche die Lage auf dem Balkan leicht zu einer kritischen gestalten könnten, und seine Versicherungen, daß er keine ernststen Komplikationen wünscht, dürften aus den früher von mir erörterten Gründen wenigstens für den Augenblick ehrlich gemeint sein.

Gegenwärtig ist der Minister, wie er mir selbst sagt, damit beschäftigt, ein Projekt über die zur Förderung der Reformangelegenheit angesichts der gegenwärtigen Lage in Konstantinopel zu unternehmenden Schritte auszuarbeiten*. Sollte es ihm gelingen, einen Ausweg aus der Sackgasse, in welche die Reformaktion geraten ist, zu finden, so würde ein solcher persönlicher diplomatischer Erfolg gewiß viel dazu beitragen, seine gegenwärtige nervöse und verbitterte Stimmung zu verbessern. Ich habe Herrn Iswolsky gesagt, daß alle Vorschläge, welche Aussicht hätten, von den anderen Mächten angenommen zu werden, und bei denen nicht auf einen unüberwindlichen Widerstand der Pforte zu rechnen sein würde, unserer Unterstützung sicher wären, da wir in dem aufrichtigen Wunsche, das Reformwerk möglichst bald zu gutem Ende geführt zu sehen, hinter keiner anderen Macht zurückständen und jeder brauchbare Vorschlag, um zu diesem Ziele zu gelangen, von welcher Seite er auch komme, der Kaiserlichen Regierung willkommen sein werde.

Über die Richtung, in der sich seine Vorschläge bewegen werden, hat mir Herr Iswolsky keinerlei Andeutung gemacht.

F. Pourtalès

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

¹ !

² 30 Jahre alt

³ ?

* Vgl. dazu Bd. XXII, Kap. CLXIV.

*Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès
an den Reichskanzler Fürsten von Bülow*

Ausfertigung

Nr. 107

St. Petersburg, den 16. März 1908

Als durch die russischen Niederlagen in der Mandschurei die Expansionsbestrebungen Rußlands nach dem Fernen Osten hin zurückgedrängt worden waren und die russische Regierung sich gezwungen gesehen hatte, durch den Frieden von Portsmouth und weitere Verträge mit Japan den neuen Verhältnissen am Stillen Ozean Rechnung zu tragen, traten alsbald Anzeichen hervor, welche auf ein erhöhtes Interesse der russischen Politiker für den nahen Orient hinwiesen. Mit dem Rückgang der revolutionären Bewegung machte sich in den letzten Monaten der Chauvinismus wieder in stärkerem Maße geltend. Die alten Schlagworte von der historischen Mission Rußlands auf der Balkanhalbinsel, von der Notwendigkeit für Rußland, über die freie Ausfahrt aus dem Schwarzen Meere zu verfügen, wurden wieder laut und bildeten das Lieblingsthema der politischen Gespräche und der Betrachtungen der Presse. Die Erregung, welche die Verkündigung des Sandschakbahnprojektes hier verursachte, findet hauptsächlich darin ihre Erklärung, daß man hier Österreich-Ungarn den Machtzuwachs nicht gönnt, daß man durch die von Baron Aehrenthal angekündigten Bahnprojekte in unerwünschter Weise an die österreichische wirtschaftliche und politische Konkurrenz auf der Balkanhalbinsel erinnert wurde, welche man durch das Mürzsteger Programm beseitigt oder wenigstens eingeschläfert glaubte. Daß aber zu gleicher Zeit auch eine deutschlandfeindliche Stimmung in schärfster Weise wieder zum Ausdruck gelangte, ist eine Erscheinung, die zu denken geben muß.

Zwar waren die Ausfälle gegen Deutschland, wie ein russischer Staatsmann kürzlich mir gegenüber bemerkte, gewiß zum Teil darauf zurückzuführen, daß man hier Österreich-Ungarn allein eine aktive Balkanpolitik nicht zutraute und sich darum von der Überzeugung nicht abbringen lassen wollte, Baron Aehrenthal sei von dem deutschen Verbündeten geschoben worden. Ich möchte aber glauben, daß das stärkere Hervortreten des Chauvinismus auch ohne den letzten österreichisch-russischen Zwischenfall wieder zu einem erneuten Ausbruch des Deutschenhasses geführt haben würde. Einmal ist schon der slawisch nationalistische Gedanke von dem Haß gegen das Germanentum nicht zu trennen, dann aber erblickt der russische Politiker, der sich eingehender mit Fragen des nahen Orients beschäftigt, neuerdings in jenen Fragen ein Gebiet, auf dem die Interessengegensätze zwischen Rußland und Deutschland sich mehr und mehr zuspitzen. Man ist hier zu sehr von der Bedeutung unserer wirtschaftlichen Errungenschaften auf der Balkanhalbinsel und in Kleinasien überzeugt, als daß man noch in dem bekannten Bismarckschen Worte von dem

pommerschen Grenadier eine Beruhigung finden könnte. Der Leiter der russischen auswärtigen Politik würde nicht so mißtrauisch auf unsere Stellung in Konstantinopel, auf die Ausbreitung unseres wirtschaftlichen Einflusses in Kleinasien und Persien blicken, er würde entgegenkommender in Fragen wie die der Bagdadbahn sein, wenn sich hier nicht die Ansicht immer mehr festsetzen würde, daß Deutschland den Plänen Rußlands im Orient überall als neuer gefährlicher Rivale im Wege steht. Es fällt mir auf, wie oft ich jetzt in politischen Konversationen wieder denselben Klagen und Vorwürfen über Deutschlands Haltung während des russisch-türkischen Krieges und des Berliner Kongresses begegne, die ich während meines ersten hiesigen Aufenthaltes vor 18 Jahren so oft gehört habe. Während aber diese Klagen, in denen Fürst Bismarck des Undankes gegen Rußland beschuldigt wurde, früher mehr retrospektiv waren, tritt jetzt ein Moment des Mißtrauens und der Besorgnis vor Deutschlands Zukunftsplänen im Orient hinzu. „Was hat Deutschland im Orient zu suchen, warum tritt es der historischen Mission Rußlands dort entgegen?“ Solche gewisse politische Beklemmungen verratende Fragen werden selbst von gemäßigten, keineswegs deutschfeindlichen Politikern gestellt. Die Antwort, daß Deutschland nicht daran denke, politischen Einfluß im Orient ausüben zu wollen, vielmehr nur, gestützt auf das Prinzip der Offenen Tür, Absatzgebiete für seinen Handel suche, macht meist nur wenig Eindruck und wird mit dem Hinweis darauf abgefertigt, daß heutzutage mehr denn je politische und wirtschaftliche Interessen zusammenfallen. Während in früherer Zeit die deutschfeindliche Richtung in Rußland sowohl in der öffentlichen Meinung als in den leitenden Kreisen in dem noch größeren Haß gegen England ein Korrektiv fand, da man in Orientfragen den feindlichen Einfluß Englands tatsächlich mehr empfand als den deutschen, hat sich in dieser Beziehung seit dem Abschluß des anglo-russischen Abkommens hier viel geändert. Seitdem die Reibungsflächen zwischen England und Rußland in Zentralasien durch jenes Abkommen wenigstens für eine Reihe von Jahren beseitigt worden sind, hat die englische Diplomatie es sehr bald mit Geschick verstanden, in der russischen öffentlichen Meinung der Überzeugung Eingang zu verschaffen, daß Rußland bei seinen Aspirationen auf den nahen Orient England nicht mehr in seinem Wege findet, vielmehr in diesem Gegner von gestern einen Bundesgenossen gegen den „Germanischen Drang nach Osten“ gewonnen hat.

Die Gefahren, welche die neuerdings hier wieder stark betriebene Verhetzung der öffentlichen Meinung in sich birgt, wird man nicht unterschätzen dürfen. Die Regierung erblickt in der chauvinistischen Bewegung eine Ablenkung von den revolutionären Ideen und ist daher geneigt, diese Bewegung bis zu einem gewissen Grade gewähren zu lassen und zu begünstigen. Auf dieser abschüssigen Bahn kann sie leicht weiter gleiten, als sie heute noch beabsichtigt. Auch bietet die Persönlichkeit des jetzt regierenden Kaisers gegen eine Abenteuerpolitik keineswegs dieselbe Garantie, auf welche man sich beim Kaiser Alexander III. mit Bestimmtheit

verlassen konnte. Dessenungeachtet bin ich weit davon entfernt, behaupten zu wollen, daß man von gegenwärtig hier vorhandenen ernstlichen kriegerischen Velleitäten sprechen könnte. Selbst diejenigen, welche das Wort Krieg oft im Munde führen, dürften selbst für einen Konflikt mit der Türkei zur Wiederherstellung der russischen Waffenehre den Augenblick sicher noch nicht für gekommen halten. Die verantwortlichen Kreise aber haben, wie ich in einem früheren Bericht ausführen durfte, triftige Gründe, einen Krieg nicht zu wünschen.

Wir müssen uns aber darauf gefaßt machen, bei der Betätigung unserer wirtschaftlichen Interessen auf der Balkanhalbinsel, in Kleinasien und in Persien fortan mit Rußland als mit einem gegnerischen Faktor rechnen zu müssen, der uns den Platz an der Sonne nur ungern gönnen wird.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit gehorsamst daran erinnern, daß seit den unberechtigten Klagen über die angebliche Haltung des Kaiserlichen Vertreters in Teheran* Herr Iswolsky mir gegenüber noch mit keinem Wort wieder auf unsere Verhandlungen betreffend Persien und die Bagdadbahn zurückgekommen ist, geschweige denn dem Wunsche Ausdruck gegeben hat, diese Verhandlungen weiter gefördert zu sehen. Wir dürfen uns auch meines gehorsamsten Erachtens keinerlei Hoffnungen hingeben, daß etwa die Dienste, die wir in den letzten Jahren Rußland erwiesen haben, bei diesen Verhandlungen irgendwie ins Gewicht fallen werden. Ich glaube, daß Herr Iswolsky sich zu Konzessionen uns gegenüber erst dann herbeilassen wird, wenn es uns gelingt, durch Erreichung eines wirtschaftlichen Vorteils eine vollendete Tatsache zu schaffen und der hiesigen Regierung auf die Weise vor die Augen zu führen, daß sie sich zur Wahrung der russischen Interessen zu einem Kompromiß mit uns entschließen muß. Bis dieser Fall eintritt, fürchte ich, daß Herr Iswolsky seine Politik der Offensive und des Bluff uns gegenüber fortzusetzen versuchen wird.

Wenn Euere Durchlaucht mir gestatten wollen, meine unmaßgebliche Ansicht über die von uns Rußland gegenüber in der nächsten Zeit zu befolgende Politik auszusprechen, so glaube ich, daß wir uns nicht zu scheuen brauchen, eine rücksichtslose Betreibung unserer Interessen in den Vordergrund zu stellen, bei welcher das *suaviter in modo* möglichst zu beobachten sein würde. Ich möchte glauben, daß wir an Taten Rußland jetzt manches bieten können, ohne dadurch unsere Beziehungen mit unserem östlichen Nachbarn in bedenklicher Weise zu verschlechtern. Im Grunde hat Herr Iswolsky vor Deutschland einen gewaltigen Respekt. „L'Allemagne, c'est l'Europe“ hat er noch vor kurzem zu meinem österreichisch-ungarischen Kollegen geäußert.

Allerdings wird die deutsche Presse gut tun, die jetzt besonders empfindliche hiesige öffentliche Meinung durch Worte nicht unnütz zu reizen. In dieser Beziehung erscheint es bezeichnend, daß hier bei dem Zwischenfall mit der Sandschakbahn beinahe mehr die „Art“ des Vorgehens des Barons

* Vgl. darüber Kap. CLXXXV, Nr. 8595.

Aehrenthal als das Vorgehen selbst verletzt hat. Eine akzentuierte Interessenpolitik würde im übrigen kein Hindernis bilden für die Pflege der alten Beziehungen auf dem Boden des monarchischen Prinzips und des konservativen Gedankens, wohl dem einzigen, auf welchem heute noch mit mehr oder weniger Aussicht auf Erfolg an die alten Traditionen angeknüpft werden kann. Auch von Österreich-Ungarn wurde diese Note erst kürzlich gelegentlich der Audienz des Grafen Berchtold beim Zaren trotz der vorangegangenen Verstimmung anscheinend nicht ohne Erfolg angeschlagen.

F. Pourtalès

Nr. 8740

*Der Militärbevollmächtigte in Petersburg
Generalmajor von Jacobi an Kaiser Wilhelm II.*

Abschrift

St. Petersburg, den 16. März 1908

Wenn auch in der russischen Presse die Hetzartikel gegen Deutschland infolge des direkten Eingreifens der russischen Regierung verstummt oder doch seltener geworden sind, so wäre es doch ein gefährlicher Irrtum, wenn man glauben würde, daß sich die deutschfeindliche Stimmung, die nur teilweise die Folge, zum größten Teile aber die Ursache der letzten Preßhetze gegen Deutschland war, jetzt beruhigt hätte.

Eine solche Stimmung kann überhaupt nicht eine Zeitlang gleich bleiben, entweder muß sie abflauen infolge Eintritts entgegenwirkender Ursachen, oder sie wird — auch wenn nur die bestehenden Ursachen unverändert fortbestehen — sich mehr und mehr verstärken. Und letzteres ist zurzeit hier in Rußland mit der deutschfeindlichen Stimmung der Fall.

Sie hatte sich in den Jahren 1905/06 etwas gelegt. Einmal, weil man doch die äußerst freundschaftliche Haltung Deutschlands während des japanischen Krieges anerkannte und dafür sogar beinahe etwas wie „Dankbarkeit“ empfand, dann aber vor allem, weil man — „klein“ geworden war. Man fühlte seine Schwäche und suchte nach einer Stütze, und — war deshalb so gnädig, mit Deutschland vorlieb zu nehmen.

Da sah mit einem Male Rußland, daß es durchaus kein Mauerblümchen geworden, daß es noch genau so umworben war wie früher, und von diesem Augenblick an wuchs wieder der russische Hochmut. An Stelle der Dankbarkeit für die wirkliche Freundschaft Deutschlands während des Krieges trat die Wut über die eingebildete machiavellistische Politik Deutschlands, die Rußland in den Krieg gehetzt habe und daher die eigentliche Ursache der russischen Niederlagen gewesen sei.

Das durch die englische Freundschaft und durch die wenigstens äußerliche Wiederherstellung der Ordnung im Innern wiedergewonnene Gefühl der Stärke verdichtete sich in dem Wunsche, diese Stärke sich und anderen

durch die Tat zu beweisen, und diese Tat soll ein, wenn erforderlich, bis zur kriegerischen Tätigkeit gesteigertes aktives Vorgehen im nahen Orient sein.¹

Das durch das englisch-französische Bündnis gelähmte „eingekreiste“ Deutschland glaubt man nicht mehr besonders fürchten zu brauchen. Da man aber doch mit der Möglichkeit eines Widerstandes Deutschlands gegen die neue Orientpolitik rechnet, so bereitet man sich schon auf einen Krieg gegen Deutschland vor und macht dazu zunächst die öffentliche Meinung mobil. Die reaktionären Moskowiter — jetzt vertreten durch den russischen Volksverband — und die mehr liberalen Panslawisten begraben ihr Schlachtbeil und finden sich im Kampf und der Hetze gegen Deutschland. Dies ist das Bild der öffentlichen Meinung, der Stimmung der Gesellschaft, wie es sich mir darbietet in den Gesprächen mit mir, in dem Verhalten zu mir, endlich in dem, was ich hier und da über Vorgänge in russischen Kreisen höre. Die einzelnen Tatsachen, die Mosaiksteinchen, aus denen sich dieses Bild zusammengefügt hat, sind ja — einzeln genommen — nur unbedeutend, aber sie passen alle so gut zusammen, daß sie sich zu einem für mich klaren Bild zusammenfügen, dem eines völligen Umschwunges der Stimmung in den maßgebenden Kreisen des Hofes, der Armee, der Gesellschaft. Selbstverständlich gibt es in ihnen noch immer Personen, die ihre deutschfreundliche Gesinnung bewahrt haben; aber während sie früher freudig und sicher auftraten, jede Gelegenheit benutzten, um ihrer Stimmung mir gegenüber Ausdruck zu geben, von traditioneller Freundschaft, Waffenbrüderschaft, ja der Möglichkeit eines Kampfes Schulter an Schulter zu sprechen, gehen sie mir jetzt beinahe aus dem Wege, sowie sie sich wenigstens beobachtet sehen, wägen sie ihre Worte und — schwingen sich nur noch dazu auf, einen Krieg gegen Deutschland als Torheit, als Unmöglichkeit zu bezeichnen.

Die von Haus aus deutschfeindlichen Personen aber, die sich zeitweise zu einem deutschfreundlicheren Wesen aufgeschwungen hatten, zeigen jetzt wieder ihr wahres Gesicht; zu ihnen zähle ich den Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch².

Da der Hauptgrund dieser neuen Äußerung des Deutschenhasses — der ja im Grunde stets vorhanden gewesen ist und auch wohl für absehbare Zeit bleiben wird — das neuerwachte Gefühl einer — ja glücklicherweise durchaus nicht vorhandenen — politischen und militärischen Stärke ist, so glaube ich, daß das einzige Mittel dagegen darin liegt, den Russen zu zeigen, daß wir sie nicht brauchen, daß sie auf eine Unterstützung durch Deutschland nur gegen eine wirkliche Gegenleistung zu rechnen haben. Nur dann wird Klugheit oder Furcht die Russen bewegen, ihre deutschfeindlichen Gefühle etwas zurückzudrängen, sich zu sagen, daß sie selbst bei einem Zusammengehen mit Deutschland das beste Geschäft machen.

(gez.) von Jacobi

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II. in Abschrift:

¹ Das haben wir bemerkt

² der war ja erst voriges Jahr mein Gast!

Nr. 8741

*Der Botschafter in Wien von Tschirschky
an den Reichskanzler Fürsten von Bülow*

Ausfertigung

Nr. 80

Wien, den 17. März 1908

Vertraulich

Kaiser Franz Joseph hat an der Entwicklung der Verhältnisse in der auswärtigen Politik in letzter Zeit nicht viel Freude gehabt. Die Störung des auf dem Müritzsteiger Programm ruhenden Einvernehmens mit Rußland, an dessen Zustandekommen der Monarch selbst hervorragenden Anteil genommen hatte, und unter dessen Schutze die österreichisch-ungarische Monarchie sich jahrelanger relativer Ruhe in den sie in erster Linie mitbetreffenden Balkanangelegenheiten erfreuen durfte, hat den Kaiser sehr unangenehm berührt, und die scharfe Kritik, die die jüngste Politik Österreich-Ungarns in dem größten Teile der europäischen Presse gefunden hat, ist nicht ohne Eindruck auf Seine Majestät geblieben. Wie ich guten Grund habe anzunehmen, ist der Kaiser auch nicht ganz zufrieden mit der Leitung der Geschäfte am Ballplatz, wenn er auch für den Zustand politischer Unsicherheit und für die Störung der ihm besonders am Herzen liegenden politischen Ruhe vor allem die „Nervosität“ des Herrn Iswolsky und besonders das englische Kabinett verantwortlich macht. Seine Majestät äußerten sich verschiedentlich nicht ohne Bitterkeit darüber, daß England gegen Österreich-Ungarn den Vorwurf der Zweideutigkeit in seiner Politik erhoben habe, als ob es seiner Regierung nicht Ernst mit der Absicht der Einführung von Reformen in Mazedonien sei und sie sich durch die Konzession der Sandschakbahn seitens der Türkei ihre vermeintliche Nachgiebigkeit gegenüber dieser in Sachen der mazedonischen Reformen habe bezahlen lassen. pp.*

von Tschirschky

Nr. 8742

*Der Gesandte in Bukarest von Kiderlen
an den Reichskanzler Fürsten von Bülow*

Ausfertigung

Nr. 20

Bukarest, den 4. April 1908

Streng vertraulich

Seine Majestät der König Karl sprach mir heute über die ernsten Besorgnisse, die er in letzter Zeit vor einem Bruch zwischen Österreich-Ungarn und Rußland nach der Verkündung der österreichischen Eisenbahnprojekte durch Baron Aehrenthal gehabt habe.

* Der Schluß des Berichts behandelt das Verhältnis Österreichs zu Spanien.

Schon seit einiger Zeit sei ein Bestreben Rußlands bemerkbar gewesen, sein in Ostasien verlorenes Prestige durch eine intensivere Aktion im nahen Orient wiederherzustellen. Seine Majestät sei aber doch durch die Stimmung überrascht worden, die in Rußland durch die Aehrenthalschen Erklärungen vor den Delegationen hervorgerufen worden sei. Herr Iswolsky sei von den Absichten des Baron Aehrenthal unterrichtet gewesen und habe auch keine Opposition dagegen erhoben, nach seinen Informationen aber nicht den Mut gehabt, dies in Petersburg bekannt zu geben.

Nach der Aehrenthalschen Rede vor der ungarischen Delegation habe deshalb sogar Seine Majestät der Kaiser Nikolaus, bei dem Aehrenthal „persona gratissima“ gewesen sei, sich „für seine milde Weise“ recht drastisch ausgesprochen; dasselbe habe Graf Osten-Sacken Herrn Beldiman* gegenüber getan.

Herr Tscharykow, der ein großer Chauvinist sei, habe dann die französische Presse inspiriert und zu ihren fulminanten Artikeln veranlaßt.

Jetzt sei eine große Detente eingetreten, weil ein englisch-russisches Zusammengehen im nahen Orient an den zu drastischen Greyschen Vorschlägen wegen Mazedoniens gescheitert sei¹;** diese Vorschläge scheinen doch den Russen die Augen geöffnet zu haben.

Mit Bezug auf die Bemerkung des Königs über Herrn Tscharykow gestatte ich mir eine Äußerung meines hiesigen russischen Kollegen Giers anzuführen, der gute Beziehungen in Petersburg hat. Im Laufe einer Unterhaltung sagte mir Herr von Giers, Herr Iswolsky sei liberal angehaucht und ein etwas „konstitutioneller“ Minister; wenn etwa demnächst eine autokratischere Richtung in Petersburg die Oberhand gewinne, könne Herr Iswolsky, der sich ohnedies nach einer Botschaft sehne, leicht durch Herrn Tscharykow ersetzt werden².

Seine Majestät der König glaubt, durch den Tod von Sir Nicholas O'Connor*** werde mehr Ruhe in der englischen Politik am Bosphorus eintreten³; Herr von Giers sagte mir im Gegenteil, er fürchte, daß Herr Hardinge aus Brüssel, der als O'Conors Nachfolger genannt werde, noch viel gefährlicher sein werde als sein verstorbener Vorgänger⁴.

Kiderlen

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

¹ Leider nein!

² ahem! celà promet

³ !?? nein!

⁴ ja

* Rumänischer Gesandter in Berlin.

** Vgl. dazu Kap. CLXXXVIII.

*** † 19. März 1908.

† An Sir O'Conors Stelle trat nicht der englische Gesandte in Brüssel Sir Arthur H. Hardinge, sondern Sir G. A. Lowther, der bisherige englische Gesandte in Tanger.

*Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès
an den Reichskanzler Fürsten von Bülow*

Ausfertigung

Nr. 154
Geheim

St. Petersburg, den 14. April 1908

Bei einer längeren Unterredung, die ich gestern mit Herrn Iswolsky hatte, zeigte sich, daß seine Verstimmung gegen das Wiener Kabinett noch keineswegs nachgelassen hat. Der Minister ließ seinem Unmut über das „mit dem Prinzip der Entente in Widerspruch stehende“¹ Verhalten des Baron Aehrenthal wieder in bitteren Worten freien Lauf. „Ich bin der Entente immer treu gewesen“¹, klagte Herr Iswolsky, „und habe die größten Rücksichten auf Österreich-Ungarn genommen². Ich konnte daher wohl erwarten, daß österreichischerseits uns gegenüber in gleicher Weise verfahren würde. Baron Aehrenthal kennt die russischen Verhältnisse zur Genüge, um zu wissen, in welche schwierige Lage er mich hier gebracht hat. Wir müssen heutzutage hier auch mit der öffentlichen Meinung rechnen. Wenn sich allmählich von selbst eine andere Gruppierung der Mächte vollzieht³, so trage ich nicht die Schuld daran, sondern lediglich Österreich-Ungarn. Meine Politik war die der Entente, ich hatte da eine Basis, auf der ich im Vertrauen auf die Aufrichtigkeit des Wiener Kabinetts trotz aller hiesigen chauvinistischen Strömungen eine konservative Balkanpolitik führen konnte. Das rücksichtslose und egoistische Verfahren des Baron Aehrenthal macht mir diese Politik nahezu unmöglich“¹.

Der Minister kam wieder darauf zurück, daß Baron Aehrenthal ihm im vorigen Herbst in Wien auch nicht die leiseste Andeutung über seine Eisenbahnpläne gemacht habe. Hätte er damals nur ein Wort gesagt, so hätte man sich leicht verständigen können. Sein damaliges Schweigen sei um so unverständlicher, als sich jetzt herausstelle, daß schon im vorigen Sommer zwischen Wien und Konstantinopel über diese Pläne verhandelt worden wäre.

Herr Iswolsky erinnerte weiter daran, daß die durch das Vorgehen des Wiener Kabinetts in diesem Winter geschaffene Lage ihn veranlaßt habe, das bekannte Zirkular über Eisenbahnfragen auf dem Balkan zu erlassen*. Seine Absicht sei dabei vor allem gewesen, die hiesige öffentliche Meinung zu beruhigen. Er könne immer nur wiederholen, daß Rußland selbst keine Konzessionen für Eisenbahnbauten verlange und auch bei dem allerdings noch sehr unreifen Projekt der Donau-Adria-Bahn kein russisches Geld⁴ beteiligt sein werde. Rußland habe aber das größte Interesse daran, daß Österreich-Ungarn nicht durch Erlangung von Eisen-

* Vgl. Nr. 8735 nebst Fußnote.

bahnmonopolen hinter⁵ dem Rücken Rußlands eine *pénétration pacifique*⁶ auf der Balkanhalbinsel vorbereite, durch welche naturgemäß der politische Einfluß anderer Mächte zurückgedrängt werde. Von diesem Gesichtspunkt aus müsse Rußland den größten Wert darauf legen, daß der Sultan möglichst bald die Genehmigung zur Vornahme von Vorstudien für die Donau-Adria-Bahn erteile. Nun zeige aber das Wiener Kabinett auch in dieser Beziehung eine den russischen Wünschen wenig entgegenkommende Haltung⁵. Die freundlichen Erklärungen, die Graf Berchtold zuerst zu der Frage der erwähnten Bahn hier erteilt habe, seien alsbald durch weitere, dem russischen Vertreter in Wien gemachte Eröffnungen ergänzt worden, die viel zurückhaltender gelautet hätten, und in denen der Vorbehalt gemacht worden wäre, daß österreichisch-ungarische Interessen durch das fragliche Eisenbahnprojekt nicht verletzt werden dürften. Neuerdings will Herr Iswolsky sogar aus Konstantinopel Nachrichten erhalten haben, wonach Österreich-Ungarn dort dem Donau-Adria-Bahnprojekt direkt entgegenarbeite⁶. Er deutete dabei an, daß auch wir uns diesem Projekt nicht freundlich zeigten⁷. Als ich fragte, ob sich diese Bemerkungen auf positive Tatsachen stützten, verneinte dies der Minister, fügte aber hinzu, es lägen vorläufig nur „des indications“ vor, und er höre, daß in Konstantinopel „der Eindruck herrsche“, als ob Österreich-Ungarn mit unserer Unterstützung gegen die serbische Transversalbahn arbeite⁸. Ich erwiderte, daß, solange mir der Minister keine bestimmten Tatsachen anführen könne, eine Diskussion über seine gegen uns gerichteten Andeutungen nicht möglich sei⁹, im übrigen könnte ich nur an den ihm bekannten Standpunkt der Kaiserlichen Regierung erinnern, daß wir Eisenbahnprojekten auf der Balkanhalbinsel im allgemeinen wohlwollend gegenüberständen, weil wir darin ein Mittel zur Herstellung von Ruhe und Ordnung erblickten¹⁰. Als ich weiter darauf hinwies, daß nach meinen Informationen auch nicht einmal annähernd ein *tracé* der serbischen Transversalbahn in Aussicht genommen sei, erwiderte der Minister, darauf käme es vorläufig auch gar nicht an¹¹, es handle sich nur darum, daß im Prinzip der Sultan durch Iradee für die Vorstudien für die in Rede stehende Bahn seine Zustimmung erteile. Es würde schon genügen, wenn vorläufig nur ein Teil der Eisenbahn in Aussicht genommen und zum Beispiel das letzte Stück bis an die See noch fehlen würde¹², denn anscheinend fürchte der Sultan, daß in der albanesischen Bevölkerung an der Küste durch den Bahnbau Erregung hervorgerufen würde. Die Hauptsache sei, daß der Sultan einem anderen als dem lediglich⁵ österreichisch-ungarischem Interesse dienenden Bahnbau zustimme¹³.

Im weiteren Verlauf der Unterredung, in welchem Herr Iswolsky immer wieder auf seine griefs gegen Baron Aehrenthal zurückkam, gab der Minister deutlich zu verstehen, daß er es als einen Beweis freundlicher Gesinnungen Deutschlands gegen Rußland¹⁴ ansehen würde, wenn die Kaiserliche Regierung ihren Einfluß in Konstantinopel zugunsten der Erteilung des Iradees für die serbische Transversalbahn geltend machen würde¹⁵.

Dieser Appell an unsere guten Dienste berührte einigermaßen befremdend am Schluß einer Unterredung, in welcher der Minister deutlich auf eine „durch die Schuld unseres Verbündeten sich von selbst vollziehende neue Gruppierung der Mächte“ in der Balkanfrage hingewiesen hatte.

Die Äußerungen des Herrn Iswolsky bestätigten von neuem den Eindruck, den ich aus meiner vor kurzem gemeldeten Unterredung mit Herrn Tscharykow* gewonnen hatte, daß Herr Iswolsky zwar eine akute Krisis¹⁶ im nahen Orient jetzt nicht wünscht und daher der englischen Politik gegenüber Vorsicht für geboten hält, daß er aber eine Änderung des Kurses seiner Politik als Gegenzug gegen das „egoistische“ Vorgehen Österreich-Ungarns auf der Balkanhalbinsel immer mehr in den Bereich seiner Kombinationen zieht¹⁷.

F. Pourtalès

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

- ¹ !
- ² ! Mit England zusammen!?
- ³ aha!
- ⁴ Französ[isch-] Italienisches!
- ⁵ !
- ⁶ absoluter Unsinn!
- ⁷ gelogen!
ich habe eben Turkhan Pascha** warm zugeredet!
- ⁸ ! alles gelogen
- ⁹ richtig
- ¹⁰ ja
- ¹¹ großartig!
- ¹² Die armen Italiener!
- ¹³ Der Berliner Congress war vor 30 Jahren anscheinend nicht der Meinung Iswolsky's, als er Oesterreich das Recht auf den Bahnbau verlieh!
- ¹⁴ nach der Schimpferei! auf uns, das ist überraschend!
- ¹⁵ habe ich persönlich bei Turkhan Pascha schon gethan und werde es heute in Sti Quaranta nochmal thun!
- ¹⁶ aber eine Latente, die nach Wunsch jeden Augenblick aufflammen kann!
- ¹⁷ er hat sich von Oesterreich-Ungarn ab und Anglo-Italo-Gallien zugewandt, das ist meine bestimmte Auffassung.

Schlußbemerkung des Kaisers:

Wien muß selbst auch, in Stambul diese Bahn empfehlen! Pallavicini und Marshall können ja gemeinsam einen aufmunternden Rath an die Pforte geben, und jeder das factum seiner Regierung melden, die es nach Petersburg weitergibt. Dann ist wenigstens dieser Grief erledigt! — Es dauert ja nicht lang bis der nächste kommt Vorbereitung der Dardanellenfrage!

* Nach einem Berichte Graf Pourtalès' vom 9. April 1908 (Nr. 145) hätte er aus einer Unterredung mit dem Gehilfen des russischen Außenministers Tscharykow den Eindruck davongetragen, daß Rußland, das sich zurzeit nicht stark genug fühle, eine aktive Rolle im nahen Orient zu spielen, der weiteren Ausbreitung des österreich-ungarischen Einflusses auf der Balkaninsel dadurch wirksam entgegenzutreten hoffe, daß es mit Lossagung von der Entente drohe. Siehe den Bericht in Kap. CLXXXVIII, Nr. 8786.

** Minister der geistlichen Güter, der zur Bewillkommnung Kaiser Wilhelms II., der sich damals in Korfu aufhielt, dorthin geschickt war. Vgl. Nr. 8746.

*Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Schoen
an den Botschafter in Petersburg Grafen von Pourtalès*

Telegramm

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Zimmermann

Nr. 88

Berlin, den 18. April 1908

Auf Bericht Nr. 154* Euerer Exzellenz bin ich dafür dankbar, daß Sie Iswolsky von Idee abgebracht haben, als ob wir uns Donau-Adria-Projekt gegenüber ablehnend verhielten. Wir stehen dem Projekt nach wie vor im Prinzip sympathisch gegenüber und haben auch keinerlei Anhalt dafür, daß Österreich-Ungarn ihm in Konstantinopel entgegenarbeitet.

Bitte, dies Iswolsky mitzuteilen und ihm gleichzeitig meinen herzlichen Glückwunsch zu seiner gestrigen Dumarede** auszudrücken, die einen erfreulichen Beweis für die Loyalität seiner Balkanpolitik liefere.

v. Schoen

*Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès
an den Reichskanzler Fürsten von Bülow*

Ausfertigung

Nr. 167

St. Petersburg, den 19. April 1908

Herr Iswolsky, den ich gerstern zu seiner Rede in der Duma*** beglückwünschte, und dem ich meine Freude über den an die Adresse Deutschlands gerichteten freundlichen Passus dieser Rede aussprach, nahm diesen Beifall mit sichtlicher Genugtuung auf. Er erklärte, gern die Gelegenheit

* Siehe Nr. 8743.

** Vgl. das folgende Schriftstück nebst Fußnote.

*** Am 17. April hatte Iswolsky in der Reichsduma eine große Rede gehalten, die fast ausschließlich den Balkanproblemen gewidmet war. Er setzte in dieser Rede auseinander, daß und warum er anstatt eines Protestes gegen das österreichische Sandschakbahnprojekt, wie ihn ein Teil der russischen und ausländischen Presse gefordert habe, mit dem Vorschlag hervorgetreten sei, alle für die Balkanstaaten nützlich erscheinenden Bahnpläne zu unterstützen. Da auch Österreich-Ungarn sich mit diesem Vorschlag im Prinzip einverstanden erklärt habe, so habe der Zwischenfall damit endgültig jede Schärfe verloren. Die Hauptaufgabe freilich bleibe die Durchführung der unaufschiebbaren Reformen in Mazedonien, zu deren Verwirklichung er, Iswolsky, alles aufgeboten habe. Ausdrücklich gedachte Iswolsky in die-

ergriffen zu haben, um festzustellen, daß die Beziehungen zwischen Rußland und dem Deutschen Reiche nach wie vor die besten seien¹. Nach den Anfeindungen, denen unsere Politik in den letzten Monaten hier ausgesetzt war, werden diese Äußerungen des Ministers hoffentlich eine gute Wirkung haben².

Herr Iswolsky ging bei der weiteren Besprechung seiner Rede auf die schwierige Lage über, in der er sich der Duma gegenüber befunden habe. Er habe die feste Absicht gehabt, in klarer Weise zum Ausdruck zu bringen, daß er sich in keine abenteuerliche Politik im nahen Orient hineinziehen lassen wolle; dabei habe er nicht umhin gekonnt, auch mit einigen Worten der in weiten hiesigen Kreisen herrschenden Stimmung Rechnung zu tragen.

Der Minister mußte darauf gefaßt sein, daß seine Rede die hiesige öffentliche Meinung nicht voll befriedigen würde. Er hatte daher auf eine kühle Aufnahme seiner Darlegungen in der hiesigen Presse gerechnet und sprach sich mir gegenüber zufrieden aus, daß die Zeitungen ihn noch verhältnismäßig schonend behandelt hätten. Die Beurteilung, die seine Rede in der ausländischen und besonders der deutschen Presse findet, sieht Herr Iswolsky als einen Beweis dafür an, daß sein Bestreben, die heftigen Diskussionen, die sich in diesem Winter an das Sandschakbahnprojekt geknüpft haben, in ruhigere Bahnen zu lenken, Anerkennung gefunden hat³.

Der Minister wies besonders darauf hin, daß er abgesehen von der Phrase über die historische Mission Rußlands auf der Balkanhalbinsel die panslawistischen Heißsporne mit einem kalten Wasserstrahl bedacht habe⁴. Denn mit der Politik des „gesunden Egoismus“ habe er nichts anderes gemeint, als daß Rußland sich nicht durch übertriebene Gefühlsregungen und durch die Sorge für das Schicksal anderer slawischer Völkerschaften verleiten lassen dürfe, sein eigenes, rein russisches Interesse zu vernachlässigen⁵.

Herr Iswolsky betonte ferner, er habe Wert darauf legen müssen, auch in seiner Rede gegen die Erteilung eines „Eisenbahnmonopols“⁶ an Österreich-Ungarn seitens der Türkei Stellung zu nehmen⁷ und auf die Notwendigkeit der Ausgleichung des von Österreich-Ungarn errungenen Vorteils durch Erteilung anderer Eisenbahnkonzessionen an Balkanstaaten hinzuweisen.

Im Anschluß an diese Bemerkung teilte mir der Minister mit, er habe nach seiner Rede ein längeres Gespräch mit dem österreichisch-ungarischen

sem Zusammenhange des bestehenden Einverständnisses mit Deutschland: er sei vollkommen überzeugt, daß die russischen Vorschläge die loyalste Unterstützung Deutschlands finden würden; überhaupt seien die überaus freundschaftlichen Beziehungen zu dieser Macht keinen Augenblick unterbrochen worden. Die Rede Iswolskys schloß mit dem Hinweis darauf, daß Rußland sich bei den Angelegenheiten im nahen Osten von einem gesunden Egoismus leiten lassen müsse, der am Ende auch für die Balkanstaaten und Völker nützlicher wäre, die in Rußland ihren natürlichen Schützer und Freund sähen.

Botschafter gehabt und diesem die bestimmte Versicherung gegeben, daß er den Faden mit Österreich-Ungarn nicht zu zerreißen wünsche⁷. Er habe hinzugefügt, daß, wenn dem Wiener Kabinett gleichfalls an der Erhaltung dieses Fadens liege, es in Konstantinopel offen die serbische Transversalbahn unterstützen möge.

F. Pourtalès

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

- ¹ !
- ² Dafür wird London und Wesselitzi schon sorgen, daß sie schnell vergessen werden
- ³ dadurch lassen wir uns keinen Sand in die Augen streuen
- ⁴ der ist durch die obige Phrase paralysirt
- ⁵ na ihr Polen, Serben, Bulgaren!
- ⁶ ist keines!
- ⁷ hat der Berliner Congress vor 30 Jahren gethan!!!
hat ihn schon zerrissen

Schlußbemerkung des Kaisers:

Was der Iswolsky lügen kann!
das ist großartig

Nr. 8746

*Der Rat im Kaiserlichen Gefolge
Gesandter Freiherr von Jenisch, z. Z. in Korfu,
an das Auswärtige Amt*

Telegramm. Entzifferung

Nr. 42

Korfu, Achilleion, den 25. April 1908

Seine Majestät der Kaiser beauftragen mich, Euerer Exzellenz mitzuteilen, daß allerhöchster heute Turkhan Pascha gebeten hat, dem Sultan zu melden, daß er den Bau von Eisenbahnen in der Türkei als in deren Interesse liegend erachte, und bei Seiner Majestät dem Sultan die Erteilung der Genehmigung für die Vorarbeiten der Donau-Adria-Bahn neben der Sandschakbahn warm zu befürworten.

Seine Majestät befehlen, daß Euere Exzellenz vorstehendes den Kaiserlichen Botschaftern in Wien, Petersburg und Konstantinopel¹ telegraphisch mit der Anweisung mitteilen, die Regierungen, bei denen sie beglaubigt sind, davon in Kenntnis zu setzen.

Jenisch

Randbemerkung von Schoens:

¹ Und Rom

*Der Rat im Kaiserlichen Gefolge
Gesandter Freiherr von Jenisch, z. Z. in Korfu,
an das Auswärtige Amt*

Telegramm. Entzifferung

Nr. 44
Geheim

Korfu, Achilleion, den 25. April 1908

Im Anschluß an Telegramme Nr. 42* und 43.

Anlaß zu den oben angeführten Telegrammen haben die Berichte des Kaiserlichen Botschafters in St. Petersburg über kürzliche Unterredungen mit von Tscharykow und Iswolsky** gegeben. Seine Majestät war ent-rüstet über das darin zutage tretende Mißtrauen gegen Deutschland und besonders über die Insinuation, daß Deutschland in Konstantinopel gegen die Donau-Adria-Bahn intrigiere. Infolgedessen hat Seine Majestät wie kürzlich in Venedig Tittoni so jetzt wiederholt Turkhan Pascha gegenüber sich als warmer Befürworter des Baus jeglicher Eisenbahnen im Balkan hingestellt. Dies bezieht sich im speziellen sowohl auf die Donau-Adria-Bahn als die Verbindung des türkischen und griechischen Eisenbahn-netzes.

Um dieser Verdächtigung unserer Politik entgegenzutreten, schien es zuerst Seiner Majestät zu genügen, wenn die Kaiserlichen Botschafter in Konstantinopel und St. Petersburg entsprechende Instruktionen er-hielten. Später hat er es für richtiger gehalten, die Tatsache, daß die deutsche Regierung den Bau der Donau-Adria-Bahn befürworte, direkt dem Kaiser von Rußland mitzuteilen, um so dem ungerechtfertigten Miß-trauen Iswolskys die Spitze abzuberechen¹.

Ganz vertraulich bemerke ich, daß Seine Majestät den Fürsten von Fürstenberg beauftragt hat, Freiherrn von Aehrenthal mitzuteilen, Österreich müsse in Konstantinopel seinen Einfluß zugunsten der Donau-Adria-Bahn geltend machen. Der gleiche Wunsch tritt in dem aller-höchsten Randvermerk zu dem Bericht des Grafen von Pourtalès über seine Unterredung mit Iswolsky*** zutage, welcher lautet: „Wien muß selbst auch in Stambul diese Bahn empfehlen. Pallavicini und Marschall können ja gemeinsam einen aufmunternden Rat an die Pforte geben und jeder das Faktum seiner Regierung melden, die es nach St. Petersburg weitergibt. Dann ist wenigstens dieser grief erledigt!“

* Siehe Nr. 8746.

** Vgl. Nr. 8743 und 8745.

*** Siehe Nr. 8743.

Seine Majestät gibt sich der Hoffnung hin, daß auf diese Weise die österreichisch-russische Entente vielleicht noch zu retten ist*.

Jenisch

Randbemerkung von Schoens:

¹ Sehr erfreulich und hoffentlich von guter Wirkung.

Nr. 8748

*Der Botschafter in Wien von Tschirschky
an den Reichskanzler Fürsten von Bülow*

Ausfertigung

Nr. 115

Wien, den 26. April 1908

Ganz vertraulich

In Übereinstimmung mit dem, was aus Petersburg und London schon gemeldet wurde, erzählte mir mein hiesiger italienischer Kollege, Herr Iswolsky habe sich dahin geäußert, daß er ein Fortbestehen des Entente-verhältnisses mit Österreich-Ungarn in den Balkanfragen davon abhängig machen müsse, wie sich letztere Macht zu der Frage der Donau-Adria-Bahn stelle. Der russische Minister soll den italienischen Nachrichten zufolge hinzugefügt haben, er erwarte, daß Baron Aehrenthal sich für das Projekt in Konstantinopel einsetze und „plus loyal“ als bisher diese russische Gegenforderung¹ für die Sandschakbahn unterstütze. Es sei wünschenswert, daß die Trassierungsarbeiten für alle drei in Aussicht genommenen Balkanbahnen — Sandschakbahn, Donau-Adria-Bahn und bulgarische Grenze-Kumanowa — zu gleicher Zeit in Angriff genommen würden.

Da Herr Iswolsky genau wissen muß, daß Baron Aehrenthal sich wiederholt und ganz bestimmt dahin ausgesprochen hat, gegen die Transversalbahn nichts einwenden zu wollen, daß es ihm aber nicht Österreich-Ungarns Sache zu sein scheine, aktiv für diese Bahn einzutreten, da es ferner

* Tatsächlich hat das Eingreifen des Kaisers, das auch seinen Eindruck in Wien nicht verfehlte (vgl. Nr. 8749), in Petersburg vorzüglich gewirkt. Graf Pourtalès konnte darüber am 9. Mai berichten: „Mir gegenüber sprach sich Herr Tscharykow heute dahin aus, daß seit der ‚génèreuse démarche‘ unseres allergnädigsten Herrn eine erfreuliche Wendung in der Frage der Balkanbahnen eingetreten sei. Von diesem Augenblicke an habe man sich in Konstantinopel dem inzwischen auch von Österreich-Ungarn unterstützten Donau-Adria-Bahnprojekt freundlich gezeigt. Der Adjoint des Ministers bemerkte bei dieser Gelegenheit, man solle jetzt hier von dem ursprünglichen Verlangen, daß dieselbe Kommission, welche mit den Vorstudien für die Sandschakbahn beauftragt sei, auch die Vorstudien für die nur etwa 60 Kilometer lange, vorläufig von Rußland gewünschte Teilstrecke der Donau-Adria-Bahn vornehme, absehen, und habe dies bereits nach Konstantinopel mitgeteilt.“ Auch der italienische Außenminister Tittoni sprach dem Botschafter Grafen Monts wiederholt seinen Dank für die direkte Intervention Wilhelms II. bei Turkhan Pascha aus. Bericht Monts' Nr. 68 vom 19. Mai 1908.

einleuchtend ist, daß die Trassierungsarbeiten für letztere Bahn sowie für die bulgarisch-mazedonische Verbindungsbahn, für die die Vorkonzessionen noch nicht einmal vom Sultan erteilt sind, unmöglich gleichzeitig mit der demnächst beginnenden Trassierung der Sandschakbahn zugleich in Angriff genommen werden können, so liegt der Gedanke nahe, daß der russische Minister an Österreich-Ungarn unmöglich zu erfüllende Bedingungen für die Weiterführung der Entente stellt, um im geeigneten Augenblick — wenn er eine völlige Lösung der Entente für nützlich erachten sollte — das Odium hierfür auf Österreich-Ungarn schieben zu können².

Herzog von Avarna hat aus seinen Petersburger Nachrichten den Eindruck gewonnen, daß dort augenblicklich eine für Österreich-Ungarn sehr wenig freundliche Stimmung herrscht.

Auch das ohnehin nicht vom Geiste gegenseitigen unbedingten Vertrauens beherrschte Verhältnis zwischen Herrn Tittoni und Baron Aehrenthal hat infolge der Sandschakbahnaffäre eine weitere Trübung erfahren. Wie mir der italienische Botschafter im Laufe unserer langen ganz vertraulichen Unterredung gestand, hat man hier das lebhafte Eintreten Italiens in Petersburg für den Gedanken der Donau-Adria-Bahn sehr übel vermerkt. Man muß dabei nicht außer Acht lassen, daß Baron Aehrenthal seinerzeit in Desio dieses Bahnprojekt dem italienischen Minister des Auswärtigen direkt als gegen die österreichisch-ungarischen Interessen laufend bezeichnet hatte, und daß sich Baron Aehrenthal nur unter dem Drucke der durch das Aufwerfen des Sandschakbahnprojekts hervorgerufenen russisch-englisch-französischen Kampagne gegen ihn genötigt gesehen hat, *de faire bonne mine à mauvais jeu*, und den in Desio eingenommenen Standpunkt so weit zu verlassen, daß er erklärte, nichts gegen das Donau-Adria-Projekt tun zu wollen.

Baron Aehrenthal hat in Rom wegen der italienischen Haltung in dieser Frage Vorstellungen erheben lassen mit dem Hinzufügen, daß ihn dieses warme und eifrige Eintreten Italiens für eine Österreich nicht genehme Sache in Petersburg besonders deshalb unangenehm berührt habe, weil es zu einem Zeitpunkt geschehen sei, wo die ganze öffentliche Meinung Rußlands und eines großen Teils des Auslands lebhaft gegen Österreich-Ungarn montiert gewesen sei.

Herr Tittoni hat seinem österreichisch-ungarischen Kollegen antworten lassen, er sehe die Transversalbahn als ein rein wirtschaftliches Unternehmen an, und sowohl in Desio als auch auf dem Semmering sei man übereingekommen, daß beide Teile in solchen Fragen volle Freiheit des Handelns behalten sollten. Wie der Herzog von Avarna durchblicken ließ, hat Baron Aehrenthal diese Antwort keineswegs befriedigend gefunden.

von Tschirschky

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

¹ Von der Iswolsky an Pourtalès sagte, Rußland habe kein Interesse daran!

² richtig

*Der Botschafter in Wien von Tschirschky
an das Auswärtige Amt*

Telegramm. Entzifferung

Nr. 120

Wien, den 30. April 1908

Antwort auf Telegramm Nr. 76 v. 26. d. Mts.*

Allerhöchsten Auftrag ausgeführt.

Freiherr von Aehrenthal bat mich, Euerer Durchlaucht seinen Dank dafür auszusprechen, daß die Kaiserliche Regierung ihre endgültige Stellungnahme zu den Balkanbahnprojekten nach wie vor nach den Wünschen und Interessen Österreich-Ungarns einrichten wird.

Zu der allerhöchsten Anregung bemerkte der Minister, er sei gern bereit, die beiden neben der Sandschakbahn bestehenden Bahnprojekte in Konstantinopel zu „unterstützen“ und den Erlaß eines bezüglichen Iradees zu befürworten. Er habe dem hier anwesenden Markgrafen Pallavicini dahingehende Instruktion erteilt und ihm dabei zur Pflicht gemacht, stets im Einvernehmen mit Freiherrn von Marschall vorzugehen.

Wenn Österreich-Ungarn und Deutschland auch, wie er es mir eben gesagt, den Erlaß eines auf die beiden Bahnen bezüglichen Iradees unterstützen und befürworten könnten, so müßten wir uns andererseits hüten, den Großwesir „kopfscheu“ zu machen. Alles Weitere, die Ausführung des eventuell zu erlassenden Iradees Betreffende, müßte der freien Entscheidung der Pforte und den zunächst interessierten Staaten, also in erster Linie Serbien, überlassen werden.

Eine Kollektivaktion aller Mächte zugunsten aller drei Bahnprojekte, wie sie Herrn Iswolsky vorzuschweben scheine, mache er nicht mit. Denn er könne ein „Junctim“ zwischen der Sandschakbahn und den anderen Bahnprojekten nicht statuieren. Erstere beruhe auf der festen Basis des Berliner Vertrags. Die Konzessionsgesuche für die beiden anderen Bahnen ständen auf gleicher Stufe wie jedes andere solcher Gesuche, das an die Pforte gerichtet werde; eine rechtliche Verpflichtung, sie zu genehmigen, bestehe für die Pforte nicht. Endlich müsse er entschieden sich dagegen verwahren, daß das Konzert der Mächte auch als Instanz für wirtschaftliche Fragen konstituiert werden solle.

Tschirschky

* Durch Telegramm Nr. 76 vom 26. April war Tschirschky von dem Inhalt von Nr. 8746 in Kenntnis gesetzt worden.

*Der Botschafter in Wien von Tschirschky
an das Auswärtige Amt*

Telegramm. Entzifferung

Nr. 131

Wien, den 5. Mai 1908

Ich habe dem Freiherrn von Aehrenthal von dem Inhalt des hohen Erlasses Nr. 476* vertraulich Kenntnis gegeben. Der Minister dankte für Mitteilung. Die von dem Herrn Staatssekretär in Aussicht genommene Antwort entspreche völlig der Sachlage. Der Staatssekretär könne sogar noch weiter gehen, meinte der Minister, und sich den Russen gegenüber im Sinne unseres letzten Gesprächs über die Balkanbahnen äußern (confer mein Telegramm Nr. 120 vom 30. v. Mts.**).

Freiherr von Aehrenthal sagte mir anschließend, Rußland habe hier eine Demarche wegen der Donau-Adria-Bahn gemacht und dabei das ganz unmögliche Ansinnen gestellt, dieselbe Kommission, die jetzt die Sandschakbahn trassiere, solle auch — und zwar gleichzeitig — für die Trassierung der anderen projektierten Balkanbahnen Verwendung finden. Die Absicht der Russen gehe darauf hinaus, die übrigen Balkanbahnen mit der Sandschakbahn „in einen internationalen Topf zu werfen“. Wie er mir schon neulich gesagt, könne er den Russen auf diesem Wege nicht folgen. Darüber habe er auch dem Fürsten Urussow keinen Zweifel gelassen. In St. Petersburg scheine man besonderen Wert auf die Konzessionierung eines gewissen Teils der zukünftigen Balkantransversalbahn zu legen, der im speziellen Interesse Serbiens und nahe an dessen Grenzen gelegen sei. Die genaue Lage dieses Bahnabschnittes konnte mir Freiherr von Aehrenthal aber nicht angeben. Er, Freiherr von Aehrenthal, habe nun dem russischen Vertreter gesagt, er werde zwar seiner Zusage getreu in Konstantinopel den Erlaß eines die Vorarbeiten der Bahn sanktionierenden Iradees befürworten. Wenn es sich aber um Strecken handle, die vor allem im serbischen Interesse gelegen wären, so werde er sein eventuelles Eintreten dafür zunächst von der Haltung der Politik Serbiens Österreich-Ungarn gegenüber abhängig machen. Mit dieser Haltung sei er in letzter Zeit aber sehr wenig zufrieden. Nicht nur, daß die Presse des Königreichs Österreich-Ungarn und seinen Vertreter in Belgrad ganz ungerechtfertigt angreife, sondern es schienen auch von Belgrad aus absichtlich falsche und entstellte Nachrichten nach allen Richtungen lanciert zu werden, die leider an vielen Stellen dann geglaubt und zu weiteren verleumderischen

* Nach Erlaß Nr. 476 vom 29. April hatte Staatssekretär von Schoen die Absicht, dem russischen Botschafter zu sagen, die Annahme, als ob Österreich-Ungarn dem Donau-Adria-Projekt in Konstantinopel Schwierigkeiten bereite, sei gänzlich grundlos; das Wiener Kabinett verhalte sich vielmehr zu diesem Projekt in wohlwollender Neutralität.

** Siehe Nr. 8749.

Angriffen gegen Österreich-Ungarn benützt würden. Freiherr von Aehrenthal bemerkte hier zu mir sichtlich erregt: „Herr Iswolsky sitzt ja jeder Nachricht aus Belgrad auf.“

Dem Fürsten Urussow habe er dann weiter auseinandergesetzt, daß Herr Paschitsch* von jeher nichts anderes als ein Intrigant und ein Verschwörer gewesen und dies bis auf den heutigen Tag noch sei. Die serbische Politik werde sich Österreich-Ungarn gegenüber von Grund aus ändern müssen, wenn er, Freiherr von Aehrenthal, sich für serbische Wünsche auf dem Balkan einsetzen solle.

Freiherr von Aehrenthal brachte das alles in ziemlich ägriertem Ton vor, und es scheint nicht ausgeschlossen, daß auch auf dem für Österreich-Ungarn besonders heiklen Boden der serbischen Politik der wiedererwachende Gegensatz zwischen der Donaumonarchie und Rußland eine Verschärfung erfahren könnte.

Tschirschky

Nr. 8751

*Der Botschafter in Wien von Tschirschky
an das Auswärtige Amt*

Telegramm. Entzifferung

Nr. 138

Wien, den 9. Mai 1908

Freiherr von Aehrenthal sagte mir, er höre aus Rom, daß Herr Tittoni Seine Durchlaucht den Herrn Reichskanzler auch mit der Frage der Balkanbahn „angeödet“ hätte** und dem Fürsten von Bülow dabei die Idee suggeriert habe, es möge der Gesamtkomplex dieser Frage dem Konzert der Mächte unterbreitet werden. Seinen Nachrichten zufolge habe sich der Fürst mit diesem Vorschlag im Prinzip einverstanden erklärt.

Der Minister würde diesen Weg für nicht gangbar halten, weil er den getroffenen Abmachungen widerspreche, laut welchen wirtschaftliche Fragen nicht von der Entscheidung der Gesamtheit der Mächte abhängig gemacht werden sollen.

Ich bemerkte dem Freiherrn von Aehrenthal, ich sei über die Angelegenheit nicht orientiert, glaubte aber annehmen zu können, daß auf Seiten Herrn Tittonis wahrscheinlich ein Mißverständnis vorliegen werde.

Tschirschky

* Serbischer Ministerpräsident.

** Gelegentlich der Zusammenkunft des Fürsten von Bülow mit Tittoni in Rom am 14. April, der am 28. April eine Zusammenkunft in Venedig zwischen Bülow und Giolitti folgte.

Nr. 8752

*Der Reichskanzler Fürst von Bülow
an den Botschafter in Wien von Tschirschky*

Konzept von der Hand des Unterstaatssekretärs Stemrich

Nr. 536

Berlin, den 11. Mai 1908

Mit Bezug auf Telegramm Nr. 138 vom 9. d. Mts.*

Tittoni hat mir gegenüber die Angelegenheit der Balkanbahnen in akademischer Weise berührt, aber ich kann mich nicht erinnern, daß er mir den Vorschlag gemacht hätte, den Gesamtkomplex dieser Fragen dem Konzert der Mächte zu unterbreiten. Jedenfalls habe ich mich mit einem solchen Vorschlage nicht einverstanden erklärt.

Im übrigen habe ich bei den Unterhaltungen mit Tittoni sowohl als Giolitti den Eindruck gehabt, daß Italien in der Balkanfrage mit Deutschland und Österreich zusammengehen will. Ich habe ferner den Eindruck gehabt, daß Italien Österreich gegenüber in den letzten Jahren vorsichtiger geworden ist, was darauf zurückzuführen sein wird, daß man sich über die militärische Überlegenheit klar geworden ist, welche Österreich gewonnen hat. Der Irredentismus ist demgemäß in Italien sehr in den Hintergrund getreten.

Deshalb möchte ich auch nicht annehmen, wie ich mit Bezug auf den Bericht Nr. 121 vom 7. d. Mts.** bemerke, daß Italien sich mit abenteuerlichen Plänen trage; ich hatte im Gegenteil den Eindruck, daß die Neigung hierzu geringer als früher geworden ist.

Vorstehendes bitte ich Ew. pp. zur Kenntnis des Baron Aehrenthal zu bringen.

Bülow

Nr. 8753

*Der Botschafter in Wien von Tschirschky
an den Reichskanzler Fürsten von Bülow*

Entzifferung

Nr. 127

Wien, den 18. Mai 1908

Inhalt Erlasses Nr. 536 vom 11. d. Mts.*** zur Kenntnis Freiherrn von Aehrenthals gebracht und zugleich Erlaß Nr. 546 vom 14. d. Mts.†

* Siehe Nr. 8751.

** In Bericht Nr. 121 vom 5. Mai hatte Tschirschky auf Äußerungen eines der „herorragendsten Wiener Finanziers“ Bezug genommen, der von stärkstem Mißtrauen gegen Italiens ehrgeizige Pläne erfüllt war.

*** Siehe Nr. 8752.

† Erlaß Nr. 546 vom 14. Mai setzte Tschirschky davon in Kenntnis, daß man die anscheinende Neigung Italiens, die Balkaneisenbahnprojekte dem Konzert der Mächte zu unterbreiten, den Botschaftern in London, Petersburg, Rom und Paris mit der Weisung mitgeteilt habe, sich dagegen auszusprechen.

verwertet. Der Minister war sichtlich erfreut über das, was ich ihm im Auftrage Euerer Durchlaucht über die Besprechung mit Tittoni sagen konnte, und ebenso über die laut Erlaß Nr. 546 an unsere Vertreter in der Balkanbahnfrage ergangenen Instruktionen. Freiherr von Aehrenthal bat mich ausdrücklich, Euerer Durchlaucht für diese klare Stellungnahme in dieser für ihn sehr wichtigen Angelegenheit zu danken.

Im Anschluß hieran las mir der Minister einen an den österreichisch-ungarischen Botschafter in Rom gerichteten Erlaß vor. Es wird darin dem Botschafter mitgeteilt, daß Herzog von Avarna hier auf dem Auswärtigen Ministerium erschienen sei, um für die seitens des Markgrafen Pallavicini erfolgte Unterstützung des Donau-Adria-Projekts zu danken.

Er, der Minister, habe die Gelegenheit ergriffen, um nochmals mit allem Nachdruck dem italienischen Botschafter gegenüber klarzulegen, daß er es unter keinen Umständen zulassen könne, daß die Österreich-Ungarn durch den Berliner Vertrag ausdrücklich zugesprochene Berechtigung zum Bau der Sandschakbahn auf eine Linie mit den anderen, mehr oder weniger phantastischen Bahnprojekten am Balkan gestellt werde. Österreich-Ungarn habe zwar im allgemeinen seine Bereitwilligkeit erklärt, Bahnprojekte am Balkan zu unterstützen, aber das bedeute noch nicht, daß die hiesige Regierung blindlings für jedes in Zukunft etwa von irgend einer Seite auftauchende Bahnprojekt sich verwende. Jedenfalls könne er erwarten, daß er, falls seine Unterstützung gewünscht werde, vorher darüber orientiert und gefragt werde.

Freiherr von Aehrenthal fügte hinzu, er habe diesen Riegel den etwa in Zukunft auftauchenden römischen Aspirationen am Balkan noch rechtzeitig verschieben wollen, denn man könne nie wissen, welche Pläne eines schönen Tages von Rom aus geschmiedet würden. Österreich-Ungarn könne zum Beispiel unmöglich es übernehmen, Bahnprojekte in der Türkei zu befürworten, die gegen türkische Interessen verstoßen und damit die Schwächung dieses Staates, den es doch stark und intakt zu erhalten wünsche, herbeiführen würden.

Aus Paris hört der Minister, daß dort die Verhandlungen über die Finanzierung der Balkantransversalbahn ziemlich weit gediehen seien. Er habe daraufhin Pichon wissen lassen, daß er die Durchsetzung von Eisenbahnprojekten und sonstigen wirtschaftlichen Fragen in der Türkei par des groupements entre les grandes puissances im allgemeinen Interesse für nicht erwünscht halten könne. Seiner Ansicht nach wäre es Sache jedes einzelnen Staates, seine wirtschaftlichen Interessen selbständig der Türkei gegenüber zu vertreten. Auf meine Frage, was er über die Haltung Englands höre, sagte mir Baron Aehrenthal, man sei in London auf den Tittonischen Plan, die Balkanfragen womöglich zusammen mit den noch schwebenden mazedonischen Reformfragen dem Konzert der Mächte zu unterbreiten*, bereits so weit eingegangen, daß man nach Rom habe

* Tittoni hatte eine dahingehende Anregung in London und Paris vorgebracht.

wissen lassen, England werde, sobald die verschiedenen Fragen in Konstantinopel anhängig gemacht worden wären, deren Unterbreitung an das Konzert der Mächte befürworten.

von Tschirschky

Nr. 8754

*Der Botschafter in Wien von Tschirschky
an das Auswärtige Amt*

Telegramm. Entzifferung

Nr. 145

Wien, den 23. Mai 1908

Mein italienischer Kollege sagte mir, er habe Auftrag, dem Freiherrn von Aehrenthal mitzuteilen, daß Herr Tittoni seinen Antrag, den gesamten Komplex der Balkanbahnfrage dem Konzert der Mächte zu unterbreiten, nunmehr nicht stellen werde. Nach Ansicht des Herrn Tittoni liegt für den Antrag kein Anlaß mehr vor, nachdem das Projekt der Transversalbahn allseitig in Konstantinopel Unterstützung gefunden habe. Es bleibe eigentlich nur noch die Frage der Bahn Valona—Monastir übrig. Auf diese könne man später zu gelegenerer Zeit zurückkommen.

Im übrigen teile man in Rom vollkommen die Ansicht des Freiherrn von Aehrenthal, daß es angemessen und nützlich sein werde, sich vor Einbringung etwaiger neuer Bahnprojekte auf dem Balkan zunächst zwischen Wien und Rom in vertraulicher Aussprache darüber zu verständigen.

Tschirschky

Nr. 8755

*Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Travemünde,
an den Reichskanzler Fürsten von Bülow, z. Z. in Norderney**

Telegramm. Abschrift

Nr. 11

Travemünde, den 6. Juli 1908

Ballin soeben, heute aus London zurück**, bei mir gewesen. Er wird auf meine Veranlassung Euere Durchlaucht in Norderney aufsuchen. Eindrücke aus London günstig. City und Handelskreise nach wie vor absolut gegen jeden Krieg. Ärger und Unzufriedenheit über Reise- und Entente-wirtschaft des Königs stark im Zunehmen. Ministerium mit König auf

* Das Telegramm ist bereits in Bd. XXIV unter Nr. 8214 abgedruckt; hier des Zusammenhangs halber wiederholt.

** Näheres darüber bei B. Huldermann, Albert Ballin S. 208ff., 212.

gespanntem Fuß aus selbem Grunde. Sir Ernest Cassel wußte nichts von Absage Königsbesuch bei mir im Winter*, war aufs äußerste empört und aufgebracht über Seine Majestät. Teilte Ballin mit, daß er vom König erfahren, daß Seine Majestät, um beim Zaren ein „Sprungbrett“ zu haben, um denselben von mir loszubekommen, weisgemacht habe, das Sandschakbahnprojekt sei von mir persönlich ausgeheckt, den Österreichern dann von mir couliert worden, um den Zaren zu ärgern, ihm eine politische Niederlage beizubringen und ihn vor Europa lächerlich zu machen. Dem Zaren sei dadurch von mir eine gleiche Niederlage beigebracht worden wie durch die Japaner. Der Zar dürfe so etwas nicht auf sich sitzen lassen und nicht von mir gefallen lassen. Sir Ernest fügte hinzu, es schiene, als ob der Zar das geglaubt habe. Über die Perfidie einer solchen Lüge habe ich keinen Ausdruck. Cassel völlig entsetzt, als Ballin ihm sagte, dies wäre eine gemeine Lüge, da König Eduard fest an die Tatsache glaube. Auf Ballins ehrenwörtliche Erklärung (die ich ihm hier bestätigen konnte), daß ich von der ganzen Geschichte nichts gewußt und erst durch die Zeitungen wie alle anderen Menschen davon erfahren habe, erklärte Cassel, er müsse sofort das dem Könige mitteilen, um ihm den Unsinn auszureden**. Cassel wird alles daransetzen, beide englischen Majestäten zum Besuch nach Berlin zu bringen. Ich habe ihn durch Ballin wissen lassen, daß ich aus der Ostsee noch nicht zurück sein werde, wenn Seine Majestät Deutschland nach Marienbad zu passieren.

Ballin wird Ihnen viel Interessantes erzählen. Er hat seine Sache großartig gemacht. Ich fahre heute abend ab, Wetter gut, wünsche Ihnen einen schönen Sommer. Viele Grüße der Fürstin.

(gez.) Wilhelm I. R.

* Vgl. darüber Bd. XXIV, Kap. CLXXVII, Nr. 8212, Fußnote S. 87.

** Gegen die volle Authentizität dieses Vorgangs, der sich bei Gelegenheit der Zusammenkunft König Eduards VII. mit dem Zaren in Reval (9.—10. Juni) abgespielt haben müßte, erheben sich einige Bedenken. Einmal hat der Zar (vgl. Nr. 8757), was freilich noch kein Beweis ist, kategorisch in Abrede gestellt, daß ihm irgend jemand derartige Geschichten zugetragen habe. Sodann überrascht es, daß Sir Ernest Cassel und Albert Ballin, die doch beide darauf aus waren, die persönliche Verständigung zwischen dem deutschen Kaiser und dem englischen Könige zu fördern (vgl. darüber B. Huldermann, Albert Ballin, a. a. O., S. 208 ff.), Äußerungen König Eduards VII. weitergegeben haben sollen, die die entgegengesetzte Wirkung haben mußten. Immerhin erhellt aus dem bei Huldermann a. a. O., S. 212, abgedruckten Briefe Ballins an Sir Ernest Cassel vom 13. Juli 1908, daß zwischen beiden wirklich von Äußerungen offenbar doch König Eduards die Rede gewesen ist, die den Kaiser als den eigentlichen Urheber des Sandschakbahnprojektes hinstellten. Die Absicht Cassels und Ballins muß dahin gegangen sein, den Schaden, der durch eine vorgefaßte irrige Ansicht König Eduards entstanden war oder entstehen konnte, durch Herbeiführung einer authentischen Äußerung des deutschen Kaisers zu eliminieren.

*Der Reichskanzler Fürst von Bülow, z. Z. in Norderney,
an den Botschafter in Petersburg Grafen von Pourtalès*

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Freiherrn von dem
Bussche-Haddenhausen

Nr. 146

Norderney, den 15. Juli 1908

Von einer dem Könige von England nahestehenden, absolut glaubwürdigen Persönlichkeit haben wir erfahren, daß König Eduard, um den Zaren von Seiner Majestät dem Kaiser zu lösen und gegen unseren kaiserlichen Herrn einzunehmen, ersterem in Reval erzählt hat, das Sandschakbahnprojekt sei von Seiner Majestät dem Kaiser ausgeheckt und den Österreichern von uns souffliert worden. Seine Majestät der Kaiser Nikolaus soll dieser Verleumdung Glauben geschenkt haben.

Euere Exzellenz wissen aus den diesseitigen Erlassen, daß an jener Insinuation kein wahres Wort ist. Seine Majestät der Kaiser hat von dem Projekt der Sandschakbahn überhaupt nichts gewußt und die ganze Geschichte erst durch die Zeitungen nach der bekannten Rede Aehrenthals in den Delegationen erfahren. Die Behauptung, unser allergnädigster Herr hätte die Sache in Wien eingefädelt, ist eine groteske Erfindung, lediglich zu dem Zweck gemacht, die Politik Seiner Majestät des Kaisers beim Zaren zu verdächtigen, um so den russischen Herrscher ganz in den Bann Englands zu ziehen und gegen uns aufzuhetzen. Auch ich habe von dem österreichischen Vorgehen vorher keinerlei Kenntnis gehabt und war daher auch nicht in der Lage, darauf einzuwirken. Ebenso vollkommen unzutreffend ist es, wenn behauptet worden ist, Baron Marschall sei der eigentliche Vater des österreichischen Planes und habe diesen der Wiener Regierung suggeriert.

Euere Exzellenz wollen durch Vermittelung des Herrn Iswolsky eine Audienz bei Seiner Majestät Kaiser Nikolaus erbitten und dem russischen Herrscher den wahren Sachverhalt auseinandersetzen, wobei Sie auf das Interview des Mitarbeiters der „Nowoje Wremja“ Jussarow mit mir Bezug nehmen können, sofern Sie dies für wünschenswert erachten. Euerer Exzellenz bewährtem Takt überlasse ich es, ob Sie bei der Unterredung mit dem Zaren die Nennung König Eduards vermeiden und statt dessen „von englischer Seite“ sprechen oder deutlicher werden wollen, wenn Ihnen Seine Majestät Kaiser Nikolaus durch seine Antwort hierzu Gelegenheit geben sollte.

Ich bitte dem russischen Minister des Äußern den Grund und Zweck der Audienz mitzuteilen.

Bülow

*Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès
an den Reichskanzler Fürsten von Bülow*

Ausfertigung

Nr. 315

St. Petersburg, den 21. Juli 1908

Als ich Herrn Iswolsky vor einigen Tagen erhaltenem Auftrage gemäß bat, mir eine Audienz bei Seiner Majestät dem Kaiser Nikolaus zu vermitteln, und ihm den Zweck dieser Audienz mitteilte, war der Minister im höchsten Grade überrascht und versicherte, daß er von einer Insinuation in dem von mir angedeuteten Sinne nie gehört habe. Er sei aber überzeugt, daß, wenn Seiner Majestät etwas Ähnliches erzählt worden wäre, er dies erfahren haben würde. Dasselbe Erstaunen zeigte der Zar, als ich ihm sagte, Euere Durchlaucht hätten von glaubwürdiger Seite gehört, man habe ihm erzählt, daß unser allergnädigster Herr der eigentliche Urheber des Sandschakbahnprojektes sei. Das Erstaunen des Kaisers schien kein gekünsteltes. Er fuhr förmlich auf und rief aus: „Was? Mir soll jemand dies erzählt haben?“ Dann fügte er hinzu: „Je vous donne ma parole, et en disant ces mots je vous regarde dans les yeux. Personne n'a jamais songé à me raconter cette histoire. D'ailleurs si quelqu'un l'avait fait, je l'aurais pris pour un fou.“ Der Zar wies dann auf sein vertrauensvolles Verhältnis zu unserem allergnädigsten Herrn sowie auf die fortlaufende Verbindung, in welcher beide Souveräne miteinander ständen, hin und versicherte, dieses Verhältnis sei ein zu festgewurzelter, um ein Mißtrauen so leicht aufkommen zu lassen. Ich erwiderte, gerade dieses schöne Verhältnis zwischen beiden Monarchen würde von Seiten, die zwischen Rußland und Deutschland Zwist zu säen bestrebt seien, mit mißgünstigen Augen betrachtet, und es sei zweifellos, daß in der letzten Zeit viel gearbeitet werde, um die deutsche Politik hier zu verdächtigen. Ich bat daher Seine Majestät, über unsere Haltung während der letzten Monate Vortrag halten zu dürfen. Der Zar gestattete dies in gnädigster Weise und folgte meinen Ausführungen mit sichtlicher Aufmerksamkeit. Seine Majestät war über die einzelnen Phasen der Sandschakbahnangelegenheit und der mazedonischen Reformen eingehend orientiert. Als ich zu beweisen suchte, daß die politische Bedeutung der Sandschakbahn nach Ansicht Eurer Durchlaucht hier übertrieben und in einseitigem Lichte dargestellt worden sei, als ich weiter darauf hinwies, daß jede Eisenbahn auf der Balkanhalbinsel als Kulturträger zur Pazifizierung beitrage und daher auch in politischer Beziehung ihre günstige Wirkung haben müsse, zeigte der Monarch für diese Auffassung anscheinend Verständnis. Eine ebenso günstige Aufnahme fanden meine Aufklärungen über die Haltung des Baron Marschall und über die Absurdität der dem Botschafter gemachten Vorwürfe, als habe er die mazedonischen Reformen zum Scheitern bringen wollen. „Sie meinen also,“ warf der Monarch ein, „der deutsche Botschafter sei nur

mit Bezug auf den einzuschlagenden Weg, um die Reformen beim Sultan durchzusetzen, anderer Ansicht gewesen als einige seiner Kollegen?“ „Ganz gewiß,“ entgegnete ich, „Baron Marschall hat befürchtet, daß mehrere Punkte der Note über die Justizreform Gefahr liefen, auf unüberwindlichen Widerstand beim Sultan zu stoßen und die ganze Reformaktion dadurch in Frage zu stellen. Unser Botschafter hat also das Reformwerk nicht nur nicht stören, sondern gerade fördern wollen.“ Seine Majestät bemerkte darauf, er habe nicht den geringsten Grund, an der Loyalität unserer Politik zu zweifeln. Mit Bezug auf den Baron Marschall hatte ich den Eindruck, bei Seiner Majestät mehr Glauben zu finden als bisher bei Herrn Iswolsky.

Der Kaiser ging nunmehr selbst auf die Angelegenheit der Sandschakbahn näher ein und äußerte sich über diese Frage in demselben Sinne, in manchen Punkten beinahe wörtlich, wie es Herr Iswolsky mir gegenüber wiederholt getan hat. Auch Seine Majestät gab zu, daß das formelle Recht zu seinem Verfahren dem Wiener Kabinett nicht bestritten werden konnte. Der Kaiser betonte aber, daß Baron Aehrenthal einen sehr unglücklichen Augenblick zur Verwirklichung seiner Pläne gewählt habe. Als langjähriger Kenner der russischen Verhältnisse hätte er voraussehen müssen, daß sein plötzliches Hervortreten mit Plänen, in denen nun einmal hier eine Verletzung russischer Interessen erblickt werde, eine große Erregung hervorrufen würde. Seine Majestät warf ferner dem Baron Aehrenthal Mangel an Aufrichtigkeit gegenüber Herrn Iswolsky vor, da er im vorigen Herbst nichts von seinen Plänen erwähnt habe.

Sehr lebhaft stimmte der Monarch aber ein, als ich auf den Wert des Zusammenhaltens der drei konservativen Kaisermächte hinwies und dabei bemerkte, Meinungsverschiedenheiten über Tagesfragen, die hoffentlich keinen dauernden Schatten auf die russisch-österreichischen Beziehungen werfen würden, schienen mir neben jenem großen Interesse nicht ernstlich ins Gewicht fallen zu dürfen.

Der Zar betonte im Verlaufe der Audienz die sehr angenehmen Eindrücke, die er von seiner Begegnung mit Seiner Majestät dem Könige von England behalten habe. Er könne mich versichern, daß er den König in außerordentlich versöhnlicher Stimmung und von dem Wunsche beseelt gefunden habe, mit allen Mächten in guten Beziehungen zu bleiben. Politisch sei bei der Entrevue nur über Zentralasien, insbesondere Persien und Afghanistan, sowie über den Fernen Osten gesprochen worden. Ich darf hier noch gehorsamst erwähnen, daß ich bei Erledigung meines Auftrages den Namen Seiner Majestät des Königs Eduard nicht genannt habe. Ich habe Herrn Iswolsky auf seine Frage nur gesagt, Euere Durchlaucht hätten gehört, daß die fragliche gegen unseren allergnädigsten Herrn gerichtete Insinuation gelegentlich der Revaler Entrevue erfolgt sei.

Der Monarch, höchstwelcher mich gleich beim Beginn der Audienz zum Setzen aufgefordert hatte, führte die Unterredung in ganz zwangloser

Weise und bemerkte, als er mich nach etwa drei Viertelstunden in äußerst gnädiger Weise entließ, er sei Euerer Durchlaucht sehr dankbar für den mir erteilten Auftrag. Die eigentliche Veranlassung desselben habe sich zwar als gegenstandslos erwiesen, Seine Majestät habe sich aber gern über die schwebenden Fragen mit mir unterhalten und mit Vergnügen die Gelegenheit ergriffen, um mir von neuem auszusprechen, welchen Wert er auf die engen und aufrichtigen Beziehungen zu Deutschland lege.

F. Pourtalès

Nr. 8758

*Der Geschäftsträger in Wien Graf Brockdorff-Rantzau
an den Reichskanzler Fürsten von Bülow*

Ausfertigung

Nr. 176
Geheim

Wien, den 27. Juli 1908

Freiherr von Aehrenthal, dem gegenüber ich mich heute des mir unter dem 23. d. Mts. erteilten hohen Auftrags* entledigte, nahm die Mitteilungen unter dem Ausdrucke seines aufrichtigsten Dankes und mit sichtlichem Interesse entgegen. Der Minister hatte bisher von unserer Demarche in St. Petersburg noch keine Kenntnis und war für die vertrauensvolle Aufklärung Euerer Durchlaucht um so dankbarer. An der Hand der mir gegebenen hohen Weisung habe ich meine Mitteilungen so eingerichtet, daß der Eindruck, als hätten wir in der Sandschakbahnfrage von Österreich-Ungarn abrücken wollen, bei dem Minister vollkommen vermieden wurde; er betonte vielmehr spontan, selbstverständlich sei es unbedingt notwendig gewesen, dieser „giftigen Intrige“ sofort mit aller Energie entgegenzutreten, und er sei Euerer Durchlaucht für die erneute Versicherung, daß die Kaiserliche Regierung in der Frage der Sandschakbahn nach wie vor auf Seiten der Donaumonarchie stehe, außerordentlich dankbar. Der offene und sehr herzliche Ton des Ministers gab mir Gelegenheit, gesprächsweise die in letzter Zeit wiederholt zutage getretenen Versuche zu berühren, die darauf abzielen, gegen Deutschland und Österreich-Ungarn Mißtrauen zu erregen. Baron Aehrenthal nahm diese Bemerkung lebhaft auf und sagte, er sehe in dieser letzten englischen Intrige nur ein „neues Glied in der Kette der Verdächtigungen“, denen auch seine Politik ausgesetzt werde. In dieser planmäßigen Hetze liege Methode. So habe man unlängst wieder versucht auszustreuen, Österreich-Ungarn wolle im geheimen nur wirtschaftliche Zugeständnisse vom Sultan er-

* Durch Erlaß Nr. 829 vom 23. war ein Telegramm Graf Pourtalès' vom 21., das über den Verlauf seiner Audienz bei dem Zaren meldete, zur Mitteilung an Freiherrn von Aehrenthal weitergegeben worden.

pressen; in einem Interview habe der russische Botschafter in Konstantinopel sogar eine ähnliche Andeutung gemacht. „Ich habe“, fügte der Minister hinzu, „Iswolsky sagen lassen, ich würde mir Herrn Sinowiew mal ausborgen.“

Als ich mich verabschiedete, trug Baron Aehrenthal mir noch einmal seinen herzlichsten Dank an Euere Durchlaucht auf. Ich hatte den Eindruck, daß der Minister dem König Eduard eine Äußerung in dem Eurer Durchlaucht bekannt gewordenen Sinne sehr wohl zutraut, und daß diese ihn um so peinlicher berührt, als er bekanntlich das Verdienst der Initiative zu dem Sandschakbahnprojekte ausschließlich für sich in Anspruch nimmt. Nichts aber ist imstande, den Baron Aehrenthal stärker in Harnisch zu bringen, als der leiseste Zweifel an der Selbständigkeit seiner Entschlüsse oder der Unabhängigkeit seiner Politik. Eine solche Äußerung aus so hohem Munde mußte daher ganz besonders empfindlich wirken.

Brockdorff-Rantzau

Nr. 8759

*Der Geschäftsträger in Wien Graf Brockdorff-Rantzau
an das Auswärtige Amt*

Telegramm. Entzifferung

Nr. 227

Wien, den 19. August 1908

Im Auftrage Freiherrn von Aehrenthals teilte mir heute Sektionschef von Müller streng vertraulich Inhalt eines an von Szögyény gerichteten Erlasses mit; darin wird die von mir am 31. v. Mts. — Nr. 202 * — geheim gemeldete Nachricht bestätigt, daß Iswolsky Aufklärung über einen zwischen Österreich-Ungarn und der Türkei abgeschlossenen geheimen Vertrag verlangt hat. Graf Berchtold ist sofort beauftragt worden zu erklären, daß ein solcher Vertrag nicht existiere. Der russische Minister hat aber geantwortet, er müsse trotz der Erklärung des K. u. K. Botschafters der Nachricht Bedeutung beimessen, weil diese ihm aus derselben Quelle zugekommen sei, die ihn bereits im September v. Js. über geheim in Konstantinopel geführte Verhandlungen Österreich-Ungarns bezüglich der Sandschakbahn rechtzeitig informiert habe.

Freiherr von Aehrenthal hat jetzt Graf Berchtold beauftragt, Iswolsky „sein Befremden“ über die Antwort des russischen Ministers auszusprechen und diesen „freundschaftlich zu ersuchen“, die Quelle zu nennen, aus der beide absolut falsche Nachrichten stammen. Österreich-Ungarn habe im

* Nach Telegramm Nr. 202 vom 31. Juli hätte Iswolsky dem österreich-ungarischen Botschafter Graf Berchtold den Wortlaut eines angeblichen geheimen Vertrags der Doppelmonarchie mit der Türkei vorgelegt, durch den erstere ermächtigt wurde, Gebietsteile der Türkei militärisch zu besetzen.

September v. Js. keine geheimen Verhandlungen über die Sandschakbahn in Konstantinopel geführt und ebensowenig ein geheimes Militärabkommen mit der Türkei geschlossen; wenn derartige lügenhafte Nachrichten aber weiter verbreitet würden, so bestehe die Gefahr, daß die freundschaftlichen amtlichen Beziehungen zwischen Wien und St. Petersburg dadurch beeinträchtigt würden; im Interesse der Erhaltung guten Einverständnisses beider Regierungen sei daher Bekanntgabe und Unschädlichmachung der unlauteren Quelle* dringend erwünscht.

Iswolsky hat bisher auf das Ersuchen Freiherrn von Aehrenthals nicht geantwortet.

Rantzau

Nr. 8760

*Der Geschäftsträger in Wien Graf Brockdorff-Rantzau
an den Reichskanzler Fürsten von Bülow*

Ausfertigung

Nr. 210

Wien, den 20. August 1908

Streng vertraulich

Sektionschef von Müller sagte mir im Laufe unserer gestrigen Unterredung, über die ich an anderer Stelle zu berichten die Ehre hatte, Baron Aehrenthal habe in Ischl** auch Anlaß genommen, Sir Charles Hardinge gegenüber seinen Standpunkt in der Frage der Sandschakbahn klarzulegen. Herr von Müller erzählte bei dieser Gelegenheit, der Minister sei über die bewußte Äußerung König Eduards in Reval, von der ich ihm im Auftrage Euerer Durchlaucht seinerzeit Kenntnis gab, empört gewesen; über den Eindruck, den die Mitteilung von der englischen Intrige auf Baron Aehrenthal damals machte, habe ich unter dem 27. v. Mts.*** berichtet.

Bei der temperamentvollen Eigenart des Ministers war vorauszusehen, daß er die Äußerung, die er sofort als persönliche Kränkung empfand, nicht leicht verwinden würde; es kann daher auch nicht wundernehmen, daß die Aussprache mit Sir Charles über dieses Thema, wie ich den Mitteilungen Herrn von Müllers entnehme, sich nicht ganz in den hergebrachten Formen üblicher Konvenienz vollzogen hat; Baron Aehrenthal scheint sehr heftig geworden zu sein und bei der Einleitung des Gesprächs erklärt

* Nach einem Privatschreiben des als stellvertretender Botschafter in Konstantinopel weilenden Gesandten von Kiderlen an den Vortragenden Rat Zimmermann vom 18. August wäre die Mitteilung über die angebliche geheime Konvention von dem russischen Botschafter Sinowiew ausgegangen, der einer von dem Franzosen Rouet geleiteten Geheimkorrespondenz „aufgefressen“ wäre.

** Gelegentlich der Zusammenkunft König Eduards VII. mit Kaiser Franz Joseph am 12./13. August 1908.

*** Siehe Nr. 8758.

zu haben, zunächst wolle er ein für allemal feststellen, daß er als österreichisch-ungarischer Minister des Auswärtigen vollkommen selbständige und absolut unabhängige Politik treibe, das gelte insbesondere auch in der Sandschakbahnfrage; er sei Urheber dieses Projekts und habe sich dabei niemals und von niemandem vorschieben lassen. Nach dieser Erklärung sind beide Staatsmänner dann in die Erörterung über die Vorgänge auf dem Balkan eingetreten und haben sich, wie in dem offiziellen Communiqué* mitgeteilt wurde, dahin geeinigt, angesichts der Ereignisse in der Türkei eine sympathisch abwartende Haltung einzunehmen.

Baron Aehrenthal hat bei dieser Gelegenheit betont, daß Österreich-Ungarn mit Rücksicht auf seine geographische Lage als Großmacht unstreitig zunächst an der Gestaltung der Dinge auf dem Balkan interessiert sei. Das Wiener Kabinett strebe keine territorialen Erwerbungen an. Ein Geheimabkommen irgendwelcher Art mit der Türkei bestehe nicht** und habe nie bestanden. Getreu den altbewährten Traditionen verfolge Österreich-Ungarn eine selbständige konservative Politik auf der Balkanhalbinsel. In Wien werde man es mit besonderer Befriedigung begrüßen, wenn die Türkei selbständig die Kräfte finde, sich zu regenerieren und für alle Untertanen des osmanischen Reiches ohne Unterschied der Konfession oder Nationalität gleich vorteilhafte Existenzbedingungen zu schaffen. Sollte dieses Ziel in absehbarer Zeit jedoch nicht erreicht werden, so sei die österreichisch-ungarische Regierung bereit, erneut an die Prüfung geeigneter Reformvorschläge heranzutreten.

Ob im Zusammenhange mit der Erörterung der Sandschakbahn auch das Projekt der Donau-Adria-Bahn diskutiert worden ist, habe ich bisher nicht feststellen können, möchte aber annehmen, daß es englischerseits berührt wurde. Bezüglich der Sandschakbahn wird hier angesichts der in ausländischen Blättern aufgetauchten Nachrichten über Schwierigkeiten bei den Vorarbeiten nachdrücklich und auf das bestimmteste erklärt, daß die Arbeiten ohne jede Störung ihren Fortgang nehmen.

Brockdorff-Rantzau

* Vgl. darüber Bd. XXIV, Kap. CLXXVII, Nr. 8230, Fußnote *.

** Vgl. Nr. 8759.

Kapitel CLXXXVIII

Das Ende der Österreichisch-Russischen Entente
Die Anbahnung
eines Englisch-Russischen Zusammengehens
im Nahen Orient

Nr. 8761

*Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès
an den Reichskanzler Fürsten von Bülow*

Ausfertigung

Nr. 21
Vertraulich

St. Petersburg, den 16. Januar 1908

Über die Frage, inwieweit die Politik des Herrn Iswolsky, wie vielfach angenommen wird, durch seine Vorliebe für England und englisches Wesen beeinflußt wird, möchte ich Anstand nehmen, schon jetzt ein eigenes Urteil zu fällen. Bei meinen ersten Unterredungen mit meinen hiesigen Kollegen bin ich meist der Ansicht begegnet, daß das verhältnismäßig rasche Zustandekommen des englisch-russischen Abkommens* wohl zum großen Teil auf die englischen Sympathien des russischen Ministers zurückzuführen sei und man daraus wohl auf den Wunsch des Herrn Iswolsky schließen dürfe, auch in anderen als in dem Abkommen berührten Fragen eine Verständigung mit England zu suchen. Man wird nicht umhin können anzuerkennen, daß eine der wichtigsten Fragen, die an den russischen Minister des Äußern herantrat, als es galt, nach den Niederlagen in Ostasien die russische Politik neu zu orientieren, diejenige der Gestaltung der Beziehungen zu England war. Wenn dabei die Entscheidung zugunsten einer Annäherung an das Inselreich fiel, so brauchten dafür persönliche Sympathien noch keineswegs das allein ausschlaggebende Motiv zu sein. Die traditionelle Politik und die Lebensinteressen des Zarenreiches wiesen das im Fernen Osten zurückgedrängte Rußland wieder auf den nahen Orient hin und auf die Möglichkeit, durch die Herrschaft über die Meerengen einen Ausgang in die eisfreie See zu gewinnen. Da nun Rußland nicht imstande ist, eine aktive Balkanpolitik gegen England zu führen, so bleibt nur die Möglichkeit, den Versuch zu machen, die russischen Aspirationen mit Englands Zustimmung und Hilfe ihrer Verwirklichung entgegenzuführen.

Die Aussichten für ein Gelingen dieses Versuches dürften im wesentlichen davon abhängen, inwieweit England aus anderen politischen Rücksichten früher hochgehaltene Grundprinzipien seiner Politik aufgibt und

* Vgl. dazu Kap. CLXXXIII.

Rußland bei seinem Vordringen nach Konstantinopel unterstützt¹. Ich möchte daher auch glauben, daß die größere oder geringere Hinneigung Rußlands nach der englischen Seite in erster Linie von dem Maße des englischen Entgegenkommens in Frage des nahen Orients abhängen² dürfte, und daß die persönlichen Sympathien des Herrn Iswolsky dabei um so weniger ins Gewicht fallen werden, als derselbe nach Ansicht aller derer, die ihn näher kennen, vor allem Opportunist ist.

Die erhöhte Aufmerksamkeit Rußlands für die Angelegenheiten der Balkanhalbinsel bildet naturgemäß den Gegenstand besonderen Interesses für die hiesige österreichisch-ungarische Vertretung. Die Ansichten des österreichisch-ungarischen Botschafters in dieser Beziehung dürften daher der Beachtung wert erscheinen.

Graf Berchtold, der mir den Eindruck eines ruhigen und sachlichen Beobachters macht, und der sich anscheinend offen mir gegenüber aussprach, sagte mir neulich, daß er das starke Mißtrauen des Freiherrn von Aehrenthal gegen die anglophile Politik des Herrn Iswolsky nicht ganz teilen könne und auch vorläufig an eine Ausdehnung der englisch-russischen Verständigung auf Angelegenheiten des Balkans nicht glaube³. Abgesehen davon, daß es ihm schwer werde, an ein Aufgeben der traditionellen Politik Englands bezüglich der Meerengen und Konstantinopels zu glauben⁴, ließen seine hiesigen Beobachtungen ein vollständiges Einlenken des Herrn Iswolsky in englisches Fahrwasser noch keineswegs erkennen. Der Botschafter zitierte mir dabei einen erst vor kurzem von Herrn Iswolsky ihm gegenüber mit gewissem Pathos getanen Ausspruch. „Kein Russe wird jemals die Rolle Englands während unseres letzten unglücklichen Krieges vergessen“⁵, so habe der Minister bei einer etwas wehmütigen Betrachtung über die Vorgänge der letzten Jahre ausgerufen.

Graf Berchtold wies ferner darauf hin, daß er bei der letzten Phase der mazedonischen Reformen* den russischen Minister stets auffallend skeptisch allen englischen Vorschlägen gegenüber gefunden habe. Den letzten Vorschlag des englischen Kabinetts betreffend die Verstärkung der Gendarmerie habe Herr Iswolsky sogar in recht bestimmter Form abgelehnt.

Diese verschiedenen Symptome haben den österreichisch-ungarischen Vertreter zu der Überzeugung gebracht, daß die Bäume einer russisch-englischen Entente bezüglich des Balkans vorläufig noch nicht in den

* Vgl. dazu Bd. XXII, Kap. CLXIV. Diese „letzte Phase der mazedonischen Reformen“ wird einmal durch die nach langem Hin und Her völlig fruchtlos verlaufenden Verhandlungen über das Projekt der Justizreform, sodann durch die parallelen Verhandlungen über die Verlängerung des Mandats der Reformorgane in Mazedonien (Generalinspektor, Adjoints, Zivilagenten, Finanzdelegierte) gekennzeichnet, die schließlich im März 1908 zustande kam. Daneben liefen Erörterungen über ein englisches Projekt vom Dezember 1907, das eine Vermehrung der Gendarmerie in Mazedonien und ihre Unterstellung unter christliche Offiziere zwecks Unterdrückung des Bandenwesens vorsah. Gegen dieses Projekt bestanden jedoch nicht nur auf deutscher und österreich-ungarischer sondern auch auf russischer Seite erhebliche Bedenken.

Himmel wachsen, und daß Baron Aehrenthal in dieser Beziehung zu schwarz sieht. Der Botschafter meinte, daß die türkisch-persischen Grenzstreitigkeiten vielleicht am ersten eine Gelegenheit für ein Zusammengehen Englands und Rußlands bieten könnten, welches unter Umständen allerdings zum Ausgangspunkt einer weitergehenden Verständigung zwischen beiden Mächten in orientalischen Dingen werden könnte⁶.

F. Pourtalès

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

¹ Es hat scheint ganz das Programm des Balkan-Comités angenommen

² Dardanellen

³ Dardanellen!

⁴ ?

⁵ na na?

⁶ ja

Nr. 8762

*Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès
an den Reichskanzler Fürsten von Bülow*

Ausfertigung

Nr. 64

St. Petersburg, den 19. Februar 1908

Die von mir bereits gemeldete Äußerung des Herrn Iswolsky, daß die durch die Erklärungen des Baron Aehrenthal über das Sandschakbahnprojekt der mazedonischen Justizreform bereiteten Schwierigkeiten ihn möglicherweise veranlassen würden, in der Reformfrage mehr Fühlung mit England zu suchen*, läßt keinen Zweifel darüber, daß das hiesige Kabinett im Begriffe steht, über das englisch-russische Abkommen hinaus eine Verständigung mit England zu suchen**. Herr Iswolsky betonte zwar, daß er noch zu keinem definitiven Entschluß über die angesichts

* Vgl. Kap. CLXXXVII, Nr. 8713.

** Das Protokoll über die denkwürdige Sitzung des russischen Ministerrats vom 2. Februar 1908 (M. Pokrowski, Drei Konferenzen, S. 17ff.) bringt eine Bestätigung dafür, wie groß die Neigung Iswolskys war, Hand in Hand mit England eine aktive und selbst eine kriegerische Politik im nahen Osten zu treiben. In dem Exposé, mit dem er die Beratung eröffnete, hieß es u. a.: „Aus der schwierigen Situation Rußlands einen Ausweg zu finden, ist nicht leicht. Man könnte ihn unter gewissen Umständen in einer engen Annäherung an England finden. Der englische Botschafter in St. Petersburg habe bereits in seinen Gesprächen mit dem Hofmeister Iswolsky Andeutungen gemacht auf eine solche politische Kombination unter Hinweis auf die Gemeinsamkeit der Interessen beider Staaten im nahen Osten. In der Tat ließen sich leicht gemeinsame militärische Maßnahmen der beiden Länder in der Türkei kombinieren. Der Außenminister muß zugeben, daß eine solche Politik eine äußerst verlockende Aussicht bietet, und er würde sie unter günstigen Verhältnissen empfehlen, da sie zu glänzenden Ergebnissen führen und die Verwirklichung der historischen Aufgaben Rußlands im nahen Osten fördern könne. Eine solche Politik könnte eine erneute Aufrollung der ganzen türkischen Frage zur Folge haben.“

der Aussichtslosigkeit eines Erfolges der Reformnote seitens Rußlands einzunehmende Haltung gelangt sei. Doch deuten jedenfalls alle Anzeichen und auch die oben erwähnte Äußerung des Ministers darauf hin, daß von hier aus eifrig mit London verhandelt wird.

Im übrigen legte der Minister bei unserer gestrigen Unterredung offenbar Wert darauf, mich darüber zu beruhigen, daß er ein etwaiges Zusammengehen Rußlands mit England nur in der speziellen Frage der mazedonischen Justizreform in Aussicht nehme. Er versicherte, daß er am liebsten getreu der Entente mit Österreich-Ungarn, zu deren ältesten Anhängern er vielleicht gehöre, und von der er bis jetzt nicht um Haaresbreite abgewichen sei, weiter mit dem Wiener Kabinett gegangen wäre. Auch liege ihm der Gedanke fern, dem Kurs der russischen Politik im allgemeinen eine andere Orientierung im Sinne einer stärkeren Anlehnung an die Westmächte, etwa gar mit deutschfeindlicher Spitze zu geben. Er wünsche nur aus der Sackgasse, in welche die Reformaktion geraten sei, eventuell mit Hilfe Englands herauszukommen, da ein Scheitern dieser Aktion eine das Prestige Rußlands schwer schädigende Niederlage seiner Politik bedeuten würde. Im allgemeinen verfolge er aber nach wie vor im nahen Orient streng konservative Ziele und lege nur im Interesse der Erhaltung des Status quo auf der Balkanhalbinsel den größten Wert auf ein Zustandekommen der Reformen.

Diese Äußerungen scheinen darauf hinzudeuten, daß Herr Iswolsky vorläufig an ein Abkommen mit England über Balkanfragen im weiteren Sinne noch nicht denkt.

F. Pourtalès

Nr. 8763

*Der Botschafter in Rom Graf Monts
an den Reichskanzler Fürsten von Bülow*

Ausfertigung

Nr. 28

Rom, den 29. Februar 1908

Herr Tittoni äußerte sich heute über die jüngsten Erklärungen von Sir Edward Grey* folgendermaßen:

Es ist sehr zu bedauern, daß gerade im jetzigen Moment, wo ohnehin schon solche politische Unruhe herrsche, der englische Herr Minister das mazedonische diplomatische Tableau durch das Novum eines Generalgouverneurs völlig aus den Fugen hebt¹. Indessen möchte die Rede Sir Edwards vor allem Erwägungen der inneren Politik entsprungen sein.

* Am 25. Februar hatte Sir E. Grey im Unterhause Erklärungen über die mazedonische Frage abgegeben, die durch den Vorschlag der Einführung eines christlichen Generalgouverneurs in Mazedonien ein neues Moment in die Diskussion einführten. Vgl. auch Schultheß' Europäischer Geschichtskalender Jg. 1908, S. 309f.

Namentlich darf man nicht vergessen, daß die Balkanfreunde einen großen Einfluß innerhalb der Regierungsmajorität besitzen. Hauptsächlich diesen zuliebe hat der Herr Minister gesprochen. Denn daß die Türkei ohne ernste Zwangsmaßregeln einen Gouverneur nie zulassen wird, darüber kann man auch wohl in England nicht im Zweifel sein. Immerhin birgt allein schon der Umstand, daß englischerseits dieses Novum aufs Tapet gebracht wird, ernste Gefahren in sich für das so mühsam aufrecht erhaltene europäische Konzert. —

Zum Schluß verglich Herr Tittoni das neueste englische Projekt mit der seinerzeit von England betriebenen Abrüstungsidee*. Wie jetzt so wären auch damals Rücksichten der inneren Politik² ausschlaggebend für eine Aktion gewesen, die sich zuletzt als großartiger politischer Bluff erwies. Auf einem anderen Blatte stände freilich, ob es anständig und gute Politik sei, so rücksichtslos internationale Dinge den innerpolitischen Bedürfnissen des Tags unterzuordnen und angesichts der gegenwärtigen kritischen Balkansituation mit dem Feuer zu spielen.

Monts

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

¹ Richtig

² nicht bloß!

Schlußbemerkung des Kaisers:

Gut

Nr. 8764

*Der Gesandte in Belgrad Prinz von Ratibor
an den Reichskanzler Fürsten von Bülow*

Ausfertigung

Nr. 31

Belgrad, den 1. März 1908

Die Äußerung Sir E. Greys über einen von den Großmächten einzusetzenden Generalgouverneur für Mazedonien hat hier an maßgebenden Stellen unangenehm berührt. Der Ministerpräsident Paschtsch sagt, Serbien würde die Durchführung dieser Idee nicht ruhig hinnehmen können. Alle Serben würden sich erheben und Gut und Blut zur Bekämpfung derselben einsetzen. Es ist klar, daß diesen Äußerungen des Ministerpräsidenten die Auffassung zugrunde liegt, daß die Einsetzung eines von Seiner Majestät dem Sultan unabhängigen Generalgouverneurs für Mazedonien die Vernichtung der serbischen Hoffnungen auf den Anfall von Altserbien bedeuten würde und der Begründung eines schließlich an Bulgarien fallenden neuen Ostrumeliens gleichkäme.

Die serbische Presse, die meist eine geraume Zeit vorübergehen läßt, bevor sie sich über wichtige Themata äußert, hat bemerkenswertes zu

* Vgl. darüber Bd. XXIII, Kap. CLXVI.

der Frage bis jetzt nicht gebracht. Interessant ist aber, daß im Publikum im Zusammenhange mit der von Sir E. Grey getanen Äußerung daran erinnert wird, daß Prinz Mirko von Montenegro mit Seiner Majestät dem Könige von England in Marienbad zusammengetroffen und ganz besonders ausgezeichnet worden sei.

M. Ratibor

Nr. 8765

*Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Schoen
an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Marschall*

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Zimmermann

Nr. 34

Berlin, den 9. März 1908

Sir Frank Lascelles hat neue englische Vorschläge betreffend Mazedonien mitgeteilt*. Danach hält England an Übergabe der Justizreformnote fest und empfiehlt Gouverneur für Mazedonien, zu dessen Verfügung die zu vermehrende Gendarmerie und europäische Offiziere stehen sollen. Gouverneur soll türkischer Untertan, Christ oder Muselman sein, möglichste Selbständigkeit erhalten, nur mit Zustimmung der Mächte abgesetzt werden dürfen und unter deren Garantie aus mazedonischem Budget bezahlt werden. Dies vorausgesetzt, will England sich zum türkischen Vorschlag der Übernahme von Zivilagenten, Finanzkommissaren und Adjoints in türkische Dienste** wohlwollend stellen. Zwecks Deckung der Verwaltungskosten sollen türkische Truppen in Mazedonien erheblich vermindert, dem Sultan dafür aber seitens der Mächte die Integrität und äußere Sicherheit seines mazedonischen Besitzes garantiert werden.

Ich habe mich auf Entgegennahme dieser Mitteilung beschränkt.

v. Schoen

Nr. 8766

*Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès
an den Reichskanzler Fürsten von Bülow*

Ausfertigung

Nr. 100

St. Petersburg, den 11. März 1908

Herr Iswolsky, der in unserer vorgestrigen Unterredung auch die mazedonische Frage gestreift hatte, schrieb mir noch am selben Abend zwei Worte, um mir mitzuteilen, daß unmittelbar nach mir der groß-

* Den Wortlaut der vom 3. März datierten, am 8. März in Berlin und gleichzeitig in Paris, Petersburg, Wien und Rom übergebenen Vorschläge siehe im englischen Blaubuch: Turkey No 1 (1908), [Cd. 3958] p. 5ff.

** Vgl. dazu Bd. XXII, Kap. CLXIV.

britannische Botschafter bei ihm gewesen sei und ihm eine englische Mitteilung mit Vorschlägen für die mazedonische Reformaktion übergeben habe. Diese Vorschläge würden wohl gleichzeitig auch in Berlin gemacht worden sein, sie entsprächen dem Sinne nach der letzten Rede des Sir Edward Grey*.

Es war mir aufgefallen, daß Herr Iswolsky, welcher noch im Anfang der vorigen Woche meinem österreichisch-ungarischen Kollegen und mir wiederholt von Vorschlägen, die er auszuarbeiten im Begriffe sei, und mit denen er sehr bald hervortreten werde, gesprochen hatte, vorgestern plötzlich erklärte, er werde sich mit diesen Vorschlägen nicht so sehr beeilen, denn erstens müßten langwierige Vorarbeiten und Erhebungen vorangehen, und zweitens habe er „nach Berichten aus London den Eindruck“, als ob die Mitteilung eines ziemlich radikalen Programms seitens des Londoner Kabinetts unmittelbar in Aussicht stehe. Es empfehle sich aber nicht, mit zwei Programmen zugleich hervorzutreten.

Genau dieselbe Äußerung hatte Herr Iswolsky kurz vorher dem Grafen Berchtold gegenüber getan. Mein österreichisch-ungarischer Kollege ist nun geneigt zu glauben, daß der Minister, als er es mit seinem Programm plötzlich nicht mehr so eilig hatte, nicht nur „den Eindruck“ gehabt hat, als ob ein englisches Programm in Aussicht stehe, vielmehr von der bevorstehenden Mitteilung dieses Programms amtlich Kenntnis hatte; Graf Berchtold hält es sogar für nicht unwahrscheinlich, daß man es mit einem abgekarteten Spiel zwischen dem Londoner und dem hiesigen Kabinett zu tun habe, nach welchem zuerst das schärfere englische Programm erscheinen und Herr Iswolsky alsdann mit abgeschwächten Gegenvorschlägen kommen würde**. Bestätigt sich diese Annahme, so dürfte das Vorgehen des Sir Edward Grey darauf berechnet sein, einerseits durch ein scharfes Programm der englischen öffentlichen Meinung Rechnung zu tragen, zugleich aber in sehr geschickter Weise der Eitelkeit des Herrn Iswolsky zu schmeicheln, indem der russische Minister alsdann das Verdienst haben würde, die Vorschläge in eine für die anderen Mächte annehmbare Form gebracht zu haben.

Ich möchte hier gehorsamst einschalten, daß Graf Berchtold gegenwärtig mit Bezug auf englisch-russisches Zusammengehen in Fragen des nahen Orients viel mißtrauischer ist, als ich ihn noch vor einigen Wochen im Anfange unseres geschäftlichen Verkehrs gefunden habe.

* Vgl. Nr. 8763, Fußnote.

** Ähnlich äußerte sich über die englischen Reformvorschläge Freiherr von Aehrenthal in einem Briefe an Fürst von Bülow vom 11. März 1908: „Ich glaube nicht, daß sie an sich sehr ernst gemeint sind; mein Eindruck geht vielmehr dahin, daß sie möglicherweise nur dazu bestimmt sein könnten, den Vorschlägen, die uns Herr Iswolsky in Aussicht stellt, und die jedenfalls vorsichtiger gefaßt sein werden, den Boden zu ebnen . . . So wie sich die Dinge entwickelt haben, müssen wir wohl mit der Möglichkeit einer parallelen Aktion Englands und Rußlands auch im nahen Orient rechnen, ich bin aber nicht geneigt, die Lebensdauer einer solchen unnatürlichen Verbindung allzu hoch einzuschätzen.“

Herr Iswolsky hat sich mir gegenüber auf die allgemeine Bemerkung beschränkt, daß das englische Programm wohl zu radikal sein werde, und daß er sich vorbehalte, nach näherer Prüfung desselben seinerseits Vorschläge zu machen*.

F. Pourtalès

Nr. 8767

*Der Botschafter in Wien von Tschirschky
an das Auswärtige Amt*

Telegramm. Entzifferung

Nr. 64

Wien, den 17. März 1908

Russischer Geschäftsträger hat Freiherrn von Aehrenthal gestern Note übergeben, enthaltend die Vorschläge des Herrn Iswolsky zur mazedonischen Reformfrage. Nach dem, was mir der Minister von dem Inhalt des, wie er sagte, sehr voluminösen Schriftstücks auf dem heutigen Diner bei mir mitteilte, stellt sich die Note dar als eine Besprechung der englischen Vorschläge. Auf die Idee des Generalgouverneurs und die Reduktion der türkischen Truppen geht Herr Iswolsky nicht ein; dagegen sollen Vorschläge zur Ausgestaltung der Gendarmerie darin enthalten sein, die Freiherr von Aehrenthal diskutabel hält. Einen Kardinalfehler habe allerdings die russische Note, meinte der Minister: sie gehe von der falschen Voraussetzung aus, daß der Sultan niemals die Verlängerung der Mandate genehmigen würde**. Es sei dies um so eigentümlicher, als er, Freiherr von Aehrenthal, dem russischen Minister noch ausdrücklich und rechtzeitig habe sagen lassen, er möge bei seinen Vorschlägen auch die Möglichkeit der Konzedierung der Mandatsverlängerung berücksichtigen.

Ich äußerte, daß die ersichtlich mangelhafte oder falsche Orientierung des St. Petersburger Kabinetts aus Konstantinopel kaum anders zu erklären sei als durch englische Beeinflussung der dortigen Regierung...*** russische Botschaft, worin mir der Minister beistimmte.

Freiherr von Aehrenthal faßte seinen Eindruck der russischen Note

* Vgl. auch die Äußerungen Graf Pourtalès' vom 7. März 1908 über Iswolskys Stellungnahme in der mazedonischen Reformfrage unmittelbar vor Eingang der neuen englischen Vorschläge: „Im übrigen habe ich ebenso wie mein österreichisch-ungarischer Kollege den Eindruck, daß Herr Iswolsky, so gerne er dem Wiener Kabinett jetzt einen Streich spielen würde, doch Bedenken trägt, in der mazedonischen Reformfrage ganz in das englische Fahrwasser einzulenken. Er fürchtet, daß man in London zu radikale Wege gehen will, welche die Lage auf dem Balkan leicht zu einer kritischen gestalten könnten, und seine Versicherungen, daß er keine ernststen Komplikationen wünscht, dürften aus den früher von mir erörterten Gründen wenigstens für den Augenblick ehrlich gemeint sein.“ Siehe Kap. CLXXXVII, Nr. 8738.

** Die Genehmigung war inzwischen am 13. März erfolgt.

*** Zifferngruppe fehlt.

dahin zusammen: Sie enthält nichts Himmelstürmendes, und ich habe das Gefühl, wieder festen Boden unter den Füßen zu haben.

Auf meine Frage, ob die Note auch den anderen Kabinetten mitgeteilt worden sei, meinte der Minister, er wisse darüber nichts Bestimmtes, habe aber den Eindruck, als ob sie nur für Wien bestimmt sei.

Im weiteren Verlauf unseres Gesprächs erwähnte er noch, daß auch Tittoni sich ungünstig über die englischen Vorschläge geäußert hätte, was mir der italienische Botschafter bestätigt hat.

Freiherr von Aehrenthal fährt morgen auf sechs Tage auf den Semmering. Er will dort die englischen und russischen Vorschläge genau studieren.

Tschirschky

Nr. 8768

*Der Botschafter in Rom Graf Monts
an den Reichskanzler Fürsten von Bülow*

Ausfertigung

Nr. 42

Rom, den 17. März 1908

Mein russischer Kollege, der gestern von einem Ausflug nach Paris zurückkehrte, erzählt, daß man sich in dortigen politischen Kreisen mit einem Vermittlungsvorschlag bezüglich des mazedonischen Gouverneurs beschäftige. Man meine, daß eventuell Hilmi Pascha von den Mächten als Gouverneur zu bestellen sei. Eventuell wäre auch darin vielleicht ein Ausweg zu finden, daß dem Sultan und den Mächten gemeinsam die Bestellung eines Gouverneurs obliege.

Herr Tittoni äußerte zu mir, derartige Vermittlungsvorschläge schienen ihm nicht praktisch. Nach seinen Nachrichten würde der Sultan unter gar keinen Umständen an seinen eigentlichen Hoheitsrechten betreffs Mazedoniens und namentlich nicht an seinem Recht, die Gouverneure zu ernennen, rühren lassen¹. Der hohe Herr dürfte wohl bereit sein, sich alle möglichen Reformkonzessionen allmählich abringen zu lassen, aber betreffs des Gouverneurs könne er nicht nachgeben. Die ganze mohammedanische Welt würde sich dagegen auflehnen, und die Zustimmung zur Ernennung eines den Mächten verantwortlichen Gouverneurs wäre zugleich das eigene Todesurteil des Monarchen.¹ Deshalb würde auch der sonst so friedfertige und diplomatisierende Abdul Hamid es lieber auf einen Krieg, ja einen Krieg gegen das ganze Europa ankommen lassen, als in dieser Beziehung zu transigieren.

Mit diesen Äußerungen stimmen Mitteilungen des hiesigen türkischen Geschäftsträgers* zu mir überein. Derselbe sagte, der den Mächten verantwortliche Gouverneur würde nie gutwillig in Konstantinopel akzeptiert

* Ali Fuad Bey.

werden. Die Bestellung eines solchen sei der Anfang zur Loslösung Mazedoniens vom Körper des türkischen Reiches. Ohne diese Provinz aber wäre die europäische Position der Türkei unhaltbar, welch letztere ipso facto damit zur rein asiatischen Macht herabsinke. Dies wolle kein Muselmann, und mit dieser Volksstimmung müsse jede Regierung in Konstantinopel rechnen.

Monts

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:

¹ Richtig

Nr. 8769

*Der Botschafter in Rom Graf Monts
an den Reichskanzler Fürsten von Bülow*

Ausfertigung

Nr. 43

Rom, den 17. März 1908

Nach allen Äußerungen des Herrn Tittoni zu mir und der in der politischen Luft hier liegenden Stimmung möchte ich annehmen, daß sich Italien betreffs des mazedonischen Gouverneurs England nicht willfährig erweisen wird. Leicht dürfte dieser Entschluß den Italienern, die in den letzten Jahren sich immer mehr von den Engländern ins Schlepptau nehmen ließen, grade nicht werden. Aber die Gründe, die zu einer negativen Haltung Anlaß geben, sind doch zu gewichtiger Art:

Man weiß hier, daß die nur im Zwangswege zu erreichende Einsetzung des Gouverneurs das Signal zum Zusammenbruch aller Balkandinge sein würde¹. Italien, das zwar beständig durch seine Konsuln und Agenten gegen die Türkei intrigiert und deren staatliche Einrichtungen, soweit man von solchen sprechen kann, nach Kräften untergräbt², möchte doch noch auf längere Jahre hinaus den kranken Mann am Goldenen Horn konservieren. Denn für absehbare Zeit sind weder Heer noch Flotte noch Finanzen des Königreichs soweit konsolidiert, um an dem türkischen Konkurse als gleichberechtigter Gläubiger auftreten zu können. Weiterhin drückt auf die Mittelmeermacht Italien das momentan so enge Verhältnis der beiden anderen großen Mittelmeermächte, England und Frankreich. Gegen diese Kombination kann der schwache appenninische Staat nicht angehen, als Dritter im Bunde aber mit beiden Gewaltigen würde er günstigsten Falles die Brosamen auflesen dürfen, die von jener Tische abfallen¹. Endlich weiß man, daß speziell Mazedonien den englischen Wünschen gemäß den Bulgaren überantwortet werden soll. Ebenso wenig wie ein deutsches wünscht man indes hier ein slawisches Übergewicht auf der Balkanhalbinsel, und ein großes Bulgarien, wie es etwa Fürst Ferdinand mit der Hauptstadt Konstantinopel erträumt, würde ganz und gar

nicht in dem Kalkül des sich lieber auf Serben, Montenegriner und Griechen stützenden jungen Italien liegen. —

Ich glaube kaum, daß man sich in Rom über die letzten Endziele der englischen Politik, die bezüglich der Kontinentalmächte auf *divide et impera* hinauslaufen, so ganz klar ist. Man hat eine Zeitlang den englisch-deutschen Gegensatz sehr überschätzt und mit der Möglichkeit eines baldigen Krieges gerechnet. Jetzt scheint man die Absichten der englischen Politik auch nicht richtig zu erkennen. Wie England mit Deutschland seit seiner Einigung und wirtschaftlichen Erstarkung in Gegensätze geraten, so steht es auch im Begriff, jetzt in der materiell sich hebenden und nach Absatzgebieten suchenden habsburgischen Monarchie einen lästigen Konkurrenten zu erkennen. Daher liegt jedes innere Erstarken und ein endliches Aufhören der Nationalitätenkämpfe in der Donaumonarchie durchaus nicht in den Wünschen Albions. Daß jetzt die englische Orientpolitik sich im wesentlichen gegen Wien und Berlin richtet, um noch beizeiten einen Riegel vorzuschieben gegen etwaige Expansionen auf dem Boden der europäischen und asiatischen Türkei, Expansionen, die namentlich für die ägyptische Stellung Englands gefährlich werden können, begreifen hier wohl einige Politiker. In der Debatte über die Balkanbahnen mahnte der oppositionelle *Principe di Scaléa*, einstiger Unterstaatssekretär im Ministerium des Äußern, vor der hinter Österreich stehenden wirtschaftlichen und Kulturmacht der deutschen Rasse. In den Kreisen der Regierung aber scheint bei unserer vorsichtigen und neutralen Haltung eine derartige Überlegung zunächst noch nicht Platz gegriffen zu haben, die natürlich wieder zu näherer Fühlung mit England Veranlassung geben müßte. Wenn sich also bezüglich der Türkei offenkundiger der deutsch-englische Gegensatz dartut, vielleicht nach Absetzung der vermutlich im Sande verlaufenden Gouverneurfrage, so dürfte Italien sich unter Umständen wieder mehr auf die Seite unseres großen Gegners schlagen. Denn ebensowenig wie eine slawische, etwa englisch-bulgarische Präponderanz ist den Italienern mit dem Vorwiegen des deutsch-österreichischen Einflusses in der türkischen Welt oder dem Erstarken des Reiches der Erben Osmans gedient. So wird für die beiden anderen Dreibundmächte der dritte immer nur ein bedingt verlässlicher Genosse bleiben, zumal seine Interessen, wie man billigerweise zugeben muß, ausschließlich in dem vom seegewaltigen England beherrschten Becken des Mittelmeeres liegen.

Monts

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

¹ Ja

² richtig

Schlußbemerkung des Kaisers:

Vorzüglich!

*Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès
an den Reichskanzler Fürsten von Bülow*

Ausfertigung

Nr. 118

St. Petersburg, den 19. März 1908

Herr Iswolsky frug mich gestern, ob ich darüber informiert sei, welche Aufnahme die englischen Vorschläge für Reformen in Mazedonien bei der Kaiserlichen Regierung gefunden hätten. Ich verneinte diese Frage und fügte als meine persönliche Ansicht hinzu, die Kaiserliche Regierung, welche von dem Wunsche beseelt sei, das Reformwerk möglichst bald zu gutem Ende geführt zu sehen, werde gewiß auch die englischen Vorschläge einer gewissenhaften Prüfung unterziehen und würde es mit Freuden begrüßen, wenn diese Vorschläge dazu beitragen könnten, eine Einigung der Mächte und ein praktisches Resultat in der Reformfrage herbeizuführen. Ich könnte allerdings die Befürchtung nicht unterdrücken, das einige der Vorschläge wie zum Beispiel die Einsetzung eines Generalgouverneurs praktisch undurchführbar und daher auch nicht geeignet wären, die Billigung sämtlicher Mächte zu erlangen.

Herr Iswolsky entgegnete darauf, auch er hielte die englischen Vorschläge zum Teil für zu weitgehend und glaube nicht, daß man auf diesem Wege zu einer Einigung gelangen könne*. Da er nun durch die Rede des Sir Edward Grey** über die einzelnen Punkte des englischen Programms schon einigermaßen orientiert gewesen wäre, so habe er sich schon seit dem Bekanntwerden jener Rede damit beschäftigt, Gegenvorschläge auszuarbeiten. Er sei auf diese Weise in der Lage gewesen, sehr bald, nachdem das englische Memorandum hier übergeben worden sei, seine Gegenvorschläge der Entente getreu zunächst zur Prüfung nach Wien zu schicken. Sobald sich das Wiener Kabinett dazu geäußert habe, werde

* Ähnlich äußerte sich Iswolsky in seinem Briefe an Staatssekretär von Schoen vom 21. März 1908 (vgl. Kap. CLXXXVII, Nr. 8733, S. 345, Fußnote ***): „Le plus pressé actuellement est de combiner un plan de réformes qui fût pratique, efficace et en même temps acceptable aux Puissances et à la Porte. A ce point de vue le projet anglais n'est évidemment pas viable. Après une étude approfondie de la question nous avons dressé un contre-projet qui nous semble répondre aux conditions voulues, et comme nous tenons essentiellement à ne rien changer au mode de procéder suivi jusqu'ici, nous avons commencé par soumettre ce contre-projet à l'appréciation du Gouvernement Autrichien; par déférence pour celui-ci j'attends, pour vous le communiquer, d'avoir une réponse de Vienne; mais je puis vous assurer qu'en établissant notre plan de réformes, nous avons tâché de tenir compte, dans la plus large mesure possible, des côtés pratiques des choses et de la nécessité de ménager le Sultan; il est possible que tel ou autre point de ce plan soulève quelques objections de la part du Cabinet de Vienne; dans ce cas et afin de dénouer au plus vite une situation qu'il serait dangereux de trop prolonger, nous aimerions compter sur votre concours pour les vaincre, car, encore une fois, notre but est uniquement de trouver une solution acceptable à tout le monde.“

** Vgl. Nr. 8763, Fußnote.

er die Vorschläge auch den anderen Mächten übermitteln. Über die Details der Vorschläge wolle er mir noch nicht sprechen, mir aber schon jetzt sagen, daß dieselben äußerst maßvoll seien und daher, wie er hoffe, eine Basis für eine Einigung bilden könnten. Abgesehen von verschiedenen Modifikationen der englischen Vorschläge enthalte das nach Wien geschickte Memorandum auch einige neue und, wie er glaube, nützliche Anregungen.

Sobald das Wiener Kabinett sich geäußert hat, will mir der Minister das Schriftstück zur Übermittlung an Euere Durchlaucht schicken. Herr Iswolsky drückte dabei die Hoffnung aus, daß seine Vorschläge ein Terrain bieten würden, auf welchem er mit der Kaiserlichen Regierung mit Erfolg werde zusammenarbeiten können. Es sei nicht ausgeschlossen, daß dieser oder jener Punkt seines Programms in Wien auf einige Schwierigkeiten stoßen würde, er hoffe in diesem Fall eventuell auf unsere Vermittlung. Ich ließ in meiner Antwort durchblicken, daß, wenn wir auch nach wie vor an dem Zustandekommen einer Einigung in der Reformfrage gern mitwirken würden, wir, wie ich annähme, doch an dem Prinzip festhalten würden, den meistinteressierten Mächten, insbesondere den Ententemächten den Vorrang zu lassen und uns den Maßnahmen anzuschließen, über welche sich die Entente geeinigt haben würde.

Der Minister schloß dieses Gespräch mit den Worten, er sei überzeugt, daß man über seine maßvollen Vorschläge erstaunt sein werde.

F. Pourtalès

Nr. 8771

*Der Botschafter in Wien von Tschirschky
an das Auswärtige Amt*

Telegramm. Entzifferung

Nr. 73

Wien, den 21. März 1908

Herr von Call sagte mir vertraulich, er glaube, daß man sich hier mit St. Petersburg über den neuen russischen Vorschlag werde einigen können.

Der Hauptgedanke des russischen Memorandums wäre der, der Bandenbildung in Mazedonien durch Schaffung von gardes-champêtres in jedem Dorf entgegenzutreten. Die türkische Regierung würde dazu zuverlässige Leute — Insassen des Dorfes — auswählen, sie bewaffnen und ihnen quasi die Verantwortung für die Aufrechterhaltung der Ruhe im Dorfe übertragen. Es handle sich nun darum, eine Form der Kooperation zwischen diesen gardes, den Gendarmen und den von der türkischen Regierung geschaffenen Detachements zu finden. Herr von Call, ein genauer Kenner türkischer Verhältnisse, glaubt, daß bei einem

Zusammenwirken dieser drei Faktoren die Bildung von Banden tatsächlich unterbunden werden würde.

Nach hier aus Sofia eingelaufenen Berichten soll die bulgarische Regierung neuerdings sehr energisch gegen dieses Bandenwesen vorgehen.

Freiherr von Aehrenthal ist bereits heute statt morgen vom Semmering zurückgekehrt, um die nach St. Petersburg zu gebende Antwort möglichst bald fertigzustellen.

Tschirschky

Nr. 8772

*Der Botschafter in Wien von Tschirschky
an den Reichskanzler Fürsten von Bülow*

Entzifferung

Nr. 87

Wien, den 24. März 1908

Freiherr von Aehrenthal hat Antwort auf russische Vorschläge in mazedonischer Angelegenheit nach St. Petersburg abgesandt und wird demnächst durch Herrn von Szögyény Euerer Durchlaucht davon Kenntnis geben. Er hofft, daß Einigung möglich sein wird, wenn er auch fürchtet, daß durch die in den letzten Tagen seitens Herrn Iswolskys erfolgte Mitteilung der russischen Note in Paris und — ihrem wesentlichen Inhalt nach — in Rom und London das Einvernehmen zwischen Wien und St. Petersburg erschwert werden wird.

Über den Inhalt der österreichisch-ungarischen Antwort teilte mir Freiherr von Aehrenthal folgendes mit. Übereinstimmend mit Rußland werden darin die englischen Vorschläge betreffend Vermehrung der Gendarmerie, Reduktion der türkischen Truppen, Garantie des türkischen Territoriums durch die Mächte und Generalgouverneur als nicht annehmbar bezeichnet. Freiherr von Aehrenthal wünscht, daß die Mächte ausdrücklich Akt nähmen von der erfolgten Verlängerung der Mandate, wobei man feststellen könnte, daß die Verlängerung der Vollmacht sich speziell auch auf die Person Hilmi Paschas bezöge, der danach ohne Zustimmung der Mächte nicht absetzbar würde¹.

Der wichtigste Punkt betrifft den russischen Vorschlag, allen Signatarmächten bei den Reforminstitutionen die gleichen Rechte einzuräumen. Hiermit läßt, wie Freiherr von Aehrenthal ausdrücklich hervorhob, Rußland definitiv den Ententegedanken fallen². Außerdem schlägt Rußland vor — dem Wunsch der Pforte entsprechend —, daß sämtliche Reformdelegierte der Mächte in türkische Dienste treten sollten. Freiherr von Aehrenthal führt demgegenüber aus, — da man, wie er mir bemerkte, niemanden zur Liebe zwingen könne —, daß, falls Rußland alle Mächte gleichmäßig an dem Reformwerk partizipieren lassen wolle, er dagegen gewiß nichts einzuwenden hätte, nur sehe er nicht ein, weshalb

die Mächte sich jetzt ohne Gegenkonzession seitens der Pforte jeder Möglichkeit einer wirksamen Kontrolle durch Übernahme der europäischen Delegierten in türkische Dienste begeben sollen.

Die Idee der gardes-champêtres wird angenommen und als praktisch bezeichnet, ebenso wird der — ursprünglich von Freiherrn Marschall von Bieberstein herrührende — Gedanke einer Kooperation der Gendarmerie — die zu ergänzen wäre — mit den türkischen fliegenden Detachements empfohlen.

von Tschirschky

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

¹ ?

² Und geht zu England über!

Nr. 8773

*Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall
an den Reichskanzler Fürsten von Bülow*

Ausfertigung

Nr. 37

Pera, den 26. März 1908

Vor einigen Tagen hat mir der französische Delegierte bei der mazedonischen Finanzkommission Herr Steeg einen längeren Besuch gemacht. Derselbe war früher während mehrerer Jahre Generalkonsul in Saloniki und gilt allgemein als ein genauer Kenner der mazedonischen Verhältnisse. Aus seinen in den französischen Gelbbüchern veröffentlichten Berichten habe ich ihn als einen unbefangenen und ruhigen Beurteiler kennengelernt. Er denkt über die Reformaktion und ihre Aussichtslosigkeit bezüglich der Kämpfe unter den verschiedenen Nationalitäten nicht wesentlich anders als ich. Besonders interessant war mir zu erfahren, daß sein Urteil über die Verwaltung und Justiz in Mazedonien keineswegs ungünstig ist. Während Herr Sinowiew, wenn er mir über Mazedonien spricht, stets in den schärfsten Worten über die türkische Mißwirtschaft urteilt, sagte mir Herr Steeg, daß die mazedonische Verwaltung nicht schlecht sei, „elle est en tout cas plus honnête que l'administration en Serbie, en Bulgarie et en Grèce“. Er bezeichnete es als ein besonderes Verdienst Hilmi Paschas, daß er Ehrlichkeit in die Verwaltung eingeführt habe. Derselbe habe rücksichtslos korrupte Beamte entfernt und durch anständige Elemente ersetzt. Das gleiche sei auch in der Justiz geschehen. Auf meine Frage, ob in der Tat die türkische Justiz in Mazedonien so schlecht sei, wie sie von verschiedenen Seiten dargestellt werde, antwortete Herr Steeg mit einem bestimmten „Nein“. Was man der Justiz vorwerfen könne, sei, daß sie gegen griechische Ausschreitungen milder sei als gegen bulgarische. Aber daß die türkische Justiz in Mazedonien systematisch Rechtsverletzungen begehe, sei nicht wahr. Man dürfe freilich an die

türkische Justiz nicht denselben Maßstab anlegen wie zum Beispiel an die deutsche oder französische. Aber diesen Maßstab vertrage auch die Justiz der übrigen Balkanstaaten nicht.

Bezüglich der Weiterführung der Reformaktion vertrat Herr Steeg die Ansicht, es sei fehlerhaft, die Türken zur Anerkennung von Prinzipien bewegen zu wollen. Die Türken würden das Prinzip der Justizkontrolle niemals annehmen. Aber es gäbe noch andere Wege, um ohne Stellung der Prinzipienfrage den Reformagenten der Mächte eine gewisse Aufsicht über die Justiz einzuräumen. Er habe in den Zeitungen gelesen, daß die Botschafter den Vorschlag gemacht hätten, es sollten die Berichte der Justizinspektoren der Finanzkommission mitgeteilt werden. Das sei der richtige Weg. Die Türken würden das akzeptieren. Und bestehe erst diese Einrichtung, so würde sich allmählich eine Art Kontrolle entwickeln, ohne daß von den Türken verlangt werde, dieselbe grundsätzlich anzuerkennen. Falls von Rechtsverletzungen seitens der Gerichte berichtet werde, so würde die Finanzkommission entsprechende Vorstellungen bei dem Generalinspektor machen, der ein viel zu kluger Mann sei, um darauf nicht das Nötige zu veranlassen. Auch werde das Bewußtsein, daß etwaige Rechtsverletzungen zur Kenntnis der fremden Delegierten gelangen, eine nützliche Einwirkung auf die Gerichte üben.

Als einen erheblichen Mangel bezeichnete mir Herr Steeg den Umstand, daß zwischen den verschiedenen fremden Reformagenten keinerlei Zusammenhang und noch weniger irgendeine Zusammenarbeit bestehe. Die Delegierten der Finanzkommission, die Gendarmerieoffiziere und die Zivilagenten gingen ihre eigenen Wege, ohne daß auch nur ein Meinungsaustausch zwischen diesen verschiedenen Reformgruppen stattfände. Speziell die Zivilagenten wachten eifersüchtig über ihre Prärogative, leisteten aber in Wirklichkeit gar nichts. Man könne, ohne irgendwelche Petita an die Türken zu stellen, eine gewisse faktische Zusammenarbeit dieser verschiedenen Organe einrichten, die zweifellos nützliche Früchte bringen werde. Schlage man jedoch den Türken eine förmliche Organisation vor und verlange man von ihnen, daß sie derselben konkrete Gerechtsame zuerkenne, so werde man den äußersten Widerstand finden. Als ich darauf Herrn Steeg sagte, seine Ansicht laufe darauf hinaus, daß man der Pforte gegenüber dasselbe System anwende, das sich dem Heiligen Stuhl gegenüber als das einzig mögliche erwiesen habe, nämlich durch Zurückstellung der prinzipiellen Frage das „non possumus“ zu vermeiden und zu einem „tolerari potest“ zu gelangen, erwiderte er, daß das genau seiner Ansicht entspreche.

Die vorstehenden Anschauungen des französischen Vertreters scheinen mir sehr beachtenswert zu sein. Ich fürchte nur, daß sie in London und Petersburg keinen Beifall finden werden. Die englische Regierung muß auf das Balkankomitee und die demselben nahestehenden Parlamentarier Rücksicht nehmen; die russische Regierung will den christlichen Balkanvölkern vor Augen führen, daß Rußland für sie eintritt. Mit diesen

Tendenzen ist eine ruhige, rein sachliche Weiterführung der Reformarbeit nicht verträglich. Ohne sensationelle Projekte und ohne Druck auf den Sultan haben weder Balkankomitee noch orthodoxes Slawentum Freude an den Reformen.

Marquis Pallavicini, dem ich von dem günstigen Urteile Steegs über die mazedonische Justiz sprach, sagte mir, daß die Berichte seiner Konsuln damit vollkommen übereinstimmten. Herr Sinowiew entwarf mir dagegen vor einigen Tagen wiederum ein erschreckendes Bild von der Handhabung der Rechtspflege in Mazedonien. Und als ich mich etwas skeptisch zeigte, erklärte er mir, daß ihm General Schostak fortgesetzt über die Justiz berichte und er denselben als einen sehr gewissenhaften Mann kenne. Ich war zu höflich, meinem russischen Kollegen zu erwidern, daß ich einen russischen General bezüglich militärischer Fragen gerne als eine Autorität anerkenne, daß man aber ein sehr guter Offizier sein könne, ohne für Angelegenheiten der Rechtspflege irgendeine Kompetenz zu besitzen. Ich habe mich auf die Bemerkung beschränkt, daß auch in der übrigen Welt jede gerichtliche Entscheidung notwendig Unzufriedenheit bei denjenigen schaffe, die den Prozeß verlieren, daß aber in Mazedonien, wo die Nationalitätenfrage alles beherrsche, diese Unzufriedenheit sich naturgemäß auch auf die Stammesgenossen des unterliegenden Teiles erstreckte. Mir schiene es daher geboten, gerade in diesem Lande die Kritik der Justiz nur mit großer Vorsicht aufzunehmen.

Marschall

Nr. 8774

*Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes
von Schoen für den Reichskanzler Fürsten von Bülow*

Reinschrift von der Hand des Vortragenden Rats Zimmermann

Berlin, den 27. März 1908

Nach dem anliegenden Berichte des Kaiserlichen Botschafters in Wien* ist die Entente zwischen Österreich-Ungarn und Rußland hinfällig geworden. Baron Aehrenthal hat sich durch die Ereignisse der letzten Monate davon überzeugen lassen müssen, daß ihr Wert ohnehin ein recht problematischer war. Aus begreiflichen Gründen hat er trotzdem die Entente aufrechtzuerhalten gesucht. Die Initiative zum Bruch ist nunmehr von Herrn Iswolsky ausgegangen, der hierdurch zweifellos englischen Wünschen entgegenkommen und sich den Weg zum festeren Anschluß an England in Balkanfragen ebnen will. Der russische Schritt kann kaum überraschen, da die Entente sich längst nicht mehr mit den eigentlichen Intentionen Rußlands im nahen Orient im Einklange befand.

* Siehe Nr. 8772.

Während Österreich-Ungarn von dem aufrichtigen Wunsche beseelt ist, die Verhältnisse in Mazedonien zur Ordnung und Ruhe zu bringen, dürfte Rußland heute vielmehr das entgegengesetzte Ziel verfolgen. Durch den unglücklichen Krieg mit Japan von seinen Illusionen im Fernen Osten abgebracht, betrachtet Rußland seither wiederum den nahen Osten als Hauptgebiet für seine politische Betätigung. Es kann hier aber bei wirklich geordneten Verhältnissen schwerlich Geschäfte machen und hat daher kein Interesse daran, daß die mazedonischen Wilajets wirklich zur Ruhe kommen, daß sich die türkische Herrschaft dort festigt, und daß der Status quo im Balkan auf diese Weise sichergestellt wird. Dieses Interesse hat aber Österreich-Ungarn. Das gleiche Interesse haben neben Österreich-Ungarn ferner Frankreich und Deutschland schon mit Rücksicht auf die großen wirtschaftlichen und finanziellen Interessen ihrer Staatsangehörigen in der Türkei. Nach derselben Richtung gravitieren endlich auch die Interessen Italiens, das zurzeit wenigstens eine gewaltsame Lösung der Balkanfrage zweifellos nicht wünscht.

Nach dem Berichte des Herrn von Tschirschky hat Iswolsky seine Reformnote bereits nach Paris, Rom und London mitgeteilt. Dieser Umstand würde, falls er zutreffend sein sollte, für den Wert der Freundschaftsversicherungen des russischen Ministers uns gegenüber bezeichnend sein. Wir dürften uns im übrigen noch am ehesten mit der Entwicklung, die die Dinge genommen haben, abfinden können. Das bruske Vorgehen des Herrn Iswolsky wird den Erfolg haben, Baron Aehrenthal von seiner Vorliebe für Rußland gründlich zu heilen und ihm den Wert eines festen Anschlusses an uns plausibel zu machen. Baron Aehrenthal ist zweifellos ein überzeugter Gegner übertriebener Reformmaßnahmen, die zu einer gewaltsamen Lösung der Balkanfrage führen könnten. Er ist zu einer nachdrücklichen Vertretung dieses Standpunktes bisher nur deshalb wenig geneigt gewesen, weil er dadurch eine Gefährdung der Entente mit Rußland herbeizuführen befürchtete. Diese Rücksichtnahme fällt nunmehr fort. Baron Aehrenthal wird in Zukunft unbedenklich mit Nachdruck für eine maßvolle Behandlung der mazedonischen Reformfrage eintreten können, da er in dieser Hinsicht nicht allein unserer warmen Unterstützung sicher ist, sondern auch volles Verständnis bei Frankreich und Italien finden dürfte. Durch schnelles und vertrauensvolles Herantreten an Italien dürfte Baron Aehrenthal wesentlich zur Förderung des erwünschten Zieles beitragen, daß Italien in dieser Frage geschlossen mit seinen beiden Verbündeten vorgeht und sich nicht auf die russisch-englischen Werbungen einläßt. Auch eine rasche Initiative Österreich-Ungarns gegenüber Frankreich würde sich im vorliegenden Falle nicht nur empfehlen, sondern auch unbedenklich sein, nachdem Herr Iswolsky in dieser Richtung bereits vorgegangen ist. Baron Aehrenthal könnte auf diese Weise Österreich-Ungarn in der Behandlung der mazedonischen Frage trotz Zusammenbruchs der Entente jene leitende Stellung sichern, auf welche die Doppelmonarchie bisher einen so großen Wert gelegt hat.

Hochgeneigter Erwägung darf ehrerbietigst anheimgestellt werden, ob sich eine mündliche Verwertung vorstehender Gesichtspunkte Baron Aehrenthal gegenüber* empfehlen möchte.

v. Schoen

Nr. 8775

*Der Reichskanzler Fürst von Bülow, z. Z. in Wien,
an Kaiser Wilhelm II.*

Telegramm. Reinkonzept

Wien, den 30. März 1908

Ehrfurchtsvollsten Dank für gnädiges Telegramm, das ich gestern abend hier erhielt**. Wie schade, daß über Venedig Jupiter Pluvius ein zürnendes Gesicht aufzieht, während über dem nördlicheren Wien der besagte Gott freundlichst lächelt.

Ich komme eben von Seiner Majestät dem Kaiser Franz Joseph, den ich besser fand, als ich gedacht hatte. Der hohe Herr, der seit Wochen das Zimmer hütet und nicht an die Luft darf, muß sich aber noch sehr schonen. Geistig war der Kaiser recht frisch. Er resümierte mit staunenswerter Genauigkeit die verschiedenen Phasen des mazedonischen Problems. In warmen Worten gab der Kaiser dabei dem Dank für die „loyale und ausgezeichnete Unterstützung“ Ausdruck, die Österreich in dieser und anderen Fragen bei Eurer Majestät gefunden habe. Der Kaiser hofft, daß die durch das Sandschakbahnprojekt in Rußland hervorgerufene Erregung sich bald wieder legen möge, und wünscht augenscheinlich lebhaft die Fortdauer oder Wiederaufnahme der Entente mit Rußland in Balkanfragen. Der Ankunft Eurer Majestät in Wien*** sieht der Kaiser mit Freuden entgegen und ist glücklich, daß Ihre Majestät die Kaiserin Euere Majestät begleiten wird.

Was Euere Majestät über die in der mazedonischen Frage eingetretene Wendung sagen, ist treffend. Ich war nach Kräften bemüht, Baron Aehrenthal in dieser Haltung zu bestärken. Er hofft, daß Iswolsky,

* Am 29./30. März 1908 weilte Fürst Bülow in Wien und hatte dort Besprechungen mit Kaiser Franz Joseph und Freiherrn von Aehrenthal.

** Aus Venedig, wo das deutsche Kaiserpaar am 25. März eine Zusammenkunft mit dem italienischen Königspaar gehabt hatte, sandte Wilhelm II. ein Telegramm an den Reichskanzler, in dem es zur mazedonischen Frage hieß: „Die Mitteilungen Freiherrn von Aehrenthals über seine mazedonischen Vorschläge, welche eine mit Rußland gemeinsame Ablehnung der englischen Vorschläge enthalten, erfreulich. Die Schwenkung des Herrn Iswolsky in das englische Fahrwasser unter dem Deckmantel der ‚Seemächte‘, zu denen wir anscheinend von ihm noch nicht gerechnet werden, sehr bezeichnend, aber nicht unerwartet.“

*** Ein Besuch Kaiser Wilhelms II. in Wien in Gemeinschaft mit den meisten deutschen Fürsten war für Anfang Mai anlässlich des sechzigjährigen Regierungsjubiläums des Kaisers Franz Joseph in Aussicht genommen. Er erfolgte am 7. Mai.

nachdem dessen Eitelkeit durch den von ihm in der Sandschakbahnangelegenheit hervorgerufenen Lärm und verschiedene Reden in der Duma vorläufig befriedigt sei, sich wieder mehr Österreich-Ungarn und Deutschland nähern werde, da Rußland in seiner gegenwärtigen Verfassung doch gar kein Interesse daran habe, eine Katastrophe im Orient und damit voraussichtlich eine allgemeine Konflagration herbeizuführen.

Gegenüber den englischen Orientplänen fand ich Baron Aehrenthal mißtrauisch, jedoch dabei von dem lebhaften Wunsch erfüllt, daß unser Verhältnis zu England sich allmählich, aber stetig bessern möge, da dies auch für Österreich und gerade für Österreich von allergrößter Bedeutung sei. Ich warf den Gedanken hin, ob Österreich-Ungarn nicht versuchen wolle, Frankreich für eine verständige und konservative Orientpolitik zu gewinnen: Frankreich, das Milliarden in türkischen Werten und noch mehr Milliarden in russischen Anleihen angelegt habe, sei doch in erster Linie an der Fortdauer der türkischen Herrschaft interessiert. Baron Aehrenthal gab dies zu, meinte aber, die Franzosen schwömmen zurzeit so sehr im englischen Fahrwasser, daß jedes politische Wort, das man an einen Franzosen sage, sofort und womöglich entstellt nach London rapportiert würde, wo es dann neues Mißtrauen und neue Gereiztheit erwecke. Über Italien macht sich Baron Aehrenthal keine Illusionen, wünscht aber das Bleiben von Giolitti und namentlich von Tittoni, die beide relativ verständige Leute wären und speziell im Orient keine Abenteuer suchten. Aehrenthal wünscht, daß die Pforte in Tripolis den Italienern auf wirtschaftlichem Gebiet Konzessionen machen möge, da es viel besser sei, wenn die Italiener ihre Zukunftshoffnungen auf Tripolis richteten, als wenn sie sich auf Albanien verbissen oder gar in Irredentismus machten.

Ich habe Baron Aehrenthal erwidert, daß letzterer Gesichtspunkt gewiß richtig sei, es aber bei dem hochgradigen Mißtrauen des Sultans schwierig wäre, italienische Tripoliswünsche zu fördern.

Alles, was Euere Majestät über Balkanfragen an Tittoni zu sagen die Gnade hatten*, finde ich ausgezeichnet.

Erzherzog Franz Ferdinand, dem ich gestern meine Aufwartung machte, war sehr freundlich. Er betonte mit Lebhaftigkeit und mit Ernst, wie dankbar er Euerer Majestät für Allerhöchst Ihre Güte und vertrauensvolle Freundschaft sei. Seine Kaiserliche Hoheit versteht sehr gut, daß die habsburgische Monarchie ein Interesse daran hat, die Türkei aufrechtzuerhalten, da bei dem Zerfall des türkischen Reichs sich Nationalstaaten bilden würden, die nicht nur als demokratische Staatswesen den Völkern der habsburgischen Monarchie ein übles Vorbild geben, sondern auch auf die unter dem habsburgischen Zepter vereinten Nationalitäten eine gefährliche Anziehungskraft ausüben würden. Das Ideal des Erzherzogs ist und bleibt das Dreikaiserbündnis. Er klagte über die italienische Irre-

* Kaiser Wilhelm II. hatte sich zu Tittoni günstig über das Donau-Adria-Bahnprojekt geäußert. Vgl. dazu Kap. CLXXXVII, Nr. 8746 und 8747.

denta; fast noch mehr über die Umtriebe der Serben in Bosnien, in der Herzegowina und sogar in Kroatien. Der Erzherzog stellte mich der Fürstin Hohenberg vor, die ich charmant finde, noch recht hübsch, ladylike und taktvoll in Haltung und allen Äußerungen.

Auf dem Diner bei Aehrenthal traf ich gestern abend mit dem österreichischen Ministerpräsidenten Beck und dem ungarischen Ministerpräsidenten Wekerle zusammen. Letzterer bestätigte, was der Erzherzog Franz Ferdinand mir über serbische Umtriebe in Bosnien und in Südungarn erzählt hatte. Wekerle macht einen recht klugen Eindruck: ein schwäbischer „Schläule“, übergossen mit der Sauce der raffinierten Dialektik eines magyarschen Parlamentariers. Er erklärte, daß alle ungarischen Parteien im ungarischen Interesse das Zusammengehen mit Deutschland wollten. Auch Baron Beck scheint ein gewandter Politiker zu sein. Als ich ihm bemerkte, daß neunzig Sozialisten im österreichischen Reichsrat sofort nach der Einführung des allgemeinen Wahlrechts und auf den ersten Anhieb gewählt mir etwas bedenklich schienen, plädierte er für deren relative Ungefährlichkeit in Zisleithanien. Die österreichischen Sozialisten seien weniger intransigent als die deutschen und namentlich die norddeutschen Genossen; insbesondere seien sie wie alle Österreicher monarchisch, erschienen zur Eröffnung des Parlaments in der Hofburg und besuchten die Soireen der Minister wie alle anderen. Daß mit den Sozialisten auch in Zisleithanien kein ewiger Bund zu flechten sei, gab Beck freilich zu.

Meiner Frau werde ich Eurer Majestät gnädige und gütige Grüße heute abend nach Berlin überbringen, wo ich morgen wieder eintreffe. Von Herzen wünsche ich heiteres Wetter und alles Gute und Schöne für die Reise.

Treuehorsaamst

Bülow

Nr. 8776

*Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès
an den Reichskanzler Fürsten von Bülow*

Ausfertigung

Nr. 131

St. Petersburg, den 29. März 1908

Die österreichische Antwort auf das russische Memorandum zu den Vorschlägen des Londoner Kabinetts für die mazedonischen Reformen ist Herrn Iswolsky nunmehr vom Grafen Berchtold übergeben worden. Der Minister äußerte sich mir gegenüber im allgemeinen befriedigt über diese Antwort. Er bemerkte, daß die meisten seiner Anregungen in Wien eine günstige Aufnahme gefunden hätten und Baron Aehrenthal nur in zwei Punkten mit ihm nicht einverstanden sei.

Der eine Punkt betreffe die Übernahme der Zivilagenten in türkische Dienste. Bezüglich dieser Maßregel bestehe eine wirkliche Meinungsver-

schiedenheit, Herr Iswolsky gab aber der Hoffnung Ausdruck, daß dieser Vorschlag, der besondere Rücksichten auf die Souveränitätsrechte des Sultans nehme und somit dem von Baron Marschall stets vertretenen Standpunkt Rechnung trage, die Unterstützung der Kaiserlichen Regierung finden werde. Bezüglich des anderen Punktes, welcher die Gleichstellung der Delegierten der sechs in der Finanzkommission vertretenen Mächte betreffe, seien österreichischerseits nur Bedenken geäußert worden.

Dem Minister liegt sehr daran, daß womöglich auf der Basis seiner Vorschläge eine Einigung der Mächte zustande kommt. Er sprach es bei dieser Gelegenheit unverhohlen aus, daß ihm das Programm des Sir Edward Grey sehr unbequem sei, weil es ihn der hiesigen öffentlichen Meinung gegenüber, der natürlich die radikalen Maßnahmen die sympathischeren seien, in eine schwierige Lage versetze. Er habe aber die englischen Vorschläge von vornherein als für den Sultan unannehmbar angesehen und sei daher bemüht gewesen, einen Mittelweg zu finden, welcher, wie er glaubt, eine Einigung der Mächte und die Annahme der Vorschläge seitens des Sultans möglich mache.

Obgleich eine Verständigung bezüglich der oben erwähnten zwei Punkte mit dem Wiener Kabinett noch nicht erfolgt ist, will Herr Iswolsky seine Vorschläge nunmehr an die anderen Kabinette schicken, wie er sagt, um möglichst vorzubeugen, daß auch von anderer Seite Gegenvorschläge zu dem englischen Programm gemacht werden. Es ist ihm, wie mir scheint, besonders der hiesigen öffentlichen Meinung gegenüber darum zu tun, daß seine Vorschläge nicht zu sehr den Charakter eines Kompromisses mit dem Wiener Kabinett tragen, sondern vielmehr als russische Vorschläge gelten.

Der Minister bemerkte noch, daß er nach wie vor auf die Justizreform den größten Wert lege und dieselbe als einen der wesentlichsten Bestandteile der Reformaktion ansehe.

F. Pourtalès

Nr. 8777

*Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Schoen
an den Botschafter in Petersburg Grafen von Pourtalès**

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Zimmermann

Nr. 68

Berlin, den 1. April 1908

Zur Verwertung gegenüber dortiger Regierung:

Graf Osten-Sacken bat um Auskunft über unsere Stellungnahme zum russischen Reformprogramm für Mazedonien. Ich erwiderte, daß

* Das gleiche Telegramm (in dem nur der Schlußsatz fehlte) ging unter Nr. 57 an den Botschafter in Wien.

wir uns dazu noch nicht endgültig äußern könnten. Im allgemeinen erschienen uns die Vorschläge annehmbar. Unsympathisch wäre uns nur die angeregte Gleichstellung der Finanzdelegierten mit den Zivilagenten, weil wir uns durch Annahme dieses Vorschlags eine politische Rolle auf-laden würden, die wir bisher nicht gehabt, und nach der wir in keiner Weise strebten. Wir hätten uns unterm bisherigen Regime der Entente sehr wohl gefühlt und würden uns zur Annahme fraglichen Vorschlags nur deshalb entschließen können, um eventuelle Harmonie der Mächte nicht zu stören.

Wir legten Wert darauf, daß man in Rußland gegebenenfalls unser großes Entgegenkommen in Angelegenheit voll würdige.

v. Schoen

Nr. 8778

*Der Botschafter in London Graf von Metternich
an das Auswärtige Amt*

Telegramm. Entzifferung

London, den 2. April 1908

Graf Benckendorff hat, wie er mir sagt, vorgestern russische Antwort und Reformvorschläge an Sir E. Grey übergeben* und ist befriedigt von der Aufnahme. Sir E. Grey hat baldigste Prüfung und Rückantwort versprochen und geäußert, die russischen Vorschläge zusammen mit den englischen schienen geeignet, Basis für ferneres Reformwerk zu bilden. Über die englische Forderung des Generalgouverneurs, der Vermehrung der Gendarmerie, der Verminderung der türkischen Truppen, der Garantierung der Grenzen habe der Minister mit sich reden lassen, dagegen habe er eine andere Frage mit Nachdruck in den Vordergrund gestellt, die er im russischen Programm vermisse. Das mazedonische Budget weise ein Defizit von 300000 Pfund türkisch auf. Die dreiprozentige Erhöhung der Eingangszölle sei ausdrücklich unter der Bedingung bewilligt worden, daß der Ertrag hieraus zunächst auf die Deckung der Kosten des Reformwerks verwandt werde, aber nicht in erster Linie auf die Besoldung der türkischen Truppen, wie dies jetzt geschehen. Der klaren und feierlichen Verpflichtung der Pforte gegenüber müsse unbedingt daran festgehalten werden, daß der Ertrag aus den drei Prozent zuerst auf die Bezahlung der Beamten und Gendarmerie des europäischen Reformwerkes plus etwa der russischerseits vorgeschlagenen Feldhüter verwandt werde. Bleibt dann nicht genug übrig zur Besoldung der Truppenmassen in Mazedonien, so sei das Sache der

* Siehe den Text des von Graf Benckendorff am 31. März im Foreign Office übergebenen — gleichzeitig auch in Berlin überreichten — Aide-mémoire vom 26. März im englischen Blaubuch: Turkey No 2 (1908) [Cd. 3963] p. 2ff.

Türkei. Halte diese aber ihre Verpflichtung in der Verwendung des Ertrages aus den drei Prozent nicht ein, so ziehe England seine Genehmigung zur weiteren Erhebung derselben zurück.

Graf Benckendorff, einerseits erfreut, mit den russischen Vorschlägen Anklang in England zu finden, möchte andererseits den österreichisch-russischen Balkanfaden nicht zerrissen sehen. Dies hängt davon ab, wiederholte er nachdrücklich, ob Österreich die serbische Transversalbahn ernstlich unterstützen werde oder nicht. Bei der Bedeutung, die der Eisenbahnfrage in der slawisch-russischen Welt beigemessen werde, werde von ihrer Lösung die fernere russisch-österreichische Balkanpolitik abhängen*.

Aus dieser Äußerung des russischen Botschafters dürfte wohl Iswolsky sprechen, der die Sandschakbahn als persönliche Niederlage empfindet.

Reuter ist nun heute schon ermächtigt, von einer beabsichtigten Verschmelzung des britischen und russischen Reformplanes zu sprechen. Wenn Iswolsky dem englischen Minister einigermaßen entgegenkommt, wird dieser sich den russischen Vorschlägen soweit wie möglich nähern und den Österreichern die Zügel aus der Hand nehmen. Mit dem englisch-russischen Zweigespann vermeidet Sir E. Grey die ihm drohende Isolierung in der Reformfrage, beseitigt die Gruppierung Österreich-Rußland mit dem Dreibund im Hintergrunde, hat Aussicht auf Anschluß von anderen und betätigt überdies die englisch-russische Annäherung im allgemeinen. Daß das englisch-russische Programm ein viel milderes sein wird, als es das englische Programm allein war, ist für den Eindruck auf die Welt nebensächlich. Auf die Dauer werden England und Rußland aber in Mazedonien nicht zusammengehen können, da England das Reformwerk durch Stärkung des internationalen Einflusses in Mazedonien herbeiführen will, was gegen die russische Zukunftspolitik verstößt. Sir E. Grey dürfte aber auf seiner Behandlung der drei Prozent bestehen, da er darin einen Hebel besitzt, um sich in mazedonischen Angelegenheiten sowohl die Türkei wie auch andere Mächte willfährig zu machen.

Österreich, von dem niemand spricht, kommt nun hervorbrechend mit seiner Antwort hier nachgehinkt, nachdem es überflüssigerweise in der Presse die englischen Vorschläge scharf verurteilt und der englischen Politik die Chancen gegeben hat, ein Programm mit Rußland vorzubereiten. Eine gleichzeitige und identische russisch-österreichische Antwort würde dem vorgebeugt haben.

Wir dürften keine Veranlassung haben, hier aus unserer Reserve herauszutreten, bis sich die Verhältnisse mehr geklärt haben. Allseitiges baldiges Eingehen auf die russischen Vorschläge dürfte den hier angestrebten anglo-russischen Charakter des Reformwerks abschwächen.

Daß in Eurer Durchlaucht Reichstagsrede** nicht die geringste

* Vgl. darüber Kap. CLXXXVII.

** Am 24. März hatte Fürst Bülow im Reichstage bei der Erörterung der orientalischen Fragen u. a. gesagt: „Aus dem Grundsatz der Aufrechterhaltung des Status quo ergibt

Stellungnahme gegen die englischen Vorschläge liegt, habe ich Sir E. Grey seinerzeit gesprächsweise und auftragsgemäß mitgeteilt¹. Er nahm dies ohne Gegenäußerung auf.

Metternich

Randbemerkung des Fürsten von Bülow:

¹ Es ist unbegreiflich, wie man das in England überhaupt hat annehmen können

Nr. 8779

*Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Schoen
an den Botschafter in London Grafen von Metternich*

Telegramm

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Zimmermann

Nr. 81

Berlin, den 3. April 1908

Halten Euere Exzellenz für angezeigt, daß wir englisches Memorandum* betreffend mazedonische Reformvorschläge noch unsererseits durch Aushändigung schriftlichen Memorandums an Sir Frank Lascelles beantworten?

Gegebenenfalls würden wir in Antwort nicht auf russische Vorschläge Bezug nehmen, uns vielmehr etwa auf folgende Bemerkungen beschränken:

Wir erkennen an, daß die gegenwärtigen unerträglichen Zustände in Mazedonien dringend der Abhilfe bedürfen. Von diesem Gesichtspunkte haben wir englische Vorschläge begrüßt und wohlwollend geprüft. Wir hegen danach Zweifel, ob die angeregten Maßnahmen geeignet sein würden, den Bandenausschreitungen in Mazedonien Einhalt zu tun. Einsetzung eines Generalgouverneurs erscheint uns nicht zweckmäßig, weil dadurch nur Wünschen Bulgariens gedient, dagegen in Serbien und Griechenland lebhafte Beunruhigung hervorgerufen werden würde. Der eigentliche Grund der traurigen Verhältnisse Mazedoniens liegt nach unserer Ansicht weniger in den Mängeln der türkischen Verwaltung und Justiz als vielmehr im Streit der Nationalitäten. Dieser Nationalitätenzwist dürfte durch Einsetzung eines Generalgouverneurs nur noch gesteigert werden.

sich ferner, daß unsere Bestrebungen gerichtet sind einerseits auf die Erhaltung der Einigkeit unter den Mächten, anderseits auf die Zustimmung der Pforte zu den vorgeschlagenen Reformen. Man kann von uns keinen Enthusiasmus für Maßnahmen erwarten, die wir nicht für wirksam, oder die wir gar für gefährlich halten. Zu den letzteren rechnen wir Neuerungen, die die Landeshoheit des Sultans gefährden und dadurch die Türkei und ihre mohammedanische Bevölkerung zum äußersten Widerstand reizen würden.“ Diese Äußerungen waren in England als eine Kritik an den englischen Reformvorschlägen gedeutet worden.

* Vgl. Nr. 8765 nebst Fußnote *.

Hinsichtlich des Vorschlags, Gendarmerie zu vermehren und europäische Offiziere anzustellen, halten wir an unserem früheren Standpunkt fest.

Die Verminderung der türkischen Truppen in Mazedonien und die Garantierung des mazedonischen Besitzes seitens der Großmächte sind Vorschläge, zu deren Annahme der Sultan auf friedlichem Wege nach unserer Ansicht niemals zu bewegen sein würde. Diese Vorschläge erscheinen uns daher sehr bedenklich.

Bitte um Drahtäußerung eventuell auch zu diesem Entwurf.

v. Schoen

Nr. 8780

*Der Botschafter in London Graf von Metternich
an das Auswärtige Amt*

Telegramm. Entzifferung

Nr. 106

London, den 3. April 1908

Antwort auf Telegramm Nr. 81*.

Die hier erteilte russische Antwort** deckt sich vermutlich mit der in Wien abgegebenen Erklärung. Sie sieht nach viel aus und enthält wenig. Sie verwirrt das Reformwerk, ohne es zu fördern, und macht als Clou mit dem bewaffneten Feldhüter den bulgarisch-griechischen oder serbischen Bock zum Gärtner. Sie sucht aber nach Ablehnung der prinzipiellen englischen Forderungen sich immer wieder auf weitschweifigen Umwegen dem englischen Standpunkte zu nähern. Nous estimons que les suggestions contenues dans la communication britannique pourraient servir dès à présent de base à une discussion entre les cabinets, sagt sie und bleibt Österreich gegenüber durch vorherigen Gedankenaustausch der Form nach korrekt, bereitet aber tatsächlich das Zusammengehen mit England vor. Sir E. Grey hat mit beiden Händen zugegriffen, und l'accord anglo-russe wird noch lange in allen Tonarten durch Europa schallen.

Österreich wird endlich übermorgen hier Antwort erteilen, die, wenn sie der Erklärung an Rußland ähnelt, zwar weit schroffer als die russische Antwort lautet, sich aber doch an diese anlehnt und daher nicht gänzlich negativ ausfallen wird.

Wenn wir dagegen an Sir Frank Lascelles die ins Auge gefaßte Antwort erteilen, so lehnen wir die englischen Vorschläge rund ab, ohne irgend etwas an deren Stelle zu setzen, und fordern die Kritik Europas in ...*** Parlamenten und Presse gegen uns heraus. Wir sollten aber dem

* Siehe Nr. 8779.

** Vgl. Nr. 8778 nebst Fußnote.

*** Zifferngruppe unverständlich.

Verdacht keine Nahrung geben, daß wir in Konstantinopel den Hemmschuh am Reformwerk bilden. Der Nachweis, daß die vorgeschlagenen Reformen nichts taugen, wird das Urteil der Welt nicht ändern, wenn wir nicht zugleich konstruktiv auftreten wollen.

Da wir wiederholt öffentlich erklärt haben, daß unsere Orientpolitik nicht leiten, sondern sich unseren Freunden anschließen soll, so brauchen wir auch nicht ihre Vorschläge mit scharfem juristischen Verstand zu zerstückeln und als allein kraß Ablehnende aufzutreten.

Nichts zwingt uns, sofort eine Antwort auf die englischen Vorschläge zu ...*, weder schriftlich noch mündlich. Ich fand Sir E. Grey in der letzten Zeit wieder auffallend zurückhaltend in mazedonischen Fragen, und er zeigte nicht das geringste Verlangen, unsere Antwort kennen zu lernen. Ich schreibe seine Reserve äußeren, mir unbekannten Einflüssen zu und der Zuflüsterung, daß wir ablehnen werden. In wenigen Tagen dürfte die anglo-russische Basis geschaffen sein, der Österreich gezwungen sein wird im großen und ganzen beizutreten. Die anderen Mächte werden dies auch wohl tun, und wir dann wahrscheinlich auch. Die anglo-russische Basis werden wir bald von St. Petersburg und Wien erfahren und dann der englischen Regierung mitteilen können, da eine neue Lage geschaffen, so verlohne es sich nicht mehr, die alten Vorschläge zu diskutieren, sondern wir wänden uns mit Interesse und Wohlwollen der neuen Situation zu.

Metternich

Nr. 8781

*Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès
an den Reichskanzler Fürsten von Bülow***

Ausfertigung

Nr. 140
Vertraulich

St. Petersburg, den 3. April 1908

Sir Arthur Nicolson, welcher sich in diesem Winter wohl der Hoffnung hingegeben haben mag, daß es ihm gelingen werde, Herrn Iswolsky in eine aktive Balkanpolitik hineinzutreiben, macht aus der Enttäuschung, die ihm die maßvollen russischen Gegenvorschläge zu dem mazedonischen Reformprojekt des Londoner Kabinetts bereiten, kein Hehl. Während er bisher Herrn Iswolsky nicht genug loben konnte, kritisiert er jetzt die Handlungen des Ministers, dem er Unaufrichtigkeit vorwirft, auf das schärfste und legt sich in dieser Beziehung nicht die mindeste Zurückhaltung auf.

F. Pourtalès

* Zifferngruppe fehlt; zu ergänzen „geben“.

** Hier eingereiht des Zusammenhangs halber.

*Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall
an das Auswärtige Amt*

Telegramm. Entzifferung

Nr. 100

Pera, den 4. April 1908

Antwort auf Erlaß Nr. 380*.

Bei Prüfung der russischen Vorschläge möchte ich zunächst die sachlichen und dann die politischen Seiten derselben behandeln.

Nachdem die Pforte nach viermaligem Notenwechsel dem auf die Verlängerung der Reformagenten bezüglichen Verlangen der ...** bedingungslos stattgegeben hat***, scheint es schwierig, in derselben Materie den Türken neue onerose Bedingungen aufzuerlegen. Hilmi Pascha ist als Generalinspektor für weitere sieben Jahre in seiner Stellung bestätigt mit den Modalitäten des Reformprogramms vom Februar 1903. Dort ist unter Nummer I bestimmt, daß der Generalinspektor während seiner Amtsdauer nicht abberufen werden kann „sans que les deux gouvernements soient préalablement consultés à ce sujet“. Will man in Wien und St. Petersburg auf diese Spezialrechte der Ententemächte zugunsten der Gesamtheit der Mächte verzichten, so würde eine vertrauliche Erklärung der österreichisch-ungarischen und der russischen Regierung, daß sie dieses Recht nur im Einvernehmen mit den anderen Kabinetten ausüben wollen, das gewünschte Resultat praktisch erreichen. Eine ausdrückliche Anerkennung dieses Rechtes aller Mächte seitens der Pforte wäre nicht nötig. Auch würde eine derartige Forderung beim Sultan Mißtrauen erwecken und voraussichtlich zu Schwierigkeiten führen.

Der Einwand der entschiedenen Sache kann auch gegen den russischen Vorschlag, alle Finanzdelegierten zu Zivilagenten zu ernennen, erhoben werden. Dieser Vorschlag verfolgt anscheinend den Zweck, der Welt kundzutun, daß an Stelle der Ententemächte jetzt das europäische Konzert getreten ist, aber praktisch ist die Verallgemeinerung der Zivilagenten wenig empfehlenswert. Man braucht nur in Artikel 1 des Mürzsteger Programms die weitgehenden, sehr vagen Bestimmungen über die Funktionen der Zivilagenten zu lesen, um klar zu werden, daß zwei Beamte auf Grund einer Spezialentente ihrer Regierungen Nützliches leisten können, nicht aber sechs Agenten der Großmächte, deren Absichten über die mazedonische Frage weit auseinandergehen. Dabei hat sich die russische Regierung wohl nicht klar gemacht, daß ein großer Teil dieser Funktionen mit der Übernahme der Zivilagenten in türkische Dienste unverträglich ist. Schon formell ist die Behauptung des russi-

* Erlaß Nr. 380 vom 31. März hatte das russische Aide-mémoire vom 26. März (vgl. Nr. 8778) nach Konstantinopel mitgeteilt.

** Zifferngruppe fehlt.

*** Vgl. dazu Bd. XXII, Kap. CLXIV, Nr. 7748.

schen Memoire, daß bezüglich der Zivilagenten usw. durch Übernahme derselben in den türkischen Dienst „rien ne sera changé dans le mode de leur nomination“, falsch. Bisher ernannten die Mächte diese Beamten. Später werden sie dieselben der Pforte designieren, aber der Sultan ernennet dieselben auf Grund eines abschließenden Dienstvertrages. Bedeutender sind die materiellen Veränderungen* Die Reformagenten, die dem Sultan den Treueid geleistet haben und in seinen Dienst getreten sind, können nicht mehr wie bisher von den Mächten und den Botschaftern Instruktionen empfangen. Die Zivilagenten verlieren ihren politischen Charakter, sie können nicht mehr „transmettre les recommandations des ambassadeurs et informer leurs gouvernements“, die fremden Mitglieder der Finanzkommission können nicht mehr, wie dies im Finanzreglement vorgesehen ist, gegen den Generalinspektor Beschwerde an die Botschafter führen, auch die sogenannte Justizreform bedarf einer Umarbeitung. Die Zweiteilung bezüglich der Ernennung der christlichen und mohammedanischen Justizinspektoren und anderes müßte in Wegfall kommen. An sich halte ich die Übernahme der Reformagenten in türkische Dienste für sehr verständig. Sie wird das ganze Reformwerk, namentlich auch die sogenannte Justizreform, wesentlich erleichtern. Aber die Organisation der Reform wird von Grund aus geändert. Die Mächte mögen außeramtliche Beziehungen mit den Reformagenten unterhalten. Aber nie wird der Sultan zugeben, daß seine Beamten mit den Mächten oder den Botschaftern bezüglich ihrer dienstlichen Tätigkeit in irgendeinen organischen Zusammenhang gebracht werden.

Für geradezu gefährlich erachte ich den russischen Vorschlag wegen Gründung bewaffneter „Gardes communales“. Wer da glaubt, daß Griechen, Bulgaren und Serben, wenn man sie bewaffnet, in gemeinsamer Arbeit für die öffentliche Ordnung eintreten werden, der leugnet die Existenz der mazedonischen Frage. Denn der Kernpunkt derselben ist eben der leidenschaftliche Haß zwischen diesen Nationalitäten, der jede gemeinsame Arbeit ausschließt. Niemals werden Angehörige dieser Nationalitäten gegen ihre Stammgenossen einschreiten. Und wenn sie es täten, würde die Rache der Komitees auf dem Fuße folgen. Die letzteren haben in allen Ortschaften ihre Vertreter. Dieselben werden sofort in Verbindung mit den Stammgenossen der „Gardes communales“ treten. Und für mich besteht kein Zweifel, daß die Garde sehr bald ein Werkzeug der Komitees werden wird mit der notwendigen Folge einer Vermehrung der blutigen Ausschreitungen. Dazu kommt, daß nach dem von den Adjoints angenommenen Vorschlage des Generals Schostak „dans chaque village un certain nombre d'habitants de toute race ou religion, proportionnement aux divers éléments de la population“ bewaffnet werden solle. Der bloße Versuch, diese proportionale Abteilung nach Rasse und Nationalitäten vorzunehmen, würde die nationalen Leidenschaften im

* Zifferngruppe fehlt.

höchsten Maße erregen. Ich erinnere an den Artikel 4 des Mürzsteger Programms und die bezügliche Demarche der Ententemächte in Sofia, Athen und Belgrad*. Mit den Gardes communales wird es gehen, wie mit den Hamidié-Regimentern in Kurdistan — sie werden bewaffnete Banden werden. Die Ansicht der Adjoints würde mich mehr beeindrucken, wenn der Antrag nicht vom General Schostak herrührte und dieselben Herren nicht früher die direkt entgegengesetzte Ansicht vertreten hätten. Auf ihr Verlangen haben wir als eine der Bedingungen für die dreiprozentige Zollerhöhung die Durchführung der Entwaffnung verlangt.

Ich bin mir bewußt, daß vorstehende rein sachliche Bedenken nicht insgesamt vor politischen Erwägungen standhalten. Das gilt vor allem bezüglich des Teils der russischen Vorschläge, welcher die Ententemächte durch das europäische Konzert ersetzen will. Das ist das Ziel langjähriger italienischer Wünsche. Man wird sich in Wien darin fügen müssen, wenn man nicht Gefahr laufen will, Italien völlig in englisch-russisches Fahrwasser zu drängen. Was die Übernahme der Reformagenten in türkische Dienste betrifft, so ist diese Maßregel von unserem Standpunkt aus als Konzession an die Türkei erwünscht, und es kann daher nicht unsere Sache sein, auf die Schwierigkeiten hinzuweisen, welche diese Maßregel mit sich führen wird. Es wäre gut, wenn man . . .** in Wien, wo man sich über diese Frage bisher ausgesprochen hat, prinzipiell freundlich zu dem Gedanken stellen wollte. Welche Folgerungen in der Organisation sich dann ergeben, ist *cura posterior*. Entstehen Schwierigkeiten, so ist dies noch kein Unglück. Was endlich den wichtigsten Punkt, die Gardes communales, betrifft, so möchte ich empfehlen, unter Hinweis darauf, daß es sich hier nicht um eine rein militärische Frage handelt, für die die Adjoints kompetent sind, sondern auch um eine Verwaltungsangelegenheit eine Anregung in dem Sinne zu machen, daß auch Ansichten der Mitglieder der Finanzkommission und einiger mit den mazedonischen Verhältnissen vertrauten Konsuln eingeholt werden.

Marschall

Nr. 8783

*Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès
an den Reichskanzler Fürsten von Bülow*

Ausfertigung

Nr. 139

St. Petersburg, den 3. April 1908

Ich habe mich heute Herrn Iswolsky gegenüber erhaltener Weisung entsprechend dahin ausgesprochen, daß die Kaiserliche Regierung sich zwar zu den russischen Vorschlägen für Reformen in Mazedonien noch

* Vgl. dazu Bd. XXII, Kap. CLXIV, Nr. 7698, Fußnote.

** Zifferngruppe fehlt; zu ergänzen „sich“.

nicht endgültig äußern könne, daß sie die Vorschläge aber für annehmbar halte, wenn ihr auch der Punkt betreffend die Gleichstellung der Finanzdelegierten mit den Zivilagenten nicht sympathisch sei. Meine weitere Bemerkung, daß Euere Durchlaucht sich eventuell entschließen würden, um die Harmonie der Mächte nicht zu stören, auch diesen Vorschlag anzunehmen, nahm Herr Iswolsky mit sichtlicher Genugtuung entgegen. Ich hob hervor, daß die Stellungnahme der Kaiserlichen Regierung ein großes Entgegenkommen den russischen Wünschen gegenüber bedeute, und sprach die Hoffnung aus, daß dieses Entgegenkommen hier entsprechend gewürdigt werden würde. Herr Iswolsky bat mich, Euerer Durchlaucht seinen Dank für unsere freundliche Haltung zu übermitteln, und gab zugleich den Wunsch zu erkennen, daß wir sein Reformprojekt auch in Konstantinopel unterstützen möchten. Aus Äußerungen des hiesigen türkischen Botschafters* entnehme er, daß man mit dem Widerstande der Pforte gegen verschiedene Punkte des Projektes zu rechnen haben werde. Ich erwiderte dem Minister, daß wir unserer Politik getreu wie bisher in allen Phasen der Reformaktion so auch jetzt uns loyal verhalten würden. Man dürfe aber unseren Einfluß am Goldenen Horn nicht überschätzen, und ich hoffte, daß, falls etwa die Reformvorschläge beim Sultan auf Widerstand stoßen sollten, die Schuld hier nicht wieder auf uns geschoben würde.

Herr Iswolsky ging dann auf die Stellung der Mächte zu seinem Programm über und erklärte, daß er, nachdem Österreich-Ungarn die Vorschläge nunmehr „intégralement“ angenommen habe, außer von seiten Englands bei allen Mächten auf Annahme derselben rechne. Die Haltung des Londoner Kabinetts flöße ihm einige Besorgnis ein. Eine Äußerung zu seinen Vorschlägen sei ihm zwar aus London noch nicht zugegangen, doch höre er durch Graf Benckendorff, daß die englische Regierung gegen verschiedene Punkte seines Programms Bedenken habe. In der Frage des Generalgouverneurs scheine allerdings Sir Edward Grey nicht an seinem Standpunkt festhalten zu wollen. Dagegen würden die englischen Bedenken wohl hauptsächlich die finanzielle Frage zum Gegenstand haben. Man sei anscheinend in London der Ansicht, daß die Aufbringung von Mitteln für die Institution der Gardes champêtres und eventuelle Vermehrung der Gendarmerie nur möglich sei, wenn die türkischen Truppen in den drei Wilajets vermindert würden und das auf diese Weise ersparte Geld zur Bezahlung der Gendarmerie und der Gardes champêtres Verwendung fände.

Diese englischen Bedenken sind dem Minister um so unbequemer, als er kein Hehl daraus macht, daß er selbst die finanzielle Seite für den schwächsten Punkt seines Programms hält. Die Schwierigkeiten, denen er auf englischer Seite begegnet, lassen Herrn Iswolsky unsere Unterstützung besonders erwünscht erscheinen.

F. Pourtalès

* Hüsnî Pascha.

Nr. 8784

*Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Schoen
an den Botschafter in Petersburg Grafen von Pourtalès**

Telegramm

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Zimmermann

Nr. 74

Berlin, den 6. April 1908

Auf Bericht Nr. 139**.

Bitte Herrn Iswolsky folgendes mündlich mitzuteilen:

Wir sind mit den russischen Vorschlägen im Prinzip einverstanden. Unsympathisch ist uns nur die Gleichstellung der Finanzdelegierten mit den Zivilagenten. Wir sind indes bereit, unsere Bedenken dagegen unter den früher angegebenen Voraussetzungen fallen zu lassen. Den Vorschlag der Einführung von Gardes communales anlangend, glauben wir noch zur Erwägung stellen zu sollen, ob es sich nicht empfehlen möchte, zu diesem Vorschlag, bei dem es sich nicht nur um eine rein militärische, sondern auch um eine Verwaltungsangelegenheit handeln dürfte, auch die Ansichten der Mitglieder der Finanzkommission und einiger mit den mazedonischen Verhältnissen vertrauter Konsuln einzuholen.

Im übrigen erklären wir bereits an dieser Stelle, daß wir unserer bisherigen Politik getreu die russischen Vorschläge, falls sie die Zustimmung auch der übrigen Mächte finden sollten, loyal bei der Pforte unterstützen werden.

v. Schoen

Nr. 8785

*Der Geschäftsträger in London Wilhelm von Stumm
an das Auswärtige Amt*

Telegramm. Entzifferung

Nr. 110

London, den 5. April 1908

Sir E. Grey teilt mir Abschrift eines Memorandums*** mit, mit dem er die russischen Vorschläge betreffend Mazedonien beantwortet hat.

Hauptpunkte des Memorandums, das abschriftlich folgt, sind:

Annahme des Vorschlags der bewaffneten Feldhüter.

* Von dem Inhalt dieses Telegramms wurde gleichzeitig den Botschaften in Konstantinopel, Wien, London, Rom und Paris Kenntnis gegeben.

** Siehe Nr. 8783.

*** Siehe den Text des englischen Memorandums vom 4. April, das gleichzeitig auch den Vertretern Rußlands, Frankreichs, Österreich-Ungarns und Italiens überreicht wurde, im englischen Blaubuch: Turkey Nr. 2 (1908) [Cd. 3963], p. 6ff.

Vorschlag, den Generalinspektor und die Finanzkommission zu ermächtigen, behufs Sicherstellung der nötigen Mittel für Besoldung der Feldhüter und der übrigen mit den Reformen verknüpften Ausgaben von den Einnahmen der mazedonischen Provinzen die Beträge für das Zivilbudget zurückzuhalten und den Restbetrag der Pforte für die militärischen Bedürfnisse zu überweisen. Der Pforte bleibe es dann überlassen, ein etwaiges Defizit im Militärbudget gutzumachen.

Annahme des russischen Vorschlags eines Generalinspektors, der außerdem mit Pensionsberechtigung und gewissen erweiterten Befugnissen bezüglich des Budgets, Verwendung von Truppen, Anstellung und Entlassung von Beamten auszustatten wäre.

Zustimmung zu dem russischen Vorschlag bezüglich der Finanzkommission und der Aufnahme derselben sowie der Gendarmerieadjunkten in türkische Dienste. Hierdurch werde der Widerstand der Pforte gegen das Justizreformprojekt beseitigt werden.

Androhung, daß, falls die Pforte das gegenwärtige Defizit im mazedonischen Budget nicht gutmache, England seine Zustimmung zu der dreiprozentigen Zollerhöhung zurückziehen werde.

Stumm

Nr. 8786

*Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès
an den Reichskanzler Fürsten von Bülow*

Ausfertigung

Nr. 145

St. Petersburg, den 9. April 1908

Ich hatte neulich Gelegenheit, mit Herrn Tscharykow über die mazedonische Frage zu sprechen. Die klaren, nüchternen und sachlichen Ausführungen des Gehilfen des Ministers ließen die Ziele und Absichten der russischen Politik deutlicher erkennen als die oft durch persönliche Momente beeinflussten Darlegungen des Herrn Iswolsky. Letzterer hatte bei unserer letzten Unterredung einige Verstimmung über die schon vor einigen Tagen durch Graf Benckendorff angekündigte, von dem Londoner Kabinett an dem russischen Programm geübte Kritik gezeigt. Bei Herrn Tscharykow dagegen kam lediglich die Befriedigung darüber zum Ausdruck, daß die wesentlichsten Punkte der russischen Vorschläge die Zustimmung Englands gefunden hätten. Die Äußerungen des Ministergehilfen ließen keinen Zweifel darüber, daß, wenn auch die hiesigen Vorschläge zunächst nach Wien geschickt wurden, auf die Verständigung mit London als Ausgangspunkt für weitere Schritte in der Reformaktion hier der größere Wert gelegt wird, und daß die russische Politik zwar formell der Entente nicht untreu werden will, aber doch auf Kosten derselben stärkere Fühlung mit London sucht¹. Herr Tscharykow wies besonders auf die in den neuen

russischen Vorschlägen dem europäischen Konzert zugewiesene einflußreichere Rolle sowie darauf hin, daß das Konzert nach diesen Vorschlägen in vielen Fällen an die Stelle der Ententemächte treten soll². Als Grund hierfür gab er an, daß sich im Verlauf des letzten Jahres die Verhältnisse nicht unwesentlich geändert hätten, da einmal die Entente in der Reformfrage nicht viel zu erreichen vermocht hätte, dann aber auch durch die Ankündigung der österreichisch-ungarischen Eisenbahnpläne³ auf dem Balkan eine Veränderung in der Lage eingetreten sei⁴.

Herr Iswolsky hält anscheinend den Augenblick für noch nicht gekommen, um, den Lockungen meines englischen Kollegen folgend, seine Orientpolitik ganz nach den englischen Wünschen zu orientieren. Er will zunächst an der Entente festhalten, zugleich aber ein zweites Eisen im Feuer haben und Österreich-Ungarn sowie indirekt auch uns damit drohen⁵. Zwar ist er mit Gegenvorschlägen gegen das englische Programm, das ihm zu gefährlich erscheint, hervorgetreten, die Nervosität aber, mit der er der Aufnahme seines Gegenprojektes in London entgegensah, beweist neben mancherlei anderen Anzeichen, wie sehr ihm an einem Ausgleich zwischen der hiesigen und der englischen Auffassung gelegen ist. Auf den gleichen Wunsch der englischen Regierung läßt das Entgegenkommen schließen, welches die soeben hier bekannt gewordene englische Antwort auf die russischen Vorschläge in verschiedenen Punkten zeigt, doch bildet die finanzielle Frage anscheinend einen Punkt, in welchem die Verständigung noch nicht erreicht ist. Sir Arthur Nicolson bemerkte mir gegenüber gestern mit einiger Ironie, die Vorschläge des Herrn Iswolsky enthielten manche wertvolle Anregungen, allein die Frage, welche wohl die wichtigste des ganzen mazedonischen Problems sei, die Budgetfrage, bleibe darin ungelöst.

Die Äußerungen des Herrn Tscharykow über Rußlands nunmehrige Haltung zu dem Mürtzberger Programm erfuhren eine bemerkenswerte Ergänzung durch weitere Bemerkungen über die Eisenbahnprojekte auf dem Balkan. Der Gehilfe des Ministers wies darauf hin, daß die Voraussetzungen, auf denen die Entente beruhe, erst wiederhergestellt sein würden, wenn der Plan des im slawisch-russischen Interesse gelegenen Baues einer Eisenbahn von der Donau zum Adriatischen Meere auch von Österreich-Ungarn bei der Pforte unterstützt und dieser Bahnbau gleichzeitig mit dem Bau der Sandschakbahn in Angriff genommen würde. Rußland habe zwar von vornherein erklärt, daß es keine Kompensation für die Sandschakbahn verlange, und sei bei der Donau-Adria-Bahn in keiner Weise direkt interessiert. Es müsse aber Wert darauf legen, daß das durch das Sandschakbahnprojekt gestörte wirtschaftliche und politische Gleichgewicht⁶ durch den Bau einer Bahn, die anderen als österreichischen Interessen diene, wiederhergestellt werde.

Auch diese Äußerungen des Herrn Tscharykow dürften dahin zu verstehen sein, daß Rußland, welches sich zurzeit nicht stark genug fühlt, eine aktive Rolle im nahen Orient zu spielen, der weiteren Ausbreitung des

österreichisch-ungarischen Einflusses auf der Balkanhalbinsel dadurch wirksam entgegenzutreten hofft, daß es mit Lossagung von der Entente droht⁶ ⁷.

F. Pourtalès

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

¹ In re ist es Abfall von der Entente!

² !

³ Sandschack!

⁴ welche?

⁵ ja

⁶ !!

⁶ von der es sich de tacto schon losgemacht hat!

⁷ und wird darin von England unterstützt

Nr. 8787

*Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall
an den Reichskanzler Fürsten von Bülow*

Ausfertigung

Nr. 48

Pera, den 22. April 1908

Die Antwort der englischen Regierung auf die jüngsten Vorschläge Rußlands* kann meines Erachtens nur im Zusammenhang mit dem großen englischen Reformplan vom 3. März d. Js. behandelt werden. Die Leitmotive dieses Planes waren: die Ernennung eines vom Sultan unabhängigen Generalgouverneurs, die Verminderung der türkischen Truppen und die Übertragung der Bandenverfolgung an die stark zu vermehrende internationale Gendarmerie. Dieser Plan, der ganz unverblümt die Loslösung Mazedoniens von der türkischen Herrschaft proklamiert, hat die Zustimmung der übrigen Mächte nicht gefunden. Auch Rußland hat denselben abgelehnt. Man hat in der Presse und anderwärts in der englischen Antwort auf die neuesten russischen Vorschläge eine Annäherung an die letzteren gefunden. Ich teile diese Ansicht nicht. England macht in der Form gewisse Konzessionen, in der Sache selbst hält es an dem Grundgedanken seines Planes fest.

Bezüglich des Titels des leitenden Beamten und in der Personenfrage ist das Londoner Kabinett nachgiebig. Minima non curat praetor. Man akzeptiert den „Generalinspektor“ an Stelle des „Generalgouverneurs“. Man hat auch nichts dagegen einzuwenden, daß derselbe ein Muselman ist. Gegen die Person von Hilmi Pascha werden keine Bedenken erhoben. Aber bezüglich seiner Stellung zum Sultan und seiner Machtbefugnisse bleibt England auf seinem Scheine. Der Generalinspektor soll unabhängig vom Palais, das heißt vom Sultan sein. Dabei übersieht man seltsamerweise

* Vgl. Nr. 8785 nebst Fußnote***.

in London, daß „Muselman“ und „Unabhängigkeit vom Sultan“ Begriffe sind, die sich ausschließen. Einen muselmanischen türkischen Beamten, der vom Sultan unabhängig ist, gibt es nicht und kann es nicht geben. Jeder muselmanische Beamte wird allezeit den Sultan nicht nur in religiöser, sondern auch in politischer Beziehung als seinen Herrn und Gebieter betrachten. Der Gedanke, daß die christlichen Großmächte daran irgend etwas ändern könnten, beruht auf einer völligen Verkennung der tatsächlichen Verhältnisse. Dabei sind die Mittel, welche England vorschlägt, um zu seinem Ziele zu gelangen, zum Teile geradezu kleinlich, um nicht einen stärkeren Ausdruck zu gebrauchen. Hilmi Pascha soll „pensionsberechtigt“ sein. Das ist eine Wiederholung dessen, was schon das Programm vom 3. März besagt: „In order to render the Governor independent of the control of the Palace, his pension should be guaranteed by the Powers and provision made for it in the Macedonian budget.“ Diese Logik wird sich in der Praxis als vollkommener Fehlschlag erweisen. Ein türkischer muselmanischer Beamter, der sich durch Geldvorteile, die ihm die christlichen Mächte anbieten, bewegen läßt, den Sultan und Kalifen preiszugeben, wird schwerlich zu finden sein. Am allerwenigsten dürfte man Hilmi Pascha mit einer solchen Insinuation kommen, der allgemein als ein durchaus integerer Charakter bekannt ist.

Die Pensionsberechtigung Hilmi Paschas ist an sich natürlich nur ein Nebenprodukt. Noch klarer tritt die Tendenz in der englischen Politik in den Forderungen hervor, daß dem Generalinspektor „erweiterte Befugnisse bezüglich des Budgets, der Verwendung der Truppen und Anstellung und Entlassung der Beamten“ eingeräumt werden sollen. Das sind sehr elastische Redensarten, die alles mögliche und unmögliche bedeuten können. Vollkommen klar ist nur, daß dahinter, und zwar très mal déguisé, die Beschränkung der Sultansgewalt steht. Irgend eine Begründung dafür gibt weder das englische Memorandum vom 3. März noch die jüngste Antwort. In England gilt nun einmal als Dogma, daß der Sultan der üble Genius des türkischen Reiches ist, daß darum alles, was aus dem Palais kommt, schlecht und verderblich sei. Und Dogmen brauchen nicht begründet und bewiesen zu werden. In Wirklichkeit handelt es sich lediglich um Legenden, die man überall da glaubt, wo das dem politischen Interesse nützlich erscheint. Dabei genießt Hilmi Pascha schon jetzt ein solches Maß von Unabhängigkeit, wie es kaum jemals ein türkischer Beamter besessen hat. In seinen Beziehungen zu den fremden Reformagenten sind da und dort Schwierigkeiten entstanden, die in der türkischen Verwaltung üblich und im Verkehr mit Fremden ganz unvermeidlich sind. Aber niemals ist mir seitens der Zivilagenten oder der übrigen Reformatoren irgend eine substantiierte Klage zu Ohren gekommen, daß das Palais in die mazedonischen Reformen eingegriffen habe.

Was nun die „erweiterten Befugnisse“ bezüglich des mazedonischen Budgets betrifft, so sind vor zwei Jahren nach langwierigen Verhandlungen

die bezüglichlichen Fragen im Wege der Verständigung zwischen den Großmächten und der Pforte definitiv gelöst worden*. Vor zwei Monaten ist auf Drängen der Mächte der damals verabredete Zustand für sieben Jahre verlängert worden**. Wenn das soeben Erreichte wieder umgeworfen werden soll, so wäre dafür doch irgend ein plausibler Grund oder ein fait nouveau anzugeben. Das ist nicht geschehen. Nach den nunmehr verlängerten Verabredungen haben bezüglich der formellen und materiellen Behandlung des Budgets drei Faktoren die in dem Finanzreglement näher bezeichneten Gerechtsame: der Generalinspektor, die internationale Finanzkommission und der Sultan. Der Generalinspektor stellt das Budget auf und legt dasselbe der Finanzkommission vor. Diese prüft dasselbe, nimmt die gewünschten Änderungen vor und erteilt demselben die Genehmigung. Definitiv wird das Budget durch die Sanktion des Sultans (Artikel I, Nr. 3 des Reglements). Da England unmöglich im Auge haben kann, die Befugnisse der Finanzkommission zu beschränken, so ist eine Erweiterung der Befugnisse des Generalinspektors nur auf Kosten des Sultans denkbar. Offenbar soll das Souveränitätsrecht des Sultans, das Budget wie jedes andere Gesetz zu sanktionieren, aufgehoben werden. Irgend ein praktischer Grund dafür liegt nicht vor, denn bisher haben die von der Finanzkommission genehmigten Budgets ohne jede Beanstandung die kaiserliche Sanktion gefunden.

Der zweite Punkt, bezüglich dessen die Befugnisse des Generalgouverneurs erweitert werden sollen, betrifft die Verwendung der Truppen. Da Hilmi Pascha Zivilbeamter ist und ein militärisches Kommando nicht besitzt, so kann es sich hier nur um Verwendung von Truppen zum Zwecke der Zivilverwaltung, zum Beispiel für Verfolgung von Banden, handeln. Auch diese Frage ist bereits gelöst, und zwar durch das seinerzeit mit den fremden Gendarmerieoffizieren vereinbarte Gendarmeriereglement. Dort sind genau die Fälle angegeben, in welchen Truppen von der Zivilverwaltung requiriert werden können, und ebenso die Formen, die dabei beobachtet werden müssen. Ob dieses Reglement irgend welcher Ergänzungen bedarf, werden die militärischen Adjoints zu beurteilen haben. Darum handelt es sich aber in der englischen Antwort nicht. Nach der ganzen Tendenz derselben ist es klar, daß für den Generalinspektor eine Kommandogewalt verlangt wird, die derselbe unabhängig vom Sultan ausüben soll. Das ist ganz unmöglich. Der Sultan ist und bleibt oberster Kriegsherr, der über die Verwendung seiner Truppen durch seine Oberbefehlshaber disponiert. Daran wird weder der hohe Herr noch die Armee selbst rütteln lassen.

Was endlich die erweiterten Befugnisse des Generalinspektors bezüglich der Ernennung und Entlassung von Beamten betrifft, so handelt es sich auch hier um eine Beschränkung von Souveränitätsrechten des Sultans. De facto hat der Sultan in dieser Beziehung dem Generalinspektor

* Vgl. darüber Bd. XXII, Kap. CLXII und CLXIII.

** Gemeint ist die Verlängerung der Mandate der Reformorgane, insbesondere der Finanzdelegierten. Vgl. dazu Bd. XXII, Kap. CLXIV.

freie Hand gelassen. Darum ist es Hilmi — was mir neulich der französische Delegierte, Herr Steeg, ausdrücklich bestätigte — möglich gewesen, Verwaltung und Justiz von schlechten Elementen zu säubern und letztere durch anständige Leute zu ersetzen. Natürlich hat der Sultan, soweit dies nach der Gesetzgebung nötig war, die Ernennungen und Versetzungen mit seiner Sanktion versehen. Was wünscht nun England in dieser Beziehung zu ändern? Nach der ganzen Tendenz seiner Vorschläge kann es sich nur um eine Schmälerung des kaiserlichen Sanktionsrechtes handeln. Das wäre ein gewaltiger Schritt zur Loslösung Mazedoniens von der türkischen Herrschaft.

Aus dem Gesagten ergibt sich, daß die englische Antwort auf die russischen Vorschläge, auch wenn sie formell von dem Märzmemorandum abweicht, doch sachlich die gleichen Ziele verfolgt. Sie will nicht konkreten Übelständen abhelfen. Sie wirft wiederum die Prinzipienfrage der Souveränität des Sultans auf. Sollte man sich in England wirklich der Täuschung hingeben, daß in dieser Richtung auf friedlichem Wege eine Konzession zu erlangen sei? Niemals wird der Sultan bezüglich des Budgets, der Verwendung seiner Truppen, der Ernennung von Beamten oder in einer anderen Beziehung seine persönlichen Souveränitätsrechte antasten lassen. Da werden alle Zwangsmittel versagen. Es bleibt nur die ultima ratio, der Krieg. Darum scheint mir jeder Versuch, mit England zu einem Kompromiß zu gelangen, aussichtslos. Solange das Londoner Kabinett an dem Grundgedanken seines Märzprogramms festhält, ist für die Mächte, welche den Status quo erhalten wollen, eine Verständigung nicht möglich. Denn es müßten dabei Grundsätze geopfert werden, die ein *noli me tangere* bilden, sofern eine Katastrophe auf dem Balkan und damit eine schwere Gefährdung des europäischen Friedens hintangehalten werden soll.

Was will nun England eigentlich mit seinem Feldzug gegen den Sultan erreichen? In dem Märzprogramm wird dies gesagt. Dort heißt es, daß, wenn ein Gouverneur mit „free hand“ ernannt würde, „violence and outrage, such as have existed for so long, would disappear and civil and financial reforms would progress rapidly“! Auch hier stehen wir einem Dogma gegenüber. Irgend eine Begründung, welche dasselbe dem menschlichen Verstande begreiflich machen könnte, wird nicht gegeben. Und jeder, der die mazedonischen Verhältnisse, die dort widerstreitenden nationalen Strömungen, den wilden Haß, der die christlichen Volksstämme trennt, auch nur oberflächlich kennt, weiß, daß, wenn man erst die persönlichen Souveränitätsrechte des Sultans antastet, das direkte Gegenteil von dem eintreten muß, was jenes Dogma besagt. Die Bulgaren finden in den englischen Vorschlägen eine gewaltige Ermunterung für ihre Wünsche. Sie jubilieren bei dem Gedanken, daß in Mazedonien das Experiment von Ostrumelien wiederholt werden soll. Sie wissen, wie leicht ein vom Sultan unabhängiger Gouverneur oder Inspektor beseitigt werden kann, und wie wenig in solchem Falle die Garantie der Mächte für den Status quo bedeutet. Auf der anderen Seite

perhorreszieren die Serben und Griechen alles, was in Mazedonien nach Autonomie aussieht. Sie wittern dahinter mit vollem Rechte die Vorfrucht der Bulgarisierung. Diese aber bedeutet für sie die Vernichtung aller nationalen Hoffnungen und die rücksichtsloseste Unterdrückung der eigenen Stammesgenossen. So vermehrt der englische Plan die Reibungsflächen unter den mazedonischen Christen. Ein seltsames Mittel, um „violence and outrage“ zu beseitigen. Dazu kommt noch ein Weiteres. In Mazedonien gibt es nicht nur Christen, sondern auch Muselmanen. Diese letzteren bilden wenn auch nicht die absolute so doch die relative Majorität. Man kann ungefähr zwei Fünftel Muselmanen und drei Fünftel Christen rechnen. Bisher hat das muselmanische Element, abgesehen von einigen Albanerstämmen, sich ruhig verhalten. Es hat sich dadurch sehr vorteilhaft von den Christen unterschieden. Für die englische Politik scheinen diese Muselmanen, die doch auch ihre religiösen und politischen Gefühle haben, überhaupt nicht zu existieren. Um so dringender müssen die konservativen Mächte sich dessen erinnern, daß jedes Vorgehen gegen den Sultan in der mazedonischen Frage seine Grenzen findet in der Rücksichtnahme auf anderthalb Millionen Einwohner Mazedoniens, die den Sultan als ihr geistiges und weltliches Oberhaupt anerkennen. Demselben Sultan, der heute von London aus als der üble Genius von Mazedonien denunziert wird, ist es allein zu danken, wenn die mazedonischen Muselmanen sich bisher ruhig verhalten haben, denn es bedurfte nur eines Winkes von seiner Seite, um dieselben in Aktion gegen die Christen treten zu lassen, in denen sie ihre Bedrücker und Peiniger erblicken. Aber auch ohne diesen Wink könnte es geschehen, daß die Geduld der muselmanischen Bevölkerung zu Ende geht, wenn sie sieht, wie der Sultan vergewaltigt werden soll, um eine christliche Herrschaft einzuführen. Wenn es so kommt, dann werden grauenvolle Dinge sich zutragen, die alles, was bisher geschehen, in den Schatten stellen. Die „Reformen“ sollen die Balkankatastrophe so lange wie möglich hinausschieben. Die englischen Vorschläge führen uns direkt in dieselbe hinein.

Der zweite Hauptpunkt des englischen Programms war die Verminderung der Truppen. Auch daran hält die Antwort des Londoner Kabinetts fest. Nur ist das Verlangen nicht direkt gestellt. Die Verminderung der Truppen soll indirekt erreicht werden, dadurch daß man den Türken die Mittel entzieht, sie zu bezahlen. Hier ignoriert die englische Regierung alles, was bisher zwischen der Pforte und den Mächten vereinbart wurde. Ich will es kurz rekapitulieren. Das mazedonische Budget weist eine Gesamtausgabe von rund 2,8 Millionen Pfund auf. Davon entfallen 1,3 Millionen auf die Zivilverwaltung und 1,5 Millionen auf die Armee. Da nun die eigenen Einnahmen der drei Wilajets nur 1,9 Millionen betragen, so beläuft sich das Defizit auf zirka 800000 Pfund. Dieses Defizit hat die Pforte schon vor der Finanzreform aus allgemeinen Staatsmitteln ausgeglichen, aber ganz unregelmäßig, so daß bald die Zivilverwaltung, bald die Militärverwaltung, bald beide unbezahlt blieben. Diesem

Zustande wurde durch die Finanzreform ein Ende gemacht. Nach einem von den Mächten genehmigten Abkommen der Pforte mit der Ottomanbank hat erstere das Defizit durch monatliche Tratten auf die Douane zu bezahlen. Als dann die dreiprozentige Zollerhöhung zur Erörterung stand, haben die Mächte die Sicherstellung dieser Zahlungen verlangt. In erster Reihe war es England, welches darauf hinwies, daß das Defizit durch die hohen Militärausgaben entstanden sei, und daß es unzulässig sei, diese insgesamt dem mazedonischen Budget aufzubürden. Es wurde daher als Bedingung der Zollerhöhung verlangt und schließlich schriftlich vereinbart, daß die Pforte den Gesamtbetrag dessen, was ihr aus der Zollerhöhung zufließt, und außerdem 250000 Pfund aus den Zehntüberschüssen dem mazedonischen Budget zur Verfügung stellen müsse. Die Dette publique hat diese Zahlungen zu leisten. In dem neuesten mazedonischen Budget sind die Mehreinnahmen aus der Zollerhöhung auf 660000 Pfund angeschlagen. Zusammen mit den erwähnten 250000 Pfund betragen also die Zuschüsse aus allgemeinen Staatsmitteln 910000 Pfund. Da die Zölle voraussichtlich mehr eintragen werden, so kann man diese Zuschüsse auf rund 1 Million Pfund veranschlagen. Mit anderen Worten: die Pforte zahlt auf Grund einer Vereinbarung mit den Mächten von den 1,5 Millionen betragenden Militärausgaben eine Million, das heißt zwei Drittel, aus allgemeinen Staatsmitteln. Die Behauptung des englischen Märzprogramms, daß die Haltung so vieler Truppen „kept in Macedonia and charged upon the Budget of the three Vilayets of Macedonia remains an intolerable financial burden upon it“, hat also weder Hand noch Fuß. Sie wird lediglich aufgestellt, um mit einem Kunstgriff die erwähnten Staatszuschüsse, die nach dem Geist und Zweck der erwähnten Vereinbarung zur Deckung der Militärausgaben bestimmt waren, für die Zivilverwaltung zu beanspruchen. Die Pforte muß sich dann für die Armee mit dem „Reste“ begnügen und weitere Zuschüsse leisten. Da ihr hierzu die Mittel fehlen, bleibt ihr nichts übrig, als ihre Truppen zu vermindern. Auf diese Pläne können die Mächte sich unmöglich einlassen. Was dieselben verlangen können, ist, wie Herr Iswolsky dem Kaiserlichen Botschafter mit vollem Rechte bemerkt hat, schon jetzt erreicht, daß nämlich die Finanzkommission dafür zu sorgen hat, daß aus den Einnahmen in erster Reihe die Bedürfnisse der Zivilverwaltung, wie sie budgetmäßig festgestellt sind, zur Bezahlung gelangen.

Die englische Regierung hat auch schon die neuen Ausgaben für die Zivilverwaltung in Aussicht genommen, neben denen Gelder für die Armee nicht mehr übrig bleiben. Ursprünglich sollte die Gendarmerie vermehrt werden. Darauf sind die anderen Mächte nicht eingegangen. Mit Eifer erklärt sich nun das Londoner Kabinett für den russischen Vorschlag, die „gardes champêtres“ zu vermehren. Damit wird finanziell dasselbe Ziel erreicht. Über diese auch politisch sehr wichtige Frage erstatte ich besonderen Bericht. Unter dem vertrauenerweckenden Worte „garde champêtre“ ist ein Bauer zu verstehen, der auf Grund der Wahl der Be-

völkerung ein Schießgewehr und ein Abzeichen trägt, das ihn als „Wächter“ (bekdschi) legitimiert. Diese Wächter, welche nach dem Reformprogramm vom Februar 1903 in den Gemeinden mit christlicher Majorität Christen sein müssen, sollen so weit vermehrt werden, daß sie die Banden wirksam unterdrücken können. Es handelt sich also um eine Bauernbewaffnung in großem Stil. Da die Banden bei Verübung von Verbrechen regelmäßig mit mindestens zehn bis zwölf Köpfen auftreten, so wird die Zahl von fünf Wächtern für jede Dorfgemeinde das Minimum bilden, wenn man jenen Zweck erreichen will. Nun hat Mazedonien etwa 7000 Dorfgemeinden. Es werden also 35000 Bauern bewaffnet werden, unter denen etwa 20000 Christen, das heißt Bulgaren, Griechen und Serben sein werden. Was das für Wächter der öffentlichen Ordnung sein werden, kann man sich vorstellen. Die Kosten werden sich, da der „garde champêtre“ 30—50 Pfund jährlich erhält, auf 1 bis $1\frac{1}{2}$ Millionen Pfund stellen. Die Dorfgemeinden können das unmöglich zahlen. Und woher die Pforte das Geld nehmen soll, um diese Mehrausgabe zu decken, weiß niemand. Dabei bin ich gewiß, daß, wenn wirklich dieser Plan zur Durchführung gelangt, in kürzester Frist neue bewaffnete Korps „pour la répression des gardes champêtres“ gebildet werden müssen. Diese werden neue Kosten veranlassen. — Sollten bei dieser Aufbürdung unerträglicher Lasten auf den türkischen Staatsschatz hinter dem idealen Ziele, der Notlage der Christen zu steuern, nicht auch reelle englische Interessen verborgen sein? Etwa die Verhinderung der Bagdadbahn?

Nach einem allgemeinen Satze soll man sich in politischen Fragen nicht in Details verlieren, sondern die großen Gesichtspunkte im Auge behalten. Das ist richtig. Nur scheint mir in Fragen der Gesetzgebung, namentlich wenn es sich um Experimente in fremdem Lande handelt, dem Detail doch auch eine erhebliche Bedeutung zuzukommen. Übrigens ist es gerade der „große Gesichtspunkt“, der die englischen Pläne meines Erachtens unannehmbar macht. Bisher galt als Ziel der Mächte die Erhaltung der türkischen Herrschaft. Von türkischer Seite ist wiederholt gegen einzelne Reformen der Einwand verletzter Souveränitätsrechte erhoben worden. Das waren juristische Konstruktionen, die man mit mehr oder minder Recht zurückweisen konnte. Nun führt aber England mit der Parole „Los vom Palais“ einen Streich gegen die türkische Herrschaft, der diese ins Herz trifft. Denn ohne Prerogative des Staatsoberhauptes auf dem Gebiete der Armee, der Finanzen und der Beamtenernennung ist eine Herrschaft undenkbar, am wenigsten in einem monarchischen Staate. Es klingt fast wie ein Hohn, daß England, wenn seine Verlangen erfüllt sind, die Übernahme der fremden Reformagenten in den Sultansdienst gestatten will. Sie sollen dem Sultan den Treueid leisten dürfen, vorausgesetzt daß dieser im Lande nichts mehr zu sagen hat!

Man kann in London nun einmal nicht von dem Gedanken loskommen, daß in Mazedonien der Muselman der tyrannische Bedrucker und der Christ der arme Bedrückte ist. Wenn das wahr wäre, dann müßten sich die blu-

tigen Vorgänge zwischen Muselmanen einerseits und Christen andererseits abspielen. Aber das ist nicht der Fall. Die „Bedrückten“ schneiden sich unter einander die Hälse ab. Diese Tatsache allein wirft die ganze mazedonische Dogmatik Englands über den Haufen. Aber die kirchlichen Kreise betrachten nun einmal die Muselmanen als reißende Wölfe und die Christen als unschuldsvolle Lämmer. So haben sie es gelernt. Anders wollen sie es nicht wissen. Und das berühmte Balkankomitee fiele wie ein Kartenhaus zusammen, wenn die Wahrheit durchdränge. Darum glaubt sein Chef, Mr. Buxton, den ich im Haag kennen gelernt habe, alles, was ihm die Bulgaren erzählen. Daß orientalische Christen, zumal wenn sie ihr Ehrenwort geben, die Unwahrheit sagen könnten, ist ihm undenkbar. Die kirchlichen Kreise und das Balkankomitee sind sehr einflußreiche Faktoren, mit denen jedes englische Kabinett zu rechnen hat. Neuerdings scheint es in England doch auch andere Ansichten zu geben. In der Märznummer der „Empire Review“ befindet sich ein von Mr. Dicey geschriebener Artikel, der an der Thronrede*, soweit sie sich auf Mazedonien bezieht, scharfe Kritik übt. In dem Artikel heißt es am Schlusse: „The recognition of the plain truth that the troubles of Macedonia are not due to Turkish misgovernment but to the bitter animosities prevailing between Servians, Bulgarians and Roumanians, has no chance of being adopted by the so-called 'friends of Macedonia', because it is based on common sense. It is even more certain to be rejected by the British Government, because the retention of the Nonconformist vote is essential to the maintenance of the Liberal Party in power.“ Schade, daß der Schreiber bisher ein weißer Rabe in England geblieben ist.

Marschall

Nr. 8788

*Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall
an den Reichskanzler Fürsten von Bülow*

Ausfertigung

Nr. 50

Pera, den 26. April 1908

Unter den vielen Konfusionen, welche bezüglich der mazedonischen Frage bestehen, macht sich in neuerer Zeit besonders diejenige geltend, welche sich an das Wort „Banden“ knüpft. Man versteht unter diesem Sammelwort eine Reihe von Vorgängen, die in sich vollkommen ver-

* In der englischen Thronrede vom 29. Januar 1908 hieß es in bezug auf die mazedonische Frage: „The condition of the Christian and Mussulman population in the Macedonian vilayets shows no improvement; the bands of different nationalities continue to pursue a campaign of violence, and the situation gives serious cause for anxiety. The Great Powers of Europe have agreed to present to the Turkish Government a scheme for the improvement of the judiciary in that region and My Government have made further proposals to the Sultan, and also to the Great Powers, for dealing effectually with the principal causes of disturbance.“

schieden sind und daher auch einer verschiedenartigen Behandlung bedürfen. Trotzdem werden sie über denselben Leisten geschlagen. Diese Konfusion tritt ganz besonders in dem englischen Programm vom 3. März hervor. Das Londoner Kabinett kennt nur „bands“. Es sieht darin die Quelle des mazedonischen Übels und verlangt die Repression derselben unter scharfen Vorwürfen gegen die türkische Staatsgewalt, daß sie in dieser Beziehung sich vollkommen ohnmächtig gezeigt habe. Indem dabei ganz ungleichartige Dinge zusammengeworfen werden, gelangt die englische Regierung zu Urteilen und Vorschlägen, die als durchaus verfehlt erscheinen.

Als im Jahre 1903 unmittelbar auf die erste Reformaktion der Mächte ernste Unruhen in Mazedonien ausbrachen, waren es von Bulgarien in das Land übergetretene „Banden“, welche dieselben hervorriefen. Das waren mehr oder minder militärisch organisierte Gruppen, die aus Hunderten von Leuten bestanden. Sie waren wohlbewaffnet und suchten direkt den Kampf mit den türkischen Truppen. Sie waren durchaus revolutionären Charakters. Ihr Ziel war, die türkische Herrschaft zu beseitigen. Die Führer waren sich wohl bewußt, daß dieses Ziel nicht direkt durch militärische Erfolge erreichbar war. Sie strebten dasselbe indirekt an, indem sie die türkischen Truppen zu Ausschreitungen verleiteten. Die von Muselmanen an Christen verübten „Massakers“ sollten die Nerven der europäischen Mächte erschüttern und dieselben zum Eingreifen gegen die türkische Herrschaft verleiten. Der Plan gelang insofern, als im Jahr 1903 das berühmte Münzsteger Programm zustande kam. Das genügte natürlich den Revolutionären nicht. Fortgesetzt wurden neue Banden aus Bulgarien entsendet. Es folgten dann, wenn auch in weit geringerem Umfange, die serbischen Banden. Eine wesentliche Änderung in der ganzen Bewegung trat etwa vor zwei Jahren ein, als die griechischen Banden auf dem Schauplatze erschienen. Der Charakter des griechischen Vorgehens war derjenige einer Gegenrevolution. Die griechische Bande war nicht gegen die türkische Herrschaft, sondern gegen die Bulgaren gerichtet¹, welche selbst die Herrschaft in Mazedonien an sich reißen wollten. So entstand der blutige Kampf zwischen den christlichen Nationalitäten, der heute noch den mazedonischen Zuständen den Stempel aufdrückt. Aber die „Banden“ in dem erwähnten Sinne sind nach allen Berichten seit einiger Zeit in wesentlicher Abnahme begriffen. Die türkischen Truppen, die im Anfang die Griechen, eben weil diese gegen die Bulgaren losgingen, schonten, haben später ihre Schuldigkeit getan. Tausende von Teilnehmern der Banden sind in den letzten zwei Jahren von türkischen Soldaten erschossen worden. Viele hervorragende Bandenführer sind auf dem Platze geblieben. Dabei scheinen namentlich in Bulgarien die Geldmittel auszugehen. Endlich ist Uneinigkeit unter den verschiedenen Komitees ausgebrochen. Verschiedene leitende Personen befürworten die Einstellung der Bandenbildung, da die Opfer derselben in keinem Verhältnisse zu den Erfolgen ständen.

Dagegen ist mit der Zeit eine neue Erscheinung aufgetreten, nämlich die Bandenbildung ad hoc, das heißt zur Begehung eines bestimmten, vorher verabredeten Verbrechens gegen Angehörige eines anderen christlichen Volksstamms. Das vollzieht sich nach folgendem Schema. Eine Anzahl von Leuten, meist Einheimischen, die den Tag über noch friedlich auf dem Felde gearbeitet haben, versammeln sich zur Nachtzeit in dem Hause eines Vertrauensmannes. Das ist entweder ein Schulmeister oder ein Handelsagent, ein Konsularbeamter oder ein Priester. Es kann auch ein Archimandrit oder selbst ein Bischof sein. Ich erinnere an den berüchtigten Bischof von Drama, den „bandit mitré“, welchen der Großwesir trotz des Widerstandes des Patriarchats aus seiner Diözese entfernen ließ, weil er erwiesenermaßen an einem blutigen Verbrechen beteiligt war. In dem Hause des Vertrauensmanns wird nun das Verbrechen im einzelnen verabredet. Man versieht sich mit Waffen, wenn nötig auch mit Bomben. Dann geht es nach einem benachbarten Dorfe. Dort wird in nachtschlafender Zeit das Verbrechen gegen die Angehörigen einer anderen Nationalität verübt, und am anderen Morgen sind die Übeltäter wieder friedliche Bauern. Man kann natürlich auch in diesem Falle von einer „Bande“ sprechen, aber es ist klar, daß hier ganz andere Verhältnisse vorliegen als bei den „Banden“ im obigen Sinne. Das englische Memorandum führt nun das Verbrechen von Dragosch* als einen Beweis dafür an, daß die türkischen Behörden durchaus unfähig sind zur „suppression of bands“. Nun war das Verbrechen von Dragosch genau nach obigem Schema von Griechen gegen Bulgaren verübt worden. Dabei fanden fünf Männer, zehn Frauen und elf Kinder den Feuertod. Daß diese Scheußlichkeit von Christen gegen Christen verübt wurde, ist in dem Memorandum nicht erwähnt. In ein Schriftstück, das recht eigentlich eine Anklageschrift gegen die Türken bildet, paßt die Erwähnung dieser Tatsache nicht hinein.

Wenn nun die englische Regierung unter besonderem Hinweis auf den Fall von Dragosch den türkischen Behörden den Vorwurf macht, daß sie unfähig seien, die Banden zu unterdrücken, so fragt man sich, welche Mittel zu Gebote stehen, um solche Verbrechen zu hindern. Was das Londoner Kabinett hier verlangt, ist nicht Repression, sondern Prävention. Nun besteht meines Wissens auch in England kein wirksames Präventivsystem gegen Verbrechen². Die englische Strafstatistik weist dies nach. Wenn dort jemand einen anderen ermorden will, so tut er es, und wenn mehrere Leute sich zu einer Bande vereinigen, um ein Verbrechen zu verüben, so hindert sie niemand daran. Die Herren Verbrecher haben nämlich in der ganzen Welt die überaus schlechte Gewohnheit, daß sie ihre Pläne vor der Polizei geheim halten und dazu noch die Übeltaten meistens bei Nacht und Nebel ausführen². Darum erntet anderwärts Polizei und Gendarmerie schon dann uneingeschränktes Lob,

* Näheres darüber im englischen Blaubuch: Turkey No 3 (1908) [Cd. 4076], p. 214ff.

wenn es ihr gelingt, nach Verübung eines Verbrechens die Täter zu ermitteln, was bekanntlich keineswegs immer geschieht. Im Falle von Dragosch ist es den Türken gelungen. Aber jeder Kriminalist weiß, daß Verbrechen wie das von Dragosch durch die gewöhnlichen polizeilichen Mittel nicht verhindert werden können. Ganz unbrauchbar für solche Zwecke ist das Militär. Selbst wenn man fliegende Korps bildet, wird das nichts helfen. Denn fliegende Korps können nicht überall sein. Und die Verbrecher sind vorsichtig genug, daß sie erst losgehen, wenn sie durch ihre Spione wissen, daß das Terrain sicher ist.

Um die Frage vollkommen zu erschöpfen, muß ich bezüglich der Unmöglichkeit, Verbrechen zu hindern, eine Einschränkung machen. Wenn Verbrechen der gleichen Art so häufig vorkommen wie in Mazedonien, so weist dies auf ein einheitliches Motiv. Und dahinter steht immer eine förmliche Organisation. Indem man diese gewaltsam zerschlägt, beugt man den Verbrechen vor. Nun weiß alle Welt, daß in Mazedonien für jeden christlichen Volksstamm eine solche Organisation vorhanden ist. Die Türken haben alle Fäden derselben in der Hand. Die Leiter sind die Schulmeister, die Handelsagenten, die Konsuln, die Priester und die Bischöfe. Aber gegen diese darf die Türkei nicht einschreiten. Denn diese geistigen Urheber der Verbrechen stehen unter dem Schutz derselben Mächte, welche unablässig die Türken anklagen, daß sie die Ordnung im Lande nicht aufrechterhalten³. Speziell in England und Rußland, die ja zurzeit eine Art Führerrolle in der Reformaktion beanspruchen, würde Presse und öffentliche Meinung außer Rand und Band geraten, wenn die Türken sich an „Einrichtungen christlicher Zivilisation und Kultur“ vergreifen wollten.

Ein letztes Mittel, in Mazedonien Ruhe herzustellen, bestände darin, daß die Mächte ihrerseits mit den „Reformen“ etwas Ruhe geben⁴. Pronunziamentos wie das letzte englische Memorandum, welches offen die Loslösung Mazedoniens von der türkischen Herrschaft ins Auge faßt, schaffen, indem sie die nationalen Leidenschaften immer wieder entfachen, mehr Schaden als 35000 zuverlässige gardes champêtres wieder gutmachen können. Wenn man jetzt, nachdem die Mandate der Reformagenten auf sieben Jahre verlängert sind, die Verwaltung gebessert ist und die Justiz — in der Beziehung stimmen alle unbefangenen Kenner des Landes überein — normal fungiert, mit den „Reformen“ auf zwei bis drei Jahre innehalten und damit den christlichen Nationalitäten das Motiv des gegenseitigen Vernichtungskampfes entziehen wollte, so kann mit Sicherheit auf eine wirkliche Besserung der Zustände gerechnet werden. Wenn aber bei der Reparatur eines Pulvermagazins die Handwerksleute fortwährend mit brennenden Fackeln in demselben hantieren, dann darf man sich nicht wundern, wenn eines Tages eine Explosion eintritt.

Glücklicherweise werden die Verhandlungen unter den Mächten dem Anscheine nach noch geraume Zeit in Anspruch nehmen. Wenn ich die verschiedenen Projekte und Gegenprojekte betrachte, die zurzeit vor-

liegen, so gelange ich zu der ebenso unmaßgeblichen wie respektwidrigen Schlußfolgerung, daß die Verwirrung in Mazedonien nicht so groß ist als diejenige unter den Mächten über die Frage, wie dort Ordnung und Ruhe herzustellen sei.

Marschall

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

¹ Richtig

² bravo!

³ richtig

⁴ zweifellos, wenn sie es nur täten

Schlußbemerkung des Kaisers:

Großartig! absolut wahr!

Nr. 8789

*Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Schoen
an den Geschäftsträger in London Wilhelm von Stumm*

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Zimmermann

Nr. 662

Berlin, den 30. April 1908
[abgegangen am 8. Mai]

Zu Ew. pp. gefälligen Orientierung und eventuellen Verwertung gegenüber der dortigen Regierung.

Der türkische Geschäftsträger* hat mir mitgeteilt, daß die Pforte in der mazedonischen Reformfrage sich zu weiteren als den seinerzeit den Botschaftern bekannt gegebenen Konzessionen nicht entschließen könne. Gegen die neuen russischen Reformvorschläge verhalte sie sich ablehnend. Besonders bedenklich erscheine ihr namentlich der Vorschlag der Einführung von „gardes communales“, da eine derartige Maßnahme nach den in Ostrumelien bereits gemachten Erfahrungen nur dazu dienen würde, den Gelüsten nach Losreißung der mazedonischen Wilajets von der Türkei Vor Schub zu leisten.

Ich habe dem Geschäftsträger erwidert, daß wir die russischen Vorschläge für durchaus maßvoll hielten. Wir könnten daher nur empfehlen, daß die Pforte sich ihnen wohlwollend gegenüberstelle, da durch eine ablehnende Haltung die Situation für die Türkei nur ungünstig beeinflusst werden könnte.

v. Schoen

* Ali Ihsan Bey.

Nr. 8790

*Der Geschäftsträger in London Wilhelm von Stumm
an den Reichskanzler Fürsten von Bülow*

Ausfertigung

Nr. 427

London, den 4. Mai 1908

Graf Benckendorff hat, wie ich ganz vertraulich erfahre, Sir Edward Grey die russische Antwort auf die englische Note bezüglich der mazedonischen Reformen in der Weise erteilt, daß er dem Minister eine Depesche Herrn Iswolskys vorgelesen und auf Sir Edward Greys Wunsch diesem dann eine Abschrift derselben zurückgelassen hat.

Soviel ich bisher habe feststellen können, akzeptiert Herr Iswolsky im großen und ganzen den englischen Standpunkt, insbesondere bezüglich der besonderen Garantien, mit denen der Generalinspektor zu umgeben ist, verhält sich dagegen bezüglich einer Verminderung der türkischen Truppen ablehnend. Hinsichtlich der Anregung Sir Edward Greys, den Bedürfnissen für die Zivilverwaltung ein Vorrecht vor den Ausgaben für die türkischen Truppen zu geben, scheint der Minister darauf aufmerksam gemacht zu haben, daß eine solche Regelung bereits in den Beschlüssen bezüglich der Finanzkontrolle vom Jahre 1905 vorgesehen sei, so daß es sich nur darum handeln würde, diese älteren Bestimmungen genau durchzuführen.

Als ich Sir Edward Grey heute frug, wie die englische Regierung der russischen Antwort gegenüberstehe, erwiderte der Minister, er glaube, daß dieselbe geeignet sei, die Basis für eine Verständigung zu bilden, doch müsse er sich eine genauere Prüfung noch vorbehalten. Ihm komme es weniger auf die Form als auf den Inhalt an. Er wünsche, daß ein Reformprojekt dem Sultan präsentiert werde, das praktische Ergebnisse haben werde (would be effective); denn nur ein solches könne er im Parlament vertreten. Reformen, die nur in leeren Worten beständen, müsse er ablehnen sich anzueignen und im Parlament zu verteidigen.

Stumm

Nr. 8791

*Der Geschäftsträger in London Wilhelm von Stumm
an den Reichskanzler Fürsten von Bülow*

Ausfertigung

Nr. 471

London, den 16. Mai 1908

Ich traf kürzlich Oberstleutnant Fairholme, der bis vor einigen Jahren als Militäradjunkt bei der mazedonischen Gendarmerie Verwendung gefunden hatte und jetzt noch häufig vom Foreign Office in mazedonischen Angelegenheiten konsultiert wird. Derselbe bezeichnete mir die Reform-

Nr. 8792

*Der Geschäftsträger in London Wilhelm von Stumm
an den Reichskanzler Fürsten von Bülow*

Ausfertigung

Nr. 483

London, den 20. Mai 1908

Nachdem ich in Erfahrung gebracht hatte, daß hier am vorigen Samstag die Antwort der englischen Regierung auf die letzte Kundgebung der russischen Regierung bezüglich der mazedonischen Reformfrage übergeben worden war, bat ich heute Sir Charles Hardinge um Überlassung einer Abschrift der betreffenden Note. Der Unterstaatssekretär übergab mir darauf den gehorsamst beigefügten Abdruck des vom 15. d. Mts. datierten Schriftstückes*.

Die bemerkenswertesten Punkte darin dürften die Forderung sein, daß dem Generalinspektor sofort eine mobile Kolonne türkischer Truppen zur Verfügung gestellt werde im Hinblick auf das drohende Wiederaufleben des serbischen und griechischen Bandenwesens, sowie der Vorschlag, im Falle der Verzögerung der Zustimmung des Sultans zum mazedonischen Budget dasselbe ohne diese in Wirksamkeit treten zu lassen.

Stumm

Nr. 8793

*Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès
an den Reichskanzler Fürsten von Bülow*

Ausfertigung

Nr. 218

St. Petersburg, den 2. Juni 1908

Bezüglich der letzten englischen Antwort in der Frage der Reformvorschläge für Mazedonien** sagte mir Herr Iswolsky, diese Antwort befriedige ihn noch nicht ganz. Die englischen Vorschläge gingen ihm in einigen Punkten noch zu weit. Der Minister ging auf diese Punkte nicht näher ein, da er, wie er bemerkte, das englische Schriftstück noch nicht genau genug studiert habe¹. Er sprach aber die Absicht aus, mit möglichster Beschleunigung die Vorschläge neu zu formulieren. Für diese Formulierung hofft er dann gelegentlich der Entrevue in Reval*** die Zustimmung des Sir Charles Hardinge zu erlangen.

F. Pourtalès

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:

¹ Gelogen

* Hier nicht abgedruckt.

** Vgl. Nr. 8792.

*** Vgl. dazu Kap. CLXXXIX.

*Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Schoen
an den Botschafter in Wien von Tschirschky*

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Zimmermann

Nr. 621

Berlin, den 3. Juni 1908

Zu Ew. pp. gefälliger Orientierung.

Nach Inhalt des neuesten englischen Memorandums zur mazedonischen Reformfrage vom 15. v. Mts.* scheint Sir Edward Grey ganz besonderen Wert auf die Annahme seines Vorschlags zu legen, daß dem Generalinspektor zur Unterdrückung des Bandenunwesens sofort eine mobile Kolonne türkischer Truppen zur Verfügung gestellt werde.

Freiherr von Marschall ist daher um eine telegraphische Äußerung zu diesem Vorschlag ersucht worden. Er hat darauf unterm 2. d. Mts. folgendes gemeldet:

„Der Sultan wird niemals im Prinzip dem Generalinspektor eine von seiner Autorität unabhängige Kommandogewalt einräumen. Auch ist der englische Vorschlag vollkommen unnötig und unpraktisch. Von einer Zentralstelle aus können die fliegenden Kolonnen unmöglich kommandiert werden, denn ihre Aufgabe besteht eben darin, im gegebenen Falle rasch und selbständig einzugreifen. Soweit es sich aber um Anordnungen allgemeiner Natur, Dislokationen usw. handelt, hat Hilmi Pascha schon jetzt alle nötigen Befugnisse. Wenn die englische Regierung behauptet, daß diese Befugnisse nach den gemachten Erfahrungen nicht genügen, so rührt dies lediglich daher, daß man in London noch immer nicht zwischen Banden und Banden unterscheidet und die Verhinderung von Verbrechen auch in solchen Fällen erwartet, wo eine solche der Natur der Sache nach überhaupt nicht möglich, am allerwenigsten durch militärisches Einschreiten möglich ist.“

Euere Exzellenz bitte ich, diese Ausführungen Baron Aehrenthal gegenüber zu verwerten. Zu Ihrer persönlichen und ganz vertraulichen Information bemerke ich noch, daß Freiherr von Marschall gleichzeitig über eine Unterredung mit Markgraf Pallavicini berichtet hat. Danach hat Markgraf Pallavicini in einem gestern nach Wien erstatteten Bericht die Ansicht vertreten, daß in den neuesten englischen Vorschlägen keine einzige wirkliche Konzession enthalten sei, das Londoner Kabinett vielmehr darauf beharre, den christlichen Generalgouverneur „einzuschmugeln“ und die Sultansgewalt in ihren wichtigsten Attributen zu beseitigen. Er gelangt daher in seinem Bericht zu der Konklusion, daß die englischen Vorschläge kein Substrat für eine Verständigung unter den Mächten zu bilden vermögen.

v. Schoen

* Vgl. Nr. 8792.

*Der Botschafter in Wien von Tschirschky
an den Reichskanzler Fürsten von Bülow*

Entzifferung

Nr. 139

Wien, den 6. Juni 1908

Inhalt des hohen Erlasses Nr. 621 vom 3. d. Mts.* verwertet. Freiherr von Aehrenthal teilt die Ansicht des Freiherrn von Marschall, daß Zuteilung einer mobilen Kolonne türkischer Truppen an Hilmi Pascha unnötig und unpraktisch sei. Er habe allerdings dem Markgrafen Pallavicini unlängst dahin Instruktion erteilt, er möge versuchen, ob der Sultan nicht vielleicht zu bewegen sei, von sich aus irgend eine Konzession zur Befriedigung der englischen Forderung zu machen. Die Türken hätten aber abgelehnt, was er übrigens ganz begreiflich finde.

Zweifellos liege es in dem Plan Englands, die Autonomie Mazedoniens langsam vorzubereiten. „Das ist aber nicht unser Interesse, und wir können diese Politik nicht mitmachen.“

Freiherr von Aehrenthal führte dann weiter aus, daß es seiner Ansicht nach das klügste sein werde, sobald die neuen russisch-englischen Vorschläge an die Kabinette gelangt sein würden, zu antworten, die Entscheidung dieser Frage gehöre zur Kompetenz des europäischen Konzerts, und daher sei es praktisch, sie zunächst dem Organ des europäischen Konzerts, nämlich der Botschafterkonferenz in Konstantinopel vorzulegen. Die Botschafter als Sachverständige an Ort und Stelle seien am besten in der Lage zu ermitteln, ob die Vorschläge geeignet wären, das Parallelziel der Pazifizierung und Reorganisation der drei Wilajets zu erreichen. Er schlage dies nicht etwa vor, weil er sich um eine Antwort „drücken“ wolle, sondern weil er zu der Einsicht gelangt sei, daß die Verhandlungen zwischen den Kabinetten — die ohne genügende Sachkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse geführt würden — zu keinem praktischen Ergebnisse führen könnten. Außerdem sei es nicht günstig für die Erhaltung des Konzerts, wenn die eine oder die andere Macht einzeln ihre Bedenken und ihren abweichenden Standpunkt dem russisch-englischen Vorschlag gegenüber zu präzisieren habe. Es möge den Botschaftern überlassen werden, auf Grund der russisch-englischen Propositionen eine ihnen auch für die Türken annehmbar erscheinende Kollektivnote auszuarbeiten und sie der Pforte zu überreichen. Je nach deren Antwort könne man dann weiter operieren. Lächelnd fügte der Minister hinzu, die Botschafter würden in Kürze fast alle auf Urlaub gehen; vor dem Herbste würden also die Verhandlungen der Konferenz jedenfalls nicht beginnen können.

von Tschirschky

* Siehe Nr. 8794.

Nr. 8796

*Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Schoen
an den Botschafter in Wien von Tschirschky*

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Zimmermann

Nr. 669

Berlin, den 11. Juni 1908
[abgegangen am 12. Juni]

Mit Beziehung auf den gefälligen Bericht Nr. 139 vom 6. d. Mts.* bitte ich Euere Exzellenz, Baron Aehrenthal gelegentlich zu sagen, daß wir den von ihm hinsichtlich weiterer Behandlung der russisch-englischen Reformvorschläge vertretenen Standpunkt völlig teilen.

Den hiesigen österreichisch-ungarischen Botschafter habe ich in entsprechendem Sinne verständigt.

v. Schoen

Nr. 8797

*Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès
an den Reichskanzler Fürsten von Bülow*

Ausfertigung

Nr. 234

St. Petersburg, den 15. Juni 1908

Bei meinen Unterredungen mit Herrn Iswolsky hat dieser mir von sich aus keine Gelegenheit gegeben, mich im Sinne der Ansichten des Kaiserlichen Botschafters in Konstantinopel zur Frage der nach dem englischen Vorschlage dem Generalinspektor Hilmi Pascha zur Verfügung zu stellenden fliegenden Kolonnen zu äußern. Dagegen habe ich heute in einem Gespräch mit Herrn Tscharykow die Auffassung des Freiherrn von Marschall über diese Frage verwerten können.

Ich ging davon aus, daß nach Ansicht des Kaiserlichen Botschafters von Banden in dem ursprünglichen Sinne des Wortes in Mazedonien nicht mehr gesprochen werden könne, man es vielmehr nur noch mit vereinzelt plötzlich auftauchenden Banden zu tun hätte, die sich nach Verübung irgend eines geplanten Verbrechens wieder auflösten. Herr Tscharykow erwiderte, er teile die Ansichten des Freiherrn von Marschall vollkommen, soweit es sich um organisierte Banden aus Bulgarien und Serbien handle. Diese seien allerdings nicht mehr vorhanden, besonders weil man jetzt in Bulgarien klug genug sei, die Organisation solcher Banden nicht zu dulden. Anders stehe es aber mit den griechischen Banden. Tatsächlich befänden sich im Süden Mazedoniens noch vier wohlorganisierte griechische Banden, deren Führer, Zusammensetzung und Aufenthaltsort genau be-

* Siehe Nr. 8795.

kannt seien. Diesen mit bewaffneter Macht entgegenzutreten, sei zur Herstellung der Ruhe in Mazedonien unbedingt notwendig. Da die Gendarmerie hierzu nicht stark genug sei, so glaube er allerdings, daß diese Aufgabe am besten durch die von englischer Seite vorgeschlagenen fliegenden Kolonnen erfüllt werden könnte. Als ich darauf hinwies, daß Freiherr von Marschall es besonders als bedenklich bezeichnet habe, dem Generalinspekteur eine von des Sultans Autorität unabhängige Kommandogewalt einzuräumen, weil der Sultan sich dem zweifellos widersetzen werde, wollte Herr Tscharykow dies nicht zugeben, weil tatsächlich dadurch an den bestehenden Zuständen nicht viel geändert würde. Schon jetzt beständen derartige fliegende Kolonnen, denn die Gendarmen requirieren in Fällen, wo es notwendig sei, zu ihrer Unterstützung von dem betreffenden Wali militärische Hilfe, die für die Dauer dieser Unterstützung ebenfalls zur Verfügung des Generalinspektors stehe. Auch daß die fliegenden Kolonnen von einer Zentralstelle aus schwer zu kommandieren seien, wollte Herr Tscharykow nicht zugeben. Die erwähnten vier griechischen Banden müßten aber möglichst bald unschädlich gemacht werden, weil sie sonst nach Norden vordringen würden und dann die Gefahr entstände, daß, um ihnen entgegenzutreten, sich wieder bulgarische und serbische Banden bildeten. Herr Tscharykow ist übrigens der Ansicht, daß der in Rede stehende englische Vorschlag schon dadurch sehr an Schärfe verloren habe, daß sich die Situation in Mazedonien in der letzten Zeit erheblich gebessert habe, da die für das Frühjahr befürchtete Bildung neuer Banden und infolgedessen neue Ausschreitungen nicht erfolgt seien. Herr Tscharykow hob schließlich hervor, daß in der letzten englischen Antwort auf das russische Memorandum* der sehr verständige Vorschlag enthalten sei, die Frage der fliegenden Kolonnen von der der übrigen mazedonischen Reformen zu trennen. Auf diese Weise werde man über die erstere Frage besonders verhandeln und eventuell auftauchende Bedenken berücksichtigen können.

F. Pourtalès

* Vgl. Nr. 8792.

Kapitel CLXXXIX

Die Entrevue in Reval
Legenden und Intrigen

Nr. 8798

*Der Geschäftsträger in London Wilhelm von Stumm
an das Auswärtige Amt*

Telegramm. Entzifferung

Nr. 153

London, den 20. Mai 1908

Schon seit acht Tagen hatte ich Anzeichen dafür, daß ein Besuch König Eduards in Rußland bevorstehe. Graf Benckendorff stellte dies aber auf eine Frage meinerseits bestimmt in Abrede. Heute ließ mich nun Sir Charles Hardinge rufen und sagte mir im Auftrage Sir E. Greys, daß König Eduard sich mit seiner Jacht Anfang Juni zu einem zweitägigen Zusammentreffen mit dem Zaren nach Reval begeben werde. Er habe es für zweckmäßig gehalten, mir dies mitzuteilen, um Mißdeutungen vorzubeugen, denen dieses Ereignis ausgesetzt sein könne. König Eduard hege sehr freundschaftliche Gefühle für den Zaren und habe ihn seit sieben Jahren nicht mehr gesehen. Außerdem habe er ihm überhaupt noch keinen Besuch abgestattet. So erkläre sich die Zusammenkunft, die seit zwei Jahren geplant gewesen sei.

Stumm

Nr. 8799

*Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès
an das Auswärtige Amt*

Telegramm. Entzifferung

Nr. 162

St. Petersburg, den 26. Mai 1908

Bei Besprechung des bevorstehenden englischen Besuchs versicherte mir soeben Herr Iswolsky spontan in der bestimmtesten Weise, daß er nicht daran denke, in neue politische Kombinationen einzutreten. Eine Erweiterung des bekanntlich nur mit Bezug auf ähnliche Spezialfragen abgeschlossenen anglo-russischen Abkommens werde hier nicht beabsichtigt. Bezüglich der mazedonischen Reformvorschläge* hofft der Minister sich auf einer für alle Mächte annehmbaren Basis mit Sir Charles Hardinge zu einigen. Mit Deutschland, schloß Herr Iswolsky, wünschen wir nur wie bisher „les relations les plus cordiales“.

Portalès

* Vgl. dazu Kap. CLXXXVIII.

Nr. 8800

*Der Gesandte in Belgrad Prinz von Ratibor
an den Reichskanzler Fürsten von Bülow*

Ausfertigung

Nr. 68

Vertraulich

Belgrad, den 28. Mai 1908

Aus einem Privatbrief eines Mitgliedes der österreichisch-ungarischen Botschaft in St. Petersburg entnehme ich, daß in der K. und K. Botschaft angenommen wird, Seine Majestät der König Eduard habe auf den demnächst dort zu machenden Besuch in diesem Zeitpunkte den allergrößten Wert gelegt. Ferner heißt es in dem Brief: „Der Besuch wird weittragendere Wirkung haben, als ein geheimes Abkommen haben würde, das sicher nicht zustande kommt. Iswolsky glaubt übrigens zu schieben und wird geschoben¹.“

Aus dem Ton des Briefes spricht starkes Mißtrauen gegen England und auch gegen Herrn Iswolsky², obwohl dessen Versicherung, an der Entente mit Österreich-Ungarn festzuhalten, für den Augenblick von Graf Berchtold anscheinend für ehrlich³ gemeint gehalten wird.

M. Ratibor

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

¹ Richtig!

² sehr berechtigt

³ Unsinn!

Nr. 8801

*Der Botschafter in Wien von Tschirschky
an den Reichskanzler Fürsten von Bülow*

Ausfertigung

Nr. 133

Wien, den 2. Juni 1908

Die Entwicklung der Beziehungen zwischen Frankreich, England und Rußland erfüllt den Londoner Korrespondenten der „Nowoje Wremja“ Wesselitzy-Boshedarowitsch* mit lebhafter Befriedigung. Wie

* Von dem meist unter dem Pseudonym „Argus“ schreibenden russischen Korrespondenten und Geheimagenten von Wesselitzy ist in den Akten viel die Rede. Er erscheint als ein eifriger Anhänger panslawistischer Ideen, als Förderer erst der französisch-russischen Allianz und dann ihrer Ausweitung zur Tripelentente, und immer als ausgesprochener Feind Deutschlands. In den Jahren 1889—1892 hatte er in Berlin gelebt und hier die „Allgemeine Reichskorrespondenz“ herausgegeben, die sich besonders durch militärische und Hofnachrichten Eingang in die deutsche Presse zu

ich vertraulich unter der Hand erfahre, schreibt er seinem hiesigen Freunde triumphierend, daß das Einvernehmen zwischen England und Rußland dank der eifrigen Tätigkeit seiner — Wesselitzkys — Freunde und der Geschicklichkeit des Königs Eduard weitere Fortschritte mache. Die Dinge nähmen genau den Weg, wie er es vor Monaten vorausgesagt. Die Tripelallianz Frankreich-England-Rußland werde durch die Zusammenkünfte der drei Staatsoberhäupter im Herbst besiegelt werden.

Um nun Deutschland ganz zu isolieren, handle es sich nur noch darum, daß das österreichische Polentum offen und entschieden der slawischen Solidarität beiträte und den Standpunkt einer österreichischen Staatspartei, an dem es bis jetzt noch festhielte, und den seine konservativen Führer nur zögernd zu verlassen sich anschickten, endlich preisgäbe.

von Tschirschky

verschaffen wußte, in Wahrheit aber nach einem Immediatbericht Staatssekretär von Bülow vom 2. Februar 1898 panslawistischen Interessen diene. Im Jahre 1892 aus Preußen und darauf auch aus anderen deutschen Bundesstaaten ausgewiesen, verlegte Wesselitzky das Hauptfeld seiner Tätigkeit nach London, von wo aus er jedoch wiederholt in anderen europäischen Hauptstädten, namentlich in Wien, Gastrollen gab. In London, wo Wesselitzky eine angesehene Stellung erlangte und lange Jahre Präsident der Vereinigung der auswärtigen Pressevertreter (Foreign Press Association) war, hat er namentlich seit dem Burenkriege sein möglichstes getan, um die deutsch-englischen Beziehungen zu trüben und dagegen die russisch-englischen zu fördern. Am 20. Januar 1900 telegraphierte Freiherr von Eckardstein aus London an das Auswärtige Amt, daß Wesselitzky in letzter Zeit Großartiges in bezug auf die Verbreitung von Lügennachrichten zur Verhetzung Deutschlands und Englands geleistet habe. Auch aus der Zeit des russisch-japanischen Krieges, der russischen Revolution und der Haager Friedenskonferenz liegen Berichte über Wesselitzkys deutschfeindliche Machenschaften vor. Charakteristisch ist, daß auf einem Wesselitzky anlässlich seines zehnjährigen Jubiläums als Präsident der Foreign Press Association am 20. März 1907 gegebenen Bankett gerade Lord Reay, der dann als dritter englischer Delegierter zur Friedenskonferenz ging, Wesselitzky als „Weltfriedensstifter“ feierte, dem nicht nur Rußland die französische Allianz, England die russische Entente, sondern die ganze Welt den französisch-russisch-englischen Friedensbund verdanke. Im Herbst 1907 weilte Wesselitzky längere Zeit hindurch in Wien, wo er sich lebhaft bemühte, das Polentum für die allslawischen und zugleich die deutschfeindlichen Tendenzen zu gewinnen. Auch nach seiner Rückkehr nach London im Januar 1908 blieb Wesselitzky bemüht, seine zahlreichen Verbindungen mit den österreichischen und russischen Polen in deutschfeindlichem Sinne auszunützen. In einem Briefe des Botschafters in Petersburg Graf Pourtales an Fürst Bülow vom 28. März 1908 heißt es darüber: „Ohne positive Beweise dafür beibringen zu können, besitze ich doch viele Anhaltspunkte dafür, daß bei der in den letzten Wochen gegen uns betriebenen Hetze die Polen stark beteiligt waren. So bildeten die lügnerischen Korrespondenzen des bekannten Wesselitzky mit ihren perfiden Insinuationen den Ausgangspunkt der meisten gegen uns gerichteten Angriffe. Ich möchte dabei darauf hinweisen, daß der genannte Londoner Korrespondent der ‚Nowoje Wremja‘ mit Iswolsky in Beziehungen steht und wohl zweifellos auch mit seinem Landsmann, dem Londoner Botschaftsrat Poklewsky, bei welchem zum nationalen Haß des Polen noch Rancune gegen die Berliner Gesellschaft, in der er nicht genug gefeiert wurde, hinzukommt, Verbindungen hat.“

*Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès
an den Reichskanzler Fürsten von Bülow*

Ausfertigung

Nr. 224

St. Petersburg, den 5. Juni 1908

Herr Iswolsky, den ich gestern bei einer Abendgesellschaft traf, sagte mir, er lege Wert darauf, mich, bevor er Sonntag mit Seiner Majestät dem Kaiser nach Reval reise, eingehend zu sprechen, und bat mich, ihn heute nachmittag zu besuchen. Zugleich machte er mich darauf aufmerksam, daß heute ein offiziöser Artikel in der „Rossija“ erscheinen werde, zu dem er „le canevas“ gegeben habe¹.

Der Artikel wird von mir mit besonderem Bericht eingereicht*.

Unsere heutige Unterredung begann damit, daß der Minister mir den telegraphischen Auszug des „Rossija“-Artikels vorlas und sich dann in folgender Weise über seine Entstehungsgeschichte äußerte. Bei einem langen Vortrage, den er vor einigen Tagen beim Zaren gehabt habe, seien die russisch-deutschen Beziehungen eingehend besprochen worden. Anlaß hierzu habe besonders eine Meldung des Grafen Osten-Sacken geboten, daß Seine Majestät der Kaiser, unser allergnädigster Herr, sich in Wiesbaden ziemlich „gereizt“ über die neuerdings in Rußland immer mehr zum Ausdruck gelangende feindselige Stimmung gegen Deutschland ausgesprochen habe**. Herr Iswolsky hat, wie er mir sagte, seinem kaiserlichen Herrn ausführlich auseinandergesetzt, daß Deutschland sich in keiner Weise über Rußlands Haltung auf allen Gebieten der Politik

* Der von Graf Pourtalès mit Bericht Nr. 221 vom 5. Juni eingesandte Aufsatz der „Rossija“ betonte in der Form eines Begrüßungsartikels zur Ankunft Eduards VII., daß Rußland auf die freundschaftlichen Beziehungen zu allen Mächten und insbesondere zu seinem nächsten Nachbar Deutschland, mit dem es seit langer Zeit zahllose Verbindungen verknüpfte, Wert lege. Ausdrücklich wurden in dem „Rossija“-Artikel alle „neuen Bündniskombinationen zwischen den Mächten, da sie nur die friedliche Natur der abgeschlossenen Verträge stören und uns in fremden Streit verwickeln können“, abgelehnt. Nachdrücklich wurden die russischen Blätter zur Ordnung gerufen, „die Rußland auf den Weg neuer politischer Bündnisse zu drängen suchen und Deutschland zum Ziele beständiger und scharfer Ausfälle machen, indem sie ihm in allen aktuellen Fragen der internationalen Politik hinterlistige Ränke unterschieben, was durch keinerlei positive Tatsachen begründet ist“. Dazu bemerkte Kaiser Wilhelm II: „Tatischeff“ — der der Person des Kaisers seit 1906 attachiert war — „meldete mir beim Schrippenfest, daß dieses Communiqué herausgekommen sei, sei eine Folge meines sehr scharfen und deutlichen Gesprächs mit Osten-Sacken in Wiesbaden. Der habe einen hellen Schrecken bekommen und einen sehr eindringlichen Bericht gemacht, der dann das Nebenstehende zur Folge hatte. Ich habe Osten-Sacken meine Zufriedenheit mit dem Erfolge aussprechen lassen.“

** Nach einer Randbemerkung Kaiser Wilhelms II. zu einem Bericht des Grafen Pourtalès vom 12. Juni (siehe Nr. 8808) hätte er gesagt: „L'ingratitude de la Presse russe est foudroyante.“

beklagen könne, daß aber allerdings die russische Presse in den letzten Monaten einen wenig freundlichen Ton² gegen uns angeschlagen habe. Daraufhin sei beschlossen worden, den erwähnten „Rossija“-Artikel zu lancieren.

Der Minister bat mich, in diesem Artikel einen neuen Beweis dafür zu erblicken, daß er seinerseits nichts unterlasse, um der Hetze gegen Deutschland entgegenzutreten³. Er erinnerte daran, daß ich ihn in diesem Winter wiederholt gefragt hätte, warum die Regierung nicht gegen die vielen Verleumdungen der deutschen Politik in einem offiziellen Artikel Front mache*. Er habe bis jetzt von einem solchen Schritt Abstand genommen, weil er befürchtet habe, dadurch nur Öl in das Feuer zu gießen und die Presse zu noch stärkeren Ausfällen gegen uns zu reizen⁴. Untätig sei er aber auch bis jetzt nicht gewesen, er habe vielmehr mit allen Mitteln versucht, die Presse zu beschwichtigen. Herr Iswolsky erinnerte dabei auch an seine deutschfreundlichen Äußerungen in der Duma**. Seine ausführlichen Darlegungen, in denen er die Hetzereien der Presse gegen uns scharf verurteilte und seinen Wunsch betonte, mit uns die besten Beziehungen zu pflegen, klangen schließlich in Klagen darüber aus, daß seine deutschfreundliche Haltung und die Schwierigkeiten, mit denen er zu kämpfen habe, bei uns nicht hinreichend gewürdigt würden⁵.

Ich erwiderte dem Minister, diese Klagen schienen mir nicht berechtigt. Wir dächten garnicht daran, ihm Vorwürfe wegen einer unfreundlichen Politik zu machen. Unser allergnädigster Herr kenne die freundschaftlichen Gesinnungen des Kaisers Nikolaus gegen ihn, Seine Majestät könne daher nicht annehmen, daß die auswärtige Politik Rußlands in einem Deutschland feindlichen Sinne geleitet werde. Wohl aber werde in Deutschland mit wachsender Besorgnis das Treiben der hiesigen Presse beobachtet, welche es sich zur Aufgabe gemacht zu haben scheine, die Beziehungen zwischen beiden Nachbarländern zu trüben. Herr Iswolsky wisse selbst sehr gut, welchen großen Wert unser allergnädigster Herr auf die Pflege der traditionellen guten Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland lege, es sei daher natürlich, daß die auf Störung dieser Beziehungen gerichteten Bestrebungen Seine Majestät mit ernster Sorge erfüllen. Daß dabei auch die Frage aufgeworfen werde, ob nicht die Regierung etwas gegen diese Preßkampagne tun könne, liege nahe.

Herr Iswolsky bemerkte darauf, er sei gewiß der letzte, der die Gefahren dieser Kampagne unterschätze. Diese Gefahren lägen aber viel mehr auf dem Gebiete der inneren als auf dem der äußeren Politik. Das Erwachen des Chauvinismus und die Zuchtlosigkeit der Presse seien

* Vgl. dazu Kap. CLXXXVII.

** In seiner Dumarede vom 17. April 1908 hatte Iswolsky dankbar anerkannt, daß der russische Reformvorschlag bezüglich Mazedoniens (vgl. darüber Kap. CLXXXVIII) von Deutschland loyal unterstützt werde. Ausdrücklich betonte der russische Außenminister bei dieser Gelegenheit, daß die überaus freundschaftlichen Beziehungen zu Deutschland nicht einen Augenblick unterbrochen gewesen seien.

Symptome der noch keineswegs erloschenen Revolution. „C'est une nouvelle forme de la révolution.“ Die Hetze gegen Deutschland werde beinahe ausschließlich von radikalen Blättern betrieben. Diese befürworteten aus innerpolitischen Gründen die Annäherung an das liberale England und die Abwendung von dem angeblich reaktionären Deutschland⁶. Auch das Bündnis mit Frankreich sei seinerzeit mehr oder weniger aus innerpolitischen Gründen entstanden. Aus diesen Andeutungen könne ich schon ersehen, welch schweren Stand er habe. Ich gab das letztere gern zu, bemerkte aber, daß die Mitteilungen des Ministers keineswegs geeignet seien, mich mit Bezug auf die Wirkungen der Preßhetze auf die auswärtige Politik zu beruhigen. Wenn Herr Iswolsky andeute, daß das russisch-französische Bündnis auf innerpolitischer Grundlage wurzle, und zugleich zugebe, daß von radikaler Seite einer Annäherung an England mit deutschfeindlicher Spitze das Wort geredet werde, so scheine mir die Besorgnis wohl gerechtfertigt, daß, wenn die Regierung dieser Bewegung nicht Herr werde, sie schließlich auch zu einem gegen uns gerichteten Bündnis mit England getrieben werden könnte⁷. Herr Iswolsky wollte nicht zugeben, daß diese Gefahr bestehe, da die Sympathien für England in den breiten Schichten des russischen Volkes keine Wurzel hätten, im Gegenteil hier noch ein tiefes Mißtrauen gegen dieses Land bestehe, und zum Beispiel das anglo-russische Abkommen in weiten Kreisen hier keineswegs populär sei⁸.

Als der Minister dann darauf zurückkam, daß man in Deutschland den Einfluß der russischen Presse und die Wirkungen ihrer Hetzereien überschätze⁹, widersprach ich sehr bestimmt. Ich wies darauf hin, daß man sich nicht darüber wundern könne, wenn in Deutschland Volk und Regierung sich durch die systematische Vergiftung der öffentlichen Meinung besonders beunruhigt fühlten, wenn die russische Regierung, wie in der letzten Zeit, diesem Treiben mit gekreuzten Armen zusehe und erkläre, demselben gegenüber ohnmächtig zu sein. Gegen den Ausdruck „mit gekreuzten Armen“ protestierte Herr Iswolsky, indem er von neuem auf alles hinwies, was er zur Beruhigung der Presse getan haben will¹⁰.

Im weiteren Verlauf des Gesprächs bemerkte ich dann, ich könnte nicht zugeben, daß die Deutschenhetze nur von der radikalen Presse ausgehe, mir scheine vielmehr, als ob mit dem Nachlassen der Revolution der Nationalismus, welcher leider hier gleichbedeutend mit Deutschenhaß sei, in der Presse aller Parteien¹¹ zum Ausdruck komme und daher anscheinend auch im reaktionären Lager seine Vertreter habe. Herr Iswolsky wollte dies nicht gelten lassen und bemerkte, man dürfe aus den Auslassungen der „Nowoje Wremja“ nicht auf die Ansichten in reaktionären Kreisen schließen.

Der Minister kam dann bei weiterer Besprechung der Preßkampagne wieder auf die Ereignisse dieses Winters und gab seiner Verstimmung gegen Baron Aehrenthal von neuem in bitteren Worten Ausdruck¹². Ich konnte nicht umhin darauf hinzuweisen, daß die Hetze gegen uns schon

vor den bekannten Erklärungen des österreichisch-ungarischen Ministers in den Delegationen* eingesetzt habe, wenn ich auch zugeben wolle, daß die „Sandschakbahn“ viel zur Erregung der Geister beigetragen habe.

Auch im Laufe dieser Unterredung unterließ es der Minister, seiner Gewohnheit getreu, nicht, einige versteckte Anklagen gegen unsere Politik zu erheben. Als ich zum Beweise dafür, daß die gegen uns gerichteten haltlosen Insinuationen der hiesigen Presse hier vielfach Glauben gefunden hätten, daran erinnerte, daß selbst der Kriegsminister, wie aus seinen Äußerungen dem General von Jacobi gegenüber** hervorgegangen sei, an deutsche Intrigen, durch welche die Türkei zu einem Kriege gegen Rußland getrieben werden sollte, geglaubt habe, erwiderte Herr Iswolsky, es sei allerdings nicht zu leugnen, daß das Auftreten der deutschen Vertreter an verschiedenen Punkten geeignet gewesen wäre, Zweifel an der Loyalität unserer Politik zu erwecken¹³. Er wolle keine neuen Rekrimationen erheben, aber er könne mir nicht verschweigen, daß er auch heute noch fortwährend Nachrichten über russenfeindliche Treibereien unserer Vertretung in Teheran erhalte^{14***}. Ich antwortete dem Minister, ebenso wie die früheren gegen unsere Gesandtschaft erhobenen Vorwürfe sich nach dem eigenen Eingeständnis des Herrn von Hartwig† als unbegründet erwiesen hätten, würde es wohl auch mit diesen Nachrichten stehen. Im übrigen erklärte ich sehr bestimmt, wir wollten die bevorzugte Stellung Rußlands in Nordpersien gerne anerkennen und dächten nicht daran, in politischem Einfluß mit Rußland zu rivalisieren. Wenn wir aber, wie schon wiederholt, uns gegenüber einer russisch-englisch-französischen Gruppierung befänden, welche uns wirtschaftlich aus Persien zu verdrängen trachte, so würden wir uns dem sehr energisch widersetzen. Der Minister bestritt das Vorhandensein einer derartigen Gruppierung und versicherte, gegen unsere wirtschaftliche Betätigung in Persien nichts einzuwenden zu haben, solange wir die russischen Rechte respektierten. Als Beweis für die angebliche russenfeindliche Tätigkeit der deutschen Vertretung in Teheran führte er dann noch an, daß die aus Persien an die deutsche Presse gelangenden Telegramme, welche zum größten Teile die Zensur der deutschen Gesandtschaft passierten, in tendenziös unfreundlichem Sinne gegen Rußland gehalten seien. Auch eines auf tendenziös gefärbten Nachrichten aus Persien aufgebauten unfreundlichen Artikels der „Post“ gegen Rußland tat er Erwähnung.

Zum Schluß unserer Unterredung sprach ich Herrn Iswolsky die Hoffnung aus, daß der „Rossija“-Artikel, der gewiß bei uns einen guten Eindruck machen werde, auch hier eine gute Wirkung nicht verfehlen möchte. Ich bemerkte dabei, daß wenn, wie er ausgeführt habe, die

* Gemeint ist die Rede Freiherrn von Aehrenthals vom 27. Januar 1908, die das österreichische Sandschakbahnprojekt enthüllt hatte.

** Vgl. Kap. CLXXXVII, Nr. 8723, 8732.

*** Vgl. dazu Kap. CLXXXIV.

† Russischer Gesandter in Teheran.

Hetzereien der Presse als eine revolutionäre Erscheinung zu betrachten seien, beide Länder wohl um so mehr Grund hätten, gegen diese Krankheitserscheinung nach Mitteln zu suchen. Denn abgesehen von anderen gemeinsamen Interessen, die Rußland und Deutschland miteinander hätten, verbände beide Länder vor allem das Band der konservativen monarchischen Idee. Herr Iswolsky stimmte dem lebhaft zu.

Das Erscheinen eines offiziösen Artikels, in welchem die Regierung unter gleichzeitiger Betonung, daß von einer engeren Verbindung mit England keine Rede sei, einmal energisch gegen diejenigen auftritt, welche Deutschland auf allen Gebieten der auswärtigen Politik zu verdächtigen suchen, darf vom Standpunkt der deutsch-russischen Beziehungen immerhin als ein erfreuliches Ereignis angesehen werden, dessen Bedeutung noch durch die Wahl des Augenblicks der Veröffentlichung, unmittelbar vor dem englischen Besuch, erhöht wird.

F. Pourtalès

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

¹ Berlin!

² milde

³ erst nach Monaten nachdem ich seinem Botschafter grob geworden bin!

⁴ !!!

⁵ Hallunke!

⁶ und das macht er grade mit, der Anglophile Mann!

⁷ sehr richtig

⁸ !

⁹ !

¹⁰ fauler Kunde!

¹¹ ja

¹² !

¹³ Nanu!!! unerhört!

¹⁴ !

Schlußbemerkung des Kaisers:

Purzel hat vorzüglich gesprochen! Dank telegr[aphieren]. La faiblesse n'est pas la fausseté; mais elle en tient lieu, et elle en remplit les fonctions.

Nr. 8803

*Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès
an den Reichskanzler Fürsten von Bülow*

Ausfertigung

Nr. 227

St. Petersburg, den 9. Juni 1908

Die heute in Reval stattfindende Begegnung zwischen dem König von England und dem Zaren*, an welcher die Kaiserinmutter, die Kaiserin,

* Die Zusammenkunft in Reval, bei der König Eduard charakteristischerweise von Admiral Sir John Fisher (vgl. Nr. 8810, S. 459, Fußnote*) und General French begleitet war, dauerte vom 9. bis 10. Juni.

die Königin von Griechenland, der Großfürst-Thronfolger, die Großfürstinnen Olga, Tatjana, Maria und Anastasia sowie der Großfürst Michael Alexandrowitsch¹, die Großfürstin Alexandrowna und der Prinz von Oldenburg teilnehmen, wird allseitig als ein für den Frieden und für die Stellung Rußlands hochbedeutsames Ereignis gefeiert.

Die Äußerungen der Presse und der Politiker erwecken insofern ein besonderes Interesse, als der Besuch des Königs Eduard fast nirgends erwähnt wird, ohne daß gleichzeitig das Verhältnis zwischen Deutschland und Rußland erörtert wird. Jeder einzelne ist davon durchdrungen, daß es sich nicht nur um einen Höflichkeitsakt, sondern um einen wesentlichen Fortschritt der englisch-russischen Annäherung handelt, zu der Deutschland irgendwie Stellung nehmen könnte. Aus der Anwesenheit von vier russischen Staatsministern, des Botschafters Sir Arthur Nicolson und Sir Charles Hardinge läßt sich schließen, daß die Politik nicht zu kurz kommen wird.

Den meisten Zeitungen ist die französisch-russisch-englische Freundschaft sympathisch als Mittel zur Lahmlegung der deutschen Übermacht. Gleichwohl lassen in diesem Augenblick die Verleumdungen gegen uns ein wenig nach, nachdem sie ihren Zweck, eine deutschfeindliche Stimmung hervorzurufen, einigermaßen erreicht haben. Heute meint die Presse, man möchte übrigens auch mit Deutschland gern in Frieden leben. Diese schönen Worte kommen zu spät, als daß sie unser Urteil über das Verfahren der russischen Journalisten und ihrer Hintermänner ändern könnten².

Der schlechte Eindruck kann auch nicht verwischt werden durch die Äußerungen einiger hervorragender Politiker, welche von der „St. Petersburger Zeitung“ mit Geschick zusammengestellt sind, und von denen ich einige kurz zitieren möchte:

1) Der Dumapäsident Chomjakow hält den Frieden zur Gesundung Rußlands für notwendig und meint deshalb, daß aus der Annäherung an England kein Bündnis entstehen dürfe, weil sich daraus ein Konflikt mit Deutschland ergäbe. England könne als Inselstaat ruhig zusehen, wenn Deutschland und Rußland sich bekriegen. Die Russen würden nur dabei zu verlieren haben.

2) Der Kadettenführer tritt energischer für die Annäherung ein und scheint sich um Deutschlands Ansicht weniger zu kümmern.

3) Der zweite Vorsitzende der Landesverteidigungskommission Chwoschtschinsky erblickt mit Rücksicht auf das Emporkommen Japans und Chinas in der heutigen Annäherung den ersten Schritt zu einem Bündnis zwischen Rußland und England.

4) Der Führer der gemäßigten Rechten Krupensky verwirft die möglichen Verträge mit England für den Fall, daß sie eine Bedrohung anderer Mächte — soll heißen Deutschland — darstellten.

5) Der Führer der äußersten Rechten Purischkewitsch sagt, die Annäherung laufe auf ein Bündnis hinaus und habe bedauerlicherweise eine Spitze gegen Deutschland.

F. Pourtalès

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

¹ Zu mir sind die nie gekommen

² richtig

Schlußbemerkung des Kaisers:

Wir wissen jetzt was wir von den Hallunken zu erwarten haben!

Nr. 8804

*Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin
an den Reichskanzler Fürsten von Bülow*

Ausfertigung

Nr. 318

Paris, den 10. Juni 1908

Diejenigen französischen Blätter, welche gewohnheitsmäßig mehr oder minder in Sensation arbeiten und auf ein nervöses Leserpublikum spekulieren, behandeln auch die Monarchenbegegnung von Reval in diesem Sinne, wobei schlecht verhüllte Schadenfreude über das vereinsamte Deutschland eine Hauptrolle spielt und mit besonderer Vorliebe die Frage ventilirt wird, ob dem so „eingekreisten“ Deutschland nicht doch eines Tages der Geduldsfaden reißen könnte. pp.*

Radolin

Nr. 8805

Kaiser Wilhelm II. an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Eigenhändig

Geheim

N[eues] Palais 11/VI 08

Lieber Bülow

Folgendes Chiffretelegramm soeben vom Zaren eingelaufen:

Uncle was most kind and amiable. In our talks political questions were hardly touched**. He named me Admiral of his fleet. On the whole I am very pleased with this meeting which has changed absolutely nothing.

Bitte Entwurf einer Antwort vorlegen.

Kaiserin auf Wege der Besserung. Konnte größten Theil des Tages auf chaise longue im Garten zubringen.

Wilhelm I. R.

* Der Schluß des Berichts ist der Wiedergabe einzelner Pressestimmen gewidmet.

** Diese Angabe des Zaren erscheint wenig glaublich angesichts der Tatsache, daß zwischen beiden Monarchen und ihren politischen Beratern eine stundenlange Besprechung stattfand. Vgl. Nr. 8807.

Nr. 8806

Kaiser Wilhelm II. an Kaiser Nikolaus II. von Rußland

Telegramm. Konzept*

[Neues Palais, den 12. Juni 08]

Best thanks for your kind telegram. I am happy to hear that you are satisfied with your meeting with uncle Bertie. I sincerely trust that your impression that nothing has been changed will prove correct by the course of events. I congratulate you on your having become my colleague as admiral of the British fleet. Victoria was able to stay nearly the whole day in the garden partly walking. Best love to Alix.

Willy

Nr. 8807

*Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès
an den Reichskanzler Fürsten von Bülow*

Ausfertigung

Nr. 229

St. Petersburg, den 12. Juni 1908

Die Monarchenzusammenkunft in Reval hat bei schönem Wetter programmäßig stattgefunden. Die hierher zurückgekehrten Teilnehmer äußern sich sehr befriedigt über den Verlauf. Die politische Bedeutung der Begegnung richtig zu bewerten, dürfte jetzt noch verfrüht sein. Offiziös ist bis jetzt hauptsächlich auf diejenigen Ziele hingewiesen worden, welche der englische Königsbesuch nicht verfolge. Von russischer wie von englischer Seite ist betont worden, daß von einer Erweiterung des im vorigen Jahre zwischen England und Rußland geschlossenen Abkommens zu einem Bündnisse keine Rede sei, und daß die russisch-englische Annäherung gegen niemanden eine feindliche Spitze habe. Neben dieser negativen Seite wird aber die Entrevue wohl auch ihre positiven Ergebnisse gehabt haben. Herr Iswolsky hat als Gegenstand, den er mit Sir Charles Hardinge besprechen wolle, meinen Kollegen wie mir gegenüber in erster Linie auf die mazedonischen Reformvorschläge** hingewiesen und daran die Hoffnung geknüpft, daß er über diese Frage zu einer Einigung mit dem Londoner Kabinett gelangen werde. Nach dem Wortlaut des offiziösen Telegramms über das Ergebnis der Monarchenbegegnung scheint diese Hoffnung noch nicht in ihrem vollen Umfange verwirklicht worden zu sein. In dem Telegramm heißt es, man dürfe annehmen, daß

* Der Entwurf wurde dem Kaiser am 12. von Fürst Bülow zugesandt und erhielt nach einigen stilistischen hier mitberücksichtigten Änderungen die kaiserliche Genehmigung.

** Vgl. dazu Kap. CLXXXVIII.

die Unterhandlungen über diese Fragen „beinahe“ zu einem vollständigen Übereinkommen geführt haben.

Neben der mazedonischen Frage dürfte, wie allgemein angenommen wird, die Lage in Persien* den Gegenstand von Erörterungen gebildet haben. Jedenfalls hat zwischen beiden Monarchen unter Zuziehung des Sir Charles Hardinge und des Herrn Iswolsky sowie der beiden Botschafter eine lange Besprechung¹ stattgefunden, welche nach glaubwürdiger Angabe zwei und eine halbe Stunde gedauert haben soll.

Die etwas kargen und zum Teil auf äußerliche Momente gestützten Angaben, die ich bis jetzt über dies Ergebnis der Entrevue zu geben imstande bin, die aber durch die seitens des Herrn Iswolsky zu gewärtigenden Mitteilungen kaum wesentlich erweitert werden dürften, lassen immerhin schon jetzt den Schluß zu, daß, wenn es auch zu neuen Abmachungen auf der Reede von Reval nicht gekommen ist, die Annäherung zwischen Rußland und England doch bei dieser Gelegenheit um einen weiteren Schritt vorwärts gerückt ist. Manche Beobachter wollen dabei die Wahrnehmung gemacht haben, daß England mehr als der werbende Teil erschien, während sich Rußland das ihm bewiesene Entgegenkommen sehr gern gefallen ließ**. Es ist nicht zu leugnen, daß der Trinkspruch des Königs von England eine wärmere Note anschlug als die korrekten und wohl abgewogenen Worte des Zaren***. Aus dem Umstande, daß die anwesenden Zeitungskorrespondenten sehr lange auf den authentischen Wortlaut des vom König Eduard aus dem Stegreif² gesprochenen Toastes warten mußten, während der vorbereitete Trinkspruch des Zaren ihnen sofort zur Verfügung gestellt wurde, wird vielfach geschlossen, daß der König mehr gesagt hat, als öffentlich bekannt geworden ist. Sehr bemerkt wird auch der Passus des Toastes, in welchem der König die Hoffnung auf eine neue Begegnung „before long“ ausspricht. Dieser Passus wird allgemein dahin gedeutet, daß ein Gegenbesuch des Zaren in England, und zwar noch für diesen Herbst verabredet worden ist. Ich darf in dieser Beziehung daran erinnern, daß Herr Iswolsky noch vor ganz kurzem irgendwelche Auslandsreisen des Zaren in diesem Jahre mir gegenüber als höchst unwahrscheinlich bezeichnet hat. Jedenfalls spricht die vom König ausgesprochene Hoffnung dafür, daß sich das persönliche Verhältnis zwischen der englischen Königsfamilie und der Zarenfamilie während der Tage des Zusammenseins zu einem sehr freundschaftlichen gestaltet hat.

Bemerkenswert ist die Haltung der russischen Presse. Wenn es noch eines Beweises dafür bedürfte, daß die hiesige Regierung der Presse gegenüber keineswegs so ohnmächtig ist, wie sie in denjenigen Augenblicken

* Vgl. dazu Kap. CLXXXV.

** Vgl. dazu auch den Bericht des belgischen Gesandten in Berlin Baron Greindl vom 12. Juni 1908. Deutsches Weißbuch: Belgische Aktenstücke 1905—1914, S. 57.

*** Siehe den Wortlaut der gewechselten Trinksprüche in Schultheß' Europäischer Geschichtskalender, Jg. 1908, S. 392 f.

vorgibt, in denen ihr gewisse Preßhetzereien nicht unerwünscht sind, dürfte dieser Beweis in den letzten Tagen erbracht worden sein. Es war deutlich zu sehen, daß der Regierung anläßlich des englischen Besuches feindliche Ausfälle gegen Deutschland nicht paßten. Nirgends in der hiesigen Presse mit Ausnahme eines einzigen Blattes, der „Birschewyja Wjedomosti“, hat denn auch der „Rossija“-Artikel der vorigen Woche, in welchem gegen die Verdächtigungen der deutschen Politik Front gemacht wurde, Widerspruch gefunden. Die von Herrn Iswolsky wiederholt geäußerte Besorgnis, daß er durch einen offiziellen Artikel nur Öl in das Feuer der Hetzereien gegen uns gießen würde, hat sich somit als gänzlich unbegründet erwiesen³. Es ist ganz auffallend, wie alle Artikel über die Revaler Entrevue sich einer maßvollen Sprache gegen Deutschland befleißigen und betonen, daß die anglo-russische Annäherung nichts für Deutschland Bedrohliches hat.

Wenn im übrigen die Presse gern auf die englisch-französisch-russische Gruppierung hinweist, die lediglich dem Frieden diene, die sich aber jeden Augenblick in ein Bündnis verwandeln könne, so möchte ich glauben, daß sie auch da einem Gedankengang folgt, dem die Politik der russischen Regierung nicht ganz fremd ist. Eines Bündnisses, so wird dieser Gedankengang weiter ausgesponnen, würde es nur bedürfen, wenn die Haltung irgend einer Macht⁴ dies notwendig machen sollte. Mit dieser Macht kann in erster Linie nur Deutschland gemeint sein. Die Gruppierung zu Dreien soll gegen das angebliche Überhandnehmen des deutschen Einflusses ein Gegengewicht bilden. Deutschland soll nicht bedroht werden, man verwahrt sich gegen die „Einkreisungspolitik“, man will aber überall, wo sich Gelegenheit dazu bietet, den angeblichen Gelüsten Deutschlands, seine Weltmachtstellung zu betätigen, wie in Algieras, gemeinsam diplomatisch entgegentreten⁵. Dieser Gedankengang ist wohl der Kitt bei der sich immer mehr vollziehenden Annäherung zwischen Rußland und England. Rußland kann zu dieser Politik um so leichter die Hand bieten, als keine Opfer dabei von ihm verlangt werden. Die Haltung der englischen Politik in den letzten Monaten Rußland gegenüber läßt weit eher darauf schließen, daß englischerseits für das Einlenken der russischen Politik in das englische Fahrwasser ein Preis geboten wird. Auf welchem Gebiete dieser Preis zu suchen sein möchte, vermag ich nicht zu sagen, ich würde mich aber nicht wundern, wenn sich Rußland bei Besprechung der persischen Angelegenheiten Englands diplomatische Unterstützung gegen das angebliche Vordringen unseres Einflusses in Persien gesichert hätte. Bis jetzt habe ich hierfür allerdings keinen anderen Anhaltspunkt als die große Nervosität, die Herr Iswolsky jedesmal zeigt, wenn er auf die Haltung unserer Vertretung in Teheran zu sprechen kommt.

Der Zufall hat's gewollt, daß der englische Besuch unmittelbar auf Vorgänge in der Duma folgte, denen die Bedeutung einer Erstarkung des Konstitutionalismus in Rußland zugesprochen werden muß. Mit einem weiteren Fortschreiten Rußlands auf dieser Bahn werden aber manche

Hindernisse beseitigt, die sich bis jetzt einer englisch-russischen Verständigung in den Weg gestellt haben⁶. Jedenfalls werden wir meines Erachtens für die nächste Zeit mit einer zunehmenden Intimität zwischen den Kabinetten von St. Petersburg und London zu rechnen haben⁷, als deren Ausdruck die Entrevue von Reval anzusehen ist.

F. Pourtalès

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

¹ Eine reguläre Konferenz!

² ?!

³ er hat einfach gelogen

⁴ Deutschlands natürlich

⁵ nur eine Verschleierung für eine antideutsche Gruppierung wie vor dem 7jährigen Kriege!

⁶ vielleicht auch mal der Zar selbst?

⁷ wird nett werden!

Schlußbemerkung des Kaisers:

Sehr gut und ganz richtig

Daher Reichsfinanzreform! Viel indirekte Steuern; starke Flotte, starkes Heer! Pulver trocken!

Nr. 8808

*Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès
an den Reichskanzler Fürsten von Bülow*

Privatbrief. Ausfertigung

Streng vertraulich

St. Petersburg, den 12. Juni 1908

Einige Nachrichten, die teilweise in das Gebiet des politischen Klatsches gehören, die aber zur Beleuchtung der augenblicklichen Lage von Interesse sein dürften, möchte ich mir erlauben, auf diesem privaten Wege zu Eurer Durchlaucht Kenntnis zu bringen.

Der Botschafter Benckendorff war einige Tage vor der Revaler Entrevue hier und hat bei seiner Schwägerin Gräfin Betsy Schuwalow gewohnt. Die Gräfin erzählt, daß der Botschafter sehr zerstreut und präokkupiert von nichts anderem als von Politik gesprochen habe. In Berlin, habe der Graf erzählt, wo er sich einige Tage auf der Durchreise aufgehalten habe¹, herrsche große Aufregung wegen der Entrevue von Reval. Man hege bei uns Besorgnis, daß es zu einem Bündnisse zwischen Rußland und England komme. „Rücksichten auf Deutschland“, so habe der Graf erregt ausgerufen, „würden aber die letzten sein, die Rußland von diesem Bündnisse abhalten würden².“ Der Graf habe dann zum Beweise für die angebliche Zweideutigkeit der deutschen Politik folgendes erzählt. Als unser Kaiser im vorigen Herbste in London gewesen sei*,

* Vgl. dazu Nr. 8814 und Bd. XXIV, Kap. CLXXIV, Nr. 8171.

habe er, Benckendorff, Herrn von Schoen gefragt, ob er Sir Edward Grey gegenüber eine Reihe von Fragen zur Sprache bringen wolle, die der Graf näher bezeichnete, was der Herr Staatssekretär verneint habe. Wenige Tage darauf habe Sir Edward Grey dem Botschafter erzählt, Herr von Schoen habe eine dieser Fragen (die Gräfin wußte nicht welche, es handelte sich aber offenbar um die Bagdadbahn) ihm gegenüber angeregt und vorgeschlagen, daß Deutschland sich mit England zu Zweien über diese Frage verständigen möge. Er, Sir Edward, habe darauf dem Staatssekretär geantwortet, England wünsche die Frage nur zu Vieren zu regeln. An demselben Abend habe Seine Majestät unser Kaiser zu Benckendorff geäußert: „Wir sind nicht hierher gekommen, um Politik zu machen.“ Der Botschafter will darauf geantwortet haben, er habe von Sir Edward Grey gehört, daß Herr von Schoen ihm doch bezüglich einer politischen Frage Vorschläge gemacht habe. Seine Majestät sei darauf angeblich sehr verlegen geworden und habe das Gespräch abgebrochen³. Mag diese Erzählung dadurch, daß sie von einer Dame wiedergegeben wurde, noch so entstellt sein, so scheint sie mir doch für die Gesinnungen des Grafen Benckendorff uns gegenüber, sowie für die Art, wie er diese Gesinnungen hier zum Ausdruck bringt, charakteristisch zu sein*.

Die Ansicht, daß man sich in Berlin sehr über die anglo-russische Annäherung aufrege, scheint hier ziemlich verbreitet zu sein. Großfürst Nikolai Michailowitsch erzählte neulich bei einem Frühstück bei der Prinzessin Helene von Altenburg, daß er gegenwärtig in sehr lebhafter Korrespondenz mit Professor Schiemann über diese Frage stehe und aus den Briefen Schiemanns ersehe, wie verstimmt man in Berlin über die russisch-englische Annäherung sei. Bei diesem Frühstück, bei welchem ich nicht zugegen war, soll derselbe Großfürst auch eine Äußerung in dem Sinne gemacht haben, daß Deutschland an dem russisch-japanischen Kriege die Schuld trage⁴. Eine augenscheinlich aus englisch-polnischer Quelle** stammende Verleumdung, die in diesem Winter schon wiederholt auftauchte.

Bei einem Regimentsfeste der Garde-Ulanen redete ein deutschfreundlich gesinnter General⁵, der es meinem Gewährsmann selbst erzählt hat, den Kaiser Nikolaus auf Rußlands Verhältnis zu Deutschland an und erwähnte, daß man sich bei uns über die russische Freundschaft mit England nicht zu freuen scheine. Der Zar hätte darauf mit einem russischen Wort geantwortet, welches etwa so viel heiße wie: kann sein, ich kann es nicht ändern. Auf eine weitere Bemerkung des Generals, daß Rußland doch auf unseren Kaiser als Freund zählen könne, hätte der

* Vgl. dazu auch den Brief Iswolskys an den Grafen Benckendorff vom 19. Dezember 1907, mitgeteilt bei B. v. Siebert, *Diplomatische Aktenstücke zur Geschichte der Ententepolitik der Vorkriegsjahre*, S. 319f.

** D. h. von dem Londoner Korrespondenten der „Nowoje Wremja“ von Wesselitzy.

Zar den General angesehen und geantwortet: „So, sind Sie dessen auch sicher?“⁶

Ich glaube diese Äußerungen, deren Bedeutung ich an sich nicht überschätzen möchte, wiedergeben zu sollen, weil sie mir den Beweis zu liefern scheinen, daß in letzter Zeit wieder stark gegen uns gehetzt wird⁷. Wenn die Versuche, beim Zaren Mißtrauen gegen Deutschland und gegen unsern allergnädigsten Herrn zu erwecken, neuerdings einigen Erfolg gehabt haben sollten, so dürfte dies, wie ich streng vertraulich zu bemerken mir erlauben möchte, vielleicht darauf zurückzuführen sein, daß Seine Majestät sich, wie ich höre, in der letzten Zeit wiederholt sehr scharf über Rußland ausgesprochen haben soll⁸. So hat der Kaiser in Wiesbaden dem Grafen Osten-Sacken gegenüber recht unfreundliche Äußerungen über Rußland getan^{9*}, und scheint mir beim Botschafter der Wunsch, die guten Beziehungen zwischen Rußland und Deutschland zu pflegen, nicht so weit gegangen zu sein, ihn von einer wortgetreuen Wiedergabe dieser Äußerungen abzuhalten. Auch bei einer militärischen Übung in Döberitz soll Seine Majestät vor kurzem sehr heftig gegen Rußland gesprochen haben^{10**}. Da der russische Militärbevollmächtigte^{***} zugegen war¹¹, ist nicht daran zu zweifeln, daß auch diese Worte sehr schnell ihren Weg hierher gefunden haben.

Es ist sehr bedauerlich, daß der Zar unter diesen Eindrücken nach Reval gegangen ist, wo jedenfalls nichts geschehen ist, um den Keim des Mißtrauens und der Verstimmung gegen unsern Herrn zu ersticken.

F. Pourtalès

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II. auf einer Abschrift:

¹ Warum hat er sich nicht bei mir gemeldet?

² das glaube ich gern

³ glatt gelogen

⁴ Prosit!

* Vgl. Nr. 8802 mit Fußnoten * und **.

** Am 29. Mai hatte der Kaiser beim Brigadeexerzieren in Döberitz eine Ansprache an das Offizierkorps gehalten, die, ohne daß eine fremde Macht genannt und dadurch der Rede eine politische Bedeutung gegeben worden wäre, lediglich darauf hinwies, daß das Heer in Disziplin und Ausbildung sich auf der Höhe seiner Vergangenheit halten müsse, um in der Lage zu sein, unter allen Verhältnissen und in allen Lagen das Vaterland zu verteidigen. Die Ansprache drang in völlig entstellter Form in die Öffentlichkeit. Nach der „Dortmunder Zeitung“ sollte der Kaiser gesagt haben: „Nun, es sieht ja ganz so aus, als ob man uns einkreisen und stellen wollte. Das werden wir zu ertragen wissen. Der Germane hat nie besser gefochten, als wenn er sich nach allen Seiten hin wehren mußte. Sie sollen uns nur kommen. Wir sind bereit.“ In der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 20. Juni wurde ausdrücklich dementiert, daß in der kaiserlichen Ansprache von „einkreisen“ und von „uns stellen“ die Rede gewesen sei. Vgl. Nr. 8812.

*** Der russische Militärattaché Oberst von Michelson ist bei der Döberitzer Kaiserrede so wenig wie die übrigen Militärattachés zugegen gewesen, wohl aber der der Person des Kaisers attachierte russische Generalmajor von Tatischtschew.

⁵ Strukoff

⁶ ein netter Dank für meine Mühen! England hat gut gearbeitet

⁷ ja

⁸ gelogen

⁹ l'ingratitude de la Presse Russe est foudroyante habe ich gesagt!

¹⁰ gelogen! mit keinem Wort, Tatischeff ist bei allen meinen Besprechungen dabei gewesen und kann das Gegentheil bezeugen!

¹¹ Blödsinn. Der Russ[ische] Milit[är]-Att[aché] ist krank und gar nicht anwesend gewesen. Tatischeff hat ihn vertreten und ist als mein General à la suite stets unmittelbar neben mir gewesen*

Schlußbemerkung des Kaisers:

Die Lüge auf meine Kosten hat so horrende Dimensionen angenommen, daß ich die Geduld verliere. Von allem gesagten ist nichts wahr! Alles erfunden und soll scharf dementirt werden. Ich erkläre nochmals auf das Bestimmteste, daß ich in Döberitz rein dienstlich, militärisch gehaltene Besprechungen abgehalten habe, ohne eine Spur von Politik; Ansprachen habe ich keine gehalten, zumal keine wie die in den Zeitungen stehende.

Wilhelm I. R.

Nr. 8809

*Der Botschafter in London Graf von Metternich
an den Reichskanzler Fürsten von Bülow*

Ausfertigung

Nr. 565

London, den 13. Juni 1908

Die liberale „Nation“ bemerkt heute zu dem Besuche König Eduards in Reval, die in der Diskussion vorgebrachten Argumente zugunsten desselben seien zum größten Teil nicht stichhaltig und unaufrichtig. Sir Edward Grey habe eine Lage geschaffen, aus der es außerordentlich schwer gewesen sei, sich herauszufinden, da es als eine Einmischung in die inneren Verhältnisse eines befreundeten Staates hätte aufgefaßt werden können, wenn der einmal angekündigte Besuch wieder aufgegeben worden wäre. Dies sei aber kein Argument gegen den eigentlichen Einwand, daß der Besuch überhaupt nicht hätte arrangiert werden müssen. Der Anstoß sei von Frankreich gekommen. Es sei das Ideal von Delcassé gewesen, alle Mächte, insbesondere aber England, Frankreich und Rußland in eine Liga zu gruppieren, um Deutschland zu isolieren. Seine Nachfolger hätten vielleicht die Gefahr dieser zu offenen und aggressiven Einkreisungspolitik erkannt. Delcassés Schule aber beherrsche noch das Ministerium des Äußern in Paris, und das Organ des letzteren, der „Temps“, trete sogar jetzt für eine Umwandlung der schon bestehenden Tripleentente in eine Tripleallianz mit militärischer Basis ein. Nichts liege Sir Edward Grey

* Am 19. Juli telegraphierte der Kaiser darüber noch an Fürst Bülow aus Hannover: „Tatschischew sagte mir gestern abend seine Entrüstung über die Döberitz-Legende, und daß er schon energische Schritte dagegen in Petersburg schriftlich getan. Er könne bezeugen, daß alles erfunden und keine Attachés dabei gewesen seien.“

ferner als eine aggressive Politik gegen Deutschland. Aber die Furcht vor dem Kriege, den der „Temps“ als unabwendbar bezeichne, scheine nichts destoweniger ihn ganz zu beherrschen. Er erblicke in den Ambitionen Deutschlands die Gefahr für den Frieden Europas und richte gegen diese Gefahr eine Schranke nach der anderen auf. Er bereite die öffentliche Meinung auf eine Vergrößerung der englischen Flotte vor, scheine aber, als ob die englischen Dreadnoughts nicht genügten, nervös nach Verbündeten auf dem Kontinent zu suchen. — Zwar habe er erklärt, daß keine Verträge in Reval abgeschlossen werden würden. Es seien aber vielleicht mehr oder weniger formelle Konventionen abgeschlossen worden, die gewisse Fälle beträfen. Wenig maßgebende Persönlichkeiten bezweifelten, daß schon eine militärische Konvention mit Frankreich bestehe. Wenn nicht etwas Ähnliches in Reval geplant worden sei, wozu dann Sir John Fisher und Sir John French mit dem russischen Kriegs- und Marineminister in Berührung bringen? Es sei schwer, sich eine gefährlichere Politik vorzustellen, als die, eine mächtige Macht zu isolieren. Die russische Politik bestehe darin, von jedem zu nehmen, was man bekomme; England borge das Geld, Deutschland dagegen könne Truppen borgen. pp.*

P. Metternich

Nr. 8810

*Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès
an den Reichskanzler Fürsten von Bülow*

Ausfertigung

Nr. 231

St. Petersburg, den 14. Juni 1908

Herr Iswolsky, der vorgestern früh aus Reval zurückgekehrt ist, machte mir heute einen längeren Besuch und erzählte mir eingehend von der Monarchenzusammenkunft. Er versicherte dabei von neuem in positivistischer Weise, daß die Basis, auf der die Beziehungen zwischen Rußland und England durch das vorjährige, nur bestimmte Fragen betreffende Abkommen geregelt worden wären, in keiner Weise durch die Entrevue verändert oder erweitert worden sei. Insbesondere seien keine Vereinbarungen über andere politische Fragen oder über die allgemeine Politik getroffen worden, am allerwenigsten solche, welche in irgendeiner Weise gegen Deutschland gerichtet wären. „Ich bin“, erklärte der Minister, „mit dem festen Entschluß nach Reval gegangen, mich nicht aus dem in dem bekannten ‚Rossija‘-Artikel** angedeuteten Rahmen hinauszudrängen

* Der Schluß des Berichts gibt andere Pressestimmen über die Bedeutung der Revaler Entrevue wieder.

** Vgl. Nr. 8802, Fußnote *.

zu lassen. Ich muß aber zugeben, daß englischerseits auch nicht der leiseste Versuch dazu gemacht worden ist. Mit einem Worte, bei allen politischen Unterredungen, die auf der Reede von Reval gepflogen worden sind, hätte der deutsche Vertreter ruhig zugegen sein können*.“

Herr Iswolsky ging dann auf die hiesige Presse über und drückte seine Befriedigung darüber aus, daß dieselbe im ganzen genommen eine verständige Haltung angenommen habe. Dabei hatte der Minister offenbar das Gefühl, daß die Bemerkung sehr nahe lag, es sei also doch nicht so schlimm mit dem Sturm gewesen, den er zu entfesseln befürchtete, wenn einmal in einem offiziösen Blatt gegen die Verdächtigungen der deutschen Politik Front gemacht würde. Ohne mir Zeit zu einer solchen Bemerkung zu lassen, betonte er, daß er gut daran getan habe, eine Gelegenheit wie die jetzige zu einer Stellungnahme gegen die Hetzereien der Presse ab-

* Zur Kontrolle dieser Versicherungen ist heranzuziehen, was Iswolsky in seinem Briefe an den Botschafter in London Graf Benckendorff vom 18. Juli 1908 (B. v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke a. a. O. S. 777ff.) über die Revaler Zusammenkunft schreibt. Zwar bekräftigt Iswolsky auch hier, daß Sir Ch. Hardinge keinen Versuch gemacht habe, „den Boden konkreter Abmachungen, sowohl der schon bestehenden, als der in Aussicht genommenen, zu verlassen und uns in allgemeine politische Kombinationen zu ziehen“. Mit Bezug auf Deutschland hätte Sir Ch. Hardinge betont, die englische Regierung wünsche aufrichtig, die allerbesten Beziehungen zu ihm zu unterhalten, glaube auch nicht, daß diese Beziehungen in allernächster Zukunft sich aus irgendeinem Grunde verschärfen würden. Aber die Versicherung des englischen Unterstaatssekretärs hatte einen sehr bedeutsamen Nachsatz, den Iswolsky in seinem Briefe an Graf Benckendorff folgendermaßen wiedergibt: „Trotzdem“, sagte mir Sir Charles Hardinge, „kann man sich nicht der Einsicht verschließen, daß, wenn Deutschland in demselben beschleunigten Tempo seine Rüstungen zur See fortsetzen wird, in sieben oder acht Jahren in Europa eine äußerst beunruhigende und gespannte Lage entstehen kann; dann wird zweifelsohne Rußland der Schiedsrichter der Lage sein; und aus diesem Grunde wünschen wir im Interesse des Friedens und der Erhaltung des Gleichgewichts, daß Rußland zu Lande und zu Wasser möglichst stark ist.“ Diesen Gedanken hat Sir Charles mehrere Male wiederholt, wobei er augenscheinlich zu verstehen geben wollte, daß er nicht seine persönliche Meinung, sondern die bestimmte politische Überzeugung des Londoner Kabinetts zum Ausdruck bringt.“ Damit vergleiche man, was Admiral Sir John Fisher in seinem Briefe an Lord Esher vom 8. September 1908 (Memories, p. 187) über seine Revaler Gespräche mit Iswolsky und Stolypin erzählt: „I sat several times between Stolypin, the Russian Prime Minister, and Iswolsky, the Foreign Secretary. I didn't begin it, but Stolypin said to me, 'What do you think we want most?' He fancied I should answer 'So many battleships, so many cruisers, etc. etc.', but instead I said: 'Your Western Frontier is denuded of troops and your magazines are depleted. Fill them up, and then talk of Fleets!' Please see enclosure from Kuropatkin's secret report: 'The foundation of Russia's safety is her Western boundary!!'“ Es unterliegt keinem Zweifel, daß sich auch der englische Generalissimus Sir John French, der ebenfalls an der Zusammenkunft in Reval teilnahm, und der ja auch schon im Jahre 1907 eine Reise nach Rußland unternommen hatte (vgl. Kap. CLXXXIII, Nr. 8538, Fußnote*), sich im gleichen Sinne geäußert hat. Danach hätten also die Vertreter Englands bei der Revaler Zusammenkunft die russischen Staatsmänner zu einer Verstärkung der russischen Kriegsrüstung gegen Deutschland aufgefordert, damit Rußland etwa im Jahre 1915 bei der vorausgesetzten Zuspitzung des deutsch-englischen Verhältnisses als Schiedsrichter — natürlich gegen Deutschland — auftreten könne.

zuwarten¹. Würde der „Rossija“-Artikel früher, zur Zeit der Aufregung über die Sandschakbahn*, erschienen sein, würde er nur Widerspruch gefunden haben und nicht so gut gewirkt haben. Herr Iswolsky erkannte dann an, daß auch unsere Presse, soweit sie offiziös und inspiriert sei, sich über die Entrevue sehr maßvoll und vernünftig geäußert habe. Anders allerdings einige alldeutsche und freisinnige Blätter, die recht plumpe und gehässige Angriffe gegen Rußland gebracht hätten. Ich entgegnete, man könne sich darüber nicht wundern. Es sei dies die Folge der in diesem Winter von hier aus gegen Deutschland betriebenen Hetzkampagne. Ich selbst sei eher darüber erstaunt gewesen, daß das Echo auf die hiesigen Hetzereien sich nicht schon viel früher und viel stärker hätte vernehmen lassen². Das gleiche Erstaunen hätte ich auch sonst schon vielfach äußern hören. Herr Iswolsky wiederholte hierauf seine bekannten Ausführungen über die Bedeutungslosigkeit³ der hiesigen Presse. Daß von einem eigentlichen gegen Deutschland bestehenden Haß in Rußland nicht die Rede sein könne, und daß die Hetzereien der Presse nicht die allgemein herrschenden Ansichten widerspiegeln, davon hätte ich mich doch in diesen Tagen überzeugen können. Ich bemerkte, ich wolle dies nicht bestreiten, dann mußte ich aber annehmen, daß auswärtige Einflüsse in der hiesigen Presse tätig seien, und dies könne meine Ansichten über die Gefahren ihrer Hetzereien nicht ändern⁴.

Herr Iswolsky kehrte nunmehr zum Thema der Entrevue zurück und bemerkte über seine Unterredungen mit Sir Charles Hardinge, daß dieselben hauptsächlich Mazedonien und Persien zum Gegenstand gehabt hätten. Bezüglich der ersteren Frage** gereiche es ihm zur großen Genugtuung, daß er mit dem Unterstaatssekretär einer Verständigung sehr nahe gekommen sei. Bei dieser Verständigung sei aber nicht er, wie in manchen Blättern zu lesen sei, der nachgebende Teil gewesen, vielmehr sei es ihm geglückt, Sir Charles Hardinge in den meisten wesentlichen Punkten zu seiner Auffassung zu bekehren⁵. Nur in einem Punkte sei eine Verständigung noch nicht ganz erzielt, doch hoffe er, daß englischerseits auch an diesem Punkte nicht festgehalten werden würde. Als ich hinwarf, dieser Punkt sei wohl die finanzielle Frage, verneinte dies der Minister, der anscheinend ein Eingehen in Details vermeiden wollte, und bemerkte nur, der fragliche Punkt betreffe die Vollmachten des Generalinspektors. Herr Iswolsky teilte mir weiter mit, er erwarte binnen kurzem eine amtliche Mitteilung aus London, durch welche die in Reval erzielte Verständigung⁶ gutgeheißen werde. Dann werde, wie er ebenfalls in Reval durchgesetzt habe, das den Mächten mitzuteilende Ergebnis dieser Verständigung hier redigiert werden. Er lege darauf großen Wert, um dadurch zu verhindern, daß sich in die Redaktion noch einige englische Wünsche und Ideen einschlichen.

* Vgl. dazu Kap. CLXXXVII.

** Vgl. dazu Kap. CLXXXVIII.

Auf Persien übergehend*, sprach sich der Minister sehr besorgt über die Lage der Dinge dort aus und pries die Segnungen des anglo-russischen Abkommens, das wenigstens der Gefahr eines Konfliktes zwischen Rußland und England aus Anlaß der persischen Wirren vorgebeugt hätte. Ohne dieses Abkommen würden beide Mächte wahrscheinlich schon zu einer Intervention geschritten sein. Aber auch ohne diese Gefahr seien die Verhältnisse in Persien für Rußland sehr besorgniserregend und beschäftigten ihn Tag und Nacht. Der Minister ließ deutlich durchblicken, daß in Reval die Grundzüge einer eventuellen gemeinsamen Aktion, für den Fall die Verhältnisse es erheischten, vereinbart worden seien. Er wünscht aber, wie er versicherte, von ganzem Herzen, daß die Notwendigkeit einer Intervention nicht eintreten möge. Alles was Rußland wünsche, sei die möglichst baldige Herstellung geordneter Zustände.

Hieran anknüpfend erging sich Herr Iswolsky in Beteuerungen, daß Rußland jetzt⁷ nichts ferner liege als eine Politik der Abenteurer. An weit ausschauende politische Aktionen denke die russische Regierung in keiner Weise⁸, sie wünsche nur, daß alles aus dem Wege geräumt werde, was irgendwelche Komplikationen herbeiführen könnte. Rußland brauche Frieden, es wünsche mit allen Mächten gute Beziehungen zu unterhalten und gewiß nicht am wenigsten mit dem benachbarten und befreundeten Deutschland.

Meine heutige Unterredung ebenso wie die, welche ich mit Herrn Iswolsky vor seiner Abreise nach Reval hatte, haben bei mir den Eindruck hinterlassen, daß die durch die andauernde Hetze der russischen Presse allmählich bei uns erzeugte Stimmung dem Minister zu denken gegeben hat, und daß ihm jetzt viel daran lag, uns davon zu überzeugen, daß Rußland nichts Feindliches gegen uns plant⁹. Meine früher ausgesprochene Ansicht aber, daß die russisch-englische Intimität in Reval eine engere geworden ist und daß diese Intimität dazu neigen wird, sich in dem Spiele der Diplomatie der nächsten Zukunft nicht zu unserem Vorteil zu betätigen¹⁰, wird durch Herrn Iswolskys Versicherungen nicht erschüttert. Unsere Presse dürfte gut daran tun, dieser Situation Rechnung zu tragen und sich der veränderten Haltung der russischen Blätter gegenüber kühl zu verhalten, dabei aber unnötige Ausfälle gegen Rußland zu vermeiden.

F. Pourtalès

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

¹ Aha!

² gut

³ !

⁴ ja

⁵ ?

⁶ warum theilt er sie nicht mit?

⁷ vorläufig?

* Vgl. dazu Kap. CLXXXV.

* gelogen, sie thut nichts anderes

* glaubt ihm niemand mehr hier!

¹⁰ richtig

Schlußbemerkung des Kaisers:

Gut! richtig

Nr. 8811

*Der Botschafter in London Graf von Metternich
an den Reichskanzler Fürsten von Bülow*

Ausfertigung

Nr. 567

London, den 15. Juni 1908

Sir E. Grey bemerkte mir heute, daß der Besuch in Reval zur allseitigen Zufriedenheit ausgefallen sei. Es seien einzelne Punkte, die sich aus der englisch-russischen Abmachung über Asien ergäben, wie zum Beispiel die Lage in Persien, besprochen worden und ferner das mazedonische Programm*. Es handele sich dabei hauptsächlich um die beiden Punkte: Unterstellung fliegender Kolonnen unter den Generalinspektor, Ausarbeitung des Finanzprogramms. Eine Einigung über diese beiden Fragen sei zwischen den beiden Regierungen so gut wie erfolgt. Er warte nur noch die endgültige, schriftliche Fixierung der russischen Note zum Vergleiche mit dem englischen Standpunkt ab. Der Vorschlag werde dann den übrigen Mächten unterbreitet werden.

Der Minister war sichtlich bemüht, bei mir den Eindruck zu erwecken, daß bei den Besprechungen in Reval keine anderen Fragen von weiterer Bedeutung erörtert worden seien. Er bemerkte ferner gesprächsweise, es scheine, daß einige deutsche Zeitungen den Besuch mit Mißtrauen betrachteten. Ich antwortete, es sei allerdings richtig, daß einzelne Kreise der öffentlichen Meinung die Reisen und Besuche König Eduards, mit denen verschiedene internationale Abmachungen in Zusammenhang gebracht worden seien, mit einem gewissen Argwohn betrachteten. Der Minister bemerkte, es sei doch sehr natürlich, daß König Eduard auch¹ den Kaiser von Rußland besuche. Soviel er sich erinnere, habe Seine Majestät der Kaiser den Zaren schon dreimal besucht, so daß billigerweise niemand etwas daran finden könne, wenn auch König Eduard einmal in Rußland einen Besuch mache. pp.**

P. Metternich

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:

¹ Nachdem er meine angenommene Einladung später ausgeschlagen hatte***.

* Vgl. dazu Kap. CXC.

** Der Schluß des Berichts betrifft Presseauslassungen.

*** Vgl. dazu Bd. XXIV, Kap. CLXXVII, Nr. 8212, S. 87, Fußnote.

Nr. 8812

*Der Botschafter in London Graf von Metternich
an das Auswärtige Amt*

Telegramm. Entzifferung

Nr. 168

London, den 15. Juni 1908

Hiesige Zeitungen reproduzieren Nachricht aus der „Dortmunder Zeitung“, wonach Seine Majestät der Kaiser letzte Woche in Döberitz in Gegenwart fremder Militärattachés geäußert haben soll: „Es sieht so aus, als ob man uns einkreisen und herausfordern wolle. Das können wir ertragen. Die Deutschen haben niemals besser gekämpft, als wenn sie gezwungen waren, sich von allen Seiten zugleich zu verteidigen. Wir sind bereit¹*.“

Nach Aufklärung des Sachverhalts an allerhöchster Stelle halte ich Dementi in „Norddeutscher Allgemeinen Zeitung“ für wünschenswert.

Metternich

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:

¹ Quatsch

Nr. 8813

*Der Reichskanzler Fürst von Bülow
an den Botschafter in London Grafen von Metternich*

Telegramm.

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Freiherrn von dem Bussche-Haddenhausen

Nr. 129

Berlin, den 16. Juni 1908

Auf Telegramm 168**.

Seine Majestät der Kaiser hat in der Ansprache, die er nach dem zur Erinnerung an die letzte Parade vor Kaiser Friedrich wie alljährlich abgehaltenen Brigadeexerzieren am 29. v. Mts. an das Offizierkorps gerichtet hat, ohne jede Nennung oder Provokation irgendeiner fremden Macht lediglich darauf hingewiesen, daß das Heer in Disziplin und Ausbildung sich auf der Höhe seiner Vergangenheit halten müsse, um in der Lage zu sein, unter allen Verhältnissen und in allen Lagen das Vaterland zu verteidigen¹. Er sei überzeugt, daß die Armee dem Geiste Friedrichs des Großen getreu ihren Aufgaben gewachsen bleiben werde.

Ein Dementi dieser nur für den Kreis der anwesenden Offiziere bestimmten Ansprache würde, ebenso wie die Veröffentlichung des Wortlauts der Rede selbst den hier bestehenden Gepflogenheiten widersprechen.

Bülow

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II. auf einer Abschrift:

¹ Richtig

* Vgl. Nr. 8808, Fußnote**, S. 456.

** Siehe Nr. 8812.

*Der Reichskanzler Fürst von Bülow
an den Botschafter in Petersburg Grafen von Pourtalès*

Privatbrief. Konzept

Berlin, den 16. Juni 1908

Haben Sie vielen Dank für den interessanten Bericht vom 5. d. Mts., Nr. 224* über Ihre Unterredung mit Herrn Iswolsky sowie für die streng vertraulichen Privatbriefe vom 2.** und 12.***

Was den Fürsten Engalitschew als etwaigen Nachfolger Osten-Sackens betrifft, so hat ersterer bei Seiner Majestät dem Kaiser und auch sonst hier nicht gerade sympathische Erinnerungen hinterlassen. Allerdings würden wir ihn daraufhin nicht gut ablehnen können. Viel erwünschter aber wäre eine andere Persönlichkeit, sodaß es sich schon lohnt, nach einer solchen noch weiter Umschau zu halten. Inzwischen werden Sie eine weitere Unterhaltung über den Punkt mit Iswolsky nicht suchen, aber gegebenenfalls den von Ihnen mit Recht bereits eingenommenen kühlen Standpunkt bezüglich Engalitschews nicht verlassen dürfen. Übrigens scheint Graf Osten-Sacken, der jetzt mit der Leiche seiner Gemahlin nach St. Petersburg abgereist ist, in der Tat noch nicht an Rücktritt zu denken. Wir müssen aber mit der Möglichkeit seines physischen Zusammenbruchs rechnen. Schon während des vergangenen Winters bis spät in das Frühjahr hinein konnte er nicht ausgehen und sich nur wenig mit Geschäften befassen. Geistig ist er noch immer verhältnismäßig frisch, obschon er, wie schon früher einmal erwähnt, eine gewisse Geneigtheit verrät, politischem und anderem Klatsch ungebührliches Gewicht beizulegen.

In ähnlicher Verfassung scheint sich übrigens, nach dem interessanten Inhalte Ihres zweiten Briefes auch Graf Benckendorff zu befinden. Was er über unsere angebliche Unaufrichtigkeit gelegentlich des allerhöchsten Besuches in Windsor erzählt, ist falsch. Es ist vollständig zutreffend, daß Seine Majestät sowohl wie Herr von Schoen die Absicht politischer Verhandlungen anläßlich jenes Besuches in Abrede gestellt haben. Solche Absichten haben auch tatsächlich nicht bestanden. Nachdem aber in einem Gespräche, welches Seine Majestät in Windsor mit Sir Edward Grey und mit dem Kriegsminister Haldane hatte, die Bagdadbahnfrage gestreift worden war, und diese Berührung auf englischer Seite den Wunsch ausgelöst hatte, noch näher über die Sache zu sprechen,

* Siehe Nr. 8802.

** Der Privatbrief Graf Pourtalès' vom 2. Juni betraf die angebliche Absicht des russischen Botschafters in Berlin Graf Osten-Sacken, um seinen Abschied einzukommen, und dessen eventuellen Nachfolger. Graf Pourtalès gewann in der Unterredung den Eindruck, daß Iswolskys Kandidat für diesen Fall Fürst Engalitschew sei.

*** Siehe Nr. 8808.

mußte Herr von Schoen, entgegen der ursprünglichen Absicht, Gelegenheit zu einer solchen Besprechung nehmen. Wohl gemerkt hat sich dieser Anlaß erst nach dem Tage eingestellt, an welchem Seine Majestät und Herr von Schoen den Grafen Benckendorff in Windsor sahen. Es fehlt somit jeglicher begründete Anlaß zur Annahme einer absichtlichen Täuschung, und es gehört eine sehr gröbliche Verkennung des loyalen Charakters unserer Politik — und insbesondere unserer Politik gegenüber Rußland — dazu, um uns eines derartig unaufrichtigen Verhaltens zu zeihen.

Was Schiemann betrifft, so wäre es ein verhängnisvoller Irrtum zu glauben, daß alles, was er öffentlich oder privatim schreibt, die Ansichten Seiner Majestät des Kaisers oder allerhöchstseiner Regierung widerspiegelt. Sollte Schiemann in seiner Privatkorrespondenz mit dem Großfürsten Nikolai Michailowitsch sich bemühen, der in Rußland gern verbreiteten Legende entgegenzutreten, wonach wir Rußland in den Krieg mit Japan getrieben haben sollen, so würde ich dies allerdings nicht anders wie als verdienstvoll bezeichnen können. Denn diese Legende ist eine ebenso infame wie dumme Lüge. Das gerade Gegenteil ist der Fall. Wir haben alles, was in unseren Kräften stand, getan, um den Ausbruch des Krieges zu verhindern, und würden in der Lage sein, dies dokumentarisch¹ überzeugend zu beweisen. In Petersburg, zum mindesten im Ministerium des Äußern, dürfte man über diese Vorgänge sowie auch sonst über die Rolle, die wir vor dem Kriege und während desselben gespielt, nicht unwissend sein, und es ist nur zu bedauern, daß man in dieser Stelle der Verbreitung jener lügnerischen Legende nicht entgegenwirkt.

Positiv unwahr ist ferner, daß Seine Majestät der Kaiser in Wiesbaden gegenüber Osten-Sacken eine unfreundliche Äußerung über Rußland oder gar über den Zaren gemacht haben soll. Seine Majestät hat lediglich seiner begründeten Überraschung und Entrüstung über die maßlosen Angriffe der russischen Presse gegen Deutschland Ausdruck gegeben^{1*}, die er nach seinem loyalen und bis an die äußerste Grenze der Neutralität gehenden Eintreten für Rußland während des japanischen Krieges nicht erwartet hatte.

In Döberitz hat Seine Majestät von dem Ernst der Weltlage gesprochen, die Armee zur Disziplin und Tüchtigkeit ermahnt, Rußland aber mit keiner Silbe genannt.

Ich brauche Ihnen nicht zu sagen, lieber Graf, daß Sie ermächtigt sind, den erwähnten Unwahrheiten und Verdächtigungen entgegenzutreten, wie und wo Sie es für gut und wirksam erachten. Ich möchte es Ihrer Erwägung anheimstellen, ob Sie gelegentlich und unauffällig Herrn Iswolsky ein Wort der Aufklärung sagen wollen, natürlich ohne damit eine Beschwerde über Benckendorff, Osten-Sacken oder Tatitschew² zu verbinden.

* Vgl. 8802 nebst Fußnoten * und **.

Es freut mich, daß Ihre Tätigkeit und Berichterstattung bei unserem allergnädigsten Herrn dankbare Anerkennung findet. Ich meinerseits kann mich dieser allerhöchsten Anerkennung nur anschließen.

Bülow

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf einer (gekürzten) Abschrift:
17/VI 08 Einverstanden W.

Randbemerkungen des Kaisers:

¹ Ja

² der ist ganz außen vor, und viel zu loyal und mir ergeben!

Nr. 8815

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an Kaiser Wilhelm II.

Eigenhändige Ausfertigung

Geheim

Berlin, den 17. Juni 1908

Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät überreiche ich in der Anlage ehrfurchtsvollst einen streng vertraulichen Privatbrief des Botschafters Grafen Pourtalès vom 12. d. Mts.*, sowie ein Telegramm des Botschafters Grafen Metternich vom 15. d. Mts.**. Abschrift meiner Antwort an die genannten Botschafter*** füge ich gleichfalls bei.

Es ist unverkennbar, daß wieder an allen Ecken und Enden gegen uns intrigiert und geschürt wird. Ich glaube nach wie vor, daß England aus wirtschaftlichen und finanziellen Gründen sich nur sehr ungern zum Kriege entschließen würde. Ich glaube, daß Rußland Frieden braucht und wünscht. Ich glaube endlich, daß selbst Frankreich, obwohl es Elsaß-Lothringen und den Verlust seiner 250jährigen Prépondérance légitime auf dem Kontinent auch heute nicht verschmerzt und die Revancheidee nicht aufgegeben hat, Bedenken trägt, die unberechenbaren Chancen eines Krieges zu laufen. Ich glaube aber auch gleichzeitig, daß es im Interesse dieser Mächte liegt, uns als nervös und unruhig erscheinen zu lassen. Das ist schon darum die Taktik unserer Feinde, weil jede wirkliche oder scheinbare Drohung von unserer Seite die Franzosen veranlaßt, ihre Ostgrenze noch mehr zu befestigen, die Engländer, noch mehr Dreadnoughts zu bauen, die Russen, noch mehr Truppen nach ihrer Westgrenze zu legen. Es ist deshalb bedauerlich, daß Euerer Majestät nur für die Offiziere bestimmte Döberitzer Ansprache¹ durch Indiskretion in weitere Kreise gebracht worden ist. Wir müssen in möglichster

* Siehe Nr. 8808.

** Siehe Nr. 8812.

*** Siehe Nr. 8813 und 8814. In der für den Kaiser bestimmten Abschrift der Antwort an Graf Pourtalès war der die Ersetzung des Grafen Osten-Sacken durch den Fürsten Engalitschew betreffende Absatz ausgelassen.

Stille an der Schlagfertigkeit und Kriegstüchtigkeit der Armee arbeiten, nach außen aber vermeiden, was auf unsere Arbeit und auf uns unnötigerweise die Aufmerksamkeit lenkt und uns neuen Verdächtigungen und Umtrieben aussetzt.

Bernhard Bülow

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf des Schriftstücks:

Ihre Zeilen beruhen auf einem Irrthum, ich habe in Döberitz eine solche Ansprache an versammelte Offiziere überhaupt nicht gehalten. Wilhelm I. R.

Randbemerkung des Kaisers:

¹ Ich habe keine solche Ansprache gehalten, wie ich schon Ihnen geschrieben habe.

Nr. 8816

*Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Schoen
an den Botschafter in London Grafen von Metternich*

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Freiherrn von dem Bussche-Haddenhausen

Nr. 990
Geheim

Berlin, den 18. Juni 1908

Ew. pp. lasse ich anbei Abschrift eines streng vertraulichen Briefs des Kaiserlichen Botschafters in Petersburg vom 12. d. Mts. an den Reichskanzler*, der Antwort des Fürsten Bülow vom 16. d. Mts.**; sowie eines Immediatberichts des Reichskanzlers vom 17. d. Mts.,*** diesen zur streng vertraulichen Kenntniss, nebst den allerhöchsten Marginalien, ergebenst zugehen.

Ew. pp. wollen, wie bereits auf anderem Wege angeordnet, den Gerüchten über die Döberitzer Rede Seiner Majestät entgegenreten.

Zum Schluß möchte ich Ew. pp. noch vertraulich auf folgendes aus den Vereinigten Staaten von Amerika auf nichtamtlichem Wege von einer meist gut informierten Persönlichkeit hergelangte Gerücht aufmerksam machen, indem ich dabei bemerke, daß demselben diesseits keine große Bedeutung beigelegt wird. Danach wäre König Eduard mit einem solchen Eifer bestrebt, eine Demütigung Seiner Majestät des Kaisers herbeizuführen, daß die britischen verantwortlichen Minister in fortwährender Angst schwebten, er könne sie auf den Weg einer Politik Deutschland gegenüber drängen, für die sie die Verantwortung nicht übernehmen möchten.

v. Schoen

* Siehe Nr. 8808.

** Siehe Nr. 8814.

*** Siehe Nr. 8815.

*Der Botschafter in London Graf von Metternich
an den Reichskanzler Fürsten von Bülow*

Privatbrief. Ausfertigung

London, den 20. Juni 1908

Es ist auffallend, daß die englische und, soweit ich es habe verfolgen können, auch die französische Presse die der „Dortmunder Zeitung“ entnommenen angeblichen Äußerungen Seiner Majestät des Kaisers in Döberitz mit großer Ruhe aufgenommen und auch kommentiert hat, obwohl das Dementi erst einige Tage nachher erfolgt ist. Die Seiner Majestät zugeschriebenen unwahren Äußerungen waren, wenn sie gefallen wären, geeignet, das größte Aufsehen zu erregen¹. Trotzdem verhielt sich auch die uns feindlich gesinnte Presse ruhig, enthielt sich der Kritik oder stellte die angeblichen Äußerungen als einen Vorgang dar, der ganz natürlich in einer militärischen Ansprache zu erklären sei und nichts Beunruhigendes aufweise. Bei anderen Gelegenheiten würde eine derartige Rede, an deren Authentizität während mehrerer Tage geglaubt wurde, unseren Feinden einen willkommenen Anlaß geboten haben, um die Politik Seiner Majestät des Kaisers auf das heftigste anzugreifen und uns als Störenfriede hinzustellen².

Die sanfte Haltung der Presse im vorliegenden Falle, die fast nach einer von London und Paris angegebenen Richtschnur aussieht, führe ich auf den Wunsch zurück, der Welt zu zeigen, daß die Friedensmission König Eduards nach Reval nirgends, außer etwa bei einigen aufgeregten deutschen Zeitungen, Beunruhigung hervorgerufen hat. Die Besuche in London und Reval, die Annäherung der drei teils befreundeten, teils verbündeten Nationen sollen als Ereignisse von so friedlicher Bedeutung hingestellt werden, daß alle Welt darüber beglückt erscheint. Motiv: König Eduards Ententenpolitik fängt an, bei manchen seiner liberalen Untertanen Beunruhigung zu erregen³. Dem soll vorgebeugt werden. Motiv bei den Franzosen: Angst und das Gefühl, daß man mit dem Erreichten vorläufig zufrieden sein kann.

Von russischer Damenseite höre ich, daß der Besuch in Reval ausgezeichnet verlaufen ist, daß der Zar, zuerst etwas zurückhaltend, zuletzt sehr warm mit König Eduard geworden ist, der alle Künste seines gewinnenden Wesens hat spielen lassen. Auch die Großfürsten und die russische Umgebung des Zaren, noch vor zwei Jahren einer Annäherung an England direkt feindlich gegenüberstehend, seien gewonnen und entzückt.

Was vorher in der Luft lag, hat sich durch den Besuch von Reval kondensiert. Abmachungen allgemeiner Natur sind nicht getroffen, nachweisliche Interessen Deutschlands sind nicht verletzt worden. Wenn sich die anderen aussöhnen wollen, so gibt es für uns kein friedliches Mittel,

sie daran zu hindern, und es wäre unklug und es käme nichts dabei heraus, schlechte Laune zu zeigen. Wenn unsere Interessen verletzt werden, sollten wir fest auftreten⁴, auch gegen die englisch-französisch-russische Gruppe, dann aber auch durchhalten, es aber vermeiden, mit dem diplomatischen Säbel zu rasseln, ohne ihn zu ziehen. Dadurch werden wir uns nur in den Ruf eines bully setzen, den unsere Feinde uns sowieso schon gern andichten, und der bei Feind und Freund unbeliebt macht. Es will uns keiner was. Die Presse hetzt, aber die Regierungen sind korrekt⁵ und wir müssen einen scharfen Unterschied zwischen beiden machen. pp.*

P. Metternich

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

¹ Nein!

² sie haben ein so schlechtes Gewissen, daß sie das nicht können, und unsern Standpunkt anerkennen müssen!

³ ja

⁴ ist geschehen

⁵ ?

Nr. 8818

*Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes
von Schoen*

Reinschrift

Berlin, den 22. Juni 1908

Der auf Durchreise hier anwesende Baron Michel Taube, Abteilungschef im russischen Ministerium des Äußern und besonderer Vertrauensmann Herrn Iswolskys, besuchte mich, um mir im Auftrage Iswolskys nachdrücklich zu versichern, daß die Monarchenbegegnung von Reval keinerlei Änderung in den freundschaftlichen und vertrauensvollen Beziehungen zwischen Rußland und Deutschland zur Folge haben werde. Der Zar und die russische Regierung würden der traditionellen Freundschaft mit Deutschland treu bleiben, wenn diese Politik auch zuweilen angesichts der Haltung eines großen Teiles der russischen Gesellschaft und der Presse nicht leicht durchzuführen sei.

Eine Neigung, fügte Baron Taube hinzu, der Begegnung von Reval eine gegen Deutschland gerichtete Spitze zu geben, sei auf englischer Seite nicht hervorgetreten, und wenn dies der Fall gewesen wäre, würde man auf russischer Seite nicht darauf eingegangen sein. Die Anwesenheit auf englischer Seite von militärischen Größen, wie General French und Admiral Fisher, habe auf russischer Seite nicht sympathisch berührt. Man habe sie zwar nicht zu verhindern vermocht, aber doch vermieden, ihnen ein russisches Pendant zu geben.

* Den Schluß des Briefes siehe in Kap. CXC, Nr. 8833.

Ich habe für die Mitteilung gedankt und bemerkt, wir seien durch die Revaler Begegnung keineswegs beunruhigt, verfolgten indessen doch die systematische englische Entente politik mit Aufmerksamkeit.

v. Schoen

Nr. 8819

*Der Botschafter in Wien von Tschirschky
an den Reichskanzler Fürsten von Bülow*

Ausfertigung

Nr. 148

Wien, den 23. Juni 1908

Die Zusammenkunft in Reval ist von der hiesigen Presse zum Gegenstande eingehender Erörterung gemacht worden. Über die hohe politische Bedeutung dieses Ereignisses waren sich sämtliche Blätter einig. Während aber ein Teil derselben die dadurch geschaffene Weltlage pessimistisch beurteilt, bemüht sich der andere Teil, und zwar vorwiegend der mit den hiesigen Regierungskreisen in Beziehungen stehende, auf die öffentliche Meinung beruhigend zu wirken und die Bedeutung der Revaler Zusammenkunft auf ihr natürliches Maß zurückzuführen¹.

Im nachstehenden beehre ich mich einige Äußerungen aus den bedeutenderen Blättern hervorzuheben, die im Auswärtigen Amte nicht gelesen werden:

Die „Zeit“ betrachtet die Entrevue von Reval als eines der ernstesten politischen Ereignisse der letzten Zeit, welches trotz aller Dementis nichts anderes bezwecke als die Einkreisung Deutschlands, um diesem und damit auch Österreich-Ungarn durch die mazedonische Frage etwas am Zeuge zu flicken. Man habe aber in Reval nicht mit dem Panislamismus gerechnet, und Deutschland und Österreich würden im Falle einer antislamitischen Koalition Millionen fanatischer Streiter an ihrer Seite finden.

Die sozialistische „Arbeiter-Zeitung“ meint, die antitürkische Politik des englisch-russischen Einverständnisses träfe vor allem Österreich und seinen Interessenkreis im Orient; dennoch dürfte die Einkreisung Deutschlands das noch leidenschaftlicher verfolgte Ziel sein.

Denselben Gedanken spinnt die klerikale „Reichspost“ weiter aus, indem sie der Ansicht ist, daß die Isolierung Deutschlands auch auf den Bundesgenossen ihren Schatten werfe. Die Opposition, welche die Balkanbahnpläne gefunden hätten, und die Schwächung der russisch-österreichischen Entente richte sich in erster Linie gegen den deutschen Bundesgenossen; daher müsse man in Österreich wünschen, daß die deutsche auswärtige Politik in Zukunft mehr vom Glück begünstigt werde. Eine unmittelbare Kriegsgefahr sei gewiß ausgeschlossen, aber in der mazedonischen und in der Marokkofrage drohe eine diplomatische Niederlage, die ebenso schwer wiegen könne, wie ein verllorener Krieg.

Das „Deutsche Volksblatt“ rät, sich in der Beurteilung des Ereignisses von Reval vor jeder Überschätzung zu hüten. Wenn England sich auch vielleicht den unangenehmen deutschen Konkurrenten vom Halse schaffen möchte, so wisse es doch zu gut, daß Frankreich nicht daran dächte, seine friedliche Entwicklung durch einen Krieg zu gefährden, und daß Rußland für seine innere Konsolidierung nichts dringender brauche als den Frieden.

Die „Wiener Allgemeine Zeitung“ vergleicht die diesjährigen Entrevues mit den vorjährigen und meint, man könne nicht behaupten, daß sie den gleichen luftreinigenden Erfolg gehabt hätten. Es laste vielmehr ein Druck auf dem allgemeinen politischen Empfinden, wie er nur von politischer Schwäche und Ungewißheit erzeugt werde. Im übrigen aber billigt das Blatt den selbstbewußten Ausdruck der allgemeinen Volksstimmung in Deutschland, wie er in der vermeintlichen Rede des Deutschen Kaisers* zu Tage trete. „Kein Staat läßt sich durch diplomatische Kombinationen auf die Dauer die ihm zum Leben notwendige Bewegungsfreiheit unterbinden. Diese Erkenntnis gibt dem Optimismus Raum, daß eine Aufhellung des politischen Firmaments infolge der allgemeinen Scheu vor Aufwerfung von Machtfragen schließlich doch stattfinden wird.“ Über den Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“** bringt dasselbe Blatt eine Mitteilung aus „hiesigen wohlinformierten diplomatischen Kreisen“, worin die „maßvollen, aber ungewöhnlich energischen“ Ausführungen der genannten deutschen Zeitung im allgemeinen gutgeheißen werden. Man beurteile hier die Sachlage sehr ruhig und vermöge nirgends eine imminente Gefahr oder eine Bedrohung des europäischen Friedens zu erblicken. Der energische Hinweis auf die Wehrfähigkeit des Deutschen Reiches könne bis zu einem gewissen Grade gute Früchte bringen, vorausgesetzt, daß er nicht zu häufig und in zu scharfer Betonung erfolge. „Die Enunziation der ‚Norddeutschen Allgemeinen Zeitung‘ wird ihren Zweck, zu beruhigen, gewiß nicht verfehlen.“

Baron Aehrenthal selbst bezeichnete mir gegenüber heute die Revaler Entrevue als weiter nichts als „Bluff“. Er blieb auch bei dieser Auffassung, als ich ihm vorhielt, daß, wenn auch sicherlich keine unmittelbare Kriegsgefahr aus der Begegnung in Reval resultiere, ich doch etwas rein Theatralisches — was die Bezeichnung als „Bluff“ motivieren würde —

* Vgl. Nr. 8808, S. 456, Fußnote **.

** Gemeint ist der Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 20. Juni „Zur Lage“, in dem beiläufig neben anderen „Geschichtslügen“ die unrichtigen Versionen über die Döberitzer Rede des Kaisers dementiert waren (vgl. Nr. 8808, S. 456, Fußnote **). Er schloß mit den Worten: „Gewiß wollen wir alle unsere Augen gegenüber möglichen Gefahren nicht verschließen. Unsere Soldaten tragen nicht an der Mütze den unkriegerischen Sinnspruch des Hildesheimer Kontingents der ehemaligen Reichsarmee: Da pacem, Domine, in diebus nostris. Das Bewußtsein unserer Kraft darf uns die Zuversicht und die Ruhe geben, die allein eines großen friedlichen Volkes würdig ist.“

in dieser Aktion nicht erblicken könne. Es seien zweifellos ernste, sachliche Gespräche und Verhandlungen dort geführt worden, die gewiß nicht von direkt feindseligem Geiste gegenüber irgendeiner anderen Macht inspiriert, doch sicherlich aufmerksame Wachsamkeit von seiten der besonders im nahen Orient interessierten Mächte verdienten. Der Minister konnte eine gewisse Erregung bei Behandlung des vorliegenden Gegenstandes nicht verbergen und betonte weiter, daß seiner Ansicht nach keinerlei Anlaß vorliege, überhaupt zu der Revaler Begegnung Stellung zu nehmen. Es sei, wie er glaube, das beste, ruhig abzuwarten, bis Rußland mit seinen Vorschlägen betreffend Mazedonien hervortrete; dann könne man ja weiter sehen².

Ich glaube nicht fehlzugehen in der Annahme, daß bei der Beurteilung, die Baron Aehrenthal dem Ereignisse von Reval angedeihen läßt, hauptsächlich der Wunsch der Vater des Gedankens ist. Der Minister empfindet den Verlauf der Dinge seit seinem Hervortreten mit dem Sandschakbahnprojekt* und insbesondere das Abschwenden Rußlands von der Seite Österreichs in der orientalischen Frage sehr unangenehm. Die Enttäuschung, die er von russischer Seite erlebt hat, das er so genau zu kennen geglaubt hatte, hat ihn bei seinem stark entwickelten Selbstgefühl hart getroffen. Daher sein Bemühen, die Tragweite der englisch-russischen Annäherung nach Möglichkeit abzuschwächen.

Eine gewisse Reizbarkeit ist bei dem Minister seit einiger Zeit unverkennbar, und von manchen meiner Kollegen und selbst von Mitgliedern des auswärtigen Ministeriums wird geklagt, daß der geschäftliche Verkehr mit ihm neuerdings sehr viel schwieriger geworden sei³. Es läßt sich auch nicht leugnen, daß in österreichischen politischen Kreisen sich hie und da eine gewisse Unzufriedenheit und ein Mißbehagen über den Gang der österreichisch-ungarischen Politik bemerkbar macht. Man wirft dem Minister vor, sich von Herrn Iswolsky haben täuschen zu lassen, und noch kürzlich meinte eine Persönlichkeit, deren Urteil in politischen Dingen nicht ohne Gewicht ist, Baron Aehrenthal habe es fertig gebracht, Österreich-Ungarn mit fast allen Großmächten zu entzweien. Der Antagonismus besonders England gegenüber, mit dem man von jeher gewohnt war, in sehr freundschaftlichen Beziehungen zu leben, wird in den stark anglophilen Kreisen der hiesigen und der Pester Aristokratie peinlich empfunden, und dieser Umstand trägt sehr dazu bei, ein inneres Mißbehagen über die Entwicklung der politischen Lage auch bei Baron Aehrenthal zu schaffen⁴.

Über die Vertragstreue Österreich-Ungarns im Ernstfall besteht meines Erachtens absolut kein Zweifel. Wenn man aber die hier bestehenden Strömungen in Rechnung zieht, die, wie Baron Aehrenthal mir heute wieder sagte, ihm die Befolgung der von ihm vertretenen Politik an der Seite Deutschlands fortdauernd erschweren — zu den vorstehend

* Vgl. darüber Kap. CLXXXVII.

gekennzeichneten kommen noch die slawischen und klerikalen hinzu — und bei dem in der Leitung der österreichischen Politik von jeher herrschenden, hauptsächlich im Gefühl der eigenen Schwäche wurzelnden Mißtrauen⁵, so werden wir, um auch für das laufende politische Geschäft stets das erwünschte Zusammenarbeiten zu ermöglichen, gut tun, soviel als möglich — wenigstens in der Form — auf die Eigenheiten des jetzigen Ministers Rücksicht zu nehmen⁶ und jeden Schein zu vermeiden, als ob das Bündnis mit Deutschland die Möglichkeit in sich schließen könnte, Österreich-Ungarn etwa gegen seinen freien Willen in gefährliche Situationen hineinzuziehen⁷. Letzterem Phantasiegebilde bin ich hier neuerdings manchmal begegnet; auch der oben angeführte Artikel der „Reichspost“ bewegt sich in diesem Gedankengange. Seit den Ereignissen von 1866 ist Österreich so vorwiegend mit Fragen der inneren Politik und mit der Regelung des Verhältnisses zu Ungarn beschäftigt gewesen, daß man sich — mit Ausnahme der kurzen Periode unter Graf Andrassy — völlig entwöhnt hat, an den großen Fragen der Weltpolitik aktiven Anteil zu nehmen und sich die schärfere Luft, die auf diesen Höhen weht, um die Ohren blasen zu lassen. Deshalb auch der empfindliche Schmerz über das Aufhören des Münzsteger Abkommens mit Rußland, unter dessen Schutze man ruhig und sorglos weiter zu leben gehofft hatte. Der inneren Struktur der Donaumonarchie ist jede aktive Politik zuwider; man fühlt dies hier instinktiv. Deshalb wünscht man hier in erster Linie „seine Ruhe zu haben“⁸.

Österreich-Ungarn wird trotzdem, mag es wollen oder nicht, sich der veränderten Lage der Dinge anpassen müssen⁹, es wird aber, gerade jetzt, wo es unter dem Nachfolger des Grafen Goluchowski wieder beginnt, an der großen Politik aktiveren Anteil zu nehmen, geduldiger und schonender Behandlung und Führung bedürfen¹⁰.

von Tschirschky

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

⁸ !

⁹ Ja

¹⁰ Die Ereignisse werden kaum darauf warten!

Randbemerkungen des Fürsten von Bülow:

¹ Der hiesige Korrespondent der „Neuen Freien Presse“ hat hier vertraulich erzählt, daß im Gegenteil gerade die alarmierenden Artikel, die nach Reval in der „Neuen Freien Presse“ und in anderen Wiener Blättern namentlich über die Beziehungen zwischen Rußland und Deutschland, über das Aufschäumen des Panlawismus gegen Deutschland und über die antideutsche Spitze der Revaler Begegnung erschienen, von dem Wiener Preßbureau des dortigen Auswärtigen Amtes inspiriert worden wären.

² das tun wir ja

³ Um so ruhiger und vorsichtiger müssen wir ihn behandeln, sein Selbstgefühl schonen und vermeiden, was ihn agacieren könnte

⁴ Tschirschky muß vor allem aufpassen, daß Aehrenthal keine plötzliche Schwenkung nach der englischen Seite macht. Selbstverständlich muß er aber grade in dieser Richtung taktvoll und vorsichtig sein, keine Besorgnis durchblicken lassen und namentlich nicht hetzen.

⁵ Österreich ist viel stärker als es selbst glaubt. Aber bei dem (durch zwei unglückliche Kriege hervorgerufenen und nun einmal vorhandenen) österreichischen Kleinmut dürfen wir den Österreichern die Weltlage und vor allem unsere Lage nicht zu pessimistisch schildern!

⁶ sehr richtig

⁷ richtig!

Nr. 8820

*Der preußische Minister der Auswärtigen Angelegenheiten
Fürst von Bülow
an den preußischen Gesandten in München von Schlözer**

Konzept

Nr. 315

Streng vertraulich

Berlin, den 25. Juni 1908

[abgegangen am 26. Juni]

Die Revaler Entrevue hat in der deutschen öffentlichen Meinung, zumal ihr der Besuch des Präsidenten Fallières in London unmittelbar vorangegangen war, Beunruhigung erzeugt.

Die Kaiserliche Regierung verfügt naturgemäß nicht über die Möglichkeit, mit absoluter Gewißheit zu sagen, ob die ihr von den Beteiligten bisher gemachten beruhigenden Mitteilungen zutreffend und namentlich vollständig sind. Sie hat indes überwiegende Gründe, um bis auf weiteres der Annahme zuzuneigen, daß bei beiden Gelegenheiten keine direkt feindseligen Pläne gegen den Dreibund und Deutschland gefaßt worden sind. Sie stützt diese Annahme, abgesehen von allgemeinen aus der gesamten politischen Lage fließenden Erwägungen auf die zwischen den beiden Herrschern in Reval gewechselten und veröffentlichten Tischreden, auf die von den beteiligten Regierungen uns und anderwärts abgegebenen bestimmten Erklärungen und endlich, was die Revaler Zusammenkunft anbelangt, auf ein in Potsdam am 11. d. Mts., also unmittelbar nach der Begegnung eingetroffenes direktes Telegramm Seiner Majestät des Kaisers von Rußland an unseren allergnädigsten Herrn**, worin ausdrücklich bestätigt war, daß die Begegnung in der politischen Lage „absolut nichts“ geändert habe.

Besonders auf Grund dieser spontanen Versicherung des unserem Kaiser eng befreundeten russischen Herrschers gehen wir davon aus, daß in Reval feste Abmachungen gegen den Dreibund oder dessen Mitglieder nicht zustande gekommen sind. Nur hinsichtlich Mazedoniens ist dort, wie man uns nicht verschwiegen hat, eine Verständigung bis auf einen noch in der Schwebe gebliebenen Punkt vorbereitet worden***. Sobald

* Der Erlaß ging auch an die preußischen Gesandten in Dresden, Stuttgart und Karlsruhe.

** Siehe Nr. 8805.

*** Vgl. Nr. 8807 und 8811.

auch dieser Punkt, der die Vollmachten des mazedonischen Generalinspektors betreffen soll, zwischen London und St. Petersburg definitiv vereinbart ist, will uns die russische Regierung mit Mitteilung über das Ergebnis der Verständigung versehen. Der russische Minister des Auswärtigen, Herr Iswolsky, hat dem Kaiserlichen Botschafter in St. Petersburg erklärt, daß in Reval über andere Fragen, als die durch das vorjährige englisch-russische Abkommen behandelten, keinerlei Vereinbarungen getroffen worden seien und insbesondere nicht über die allgemeine Politik. Am allerwenigsten sei etwas vereinbart oder auch nur besprochen worden, das sich irgendwie gegen Deutschland richten könnte, dergestalt daß der deutsche Vertreter bei allen auf der Reede von Reval stattgehabten Unterredungen ruhig hätte mit zugegen sein können. Auch seine, des Ministers, Besprechungen mit Sir Arthur Hardinge hätten wesentlich Mazedonien und Persien gegolten. Bezüglich des letzteren Landes, hinsichtlich dessen Herr Iswolsky — wohl in Voraussicht der allerneuesten Ereignisse* — ernstere Besorgnisse zu erkennen gab, scheinen, wie wir aus seinen Andeutungen schließen, Grundzüge zu einer, jedoch nur im äußersten Fall einzuleitenden gemeinsamen Intervention der beiden Mächte besprochen zu sein. Noch vor wenigen Tagen hat Herr Iswolsky uns durch den hier durchreisenden Abteilungschef im russischen Ministerium des Äußern, Baron Taube, seinen politischen Vertrauensmann, erneut versichern lassen, daß die Revaler Begegnung in den deutsch-russischen Beziehungen nichts ändern werde**.

In sachlich gleicher Art wie der russische Minister hat sich Sir Edward Grey in London gegenüber Graf Metternich dahin ausgelassen, daß in Reval nichts gegen uns verabredet oder geplant worden sei***.

Sind wir nach alledem veranlaßt, der Revaler Begegnung auch im Zusammenhang mit den ihr vorangegangenen Entrevuen und Ententen zunächst nicht den Charakter einer unmittelbaren Bedrohung für uns und Österreich-Ungarn beizulegen†, so würde es doch ein verhängnisvoller Fehler sein, wollten wir etwa im Vertrauen auf die uns abgegebenen Versicherungen verkennen, daß durch diese Vorgänge unsere politische Be-

* In Persien, wo das autokratische Regiment des Schans fortgesetzt innere Wirren zur Folge hatte, waren im Juni neue Unruhen ausgebrochen.

** Siehe Nr. 8818.

*** Vgl. Nr. 8811.

† Daß die Lenker der deutschen Außenpolitik von einer optimistischen Auffassung der Lage trotz der offiziellen Zusicherungen von englisch-russischer Seite weit entfernt geblieben sind, lehren die Berichte des belgischen Gesandten in Berlin, Baron Greindl. In dem Berichte vom 12. Juni heißt es: „M. de Schoen dans une conversation que j'ai eue avec lui avant-hier, ne m'a pas dissimulé l'impression pénible que lui causent les arrangements conclus sous le prétexte de se mettre en garde contre une agression à laquelle l'Allemagne n'a jamais songé. Il a été jusqu'à qualifier cette politique de déloyale et s'attend à ce qu'on utilise le nouveau groupement des puissances pour exercer une pression sur l'Allemagne dans la question d'Orient et dans les autres affaires qui sont à régler.“ Und am 18. Juli verzeichnet Baron Greindl eine Äußerung Schoens:

wegungsfreiheit unter Umständen beeinträchtigt werden könnte. Wir haben damit zu rechnen, daß, wenn wir oder Österreich-Ungarn mit einer der Ententemächte in einen ernsteren Interessenkonflikt geraten sollten, die bis dahin noch losen und vagen Ententen und Verständigungen sich zu konkreten Bündnissen verdichten würden, so daß wir zusammen mit Österreich-Ungarn uns einer starken Koalition gegenüber sehen könnten¹.

Die Grundursachen der uns umgebenden politischen Gefahren können wir nicht beseitigen, ohne uns selbst aufzugeben. Sie liegen, was Deutschland angeht, in der fortgesetzten Erstarkung seiner wirtschaftlichen Kraft seit Gründung des Reichs. Es ist die — natürlich nicht berechnete — Furcht vor einem etwaigen Mißbrauch der wirtschaftlichen und damit auch politischen Macht Deutschlands und seines nächsten Bundesgenossen, die andere Staaten zu Ententen gegen uns treibt. Diese Ententen und Allianzen sind also ihrem Ursprung nach eher defensiven Charakters. Man würde aber vielleicht nicht zögern, auch aggressiv gegen uns vorzugehen und uns womöglich niederzuzwingen, wenn man sich dazu die Macht zutraute¹.

In gleicher Weise wie wir wird durch die neue Konstellation auch unser österreichisch-ungarischer Bundesgenosse bedroht, zumal bei ihm in den gegen den Bestand und die Zukunft der habsburgischen Monarchie gerichteten Leidenschaften und Umtrieben dritte Nationen gewisse Chancen für das Einsetzen einer von außen kommenden Zerstörungsarbeit zu erblicken scheinen. Ist ja doch der angeblich nahe bevorstehende Zerfall der Doppelmonarchie ein ständiges und beliebtes Thema in der französischen und sonstigen auswärtigen Presse. Auch ist Österreich-Ungarn infolge seiner großen Interessen auf der Balkanhalbinsel dort mehr als wir der Gefahr von Konflikten mit den Ententemächten ausgesetzt.

Das Vorstehende ergänzend möchte ich zur Charakteristik unserer allgemeinen Beziehungen zu den Nachbarstaaten, einerseits zu Rußland, England und Frankreich, andererseits zu den Dreibundmächten, folgendes bemerken:

Rußland ist infolge des japanischen Krieges noch für längere Zeit wenig aktionsfähig. Seine Regierung sucht im Hinblick auf ihre besonders in Asien geschwächte und gefährdete Position mit dem bisherigen Gegner, England, zu paktieren, zugleich aber an der traditionellen Freundschaft mit uns festzuhalten. Wir unsererseits haben auch ferner Interesse daran, den alten Draht mit St. Petersburg nicht zu durchschneiden.

England, bedrückt von (unbegründeter) Furcht vor dem vermeintlich drohenden deutschen Übergewicht in wirtschaftlicher wie in militärischer Beziehung, sucht dagegen, wenn auch noch nicht Allianzen,

„La politique personnelle du Roi d'Angleterre est franchement hostile à l'Allemagne. D'après des renseignements reçus par le gouvernement Impérial, l'Angleterre aurait voulu aller beaucoup plus loin dans la voie de l'entente avec la France et la Russie qu'elle n'a réussi à le faire.“ Belgische Aktenstücke 1905—1914, S. 58, 60.

so doch Freundschaften, immer von seiner hergebrachten Politik geleitet, andere für sich ins Feuer zu schicken. Uns bleibt demgegenüber nur übrig, unsere bisherige Politik der Geduld und Vorsicht fortzusetzen und uns zu bemühen, unbegründete Befürchtungen nach Möglichkeit zu zerstreuen.

Frankreich geht militärisch wie an Volkskraft eher zurück, es schwebt in ständiger Besorgnis vor einem Konflikt mit uns und sucht, ohne eigentlich kriegerische Absichten gegen uns zu hegen, nach deckenden Freundschaften. Frankreich will korrekte Beziehungen und selbst einen modus vivendi mit uns. Doch sind die Revancheträume, das Verlangen nach Wiedergewinnung der Hegemonie, die es zwei Jahrhunderte hindurch in Europa ausgeübt hat, und selbst der Wunsch nach der Rheingrenze in Frankreich noch keineswegs erloschen. Für uns läuft — schon aus dem biologischen Grunde der in Frankreich bekanntlich nahezu stationären, bei uns aber im ganzen noch immer zunehmenden Bevölkerungsvermehrung — die Zeit. Je weiter wir den Zeitpunkt eines bewaffneten Konflikts mit unserm westlichen Nachbar hinausschieben, um so weniger wird dieser imstande sein, den schon numerisch immer ungleicher werden Kampf mit uns, selbst bei Unterstützung von anderer Seite, aufzunehmen. Unsere Politik gegenüber Frankreich ist uns damit gegeben: sie muß dilatorisch sein und irritierende Reibungen vermeiden. Dagegen würde jedes direkte oder indirekte Anbieten eines intimen Verhältnisses zu Frankreich heute dort nur falsch verstanden werden und das Gegenteil von einer Verbesserung der beiderseitigen Beziehungen zur Folge haben¹.

Für unsere Haltung im Orient und speziell auf der Balkanhalbinsel, wo wir nur wirtschaftlichen Interessen nachgehen, sind und bleiben in erster Linie maßgebend die Wünsche, Bedürfnisse und Interessen des uns eng befreundeten und verbündeten Österreich-Ungarn.

Aus der vorstehend skizzierten Konstellation, die ich nicht anstehe, als eine für die beiden mitteleuropäischen Monarchien in gleichem Maße ernste zu bezeichnen, entspringen nach Ansicht der Kaiserlichen Regierung die nachstehenden Folgerungen für unsere politische Haltung.

Unsere auswärtige Politik wird wie bisher, bei aller Entschlossenheit in der Wahrung unserer Rechte und berechtigten Interessen, Gelegenheiten sorgsam vermeiden, die andere Mächte zu dem Versuche der Bildung von übermächtigen Koalitionen gegen uns anreizen könnten. Deshalb wird die Reichsleitung sich zum Beispiel ein Nachgeben gegenüber chauvinistischen Bestrebungen, mögen sie von alldeutscher oder sonstiger Seite kommen, entschieden zu versagen und ihre Aufgabe vornehmlich in der Verteidigung unserer Rechte und berechtigten Interessen zu erblicken haben¹, indem sie den weiteren Ausbau unserer wirtschaftlichen Stellung, wenigstens eine Zeitlang, mehr der deutschen Privatinitiative überläßt und die fördernde staatliche Hand dabei nach außen hin tunlichst im Hintergrunde hält. Ich darf dabei darauf hinweisen, daß ich in der ersten

Rede, die ich als Staatssekretär des Auswärtigen Amts vor dem Reichstag — am 6. Dezember 1897 — über auswärtige Politik gehalten habe, sagte: Wir empfänden nicht das Bedürfnis, unsere Finger in jeden Topf zu stecken, seien aber der Ansicht, daß es sich nicht empfehle, Deutschland in zukunftsreichen Ländern von vornherein auszuschließen vom Mitbewerb mit anderen Völkern. An diesem Standpunkt halte ich auch heute noch fest.

Ferner müssen wir in der Erkenntnis, daß es die Furcht vor unserer Stärke ist, die andere Mächte davon abhält, über uns herzufallen, unsere militärische Rüstung zu Wasser und zu Lande so achtungsgebietend wie möglich gestalten. Mißstimmung, die dadurch anderwärts entsteht, müssen wir gelassen in den Kauf nehmen, ohne darüber Erregung zu zeigen¹. Vereinbarungen, die auf eine Einschränkung unserer Wehrmacht hinauslaufen, sind für uns unter keinen Umständen diskutierbar². Eine Macht, die uns zu einer solchen Vereinbarung auffordert, möge sich darüber klar sein, daß eine solche Aufforderung den Krieg mit uns bedeutet².

Neben der militärischen dürfen wir aber auch die finanzielle und wirtschaftliche Rüstung nicht vernachlässigen. Es ist auch vom Standpunkte unserer auswärtigen Politik, das heißt im Interesse der Wahrung des Friedens und unserer Weltstellung unumgänglich, unsere öffentlichen Finanzen, deren heutiger Zustand dem Auslande fortgesetzt zu übelwollender Anzweiflung unserer wirtschaftlichen und damit auch unserer politischen Widerstandskraft Anlaß bietet, ohne Zögern und unter Hintansetzung ängstlicher Bedenken und Rücksichten auf Sonderinteressen einzelner Berufs- oder Bevölkerungsklassen auf eine gesunde und für lange hinaus genügende Basis zu bringen¹.

Wie eine vielfältige Erfahrung lehrt, ist ein gutes Teil der Mißstimmung, die das Ausland gegen uns hegt und in politische Aktion umzusetzen strebt, auf Manifestationen unserer Presse und öffentlichen Meinung zurückzuführen, in denen auf Denkweise und Stimmungen anderer Nationen keine hinreichende Rücksicht genommen wird. Deshalb ist es erforderlich, daß bei der konsequenten Verfolgung unserer oben bezeichneten Aufgaben ruhig und möglichst geräuschlos verfahren wird. Die bessere Zügelung einer manchmal bemerkbaren, herausfordernden und andere Nationen ohne Not verletzenden Ruhmredigkeit in unserer Presse und in öffentlichen Versammlungen ist eine wesentliche Vorbedingung für die Durchführung einer kühlen und vorsichtigen, dabei aber entschlossenen Politik, wie sie uns die derzeitige internationale Gestaltung auferlegt.

Behalten wir andererseits die vorbezeichneten Gesichtspunkte als Richtschnur gewissenhaft im Auge, so werden wir getrost und ohne Furcht in die Zukunft sehen dürfen. So lange Deutschland fest, einig und mutig bleibt, stellt es eine gewaltige Volkskraft und eine große militärische Kraft dar, an die sich andere nicht so leicht heranwagen werden. Deutschland

und Österreich-Ungarn bilden einen starken Block, der allen Stürmen Trotz zu bieten vermag¹. Ihr auf Interessensolidarität und gemeinsamer Hochhaltung des monarchischen Staatsgedankens beruhender Bund ist für die beiden Monarchien die beste Sicherheit gegen andere, vielfach von revolutionären Bestrebungen und autoritätsfeindlichen Ideen angefressene Mächte. Treues Zusammenstehen mit Österreich-Ungarn soll und muß auch in Zukunft der oberste Grundsatz der deutschen auswärtigen Politik bleiben¹.

Ich schließe hier in Abschriften zwei Situationsberichte des Grafen Pourtalès vom 12. und 14. d. Mts.*, zwei Berichte des Grafen Metternich vom 5. und 15. d. Mts.** und eine Aufzeichnung des Staatssekretärs von Schoen über dessen oben erwähnte Unterredung mit dem russischen Abteilungschef Baron Taube*** bei.

Ew. ersuche ich ergebenst, den vorstehenden Erlaß und eventuell auch seine Anlagen dem dortigen leitenden Minister zu seiner Orientierung streng vertraulich vorzulesen, alle diese Schriftstücke jedoch nicht aus der Hand zu geben.

Bülöw

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf einer Abschrift:

Sehr gut

Randbemerkungen des Kaisers auf der Abschrift:

¹ Ja

² richtig

Nr. 8821

*Der Botschafter in London Graf von Metternich
an den Reichskanzler Fürsten von Bülöw*

Ausfertigung

Nr. 599

London, den 25. Juni 1908

Sir Edward Grey ließ mich gestern zu sich bitten, um mir folgende Mitteilung zu machen. Ich hätte ihm kürzlich davon gesprochen, daß in hiesigen Gesellschaftskreisen von einem bevorstehenden Besuch Ihrer Majestät der Königin von Holland am hiesigen Hofe gesprochen würde. Er habe inzwischen Gelegenheit gehabt, Seine Majestät König Eduard hiernach zu fragen, und es habe sich herausgestellt, daß das Gerücht gänzlich unbegründet sei und ein derartiger Besuch nicht in Aussicht genommen sei. Ihre Majestät die Königin von Holland und Seine Majestät König

* Siehe Nr. 8807 und 8810.

** Siehe Bd. XXIV, Nr. 8209, 8811.

*** Siehe Nr. 8818.

Eduard hätten sich, soviel er wisse, überhaupt noch niemals gesehen, so daß eine Zusammenkunft zwischen beiden Souveränen im Laufe der Zeit wohl angezeigt sei. Vorläufig sei aber in dieser Beziehung nichts verabredet worden.

Er mache mir diese Mitteilung in der Absicht, um etwaigen Besuchsgerüchten entgegenzutreten, da zu seinem Bedauern die Besuche der letzten Zeit* unrichtige Deutungen erfahren und selbst Veranlassung zur Aufbauschung einer kaiserlichen Rede** gegeben hätten.

Ich fiel ihm mit der Bemerkung ins Wort, daß die kaiserliche Ansprache, wie er wisse, falsch wiedergegeben worden sei.

Der Minister bejahte dies, fügte aber hinzu, die falsche Wiedergabe würde wohl nicht entstanden sein ohne die vorausgegangene unrichtige Auslegung der Besuche der letzten Zeit.

Der Minister wollte offenbar sagen, daß die den Besuchen in Deutschland gegebene Auslegung, als einer Gefahr für uns und als gegen uns gerichtet, unrichtig sei.

Ich gab ihm ohne weiteres zu, daß ohne die mit den Besuchen verknüpfte Beunruhigung der öffentlichen Meinung auch höchstwahrscheinlich die falsche Wiedergabe der kaiserlichen Ansprache nicht stattgefunden hätte.

Sir Edward Grey erwiderte, daß die deutlichen und friedlichen Erklärungen der Regierungen nicht die Deutung zuließen, als sei eine unfreundliche Absicht gegen Deutschland mit den Besuchen verbunden gewesen.

Ich gab dies zu, hob aber zugleich hervor, daß die allgemeine Beunruhigung eine unausbleibliche Folge der Auslegung gewesen sei, mit welcher die publizistische Tätigkeit in England und Frankreich die Besuche angekündigt habe. Besuche zwischen dem englischen Souverän und anderen Staatsoberhäuptern seien ganz natürlich, und niemand könne vernünftigerweise etwas darin finden oder gar sich darüber beklagen. Wenn aber diese Besuche von der Presse der Länder, wo sie stattfänden, mit unverhaltenem Jubel als ein weiterer Schritt zur Eindämmung der angeblich aggressiven deutschen Macht begrüßt würden, so könne ebenfalls niemand sich darüber wundern, daß die öffentliche Meinung in Deutschland und, wie es scheine, auch anderswo¹, sich aufrege und daß die Besuche weder eine beruhigende noch friedliche Wirkung gehabt hätten, obwohl dies dem Wunsche der betreffenden Regierungen keineswegs entspreche.

Der Minister antwortete hierauf nichts².

Wie ich schon mehrfach hervorgehoben habe, wird hier die beunruhigende Wirkung der Besuche unangenehm empfunden, und man sucht sie möglichst mit Stillschweigen zu übergehen. Die große Masse des englischen Volkes will den Frieden. Sie hat den Glauben und hält auch noch an ihm fest, daß die persönliche Politik König Eduards auf dieses Ziel

* Gemeint ist die Entrevue von Reval.

** Vgl. Nr. 8808, S. 456, Fußnote **.

gerichtet ist³. Der Gedanke, daß die Entente- und Besuchspolitik Unruhe in die Welt bringt, ist ihr unsympathisch. Ein leiser Zweifel an der Nützlichkeit dieser Politik taucht in der englischen Brust seit dem Besuche in Reval auf, der dem Zarenreiche galt, welches hier keineswegs so beliebt ist, wie die hiesige Presse dies glauben zu machen versucht. Der spontane Ausbruch der Unruhe in Deutschland hat daher hier auch eine heilsame Wirkung gehabt. Nur würde es ein gründlicher Irrtum sein anzunehmen, daß unsere Presse den Prozeß der Einsicht in die Gefährlichkeit der neueren englischen Politik hier fördern könnte, wenn sie fortführe, die Politik des englischen Königs als eine Friedensgefahr und als gegen uns gemünzt zu bezeichnen. Das gerade Gegenteil würde eintreten. Es würde dann bald auf der ganzen Linie eine Preßkampagne einsetzen, die uns als die Friedensstörer bezeichnete. Wir haben keine Berechtigung, uns darüber zu beschweren, wenn andere Völker sich aussöhnen, so lange sie nicht in unsere Interessensphäre eingreifen. Die nun befreundeten Regierungen haben offiziell und offiziös erklärt, daß ihnen dieser Gedanke fernliegt. Wir haben vor der Welt keine Berechtigung, an diesen schönen Versicherungen zu zweifeln. Wir sollen nur im stillen wachsam und bereit bleiben.

P. Metternich

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

¹ Richtig

² sehr bezeichnend

³ falsch! Er will den Krieg! Nur soll ihn ein anderer führen; und ich ihn anfangen, damit er nicht das Odium hat!

Schlußbemerkung des Kaisers:

Richtig

Nr. 8822

*Der Reichskanzler Fürst von Bülow
an den Botschafter in Wien von Tschirschky*

Konzept

Nr. 736

Berlin, den 29. Juni 1908

Geheim

Die Reizbarkeit, welche Euere Exzellenz nach dem gefälligen Berichte vom 23. d. Mts. (Nr. 148)* bei Baron Aehrenthal in letzter Zeit wahrgenommen haben, und die Sie wohl nicht mit Unrecht auf die von dem Minister nicht erwarteten Folgeerscheinungen seines Hervortretens mit dem Projekt der Sandschakbahn zurückführen, erfordert unsere volle Beachtung. Um so ruhiger und vorsichtiger müssen wir ihn behandeln, sein Selbstgefühl schonen und vermeiden, was ihn erregen oder agacieren

* Siehe Nr. 8819.

könnte. Auch darin stimme ich mit Euerer Exzellenz überein, daß wir jeglichen Schein zu vermeiden haben, als ob das Bündnis mit Deutschland die Möglichkeit in sich schließen könnte, Österreich-Ungarn etwa gegen seinen freien Willen in gefährliche Situationen hineinzuziehen. Vor allem aber wird es jetzt Ihre Aufgabe sein, aufzupassen, daß Baron Aehrenthal keine plötzliche Schwenkung nach der englischen Seite macht. Ich brauche Euerer Exzellenz nicht erst zu sagen, daß es gerade in dieser Richtung von unserer Seite großer Vorsicht und des größten Taktes bedarf, daß wir dabei keinen Argwohn und keine Ängstlichkeit durchblicken lassen und namentlich nicht hetzen dürfen.

Wenn Euere Exzellenz von dem in der österreichischen Politik von jeher herrschenden Mißtrauen sprechen, welches hauptsächlich im Gefühl der eigenen Schwäche wurzelt, so möchte ich dazu bemerken, daß Österreich viel stärker ist, als es selbst glaubt. Aber bei dem durch zwei unglückliche Kriege hervorgerufenen und nun einmal vorhandenen österreichischen Kleinmut dürfen wir den Österreichern die Weltlage und vor allem unsere eigene Lage nie pessimistisch schildern. Diesen letzten Gesichtspunkt werden Euere Exzellenz insbesondere bei der dortigen Verwertung meines Ihnen heute mit Erlaß vom 26. d. Mts. Nr. 722 mitgeteilten Runderlasses an die preußischen Gesandten bei den größeren Bundesregierungen* über die Weltlage im Lichte der Revaler Entrevue sorgsam im Auge zu behalten haben.

Ob es richtig ist, mit Baron Aehrenthal die Revaler Begegnung als bloßen „Bluff“ zu betrachten, kann dahingestellt bleiben. Jedenfalls verfahren auch wir derselben gegenüber genau nach dem Aehrenthalschen Rezept; denn auch wir gedenken ruhig abzuwarten, bis Rußland mit seinen Vorschlägen betreffend Mazedonien hervortritt.

Die im Eingange Ihres Berichts gegebene Darstellung, wonach die mit den dortigen Regierungskreisen in Verbindung stehenden Wiener Blätter auf die öffentliche Meinung beruhigend zu wirken und die Bedeutung der Zusammenkunft auf ihr natürliches Maß zurückzuführen bemüht waren, steht übrigens nicht ganz im Einklang mit dem, was der hiesige Korrespondent der „Neuen Freien Presse“ vertraulich erzählt: Nach ihm wären nämlich zum Teil gerade die alarmierenden Artikel, die seit Reval in der „Neuen Freien Presse“ und in anderen Wiener Blättern, namentlich über die Beziehungen zwischen Rußland und Deutschland, das Aufschäumen des Panslawismus gegen das Deutschtum und über die anti-deutsche Spitze der Revaler Begegnung erschienen sind, von dem Preßbureau des Wiener Auswärtigen Amtes inspiriert worden.

Bülow

* Siehe Nr. 8820.

*Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès
an den Reichskanzler Fürsten von Bülow*

Ausfertigung

Nr. 257

St. Petersburg, den 28. Juni 1908

Um sich von der gegenwärtig sowohl in offiziellen russischen Kreisen als in der hiesigen öffentlichen Meinung herrschenden Stimmung ein richtiges Bild zu machen, wird man gut tun, einen Rückblick auf die Vorgänge der letzten Wochen zu werfen.

Kurz vor der Monarchenzusammenkunft in Reval gab Herr Iswolsky die bündigsten Erklärungen, daß Rußland in seinen Beziehungen zu England nicht über den Rahmen des bezüglich bestimmter asiatischer Fragen abgeschlossenen Abkommens hinausgehen, und daß insbesondere keinerlei Abmachungen getroffen werden würden, die irgendwelche feindliche Spitze gegen Deutschland haben könnten*. Unmittelbar darauf erschien der bekannte Artikel der „Rossija“. Ohne Zweifel waren diese Kundgebungen zum großen Teil durch die Beachtung veranlaßt, welche die fortgesetzten Hetzereien der russischen Presse gegen Deutschland mehr und mehr bei uns fand, und die auch in den Äußerungen Seiner Majestät, unseres allergnädigsten Herrn, zum Grafen Osten-Sacken zum Ausdruck gelangte. Anstatt nun, wie Herr Iswolsky es wiederholt vorhergesagt hatte, Öl in das Feuer zu gießen, begegnete die offiziöse Warnung der „Rossija“ nicht nur keinem Widerspruch, sondern die gesamte russische Presse beobachtete mit ganz geringen Ausnahmen während und nach der Entrevue von Reval eine maßvolle Haltung, die bei dem Mangel an politischem Takt, welchen die hiesigen Zeitungen sonst an den Tag zu legen pflegen, auf einen von seiten der Regierung ausgeübten Einfluß schließen ließ. Bei dieser veränderten Sprache der Presse wird man nicht umhin können, die Frage aufzuwerfen, warum die Regierung die Hetzereien so lange hat gewähren lassen¹ und nicht früher dazu zu bringen war, den tendenziösen Verdächtigungen unserer Politik energisch entgegenzutreten. Die Antwort des Herrn Iswolsky auf diese Frage, er habe einen günstigen Augenblick abwarten wollen, wird man kaum für ganz aufrichtig halten, sich vielmehr dem Eindruck nicht verschließen können, daß der Minister, wenn er wirklich gewollt hätte, auch schon früher² einen geeigneten Augenblick gefunden haben würde. Er wollte nicht, weil seine durch die Niederlagen der russischen Diplomatie in der Frage der Sandschakbahn und der gescheiterten Reformaktion verletzte Eigenliebe nach einem Sündenbock suchte. Diesen Sündenbock hat er in Baron Aehrenthal und Baron Marschall ge-

* Vgl. Nr. 8802.

funden. Aus diesem Grunde hat er die gegen die österreichische und gegen unsere Politik gerichteten Vorwürfe der Perfidie nicht nur geduldet, sondern auch gern gesehen. Auch heute noch will sich der Minister, wie dies sich bei jeder Gelegenheit von neuem zeigt, von der Überzeugung eines Zusammenhanges zwischen dem Sandschakbahnprojekt und dem durch die Kritik des Baron Marschall verursachten Scheitern der Reformnote nicht lossagen. Andererseits hat ihn die allmählich durch die Hetzereien der russischen Presse bei uns entstandene Stimmung stutzig gemacht³. Er möchte zwar Österreich-Ungarn und uns durch sein Zusammengehen mit England in der Reformfrage „strafen“; manche Anzeichen sprechen aber dafür, daß sich die Besorgnis bei ihm regt, er könnte in dieser Beziehung den Bogen überspannen⁴. Man merkt ihm deutlich an, wie ungern er es hört, daß wir zwar bereit seien, ein vernünftiges Reformprojekt zu befürworten, aber keine solchen Vorschläge unterstützen würden, die wir als für den Sultan unannehmbar hielten¹.

Daß Herrn Iswolskys Wunsch, das von ihm korrigierte englische Projekt* möge von uns gutgeheißen werden, aufrichtig ist, bezweifle ich nicht. Er verspricht sich von unserer Unterstützung des Projektes ebensoviel, wie er im Falle unseres Widerstandes besorgt ist, einer neuen diplomatischen Niederlage entgegenzugehen. Um uns für die in Reval vereinbarten Vorschläge günstig zu stimmen, spielt er daher mit dem Gedanken, daß Schwierigkeiten unsererseits ihn immer mehr in die Arme Englands treiben würden. Dabei scheut er sich nicht, zuweilen einen beinahe drohenden Ton anzuschlagen. „Es kann allerdings“, so sagte er neulich, die Worte der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“** wiederholend, „zu recht schwierigen diplomatischen Auseinandersetzungen kommen, falls Deutschland sich dem Projekt feindlich zeigt und dadurch den Sultan in seinem Widerstande gegen die Reformen bestärkt“⁵.

Trotz dieses gelegentlichen „Bluff“, der nun einmal zu den von Herrn Iswolsky gern angewandten Waffen gehört, und trotz seiner auch von meinem österreichisch-ungarischen Kollegen konstatierten gegenwärtig gesteigerten Gereiztheit befindet sich der Minister nach meinem Eindruck keineswegs in Kampfesstimmung. Er ist weit davon entfernt zu wünschen, daß die gegenwärtig schwebenden politischen Fragen zu Komplikationen führen. Es ist ihm vielmehr offenbar bei dem von der deutschen Presse und insbesondere dem Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ angeschlagenen Tone nicht ganz gemächlich zumute⁶, und er möchte nicht, daß die mazedonische Reformfrage zu einer Verschärfung der deutsch-russischen Beziehungen führt⁷.

* Vgl. dazu Kap. CXC.

** Am 19. Juni hatte die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ in scharfer Weise gegen die Preßtreibereien der ausländischen, aber auch der inländischen Zeitungen Stellung genommen. Siehe den Artikel in Schultheß' Europäischem Geschichtskalender, Jg. 1908, S. 110f.

Eine ähnliche Stimmung kommt auch in der öffentlichen Meinung vielfach zum Ausdruck und spiegelt die in vielen Kreisen herrschende Stimmung wieder. Es ist auffallend, wie Blätter, die noch in diesem Winter besondere Freude an frivolen Hetzereien gegen Deutschland fanden, sich jetzt dagegen verwahren, Stimmung gegen den deutschen Nachbar machen zu wollen. Ich darf in dieser Beziehung unter anderm auf den Artikel des Herrn Mentschikow in der „Nowoje Wremja“ hinweisen, dessen Bedeutung allerdings nicht überschätzt werden darf, da der nicht ernst zu nehmende Verfasser sehr wohl imstande ist, morgen in gerade entgegengesetztem Sinne zu schreiben. In der Oktobristenpartei mehren sich, wie ich höre, die Stimmen derjenigen, welche vor den Gefahren einer gänzlichen Abwendung von Deutschland warnen.

Der wahre Grund dafür, daß die vernünftigen Elemente sich jetzt lauter hören lassen, dürfte darin zu suchen sein, daß Rußland, wie alle ernstesten Politiker sehr gut wissen, gegenwärtig außerstande ist, bei einer eintretenden Verwicklung eine Rolle zu spielen. Die ernstesten Worte, die in der letzten Zeit von Deutschland her vernommen worden sind, haben daher ihre Wirkung nicht verfehlt¹. Sie haben den Beweis geliefert, daß eine deutliche Sprache Rußland gegenüber in einem Augenblick, wie dem jetztigen, sehr am Platze war.

F. Pourtalès

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

¹ Richtig

² natürlich

³ na endlich

⁴ ja

⁵ ?!!

⁶ wie schön!

⁷ dann soll er vernünftig sein!

⁸ gut

Schlußbemerkung des Kaisers:

Gut

Nr. 8824

*Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Schoen
an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Kiel*

Ausfertigung

Berlin, den 4. Juli 1908

Euere Kaiserliche und Königliche Majestät haben, wie der Kriegsminister* Seiner Durchlaucht dem Reichskanzler mitgeteilt hat, zu be-

* General von Einem.

stimmen geruht, daß Euere Majestät in Rücksicht auf die in letzter Zeit besonders hervorgetretene Unliebenswürdigkeit Englands* davon absehen, englische Offiziere zur Armee zuzulassen. Eine Zulassung englischer Offiziere solle nur auf besondere Allerhöchste Einladung zu den Kaisermanövern erfolgen.

Euerer Majestät wage ich alleruntertänigst im Auftrage des Herrn Reichskanzlers folgendes vorzutragen: Es unterliegt keinem Zweifel, daß wir den Engländern nicht nachlaufen sollen, daß wir sie aber auch nicht ungünstiger als andere stellen und ihnen vor allem keinen Grund geben dürfen, über absichtliche Unhöflichkeiten zu klagen. Wir müssen eine würdige Haltung bewahren und ohne Schwäche, aber auch ohne Provokation korrekte, friedliche Beziehungen zu England zu erhalten suchen. Aus diesen Erwägungen, denen ich mich alleruntertänigst durchaus anzuschließen erlaube, würde eine differentielle Behandlung englischer Offiziere und solcher anderer fremder Länder zu vermeiden sein. Englische Offiziere dürfen nicht besser, aber auch nicht schlechter behandelt werden als die der anderen Staaten, insbesondere nicht schlechter als russische und französische Offiziere.

Auch in England sind bisher, wie mir auf Anfrage im Kriegsministerium ausdrücklich bestätigt wird, deutsche Offiziere nicht ungünstiger behandelt worden wie die anderer Länder. Unter diesen Umständen wage ich Euere Majestät alleruntertänigst zu bitten, huldvollst bestimmen zu wollen, daß die englischen Offiziere ebenso wie andere fremde Offiziere behandelt werden. Es scheint, soweit sich bisher übersehen läßt, nichts darauf hinzudeuten, daß man englischerseits dieses Jahr weitergehende¹ Anträge wie in den Vorjahren stellen wird.

v. Schoen

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:

¹ Die sind schon weitgehend genug!

* Die „Unliebenswürdigkeit“ Englands, d. h. vor allem König Eduards wurde von Kaiser Wilhelm II. darin gesehen, daß der englische König den bereits im November 1907 für das Frühjahr 1908 zugesagten Besuch in Berlin gegen Ausgang des Winters wieder absagte, dafür aber nach Reval ging (vgl. Bd. XXIV, Kap. CLXXVII, Nr. 8212, S. 87, Fußnote), ferner in der Entrevue in Reval selbst, die schon durch die Mitnahme von Admiral Sir John Fisher und General Sir John French für den Kaiser einen bedrohlichen Charakter annahm (vgl. Nr. 8810, S. 459, Fußnote*), in dem festlichen Empfang Delcassés in England kurz nach Reval usw.

*Der Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandter von Treutler,
z. Z. in Kristiansand*, an das Auswärtige Amt*

Telegramm. Entzifferung

Nr. 71

Kristiansand, den 8. Juli 1908

Für den Herrn Staatssekretär persönlich

Auf Erlaß Nr. 20**.

Seine Majestät ist Eurer Exzellenz Darlegungen zugänglich. Immediatbericht wird noch mit Chef des Militärkabinetts und Chef des Generalstabes besprochen werden. Beide versicherten mir, unseren Standpunkt zu teilen***.

Treutler

Nr. 8826

*Der Militärbevollmächtigte in Petersburg
Generalmajor von Jacobi an Kaiser Wilhelm II.†*

Abschrift

St. Petersburg, den 4. Juli 1908

Als ich heute dem Kriegsminister meinen ersten Besuch nach meiner Rückkehr von Urlaub machte, empfing mich derselbe mit der Frage: „Nun, wie steht bei Ihnen das politische Barometer?“

Das zeigt Ihnen am allerklarsten die Rede Seiner Majestät unseres Kaisers in Hamburg††, war meine Antwort, sie und die tags zuvor stattgefundene begeisterte Huldigung der Hamburger.

* Hier eingereiht des Zusammenhangs halber.

** Durch Erlaß Nr. 20 vom 4. Juli war Treutler angewiesen worden, im Einklang mit dem Immediatbericht des Staatssekretärs von Schoen vom 4. Juli beim Kaiser dahin zu wirken, „daß keine differentielle Behandlung der Engländer allerhöchsten Orts verfügt wird, da dies nach Ansicht des Fürsten Bülow, die ich völlig teile, ein schwerer politischer Fehler sein würde.“

*** Tatsächlich nahm der Kaiser in Verfolg der Vorstellungen des Auswärtigen Amtes von der anfänglich geplanten differentiellen Behandlung englischer Offiziere Abstand.

† Hier wird der Bericht nur insoweit wiedergegeben, als er die politische Lage betrifft.

†† Gemeint ist die Rede, die Kaiser Wilhelm II. anlässlich der Regatta des Norddeutschen Regattaver eins am 23. Juni in Brunsbüttelkrog gehalten hatte. In ihr war der Monarch, nachdem er das Problem der Reichsfinanzreform berührt hatte, auf die begeisterte Haltung der Hamburger bei seiner Anwesenheit tags zuvor in Hamburg zu sprechen gekommen. „Als ich mich fragte, wo der Grund für diesen Ausbruch der Be-

Ich erzählte dann den Vorgang selbst, darauf hinweisend, was es bedeute, wenn gerade die Hamburger, die doch bei einem Kriege mit England zuerst und am empfindlichsten getroffen werden würden, in so plötzlich, unmittelbar hervorbrechender Begeisterung ihrem Kaiser gezeigt hätten, daß sie bereit wären, ihm zu folgen, wohin es auch sei, und alles freudig einzusetzen für das Vaterland.

Auf die sich hieran knüpfende Frage Roedigers, ob „man“ denn bei uns ernstlich an die Möglichkeit eines englischen Angriffes denke, erwiderte ich, daß allerdings bei uns die Annahme weit verbreitet sei, daß England-Frankreich in dem Augenblick losschlagen würden, in dem sie glauben würden, der Unterstützung Rußlands sicher zu sein.

In der nun folgenden dreiviertelstündigen Unterredung über das Verhältnis Rußlands zu Deutschland wog Roediger, vielleicht eingedenk dessen, daß er sich im Frühjahr mir gegenüber einmal sehr offen ausgesprochen hatte*, jedes seiner Worte auf das sorgsamste ab, oft lange Pausen machend, um sich zu überlegen, wie er mir antworten, was er mir sagen könne. Da er nun bisher mir gegenüber stets wahr gewesen ist, ich ihn auch für deutschfreundlich halte, so glaube ich, daß das, was er mir gesagt hat, wirklich der Wahrheit entspricht, wenigstens — soweit sie ihm bekannt ist.

Vor allem betonte Roediger mehrmals das absolute Friedensbedürfnis Rußlands, das nur dann einen Krieg führen würde, wenn es sich um eine absolute Lebensfrage ¹⁾ Rußlands handele.

Wörtlich dieselbe Antwort gab mir der Kriegsminister, als ich ein anderes Mal im Laufe des Gesprächs sagte, daß der Friede wohl davon abhängen würde, ob England-Frankreich sich dessen sicher zu sein glaubten, daß Rußland im Falle eines Krieges England-Frankreichs mit Deutschland den casus foederis der russisch-französischen Allianz als vorliegend anerkennen würde.

Weiter betonte Roediger mehrmals, daß er selbst nicht wisse, was in Reval verhandelt sei, daß eine könne er mir aber absolut versichern, daß keinerlei Abmachungen getroffen seien, durch die Rußland in absehbarer Zeit in einen Krieg verwickelt werden könnte, denn, wenn dies der Fall gewesen wäre, hätte ihm dies doch der Minister der Auswärtigen

¹⁾ Anmerkung von Jacobis: Als eine solche Lebensfrage hatte Roediger in der Unterredung, über die ich unter dem 29. Februar d. Js. berichtet habe, z. B. die „Aufrollung der polnischen Frage im antirussischen Sinne“ bezeichnet, nicht dagegen sei eine solche „der Besitz eines Zipfel Landes z. B. in Kleinasien“.

geisterung liege, da erschallte spontan, erst allmählich, dann immer mächtiger an schwellend, unser altes deutsches Sturmlied. Nun wußte ich genug. Meine Herren, ich danke Ihnen dafür, ich habe Sie verstanden. Es war der Druck der Freundeshand einem Manne, der entschlossen seinen Weg geht, und der weiß, daß er jemanden hinter sich hat, der ihn versteht, und der ihm helfen will.“ Siehe den vollen Text der Rede in Schultheß' Europäischer Geschichtskalender Jg. 1908, S. 111f.

* Vgl. dazu Kap. CLXXXVII, Nr. 8732.

Angelegenheiten sagen müssen², dies sei nicht der Fall gewesen, und es sei daher auch in seinem Ressort nichts geschehen, kein Kredit gefordert³, wie solches bei einer unmittelbar drohenden Verwicklung nötig sei.

Daß dagegen das augenblickliche Verhältnis Rußlands zu England ein recht freundschaftliches sei, ging aus allen Äußerungen Roedigers hervor, er beschränkte es nur dadurch, daß er diese Freundschaft einmal eine „uns durch die Lage aufgezwungene“⁴, ein andermal eine „diplomatische“ nannte. Als ich im Laufe des Gesprächs einmal darauf hinwies, daß es doch ganz natürlich sei, daß in Deutschland Mißtrauen und Verstimmung darüber entstanden sei, daß Rußland die feindliche Haltung Englands während des letzten Krieges*, die schwankende Frankreichs und die freundschaftliche Deutschlands gleichermaßen so ganz vergessen zu haben scheine, wurde Roediger plötzlich warm und „zischte“ fast mit unverhaltenem Ingrim: „Das brauchen Sie nicht zu glauben, daß das russische Volk das England vergißt“, schwieg aber, mir dadurch recht gebend, als ich ihm darauf antwortete, daß die russische Presse doch nach wie vor fast geschlossen für England eintreten werde, da — abgesehen von der dies wohl aus „besonderen“ Gründen tuenden „Nowoje Wremja“ — die ganze liberale Presse für England sei, in dem sie eben den Hort des Liberalismus sähe.

Als Roediger mir ferner mehrmals versichert hatte, daß — seines Wissens — Rußland durch nichts England Grund zu der Annahme gegeben habe, daß es sich bei einem deutsch-englischen Konflikt auf englische Seite stellen werde, und er dabei das Schlagwort wiederholte, daß das russisch-englische Abkommen sich nur auf Asien bezöge, wies ich darauf hin, daß dieser Rahmen doch schon durch die Verständigung über Mazedonien überschritten sei, daß daher England sehr wohl annehmen könne, es werde ihm im Laufe der weiteren Entwicklung gelingen, Rußland noch mehr auf seine Seite zu ziehen, und daß schon diese „Hoffnung“ Englands genügen könne, die Ententemächte zum „Losschlagen“ zu bewegen.

Hierauf erwiderte Roediger mir: „Sie (sc. die Hoffnung) ist aber unbegründet“, als ob er selbst diese in der jetzigen russischen Politik liegende Gefahr erkenne und — bedauere.

Ich habe den Eindruck gehabt, daß diesem ganzen Gespräch die bestimmte Absicht Roedigers zu Grunde lag, mich wissen zu lassen, daß

1. er — und mit ihm noch andere — die Iswolskysche Politik England gegenüber nur zum Teil billigten, daß

2. bis jetzt Rußland — seines Wissens — keinerlei bindende Verpflichtungen im Falle eines deutsch-englischen Konflikts eingegangen, unbedingt aber keinerlei Vorbereitungen auf diese Eventualität hin getroffen habe, und daß

3. Rußland — nach seiner Überzeugung — ebenso unbedingt im Falle

* Nämlich des Russisch-Japanischen Krieges.

eines Krieges neutral bleiben müsse und würde, falls keine absolute Lebensfrage Rußlands berührt würde*.

Ich muß dahingestellt sein lassen, inwieweit in der letzteren, mir nun schon zum zweiten Mal gemachten Äußerung vielleicht sogar eine Andeutung enthalten sein sollte, ob wir hierauf nicht näher eingehen wollten**. pp.

(gez.) von Jacobi

Ranbemerungen Kaiser Wilhelms II. in Abschrift:

¹ ausgeschlossen

² Der Ausw[ärtige] Minister hat dem Vorgänger Redigers auch nichts davon mitgeteilt, daß der Krieg mit Japan ausbrechen werde!

³ vielleicht vorhanden?

⁴ ?

Nr. 8827

*General der Infanterie Freiherr von der Goltz
an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Kiel*

Abschrift

Berlin, den 5. Juli 1908

Euerer Kaiserlichen Königlichen Majestät wage ich alleruntertänigst über den hauptsächlichen Inhalt des mir in einer Abschiedsaudienz am 29. v. Mts.*** von Seiner Majestät dem Sultan für Euere Majestät gegebenen Auftrags in Kürze das Nachstehende zu berichten.

* Ob nicht die Äußerungen Roedigers zu Jacobi mit Iswolsky verabredet waren? Vgl. Jacobis Immediatbericht vom 5. Juli 1908 über eine Unterredung mit dem russischen Außenminister in Kap. CXC, Nr. 8850. Hier spricht Jacobi selbst die Vermutung eines Einverständnisses Roediger-Iswolsky aus.

** Bei der Weitergabe des Jacobischen Berichtes an den Reichskanzler Fürst Bülow bemerkte der Kaiser, den alles, was sich in Reval zugetragen hatte, mit großer Sorge erfüllte, daß er es mit dem Generalstabschef von Moltke für notwendig halte, auf die „invite“ Roedigers einzugehen; Telegramm an Fürst Bülow, dd. Odde (Norwegen) 15. Juli 1908. Ebenso bemerkte der Kaiser zu einem Berichte des Grafen Pourtalès vom 6. Juli (Nr. 279), in dem Äußerungen eines alten russischen Diplomaten in der „Retsch“ wiedergegeben waren, wonach Rußland für den Fall eines deutsch-englischen Krieges zu nichts verpflichtet wäre: „Das muß für uns durch Verhandlungen mit Rußland absolut klar und unanfechtbar festgelegt werden. Das muß unsere Heeresleitung unbedingt verlangen.“ Fürst Bülow riet jedoch in einem Schreiben an den Kaiser, das den Eingangsvermerk des 15. Juli trug, (vgl. Bd. XXIV, Kap. CLXXVII, Nr. 8216) von solchen Verhandlungen, von denen er sich rebus sic stantibus keinerlei Erfolg versprach, unbedingt ab: „Ein Übereinkommen, wodurch uns Rußland seine Neutralität für den Fall zusichert, daß wir nicht die Angreifer sind, besaßen wir de facto in dem Rückversicherungsvertrag von 1887. Nachdem dieser Vertrag 1890 nicht wieder erneuert worden ist und die Russen die Abmachung von Björkoe nicht ratifiziert haben, würden erneute Versuche, ein solches Übereinkommen zu erlangen, jetzt schwerlich Erfolg haben.“ Es ist denn auch nicht zu Verhandlungen mit Rußland in dieser Richtung gekommen.

*** Freiherr von der Goltz, bis 1895 in türkischen Diensten, hatte im Juni 1908 zu privaten Zwecken in der Türkei gewilt.

Seine Majestät der Sultan sprach zunächst eingehend darüber, wie auffallend es sei, daß der König von England, der früher eine ganz entgegengesetzte Lebensrichtung verfolgt habe, sich jetzt so rührig als Politiker betätige. Dazu hätte es eines besonderen Anstoßes bedurft. Diesen Anstoß glaubt der Sultan in einer gewissen Animosität des Königs gegen Euere Kaiserliche Majestät erblicken zu sollen. Die Absicht, Deutschland einzukreisen, sei nicht zu verkennen. In der Revaler Zusammenkunft habe sie deutlichen Ausdruck gefunden. Da Deutschland auf ein unbedingtes Mitgehen Italiens nicht rechnen kann, sei es im wesentlichen jetzt auf das Bündnis mit Österreich verwiesen.

Den hieran logisch anzuknüpfenden Schluß, daß die Türkei im Dreibunde den Ersatz für Italien bilden müsse, sprach der Sultan nicht förmlich aus, allein derselbe lag ganz in der von ihm verfolgten Gedankenreihe.

Auf die muhammedanische Welt — so fuhr Seine Majestät der Sultan fort — habe die Revaler Zusammenkunft den größten und übelsten Eindruck gemacht, der sich bis auf die islamitischen Untertanen des britischen Reiches in Indien erstrecke. In der Vorstellung dieser Welt sei bisher England als diejenige Macht erschienen, die ein Interesse an der Erhaltung der Türkei habe, und auf welche die letztere im Notfalle rechnen könne. Rußland sei hingegen stets als Erbfeind angesehen worden. Da sich nunmehr Freund und Feind geeinigt zu haben schienen, sei die Hoffnung auf eine Stütze geschwunden. Dies erkläre die niederdrückende Wirkung.

Das Einvernehmen zwischen England und Rußland werde sich vielleicht schon bei den bevorstehenden Verhandlungen in der mazedonischen Frage fühlbar machen.

Er — der Sultan — habe die innige Freundschaft für Euere Majestät und zu Deutschland bei jeder Gelegenheit aufs eifrigste gepflegt und öffentlich bekundet. Ein äußeres Zeichen dafür sei unter anderem, daß das Bild Eurer Majestät und der Allerhöchsten Familie das einzige Souveränenbildnis ist, das in den Schlössern des Großherrn überhaupt ausgehängt wäre. Alle ihn — den Sultan — besuchenden Souveräne und fürstlichen Persönlichkeiten sähen es dort. Er bäte Euere Majestät, ihm die bisher bewiesene Freundschaft auch in der kommenden Zeit zu bewahren, die möglicherweise ernste Verwickelungen bringen könne. Auf seiner Seite sei und bliebe sie unwandelbar.

Ich bemerke alleruntertänigst, daß ich sogleich versuchte, die Bedeutung der Revaler Zusammenkunft auf das richtige Maß zurückzuführen. Ich sagte, daß nach meiner Kenntnis vom Charakter des Zaren man annehmen müsse, daß dieser sich nicht zu bestimmten positiven Abmachungen habe drängen lassen, und daß die getroffenen Vereinbarungen aller Voraussicht nach nur in einer ganz allgemein gehaltenen Form abgeschlossen seien. Namentlich würden sie eine demnächst schon bevorstehende Aktion gegen die Türkei nicht umfassen. Die inneren Verhältnisse Rußlands stünden dem auch entgegen. Dieser Ausführung stimmte der Sultan teilweise zu.

Im übrigen erstreckte sich die Audienz auf militärische Fragen hinsichtlich der türkischen Armee, über welche Seine Majestät der Sultan mich beauftragte, ihm monatlich einmal durch den Kammerherrn Emin Bey zu schreiben, sowie auf Erinnerungen und allgemeine Dinge.

(gez.) Frh. v. d. Goltz

Nr. 8828

*Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès
an den Reichskanzler Fürsten von Bülow**

Ausfertigung

Nr. 320

St. Petersburg, den 24. Juli 1908

Nach achttägigem Aufenthalt in Peterhof begibt sich Seine Majestät Kaiser Nikolaus heute wieder an Bord des „Standard“, um zunächst einige Tage zu kreuzen und dann am 27. d. Mts. auf der Reede von Reval mit dem Präsidenten Fallières zusammenzutreffen.

Man ist hier sichtlich bestrebt, die Bedeutung dieser Begegnung herabzudrücken. Herr Iswolsky betonte beim letzten Wochenempfang mir gegenüber, daß der Besuch lediglich „une visite de courtoisie“ ohne jeglichen politischen Charakter sei. In der Tat wisse er nicht, welche politische Fragen bei dieser Gelegenheit besprochen werden sollten. Auch die Trink-

* Die beiden folgenden Schriftstücke behandeln den Besuch, den der Präsident der französischen Republik Fallières dem Zaren am 27./28. Juli 1908 gleichfalls in Reval abstattete. Die bei dieser Gelegenheit gewechselten Trinksprüche betonten auf der einen Seite die „liens de sincère et inaltérable amitié qui unissent la France et la Russie“, auf der anderen Seite „le maintien et la consolidation de la paix du monde“. Auf deutscher Seite war man weit entfernt, der Zusammenkunft des Präsidenten mit dem Zaren eine besondere politische Bedeutung wie den vorausgehenden Zusammenkünften von London und Reval beizulegen; man erkannte sogar an, daß im Hinblick auf den Zusammenschluß der englisch-französischen und der englisch-russischen Entente zu einer Tripleentente Frankreich im Gegensatz zu England eine retardierende Rolle gespielt habe. Vgl. den Bericht des belgischen Gesandten in Berlin Baron Greindl vom 18. Juli 1908, wonach Staatssekretär von Schoen sich dahin ausgesprochen hätte, daß nach den eingegangenen Nachrichten England auf dem Wege der Entente mit Frankreich und Rußland habe viel weiter gehen wollen, als ihm tatsächlich gelungen sei, daß gerade Frankreich, das augenblicklich einen friedlichen Einfluß ausübe, abgelehnt habe. Auch der belgische Gesandte in Paris A. Leghait erkannte in seinem Bericht vom 20. Juli an, daß die französische Politik von friedlichen Ideen geleitet sei; aber er fügte ahnungsvoll hinzu, „werde Frankreich, im Schlepptau Englands, immer Herr der Lage bleiben und vermeiden können, daß jenseits des Rheins gefährliche Verstimmungen entstehen?“ Deutsches Weißbuch: Belgische Aktenstücke 1905—1914, S. 60, 62.

sprüche würden sich in allgemeinen Phrasen bewegen und jedenfalls alles vermeiden, was zu Mißdeutungen Anlaß geben oder Beunruhigung hervorrufen könnte.

Äußerungen von Persönlichkeiten aus der Umgebung des Zaren und auch Andeutungen des Herrn Iswolsky lassen erkennen, daß Seine Majestät dem Besuch ohne besonderes Vergnügen entgegensieht. Anfangs hieß es, daß Ihre Majestät die Kaiserin Alexandra Feodorowna an der Begegnung nicht teilnehmen würde. Ihre Majestät wird indessen nach den neueren Bestimmungen ihren hohen Gemahl doch begleiten. An Bord des „Standard“ wird sich auch Herr Iswolsky befinden, Herr Stolypin dagegen, der gegenwärtig auf einem russischen Kreuzer eine Erholungsreise in der Ostsee macht, wird bei der Entrevue nicht zugegen sein. Von Persönlichkeiten, die dem Hofe nahestehen, wird besonders auf die kurze Dauer des Besuches, nur wenig über 24 Stunden, sowie darauf hingewiesen, daß bei demselben viel weniger Glanz entfaltet werden wird, als bei der Begegnung der russischen Majestäten mit dem englischen Herrscher.

Auf der französischen Botschaft hätte man es nach meinen Eindrücken gern gesehen, wenn dem Besuch mehr Relief gegeben worden wäre. Offenbar hat dort der Wunsch bestanden, daß der Besuch in Peterhof stattfinde und der Präsident bei dieser Gelegenheit auch nach Petersburg komme. Noch in dem Augenblick, als mir von russischer Seite bestimmt versichert wurde, daß die Begegnung mit dem Präsidenten jedenfalls auf hoher See, wahrscheinlich in Reval, stattfinden werde, wollten die Mitglieder der französischen Botschaft nicht zugeben, daß diese Frage definitiv entschieden sei und wiesen auf noch schwebende Verhandlungen hin, die es nicht ausgeschlossen erscheinen ließen, daß der Besuch in Peterhof stattfinden werde. Ich habe aber Grund anzunehmen, daß hierzu auf russischer Seite von vornherein wenig Neigung bestanden hat.

F. Pourtalès

Nr. 8829

*Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès
an den Reichskanzler Fürsten von Bülow*

Ausfertigung

Nr. 341

St. Petersburg, den 1. August 1908

Herr Iswolsky spricht sich über den Verlauf der Entrevue mit dem Präsidenten Fallières sehr befriedigt aus und ist überzeugt, daß dieselbe überall nur eine beruhigende Wirkung ausüben kann. Mit Befriedigung konstatierte der Minister mir gegenüber, daß der eminent friedliche

Charakter der ausgetauschten Trinksprüche* in der Presse aller Länder anerkannt worden sei.

Herr Iswolsky wies noch besonders darauf hin, daß er wie bei früheren Gelegenheiten auch bei seinen Interviews mit französischen Journalisten den Wert besonders betont habe, den Rußland auf freundschaftliche Beziehungen mit Deutschland lege¹.

F. Pourtalès

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:

¹ Gelogen! glaube ich nicht!

* Vgl. Nr. 8828, Fußnote.

Kapitel CXC

Das Englisch-Russische Reformprojekt
Iswolskys Drohungen

Nr. 8830

*Der Stellvertretende Botschafter in Konstantinopel
Gesandter von Kiderlen*
an den Reichskanzler Fürsten von Bülow*

Ausfertigung

Nr. 95

Therapia, den 18. Juni 1908

Schon in meiner Antrittsaudienz wünschte Seine Majestät der Sultan meine Ansicht über die Folgen der Entrevue von Reval kennen zu lernen. Er hat diesen Wunsch dem ersten Dragoman der Botschaft** gegenüber wiederholen lassen und dabei gebeten, ihm auch die Ansicht der Kaiserlichen Regierung mitzuteilen.

Während Seine Majestät in der Audienz vom 12. sich auf meine allgemeinen Äußerungen hin beruhigt zeigte, sprach aus der Mitteilung, die er vorgestern dem ersten Dragoman machen ließ, eine gewisse Präokkupation. Veranlaßt ist diese durch einen Bericht des türkischen Botschafters in London***. Dieser schreibt, daß die englische Presse über Reval jubiliere, weil nunmehr Deutschland in Europa nicht mehr tonangebend, sondern „isoliert“ sei und England damit auch in Mazedonien freie Hand habe, um seine Ziele — einen unabhängigen Gouverneur und volle Autonomie — durchzusetzen.

Ich habe bis zum Eintreffen der Instruktionen Eurer Durchlaucht den Sultan zunächst dadurch zu beruhigen gesucht, daß ich eine Aufzeichnung über meine persönliche Ansicht durch den ersten Dragoman dem ersten Sekretär des Sultans in der hier üblichen Weise übermitteln ließ.

Ich habe darin ausgeführt, daß die Presse die Bedeutung und Folgen der Revaler Zusammenkunft jedenfalls übertreibe. Es sei unerfindlich, wie man von einer „Isolierung“ Deutschlands reden könne. Während zugegebenermaßen es sich in Reval nicht um eine „alliance“, sondern um

* Der Bukarester Gesandte von Kiderlen, der Freiherrn von Marschall schon im Jahre 1907 während dessen Delegierung zur 2. Haager Friedenskonferenz vertreten hatte, war neuerdings zur Vertretung des seit dem 3. Juni 1908 beurlaubten Botschafters nach Konstantinopel entsandt worden.

** H. Gies.

*** Rifaat Pascha.

eine „entente“ gehandelt habe, stütze sich Deutschland außer auf seine eigene Macht auf feste Bündnisse.

Was Mazedonien betreffe, so habe Reval in dieser Beziehung nichts geändert*. Es sei wahrscheinlich, daß Rußland und England sich über Vorschläge betreffs Mazedoniens in Reval geeinigt haben. Um als Vorschläge der europäischen Großmächte an die türkische Regierung zu gelangen, bedürften aber die russisch-englischen Vorschläge der Zustimmung auch der anderen Mächte. Es sei zweifellos, daß die englisch-russischen Vorschläge von den anderen Mächten ebenso eingehend und wohlwollend werden geprüft werden wie die Vorschläge betreffend die Justizreform im vorigen Jahre, und es sei nicht zu erwarten, daß die Zustimmung aller Mächte solchen Vorschlägen zuteil werde, von denen ein Teil der Mächte eine Minderung der Autorität des Sultans und damit erneute Unordnung und Gefährdung des Friedens befürchten zu müssen glaubte.

Da sich der Sultan auch wegen des angeblich beabsichtigten Besuchs Seiner Majestät des Kaisers von Rußland bei Seiner Majestät dem König von Italien** beunruhigt zeigte, so habe ich Seiner Majestät sagen lassen, es handle sich, falls der Besuch tatsächlich beabsichtigt sei, um einen Gegenbesuch. Nachdem dieser Gegenbesuch seinerzeit unter den bekannten Umständen unterblieben sei, wodurch in Italien eine berechtigte Mißstimmung hervorgerufen wurde, würde es weder etwas Auffälliges noch Beunruhigendes haben, wenn der russische Kaiser etwa eine anderweitige Reise auch zu einem Besuche beim König von Italien benutzen sollte.

Da der Sultan dem General von der Goltz ähnliche Mitteilungen*** machen ließ wie mir, habe ich ihm meine Aufzeichnung zu lesen gegeben, damit wir die gleiche Sprache führen.

Kiderlen

* Vgl. dazu Kap. CLXXXIX, Nr. 8800, 8810 und 8811. Nach den Mitteilungen Sir E. Greys gegen Graf Metternich und Iswolskys gegen Graf Pourtalès, die im wesentlichen übereinstimmen, wäre es bei den Besprechungen in Reval über die mazedonische Frage „beinahe zu einem vollständigen Übereinkommen“ zwischen Iswolsky und Sir Charles Hardinge gekommen, lediglich betreffs der Frage der Vollmachten des mazedonischen Generalinspektors wäre noch ein Punkt in der Schwebe geblieben, nach dessen Erledigung England und Rußland vor die Mächte treten wollten. Vgl. dazu auch die Äußerungen des belgischen Gesandten in Berlin Baron Greindl vom 4. Juli 1908. Baron Greindl fand an dem englisch-russischen Einvernehmen über Mazedonien vor allem eins beunruhigend: die Art und Weise, in der die Vorbesprechungen zwischen London und Petersburg unter Ausschluß von Österreich-Ungarn, das doch an den Balkanangelegenheiten ein Interesse erster Ordnung habe, geführt würden. Deutsches Weißbuch: Belgische Aktenstücke 1905—1914, S. 60.

** Ein solcher fand erst am 24. Oktober 1909 statt.

*** Dieser weilte im Juni 1908 zu privaten Zwecken in Konstantinopel. Vgl. Kap. CLXXXIX, Nr. 8827.

*Der Reichskanzler Fürst von Bülow
an den Botschafter in Petersburg Grafen von Pourtalès*

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Zimmermann

Nr. 128

Berlin, den 19. Juni 1908

Mit Befriedigung habe ich aus Euerer Exzellenz Berichterstattung entnommen, daß es Herrn Iswolsky anscheinend gelungen ist, das sehr weitgehende und in seinen Konsequenzen unübersehbare englische Programm in mazedonischer Frage weniger radikal und damit weniger gefährlich zu gestalten. Der Mitteilung der schließlichen russisch-englischen Vorschläge sehen wir mit ruhigem Interesse entgegen.

Inzwischen können Euere Exzellenz dort aussprechen, daß die deutsche mit der österreichisch-ungarischen Politik grundsätzlich darin übereinstimmt, daß wir beim Sultan keine solche Neuerungen befürworten können, die ohne eine Umwälzung und somit allgemeine Kriegsgefahr undurchführbar sein würden. Sagen Sie Ihrem österreichisch-ungarischen Kollegen, daß Sie angewiesen sind, sich so zu äußern.

Bülow

*Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Schoen
an den Botschafter in Wien von Tschirschky*

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Zimmermann

Nr. 115

Berlin, den 20. Juni 1908

Zu Eurer Exzellenz Orientierung und Verwertung gegenüber Baron Aehrenthal.

Nach der Berichterstattung des Grafen Pourtalès ist es Herrn Iswolsky anscheinend gelungen, das sehr weitgehende und in seinen Konsequenzen unübersehbare englische Programm in mazedonischer Frage weniger radikal und damit weniger gefährlich zu gestalten. Um Herrn Iswolsky, von dem wir bis auf weiteres noch annehmen möchten, daß ein völliges Abrücken von den eine konservative Balkanpolitik befolgenden Mächten und ein gänzliches Hineinschwenken ins englische Fahrwasser nicht seinen innersten Wünschen entspricht, den Rücken zu stärken und bei der offenbar noch bevorstehenden endgültigen Redigierung seiner Vorschläge nach Möglichkeit zu beeinflussen, glauben wir ihm über unseren Standpunkt keinen Zweifel lassen zu sollen. Graf Pourtalès ist daher angewiesen, sich dahin zu äußern, daß wir beim Sultan keine solchen Neuerungen befürworten können, die ohne eine Umwälzung und somit allgemeine Kriegs-

gefahr undurchführbar sein würden, und daß wir davon überzeugt wären, uns hierbei in grundsätzlicher Übereinstimmung mit der österreichisch-ungarischen Politik zu befinden*.

Herr von Kiderlen ist beauftragt worden, dem Sultan, der sich über Revaler Entrevue und angeblichen Reiseplan des Zaren nach Italien nervös zeigte**, folgendes zu sagen:

„Wir kennen das Ergebnis der Revaler Entrevue noch nicht im einzelnen. Indessen sind uns vorher und nachher von beiden Seiten, namentlich von Rußland allgemeine beruhigende Versicherungen gegeben worden. Was aber auch immer in Reval bezüglich Mazedoniens vereinbart sein mag, so wird dies unsere bisherige Haltung gegenüber der Türkei in keiner Weise beeinträchtigen. Wir glauben übrigens nicht, daß England und Rußland dem Konzert der Mächte Vorschläge zumuten werden, die auf Umstoßung des Status quo hinzielen oder mit den Souveränitätsrechten des Sultans unvereinbar sind. Jedenfalls sind wir nach wie vor fest entschlossen, etwaigen derartigen Vorschlägen, gleichgültig von welcher Seite sie ausgehen, unsere Zustimmung zu versagen. Wir rechnen darauf, daß die Mehrzahl der Mächte hierfür volles Verständnis zeigen wird, und sind überzeugt, daß gleich uns auch Österreich-Ungarn eine türkenfreundliche konservative Politik verfolgt. Deutschland und Österreich-Ungarn sind so stark, daß die anderen Mächte schwerlich versuchen werden, eine Gewaltpolitik im Gegensatz zu uns und unserem Verbündeten durchzusetzen.

Ein Besuch des Zaren in Italien, der übrigens nach unseren Informationen noch keineswegs feststeht, würde lediglich einen Höflichkeitsakt als Erwiderung des dem Zaren vor Jahren seitens des Königs von Italien gemachten Besuchs darstellen und zu Beunruhigungen um so weniger Anlaß bieten, als Italien in letzter Zeit wiederholt den Wunsch zu erkennen gegeben hat, in Balkanfragen mit den anderen Dreibundmächten zusammenzugehen.“

v. Schoen

Nr. 8833

*Der Botschafter in London Graf von Metternich
an den Reichskanzler Fürsten von Bülow****

Privatbrief. Ausfertigung

London, den 20. Juni 1908

pp. Die nächste Gelegenheit nun, wo die englisch-russische Freundschaft auch uns gegenüber in die Erscheinung tritt, ist Mazedonien. In dieser Frage haben wir zwei Interessen zu unterscheiden: unsere Freund-

* Vgl. Nr. 8831.

** Vgl. Nr. 8830.

*** Den Anfang des Briefes, der die Entrevue in Reval betrifft, siehe in Kap. CLXXXIX, Nr. 8817.

schaft zum Sultan und zur Türkei, die zu erhalten äußerst wichtig ist, und unsere Stellung im europäischen Konzert. Der Sultan weiß — und diesen Glauben sollten wir ihm erhalten —, daß wir keine Zwangsmaßregeln gegen ihn ergreifen wollen, und daß wir einen moderierenden Einfluß auf den Reformeifer anderer ausüben.¹ Diese unsere Stellungnahme ist für ihn von größter Wichtigkeit, und daran sollte ihm genügen. Es wäre aber gefährlich, ihn daran zu gewöhnen, daß wir jeden ihm unbequemen Reformvorschlag anderer ablehnen. So weit brauchen wir nicht zu gehen, um seine Freundschaft uns zu erhalten. Sie ist auch ohne dieses Extrem für ihn von größtem Werte. So wäre es zum Beispiel meiner Ansicht nach nicht unsere Aufgabe, bei jedem Reformvorschlag juristisch nachzuweisen, weshalb er nach göttlichem und weltlichem türkischen Rechte unstatthaft ist, und daß der Sultan ihn niemals annehmen wird². Der Sultan sagt stets „niemals“, bis er einen sanften allseitigen Druck empfindet. Auch hat die Erfahrung gelehrt, daß bei der Durchsetzung von Reformen gegen den ursprünglichen Willen des Sultans, man mag nun über die Reformen selbst denken wie man will, nicht sofort ein Krieg und Balkanbrand losgebrochen ist, wie dies mitunter prophezeit worden ist³. Die staatlichen Hoheitsrechte des Sultans sind in der Türkei nach allen Richtungen hin geschmälert worden, geographisch und inhaltlich, und bestehen zum Teil nur dem Schein nach, sie können daher auch nicht mit einem europäischen Staatswesen verglichen werden, welches sich den Ausfluß seiner Souveränität nicht von außen beschneiden läßt. Würde der Sultan wirklich lieber Krieg machen, als eine fliegende Militärkolonne unter seinen Untertanen Hilmi Pascha oder selbst unter den in seinen Diensten stehenden Chef der Gendarmerie stellen lassen?⁴ Ich bezweifle es. Für die Forderung „unabhängig vom Palais“ läßt sich doch wohl eine Formel finden, die in einer Note an die Pforte nicht verletzend wird. Zum Beispiel die Begründung, daß die Notwendigkeit raschen Eingreifens der fliegenden Kolonnen es der Zeitersparnis halber wünschenswert erscheinen lasse, wenn Hilmi Pascha, ohne sich an die vorgesetzte militärische Behörde zu wenden, selbständig über die Kolonne verfüge. Rechtlich so gedacht, daß der Sultan an Hilmi Pascha die Erlaubnis erteilt, über die Kolonnen nach eigenem Ermessen zu verfügen⁵. So ganz monströs wäre dies nicht, wenn man bedenkt, daß selbst in unserm militärisch geregelten Staate das zivile Kolonialamt ein Verfügungsrecht über die Schutztruppe besitzt⁶. Der innere Wert des Vorschlags der Unterstellung einer oder mehrerer fliegender Kolonnen unter Hilmi Pascha kommt nicht so sehr in Betracht als die Rückwirkung unserer Stellung zu ihm auf die europäische Politik.

Aehrenthal will nun das zu erwartende russisch-englische Programm an die Botschafter verweisen. Da man in Petersburg und London auch weiß, daß diese auf Urlaub sind, so tritt mit diesem Vorschlag weiter nichts als die Absicht der Verschleppung hervor.

Wir können nun zweierlei Politik verfolgen: mit Österreich zusammen der anderen Gruppe zeigen, daß sie ohne uns in Konstantinopel nichts

ausrichten kann. Dies würde zur Folge haben, daß sie sich enger aneinander-schließt, und daß wir die öffentliche Meinung gegen uns haben. Auf uns als dem stärkeren Teile bleibt es sitzen, nicht auf Österreich. Auch werden die Russen, sobald sie merken, daß wir Opposition machen, in der Unterstützung englischer Reformprojekte viel weiter gehen, als sie dies tun können, wenn sie sehen, daß Reformen allseitig durchgedrückt werden sollen. Die Russen werden der Türkei gegenüber nicht so radikal auftreten, wie die Engländer es wünschen, wenn sie sehen, daß sie beim Worte genommen werden. Nehmen wir ihnen aber die Bürde der Opposition ab, so können sie getrost den englischen Radikalismus mit Bezug auf Mazedonien mitmachen, da sie wissen, daß doch nichts dabei herauskommt.

Die andere Politik, die wir befolgen können, ist die, daß wir die kommenden Vorschläge unbefangen prüfen und vermittelnd, aber nicht ablehnend wirken. Unsere Absicht verschleiern und sie trotzdem erkennen lassen, wie die Überweisung der Vorschläge an abwesende Botschafter, halte ich für schädlich. Dann noch besser offen begründen, weshalb wir nicht mittun wollen. Die vermittelnde Politik würde ich aber unter den obwaltenden Umständen für die angezeigte halten.

König Eduard fängt an, mit dem neuen türkischen Botschafter Rifaat Bey zu liebäugeln, zunächst nur sozial. Hierüber nächstens mehr*.

P. Metternich

Ranbemerktungen Kaiser Wilhelms II.:

¹ Ja

² das ist eben die Grenze, bis zu welcher der Sultan sich drängen läßt, weiter nicht.

³ weil bisher noch keiner ihn ganz direkt und so als Oberherren tangirt hat wie jetzt!
Es giebt eben für ihn eine Grenze.

⁴ Ansichtssache S[einer] M[ajestät].

⁵ wird er niemals thun, weil er nun mal so ist!

⁶ aber wie!?!

* Zu dem Privatbriefe Graf Metternichs liegt eine für den Freiherrn von dem Bussche-Haddenhausen als den England-Referenten bestimmte Aufzeichnung Fürst Bülow vor, in der es mit Bezug auf Mazedonien heißt: „Sehr reifeiche Erwägung erheischen die Betrachtungen und Vorschläge über Mazedonien. Hier sehe ich Ihrem Vortrag entgegen, bzw. dem Entwurf für eine Instruktion an Kiderlen und an Tschirschky, wenn eine solche Ihnen jetzt schon angezeigt erscheint. Auch in diesen Ausführungen von Metternich steckt viel Wahres. Jedenfalls sollten wir meines Erachtens in der mazedonischen Frage nicht philotürkischer als Österreich auftreten und uns vor allem nicht in der Presse so sehr auf den ultratürkischen Standpunkt festnageln, daß wir schließlich als die Blamierten dastehen, wenn dieser nicht bis auf das i-Tüpfelchen gegen Europa durchzusetzen ist. Auch das müssen Sie Hammann sagen, dem Sie vielleicht den Metternichschen Brief zu lesen geben.

Wenn wir diesen Brief Seiner Majestät vorlegen, müßte dies mit einem Privatbrief geschehen, in dem ich auf den sekreteten Inhalt hinweise und zu den Ausführungen von Metternich kurz Stellung nehme.“ In dem entsprechend dieser Direktive aufgesetzten Briefe Fürst Bülow an den Kaiser vom 23. Juni hieß es dann: „Was Mazedonien betrifft, so werden wir zunächst die uns in den Einzelheiten noch nicht bekannten englisch-

*Aufzeichnung des Botschafters in Konstantinopel
Freiherrn von Marschall, z. Z. in Neuershausen**

Eigenhändig

Geheim

Neuershausen, den 6. Juli 1908

Bemerkungen zu dem Berichte des Kaiserlichen Botschafters in London
vom 20. Juni**.

Mit dem Botschafter Grafen Metternich bin ich darin vollkommen einverstanden, daß, wenn unsere Interessen durch die englisch-französisch-russische Gruppe verletzt werden, wir fest auftreten, aber dann durchhalten müssen, und daß wir es vermeiden, mit dem diplomatischen Säbel zu rasseln, ohne ihn zu ziehen. Nur möchte ich den Begriff „unsere Interessen“ etwas weiter ziehen, als es anscheinend Graf Metternich tut. Ich möchte darunter auch vitale Interessen des uns verbündeten Österreich-Ungarn fassen, das wir bei der heutigen Gruppierung der Mächte weniger als je preisgeben dürfen, wenn wir nicht einer Isolierung verfallen wollen, die nichts weniger als „splendid“ wäre¹. Den Satz „es will uns keiner was“, vermag ich nicht zu unterschreiben. Ich bin im Gegenteil der Ansicht, daß die englisch-russische Entente eine stete Spitze gegen uns und unsern Verbündeten an der Donau enthält.

russischen Vorschläge abzuwarten haben. Ist das, was wir bis jetzt darüber wissen, zutreffend, so werden diese Vorschläge den für Österreich-Ungarn und uns akzeptablen ursprünglichen russischen so nahe kommen, daß sie als eine annehmbare Basis für Verhandlungen angesehen werden können und keine allzu großen Schwierigkeiten bieten dürften. Türkischer wie der Sultan brauchen wir natürlich nicht zu sein. Daß wir bei Zwangsmaßregeln gegen ihn nicht mitmachen werden, weiß der Padischah. Vernünftigen Vorschlägen wird er sich zugänglich zeigen, wenn wir ihm dazu raten. Wir werden daher voraussichtlich eine vermittelnde Rolle spielen. Selbstverständlich werden wir keinem Programmpunkt zustimmen, der Umwälzungen im Balkan und die Gefahr einer allgemeinen Konflagration mit sich bringen müßte. Vor allem müssen wir in Fühlung mit Österreich-Ungarn bleiben. Wenn es erlaubt ist, unsere Haltung gegenüber der gegenwärtigen Phase der Orientpolitik in eine Formel zu kleiden, so würde sie lauten: „Für unsere Haltung in allen Balkanfragen sind in erster Linie die Bedürfnisse, Interessen und Wünsche von Österreich-Ungarn maßgebend.“

Wörtlich nahezu gleichlautend beantwortete Fürst Bülow am 26. Juni den Metternichschen Brief. Dieser wurde dann noch dem auf Urlaub in Neuershausen weilenden Botschafter Freiherrn von Marschall vorgelegt, der sich dazu in einer längeren Denkschrift vom 6. Juli äußerte. Siehe das folgende Schriftstück.

* Hier eingereiht des Zusammenhangs halber.

** Gemeint ist Graf Metternichs Privatbrief vom 20. Juni, dessen erster die Konstellation nach Reval behandelnder Teil in dem Kapitel über die „Entrevue von Reval“ (Kap. CLXXXIX, Nr. 8817), und dessen zweiter die mazedonische Frage berührender Teil in dem vorausgehenden Schriftstück (Nr. 8833) abgedruckt ist. Wie Staatssekretär von Schoen am 9. Juli Freiherrn von Marschall schrieb, teilte er „völlig“ den von diesem vertretenen Standpunkt, der zu der Metternichschen Auffassung mehr oder minder in scharfem Widerspruch stand.

Bezüglich der mazedonischen Frage will Graf Metternich zwischen zwei deutschen Interessen unterscheiden, „der Freundschaft zum Sultan und zur Türkei, die zu erhalten äußerst wichtig ist, und unserer Stellung im europäischen Konzert“. Bei dieser Unterscheidung fehlt meines Erachtens die Hauptsache. Der vornehmste Gesichtspunkt in der mazedonischen Frage muß für uns das Streben sein, den Balkanbrand zu verhindern oder doch möglichst weit hinauszuschieben. Denn eine Katastrophe auf dem Balkan — man mag sich dieselbe vorstellen, wie man will — setzt den europäischen Frieden in die ernsteste Gefahr. Bricht die türkische Herrschaft in Mazedonien zusammen, so erhebt sich sofort das albanische Problem, das ohne Krieg zwischen Österreich-Ungarn und Italien nicht lösbar erscheint. In dieser Beziehung heißt es „nostra res agitur“. Darum müssen wir diesem Gesichtspunkte jede² andere Rücksicht unterordnen. Auch unsere Stellung im europäischen Konzert. Wenn wir durch unsere Haltung in der Reformfrage an der einen oder andern Stelle Verstimmung hervorrufen, so müssen wir dies in den Kauf nehmen. Falls die Großmächte Vorschläge vereinbaren, von denen sie im voraus wissen, daß sie bei uns und in Wien mißfallen, so können sie unmöglich von uns größere Rücksicht auf ihre Empfindlichkeit verlangen, als sie selbst zu üben gewillt sind.

Graf Metternich hat freilich bezüglich des Balkanbrands einen Trost. Er meint, „die Erfahrung hat gelehrt, daß bei der Durchsetzung von Reformen gegen den Willen des Sultans nicht sofort ein Krieg und Balkanbrand ausgebrochen ist, wie dies mitunter prophezeit worden ist“. Mir ist nicht bekannt, von wem eine solche Prophezeiung eines sofortigen Balkanbrands als Folge der Reformen ausgesprochen worden ist. Von meiner Seite ist dies nicht geschehen. Wohl aber habe ich schon vor fünf Jahren vorhergesagt, daß die christlichen Nationalitäten in den großmächtlichen Reformen, welche dem Sultan abgezwungen werden, eine Schwächung der türkischen Herrschaft erblicken, das baldige Ende derselben vorhersehen und darin einen Ansporn zu einer möglichst weiten Ausdehnung ihrer ethnographischen Zone finden würden. Diese Vorhersage, daß die Reformen blutige Kämpfe unter den christlichen Nationalitäten im Gefolge haben würden, hat sich buchstäblich erfüllt, nicht weil ich ein Prophet bin, sondern weil im Orient sich großmächtliche Reformen und nationale Ausschreitungen stets wie Ursache zu Wirkung verhalten. Daß aber dieser Nationalitätenkampf die mazedonische Frage wesentlich ernster gestaltet hat, wird niemand bezweifeln.

Der erwähnte botschaftliche Bericht enthält dann an einer weiteren Stelle eine Warnung an die deutsche Politik: „Es wäre gefährlich, den Sultan daran zu gewöhnen, daß wir jeden ihm unbequemen Reformvorschlag anderer ablehnen.“ Wenn die Gefahr vorliegt, daß wir den Sultan an etwas „gewöhnen“, so müßten also schon Präzedenzfälle dieser Art vorliegen. Mir ist davon nichts bekannt. Ich habe wohl in englischen Zeitungen hie und da gelesen, daß die deutsche Politik alles ablehne, was dem Sultan

nicht gefalle. Aber das war das Gegenteil der Wirklichkeit. Wir haben nicht nur nicht alle dem Sultan unbequemen Vorschläge abgelehnt, sondern wir haben umgekehrt Vorschläge, die dem Sultan sehr peinlich waren, durch unsern Einfluß bei ihm durchgesetzt. Ich erinnere an das Mürzsteger Programm. In Konstantinopel weiß alle Welt, daß ich den Sultan in letzter Stunde zur Annahme dieser Vorschläge bestimmt habe. Es geschah dies in einer denkwürdigen, der dramatischen Zwischenfälle nicht entbehrenden Audienz, die bis 1 Uhr nachts währte. Nach 48 Stunden hat der Sultan das gewünschte Iradee gegeben. In der Frage der Errichtung einer internationalen Finanzkommission haben wir dem Sultan dringend zur Nachgiebigkeit geraten, und in diesem Frühjahr ist unsererseits das gleiche, und zwar mit Erfolg geschehen, als der hohe Herr sich nicht entschließen konnte, die Verlängerung der Reformagenten auf sieben Jahre zu bewilligen. Die obige Warnung des Grafen Metternich, wir sollten nicht jeden dem Sultan unbequemen Reformvorschlag ablehnen, entbehrt daher jedes tatsächlichen Substrats. Das gleiche gilt von der Bemerkung, „es sei nicht unsere Aufgabe, bei jedem Reformvorschlag juristisch nachzuweisen, weshalb er nach göttlichem und weltlichem türkischen Recht unstatthaft sei, und daß der Sultan ihn niemals annehmen werde“. Diesen Nachweis haben wir in einem einzigen Falle unternommen, und zwar in einer Spezialfrage, bezüglich deren man juristische Argumente wohl kaum als deplaciert betrachten kann, nämlich in der Justizreform. Der Notenentwurf, der uns in dieser Beziehung vorlag, handelte ausschließlich von türkischem, und zwar vom weltlichen wie göttlichen Recht. Ich erinnere an die in dem Entwurf vorgesehene fundamentale Änderung der Kompetenz der Scheriatgerichte. Außerdem sind bei der türkischen Justiz weltliche und religiöse Momente derart vermengt, daß ernste Männer eine türkische Justizreform gar nicht diskutieren können, ohne die Frage zu prüfen, ob der Sultan als Kalif gewisse Bestimmungen annehmen kann oder nicht.

Graf Metternich hat freilich auch in dieser Beziehung einen Trost zur Hand. „Der Sultan sagt stets ‚niemals‘, bis er einen sanften allseitigen Druck empfindet.“ Dieser Satz hat in vielen Fällen zugetroffen. Bei der Finanzkontrolle ist dies nicht der Fall gewesen. Er wird aber mit Sicherheit versagen, wenn — wie dies zum Beispiel in der Justizreform beabsichtigt wurde — ihm eine Verletzung des religiösen Gesetzes angesonnen wird. Für Kenner der einschlägigen Verhältnisse ist dieser Punkt nicht diskutabel. Warum haben wir aber überhaupt die Frage, ob der Sultan einen Reformvorschlag gutwillig annehmen wird oder nicht, da und dort in den Kreis der Erörterung gezogen? Graf Metternich scheint anzunehmen, daß dies nur aus Freundschaft zum Sultan geschehen sei. Das ist ein vollkommener Irrtum. Meines Erachtens muß jede Großmacht, welche auf dem Balkan konservative Politik treibt, jene Frage gewissenhaft prüfen, ohne persönliche Rücksicht auf den Sultan. Denn von Beantwortung derselben hängt es ab, ob zur Durchführung der Reformvorschläge

Gewalt erforderlich ist oder nicht. Jede Zwangsaktion gegen den Sultan birgt aber ernstliche Gefahren. Sie erregt die christliche Bevölkerung, sie bringt das muselmanische Element in Bewegung, und sie kann je nach der Art der Durchführung die Beziehungen unter den Mächten ernstlich trüben.

Übrigens vertrete ich die Ansicht, daß die Erwägung, ob der Sultan einen Reformvorschlag schließlich annehmen wird oder nicht, erst an zweiter Stelle steht. Ich meine, wir sollten unsere Stellung zu allen mazedonischen Vorschlägen im Verein mit unseren österreichisch-ungarischen Verbündeten³ nach rein sachlichen Gesichtspunkten fixieren und uns eventuell nicht scheuen, einen Vorschlag abzulehnen⁴, wenn wir seine Durchführung für gefährlich erachten. In diese Kategorie rechne ich das Programm, daß Mazedonien „unabhängig vom Palais“ sein solle. Graf Metternich scheint sich mit demselben bereits abgefunden zu haben, denn er glaubt, daß sich „doch wohl eine Formel dafür finden läßt, die in einer Note an die Pforte nicht verletzend werde“. Ob das wirklich der Fall ist, scheint mir gleichgültig zu sein, denn ich erachte jenes Programm in sich als friedensgefährdend. Ob Hilmi Pascha den Kommandanten der fliegenden Korps Befehle gibt, oder ob er sie requiriert, ist allerdings anscheinend ein wenig erhebliches Detail. Aber die Entkleidung des Sultans von einem Teil seiner Kommandogewalt ist nach den früheren englischen Vorschlägen doch nur der Ausfluß eines ganzen Systems, das in der Loslösung Mazedoniens von der Türkei gipfelt. Die drei Provinzen sollten finanziell derart von der Pforte getrennt werden, daß dieselben ihre eigenen Einnahmen für ihre Verwaltung verwenden und an den allgemeinen Staatsausgaben, vor allem an militärischen Lasten überhaupt keinen Anteil mehr haben; die Sanktion des Budgets soll in gewissen Fällen vom Sultan auf die Finanzkommission übergehen, der Generalinspektor soll Beamte ohne jede Unterscheidung selbständig ernennen, absetzen und versetzen dürfen. Ist einmal diese Tür geöffnet, so ist kein Halt mehr. Ein von der Türkei unabhängiges Mazedonien wird aber nur ein kurz dauerndes Übergangsstadium bilden. Der Sultan darf nicht mehr regieren, die Großmächte, auch wenn sie noch so viel Zivilagenten entsenden, können dort nicht regieren. Um so eifriger werden die zentrifugalen Kräfte an die Arbeit gehen. Das Ende ist abzusehen. Auch hier bin ich kein Prophet. Ich erinnere nur an das Beispiel Ost-rumeliens. Dort waren ähnliche staatsrechtliche Verhältnisse, wie England sie heute in Mazedonien schaffen will. Der Vergleich hinkt allerdings an einer Stelle. Die autonome Provinz Ostrumelien konnte ohne Friedensstörung beseitigt werden. Fällt aber das „vom Sultan unabhängige Mazedonien“ zusammen, so ist das die Balkankatastrophe.

Die englisch-russischen Reformvorschläge sind im einzelnen noch nicht bekannt. Wir wissen also nicht, wie viel russisches Wasser in den englischen Wein gekommen ist. Aber eine Betrachtung dürfen wir schon heute anstellen. Sie scheint mir ungemein wichtig. Solange die mazedonischen Reformvorschläge einer österreichisch-russischen Entente

entsprangen, so konnten wir die Grenzsteine für unsere Zustimmung ziemlich weit stecken. Denn die Teilnahme Österreich-Ungarns, dessen Lebensinteresse auf eine konservative Balkanpolitik gerichtet ist, bot uns einen Sicherheitsfaktor gegen etwaige Extreme. Eine englisch-russische Entente enthält diesen Sicherheitsfaktor nicht. Im Gegenteil. Indem Rußland sich bezüglich Mazedoniens einen neuen Partner erwählt hat, der durch seine jüngsten Programme vor aller Welt bekundet hat, daß er auf der Balkanhalbinsel radikale Tendenzen verfolgt, hat es sich auf eine Bahn begeben, auf der wir nur mit äußerster Vorsicht ihm folgen können⁵. Dabei dürfen wir nicht außer acht lassen, daß nach der ganzen Geschichte der letzten sechs Monate die englisch-russische Entente einen Schachzug gegen das uns verbündete Österreich-Ungarn und damit indirekt gegen uns bedeutet.

Der Kaiserliche Botschafter in London ist der Ansicht, daß wir zweierlei Politik verfolgen können. Die eine Alternative, die er stellt, ist, daß wir „mit Österreich zusammen der andern Gruppe zeigen, daß sie ohne uns in Konstantinopel nichts ausrichten könne“. Er verwirft diese Politik. Ich gelange, wenn sie in dieser Weise formuliert wird, zu dem gleichen Resultate. Denn ein Zusammengehen mit Österreich-Ungarn lediglich zu dem negativen Zwecke, damit die andere Gruppe nichts ausrichten kann, wäre eine Politik der Kraftprobe und der Ranküne, die für uns weder nützlich noch würdig erscheint. Aber Graf Metternich fällt in das andere Extrem, indem er prinzipiell vor jeder Opposition warnt. Wir sollen Vorschläge der englisch-russischen Gruppe prüfen, aber nicht ablehnen. Unsere Freiheit, aus der Prüfung fremder Vorschläge das Fazit zu ziehen, soll also grundsätzlich beschränkt werden! Warum? Weil eine Opposition die englisch-russische Gruppe enger zusammenschließen und die Russen zur Unterstützung weitergehender englischer Vorschläge treiben würde. Eine seltsame Beweisführung. Mir scheint, daß nichts so sehr geeignet wäre, das Kraftgefühl der englisch-russischen Gruppe und damit ihren Zusammenhalt zu stärken als die Wahrnehmung, daß dieselbe uns imponiert⁶. Und diese Wahrnehmung muß aber alsbald in London und Petersburg sich aufdrängen, wenn man dort erkennt, daß uns a priori die Kraft fehlt, Vorschläge, die von dort ausgehen, abzulehnen. Wenn wir umgekehrt kaltes Blut und ruhige Nerven bewahren und im Verein mit Österreich-Ungarn⁷ die neuen Vorschläge sine ira et studio prüfen, diejenigen akzeptieren, die uns unbedenklich erscheinen, aber verwerfen, was wir für friedensgefährdend halten, so müßte es seltsam zugehen, wenn Rußland darin ein Compelle finden sollte, sich dem englischen Radikalismus bezüglich Mazedoniens unter Preisgabe seiner eigenen Interessen in die Arme zu werfen. Viel eher ist zu erwarten, daß man in Petersburg dann die Frage in Erwägung ziehen wird, ob mit dem radikalen Freunde, den man sich als Revanche für die Sandschakbahn zugelegt hat, ebenso gute Geschäfte im nahen Orient zu machen sind wie mit den alten konservativen Freunden.

Graf Metternich glaubt, daß, wenn wir nicht die von ihm empfohlenen Wege gehen, wir die „öffentliche Meinung“ gegen uns haben werden. Darunter ist natürlich diejenige Deutschlands zu verstehen, die allein für uns ins Gewicht fällt. Auch in dieser Beziehung bin ich entgegengesetzter Ansicht. Im allgemeinen interessiert man sich in Deutschland nur wenig für die Einzelheiten der mazedonischen Reform. Aber ein sehr feines Gefühl hat der Deutsche für die Frage, wie unsere auswärtige Politik sich zur neuen Gruppierung der Mächte und speziell zu den englischen Bestrebungen verhalten wird. Und da sage ich offen, daß Zeichen irgendeiner Schwäche von der deutschen Volksseele überaus peinlich empfunden werden würden. Das gilt gegenüber der englisch-russischen Entente, aber in noch höherem Maße gegenüber einer französisch-englisch-russischen Gruppe⁸. Da könnte irgendeine Haltung, die als ein Zurückweichen aufgefaßt werden könnte, den furor teutonicus ganz gewaltig erwecken.

Meine Konklusion geht also dahin: wir werden über die englisch-russischen Vorschläge, wenn sie uns amtlich mitgeteilt sind, zunächst mit Österreich-Ungarn in einen vertraulichen Meinungsaustausch eintreten und unserem Verbündeten als dem Nächstinteressierten das erste Wort lassen⁹. Wir werden uns mit Wien verständigen. Sollten sich darunter Dinge befinden, die wir für bedenklich und friedensgefährdend erachten wie zum Beispiel das „unabhängig vom Palais“, welches in Wirklichkeit „los von der Türkei“ bedeutet, so werden wir ablehnen und die Gründe angeben, die uns dazu bestimmen. Das ist die Politik, die nach meinem Ermessen allein unserem Interesse, unserer Würde und unserer Machtstellung entspricht. Sie wird vom ganzen deutschen Volke verstanden und gebilligt werden.

Der Kaiserliche Botschafter in London schlägt vor, wir sollten vermitteln. Ich frage zwischen wem? Ich kann mir denken, daß wir unter Umständen, wenn die mazedonischen Vorschläge unter den Mächten vereinbart sind, eine Vermittlung beim Sultan unternehmen, um in Einzelheiten gewissen Bedenken des hohen Herrn Rechnung zu tragen. Wovor ich aber auf das dringendste warnen möchte, das ist, eine Vermittlung zwischen der englisch-russischen Gruppe und Österreich-Ungarn zu unternehmen. Fürst Bismarck hat, wie er selbst offen zugestanden, einst mit der Rolle des „ehrlichen Maklers“ in Rußland, dessen Interessen er wiederholt in sehr energischer Weise vertrat, sehr üble Erfahrungen gemacht. Wir würden in Wien mit der gleichen Rolle noch viel schlechtere machen. Wir würden dort verstimmen und Mißtrauen erwecken und ein Bündnis lockern, das heute fest und sicher zu erhalten mehr als je Notwendigkeit ist. Wollten wir in dieser Weise verfahren, so würde die „Einkreisung Deutschlands“, von der heute so viel gesprochen wird, zur Wahrheit. Aber sie wäre dann nicht König Eduards, sondern unser eigenes Werk.

Zum Schluß noch eine kurze Bemerkung über den Gedanken des Baron Aehrenthal, das zu erwartende englisch-russische Programm an die

Botschafter zu verweisen. Graf Metternich erblickt darin den Versuch der Verschleppung und warnt uns, dabei mitzumachen. Ich glaube mit Unrecht. Da die Botschafter seinerzeit dazu berufen sind, die vereinbarten Vorschläge beim Sultan durchzusetzen, so kann es nur nützlich sein, wenn sie vorher über dieselben gehört werden und in eine mündliche Diskussion eintreten. Die größere Sachkenntnis, welche dabei zur Geltung kommt, kann für das Werk nur vorteilhaft sein¹⁰. Auch ist durch den mündlichen Meinungsaustausch schon häufig eine Einigung über Fragen erzielt worden, über welche sich die Mächte nicht verständigen konnten. Die Übereinstimmung der Botschafter übt dann eine gewisse Autorität aus, der auch die Kabinette meist Rechnung tragen. Diese Vorteile entfallen, wenn, wie dies zurzeit der Fall, fünf Mächte vorübergehend nur durch Geschäftsträger vertreten sind. Das ist eine praktische Frage, hinter der politische Hintergedanken nicht zu suchen sind. Die Ausschaltung der Botschafterkonferenz bei wichtigen Vorschlägen würde ich aufrichtig beklagen.

Marschall

Randbemerkungen des Fürsten von Bülow auf einer Abschrift:

¹ Davon ist, wie ich glaube, auch Metternich durchdrungen

² ?

³ sehr richtig

⁴ mit Österreich-Ungarn: Ja!

⁵ nur soweit Österreich folgen kann

⁶ sehr richtig

⁷ richtig

⁸ Sehr richtig, soweit Österreich mitgeht; österreichischer als die Österreicher brauchen wir nicht zu sein

⁹ sehr richtig

¹⁰ meines Erachtens hat Marschall in diesem Punkte recht.

Nr. 8835

*Der Botschafter in London Graf von Metternich
an das Auswärtige Amt*

Telegramm. Entzifferung

Nr. 177

London, den 23. Juni 1908

Von gut unterrichteter Seite erfahre ich ganz vertraulich, daß die englische Regierung beabsichtigt, eine Note an die Pforte zu richten betreffend Bildung von fliegenden Kolonnen als bestes Mittel zur Unterdrückung von Banden. Die russische Regierung werde dann ebenfalls eine Note an die Pforte richten betreffend Finanz- und Justizreform.

Metternich

*Der Stellvertretende Botschafter in Konstantinopel
Gesandter von Kiderlen an das Auswärtige Amt*

Telegramm. Entzifferung

Nr. 184

Therapia, den 24. Juni 1908

Österreichischer Botschafter hat hier gleichfalls im Auftrage seiner Regierung beruhigende Versicherungen bezüglich erwarteter englisch-russischer Vorschläge wegen Mazedoniens abgegeben, daran aber auftragsgemäß den freundschaftlichen Rat geknüpft, möglichst energisch gegen Bandenunwesen vorzugehen.

Minister Tittoni hat sich in ähnlichem Sinne gegen türkischen Botschafter in Rom geäußert.

Während aber österreichische Demarche hier guten Eindruck hervorrief, scheint Sprache des italienischen Ministers als komminatorische Aufforderung aufgefaßt worden zu sein und verstimmt zu haben.

Tatsächlich wird seit einigen Tagen hier lebhaft über Maßregeln gegen Banden beraten.

Ich glaube Eurer Durchlaucht Intentionen zu entsprechen, wenn ich türkische Regierung hierin bestärke.

Kiderlen

*Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Schoen
an den Stellvertretenden Botschafter in Konstantinopel
Gesandten von Kiderlen*

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Zimmermann

Nr. 101

Berlin, den 24. Juni 1908

Auf Telegramm Nr. 184*.

Ganz einverstanden. Bitte namentlich auch vor Wiederbelebung türkischer Banden warnen. Tewfik Pascha hat entsprechende Vorstellung beim Sultan zugesagt. Diesbezüglicher Erlaß unterwegs.

v. Schoen

* Siehe Nr. 8836.

*Der Botschafter in London Graf von Metternich
an das Auswärtige Amt*

Telegramm. Entzifferung

Nr. 179

London, den 24. Juni 1908

Im Anschluß an Telegramm Nr. 177*.

Sir E. Grey sagte mir heute, daß er noch die schriftliche Fixierung der russischen Auffassung erwartet, um diese nach dem Wortlaut zu prüfen. Es sollen dann zwei getrennte Noten an die Mächte (nicht die Pforte) gesandt werden: eine Note der englischen Regierung über fliegende Kolonnen und eine Note der russischen Regierung über Finanz- und Justizreform. Über beide Noten soll vor Abgang an die Mächte Einvernehmen zwischen London und St. Petersburg erzielt werden.¹

Da der Vorschlag betreffend fliegende Kolonnen von hier ausgegangen sei, so werde die englische Regierung ihn auch allein den Mächten übermitteln.

Ich machte den Minister gesprächsweise auf den von Freiherrn von Marschall hervorgehobenen Unterschied zwischen Banden und Banden**, ohne die Quelle anzudeuten, aufmerksam. Er meinte, daß organisierte griechische Banden größeren Umfangs doch noch ihr Unwesen trieben, wenn auch die bulgarischen Banden² vorläufig zurückgetreten seien. Im vorigen Sommer hätten die türkischen Truppen während drei Wochen erfolgreich die Banden bekämpft. Dann wäre aber der Befehl gekommen, ihren Eifer zu mäßigen. Ohne diesen Befehl, das heißt hätten die türkischen Truppen fortgefahren, die Banden zu unterdrücken, so ständen wir jetzt wahrscheinlich nicht vor der Frage der fliegenden Kolonnen.

Ich erwiderte, die Türkei befinde sich in der schwierigen Lage, daß, wenn sie die Banden mit Energie bekämpfe, dann alsogleich von einem Dutzend Parlamentsmitgliedern, die auf Grund des vierzehntägigen Studiums die Türkei genau zu kennen glaubten, der Ruf von türkischen Grausamkeiten ertöne.

Sir E. Grey bestritt dies und bemerkte, das wirksame Eingreifen der türkischen Truppen im vorigen Sommer habe hier allseitige Anerkennung gefunden.

In diesen Äußerungen des Ministers ist vielleicht der Schlüssel zur Lösung zu einem Vermittelungsvorschlag betreffend fliegende Kolonnen, die Freiherr von Aehrenthal nicht will, zu finden: gemeinsame Vorstellung bei der Pforte behufs schärferer Unterdrückung der Banden durch türkische Truppen unter Kontrolle, nicht Kommando der europäischen Gendarmerieoffiziere und erst, wenn diese Versuche fruchtlos bleiben, Erwägung englischen Vorschlags betreffs fliegender Kolonnen.

* Siehe Nr 8835.

** Vgl. Kap. CLXXXVI, Nr. 8788.

Durch Zweiteilung des kommenden englischen und russischen Vorschlags werden wir leicht in die Lage versetzt, den einen mehr als den anderen bekämpfen zu müssen und dadurch in den Verdacht der Parteinahme gegen eine der beiden Regierungen zu geraten. Ich würde daher Freiherrn von Aehrenthal, als dem Nächstbeteiligten den Vortritt lassen.

Die Zweiteilung ist auffällig und liegt vielleicht darin, daß die beiden Regierungen doch nicht so einig sind, wie sie vorgeben, um ein gemeinsames Projekt abschicken zu können. Ich möchte aber eher annehmen, daß trotz erzielter Einigkeit hier der Wunsch vorliegt, dieselbe äußerlich nicht so sehr hervortreten zu lassen, wie dies bei einem gemeinsamen Projekt der Fall sein würde. Die Beunruhigung, welche in Deutschland infolge der Besuche in London und Reval hervorgerufen ist, wird hier unangenehm empfunden, und man wird es zu vermeiden suchen, ihr neue Nahrung zu geben.

Metternich

Randbemerkungen von Schoens:

¹ Na, also.

² Wollen aber wieder losbrechen, wie mir der bulgarische Geschäftsträger* selbst gesagt hat.

Schlußbemerkung von Schoens:

Ich meine, wir sollten im Verein mit Österreich-Ungarn der Türkei den freundschaftlichen Rat geben, scharf und rasch gegen die Banden, welcher Nationalität auch immer vorzugehen, um den Gegnern jeden Prätext zu nehmen.

Nr. 8839

*Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès
an den Reichskanzler Fürsten von Bülow*

Ausfertigung

Nr. 249

St. Petersburg, den 23. Juni 1908

Heute bot sich mir Gelegenheit, mich Herrn Iswolsky gegenüber in Befolgung der mir von Eurer Durchlaucht hochgeneigtest erteilten Weisungen** dahin auszusprechen, daß wir in der Frage der mazedonischen Reformen keine Neuerungen beim Sultan würden befürworten können, deren Durchführung größere Umwälzungen und dadurch eine Gefahr für den Frieden bedeuten würde. Der Minister frug, ob meine Mitteilung sich auf bestimmte Punkte des englischen Programms beziehe, und fügte, als ich dies verneinte, hinzu, er könne uns von neuem versichern, daß er von Anfang an bestrebt gewesen sei, die englischen Vorschläge so zu gestalten, daß sie Aussicht hätten, von den Mächten und vom Sultan angenommen zu werden. Ich erwiderte, daß Euere Durchlaucht von diesem Bestreben mit Befriedigung Kenntnis genommen hätten und die Hoffnung

* Gruew.

** Vgl. Nr. 8831.

hegten, daß es ihm gelingen werde, alle bedenklichen Punkte, an denen es im ursprünglichen englischen Programm nicht gefehlt hätte, aus demselben zu beseitigen. Herr Iswolsky bemerkte darauf, daß er bezüglich eines Punktes mit dem Londoner Kabinett noch nicht ganz einig sei, doch werde diese Einigung wohl binnen kurzem erzielt werden.

Der Minister setzte mir dann auseinander, welch großen Wert er auf die Unterstützung des Reformwerkes gerade durch Deutschland lege, welches vermöge der Stellung, die es in Konstantinopel genieße, sehr viel zu der Annahme der Reform durch den Sultan tun könne. Ich erwiderte, er könne sich darauf verlassen, daß das Projekt in Berlin einer gewissenhaften und vorurteilslosen Prüfung unterworfen werden würde, und daß die Kaiserliche Regierung die Reformvorschläge, soweit sie dieselben für durchführbar halte, auch loyal unterstützen werde, man könne uns aber unmöglich zumuten, unsern Einfluß, den man auch nicht überschätzen dürfe, zugunsten von Reformen einzusetzen, von denen wir überzeugt wären, daß sie dem äußersten Widerstande des Sultans begegnen und dadurch eine Kriegsgefahr heraufbeschwören würden.

Der Minister ging dann auf die allgemeine Lage über und bezeichnete dieselbe als recht schwierig und zur größten Vorsicht mahnend. Er nahm dabei auf den Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 20. d. Mts.* Bezug und frug mich, wie ich mir den Satz dieses Artikels erklärte, daß es unter Umständen in der nächsten Zeit zu schwierigen diplomatischen Auseinandersetzungen kommen könnte. Ich antwortete, mit diesen Schwierigkeiten könnten nur wieder diejenigen gemeint sein, welche entstehen würden, wenn in dem anglo-russischen Vorschlag für die mazedonischen Reformen unannehmbare Zumutungen an den Sultan gestellt würden. Man könne sich nicht darüber wundern, daß die ursprünglichen englischen Vorschläge in der Öffentlichkeit hie und da die Befürchtung wachgerufen hätten, England wünsche eine Zuspitzung der Dinge im nahen Orient.

Herr Iswolsky gab zu, daß, seitdem Rußland sich genötigt gesehen hätte, sich in der Frage der mazedonischen Reformen von Österreich-Ungarn abzuwenden und an England anzuschließen, die Reformaktion sich auf einem viel gefährlicheren Boden bewege als vorher. Auf dem Boden der Entente habe man die Reformen ruhig und gefahrlos vorbereiten können, jetzt sei aus der Reformaktion eine Frage geworden, welche die größten Gefahren in sich berge. Die russische Regierung könne sich aber mit

* Siehe den Artikel in Schultheß' Europäischer Geschichtskalender Jg. 1908, S. 110f. Es hieß im Eingang des Artikels, der sich gegen übertriebene Zeitungsmeldungen und Preßtreibereien wandte: „In der Beurteilung der politischen Lage macht sich vielfach eine Unruhe geltend, die sich weniger auf greifbare Tatsachen berufen kann, als vielmehr in einer weitverbreiteten Unsicherheit darüber ihren Ursprung hat, ob etwa eine neue Konstellation sich bilden und eine friedliche Lösung schwebender Fragen erschweren könnte. Es wäre verfehlt, leugnen zu wollen, daß sich schwierige diplomatische Auseinandersetzungen ergeben können.“

gutem Gewissen sagen, daß sie an dieser veränderten Situation keine Schuld trage, da sie in der loyalsten Weise an der Entente bis zu dem Augenblick festgehalten habe, wo das Wiener Kabinett sich von ihr losgesagt habe. Es folgten darauf wieder die bekannten Anklagen gegen Baron Aehrenthal, die sich jedesmal von den früheren nur dadurch unterscheiden, daß sie stets um eine Note schärfer lauten. Als Novum fügte der Minister diesmal hinzu, es sei zweifellos, daß Österreich-Ungarn nach einem wohldurchdachten Plan gehandelt habe, und es gebe Leute, die behaupteten, was er übrigens selbst keineswegs glauben wolle, daß diesem Plan der Kaiserliche Botschafter in Konstantinopel nicht fremd gewesen wäre, da sich kurz nach dem Besuche des Freiherrn von Marschall in Wien die Haltung des Wiener Kabinetts in der Frage der Reformnote völlig geändert habe*. Ich unterbrach hier den Minister, indem ich bemerkte, ich nehme Akt davon, daß er selbst erkläre, an diese gegen unsern Vertreter in Konstantinopel gerichtete Insinuation nicht zu glauben. Trotzdem müßte ich ausdrücklich feststellen, daß ich diese perfide Verdächtigung in das Gebiet der zahlreichen in der letzten Zeit vorgekommenen Verdächtigungen unserer Politik, deren Ziel nur zu durchsichtig sei, verweisen müsse. Ich erinnerte dann daran, daß die Haltlosigkeit der erwähnten Insinuation schon aus dem Umstande hervorgehe, daß zur Zeit des Wiener Besuches des Baron Marschall weder die Kaiserliche Regierung noch der Botschafter von den Plänen des Wiener Kabinetts bezüglich der Sandschakbahn etwas gewußt hätte. Ich bewies schließlich an der Hand von Tatsachen, daß unsere Politik in diesem Winter Rußland gegenüber nicht nur loyal, sondern sogar entgegenkommend gewesen wäre, wie dies zum Beispiel aus unserer Haltung in der Donau-Adria-Bahn hervorgehe. Allerdings würden wir den Pflichten gegen unsern Verbündeten nie untreu werden, und wenn wir in einer Frage, in welcher Rußland eine Bedrohung seiner Interessen erblicken zu sollen glaube, in der Frage der Sandschakbahn offen für Österreich-Ungarn eingetreten seien, so hätten wir nur dasselbe getan, was Rußland Frankreich gegenüber in der uns nahe berührenden marokkanischen Frage getan habe. Im übrigen gebe es kein Gebiet, auf welchem man uns vorwerfen könnte, der russischen Politik Schwierigkeiten zu bereiten. Auch in der mazedonischen Reformfrage könnte ich nur immer wiederholen, daß wir vernünftigen, maßvollen und erreichbaren Reformvorschlägen unsere Mitwirkung sicherlich nicht versagen würden. Der Minister betonte darauf, daß, wie er bestimmt glaube, die glückliche Durchführung der Reformaktion sehr zur allgemeinen Beruhigung beitragen werde**.

* Vgl. dazu Bd. XXII, Kap. CLXIV, Nr. 7719, und Kap. CLXXXVII, Nr. 8690, Fußnote ***.

** In einem weiteren Berichte vom 25. Juni (Nr. 251) bemerkte Graf Pourtalès zu diesem Thema noch: „Obgleich Herr Iswolsky versicherte, an die gegen Baron Marschall gerichtete Beschuldigung, er habe dem Wiener Kabinett zu dem Vorgehen in der Frage der Sandschakbahn und im Zusammenhange damit zu einer veränderten Haltung in der Angelegenheit der mazedonischen Reformen geraten, nicht glauben zu wollen, hatte

Herr Iswolsky sprach dann über die gegenwärtige Nervosität der deutschen Presse, die sehr beunruhigend wirke. Er wies dabei unter anderm auch auf einen langen Artikel der „Vossischen Zeitung“ hin, in welchem eine Unterredung mit einem in Orientangelegenheiten sehr erfahrenen Diplomaten wiedergegeben wird*. Der Minister bemerkte dabei, daß auch hinter diesem Artikel vielfach der Botschafter Baron Marschall vermutet werde. Eine Teilung Europas in zwei Lager, resümierte schließlich Herr Iswolsky, von der in den deutschen Zeitungen jetzt überflüssigerweise so viel die Rede sei, würde die Situation sehr verschärfen. „Gewiß“, erwiderte ich, „die deutschen Zeitungen sind es aber nicht, welche diese Gefahr heraufbeschwören, sondern vielmehr diejenigen, welche unablässig an dem Zustandekommen des neuen Dreibundes arbeiten.“

F. Pourtalès

Nr. 8840

*Der Botschafter in Wien von Tschirschky
an das Auswärtige Amt*

Telegramm. Entzifferung

Nr. 165

Wien, den 24. Juni 1908

Antwort auf Telegramm Nr. 115 vom 20. Juni**.

Nachdem Freiherr von Aehrenthal heute früh aus Marienbad zurückgekehrt, habe ich heute nachmittag Inhalt obigen Telegramms mit ihm besprochen. Er teilte mir gleich eingangs mit, daß er bei seiner Ankunft hier einen Bericht des Herrn von Szögyény vorgefunden, dem vom Herrn Staatssekretär die gleiche Mitteilung gemacht worden sei. Er wolle mir in aller Freundschaft und Offenheit seinen Standpunkt zu der Meldung

ich nicht das Gefühl, daß diese Versicherung ganz aufrichtig war. Ich kann mich sogar des Eindrucks nicht erwehren, daß der Minister sich in Wirklichkeit von der Loyalität unserer Politik in Konstantinopel nicht überzeugen lassen will und ihm daher jeder neue Beweis für die angebliche Zweideutigkeit unserer Haltung willkommen ist. Höchstens nimmt er vielleicht an, daß der Kaiserliche Vertreter in Konstantinopel aus eigener Initiative gehandelt hat. Wie sehr der Minister gegen den Botschafter gereizt ist, ging auch aus dem Hinweise auf die dem Baron Marschall zugeschriebenen Äußerungen eines Diplomaten in der „Vossischen Zeitung“ hervor. Manche Symptome scheinen mir darauf hinzudeuten, daß der gegenwärtig in St. Petersburg weilende Botschafter Sinowiew an dieser Stimmung des Ministers gegen Baron Marschall nicht unschuldig ist.“

* Gemeint ist der Artikel: „Was wird aus Mazedonien?“ in der „Vossischen Zeitung“ vom 20. Juni abends. In diesem wird Reval in Bausch und Bogen für „Bluff“ erklärt, das englisch-russische Reformprojekt mit großer Geringschätzung behandelt und die Lösung des mazedonischen Problems in einem türkisch-bulgarischen Kriege gesucht, in den sich aber die Mächte nicht einmischen dürften.

** Siehe Nr. 8832.

des österreichisch-ungarischen Botschafters in Berlin darlegen. Hierbei hatte ich den Eindruck, daß der Minister mit diesen Worten beginnen wollte, um seine erste Erregung, in der er sich offenbar unter dem Eindruck der Meldung von Szögyénys befand, mir gegenüber zu bemeistern.

Man kenne in Berlin zur Genüge sein ernstes Bestreben, erklärte er, mit Deutschland Hand in Hand zu gehen, und gerade in der mazedonischen Frage liefen ja glücklicherweise die Interessen beider Staaten im großen und ganzen parallel. Aber er müsse als verantwortlicher Minister Österreich-Ungarns entscheidenden Wert darauf legen, daß politische Erklärungen einer fremden Macht gegenüber seitens der deutschen Regierung nicht ohne vorgängige Verständigung mit ihm zugleich in seinem Namen abgegeben würden. Ich unterbrach hier den Minister mit dem Hinweis, daß Graf Pourtalès, wie der Wortlaut seiner Instruktion zeigt, keineswegs im Namen Österreichs gesprochen, sondern lediglich der Überzeugung Ausdruck gegeben habe, sich in grundsätzlicher Übereinstimmung mit dem Wiener Kabinett zu befinden. Nach dem gesamten Verlauf der mit der mazedonischen Frage in Verbindung stehenden politischen Verhandlungen und Besprechungen zwischen uns und Österreich könne man meiner Regierung schwerlich die Berechtigung absprechen zu erklären, daß sie überzeugt sei, sich bei der Befolgung konservativer Grundsätze in der mazedonischen Frage in Übereinstimmung mit Österreich zu befinden. Jedenfalls müsse ich unbedingt den guten Glauben für uns in Anspruch nehmen. Freiherr von Aehrenthal lenkte daraufhin etwas ein und sagte, er hoffe, daß unsere Demarche den gewünschten Erfolg in St. Petersburg haben möge. Allerdings müsse er offen gestehen, daß nach seiner Kenntnis der Verhältnisse in St. Petersburg er die Besorgnis hege, daß unser Schritt möglicherweise den Effekt haben werde, das Odium einer eventuellen Ablehnung der russisch-englischen Vorschläge, das später vielleicht auch von anderen Mächten mit hätte getragen werden können, allein auf die Schultern Deutschlands und Österreichs zu wälzen.

Auf meine Bemerkung, daß es meiner Ansicht nach mir im Interesse der Fortführung einer loyalen Politik gegenüber Rußland gelegen scheine, dort noch zur rechten Zeit über unseren Standpunkt keinen Zweifel zu lassen, und daß, wie die Dinge lägen, sich ohnehin wohl keine andere Macht finden würde, die sich ernstlich unserer Ansicht nach zu weitgehenden Forderungen in der mazedonischen Frage widersetzen würde, entgegnete der Minister, er überlege sich schon längere Zeit, wie er wohl Italien in geschickter Weise wegen seiner eventuellen Stellungnahme „auf den Zahn fühlen könne“, und er habe weiter begründete Hoffnung, auch Frankreich für eine konservative Politik am Balkan zu gewinnen, allerdings nur insoweit, als Herr Clemenceau es den Herren Pichon und Constans gestatten würde. Freiherr von Aehrenthal fragte mich, ob ich glaube, daß man in Berlin bereit sein würde, einen Schritt in Rom, wie er ihn dem Herrn Reichskanzler noch vorzuschlagen gedenke, gemeinsam mit Österreich zu unternehmen. Ich gab dem Minister die Versicherung, ich sei, soweit

ich es beurteilen könne, überzeugt, daß wir uns einer bezüglichen Sondierung in Rom gern anschließen würden*.

Über den an Herrn von Kiderlen ergangenen Auftrag fand ich den Minister gleichfalls bereits unterrichtet. Auch hier trat eine gewisse Ängstlichkeit bei Freiherrn von Aehrenthal zutage, indem er erneut darauf hinwies, daß es sich empfehlen dürfte, zunächst die russischen Vorschläge abzuwarten und der Pforte bezüglich deren eventueller Ablehnung den Vortritt zu lassen. Man müsse beim Sultan nicht den Glauben erwecken, daß er unter jeder Bedingung an uns einen Rückhalt finden werde, und er habe Markgraf Pallavicini dahin instruiert, neben der Versicherung des Festhaltens Österreichs an seiner konservativen Politik in bezug auf die Türkei dem Sultan ernstlich nahelegen, den Reformvorschlägen der Mächte gegenüber guten Willen zu zeigen. Ich konnte dem Minister hierauf die Versicherung geben, daß er sich, was den letzteren Punkt anlangt, ganz im Einklang mit der Auffassung der deutschen Regierung befinde, die, wie er wisse, stets für vernünftige Reformen auch beim Sultan eingetreten sei und lediglich solchen gegenüber sich ablehnend verhalten habe und auch in Zukunft werde, die, wie Herr von Kiderlen beauftragt sei zu erklären, auf Umstoß des Status quo hinzielen oder mit den Souveränitätsrechten des Sultans unvereinbar wären.

Eingehender vertraulicher Bericht über Freiherrn von Aehrenthals Auffassung über die Revaler Zusammenkunft und hiesige Meinungen** folgt morgen mit Depeschenkasten.

Tschirschky

Nr. 8841

*Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Schoen
an den Botschafter in Wien von Tschirschky*

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Zimmermann

Nr. 121

Berlin, den 25. Juni 1908

Auf Telegramm Nr. 165***.

Die Sprache Baron Aehrenthals muß um so mehr überraschen, als Herr von Szögyény genau über die Gesichtspunkte orientiert war, die uns zur Demarche in St. Petersburg veranlaßt haben. Wir haben in St. Petersburg lediglich unseren Standpunkt vertreten und Österreich-Ungarns dabei nur beiläufig und in einer Weise Erwähnung getan, die wir für gänzlich unbedenklich hielten, und zu der wir daher das Einverständnis Baron Aehrenthals ohne weiteres voraussetzen zu dürfen glaubten. Mit Eurer Exzellenz Sprache kann ich mich nur einverstanden erklären. Ich vertraue, daß es Ihnen gelingen wird, Baron Aehrenthal durch weitere

* Das ist tatsächlich geschehen. Vgl. Nr. 8848.

** Siehe Kap. CLXXXIX, Nr. 8819.

*** Siehe Nr. 8840.

freundschaftliche Besprechungen über unsere Petersburger Demarche ganz aufzuklären und vollkommen zu beruhigen.

Graf Pourtalès hat, wie ein heute eingegangener Bericht von ihm* ergibt, die fragliche Demarche inzwischen ausgeführt, ohne dabei übrigens auf Österreich-Ungarn ausdrücklich hinzuweisen. Er hat Herrn Iswolsky lediglich erklärt, daß wir keine Neuerungen beim Sultan würden befürworten können, deren Durchführung größere Umwälzungen und dadurch eine Gefahr für den Frieden bedeuten würde, daß wir dagegen alle uns irgend durchführbar erscheinenden Reformvorschläge loyal unterstützen würden. Herr Iswolsky hat diese Mitteilung freundlich aufgenommen und seine beruhigenden Versicherungen über den Inhalt des englisch-russischen Programms wiederholt. Wir sehen diesem Programm mit Ruhe entgegen und sind entschlossen, zu demselben nur im vollsten Einvernehmen mit Baron Aehrenthal Stellung zu nehmen. Die Idee des Ministers, Italien und eventuell auch Frankreich für eine konservative Balkanpolitik zu gewinnen, erscheint uns als eine sehr glückliche. Baron Aehrenthal darf sich versichert halten, daß wir seine diesbezüglichen Anregungen gern fördern werden.

Bei der Instruktion an Herrn von Kiderlen sind wir von der Erwägung ausgegangen, daß es angezeigt wäre, der großen Nervosität des Sultans entgegenzuwirken. Es erschien uns nützlich, dem Sultan für kriegerische Vorbereitungen, die nur weitere Beunruhigung und eine ernste Gefährdung der gespannten Lage hervorrufen könnten, keinerlei Anlaß zu bieten. Inzwischen haben wir die Pforte sowohl durch Herrn von Kiderlen wie durch den hiesigen türkischen Botschafter darauf aufmerksam machen lassen, daß es sich für sie dringend empfiehlt, den neuen Reformvorschlägen gegenüber Entgegenkommen zu erweisen. Wir beabsichtigen endlich, der Pforte den freundschaftlichen Rat zu erteilen, rasch und scharf gegen die Banden, welcher Nationalität auch immer, vorzugehen, um den Gegnern jeden plausiblen Grund zu Klagen zu nehmen.

Ew. stelle ich anheim, Baron Aehrenthal zu fragen, ob er eine solche Demarche für opportun erachtet, und eventuell ob er sich an derselben beteiligen will.

v. Schoen

Nr. 8842

*Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Schoen
an den Botschafter in Petersburg Grafen von Pourtalès*

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Zimmermann

Nr. 131

Berlin, den 26. Juni 1908

Auf Bericht Nr. 249**.

Euerer Exzellenz Ausführungen hinsichtlich der Parallele zwischen Sandschakbahn und Marokkofrage entsprechen durchaus diesseitiger

* Siehe Nr. 8839.

** Siehe Nr. 8839.

Auffassung. Ebenso zutreffend ist, was Sie über die gegen Freiherr von Marschall gerichtete Insinuation gesagt haben. Euere Exzellenz bitte ich, Herrn Iswolsky bei nächster Gelegenheit von mir aus zu sagen, daß ich nie daran gezweifelt habe, daß seine Einsicht und sein Vertrauen in unsere Loyalität jenen Verdächtigungen keinen Zugang bei ihm ließen. Ich könnte ihm auf das bestimmteste versichern, daß Freiherr von Marschall und wir vor jener Unterredung des Botschafters mit Baron Aehrenthal von dessen Plänen der Sandschakbahn keine Kenntnis hatten, daß Freiherr von Marschall und Baron Aehrenthal sich damals in dem Wunsche ungetrübter Erhaltung der russisch-österreichischen Entente begegnet, und daß dieser Wunsch auch heute noch bei uns besteht.

Ferner können Euere Exzellenz sagen, daß mit dem erwähnten Artikel der „Vossischen Zeitung“ weder Freiherr von Marschall noch irgendeine andere von uns abhängige Person etwas zu tun hatte.

v. Schoen

Nr. 8843

*Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin
an den Reichskanzler Fürsten von Bülow*

Ausfertigung

Nr. 346
Vertraulich.

Paris, den 25. Juni 1908

Im Laufe eines Gesprächs mit dem Auswärtigen Minister wurde die mazedonische Frage berührt, und sagte mir Herr Pichon, daß die Aufgabe Frankreichs darin liegen müsse, vermittelnd zwischen den Mächten zu wirken und nach Kräften zu hindern, daß sich einander entgegengesetzte Gruppierungen bilden. Jedenfalls gehe er von dem Gesichtspunkte aus, daß die Integrität der Türkei ihm nach wie vor als geboten erscheine. Wie diese Fiktion aufrechtzuerhalten sei, wenn Mazedonien eine Art Selbständigkeit oder eine quasi Unabhängigkeit vom Sultan erhielte, darüber ließ er sich vorsichtigerweise nicht aus. Ich hatte aber den Eindruck, daß dies ihm allerdings illusorisch erscheine. Auch glaube ich nicht, daß ihm eine dauernde Verständigung zwischen Rußland und England möglich erscheint, wenn es sich dereinst um die Vorherrschaft in Konstantinopel und um die Frage der Meerengen handeln würde. Vielleicht liegt auch Frankreich nicht gar zu viel daran, daß seine beiden Freunde allzu intim werden und den Dritten im Bunde gelegentlich etwas stiefmütterlich behandeln.

Der österreichische Botschafter sagte mir, er hätte den Eindruck, daß Frankreich sich bemühe, in der mazedonischen Frage unparteiisch zu bleiben, und wohl nicht unbedingt den russisch-englischen Standpunkt teilen werde. Die französische Regierung neige eher zur österreichisch-deutschen Auffassung.

Radolin

*Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès
an den Reichskanzler Fürsten von Bülow*

Ausfertigung

Nr. 252

St. Petersburg, den 27. Juni 1908

Die mazedonische Reformfrage drängt zur Entscheidung.

Nachdem mir gestern der englische Geschäftsträger* gesagt hatte, England und Rußland hätten sich über die Vorschläge nunmehr völlig geeinigt, so daß nur noch die Redaktion des Textes durch die russische Regierung beendet werden würde, kam auch Herr Iswolsky auf dieses Thema zurück und wies mit ernstem Nachdruck darauf hin, daß die Stellung der Mächte zu dem Projekt von der größten Tragweite für die auswärtigen Beziehungen im allgemeinen sein werde. Der Minister führte unter anderem aus, die Festsetzung des Textes werde sehr bald erfolgen; es handle sich dann um die Wahl, ob das Projekt als ein „englisch-russisches“ oder lediglich als ein „russisches“ bekanntgegeben werde. Am liebsten sei es ihm, einen Vorschlag der russischen Regierung, welcher von England unterstützt werde, den Mächten, das heißt zunächst der österreichisch-ungarischen Regierung zu unterbreiten, welche dann hoffentlich in Gemeinschaft mit Deutschland eine zustimmende Antwort erteilen werde. Der Unterstützung Frankreichs ist Herr Iswolsky sicher. Letzterer wiederholte mehrfach, wie peinlich es ihm sein werde, wenn das unter dem Namen der russischen Regierung gehende Projekt durch Deutschland zum Scheitern gebracht werden sollte. Er werde dadurch immer mehr zu dem Zusammengehen mit England gedrängt, welches er nicht freiwillig gewählt habe, und bei welchem er sich keineswegs so gut befände als auf dem früheren sicheren Terrain von Münzsteg.

Der Minister hofft, wenigstens seinen gestrigen Worten nach, daß Deutschland und Österreich-Ungarn ihm durch Annahme des russischen Projekts eine goldene Brücke bauen werden, durch die er die Möglichkeit erhält, England gegenüber selbständiger dazustehen. Inwieweit diese verlockenden Töne auf den momentanen Wunsch des Ministers nach Annahme des russischen Projektes zurückzuführen sind, möchte ich dahingestellt sein lassen. Herr Iswolsky fürchtet, daß unsere Entscheidung nicht günstig ausfallen werde, falls man der Kaiserlichen Vertretung in Konstantinopel einen zu großen Einfluß auf sie zugestehe, während er dem Ermessen Eurer Durchlaucht und Seiner Exzellenz des Herrn Staatssekretärs mit vollem Vertrauen entgegensieht.

Aus den Äußerungen des Ministers entnehme ich, daß die russische Regierung nicht beabsichtigt, wegen der Justiz- und Finanzreform eine direkte Note an die Hohe Pforte zu richten.

F. Pourtalès

* H. O'Beirne.

*Der Botschafter in London Graf von Metternich
an den Reichskanzler Fürsten von Bülow*

Ausfertigung

Nr. 607

London, den 27. Juni 1908

Sir Charles Hardinge bemerkte mir vorgestern im Laufe einer langen Unterredung unter anderem, der Kaiserliche Botschaftsrat Herr von Stumm sei am Tage vor seinem Urlaubsantritt bei ihm gewesen, um sich zu erkundigen, ob er, Hardinge, dem Botschaftsrat irgendeine besondere Mitteilung für Berlin mitzugeben wünsche. Sir Charles Hardinge habe darauf geantwortet, er hoffe, daß wir das Reformprogramm für Mazedonien unterstützen würden.

Auf meine Frage, ob dasselbe zur Vorlage an die Mächte bereit sei, antwortete der Unterstaatssekretär, er nehme an, daß die englische Regierung schon in den nächsten Tagen ihren Vorschlag betreffend Bildung einer fliegenden Kolonne absenden könne, während die russische Note betreffend Finanz- und Justizreform zur näheren Prüfung hier noch erwartet werde. Übrigens handle es sich nur mehr um redaktionelle Prüfung. Inhaltlich wären beide Regierungen einverstanden.

Graf Mensdorff nimmt an, daß die englische Regierung ihre Note zuerst und allein abzusenden wünsche, weil sie die Bildung der Kolonne für die dringendste Aufgabe des Reformprogramms halte, während die anderen Fragen mehr Zeit zur Erledigung hätten.

P. Metternich

*Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Schoen
an den Botschafter in Petersburg Grafen von Pourtalès**

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Zimmermann

Nr. 136

Berlin, den 1. Juli 1908

Zu Ew. Exzellenz Orientierung und etwa geeignet scheinenden Verwertung gegenüber dortiger Regierung.

Der türkische Botschafter erklärte mir auftragsgemäß, daß die Pforte mit der letzten Verlängerung der mazedonischen Mandate** genug gewährt zu haben glaube und weitergehende Vorschläge nicht annehmen könne. Ich erwiderte, die in dieser Mitteilung zutage tretende Besorgnis der Pforte vor den neuen Reformvorschlägen erscheine übertrieben. Die Pforte könne zunächst diese Vorschläge ruhig abwarten. Dieselben würden

* Das Telegramm ging gleichlautend an die Botschaften in Wien, London und Konstantinopel.

** Vgl. dazu Bd. XXII, Kap. CLXIV.

voraussichtlich nicht zu derartigen Bedenken Anlaß bieten, wie die Pforte anscheinend annehme, vielmehr manche Anregungen enthalten, die unter Wahrung der türkischen Souveränität die Beseitigung von Mißständen in Mazedonien bezweckten, und denen die Pforte sich daher wohlwollend gegenüberstellen könne.

v. Schoen

Nr. 8847

*Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès
an den Reichskanzler Fürsten von Bülow*

Ausfertigung

Nr. 267

St. Petersburg, den 2. Juli 1908

Als ich Herrn Iswolsky bei meinem gestrigen Besuche auf die mazedonische Frage anredete, erwiderte er, die persischen Angelegenheiten* hätten ihn in den letzten Tagen derart in Anspruch genommen, daß er sich mit Mazedonien wenig habe beschäftigen können. Soviel könne er mir aber sagen, daß er jetzt mit dem Londoner Kabinett in allen Punkten einig sei. Der Vorschlag betreffend die fliegenden Kolonnen werde den Gegenstand einer selbständigen Note bilden, welche das Londoner Kabinett an die Mächte richten werde. Die übrigen Vorschläge betreffend Finanzreform, Justizreform, gardes-champêtres usw. würden in einer hier zu redigierenden Note vereinigt werden. Herr Iswolsky bemerkte dabei, daß er noch zu keiner Entscheidung darüber gelangt sei, ob diese Note als ein anglo-russisches oder als ein russisches Projekt den Mächten vorgelegt werden würde. Das letztere würde ihm lieber sein, doch ist er besorgt, daß die Vorschläge bei Österreich und bei uns auf Bedenken stoßen könnten. Er ist der Ansicht, daß sich in diesem Falle die Lage für ihn bei Vorlage eines russischen Vorschlages schwieriger gestalten würde, als wenn die etwaigen Bedenken sich gegen ein anglo-russisches Projekt richteten.

Der Minister kam dabei wieder auf die Vorgänge der letzten Monate und betonte, daß er durch die Politik des Baron Aehrenthal genötigt worden sei, sich in der Frage der mazedonischen Reformen statt an Österreich-Ungarn an das europäische Konzert zu wenden. Es sei aber nicht richtig, wenn jetzt vielfach behauptet werde, er habe sich von Österreich-Ungarn abgewendet, um von nun ab in der Reformfrage mit England zu gehen. Ein englisches Reformprojekt habe nun einmal vorgelegen, er sei daher, nachdem die Entente versagt habe, durch die Macht der Verhältnisse genötigt gewesen, das englische Projekt der weiteren Aktion zugrunde zu legen. Weit davon entfernt jedoch, sich in das englische Schlepptau nehmen zu lassen, habe er drei Monate daran gearbeitet, die englischen

* Vgl. dazu Bd. XXVII, Kap. CCXVII.

Vorschläge auf ein Niveau herabzudrücken, von dem er glaube, daß es maßvoll und für die Mächte sowohl als für den Sultan annehmbar sei.

Als ich darauf erwiderte, das Projekt würde nach meiner Überzeugung in Wien und Berlin ohne jedes Vorurteil geprüft und, falls es in allen Punkten unbedenklich erscheine, auch angenommen werden, meinte der Minister, bei einer derartigen Prüfung könne auch mehr oder minder Wohlwollen bewiesen werden. Ein solches Wohlwollen würde er zum Beispiel bei Baron Marschall weniger voraussetzen als bei Euerer Durchlaucht und dem Herrn Staatssekretär. „J'ai peur de Marschall.“ Ich entgegnete darauf, dieses Mißtrauen gegen unsern Vertreter in Konstantinopel sei durchaus ungerechtfertigt. Wenn der Kaiserliche Botschafter gegen verschiedene Punkte der Reformnote Bedenken geäußert hätte*, denen sich, woran immer wieder erinnert werden müsse, die Mehrzahl seiner Kollegen angeschlossen und niemand, auch der russische Botschafter nicht widersprochen hätte, so sei dies nicht allein auf den scharfen juristischen Blick des Baron Marschall, sondern auch auf das Urteil zurückzuführen, welches er sich durch langjährige Erfahrungen und durch Kenntnis der türkischen Verhältnisse über das praktisch Erreichbare gebildet habe. Einen Mangel an gutem Willen bei dem Botschafter vorauszusetzen, dazu liege nicht der geringste Anlaß vor, Baron Marschall habe im Gegenteil stets das Ziel im Auge gehabt, daß etwas bei der ganzen Reformaktion herauskommen möge.

Der Minister kam nun wieder darauf zurück, daß nichts den Widerstand des Sultans so bestärke, als wenn er die Mächte uneinig sehe, oder wenn er annehmen zu können glaube, daß er von dieser oder jener Macht in seinem Widerstande bestärkt werde. Manche Symptome deuteten darauf hin, daß die Türkei den jetzigen Augenblick für geeignet halte, jeder weiteren Reformaktion überhaupt Widerstand zu leisten. Der türkische Botschafter habe erst vor kurzem erklärt, seine Regierung sei durch die Verlängerung der Mandate der Zivilagenten den Wünschen der Mächte entgegengekommen, sie glaube damit genug getan zu haben und werde auf weitere Zumutungen, die ihr gestellt würden, nicht eingehen. Herr Iswolsky bemerkte, die türkische Regierung würde eine solche Sprache nicht führen, wenn sie nicht auf Unterstützung ihres Widerstandes rechnen würde. Dabei ließ der Minister eine Bemerkung fallen, die keinen Zweifel darüber ließ, daß der Besuch des Generals Freiherrn von der Goltz Pascha in Konstantinopel** ihm wegen der von uns in der Reformfrage weiterhin zu beobachtenden Haltung Besorgnisse einflößt. Ich wies demgegenüber auf den rein privaten Charakter dieses Besuches hin und erinnerte im übrigen an unsere Haltung in diesem Frühjahr, aus der zur Genüge hervorgehe, wie unberechtigt alle Zweifel an der Loyalität unserer Politik in Konstantinopel seien.

Als der Minister zum Schluß bemerkte, alles hänge jetzt von uns ab

* Vgl. dazu Bd. XXII, Kap. CLXIV.

** Vgl. Nr. 8830, S. 498, Fußnote***.

und von dem Maße des Wohlwollens, das wir dem neuen Reformprojekt entgegenbringen würden, bestritt ich dies, indem ich erwiderte, alles schiene mir vielmehr von dem Projekte abzuhängen, das den Mächten zur Prüfung vorgelegt werden würde. So bestimmt er bei der Kaiserlichen Regierung auf die von ihm gewünschte wohlwollende Prüfung der neuen Vorschläge rechnen könne, ebenso sicher könne er erwarten, daß wir hinsichtlich derjenigen Punkte, welche den Keim zu Verwickelungen in sich bergen, nicht blind sein und diesen Punkten unsere Unterstützung versagen würden.

Auf Einzelheiten des neuen Projekts ging Herr Iswolsky auch heute nicht ein. Daß aber sein Standpunkt in der Reformfrage von dem unsrigen noch erheblich abweicht, schien mir aus der im Laufe des Gespräches von ihm gemachten Äußerung hervorzugehen, er begreife heute noch nicht, was Baron Marschall an der Note über die Justizreform auszusetzen gehabt habe.

F. Pourtalès

Nr. 8848

*Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Schoen
an den Botschafter in Rom Grafen Monts*

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Zimmermann

Nr. 81

Berlin, den 3. Juli 1908

Baron Aehrenthal hat sich dem Kaiserlichen Botschafter von Tschirschky gegenüber zur mazedonischen Reformfrage dahin geäußert, daß die österreichisch-ungarische Regierung, ebenso wie sie seinerzeit den russischen Märzvorschlägen zugestimmt, zur Annahme der zu gewärtigenden Propositionen bereit wäre, vorausgesetzt, daß dieselben, wie es anscheinend der Fall sei, die Basis jener Märzvorschläge nicht verließen und mit den Souveränitätsrechten und dem Prestige des Sultans in Einklang gebracht werden könnten. Was die weitere Behandlung dieser Vorschläge betreffe, meine er, dieselben sollten den Botschaftern in Konstantinopel mit dem Auftrag übermittelt werden, sie auf praktische Anwendbarkeit zu prüfen und darüber zu beraten, wie sie mit der durch die Mandatsverlängerung geschaffenen Situation in Übereinstimmung gebracht werden könnten. Er hoffe, daß die Kaiserliche Regierung und das Kabinett in Rom diese Auffassung teilen werden. Dem italienischen Botschafter mache er gleichzeitig eine entsprechende Mitteilung*.

Wir erwidern darauf heute, daß wir den Standpunkt Baron Aehrenthals völlig teilen und ein Zusammengehen der Dreibundmächte in dieser Frage aufrichtig begrüßen würden.

Bitte Herrn Tittoni eine entsprechende Mitteilung zu machen und dessen Antwort zu drahten.

v. Schoen

* Vgl. Nr. 8840.

Nr. 8849

*Aufzeichnung
des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes von Schoen*

Eigenhändig

Berlin, den 7. Juli 1908

Graf Osten-Sacken, der soeben aus St. Petersburg zurückgekommen, hat sich mir gegenüber in ähnlicher Weise ausgesprochen wie Herr Iswolsky zu Graf Pourtalès laut Bericht des letzteren Nr. 267*. Herr Iswolsky, sagte Osten-Sacken, habe sich nunmehr drei Monate bemüht, „de travailler pour l'Allemagne“, das heißt die englischen Vorschläge für Mazedonien abzuschwächen und für die Mächte und den Sultan annehmbar zu machen. Alles komme nun auf Deutschland an. Leiste dieses Widerstand, so schöpfe hieraus die Türkei Mut zu ablehnender Haltung. Komme das jetzige maßvolle russisch-englische Reformprogramm nicht zur Ausführung, so werde England mit neuen, weit radikaleren und damit gefährlicheren Vorschlägen hervortreten.

Ich habe dem Grafen Osten-Sacken erwidert, wir würden ohne jegliche Voreingenommenheit an die Prüfung der Reformvorschläge herantreten. Enthielten diese nichts, was auf Umstoßung des Status quo und auf Beeinträchtigung der souveränen Rechte des Sultans hinauslaufe, so würden wir die ersten sein, den Türken die Annahme zu empfehlen. Schon jetzt hätte ich dem türkischen Botschafter, als er auftragsgemäß hier äußerte, die Türkei könne sich auf weiteres als die bereits zugesicherten Mandatsverlängerungen nicht einlassen, gesagt, die Türkei tue gut, vor endgültiger Stellungnahme die Vorlage der neuen, in den Einzelheiten noch nicht bekannten Vorschläge abzuwarten und alsdann guten Willen zu zeigen.

Es wäre durchaus falsch, sagte ich noch dem Grafen Osten-Sacken, von uns von vornherein anzunehmen, daß unsere Politik auf Sprengung des europäischen Konzertes zugunsten der Türkei hinziele. Unser Ideal sei, ebenso wie dasjenige Österreich-Ungarns Aufrechterhaltung des Konzertes auf einer konservativen, alle Komplikationen ausschließenden Basis.

v. Schoen

Nr. 8850

*Der Militärbevollmächtigte in Petersburg
Generalmajor von Jacobi an Kaiser Wilhelm II.*

Abschrift

St. Petersburg, den 5. Juli 1908

Minister Iswolsky benutzte heute die Gelegenheit, als wir uns zum Frühstück im Klub trafen, um mich auf meine gestrige Unterredung mit

* Siehe Nr. 8847.

dem Kriegsminister* anzusprechen. Herr Iswolsky begann damit, daß General Rödiger ihm gesagt habe, ich hätte von einer „inquiétude“ gesprochen, die bei uns in betreff der politischen Lage bestände, was ich sofort dahin richtig stellte, daß ich durchaus nicht von einer „inquiétude“ gesprochen und von einer solchen auch absolut nicht die Rede sein könne. Weite Kreise des deutschen Volkes glaubten nur eben an die Tendenz Englands, die zurzeit mit dem Schlagwort „Einkreisungspolitik“ bezeichnet werde, worauf mir Herr Iswolsky sofort erwiderte: „Und in bezug auf die weitere Entwicklung dieser politischen Lage und die Möglichkeit eines daraus entstehenden Konfliktes meinten Sie, daß die Entscheidung jetzt in unseren Händen läge**, und darin irren Sie, die Entscheidung liegt in Ihren Händen. Auch ist unser sich nur auf asiatische Fragen beziehendes Abkommen mit England durchaus nicht auf Mazedonien ausgedehnt worden. Einmal besteht bezüglich Mazedoniens kein Abkommen, und wenn wir in der mazedonischen Frage eine Stütze bei England haben suchen müssen¹, so ist dies allein die Schuld des Barons Aehrenthal“.

Dieser habe ihm (Iswolsky) während seines vorjährigen mehrtägigen Aufenthalts in Wien kein Wort von der Absicht eines Vorgehens in der Frage der Sandschakbahn gesagt; er habe daher, als er die ersten vertraulichen Nachrichten über das beabsichtigte Vorgehen Österreichs erhalten und diese dem Kaiser habe melden müssen, sich „porté garant que ces bruits étaient dénués de tout fondement“. Als nun Baron Aehrenthal — er wisse nicht aus welchen Motiven — ihm mit dem Sandschakbahnprojekt „eine Bombe zwischen die Beine geworfen“ und gleichzeitig der österreichische Botschafter in Konstantinopel nichts getan habe, um die mazedonischen Reformprojekte gegenüber der Kritik des Herrn von Marschall zu retten, da habe Rußland sich in der mazedonischen Frage eine andere Stütze suchen müssen, und das habe eben nur² England sein können***.

Jetzt arbeite er seit drei Monaten daran, um den englischen Vorschlag, den er *déraisonnable* nannte, zu vernünftigen (*raisonnables*) Reformen umzuarbeiten, und davon, ob wir diese russischen Reformvorschläge unterstützen würden oder nicht, würde es abhängen, ob in dieser oder jener Form „l'ancien groupement des trois Puissances conservatrices“ wiederhergestellt werden könnte, oder ob Rußland gezwungen sein würde, sich noch enger mit England zu verbinden³. Die Entscheidung über die weitere Entwicklung liege daher jetzt in unseren Händen; bei dem Einfluß, den wir in Wien und Konstantinopel hätten, würden beide Mächte sicher die russischen Vorschläge annehmen, wenn wir dieselben unterstützten. Diese

* Vgl. dazu Kap. CLXXXIX, Nr. 8826.

** Nach Jacobis Bericht über seine Unterredung mit Rödiger hätte er zu diesem u. a. gesagt, der Friede werde wohl davon abhängen, „ob England-Frankreich sich dessen sicher zu sein glaubten, daß Rußland im Falle eines Krieges England-Frankreichs mit Deutschland den *casus foederis* der russisch-französischen Allianz als vorliegend anerkennen würde.“

*** Vgl. dazu Kap. CLXXXVII.

Vorschläge würden nichts enthalten, durch das irgendwie die Integrität der Türkei berührt würde, welche für Rußland in höchstem Grade wichtig sei⁴ (??). Er, Iswolsky, habe alle Hände voll zu tun, um die kriegerischen Gelüste der drei Balkanstaaten zurückzuhalten. Die Lage sei allerdings ernst, „grave“ (ein anderes Mal brauchte Herr Iswolsky sogar die Wendung: „extrêmement grave“). Als Herr Iswolsky von unserer Haltung gegenüber den russischen Vorschlägen und den sich daraus für Rußland ergebenden Konsequenzen sprach, erwähnte er noch als etwas, was hier besonders verstimmt habe⁵, die Reise des Generals von der Goltz nach Konstantinopel* und die dort von ihm gehaltene Rede, durch die das Selbstgefühl der Türkei außerordentlich gesteigert sei⁶.

Ich habe auf die Ausführungen Herrn Iswolskys ihm nur geantwortet, daß ich über die von ihm angeführten Tatsachen nicht genügend informiert sei, im übrigen nähme ich an, daß er dasselbe doch wohl schon dem Grafen Pourtalès gesagt haben würde.

Während ich nach meiner gestrigen Unterredung mit dem Kriegsminister nur melden konnte, daß meiner Ansicht nach seine mir gegenüber gemachten Äußerungen in der bestimmten Absicht gemacht seien, mich diese seine Ansichten wissen zu lassen, damit ich über dieselben berichte, glaube ich nunmehr, daß General Rödiger nach vorheriger Verabredung mit Herrn Iswolsky gesprochen und dieser mir gegenüber dann auf die Unterredung zurückgekommen ist, damit ich Ew. Majestät über diese Sache berichten solle und auf diesem Wege seine Ansichten und seine Wünsche zu Ew. Majestät Kenntnis gelangen sollten.

Aus dem ganzen Gespräch mit Herrn Iswolsky habe ich den Eindruck gewonnen, daß ihm an dem Gelingen der russischen Aktion in der mazedonischen Frage außerordentlich viel gelegen ist, da er davon eine Befestigung seiner Stellung sowohl dem Zaren wie der öffentlichen Meinung gegenüber erhofft.

Auf einen grundlegenden Unterschied in den Äußerungen Rödigers und Iswolskys, der seinen Grund wohl in ihrer innerlich verschiedenen Stellung Deutschland gegenüber hat, muß ich noch hinweisen. Während aus Rödigers Worten herausklang: „Wir denken nicht daran, fremder Interessen willen uns in einen Krieg mit Deutschland hetzen zu lassen, aber unterstützt uns in Mazedonien“, war bei Iswolsky daraus der Versuch eines „bluff“⁷ geworden: Wenn Ihr uns in Mazedonien nicht unterstützt, so werden wir uns enger an England anschließen⁸.

(gez.) v. Jacobi

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II. in Abschrift:

¹ Aha! offenes Eingeständnis des Abfalls von Österreich und dem Münzsteger Programm.

* Vgl. dazu Kap. CLXXXIX, Nr. 8827. Die Rede des Freiherrn von der Goltz, die Iswolsky verstimmt, war am 13. Juni gelegentlich eines Besuchs der Kriegsschule durch den General gehalten; sie hatte keinerlei offiziellen Anstrich.

² warum nicht wir?

³ Ei! Ei! eine Drohung!

⁴ er thut jedenfalls alles was er kann um sie zu untergraben

⁵ die Kerls sind immer über alles bei uns verstimmt, während sie uns gegenüber sich jede Gemeinheit erlauben, ohne daß wir „verstimmt“ sein dürfen!

⁶ hoffentlich!

⁷ Drohung?

⁸ richtig

Nr. 8851

*Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès
an den Reichskanzler Fürsten von Bülow*

Ausfertigung

Nr. 286

St. Petersburg, den 9. Juli 1908

„In Deutschlands Händen liegt die Entscheidung über den Kurs, den die russische Politik nunmehr einzuschlagen haben wird. Stellt sich Deutschland und mit ihm Österreich-Ungarn günstig zu dem anglo-russischen Reformprojekt für Mazedonien, so bietet es dadurch Rußland die Möglichkeit, auf dem Boden der Entente mit Österreich-Ungarn und des Zusammenwirkens der drei konservativen Kaisermächte weiter zu arbeiten. Machen dagegen das Berliner und das Wiener Kabinett dem Reformprojekt Schwierigkeiten, so sieht sich Rußland genötigt, stärkere Anlehnung an England zu suchen. Die letztere Eventualität würde, wie sich nicht leugnen läßt, erheblich zur Verschärfung der allgemeinen Lage in Europa beitragen.“

Dieses ist kurz zusammengefaßt das Thema, welches Herr Iswolsky in den letzten Wochen in seinen Konversationen immer von neuem variiert. Durch die Lockspeise eines Zusammengehens der drei konservativen Mächte einer- und durch die Drohung eines vollständigen Anschlusses an England andererseits sucht er auf uns einzuwirken, damit wir das von ihm verbesserte englische Reformprojekt unterstützen. Er hat sich in diesem Sinne nicht nur mir gegenüber bei allen unseren letzten Unterredungen eingehend ausgesprochen, sondern auch in längeren Gesprächen mit Botschaftsrat von Miquel vor dessen Abreise nach Berlin und vor wenigen Tagen mit General von Jacobi* demselben Gedankengang Ausdruck gegeben.

Gegen dieses Bestreben, uns von vornherein für die Folgen, welche ein Scheitern des neuen Reformprojekts nach sich ziehen würde, verantwortlich zu machen, habe ich in bestimmter Weise Stellung nehmen zu sollen geglaubt. Nachdem ich Herrn Iswolsky schon neulich erklärt

* Vgl. Nr. 8850.

hatte, ich sei überzeugt, daß unsere Stellungnahme zu dem neuen Programm ganz von dem Inhalte desselben abhängen, und daß daher die zukünftige Gestaltung der Dinge nicht von uns, sondern in erster Linie von diesem Programm abhängen werde, habe ich diesen Gedanken gestern von neuem eingehend ausgeführt. Ich habe ferner dem Minister bemerkt, er könne unmöglich von uns verlangen, daß wir uns womöglich schon jetzt verpflichteten, das neue Projekt en bloc anzunehmen. Es sei zu hoffen, daß die ursprünglich sehr radikalen englischen Vorschläge in seinen Händen sehr gemildert worden seien, immerhin erscheine es nicht ausgeschlossen, daß dieselben noch einige Punkte enthielten, die uns bedenklich erschienen. Warum sollten sich in diesem Falle nicht durch einen vertraulichen Gedankenaustausch zwischen St. Petersburg, Wien und Berlin etwaige noch vorhandene Schärfen des Projektes noch beseitigen lassen? Herr Iswolsky erwiderte, er sei bereit, getreu seinem bisher beobachteten Verfahren das Projekt zunächst vertraulich à titre d'information dem Wiener Kabinett zu schicken, durch welches wir, wie er annehme, von demselben ebenfalls Kenntnis erhalten würden. Er habe auch gegen einen Gedankenaustausch über einzelne etwa zu Bedenken Anlaß gebende Punkte an sich nichts einzuwenden, doch verspreche er sich von einem solchen Gedankenaustausch nicht mehr viel Nutzen. „Si nous pouvions causer à nous deux, je suis persuadé qu'au bout d'une demie heure nous serions d'accord.“ Die Schwierigkeiten würden aber von seiten Englands kommen. Ich könnte versichert sein, daß er alles getan habe, um die englischen Vorschläge soweit als möglich auf ein maßvolles Niveau herabzudrücken. „J'ai tendu la corde autant que possible.“ Er glaube nicht, daß England auf eine weitere Milderung seines Programms eingehen werde.

Ich wiederholte darauf dem Minister, er könne überzeugt sein, daß die Kaiserliche Regierung mit Wohlwollen an die Prüfung des Projekts herantreten und zweifellos gerne in die Lage gesetzt würde, demselben zuzustimmen. Ich bat dringend, den Verdacht endlich aufgeben zu wollen, als ob wir jede Reformaktion zum Scheitern bringen wollten. Ich betonte ferner, wie unbillig es sei, die Schuld für die bisherigen Mißerfolge dieser Aktion auf uns zu schieben. Wir hätten in der ganzen Frage immer den meistinteressierten Mächten den Vortritt gelassen, und unser Bestreben sei stets darauf gerichtet gewesen zu verhindern, daß das europäische Konzert gestört werde.

Herr Iswolsky erwiderte darauf, er sehe von der Seite anderer Mächte keine Schwierigkeiten voraus; wenn solche entstehen, so würden dieselben immer nur von uns und von Österreich-Ungarn kommen. Baron Aehrenthal, so fügte er verächtlich hinzu, tue ja nur, was ihm von Berlin aus vorgeschrieben werde. Da diese Bemerkung eine nicht mißzuverstehende neue Anspielung auf die Angelegenheit der Sandschakbahn enthielt, unterbrach ich den Minister, indem ich lebhaft dagegen protestierte, daß man hinter jeder Handlung und jeder Entscheidung des Wiener Kabinetts immer Deutschland vermute. Ich erklärte, daß, wenn man einem Freunde

bei einem von ihm getanen Schritte zur Seite stehe und für ihn eintrete, daraus noch keineswegs hervorgehe, daß man ihn zu diesem Schritte angestiftet habe.

Der Minister kam dann wieder auf unseren Einfluß in Konstantinopel und auf den Besuch des Generals von der Goltz Pascha dortselbst. Er wiederholte seine neuliche Behauptung, daß die Sprache der türkischen Regierung seit jenem Besuche viel selbstbewußter geworden sei. Erst vor einer Stunde habe der türkische Botschafter in pathetischer Weise versichert, kein türkischer Staatsmann werde dem Sultan je raten können, sich die Demütigung, die ihm durch die weiteren Reformen in Mazedonien zugemutet werde, gefallen zu lassen.

Ich bemerkte darauf, ich sei in der Lage, einen neuen Beweis dafür, daß wir den Sultan nicht nur nicht in seinem Widerstande gegen die Reformen bestärkten, sondern im Gegenteil auf ihn einzuwirken suchten, damit er sich vernünftigen Reformvorschlägen zugänglich zeigte, Herrn Iswolsky sofort zu geben. Der Herr Staatssekretär habe erst vor wenigen Tagen dem türkischen Botschafter in Berlin geraten, die türkische Regierung möge zunächst das neue Reformprojekt, das gewiß manche gute und nützliche Anregung enthalten werde, abwarten und demselben nicht von vornherein einen prinzipiellen Widerstand entgegensetzen*. Diese Mitteilung machte auf den Minister einen sichtlich angenehmen Eindruck.

Herr Iswolsky setzte mir nun auseinander, wie er bei der Umarbeitung des englischen Programms immer von dem Hauptprinzip ausgegangen sei: Wahrung des Status quo, möglichste Schonung der Souveränitätsrechte des Sultans, tunlichste Vermeidung von Neuerungen, Verschiebung des europäischen Konzerts. Er habe ferner darauf hingearbeitet, daß möglichst keine Neuerungen, statt dessen aber Maßnahmen eingeführt würden, damit die bereits bestehenden Reglements wirklich zur Ausführung gelangten.

Was den modus procedendi bei der weiteren Behandlung des Reformprojekts betrifft, so hofft Herr Iswolsky, in wenigen Tagen mit der Redaktion desselben fertig zu werden. Er wird dann diese Redaktion zur schließlichen Begutachtung nach London schicken. In demselben Augenblick wird er aber auch dem Wiener Kabinett von dem Projekt Kenntnis geben. Von der Aufnahme, die das Projekt in Wien und in Berlin finden wird, will der Minister dann seine Entscheidung über die Frage abhängig machen, ob er das Projekt den Mächten als russisches oder als anglo-russisches zugehen lassen wird.

F. Pourtalès

* Vgl. Nr. 8846.

*Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès
an den Reichskanzler Fürsten von Bülow*

Ausfertigung

Nr. 285

St. Petersburg, den 9. Juli 1908

Im Verlaufe unserer gestrigen Unterhaltung über die mazedonischen Reformen, über die ich anderweitig zu berichten die Ehre habe*, kam Herr Iswolsky auch auf die Orientpolitik Rußlands im weiteren Sinne und auf seine Ansichten über Rußlands Ziele und Aufgaben im nahen Orient zu sprechen. Der Minister beteuerte dabei, daß er ein überzeugter Anhänger einer konservativen Orientpolitik sei, als deren Basis er vor allem die Aufrechterhaltung des Status quo und des Gleichgewichts auf der Balkanhalbinsel ansehe. Weit davon entfernt, den Zerfall der Türkei zu wünschen, sei er der Ansicht, daß alles getan werden müsse, um den türkischen Staat in seinem jetzigen Bestande möglichst lange zu erhalten. Der Minister erklärte, er sei auch sehr gegen jede Vergrößerung der einzelnen Balkanstaaten. Nach seiner Ansicht würde es den Interessen Rußlands in keiner Weise entsprechen, wenn ein einzelner Balkanstaat zu besonderer Machtstellung gelange. Denn wie die Geschichte lehre, zeigten die Balkanstaaten, je selbständiger sie würden, um so größere Neigung, sich von Rußland abzuwenden. „Je désire“, so faßte er diesen Gedanken zusammen, „une moyenne Bulgarie, une moyenne Serbie et un moyen Monténégro.“ Sollte jedoch der Zersetzungsprozeß der Türkei einmal nicht mehr aufzuhalten sein, so müßte die Regelung der Machtverhältnisse auf der Balkanhalbinsel derartig erfolgen, daß das Gleichgewicht zwischen den einzelnen Staaten nicht gestört werde.

Was Rußlands eigene Ansprüche im nahen Orient betrifft, so glaubt Herr Iswolsky, daß die russische Politik einen großen Fehler begehen würde, wenn sie territoriale Erwerbungen oder auch nur dominierenden Einfluß in der Türkei anstreben wolle. Beides würde dem russischen Reiche nur Verlegenheiten bereiten. Das einzige, was er für die Zukunft für Rußland „träume“, sei die freie Ein- und Ausfahrt der russischen Kriegs- und Handelsschiffe aus dem Schwarzen Meere, jedoch nicht zu kriegerischen Zwecken, sondern lediglich „um eine Rußlands Machtstellung entsprechende Rolle im Mittelländischen Meere zu spielen.“ Solange Rußland für seine Kriegsschiffe dieses Recht nicht besitze, werde der russische Handel im Mittelmeere immer an einem gewissen Marasmus leiden. Rußland brauche notwendig ein „débouché“ für seinen Handel im Süden des Reiches.

Die Verwirklichung dieses „Traumes“ bezeichnete Herr Iswolsky als durchaus möglich ohne den Besitz von Konstantinopel, Rußland brauche

* Siehe Nr. 8851.

nur „des droits juridiques“, das heißt die Abänderung des Pariser Vertrages. Es könnte dafür alle Garantien bieten, die etwa gewünscht würden, insbesondere auch in der Richtung der Aufrechterhaltung der Integrität der Türkei und des Verzichtes auf jeden politischen und wirtschaftlichen präponderierenden Einfluß in diesem Lande. Wenn Rußland für seine Kriegsschiffe Zutritt zum Mittelmeer erlangte und dort „eine Rolle zu spielen“ in die Lage käme, könnte dies bei keiner anderen Macht, am allerwenigsten bei uns Besorgnisse erwecken. Rußland würde im Gegenteil zur Aufrechterhaltung des Gleichgewichts im Mittelmeer beitragen können.

Ich habe mich bei diesen Ausführungen des Ministers, die er ausdrücklich als „Zukunftsträume“ bezeichnete, lediglich zuhörtend verhalten. Nur als er die Ansicht äußerte, Rußland brauche weder Konstantinopel noch einen präponderierenden politischen und wirtschaftlichen Einfluß in der Türkei, warf ich die Frage hin, ob sich die panslawistische Partei wohl auch mit einem verhältnismäßig so genügsamen Programm begnügen würde. Herr Iswolsky bemerkte darauf, die alte panslawistische Partei mit ihren hochfliegenden Plänen bezüglich der auswärtigen Politik verliere immer mehr an Bedeutung und Einfluß; an ihre Stelle trete der Neopanslawismus, der sein Augenmerk viel mehr auf innere Fragen richte und in dieser Beziehung keineswegs ungefährlich sei.

F. Pourtalès

Nr. 8853

*Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Schoen
an den Reichskanzler Fürsten von Bülow, z. Z. in Norderney*

Ausfertigung

Nr. 8

Berlin, den 10. Juli 1908

Euerer Durchlaucht beehre ich mich zu melden, daß der hiesige englische Geschäftsträger* in der mazedonischen Reformfrage unter Überreichung des abschriftlich beigefügten Entwurfs** zu einer Kollektivnote der Mächte an die Pforte im Auftrage seiner Regierung folgende Erklärung abgegeben hat:

„D'accord avec le Gouvernement Russe, le Gouvernement Britannique a préparé ce projet de note collective au sujet de la Macédoine. Ils sont convaincus que dans le but de remédier à un état de choses qui, s'il continue, ne peut avoir d'autre résultat que la guerre, il est nécessaire que les autorités compétentes organisent sur les lieux une force bien équipée et mobile. — Ils espèrent que le Gouvernement Impérial chargera son représentant à Constantinople de se joindre au représentant de l'Angleterre en soumettant cette note à la Sublime Porte et en lui donnant l'appui le plus fort qui serait possible.“

* Count de Salis.

** Siehe Anlage.

Danach schlägt England im Einvernehmen mit Rußland vor, daß zur Vermeidung schwerer Komplikationen im Balkan schleunigst eine mobile Truppe von 10—12000 Mann formiert und dem Generalinspektor zur Verfügung gestellt werde. Kommandeur soll türkischer Offizier sein, der von Hilmi Pascha ausgewählt und vom Sultan ernannt wird.

Ich habe dem Grafen Salis erwidert, wir stimmten mit seiner Regierung in dem Bestreben überein, einen Zustand herbeizuführen, der den Ausbruch schwerer Komplikationen bezüglich Mazedoniens möglichst verhindere. Die nun vorliegenden englischen Reformvorschläge würden wir zusammen mit den noch zu erwartenden russischen eingehender und wohlwollender Prüfung unterziehen und behielten uns sachliche Äußerung vor.

Die Kaiserlichen Botschaften in Konstantinopel, Wien, St. Petersburg, London, Paris und Rom sowie Freiherr von Marschall sind entsprechend verständigt worden¹.

v. Schoen

Randbemerkung des Fürsten von Bülow:

¹ Gut

Anlage

The Governments of . . ., animated by a sincere desire for the restoration of tranquillity in the Vilayets of Salonica, Kossovo and Monastir, are persuaded that this object can only be attained by the adoption of drastic measures such as will serve effectually to put an end to the destructive activity of the rival bands, of which recent reports tend to show a recrudescence is in progress.

The application of administrative reforms, however desirable in themselves, must remain of little practical effect so long as the primary condition of good government, security of life and property, is conspicuously absent.

To deal with this state of affairs the above-mentioned Governments have decided to indicate to the Sublime Porte the measure which, in the interests of His Majesty the Sultan, should be carried into immediate execution.

A force of mobile troops of 10000 to 12000 men should be formed at the earliest opportunity and placed at the disposal of the Inspector-General. These troops should be commanded by a Turkish officer, selected by Hilmi Pacha in consultation with the General Reorganizing the Gendarmerie, and formally appointed by His Majesty the Sultan.

The force should include an adequate number of mounted men, for purposes of maintaining communications between the several units and for the rapid pursuit of the bands where the nature of the ground admits of such a course.

A scheme of cooperation between this force and the gendarmerie

should be drawn up by the Inspector-General, the Reorganizing General, the officer in command of the mobile column, and the Adjoints.

Joint operation should be initiated by Hilmi Pasha and the General in command of the Gendarmerie.

The European officers shall be informed of all operations, and shall be entitled to accompany the columns, and shall report to their General.

These proposals will involve a small increase in the number of the foreign Gendarmerie officers and men.

As regard the Gendarmerie itself, whilst it is not expedient that the foreign officers should be placed in executive command of actual operations in the field, it is essential that they should control their training, distribution and action.

The Governments . . . are persuaded that the Sublime Porte is actuated by a similar desire for the restoration of tranquillity, a consummation which cannot fail to contribute to the economic prosperity of the provinces in question, and they rely upon the active cooperation of the Ottoman authorities in the application of these measures, which are so urgently called for by the requirements of the situation.

Nr. 8854

*Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Schoen
an den Botschafter in Wien von Tschirschky*

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Zimmermann

Nr. 792

Berlin, den 13. Juli 1908

Der hiesige englische Geschäftsträger hat im Auftrage Sir Edward Greys den Wunsch zu erkennen gegeben, daß wir bereits vor Empfang der russischen Propositionen die englischen Vorschläge wegen Formierung einer mobilen Truppe für Mazedonien einer Prüfung unterziehen möchten, da die englische Regierung sie mit Rücksicht auf die erneuerte Bandentätigkeit für dringend erachte. Ich habe diese Anregung ausweichend dahin beantwortet, daß auf eine schleunige Entschließung der Mächte in der Angelegenheit doch kaum zu rechnen sein dürfte, da die englischen Vorschläge wegen Formierung einer mobilen Truppe schon an sich ein völliges Novum bilden und einige darin enthaltene Spezialbestimmungen wie zum Beispiel die Forderungen, die Truppe solle zur Verfügung (at the disposal) des Generalinspektors stehen, und ihr Kommandeur solle durch Hilmi Pascha ausgewählt (selected) werden, wohl zunächst einer eingehenden Prüfung auch seitens der sachverständigen Botschafterkonferenz in Konstantinopel bedürfen würden.

Da ich annehme, daß die englische Regierung dem Wiener Kabinett gegenüber den gleichen Wunsch zu erkennen gegeben hat, darf ich Euerer Exzellenz Ermessen anheimstellen, ob es sich empfiehlt, meine Antwort

dort mündlich zu verwerten. Gegebenenfalls bitte ich, auch bei dieser Gelegenheit zum Ausdruck zu bringen, daß wir nach wie vor auf ein vertrauensvolles Zusammengehen mit Österreich-Ungarn in der Reformfrage rechnen und unserem Verbündeten als dem Nächstinteressierten gern das erste Wort lassen werden.

v. Schoen

Nr. 8855

*Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Schoen
an den Reichskanzler Fürsten von Bülow, z. Z. in Norderney*

Ausfertigung

Nr. 9

Berlin, den 14. Juli 1908
[abgegangen am 15. Juli]

In der mazedonischen Reformfrage teilte mir heute vormittag der italienische Botschafter mit, daß seine Regierung den englischen Vorschlag betreffend die fliegenden Kolonnen im Prinzip als eine annehmbare Basis betrachtet.

Der russische Geschäftsträger teilte mit, daß seine Regierung dem englischen Vorschlag prinzipiell zustimme, daß aber nähere Erörterung, namentlich auch durch örtlich sachverständige Stellen angezeigt erscheine.

Ich habe beiden geantwortet, wir könnten uns, da wir noch keine Information über die Auffassung des Wiener Kabinetts hätten, noch nicht endgültig äußern. Zu prinzipieller Opposition hätten wir keinen Anlaß, doch erschienen Einzelheiten des Vorschlages noch eingehender Prüfung bedürftig. So komme es beispielsweise wesentlich darauf an zu wissen, wie das Verfügungsrecht Hilmi Paschas gedacht sei.

Der österreichisch-ungarische Geschäftsträger* las mir heute nachmittag ein Telegramm Baron Aehrenthals vor, wonach dieser von den englischen Vorschlägen im ganzen einen guten Eindruck hat. Die Berufung auf die Notwendigkeit schleuniger Maßregeln sei in der Tat in der neueren Situation begründet. Der Vorschlag betreffend das mobile Korps entspreche übrigens einem Gedanken, den er, Aehrenthal, selbst seinerzeit einem radikaleren englischen Vorschlag entgegengestellt habe. Da der jetzige englische Vorschlag die souveränen Rechte des Sultans nicht tangiere, so sei er, Aehrenthal, bereit, ihn im allgemeinen anzunehmen und den Botschafter in Konstantinopel anzuweisen, den Text einer an die Pforte zu richtenden Note mit den Kollegen auszuarbeiten und, sobald Einigkeit hergestellt, sie der Pforte zu überreichen.

Bezüglich Textierung der Note verwies der Geschäftsträger noch auf folgende Punkte: Alinea 4. Der Ausdruck „selected“ wäre durch „proposed“ zu ersetzen (dies würde auch mit der Betonung des Ernennungsrechts des Sultans mehr im Einklang stehen).

* Prinz G. zu Hohenlohe-Schillingsfürst.

Die Konsultierung des Gendarmeriegenerals bei der Auswahl des Kommandanten durch Hilmi Pascha wäre besser zu eliminieren.

Alinea 7 und 8. Die Bestimmungen betreffend die Inizierung der Operationen durch Hilmi Pascha und den Gendarmeriegeneral sowie die Begleitung der einzelnen operierenden Kolonnen durch die fremden Gendarmerieoffiziere hätten in Wegfall zu kommen, folgerichtig dann auch Alinea 9 betreffend eine weitere Vermehrung der fremden Offiziere. (Die Mächte haben bisher den Standpunkt eingenommen, dem Gendarmeriegeneral und den übrigen fremden Offizieren stehe eine exekutive Befugnis nicht zu, und wäre eine Beteiligung derselben an der Bandenverfolgung zu vermeiden. Dieser Standpunkt wäre auch maßgebend betreffend den oben an zweiter Stelle erwähnten Passus zu Alinea 4).

Vertraulich erwähnt Baron Aehrenthal in seinem Telegramm noch, er lege Gewicht darauf, daß die Textierung der Note kollektiv von den Botschaftern vorgenommen werde, damit nicht ein englisch-russisches Mandat, sondern das europäische Konzert in den Vordergrund trete.

Baron Aehrenthal regt an, daß wir (Österreich-Ungarn und Deutschland) in London nun abgesondert, aber ziemlich gleichzeitig erklären lassen, daß wir dem englischen Vorschlag im allgemeinen zustimmen und die Botschafter in Konstantinopel zu gemeinschaftlicher näherer Prüfung und Ausarbeitung einer Note anweisen.

Ich habe dies zugesagt und nur gebeten, uns den Tag anzugeben, wo die Wiener telegraphische Instruktion nach London abgeht. Für die Botschafterberatungen in Konstantinopel hielte ich es für nützlich, daß sie sich auch insbesondere auf die genaue Präzisierung des Verfügungsrechtes von Hilmi Pascha erstrecken, damit Unklarheiten vermieden werden.

Die Kaiserlichen Botschafter in Konstantinopel, Wien, St. Petersburg, Rom, London und Paris sowie Freiherr von Marschall sind entsprechend verständigt worden.

v. Schoen

Bemerkung des Fürsten von Bülow am Kopf des Schriftstücks:
Ganz einverstanden B. 16/7.

Nr. 8856

*Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Schoen
an den Botschafter in London Grafen von Metternich*

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Zimmermann

Nr. 1125

Berlin, den 14. Juli 1908

Zu Eurer Exzellenz gefälligen Information und eventuellen Regelung Ihrer Sprache.

Wie Eurer Exzellenz bekannt ist, beabsichtigt Baron Aehrenthal vorzuschlagen, daß die englisch-russischen Reformvorschläge für Mazedonien der Botschafterkonferenz in Konstantinopel zur Prüfung überwiesen

werden. Wir halten diesen Vorschlag ebenfalls für praktisch und glauben nicht, daß er zu begründeten Bedenken Anlaß bieten kann. Daß gegen ihn insbesondere der Vorwurf ungerechtfertigt sein würde, als ob ihm die Absicht einer Verschleppung der Reformvorschläge zugrunde liege, erhellt aus einem Bericht des Kaiserlichen Geschäftsträgers in Konstantinopel, der, zur Äußerung dazu aufgefordert, unterm 8. d. Mts. folgendes meldet:

„Eine Verweisung englisch-russischer Vorschläge an Botschafterkonferenz wäre weder verschleierte noch offene Verschleppung.

Österreichisch-ungarischer und italienischer Botschafter sind hier, russischer und französischer eintreffen in wenigen Tagen, und Freiherr von Marschall sowie englischer Botschafter werden im Laufe des kommenden Monats erwartet.

Erachtet englische Regierung Reformen in der Tat für so dringlich, würde es ihr wohl auch möglich sein, Ankunft ihres seit geraumer Zeit auf Urlaub befindlichen Botschafters zu beschleunigen.“

Da die Botschafter dazu berufen sein werden, seinerzeit die vereinbarten Vorschläge beim Sultan durchzusetzen, kann es im übrigen nur nützlich sein, wenn sie vorher über dieselben gehört werden und in eine mündliche Diskussion darüber eintreten. Die größere Sachkenntnis, welche dabei zur Geltung käme, würde für das Reformwerk nur vorteilhaft sein.

v. Schoen

Nr. 8857

*Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès
an den Reichskanzler Fürsten von Bülow*

Ausfertigung

Nr. 299

St. Petersburg, den 16. Juli 1908.

Die endgültige Redaktion des zwischen England und Rußland vereinbarten Reformprojekts für Mazedonien ist nunmehr fertiggestellt und wird mit einem heute abgehenden Kurier nach London geschickt. Eine Abschrift dieses Schriftstücks hat Herr Iswolsky gestern meinem österreichisch-ungarischen Kollegen zur Übersendung an den Freiherrn von Aehrenthal übergeben und dabei von neuem der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß das Projekt von Österreich-Ungarn und von uns gebilligt und unterstützt werden möge. Graf Berchtold hat den Minister darauf aufmerksam gemacht, daß bei einer noch so wohlwollenden Prüfung des Projektes das Wiener Kabinett doch möglicherweise in die Lage kommen werde „de faire quelques observations“. Der Minister hat darauf dem Botschafter, wie neulich mir, versichert, er habe den Bogen so weit als möglich gespannt und glaube nicht, daß man in London auf Abänderungen des Projekts eingehen werde.

F. Pourtalès

*Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès
an den Reichskanzler Fürsten von Bülow*

Ausfertigung

Nr. 303

St. Petersburg, den 16. Juli 1908

Aus meiner Berichterstattung der letzten Wochen ist Euerer Durchlaucht bekannt, wie sehr Herr Iswolsky bemüht ist, die Unterstützung der Kaiserlichen Regierung für sein mazedonisches Reformprojekt zu erlangen. Inwieweit es möglich sein wird, den Wünschen des Ministers entgegenzukommen, wird wohl vor allem von dem Inhalt des Projektes sowie von allgemeinen politischen Erwägungen abhängen. Bei diesen Erwägungen wird aber auch die Frage ins Gewicht fallen müssen, was wir von der Politik des Herrn Iswolsky zu erwarten haben, wenn wir uns ihm in der vorliegenden Angelegenheit gefällig zeigen. Der Minister gibt jetzt auf diese Frage die Antwort, daß, wenn Deutschland sich zu dem Reformprojekt freundlich stelle, er dadurch in die Lage versetzt werde, an der Entente mit Österreich-Ungarn festzuhalten und mit den beiden konservativen Kaiserreichen weiter zusammenzugehen, während er, falls sein Projekt bei dem Berliner und dem Wiener Kabinett auf Widerstand stoße, genötigt sei, stärkere Anlehnung an England zu suchen.

Ich glaube, daß Herr Iswolsky bis zu einem gewissen Grade aufrichtig ist, wenn er jetzt versichert, er habe sich bei dem Zusammengehen mit Österreich-Ungarn in der Reformfrage wohler gefühlt als auf dem nicht ungefährlichen Boden einer gemeinschaftlichen Aktion mit England, den zu betreten er durch die Politik des Baron Aehrenthal gezwungen worden sei. Es erscheint mir auch nicht ausgeschlossen, daß des Ministers innerster Wunsch ist, es möchten ihm goldene Brücken gebaut werden, die ihm die Rückkehr zu der Ententepolitik ermöglichen. Neben der Besorgnis, daß England zu ernstern Verwicklungen auf der Balkanhalbinsel treiben könnte, deren baldigen Eintritt man jetzt hier nicht wünschen kann, mögen auch Gründe der inneren Politik bei Herrn Iswolsky mitsprechen, da die Stimmen besonders in Reichsratskreisen sich immer lauter erheben, welche ihm eine zu englandfreundliche Politik vorwerfen. Wenn aber der Minister in letzter Zeit wiederholt so weit gegangen ist zu behaupten, die Entscheidung über den von jetzt ab von der russischen Politik einzuschlagenden Kurs liege in unseren Händen, so wird man meines gehorsamsten Erachtens die Bedeutung dieser Worte nicht überschätzen dürfen. Ich möchte vielmehr annehmen, daß, auch wenn wir den Wünschen des Herrn Iswolsky in der Frage des Reformprojektes jetzt entgegenkommen, dies eine wesentliche Änderung seiner Politik nicht herbeiführen wird. Er wird den englischen Trumpf nicht aus der Hand geben, sich vielmehr die Möglichkeit offen halten, diesen Trumpf bei der nächsten Gelegenheit wieder auszuspielen, indem er durch die Drohung mit engerem

Anschluß an England versuchen wird, unsere Dienste für Ziele der russischen Politik anzuspannen.

Ich darf daran erinnern, daß Herr Iswolsky in diesem Frühjahr, als es sich um Unterstützung des Donau-Adria-Projektes in Konstantinopel handelte, eine ähnliche Sprache wie jetzt führte. „Rußland“, so hieß es damals, „bedarf einer Genugtuung für das rücksichtslose Vorgehen des Freiherrn von Aehrenthal. Durch die Erwirkung des Iradee für die Sandschakbahn ist das politische Gleichgewicht auf der Balkanhalbinsel zugunsten von Österreich-Ungarn gestört worden. Dieses Gleichgewicht kann durch die Erteilung der Genehmigung für eine dem slawisch-russischen Interesse dienende Eisenbahn wiederhergestellt werden.“* Die an uns gerichtete Bitte, wir möchten vermöge unseres Einflusses in Konstantinopel die Erteilung dieser Genehmigung befürworten, klang in Worte aus, die dem Sinne nach etwa bedeuteten, Deutschland möge Rußland diesen Dienst leisten, dann würden die Wolken, welche die Beziehungen zwischen Rußland, Österreich-Ungarn und Deutschland in diesem Winter zeitweilig getrübt hätten, sich zerstreuen. Als dann Seine Majestät der Kaiser, unser allergnädigster Herr, durch Turkhan Pascha die russischen Wünsche beim Sultan befürworten ließ und dieser Schritt auch einen sofortigen Erfolg hatte, konnte man hier nicht umhin, „la généreuse démarche“ Seiner Majestät dankend anzuerkennen.

Eine Zeitlang verstummten dann auch die Klagen über die österreichisch-ungarische Politik, und man konnte beinahe annehmen, daß, nachdem der Sandschakbahn-Zwischenfall seine Schärfe verloren habe, Herr Iswolsky allmählich zur Ententepolitik zurückkehren werde. Als aber die Zeit der Veröffentlichung des zwischen Rußland und England vereinbarten mazedonischen Reformprojekts näherrückte, gelangte die Verstimmung des Ministers gegen Baron Aehrenthal zu erneutem heftigen Ausdruck mit mehr oder minder versteckten Insinuationen, daß die illoyale Politik des Wiener Kabinetts von Deutschland oder wenigstens von dem deutschen Vertreter in Konstantinopel inspiriert worden sei. Zugleich wies der Minister wieder auf die Möglichkeit eines Weiterbestehens der Entente und eines weiteren Zusammenwirkens der Dreikaisermächte hin, falls Deutschland und Österreich-Ungarn das mazedonische Reformprojekt unterstützen würden. Wiederum wurde für den Fall, daß wir uns diesen Sirenentönen gegenüber taub verhalten, das Gespenst einer intimeren Gestaltung des Verhältnisses zwischen Rußland und England an die Wand gemalt.

Aus diesen Vorgängen der letzten Monate ist man vielleicht berechtigt, einige Schlüsse mit Bezug auf die Taktik zu ziehen, die Herr Iswolsky bei seiner Politik insbesondere Deutschland gegenüber in der nächsten Zukunft zu befolgen trachten dürfte. Daß der Minister der Mann einer großen Aktion ist, glaube ich auch heute noch nicht. Eine Politik, die zu kriege-

* Vgl. dazu Kap. CLXXXVII.

rischen Verwicklungen führen könnte, wird er tunlichst zu vermeiden suchen. Dagegen wird er weiterhin bestrebt sein, aus der gegenwärtigen allgemeinen politischen Lage in Europa und der Gruppierung der Mächte Vorteile für die russische Politik zu ziehen. Er wird versuchen, seine Ziele bald durch uns, bald durch England zu erreichen. Sollte England ihm Aussichten in der Richtung der Verwirklichung seiner vor kurzem mir gegenüber erwähnten „Zukunftsträume“ bezüglich des Schlüssels zum Schwarzen Meere* eröffnen, so dürfte die jetzt von Herrn Iswolsky gern betonte Vorliebe für eine Anlehnung an die konservativen Kaiser-mächte ihn von einem definitiven Abschwanken in das englische Lager nicht abhalten. Nicht bei Deutschland, wie Herr Iswolsky jetzt immer betont, sondern vielmehr bei dem, was England Rußland zu bieten gewillt ist, dürfte also die Entscheidung über die in den nächsten Jahren von der russischen Politik einzuschlagende Richtung liegen.

F. Pourtalès

Nr. 8859

*Der Reichskanzler Fürst von Bülow, z. Z. in Norderney,
an den Botschafter in Petersburg Grafen von Pourtalès*

Konzept

Nr. 1036

Norderney, den 19. Juli 1908
[abgegangen am 22. Juli]

Von der letzten Berichterstattung Euerer Exzellenz** habe ich mit Interesse und Befriedigung Kenntnis genommen.

Ich bin ganz damit einverstanden, daß Euere Exzellenz gegenüber den Ausführungen des Herrn Iswolsky über die Meerengenfrage sich mehr zuhörend verhalten haben. In der Behandlung dieser Frage dürfen wir den Russen gegenüber keinerlei Empressement zeigen oder gar eine Initiative ergreifen. Wir würden uns damit der Gefahr aussetzen, in Wien und Konstantinopel verdächtig zu werden. Wir würden dadurch auch den Wert unserer Mitwirkung herabsetzen und, wenn wir den Eifer übertrieben, uns sogar der Gefahr aussetzen, daß die Russen glauben, wir wollten ihnen eine Falle legen. Andererseits können wir nicht wünschen, daß die russische Regierung diese wichtige Frage ohne uns oder gar gegen uns und mit Hilfe anderer zu lösen versucht. Sie darf nicht denken, daß wir ihr bei der Lösung dieser Frage als Haupthindernis im Wege stehen.

Euere Exzellenz haben ferner sehr recht daran getan, Herrn Iswolsky nicht zu erlauben, uns für das Projekt der Sandschakbahn verantwortlich zu machen. Unser Einfluß in Konstantinopel wird erheblich überschätzt und hat sich wiederholt als viel weniger stark erwiesen, als angenommen

* Vgl. Nr. 8852.

** Vgl. Nr. 8851 und 8852.

oder vorgegeben wurde. Bei dem Naturell des Sultans und den Zuständen auf der Hohen Pforte besitzt dort niemand einen dauernden und absoluten Einfluß.

Ebenso war die von Euerer Exzellenz an Herrn Iswolsky gerichtete Aufforderung, endlich die Idee aufzugeben, als ob wir die Schuld an dem Scheitern praktischer Reformen auf der Balkanhalbinsel trügen, durchaus berechtigt. Wir haben uns tatsächlich mit Festigkeit und Entschiedenheit für alle praktisch durchführbaren Maßregeln eingesetzt. Nur an solchen Schritten haben wir uns nicht beteiligt, die voraussichtlich das europäische Konzert gesprengt oder zu einer Katastrophe im türkischen Reiche geführt haben würden.

Hinsichtlich unseres Verhältnisses zu Österreich-Ungarn wird es sich empfehlen, daß Euere Exzellenz gelegentlich und gesprächsweise von sich aus Herrn Iswolsky sagen, wir machten ihn auch nicht für alles verantwortlich, was die Franzosen täten. Gerade unter der Leitung des Freiherrn von Aehrenthal sei die österreichische Politik recht selbständig geworden. Es sei falsch zu vermuten, daß wir hinter jedem österreichischen Vorschlag oder Refüs ständen.

Euere Exzellenz bitte ich schließlich, dem Herrn Minister mit Bezug auf dessen Äußerungen über den General Freiherrn von der Goltz zu sagen, daß, wie aus einem Immediatberichte des letzteren hervorgeht, der Sultan kaum mit ihm über Politik gesprochen hat. Soweit das überhaupt der Fall war, hat General von der Goltz in verständiger Weise abwiegelnd und beruhigend auf den Sultan eingewirkt.

Abschrift des erwähnten Immediatberichtes vom 5. d. Mts.* lasse ich Euerer Exzellenz zur gefälligen streng vertraulichen Kenntnissnahme in der Anlage ergebenst zugehen.

Bülow

Nr. 8860

*Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Schoen
an den Botschafter in London Grafen von Metternich*

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Zimmermann

Nr. 160

Berlin, den 19. Juli 1908

Nach Mitteilung der österreichisch-ungarischen Regierung ist Graf Mensdorff angewiesen, der englischen Regierung hinsichtlich ihres Vorschlags betreffend fliegende Kolonnen die von Baron Aehrenthal angeregte, Euerer Exzellenz mit Erlaß Nr. 1129 vom 14. d. Mts.** mitgeteilte Erklärung abzugeben.

* Siehe Kap. CLXXXIX, Nr. 8827.

** Erlaß Nr. 1129 vom 14. Juli hatte den Botschafter in London von der österreichischen Stellungnahme (vgl. Nr. 8855) verständigt.

Bitte nach Benehmen mit Graf Mensdorff der englischen Regierung namens der Kaiserlichen Regierung eine entsprechende Erklärung ungefähr gleichzeitig und inhaltlich übereinstimmend mit der österreichisch-ungarischen abzugeben.

v. Schoen

Nr. 8861

*Der Botschafter in London Graf von Metternich
an das Auswärtige Amt*

Telegramm. Entzifferung

Nr. 209

London, den 20. Juli 1908

Unter Bezugnahme auf Telegramm Nr. 160*.

Graf Mensdorff teilt mir heute mit, daß er den Auftrag erhalten habe, die im vorletzten Absatz von Erlaß Nr. 1129 vom 14. d. Mts.** enthaltene Erklärung hier abzugeben. Er ist aber gleichzeitig beauftragt, die Freiherrn von Aehrenthal vorschwebenden redaktionellen Modifikationen (Auslassung von Alinea 7 und 8 usw.) der englischen Regierung mündlich oder mittels Aide-mémoire mit dem Bemerken mitzuteilen, daß österreichischer Botschafter in Konstantinopel mit den betreffenden Anregungen in der Botschafterkonferenz hervortreten werde. Da auch italienische Regierung ähnliche Auffassung habe, so hat Graf Mensdorff ferner den Auftrag, gleichzeitig, aber gesondert mit mir und dem italienischen Botschafter*** die betreffende Erklärung abzugeben.

Bitte um telegraphische Weisung, ob ich ebenfalls bei Sir E. Grey die Detailfragen berühren und mich mit meinem italienischen Kollegen ins Einvernehmen setzen soll. Graf Mensdorff wartet, bis ich Weisung habe.

Metternich

Nr. 8862

*Der Botschafter in London Graf von Metternich
an das Auswärtige Amt*

Telegramm. Entzifferung

Nr. 210

London, den 21. Juli 1908

Marquis San Giuliano hat keinerlei Instruktion des Zusammengehens mit österreichischem Botschafter und mir. Ich glaube nicht, daß er die von Freiherrn von Aehrenthal vorgeschlagenen Änderungen, die er mir

* Siehe Nr. 8860.

** Vgl. Nr. 8860, Fußnote **.

*** Marquis di San Giuliano.

als „fundamental“ bezeichnete, bei Sir E. Grey unterstützen wird, er hat nach Rom telegraphiert und erwartet Weisung.

Graf Mensdorff hat seine Demarche infolgedessen aufgeschoben. Er beabsichtigt, die Freiherr von Aehrenthalschen Modifikationen bei Sir E. Grey nicht als *conditio sine qua non* hinzustellen, sondern als Punkte, die sich zur näheren Besprechung auf der Botschafterkonferenz in Konstantinopel eignen würden. Er will also möglichst wenig schroff den gegen teiligen österreichischen Standpunkt hier hervorkehren.

Ich werde mich meiner Weisung gemäß genau seinem Vorgehen anschließen.

Metternich

Nr. 8863

*Der Botschafter in London Graf von Metternich
an das Auswärtige Amt*

Telegramm. Entzifferung

Nr. 214

London, den 24. Juli 1908

Unter Bezugnahme auf Telegramm Nr. 210*.

Graf Mensdorff wurde heute von Sir Charles Hardinge auf die Haltung der österreichischen Regierung mit Bezug auf den englischen Reformvorschlag angedet. Die Antwort von Österreich und uns werde hier sehnlichst erwartet. Aus Berlin verlautete, daß wir „proposed“ statt „selected“ vorschlugen. Damit sei man hier ganz einverstanden. Der Unterstaatssekretär habe ferner bemerkt, das Reformwerk müsse unbeeinflußt von unter den Türken ausgebrochenen Unruhen** fortgesetzt werden. Nach gerade aus Konstantinopel eingegangener Nachricht wolle der Sultan eine Versammlung einberufen zur Beratung einer Konstitution. Sir Charles Hardinge hat dem Grafen Mensdorff noch die Versicherung hinzugefügt, die englische Regierung verfolge mit ihrem Reformprogramm lediglich den Zweck, den Wilajets eine geordnete Regierung zu verschaffen.

Wenn dies durch die Reformen oder die Bewegung unter den Türken erreicht werde, so werde sie sich mit Freuden von aller Einmischung in die mazedonischen Verhältnisse zurückziehen.

Der Botschafter hat vorläufig geantwortet, seine Regierung stimme im Prinzip dem englischen Vorschlag zu. Die Schaffung einer fliegenden Kolonne sei schon lange Freiherr von Aehrenthals Wunsch. Seine Regierung werde noch einige Modalitäten an dem englischen Projekt vorschlagen, worüber er in den nächsten Tagen der hiesigen Regierung nähere Mitteilung

* Siehe Nr. 8862.

** Am 3. Juli war im Wilajet Monastir eine jungtürkische Erhebung ausgebrochen, die rasch an Ausdehnung gewann und den Sultan schon am 24. Juli nötigte, die Verfassung von 1876 wiederherzustellen und die Vorbereitung von Parlamentswahlen anzuordnen. Näheres darüber in Kap. CXCI.

machen wolle. Diese Änderungen sollten dann nach Ansicht des Wiener Kabinetts von den Botschaftern in Konstantinopel beraten werden.

Sir Charles Hardinge hat hiergegen Einwendungen erhoben. Nach hiesiger Auffassung müsse Einigkeit über das Projekt unter den Regierungen selbst erzielt und nur die Ausarbeitung von Detailfragen über die Handhabung der an Hilmi Pascha zu überweisenden Befugnisse den Botschaftern in Konstantinopel überlassen werden. Über den Umfang und wesentlichen Inhalt dieser Befugnisse müsse aber erst Einigkeit unter den Kabinetten erzielt werden.

Graf Mensdorff erbittet heute von Wien die telegraphische Ermächtigung, am nächsten Montag der hiesigen Regierung die ihm vorgeschriebene Erklärung abgeben zu dürfen, auch wenn bis dahin Marquis San Giuliano noch keine Weisung erhalten haben sollte.

Ich warte ab bis Montag.

Wäre dankbar, über die jungtürkische Bewegung auf dem laufenden erhalten zu bleiben, da die dem Sultan, nicht der Türkei als solcher feindliche englische Politik durch Einführung einer Konstitution eine plötzliche türkenfreundliche Änderung mit den von mir schon früher angedeuteten Folgen erfahren könnte.

Metternich

Nr. 8864

*Der Geschäftsträger in Wien Graf Brockdorff-Rantzau
an das Auswärtige Amt*

Telegramm. Entzifferung

Nr. 194

Wien, den 25. Juli 1908

Die Ereignisse in der Türkei* haben hier vollkommen überrascht. Zeitungsnachrichten über Wiedereinführung der Verfassung werden durch amtliche Meldungen aus Konstantinopel bestätigt. Offizielle Berichte konstatieren gleichzeitig, daß sich bisher Vorgänge ohne Ruhestörung vollziehen. Gegenüber der vollkommen veränderten Situation scheint man einstweilen abwartende Haltung einnehmen zu wollen. Man führt die Bewegung weniger auf jungtürkische Umtriebe als auf Gärung in militärischen Kreisen zurück. Botschafter Markgraf Pallavicini hat zu äußerster Vorsicht geraten. Graf Mensdorff telegraphiert, Sir E. Grey dränge trotz sehr ernster Situation auf sofortige Annahme englischen Vorschlags betreffend fliegende Kolonnen; man wünscht hier aber unbedingt Sultan ruhen zu lassen. Leitende Persönlichkeit im auswärtigen Ministerium sagte mir, Freiherr von Marschall sei wieder der einzige gewesen, der Lage seit Monaten richtig beurteilt und rechtzeitig auf notwendige Schonung Sultans hingewiesen habe.

Rantzau

* Vgl. dazu Kap. CXCI.

*Der Botschafter in London Graf von Metternich
an das Auswärtige Amt*

Telegramm. Entzifferung

Nr. 217

London, den 28. Juli 1908

Graf Mensdorff hat heute Sir E. Grey Mitteilung gemacht, daß seine Regierung im Prinzip englischen Vorschlag wegen Bildung der fliegenden Kolonnen annimmt, statt „selected“ das Wort „proposed“ vorschlägt und Ausarbeitung der Detailfragen wegen englischen Vorschlags über Kooperation von fliegenden Kolonnen mit Gendarmerie den Botschaftern in Konstantinopel zu überweisen wünscht.

Ich habe mich soeben Sir E. Grey gegenüber im selben Sinne ausgesprochen. Er ist mit „proposed“ einverstanden, ist aber dagegen, daß der Text der Note der Botschafterkonferenz überlassen bleibe. Die Note sollte vielmehr von den Regierungen festgestellt werden. Ebenso die Stellung Hilmi Paschas zum kommandierenden Offizier der Kolonne. Das Verhältnis von Gendarmerie zur Kolonne könne am besten durch Besprechungen zwischen Hilmi Pascha, Graf Robilant* und den Adjoints geregelt werden. Keine Exekutivgewalt für Gendarmerie. Diese solle hauptsächlich zur Benachrichtigung der fliegenden Kolonnen verwendet werden.

Der Minister wünscht die Ausarbeitung der Note unter den Mächten herbeizuführen. Die Präsentierung der Note an die Pforte hänge dagegen von dem Verlauf der Ereignisse in der Türkei ab. Sorgen die Türken jetzt selbst für Ruhe und Ordnung in Mazedonien und verschwänden die Banden, so fiel auch die Notwendigkeit zur Bildung fliegender Kolonnen fort. Auch sei er sich wohl bewußt, daß eine Einmischung der Mächte im jetzigen Augenblick inopportun und gefährlich sein würde. Sollte aber im Laufe der Zeit die Präsentierung der Note doch noch notwendig werden, so befürworte er, daß dann die Mächte auch gleichzeitig auf die drei kleinen Balkanstaaten gegen Bandenbegünstigung Pressuren ausübten.

Da Graf Mensdorff dem Minister nicht klar gesagt hat, daß Alinea 7 und 8 des englischen Vorschlages ausfallen sollen, sondern nur von Modifikationen gesprochen hat, die auf der Botschafterkonferenz herbeizuführen seien, so habe ich das gleiche getan, um nicht allein das Odium der Ablehnung auf uns zu nehmen.

Metternich

* Nachfolger des im Frühjahr 1908 verstorbenen Generals de Georgis als Chef der mazedonischen Gendarmerie.

*Der Geschäftsträger in Wien Graf Brockdorff-Rantzau
an das Auswärtige Amt*

Telegramm. Entzifferung

Nr. 200

Wien, den 29. Juli 1908

Herr von Call, dem ich vom Inhalt des Telegramms Nr. 141* Kenntnis gab, sprach wiederholt seinen wärmsten Dank für Mitteilung aus. Man ist hier sichtlich erfreut, sich in völliger Übereinstimmung mit uns bei Beurteilung der türkischen Vorgänge zu wissen, und legt auf gemeinsames Vorgehen in der Reformfrage in dem von Freiherrn von Aehrenthal angedeuteten Sinne (Telegramm Nr. 196 vom 27. Juli**) größten Wert. Englische Regierung hat hier erneut darauf gedrängt, die Reformvorschläge zwischen den Kabinetten verhandeln zu lassen. Freiherr von Aehrenthal hatte aber kategorisch erklärt, daß er darauf besteht, den Botschaftern in Konstantinopel die Verhandlungen zu übertragen; er sagte mir bereits vorgestern, er werde dem König Eduard am 12. k. Mts. in Ischl persönlich keinen Zweifel darüber lassen, daß Österreich-Ungarn in diesem Punkte nie nachgeben werde.

Herr von Call erzählte mir, der Minister habe ihm gegenüber dieselbe Äußerung getan, und fügte im strengsten Vertrauen hinzu, es sei überaus wertvoll, daß der Minister Euerer Durchlaucht geheime Mitteilung über die Äußerung König Eduards in Reval*** so schnell erhalten habe, Freiherr von Aehrenthal reise nämlich morgen nach Ischl, um Kaiser Franz Joseph Vortrag zu halten.

Die Mitteilung der perfiden Intrige hat hier offenbar einen tiefen Eindruck gemacht, und sofortige Klarstellung des Sachverhalts hatte erwünschte Wirkung nicht verfehlt.

Rantzau

*Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Schoen
an den Reichskanzler Fürsten von Bülow,
z. Z. in Swinemünde*

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Zimmermann

Nr. 36

Berlin, den 30. Juli 1908

Die englische Regierung läßt mitteilen, daß sie angesichts der Auflösung der mazedonischen Banden Vorstellungen bei der Pforte im Sinne der Bildung fliegender Kolonnen nicht mehr für angezeigt hält.

v. Schoen

* Telegramm Nr. 141 vom 28. Juli bezog sich auf die revolutionären Vorgänge in der Türkei und Deutschlands Stellungnahme dazu, die der österreichischen analog war; es ist gedruckt in Kap. CXCI, Nr. 8883.

** Siehe Kap. CXCI, Nr. 8882.

*** Vgl. Kap. CLXXXVII, Nr. 8755, 8756, 8758 und 8759.

*Der Geschäftsträger in Wien Graf Brockdorff-Rantzau
an das Auswärtige Amt*

Telegramm. Abschrift

Geheim

Wien, den 30. Juli 1908

Privat für den Herrn Staatssekretär

Zu Telegramm Nr. 200 von gestern* beehre ich mich, Euerer Exzellenz mit Bitte um Geheimhaltung ergänzend nachstehendes zu melden:

Bestrebung englischerseits, zwischen Berlin und Wien Mißtrauen zu säen, tritt auch hier in verstärktem Maße zu Tage. So hat, wie ich authentisch erfahre, der englische Botschafter hier, als er vor zwei Tagen im Auftrage seiner Regierung erneut verlangte, die Reformvorschläge zwischen den Kabinetten zu verhandeln, erklärt, er wisse aus London, daß wir keineswegs die Auffassung Freiherrn von Aehrenthals bezüglich der Behandlung der Reformvorschläge teilten, nach seinen Informationen habe die Kaiserliche Regierung vielmehr bei den englischen Vorschlägen lediglich die Änderung von „selected“ in „proposed“ verlangt, sich im übrigen aber durchaus mit der von Freiherrn von Aehrenthal abgelehnten Verhandlung zwischen den Kabinetten einverstanden erklärt.

Herr von Call hat dem Botschafter ruhig, aber bestimmt geantwortet, wenn er eine derartige Information aus London erhalten habe, so sei diese falsch. Sir Edward Goschen ist nach dieser Abfertigung sehr betroffen gewesen und hat sich nur noch schüchtern auf seine Instruktionen berufen.

Ich habe vorstehende Mitteilung, für deren absolute Zuverlässigkeit ich volle Gewähr übernehme, nur unter der Voraussetzung und mit der ausdrücklichen Bitte erhalten, sie als „lediglich an mich gemacht und als geheim zu betrachten“. Euerer Exzellenz halte ich es für meine Pflicht trotzdem davon Meldung zu erstatten. Daß der gutmütige und unbedeutende Herr Goschen nicht ohne Instruktion gehandelt hat, kann man wohl mit ziemlicher Sicherheit annehmen; es würde hier, glaube ich, unter den gegebenen Umständen außerordentlich günstig wirken und dankend begrüßt werden, wenn Freiherr von Aehrenthal unsererseits die Zusicherung erhielte, daß wir speziell in der Frage der Überweisung der Reformverhandlungen an die Botschafter in Konstantinopel, der nun einmal der Minister den allergrößten Wert beimißt, und von der er unter keinen Umständen absehen will, auf seiner Seite stehen und ihn unterstützen wollen.

Rantzau

* Siehe Nr. 8866.

*Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Schoen
an den Geschäftsträger in Wien Grafen Brockdorff-Rantzau*

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Zimmermann

Nr. 144

Berlin, den 30. Juli 1908

Auf heutiges Privattelegramm*:

Englische Mitteilung gänzlich grundlos. Wir stehen in Reformfrage speziell auch hinsichtlich Überweisung der Verhandlungen an Botschafter in Konstantinopel völlig auf Seite Baron Aehrenthals und sind zu seiner Unterstützung jederzeit fest entschlossen gewesen.

Übrigens läßt englische Regierung soeben mitteilen, daß sie angesichts der Auflösung der mazedonischen Banden Vorstellungen bei der Pforte im Sinne der Bildung fliegender Kolonnen nicht mehr für angezeigt hält.

v. Schoen

*Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès
an den Reichskanzler Fürsten von Bülow*

Ausfertigung

Nr. 338

St. Petersburg, den 1. August 1908

Herr Iswolsky hat sich meinen Kollegen und mir gegenüber sehr ruhig über die Lage in Konstantinopel ausgesprochen. Der Minister wies noch heute bei einer kurzen Begegnung, die ich mit ihm hatte, darauf hin, daß die vielen alarmistischen Nachrichten aus der Türkei, die in der letzten Zeit in der Presse Verbreitung gefunden hätten, unter anderem über angebliche Ausweisung der Militär-Adjoints, bisher nicht bestätigt worden seien. Herr Iswolsky fügte allerdings hinzu, die Lage könne sich jeden Augenblick ändern. Wie die Dinge aber jetzt lägen, halte er die größte Zurückhaltung und Vorsicht seitens der Mächte für geboten. Von seiten der russischen Regierung werde jedenfalls alles vermieden werden, wodurch die Gemüter in der Türkei erregt werden könnten.

Die Reformaktion müsse nach seiner Ansicht fürs nächste ruhen, denn es sei, wenn auch nicht wahrscheinlich so doch immerhin nicht ausgeschlossen, daß die weitere Entwicklung der neuen Verhältnisse die Reformaktion der Mächte überhaupt überflüssig mache. Allerdings würde der Minister Wert darauf legen, daß der vertrauliche Gedankenaustausch über seine letzten Vorschläge weitergeführt werde. Herr Iswolsky bemerkte, er würde dies schon aus dem Grunde wünschen, damit die anderen

* Siehe Nr. 8868.

Kabinette sich davon überzeugen, wie maßvoll sein Programm sei, dann aber, weil die Reformaktion sehr leicht doch nötig werden könnte und es in diesem Falle gut sein würde, eine Basis für diese Aktion zu haben.

Der Minister will seinen Standpunkt zu der gegenwärtigen Lage in der Türkei in einer Zirkularnote an die russischen diplomatischen Vertretungen demnächst bekanntgeben.

F. Pourtalès

Nr. 8871

*Der Geschäftsträger in Wien Graf Brockdorff-Rantzau
an das Auswärtige Amt*

Telegramm. Entzifferung

Nr. 208

Wien, den 5. August 1908

Graf Berchtold meldet aus St. Petersburg, russische Regierung bereite Zirkularnote an die Mächte vor, in der sie erklären werde, daß sie angesichts der Vorgänge in der Türkei ihre Reformvorschläge einstweilen „zurückstelle“; ein Fallenlassen der Reformaktion ist seitens russischen Kabinetts indessen nicht beabsichtigt.

Man ist hier augenscheinlich mit dieser Wendung sehr zufrieden und hält nach der russischen Demarche die Möglichkeit für ausgeschlossen, Österreich-Ungarn weiter zu verdächtigen, als habe es die Reformaktion hinterrücks gegen wirtschaftliche Trinkgelder aufgegeben.

Fürst Urussow hat sich gestern auf Grund amtlicher Nachrichten sehr besorgt über Lage in Konstantinopel und dort herrschende anarchische Zustände geäußert.

Aus der Türkei hier eingelaufene Meldungen der österreichisch-ungarischen Botschaft und Konsulate konstatieren seit zwei Tagen Verschärfung der Lage.

Rantzau

Nr. 8872

*Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes
Stemrich an den Reichskanzler Fürsten von Bülow*

Ausfertigung

Nr. 20

Berlin, den 10. August 1908

Der hiesige russische Geschäftsträger hat mir heute den nebst Anlage beigefügten Erlaß seiner Regierung vom 25. v. Mts. über die russischen Reformvorschläge für Mazedonien* mitgeteilt. Danach verzichtet die

* Hier nicht abgedruckt, da inhaltlich genügend charakterisiert.

russische Regierung provisorisch darauf, ihr Reformprojekt für Mazedonien den Mächten zu präsentieren. Sie beschränkt sich darauf, dieses Projekt den Kabinetten zurzeit lediglich zur Information, aber unter dem ausdrücklichen Vorbehalt mitzuteilen, darauf zurückzukommen, falls die Mächte durch die Ereignisse zur Wiederaufnahme der Reformaktion gezwungen werden sollten.

Gegen diesen Standpunkt werden von unserer Seite Einwendungen kaum zu erheben sein. Eurer Durchlaucht hohen Intentionen dürfte es indessen entsprechen, wenn wir uns über die der russischen Regierung zu erteilende Antwort zuvörderst ins Einvernehmen mit dem Wiener Kabinett setzen. Ich ersuche daher gleichzeitig den Kaiserlichen Geschäftsträger in Wien, sich dort in diesem Sinne zu äußern und über die Entschließungen der österreichisch-ungarischen Regierung telegraphisch zu berichten.

Stemrich

Bemerkung des Fürsten von Bülow am Kopf des Schriftstücks:
Einverstanden B. 11/8.

Nr. 8873

*Aufzeichnung des Stellvertretenden Staatssekretärs
des Auswärtigen Amtes Stemrich*

Reinschrift

Berlin, den 20. August 1908

Der österreichisch-ungarische Botschafter hat in der mazedonischen Reformfrage die gehorsamst abschriftlich angeschlossene Antwort* seiner Regierung auf das russische Zirkular vom 25. v. Mts. mitgeteilt. Danach erklärt sich die Wiener Regierung angesichts der gegenwärtigen Lage in der Türkei mit der vorläufigen Zurückstellung der mazedonischen Reformvorschläge einverstanden. Sie entwickelt sodann in großen Zügen ihre Balkanpolitik und betont dabei ausdrücklich, daß diese seit Schaffung der Entente mit Rußland nicht allein auf das Wohl der mazedonischen Bevölkerung, sondern auch auf die Wahrung der Interessen des türkischen Reiches in hervorragend friedlichem und konservativem Sinne gerichtet gewesen sei. Schließlich bemerkt sie, daß die zur mazedonischen Gendarmerie kommandierten österreichisch-ungarischen Offiziere bis auf weiteres Urlaub erhalten. Zu dem russischen Reformprogramm selbst äußert sich die österreichisch-ungarische Regierung überhaupt nicht.

Für uns dürfte eine schriftliche Antwort an die russische Regierung schon aus dem Grunde nicht in Betracht kommen, weil uns die russische Erklärung mündlich durch den hiesigen russischen Geschäftsträger,

* Hier nicht abgedruckt.

lediglich unter Zurücklassung einer Kopie des an ihn gerichteten diesbezüglichen Erlasses seiner Regierung, übermittelt worden ist. Was ferner das russische Reformprogramm selbst anlangt, so erübrigt sich ein Eingehen darauf schon mit Rücksicht auf den österreichisch-ungarischen Vorgang. Es kommt hinzu, daß das Petersburger Kabinett eine Äußerung zu diesem Programm überhaupt nicht erbeten hat. Ebensowenig erscheint es endlich erforderlich, daß wir der russischen Regierung etwa aus vorliegendem Anlaß eine Mitteilung über die für unsere Balkanpolitik maßgebenden Grundsätze machen, da diese Grundsätze in St. Petersburg hinlänglich bekannt sind. Es dürfte für uns vielmehr eine mündliche Antwort in Betracht kommen, die sich lediglich auf sinngemäße Wiedergabe des ersten Absatzes des österreichisch-ungarischen Memorandums beschränkt.

Falls Euere Durchlaucht mir nicht eine andere Weisung zukommen lassen sollten, werde ich mich daher für ermächtigt halten dürfen, den russischen Geschäftsträger beim bevorstehenden Diplomatenempfang in diesem Sinne zu bescheiden und die in Betracht kommenden Kaiserlichen Botschaften entsprechend zu verständigen.

Stemrich

Bemerkung des Fürsten von Bülow am Kopf des Schriftstücks:
Einverstanden. B. 21/8.

Nr. 8874

Aufzeichnung über die Entrevue in Ischl

Kopie. Vom österreich-ungarischen Botschafter in Berlin von Szögyény-Marich am 20. August 1908 überreicht

Die Entrevue in Ischl* hat Baron Aehrenthal Gelegenheit gegeben, mit König Eduard und Sir Charles Hardinge politische Fragen zu besprechen. Die Konversation mit König Eduard läßt sich im wesentlichen dahin resümieren, daß der König von der neuen Situation in der Türkei, welche eine Detente in dem Verhältnis zwischen den Mächten herbeigeführt hat, auch ein freundschaftliches Zusammenwirken Österreich-Ungarns und Englands in Konstantinopel erwartet. Sein Wunsch gehe immer dahin, daß die beiden Reiche möglichst gute Beziehungen zueinander halten, und daß der so nötige Friede befestigt werde.

Baron Aehrenthal benutzte das Zusammentreffen mit Sir Charles Hardinge, um ihm nach den in den letzten Monaten vorgekommenen

* Näheres über die Entrevue zwischen König Eduard VII., der von Sir Charles Hardinge begleitet war, und Kaiser Franz Joseph bzw. Freiherrn von Aehrenthal in Ischl (12. August) siehe Bd. XXIV, Kap. CLXXVII, Nr. 8230.

Mißverständnissen und aufgetauchten Schwierigkeiten die Gesichtspunkte, von denen das Wiener Kabinett sich leiten läßt, in folgender Weise zu entwickeln:

Österreich-Ungarn hat, bei allem Wunsche, die von der Monarchie im Vereine mit Rußland initiierten Reformen zu fördern und tunlichst sicherzustellen, stets darauf verwiesen, daß die Souveränität des Sultans und die Suszeptibilität der Mohammedaner zu beachten sind. Die leitende Idee des Mürzsteger Programms war, „mit dem Sultan und nicht gegen ihn“ die Lage der Christen zu verbessern.

Österreich-Ungarn hat gegen die englischen Propositionen der letzten Monate deshalb gewisse Bedenken geäußert, weil obiger Gesichtspunkt nicht immer genügende Berücksichtigung gefunden hatte. Das Wiener Kabinett war durchdrungen, daß der Sultan — auch in der Hypothese der vollsten Einmütigkeit der Mächte und des energischen Auftretens ihrer Vertreter in Konstantinopel — seine Zustimmung zu diesen Vorschlägen nicht hätte geben können, weil sein Nachgeben die Auflehnung der Mohammedaner zur Folge gehabt hätte. Einzelne der englischen Propositionen hätten zur Trennung der gedachten Provinzen geführt oder eine solche bedeutet, und dies könnte der Sultan, auch wenn alle Kabinette einmütig vorgingen, ohne Krieg nicht zugeben.

Die jüngsten Ereignisse bestätigen die Richtigkeit dieser Auffassung.

Österreich-Ungarn wird die Verbesserung der Verwaltung in der Türkei nach wie vor ernstlich im Auge haben. Es wird bereit sein, in einem einverständlich zu wählenden Augenblicke die Aktion in Konstantinopel wieder aufzunehmen. Bis dahin hält die k. und k. Regierung an der Auffassung fest, daß eine zuwartende Haltung gegenüber der jungtürkischen Bewegung zu beobachten sein wird.

Österreich-Ungarn sucht kein politisches Interesse in den drei Wilajeten und wird im Einklang damit eine Politik der Nichtintervention beobachten. Die Monarchie ist in Europa die der Türkei nächstgelegene Großmacht. In Wien erwartet man, daß auch England, welches mit Österreich-Ungarn stets freundschaftliche Beziehungen unterhalten hat, diesem Umstande Rechnung tragen wird.

Die k. und k. Regierung hat mit der Regierung des Sultans keine wie immer gearteten Vereinbarungen. Die Monarchie hat allerdings spezifisch österreichisch-ungarische Interessen, die sie jedenfalls zu wahren entschlossen ist. An der Allianz mit Deutschland halte die k. und k. Regierung unverbrüchlich fest, weil dies den Interessen Österreich-Ungarns und dem Frieden Europas zu Nutzen kommt.

Sir Charles Hardinge dankte für die offene Aussprache Baron Aehrenthals und versicherte ihm, daß er im Hinblick auf die geänderte Lage in der Türkei aufrichtig hoffe, daß die englische und österreichisch-ungarische Politik dort denselben Weg werde gehen können. Das vom k. und k. Minister des Äußern betonte Festhalten an der Allianz mit Deutschland findet Sir Charles Hardinge selbstverständlich. Vom Standpunkt der

englischen Politik sowie der Erhaltung des Friedens überhaupt würde eine Lockerung dieses Bundes ein schweres Unglück bedeuten*. In identischer Weise sprach sich über das Verhältnis Österreich-Ungarns zu Deutschland König Eduard dem k. und k. Minister des Äußern gegenüber aus.

Da sowohl Sir Charles Hardinge als auch Baron Aehrenthal in der gegenwärtigen Lage im Abwarten das einzig richtige *mot d'ordre* erblicken, sind sie auf die Erörterung weiterer Eventualitäten in der Türkei nicht eingegangen. Der k. und k. Minister des Äußern warf nur den Gedanken hin, daß die in der Türkei eingetretene Wendung vielleicht auch eine Annäherung zwischen Deutschland und England in der orientalischen Frage ermöglichen und mit der Zeit auf das allgemeine Verhältnis der beiden Staaten zueinander günstig einwirken könnte.

* Vgl. jedoch das Telegramm Staatssekretär von Schoens d. d. Berchtesgaden 5. September 1908, wonach ihm Freiherr von Aehrenthal bei ihrer eben stattgehabten Begegnung spontan bestätigt habe, daß Kaiser Franz Joseph und er, Aehrenthal, bei der Entrevue in Ischl einem etwaigen Versuch von englischer Seite, Österreich-Ungarn vom Dreibund zu detachieren, mit der nachdrücklichen Erklärung zuvorgekommen waren, daß das Bündnis mit Deutschland die unveränderliche Basis der österreichisch-ungarischen Politik sei und bleibe. Bd. XXIV, Kap. CLXXVII, Nr. 8242. Auch die abfälligen Bemerkungen, mit denen Freiherr von Aehrenthal gegenüber dem Grafen Brockdorff-Rantzau die wenig geschmackvolle Art „kritisierte“, in der König Eduard kurz nach der Begegnung in Ischl mit den Herren Iswolsky und Clemenceau in Marienbad ununterbrochen feierte (Bericht Graf Brockdorff-Rantzau Nr. 226 vom 1. September 1908, daselbst Nr. 8241), läßt nicht darauf schließen, daß er die Versicherungen Sir Ch. Hardinges als bare Münze nahm.

Kapitel CXCI

Die Jungtürkische Revolution und die Mächte 1908

Nr. 8875

*Der Stellvertretende Botschafter in Konstantinopel
Gesandter von Kiderlen
an den Reichskanzler Fürsten von Bülow*

Ausfertigung

Nr. 111

Therapia, den 10. Juli 1908

Vertraulich

Die aus Mazedonien seit einiger Zeit eingehenden Nachrichten ergeben zweifellos eine nicht unbedenkliche Gärung unter den dort stehenden Truppen des III. Armeekorps.

Fälle von Indisziplin, Gehorsamsverweigerung, Desertion mehren sich; selbst Mordanschläge gegen Vorgesetzte sind vorgekommen.

Es ist natürlich hier nicht möglich, im Detail alle die zahlreichen, hierher gelangenden Meldungen auf ihre Richtigkeit zu prüfen. Wenn aber auch viele Einzelheiten, die hier erzählt und selbst von den fremden Konsularbehörden in Mazedonien hierher gemeldet werden, teils überhaupt unrichtig, teils stark übertrieben sein mögen, so hat man doch den positiven Eindruck einer verbreiteten und um sich greifenden Unzufriedenheit unter Offizieren und Mannschaften der in Saloniki, Monastir usw. dislozierten Truppen.

Als Grund dieser nicht zu leugnenden Bewegung werden meist sowohl in den diplomatischen und ihnen affilierten Kreisen wie in der Presse „jungtürkische Umtriebe“ angegeben.

Unter „Jungtürken“ kann man nach dem landläufigen Begriff etwa diejenigen Leute verstehen, die, von westeuropäischen Begriffen ohne tiefere Kenntnis erfüllt, vielleicht mehr angekränkt, eine „Reformation“ ihres Vaterlandes durch Einführung sogenannter parlamentarischer Institutionen nach irgendeiner europäischen Schablone erträumen. Ich glaube kaum, daß diese Schwärmer sehr zahlreich, noch weniger, daß sie direkt gefährlich sind. Die Bewegung kann hier nur einen Boden gewinnen, wenn ihr dieser dadurch bereitet wird, daß den Leuten erheblicher Grund zur persönlichen Unzufriedenheit gegeben wird. Das geschieht leider in reichem Maße.

Wenn ich die Informationen, die die einzelnen Botschaften von ihren konsularischen Vertretern in Mazedonien erhalten haben, von allerlei Beiwerk entkleidet zusammenhalte, so ergibt sich für mich etwa folgendes Bild über die Zustände unter den türkischen Truppen Mazedoniens.

Offiziere und Mannschaften werden unregelmäßig bezahlt und kommen immer mehr dahinter, daß der Grund hierfür nicht stets in der schlechten Finanzlage, sondern vielfach in der Unredlichkeit der hohen Beamten in Konstantinopel liegt. Es wird allmählich doch immer mehr *publici juris*, daß viele Minister, so namentlich der Minister des Innern, der Kriegs- und Marineminister — *sit venia verbo* — große Diebe sind.

Dazu kommen die namentlich im Offizierkorps böses Blut machenden Willkürlichkeiten im Avancement. Verdiente ältere Offiziere werden zurückgesetzt gegen ganz junge Leute, die irgendwelche inavouable Spitzeldienste geleistet haben.

Das ganze Spitzel- und Spioniersystem erregt überhaupt die größte Unzufriedenheit. Und gerade durch die Spione wird hier der Glaube an eine Ausbreitung des „Jungtürkentums“ genährt. Tut ein Beamter oder ein Offizier eine unzufriedene Äußerung, wird er sofort als „Jungtürke“ denunziert. Selbst gegen Hilmi Pascha sollen in letzter Zeit im Palais derartige Verdächtigungen versucht worden und nicht ohne Wirkung geblieben sein. Wie ich höre, ist momentan die Wolke wieder vorüber.

Wie stark die Abneigung der Offiziere in der Provinz gegen die „Palais-spitzel“ allmählich angewachsen ist, geht daraus hervor, daß die Mitglieder der Kommission, die von hier zur Untersuchung der vorgekommenen Disziplinwidrigkeiten nach Saloniki gesandt wurde, von den dortigen Offizieren nicht begrüßt werden.

Das sind die wahren und zum Teil berechtigten Gründe der unter Offizieren und Mannschaften herrschenden Unzufriedenheit. Ihre Beseitigung wäre an sich leicht, wenn Seine Majestät der Sultan nicht von so vielen eigennützigem und schlechten Ratgebern umringt wäre, die sich ihre Stellung dadurch zu sichern suchen, daß sie ihrem hohen Herrn eingebildete Gefahren vormachen, vor denen sie ihn dann bewahren.

Ich möchte noch hinzufügen, daß trotz des herrschenden Überwachungssystems die Offiziere in der Provinz leichter als in Konstantinopel mit europäisch gebildeten und denkenden Leuten zusammenkommen, daß die ausländische Presse in der Provinz nicht so scharf kontrolliert wird wie hier, und daß dadurch unwillkürlich der Vergleich zwischen den türkischen und europäischen Zuständen angeregt wird. Wenn dann einmal im Unmut ein Offizier oder Beamter sagt, „bei parlamentarischen Institutionen wäre das oder jenes unmöglich“, oder Ähnliches, wird gleich das Phantom der „jungtürkischen Umtriebe“ heraufbeschworen, ohne daß der Betreffende im entferntesten daran dachte, parlamentarische Einrichtungen für die Türkei herbeizusehnen oder gar zu erstreben.

Meines unmaßgeblichen Erachtens handelt es sich daher bei der ganzen Bewegung nicht um bedenkliche politische Erscheinungen; die sind nur Beiwerk. Die Bewegung entspringt persönlichen Gründen zur Unzufriedenheit; sie wird sofort verschwinden, wenn die persönlichen Gründe beseitigt werden. Ob man sich hier dazu aufrafft, trotz aller guten Ratschläge, ist allerdings zweifelhaft.

Kiderlen

*Der Konsul in Saloniki Freiherr von Ostman
an den Reichskanzler Fürsten von Bülow*

Ausfertigung

Saloniki, den 8. Juli 1908

Euerer Durchlaucht beehre ich mich gehorsamst zu berichten, daß im Wilajet Monastir eine jungtürkische Erhebung ausgebrochen ist, von der man noch nicht sagen kann, welchen Umfang sie annehmen wird.

Nördlich vom Presbasee liegt die Kreisstadt Resna. Am 3. d. Mts. hat der Kommandant der dortigen Garnison Oberstleutnant Niasi Effendi zusammen mit zehn Zivilbeamten, darunter dem Bürgermeister, dem Vize-Polizeipräfekten und dem Vorsteher des Schatzamts sowie unter Beistand von etwa zwanzig Soldaten das Regierungsgebäude (den Konak) überfallen, 600 Ltqs. aus der Regierungskasse geraubt, das Waffendepot erbrochen, Gewehre und Munition an sich genommen und ist dann, nachdem seine Anhänger bis auf 250 Mann angewachsen waren, in die Berge entwichen. Die Proklamation, die die Aufrührer erlassen haben, hat dahin gelautet, daß sie mit der Regierung, mit der Handhabung der Verwaltung und Justiz unzufrieden seien und daher die Waffen in der Hoffnung ergriffen haben, alle Landesbewohner ohne Unterschied der Konfession und Nationalität würden sich ihnen anschließen und eine bessere Regierung sowie eine parlamentarische Verfassung anstreben. Diese Proklamation haben sie auch an den Generalgouverneur von Monastir und an den Generalinspektor Hilmi Pascha gesandt und durch Helfershelfer nachts in den Straßen von Monastir anschlagen lassen. Leider ist es mir nicht gelungen, den Wortlaut zu erlangen.

Am folgenden Tage hat Niasi Effendi Zuzug aus dem Dorfe Presba erhalten, von wo drei Offiziere, einige Soldaten und andere Leute, zusammen 120 Mann, alle aus dem Waffendepot des Dorfes mit Gewehren versehen, zu ihm übergegangen sind.

Gestern hielt sich Niasi Effendi ungefähr zwei Stunden von Ochrida im Gebirge auf. Übeltaten hat er sich in den von ihm durchzogenen Dörfern bislang nicht zuschulden kommen lassen.

Auf die Nachricht von der Rebellion hin hat die Regierung sogleich den General Schemsi Pascha von Üsküb nach Monastir entsandt, ebenso zwei aus den Garnisonen von Mitrowiza, Üsküb und Gjewgjehi zusammengesetzte Bataillone. Als Schemsi Pascha in Monastir angelangt ist, haben die beiden Bataillone gemeutert und sich geweigert, nach Resna auszurücken. Jetzt kommt die Nachricht, daß ihn gestern auf dem Marktplatze in Monastir, als er eigenhändig ein Telegramm aufgegeben hatte, beim Wiedereinsteigen in den Wagen einer von seinen Offizieren erschossen hat.

In Saloniki werden alle diese Vorfälle von den Behörden streng geheim gehalten. Bei den vielen verschiedenen Gerüchten, die auftauchen, ist es schwer, das Wahre herauszufinden. Heute wird erzählt, daß es auch an andern Plätzen gäre, zum Beispiel in Üsküb und Adrianopel, wo die Polizeipräfekten von Jungtürken ermordet worden seien.

v. Ostman

Nr. 8877

*Der Konsultsverweser in Saloniki Hoffmann
an den Reichskanzler Fürsten von Bülow**

Ausfertigung

Nr. 67

Saloniki, den 23. Juli 1908

Seit gestern haben die mazedonischen Ereignisse einen nur von den Eingeweihten vorausgesehenen schnellen Fortgang genommen.

Daß die in den letzten Tagen nach Monastir gesandten etwa zehn Bataillone starken anatolischen Redifs im Falle eines bewaffneten Vorgehens gegen Niasi Bey nicht schießen würden, war hier allgemein angenommen worden. Es kam aber viel drastischer. Die Leute wurden auf jeder größeren Station von einem aus Offizieren und Mollahs gebildeten Komitee erwartet, die sie auf der Weiterfahrt begleiteten und bearbeiteten. In Monastir angekommen, war ihr Erstes, sich einmütig für Anhänger der Bewegung zu erklären. Niasi Bey befand sich in diesen Tagen bald in Resna — hatte demnach auch die dortigen Bataillone hinter sich, deren mit Niasis Verfolgung beauftragter Führer Hadschi Nasmi sich längst dank seinem Alter und einer Spende an die Jungtürkenkasse einer behaglichen Zurückgezogenheit erfreute — bald in Ochrida. In diesen Städten und den Städtchen Pogradec und Starowo jenseits des Ochridasees hatte er tatsächlich die Verwaltung in Händen, kassierte insbesondere die Steuern

* Über die erste Phase der revolutionären Bewegung hatte der Konsultsverweser Hoffmann schon am 22. Juli einen sehr detaillierten Bericht erstattet, der erkennen läßt, in wie engem Zusammenhang die jungtürkische Bewegung mit der oktroyierten Reform der Mächte stand. An die Erzählung der Ereignisse zwischen dem 3. und 22. Juli knüpfte Hoffmann folgenden Kommentar: „Daß die Geschehnisse auf dem Boden der jungtürkischen Propaganda erwachsen sind, kann nicht mehr zweifelhaft sein. In dem Memorandum, welches das ‚Comité ottoman d'Union et de Progrès‘ vor über einem Monat den fremden Mächten zugesandt hat, und das den hiesigen fremden Konsulaten schon damals, diesem Konsulat erst heute in dem Abdruck des Jungtürkenjournals ‚Mechveret‘ seitens des Komitees zugegangen ist, ist die Bewegung angekündigt und ausführlich begründet. Das Schriftstück stellt fest, daß die vierjährige Reformaktion der Mächte gescheitert ist, die Anarchie größer, das mazedonische Problem komplizierter geworden ist. Es verwahrt sich dagegen, daß Mazedonien nach dem englischen und russischen Reformvorschlagen aufs neue zum Versuchsfelde Europas gemacht werde, bestreitet das Vorhandensein eines speziellen mazedonischen Übels und verlangt, daß die Heilung des

ein, deren Eingang in aller Form in den Regierungsbüchern gebucht wurde. Nachdem sich nun die anatolischen Redifs für ihn erklärt hatten, rückte er mit seinem Anhang in Monastir ein, dessen Garnison ihn mit klingendem Spiel empfing. Dem außerordentlichen Kommandanten des Bezirks Müschir Osman Pascha wurde in aller Ehrerbietung klargemacht, daß er nunmehr zu ihnen zu halten habe und als Führer willkommen sei. Seinen Konak mußte er allerdings einstweilen verlassen und mit einem ihm angewiesenen Quartier vorliebnehmen. Er fügte sich wohl oder übel, worauf unter Abfeuerung von 21 Kanonenschüssen die feierliche Proklamation der Ära der Verfassung stattfand. Die Ruhe und Ordnung wurde bei alledem vollkommen gewahrt.

Ähnliche Szenen spielten sich um dieselbe Stunde in dem Städtchen Gjewgjehti ab, das an der Bahn Saloniki-Üsküb liegt, etwa 20000 Einwohner (Bulgaren, Griechen, Türken) und eine verhältnismäßig starke Garnison hat. Noch zur Zeit des Abendzuges tönten aus der Stadt die Rufe herüber: Es lebe das Vaterland, es lebe die Nation!

In Üsküb war schon Tags zuvor bei dem Wali Machmud Schewket Pascha der Gendarmeriekommandant des Bezirks erschienen und hatte ihm, wieder in aller Bescheidenheit, im Namen der Garnison erklärt, daß die Sache des jungtürkischen Komitees jetzt die ihrige sei und er für seine Person die Konsequenzen daraus ziehen möge. Das Ergebnis dieser Vorstellungen war, daß der Wali feierlich vor Offizieren und Beamten den Eid des Komitees leistete, wonach er zur Richtschnur seiner Amtstätigkeit nicht mehr Befehle aus Konstantinopel, sondern „die Gerechtigkeit und das Wohl des Volkes, ohne Ansehen der Religion“ zu nehmen gelobte. Die Scharen Albanesen, die in den Tagen vorher sich bei Üsküb gesammelt hatten, wurden daraufhin entlassen, bis man ihrer bedürfe.

In der letzten Zeit scheinen die Sendboten Niasi Beys rastlos in den Dörfern zwischen Üsküb, Saloniki und Monastir gearbeitet zu haben. Bei den mohammedanischen Bauern scheint ihre Arbeit nicht allzu schwer gewesen zu sein; die Jüngern waren sofort dabei, die Älteren folgten halb

Zentralübens, das heißt der korrumpierten, selbstsüchtigen und despotischen jetzigen Regierungsmethode unter Ausschluß jeder fremden Einmischung den Osmanlis, das heißt allen Ottomanen ohne Ansehen der Rasse oder Religion überlassen werde: freie Hand für die Verwirklichung dieses Ziels, entsprechend der Devise: *Par nous-mêmes, pour nous-mêmes!* Als Hauptheilmittel gilt die Konstitution. Für den Fall, daß Europa mit der Ausführung der neuen Reformpläne Ernst machen sollte, droht das Memorandum mit bewaffnetem Widerstande.

Patriotischer Zorn über die beständigen Erniedrigungen, denen die jetzige Mißregierung die Osmanen aussetze, ist der Grundton des Memorandums und das Gefühl: es kann so nicht weitergehen! der Grund der jetzigen Bewegung. Sie richtet sich danach nicht nur gegen die Regierung, sondern auch gegen jede weitere Intervention der Mächte; eine Tatsache, die für die Haltung der Konstantinopler Regierung gegenüber der Bewegung nicht ohne Einfluß bleiben kann. Daß die fremden Reformoffiziere dabei scheel angesehen werden, ist eine Nebenerscheinung und wird durch die national-egoistische Propaganda erklärlich, zu der die Reformoffiziere gewisser Nationen ihre Stellung mißbraucht haben sollen.“

gezwungen. Die Dorfnotabeln wurden für die Sache des Komitees verurteilt, Waffen und Munition verteilt und die Grundlagen für eine Art Miliz — mit gedienten Soldaten als Chargen — oder, wenn man will, Banden hergestellt. Von den christlichen Dörfern hat nur der kleinere Teil die dargebotenen Waffen angenommen. Die übrigen erklärten sich zwar im Prinzip für die Bewegung, wollen im übrigen aber erst einmal Taten sehen. Hat doch erst letzten Sonnabend (18. d. Mts.) im Bereiche Niasi Beys selbst eine starke griechische Bande das Bulgarendorf Ribarci mordbrennerisch überfallen und die einem Blutvergießen zunächst abholden Anhänger Niasis in Verlegenheit gebracht, aus der sie sich dann allerdings durch promptes Umbringen der vier griechischen Haupträdelsführer in Monastir gezogen haben sollen.

So lagen die Dinge gestern abend. In der Nacht wurden hier in Saloniki hektographierte Proklamationen angeklebt, worin in den schärfsten Ausdrücken die 32 Jahre lang von einer kleinen perfiden und tyrannischen Clique betriebene Aussaugung der Nation gegeißelt wird. Als Befreier von der Tyrannenwirtschaft, heißt es weiter, sei die „Ottomanische Gesellschaft für Einigung und Fortschritt“ auf den Plan getreten. Sie bitte dabei die Bevölkerung dringend, die jetzige auf Gesundung des Vaterlandes gerichtete Bewegung nicht durch Verletzung von Ehre, Leib und Gut anderer zu entweihen; vor allem hätte Person, Ehre und Gut der „fremden Freunde“ als unverletzlich zu gelten. Die Bevölkerung möge sich genau an die Anweisungen der Gesellschaft halten. Widersetzlichkeit gegen die Gesellschaft werde diese streng und schnell strafen. Die Proklamation schließt mit den Worten: Es lebe das Vaterland! Es lebe die Nation! Es lebe die Freiheit!

Es gelang der Polizei zunächst, die meisten Plakate unleserlich zu machen. Nachdem ihr aber gedroht und ein Polizeikommissar bei dem Versuche, die Zettel trotzdem zu entfernen, erschossen worden war, ließ sie ruhig zu, daß neue Exemplare angeschlagen wurden und die Menge sich lesend und abschreibend vor den Anschlägen drängte. Ja, man hatte geradezu den Eindruck, als ob diese Zigaretten drehenden Polizisten neben den Proklamationen die Aufgabe hätten, sie vor Beschädigung zu schützen.

In den ersten Nachmittagstunden begannen Offiziere, Beamte, Bürger in den belebtesten Straßen Brandreden im Sinne der Proklamationen zu halten. Von einem Stuhle, einer Leiter, einem Balkon aus. Schnell sind hundert, tausend Zuhörer beisammen. Diese stimmen enthusiastisch in den Ruf ein, in den jede Rede ausklingt: Es lebe das Vaterland, es lebe die Nation! Es lebe die Freiheit!

Gegen Abend drängen sich auf der Hauptverkehrsecke, dem Platze vor dem Hotel Olympos Palace, Tausende von Menschen aller Stände, unter ihnen viele Offiziere und eben entlassene Soldaten. Auf dem Balkone des Hotels treten improvisierende Redner auf: Mohammedaner, Spaniolen, Bulgaren, Griechen; Offiziere, Beamte, Kaufleute. Durch alle Reden zieht sich als roter Faden der Gedanke: Was Mohammedaner, was Grieche,

was Bulgare, was Walache — Osmanlis sind wir alle, mag der eine zum Beten auch in die Moschee, der andre in die Kirche oder in die Synagoge gehen! Hoch das ottomanische Vaterland, hoch die ottomanische Nation! Der Sultan wird nicht erwähnt. Der junge Präsident der Municipalität verkündet unter hallendem Beifall, daß von morgen ab die Zeitungen ohne Zensur erscheinen würden. Die Erregung und der Beifall erreichen ihren Höhepunkt, als der vor zwei Tagen aus seinem Dienst geschiedene Sekretär Hilmi Paschas Nedschim Bey mitteilt, es sei ein Telegramm des Großwesirs eingegangen, wonach soeben in einem Minister-rat, dem Seine Majestät präsiidierte, diese erklärt habe, sie finde gegen eine Einberufung des Parlaments nichts einzuwenden; nur möge man sich noch 24 Stunden gedulden, da noch ein Punkt zu diskutieren sei*.

Der Abend findet die Bevölkerung in einem Zustand enthusiastischer Freude. Offiziere und Zivilisten umarmen sich. Offiziere werden bei der Vorbeifahrt mit „Es lebe das Heer“ begrüßt, Wagen mit entfaltenen ottomanischen Fahnen mit „Es lebe das Vaterland“. In den öffentlichen Lokalen feiern Offiziere und Zivilisten Verbrüderung, traktieren Offiziere Gruppen entlassener Soldaten mit Kaffee und Zigaretten und klären sie in oft vorzüglich drastischer Form über das Wesen der Bewegung auf, immer wieder von der sich stets schnell vergrößernden Zuhörerschaft mit dem enthusiastischen Rufe unterbrochen: Es lebe das Vaterland! Kurz, Saloniki scheint in einem Taumel.

Für morgen haben die Redner feierliche Proklamation mit Artillerie-salven angekündigt. Ferner soll Hilmi Pascha, der gegen Abend eine Deputation gegenüber seinen Anschluß erklärt haben soll, in der Moschee den Eid leisten. Für morgen erwartet man auch die Ankunft des neuen Walis, angeblich Nasim Paschas. Auf daß die etwa noch vorhandenen Gegner der Sache — viel dürften es hier nicht sein — den Ernst der Proklamation nicht unterschätzen, sollen morgen zwei „Verräter“ öffentlich gehängt werden. So das Gerücht. Tatsächlich ist heute noch ein zweiter Polizist und in Karaferia ein Offizier — Nr. „61“ der Liste der Verurteilten, sagte mir ein Offizier — erschossen worden.

Für Sonnabend (übermorgen) ist Vereidigung der Regierungsbeamten, erstmaliges Erscheinen des amtlichen Organes der „provisorischen Regierung“ und Illumination geplant. Wieviel Wasser die nächsten Tage in diesen Wein gießen werden, bleibt abzuwarten. Soviel steht jetzt wohl fest, daß die Bewegung das ganze dritte Armeekorps hinter sich hat. Die Frage, wie die fremden Mächte sich zu der Devise *Par nous, pour nous!* stellen werden, wird noch nicht erörtert. Nur wird ihre weitere Einmischung weit von der Hand gewiesen.

Abschrift dieses Berichts geht an die Kaiserliche Botschaft.

Hoffmann

* Tatsächlich wurde durch kaiserlichen Firman vom 24. Juli die Konstitution von 1876 wiederhergestellt und zugleich die Vorbereitung von Parlamentswahlen angeordnet.

Nr. 8878

*Der Reichskanzler Fürst von Bülow, z. Z. in Norderney,
an das Auswärtige Amt*

Telegramm. Entzifferung

Nr. 18

Norderney, den 25. Juli 1908

Herr von Treutler* telegraphiert:

„Euerer Durchlaucht melde ich auf allerhöchsten Befehl, daß Seine Majestät der Kaiser und König der Ansicht sind, Freiherr von Marschall müsse unter den obwaltenden Verhältnissen auf seinen Posten nach Konstantinopel zurückkehren**.“

Meines Erachtens würde eine plötzliche Rücksendung von Marschall nach Konstantinopel in Europa alarmistisch wirken, den Sultan erschrecken und kaum irgendwo verstanden werden. Dazu kommt, daß Kiderlen seine Sache vortrefflich macht und sich des besonderen Wohlwollens des Sultans erfreut. Ich bitte um umgehende Drahtantwort, ob meine Auffassung dort geteilt wird, oder ob irgendwelche Momente vorliegen, die eine verfrühte Rückreise des Freiherrn von Marschall notwendig machen. Wann geht der Urlaub des Freiherrn von Marschall zu Ende?

Bülow

Nr. 8879

*Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Schoen
an den Reichskanzler Fürsten von Bülow, z. Z. in Norderney*

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Zimmermann

Nr. 33

Berlin, den 25. Juli 1908

Auf Telegramm Nr. 18*** und 19:

Euerer Durchlaucht pflichte ich völlig bei, daß eine Rücksendung des Freiherrn von Marschall im gegenwärtigen Augenblick alarmistisch wirken und nirgendswo verstanden werden würde. Die Maßnahme würde ferner die öffentliche Meinung in der Türkei sehr gegen uns beeinflussen, da sie von der uns feindlichen Presse zweifellos dahin ausgelegt werden würde, daß wir den Sultan zu reaktionären Maßnahmen, die ohnehin nicht ausbleiben dürften, veranlassen wollen. Schließlich dürfte es auch der Sultan nur dankbar anerkennen, wenn Seine Majestät der gegenwärtigen Bewegung offensichtlich keine weitgehende Bedeutung beimessen und daher von beschleunigter Rücksendung des Freiherrn von

* Gesandter von Treutler begleitete den Kaiser auf seiner Nordlandreise als Vertreter des Auswärtigen Amtes.

** Freiherr von Marschall weilte seit dem 3. Juni auf Urlaub in Deutschland.

*** Siehe Nr. 8878.

Marschall, dessen Urlaub am 6. k. Mts. abläuft, absehen wollten, zumal Herr von Kiderlen in der Tat in Konstantinopel vorzüglich wirkt und sich der besonderen Gunst des Großherrn erfreut.

Die Vorgänge in der Türkei anlangend, so scheint der Entschluß des Sultans zur Wiederherstellung der Konstitution durch ein Gutachten des Scheich ül Islam* herbeigeführt worden zu sein. Darin soll der Scheich den Standpunkt vertreten haben, daß eine Verwendung der anatolischen Truppen gegen die aufständischen Truppen in Mazedonien nicht angängig sei, weil deren Aufstand sich nicht gegen den Padischah, sondern gegen Mißbräuche seiner Umgebung richte. Im übrigen dürfte das geeignetste Mittel zur Beruhigung der Gemüter und Erstickung der Bewegung in schleuniger Auszahlung des rückständigen Soldes an die Soldaten zu suchen sein. Herr von Kiderlen ist in diesem Sinne, anscheinend mit Erfolg, im Hildis bereits vorstellig geworden. Diesseits ist bereits anfangs dieser Woche vorsichtig mit hiesigen Finanzkreisen zu dem Zwecke Fühlung genommen worden, damit dem Sultan eventuell die erforderlichen Mittel sofort zur Verfügung gestellt werden. Nach hier vorliegenden vertraulichen Mitteilungen soll letzteres inzwischen geschehen sein**.

v. Schoen

Nr. 8880

*Der Stellvertretende Botschafter in Konstantinopel
Gesandter von Kiderlen an das Auswärtige Amt*

Telegramm. Entzifferung

Nr. 219

Therapia, den 26. Juli 1908

In Stambul wurde wie in Provinz Ankündigung der Parlaments-
einberufung mit Enthusiasmus und bisher loyalen Kundgebungen auf-
genommen. Beschränkte Amnestie, Aufhebung von Zensur und ge-
heimer Palastpolizei haben guten Eindruck gemacht.

Gefahren der Situation liegen in sich ausbreitender Militärherrschaft,
in Frage, ob bisherige verständige Führer Masse in der Hand behalten
oder von dieser zu immer neuen, schließlich unerfüllbaren Forderungen
getrieben werden.

Größte Gefahr, speziell für alle Fremden und alle Nichtmohammedaner
würde jeder Versuch fremder Einmischung wie Erscheinen fremder Schiffe
oder neue Reformvorschläge für Mazedonien bringen; die jetzt türkisch-
nationale Bewegung könnte dann in eine islamitische umschlagen.

Besonders viel wird von verständiger Haltung des Palais abhängen.
Vertrauten des Sultans, der gestern bei mir erschien, um meine Ansicht

* Dschemal eddin-Effendi.

** Im Sinne des Schoenschen Telegramms riet Fürst Bülow dem Kaiser durch Tele-
gramm Nr. 5 vom 26. Juli von einer vorzeitigen Zurücksendung Freiherrn von Mar-
schalls ab.

zu hören, habe ich eindringlich auf Notwendigkeit aufmerksam gemacht, nachdem einmal Weg der Konzessionen beschritten, alle gemachten Versprechungen in absolut loyaler Weise zu halten.

Kiderlen

Nr. 8881

*Der Stellvertretende Botschafter in Konstantinopel
Gesandter von Kiderlen
an den Reichskanzler Fürsten von Bülow*

Ausfertigung

Nr. 135

Therapia, den 27. Juli 1908

Der überheizte Kochtopf der allgemeinen in der Türkei herrschenden Unzufriedenheit hat sich im mazedonischen Winkel Luft gemacht und dann mit Leichtigkeit des ganzen auf ihm lastenden Deckels entledigt. Anscheinend verständige und gemäßigte Führer haben bisher ein wildes Übersäumen zu verhindern gewußt; ob dies auf die Dauer möglich sein wird, wird zurzeit wohl niemand wissen.

Die Ereignisse der letzten Tage können zur Festigung und Stärkung des Osmanenreichs, sie können wie in anderen Ländern zu schweren Erschütterungen führen.

Die Unzufriedenheit war eine recht verbreitete, seit langer Zeit. Die Konzentrierung jeglicher Regierungsgewalt im Palais mußte diese Unzufriedenheit stetig steigern, je mehr Seine Majestät der Sultan schlechten und gewissenlosen Ratgebern sein Ohr lieh. Diese beuteten vor allem die Furcht des Sultans vor nicht erkennbaren Gefahren aus. Das Spionagesystem, die fortwährenden, meist unwahren Meldungen von Umtrieben und Verschwörungen wurden ins Unermeßliche ausgedehnt. Vor allem litt Konstantinopel unter diesem Druck, der sich im täglichen Leben, im geselligen Umgang immer fühlbarer machte. Die angesehensten und best-beleumundeten Leute wagten es nicht mehr, miteinander zu verkehren, aus Scheu, des Komplottierens verdächtigt zu werden. Es war gefährlich, sich in Gruppen in öffentlichen Lokalen, in Privathäusern zu größeren Gesellschaften zu vereinigen. Die hohen Beamten namentlich wurden in allen ihren Bewegungen dauernd überwacht und konnten ohne besonderes Iradee kaum einen Schritt vor die Türe tun. Aber auch der kleine Mann war nicht vor plötzlicher Verhaftung und Einkerkierung ohne Verhör und Urteil sicher. Es genügte, im selben Hause mit einem Verdächtigen gewohnt zu haben oder zufällig in der Nähe einer Stelle, wo etwas Verdächtiges passiert war, betroffen worden zu sein. Da jede Angeberei, ob wahr oder unwahr, belohnt wurde, wimmelte es natürlich von falschen Verdächtigungen, die aber zu Einkerkierung und Verbannung genügten. Selbst

wenn die Unschuld des Verleumdeten klar erwiesen wurde, erhielt der Angeber meist seinen Lohn, „um ihn nicht zu verstimmen, und damit er, wenn er einmal Wahres wisse, es nicht verheimliche“.

Dafür, daß die Unzufriedenheit auch ordentlich über das ganze Land verbreitet werde, sorgten die zahlreichen Verbannungen. Für ein unbedachtes, oft nur ein aus dem Zusammenhange gerissenes oder verdrehtes Wort wurden viele, namentlich Offiziere in die Provinz verbannt und zu Untätigkeit und elendem Leben gezwungen. Erst gestern erzählte mir ein deutscher Reisender, daß er allein in Konia 28 verbannte Offiziere traf, denen nicht einmal der Grund ihrer Verbannung bekannt war, denen aber bei Androhung der Verbannung nach entfernteren Orten das Lesen von Zeitungen und Zeitschriften verboten war.¹

Bei der unendlichen Geduld des türkischen Volkes, das schon seit Generationen die Ungerechtigkeiten und Bedrückungen der Verwaltung und der Justiz ohne Murren ertragen hat, und bei dem sichtlichen Mangel an jeder Organisation glaubte niemand hier an einen Ausbruch des allgemeinen Unwillens in größerem Umfange, und die besten Kenner von Land und Leuten hier sind durch die jüngsten Ereignisse vollständig überrascht worden.

Die Bewegung ist denn doch zum Ausbruch gekommen, weit ab von der Zentrale, da, wo für die Organisation der Unzufriedenen besonders günstige Bedingungen, für die Unzufriedenheit besonders schwerwiegende Gründe vorhanden waren. Die Revolution — anders kann man die Bewegung trotz ihrer bisherigen Friedfertigkeit nicht nennen — brach an der gefährlichsten Stelle aus: in der Armee.

In Mazedonien war zunächst die Unzufriedenheit unter den Truppen eine hochgradige. Bei unregelmäßiger Bezahlung hatten sie anstrengenden Dienst; der fortwährende Guerillakrieg ist an sich auch schon nicht geeignet, die Disziplin zu festigen. Die Mannschaften wurden gesetzwidrig lange unter den Fahnen gehalten, fern von der Heimat. Sie waren allen möglichen Untaten christlicher Banden ausgesetzt, und wurde ein Bandit eingebracht, so fand er sofort den Schutz eines christlichen Konsuls¹, damit er ja nur „gesetzmäßig“ abgeurteilt würde. Haben christliche Großmächte doch sogar verlangt, daß die Herren Banditen ihre Strafen nur in gesunden Klimaten abbüßen¹ und nur da, wo sie zu ihrer Unterhaltung mindestens mit den Konsuln von zwei Großmächten verkehren können, wie dies Österreich-Ungarn im vorigen Jahre vorschlug². Wenn aber einmal das türkische Militär die Geduld verlor und etwas wild zu Werke ging, dann war die Entrüstung in der „christlichen“ Presse³ und das Geschrei nach strenger Bestrafung groß. Diese Ungerechtigkeit hat auch der gemeine Mann bitter empfunden, und es war ihm unbegreiflich, daß er im eigenen Lande nicht von oben gegen solche Unbill geschützt wurde.

Im Offizierkorps herrschte Erbitterung über die Spionagewirtschaft und über den ins Unglaubliche getriebenen Nepotismus; während tüchtige und gebildete Offiziere übergangen wurden, wurden junge Nichtstuer

bis zu den höchsten Stellen befördert, nur weil sie vorsichtig in der Wahl ihrer Väter waren.

In Mazedonien standen nun gerade viele aufgeklärte Offiziere, die europäische Verhältnisse kennen. Sie litten besonders unter den geschilderten Mißständen. Am allermeisten aber empfanden sie es als eine nationale Schmach, daß, während ihr oberster Kriegsherr immer wieder den Forderungen der fremden Mächte zugunsten des in Mazedonien meist recht zweifelhaften christlichen Elements nachgab, sie selbst sich überall fremder Kontrolle gegenüber sahen.

Eine nationale Bewegung, wie sie jetzt ausgebrochen ist, wäre ohne das Reformunwesen niemals möglich gewesen⁴. Von glaubwürdiger Seite ist mir versichert worden, daß gerade auch die hilflose Nachgiebigkeit der türkischen Regierung gegenüber der vom Zaune gebrochenen italienischen Flottendemonstration* im mazedonischen Offizierskorps böses Blut gemacht hat.

Seit längerer Zeit schon kam nun diese Unzufriedenheit unter den mazedonischen Truppen durch Vergehen gegen die Disziplin, Gehorsamsverweigerung, Desertionen zum Ausdruck. Dies sind in der türkischen Armee stehende Übelstände; sie häuften sich aber auffallend und nahmen immer größere Dimensionen an.

Man versuchte die üblichen Mittel: Gewinnung der Mißvergnügten durch Geld und Beförderung sowie Entfernung der Rädelsführer. Es wäre damit vor kurzem auch wohl noch etwas zu erreichen gewesen. Da alles aber jetzt im Palais konzentriert ist, wurden auch die besagten landesüblichen Mittel von dort aus dekretiert und sehr falsch angewandt.

Während man den Meuterern auf telegraphischem Wege allerlei Versprechungen sandte, ließ man unter der Hand ganze Kolonnen von Palastspionen abgehen. Eine unparteiische Untersuchung der gravamina, Abstellung der nachgewiesenen Übelstände, Bestrafung wirklich Schuldiger konnte noch immer der Bewegung ein Ende machen. Die sogenannten Untersuchungskommissionen, die nur aus Spitzeln, zum Teil aus agents provocateurs bestanden, erregten neue Erbitterung. Sie hatten keine Abstellung gerechter Beschwerden, keine Bestrafung wirklich Schludiger, sondern lediglich Angeberei, Verleumdung und die Verhaftung zahlloser Unschuldiger zur Folge.

Da begannen eine Reihe von Mordtaten. Sie erschienen trotz ihrer Häufung als einzelne Akte, die nicht auf einen vorbereiteten gemeinsamen Plan hindeuteten. Es scheint mir jetzt festzustehen, daß alle diese Attentate das Produkt eines wohlausgearbeiteten einheitlichen Planes waren. Es handelte sich offenbar um Vollstreckung von „Todesurteilen“ eines ge-

* Im April 1908 hatten infolge eines Konflikts zwischen Italien und der Türkei über die Postanstalten drei italienische Flottendivisionen Befehl erhalten, sich in die türkischen Gewässer zu begeben. Infolge Nachgebens der Pforte machte jedoch die italienische Flotte schon an der kretischen Küste halt.

heimen Komitees. Es hatte sich eine geheime Verschwörung tatsächlich gebildet, die den Untersuchungskommissaren, das heißt den Palastspionen, die eingebildete Verschwörungen und Gefahren nach Konstantinopel meldeten, offenbar entgangen war.

Die sich häufenden Mordtaten, die Dersertion von Offizieren mit ganzen Truppenabteilungen, die Weigerung der treugebliebenen Truppen, gegen ihre Kameraden vorzugehen, ließen hier endlich die Gefahr erkennen, und man beschloß statt der üblichen Beschwichtigungsmittel ein energisches Vorgehen.

Bei richtiger Anwendung der zu Gebote stehenden Mittel, durch Entsendung absolut sicherer aktiver Truppen konnte man wahrscheinlich auch jetzt noch der Bewegung Herr werden. Stattdessen suchte man den Teufel durch Belzebub auszutreiben.

Man zog die Landwehrmänner aus Anatolien ein, Leute, die mitten in der Ernte nur unwillig und nur zögernd dem Rufe Folge leisteten, die zum Teil schon die Leiden der Truppen in Mazedonien kannten, und die dort gegen ihre direkten Landsleute vorgehen sollten. Dennoch ging die Mobilisierung der Landwehrebataillone mit erstaunlicher Schnelligkeit vor sich, und auch ihre Verschiffung verlief ziemlich prompt — man hatte den Leuten von einem Kriege gegen die Ungläubigen gesprochen.

Ein Teil der aufgeklärten Mannschaften und namentlich die Offiziere wußten voraussichtlich, um was es sich handelte. Sie gingen im Bewußtsein ab, sich in Mazedonien mit mehr Erfolg auflehnen zu können als in Anatolien. Es soll bei Versuchen von Meutereien der Einberufenen schon am Abgangsort unverblümt die Parole ausgegeben worden sein, mitzugehen und erst drüben im Verein mit den anderen zu meutern. So geschah es auch; mit fliegenden Fahnen und klingendem Spiel gingen die anatolischen Bataillone ins Revolutionslager über.

Damit war der Bereich des dritten Korps und ein erheblicher des zweiten der Revolution gewonnen. Wer nicht innerlich mittat, mußte wenigstens gute Miene zum bösen Spiel machen, und in Monastir, Saloniki, Seres und Üsküb mit dem dazwischenliegenden Territorium waren die Leiter der Revolution Herren der Situation.

Die Führer zeigten sich verständig und Herren ihrer Leute. Die Ordnung und Ruhe wurde überall aufrechterhalten; die Autorität des Sultans und Kalife wurde stetig anerkannt und nur gegen die schlechte Umgebung des Sultans und die von ihr hervorgerufenen Ungerechtigkeiten protestiert.

Das Verlangen um Abstellung der Übelstände, der Ungerechtigkeit von Justiz und Verwaltung, des Spionage- und Protektionswesens wurde in das Verlangen um Wiederherstellung der Verfassung von 1876 zusammengefaßt.

Die Konstitution war zwar noch formell in Kraft, und ihr Text stand Jahr für Jahr im Staatshandbuch; sie war aber durch Nichteinberufung des Parlaments toter Buchstabe geblieben. Es handelte sich also bei dem

Verlangen nach „Konstitution“ zunächst nur um Ausführung des zu Recht Bestehenden.

Es war daher eigentlich schon etwas unlogisch und naiv, daß die Konstitution in Monastir, Seres und Saloniki mit Musik und Kanonendonner ausgerufen wurde.

Die Führer mögen sich der Bedeutung einer Verfassung bewußt sein und unter ihrer Proklamierung die Garantierung der persönlichen Freiheit und des Eigentums von Recht und Gesetzlichkeit verstanden haben. Die große Menge natürlich wollte nur Abstellung des bisherigen unleidlichen Zustandes, wobei sich dann jeder noch Abstellung seiner persönlichen gramina dachte.

Das Eigentümliche an der Bewegung war die überall hervortretende Betonung der nationalen Seite. Bisher ist auch von den besten Kennern von Land und Leuten hier stets behauptet worden, daß es ein türkisches National- oder Vaterlandsgefühl nicht gebe⁵, daß der Kitt, der die Türken muselmanischen Glaubens zusammenhält, nur in der Religion und in der Anhänglichkeit an den Kalifen zu suchen sei. Das Auftauchen eines von der Religion unabhängigen Patriotismus, der sich auf das gegenwärtige politische Imperium der Türkei erstreckt, ist jedenfalls ein Novum⁶. Es wird sich erst zeigen müssen, ob dieses Gefühl tatsächlich in den weiteren Schichten des Volkes besteht, oder ob es nur eine Erfindung der derzeitigen Leiter der gegen die bisherigen Mißbräuche gerichteten und in dieser Beziehung allerdings allgemeinen Bewegung ist.

Soweit ein solcher Patriotismus vorhanden, dürfen sich ihn diejenigen Mächte auf die Rechnung schreiben, die durch Flottendemonstrationen, Protektion der ungerechten Forderungen der kleinen Balkanstaaten, durch die Reformaktion in Mazedonien und das Verhalten in Kreta der Türkei fortwährende Demütigungen bereiteten⁷.

Ob Seine Majestät der Sultan in der Lage war, auch nach den jüngsten Vorgängen in Mazedonien mit Hilfe der treugebliebenen, noch nicht inifizierten Truppen seine Macht wieder herzustellen, erscheint zum mindesten fraglich. Ohne großes Blutvergießen und ohne schweres Risiko wäre es jedenfalls nicht abgegangen; durch die Willkürherrschaft war das revolutionäre Terrain zu gut vorbereitet.

Seine Majestät wählte den Weg der Waffenstreckung: Er ließ die bevorstehende Einberufung des Parlaments und damit die Wiederherstellung der Verfassung von 1876 verkünden.

Zunächst war die Wirkung dieser am 24. Juli erfolgten Ankündigung eine geradezu verblüffende. Ganz Konstantinopel geriet in einen wahren Freudentaumel, besonders in Stambul war ein ganz ungewöhnliches Leben, überall bildeten sich Gruppen, Umzüge, wurden Reden gehalten. Man riß sich um die bis dahin kaum gelesenen Zeitungen. Die Kundgebungen waren alle auch am zweiten Tage — Sonnabend den 25. — durchaus loyal. Es handelte sich nur um Ausbrüche der Dankbarkeit, die regelmäßig in ein Hoch auf den Sultan, das „Padischahim Tschok Jascha“ ausklangen.

Nachmittags kamen große Menschenmengen vor die Hohe Pforte und drangen trotz Abwehr in das Innere ein, wo sie den Großwesir zu sehen verlangten. Es entstand zuerst eine gewisse Panik, die Menge verhielt sich aber ruhig und, nachdem sie den Großwesir* inmitten der gerade zum Antrittsbesuch anwesenden Diplomaten begrüßt und bejubelt hatte, zog sie ab.

Den nächsten Tag, Sonntag, den 26., begann die Volksmenge unter Leitung von Gebildeten, darunter den Söhnen des Scheich ül Islam und von Fuad Pascha**, bereits Forderungen zu stellen; sie folgte darin dem Beispiel der Führer in Mazedonien. Es wurde Amnestie in ausgedehntester Form, Aufhebung der geheimen Palastpolizei und der Zensur verlangt. Diesen Forderungen wurde größtenteils nachgegeben, nur die Amnestie wurde in vernünftigen Grenzen gehalten und auf rein politische Vergehen während der jüngsten Zeiten beschränkt. Zunächst war darüber große Genugtuung, doch ging das „souveräne Volk“ da und dort schon recht eigenmächtig vor. So wurden zum Beispiel auf den Redaktionen die Beamten der Zensurbehörde schon vor deren formeller Aufhebung einfach nicht mehr hereingelassen.

Am Nachmittag zog die Menge wieder vor die Pforte und zwang einzelne Minister, den Eid auf die Verfassung zu leisten, ebenso den in seinem Hause befindlichen Scheich ül Islam, der sich aber durch eine Art Gebet aus der Affäre gezogen haben soll.

Dann zog die Menge nach dem Jildiskiosk, wo sie auf den Raum, wo sonst der Selamlık stattfindet, eingelassen wurde. Sie verhielt sich ruhig und verlangte nur den Sultan zu sehen. Da die Menge allmählich auf etwa 30—40000 Köpfe anwuchs und nicht weichen wollte, wurden zwei Militärmusikkorps ausgesandt, die der Menge aufspielten und sich dann allmählich nach zwei Richtungen unter dem Klang von Märschen entfernten. Wie einst die Kinder dem Rattenfänger von Hameln, so folgte die Menge der Musik und verzog sich langsam in vollkommener Ruhe. Nur einige hundert Schreier, meist Rechtsschüler verharteten und verlangten noch immer, teilweise unter wüstem Lärm, den Sultan zu sehen. Gegen Mitternacht erschien dann Seine Majestät am Fenster des Diplomatenskiosk, von den Anwesenden lebhaft akklamiert. Die Burschen waren dabei bis auf die neben dem Kiosk befindliche Terrasse eingedrungen. Der Sohn von Kiamil Pascha, der mir den ganzen Vorgang schilderte, schloß seinen Bericht mit der echt türkischen Wendung: „Sa Majesté voyant que ces gens étaient un peu fatigués, leur a fait donner un petit bakchich.“ Als sie das Geld hatten, zogen sie ab. Es bleibe dahingestellt, ob sie und andere nicht wiederkommen, wenn das Geld alle ist.

Seine Majestät war leider auch hier von seiner nächsten Umgebung nicht gut beraten; Seine Majestät konnte sich der großen, ruhigen und

* Said Pascha.

** Türkischer Marschall, verbannt seit 1902, zurückgerufen im August 1908.

wirklich begeisterten Menge ohne jede Gefahr zeigen; es hätte einen vortrefflichen Eindruck gemacht. Es war ein Fehler, daß man gestattete, daß der minderwertigste Teil der Menge das Erscheinen Seiner Majestät ertragen konnte.

Am heutigen Montag wurde die Menge begehrlicher. Die Söhne des Scheich ül Islam und Fuad Paschas erhielten auf ihre Frage an die Menge, ob sie bereit sei, für die Verfassung ihr Blut zu vergießen und ihr Leben zu lassen, ein begeistertes Ja zur Antwort.

Es wurde von Erweiterung der Amnestie, Absetzung mißliebiger Palaisbeamter, Erstürmung der Gefängnisse gesprochen. Die Ruhe wurde zwar nicht gestört, der alte kränkliche und eingeschüchterte Großwesir ließ sich aber herbei, auf Verlangen von Volksdeputationen sich mit dem Sultan in telegraphische Verbindung zu setzen und ihm eine angemessene Ausdehnung der Amnestie anzuraten. Seine Majestät leistete dem Rat Folge.

Die Regierung ist vom Palais wieder in die Pforte verlegt, ob sie nicht von da bald in die Straße verlegt wird, ist fraglich. L'appétit vient en mangeant; die Führer und Hetzer werden sich kaum dabei beruhigen, daß sie die Wiederherstellung der Verfassung erreicht und ihre loyale Durchführung gesichert haben; sie streben nun auch die Macht an und wollen für die erlittenen Unbilden Rache nehmen.

Dafür spricht das Verlangen der Absetzung mißliebiger Palaisbeamten und die eben gemeldete Bewachung ihrer Häuser, um sie an der Flucht zu hindern.

Die Situation birgt schwere Gefahren in sich, da der Sultan höchstens noch auf die Garnison von Konstantinopel rechnen kann; wird, wenn es zum äußersten kommt, nicht der richtige Moment für ihr Einschreiten verpaßt werden? Eine gewisse Hoffnung kann auch noch auf den ruhigen und gutmütigen Charakter der Türken gesetzt werden. Aber niemand kann heute voraussehen, welchen Verlauf die Dinge nehmen, und ob Ruhe und Ordnung aufrechterhalten bleiben werden.

Die große Unzufriedenheit, die Günstlingswirtschaft, Ausbeutungssystem, Spionage, Ungerechtigkeit hervorgerufen, hat die Geister in einen Zustand versetzt, der auch die bisher verständigen Leute zu ganz merkwürdigen Anschauungen bringt. Gebildete und ernsthafte Leute haben mir gegenüber die Ansicht verteidigt, daß, nachdem einmal die Konstitution erlassen sei, das Volk auch das Recht habe, die Absetzung der ihm mißliebigen Günstlinge des Sultans zu fordern. Es zirkuliert bereits eine förmliche Proskriptionsliste, von der ich Abschrift beifüge. Wenn mit den darin Aufgeführten bei der jetzigen Schwäche der Regierung aufgeräumt werden sollte, so liegt kein Grund vor, daß die Agitatoren nicht neue, ihnen persönlich verhaßte Leute der öffentlichen Proskription anheimgeben.

Es ist kein Wunder, daß sich bei dem plötzlichen gänzlichen Weg-

fall des bisherigen unerhörten Drucks die Leidenschaften in dieser Weise Luft machen. Das Regierungssystem hat diesen Zustand hervorgerufen. Die paar sogenannten Jungtürken brauchten nur die reife Frucht zu pflücken.

Es wird allgemein gerühmt, und die Revolutionäre sind stolz darauf, daß die Revolution so „friedlich“ vor sich gegangen ist und ohne Blutvergießen. Es wird sich erst zeigen müssen, wie lange die verständigen Führer die Massen in der Hand behalten. Und so ganz in Ordnung ist es denn auch nicht zugegangen. Der Revolution fallen die zahlreichen Mordtaten vor dem Ausbruch derselben zur Last; drohende Straßendemonstrationen mit Erpressung der Amnestie und Absetzung mißliebiger Personen, die nachträgliche Erschießung von vier „Spionen“ in Saloniki, die Verjagung und Verbannung unpopulärer Beamten, die Festnahme und Einkerkierung eines der Brüder Melhame*, der über die Grenze reisen wollte, alles das ohne Verhör und Urteil, gehört nicht gerade zur Ordnung.

Was nun auch kommen mag, zeitweilige Anarchie oder ohne solche Übergang zur verfassungsmäßigen Ordnung, der frühere Zustand wird kaum wiederkehren. Die Zeiten dürften endgültig vorüber sein, in denen Mächte und Geschäftsleute nur mit persönlichen Einflüssen im Palais und mit Bestechungen arbeiteten⁸. Sollten sich wirklich rechtlich geordnete Zustände entwickeln, so kann der fremde Kaufmann damit nur zufrieden sein.

Gegen das Deutschtum herrscht zurzeit eine unverkennbare Mißstimmung¹, teils wegen unserer bisherigen guten Beziehungen zum Sultan und damit zum Palais, teils weil der Türke, der überhaupt eine fremde Sprache kann, nur französisch versteht und im wesentlichen außer den türkischen Zeitungen hier nur französisch geschriebene Blätter erscheinen, die in Verhetzung gegen uns das mögliche leisten. Das wird sich wieder zurecht ziehen, wenn die Leute bei wieder eingetretener Ernüchterung sich erinnern, daß Deutschlands Politik allein uneigennützig war, wieviel die Türkei uns auf dem geistigen Gebiete und auf auf dem Gebiet des Handels verdankt.

Mit Flottendemonstrationen und Reformaktionen wird es gegenüber dem plötzlich erwachten Nationalbewußtsein zu Ende sein; das trifft andere als uns⁹.

Ehe aber normale Zustände wieder eintreten, dürfte allerdings eine erhebliche Zeit vergehen. Selbst wenn die Ruhe bis zum Zusammentritt des Parlaments nicht gestört werden sollte, dürften sich doch noch große Schwierigkeiten ergeben. Statt der verjagten Gauner, Diebe und Erpresser

* Der eine von ihnen, Redschib Melhame, war Unterstaatssekretär im Ministerium für Öffentliche Arbeiten und Handel, der andere, Selim Melhame, Nasir für Wälder, Bergwerke und Ackerbau in der Hauptverwaltung der indirekten Steuern.

dürften zunächst recht sonderbare Gestalten auftreten, mit denen vielleicht noch schwieriger zu verhandeln sein wird als mit der bisherigen Palast-clique.

Kiderlen

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

¹!

² Unglaublich!!

³ von Juden geleitet!

⁴ habe ich stets vorhergesagt seit Jahren!

⁵ weit fehlgeschossen!

⁶ ich habe es immer erwartet!

⁷ richtig! wie oft haben wir sie gewarnt!

⁸ ein wahrer Segen!

⁹ na endlich!

Schlußbemerkung des Kaisers:

Sehr gut.

Nr. 8882

*Der Geschäftsträger in Wien Graf Brockdorff-Rantzau
an das Auswärtige Amt*

Telegramm. Entzifferung

Nr. 196

Wien, den 27. Juli 1908

Freiherr von Aehrenthal, der heute für einige Stunden nach Wien gekommen war, empfing mich soeben und sprach mir im strengsten Vertrauen über die Haltung, die er angesichts jüngster Vorgänge in der Türkei einzunehmen beabsichtigt. Ich habe den Minister ruhig, aber sehr ernst gefunden. Er las mir eine gerade eingetroffene Depesche des Markgrafen Pallavicini aus Konstantinopel vor; der österreichisch-ungarische Botschafter meint darin, der Sultan habe sich nur gezwungen zu der Gewährung der Konstitution verstanden und scheine „machtlos zu sein“. Jede fremde Einmischung im gegenwärtigen Augenblick könne die bedenklichsten Folgen nach sich ziehen.

Freiherr von Aehrenthal erklärte diese letzte Äußerung des Markgrafen Pallavicini für überflüssig; er (der Minister) sei fest entschlossen, „auf das bestimmteste das Prinzip der Nichteinmischung, was auch in der Türkei passieren möge, zu wahren“; er habe sich bereits in diesem Sinne dem hiesigen russischen Botschafter gegenüber geäußert und Herrn Iswolsky durch den Fürsten Urussow nahelegen lassen, auch russischerseits den Grundsatz der Nichteinmischung zu beobachten; die Antwort Iswolskys stehe noch aus.

Freiherr von Aehrenthal ging dann auf die Behandlung der Reformaktion über, wie sie seines Dafürhaltens angesichts der gegebenen Situation am zweckmäßigsten weitergeführt werden müßte. Er legte dabei den allergrößten Wert auf ein ferneres enges Zusammengehen mit der Kaiserlichen Regierung.

Der Minister ist der Ansicht, daß es falsch wäre, im gegenwärtigen Augenblick zu erklären, die Aktion der Mächte werde völlig eingestellt. „Lassen Sie uns“, sagte er wörtlich, „ruhig weiter verhandeln und bitten Sie den Herrn Reichskanzler in meinem Namen, auf die deutsche Presse zu wirken, damit die Blätter nicht die diplomatischen Schwierigkeiten, in die England und Rußland zweifellos durch die türkischen Ereignisse geraten sind, unterstreichen; das wäre sehr gefährlich und würde sicher den perfidesten Unterstellungen gegen die deutsche und die österreichische Politik Vorschub leisten. Wenn unsere Presse erklärt, alle Reformen seien jetzt überflüssig geworden, wird es wieder heißen, wir hätten uns mit dem Sultan im geheimen verständigt und uns von ihm unter der Hand wirtschaftliche Vorteile zusichern lassen gegen das Versprechen, ihn der Sorgen um die Reformfrage zu entheben.“

Der Minister hat für die hiesige Presse bereits die nötigen Direktiven geben lassen; er betonte am Schlusse unserer Unterredung, er sei fest entschlossen, den englischen Antrag, über die Reformvorschläge zwischen den Kabinetten zu verhandeln, abzulehnen und darauf zu bestehen, daß die Botschafter in Konstantinopel damit beauftragt würden; auf diese Weise werde auch die dringend gebotene äußerste Schonung des Sultans am besten ermöglicht.

Rantzau

Nr. 8883

*Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Schoen
an den Geschäftsträger in Wien Grafen Brockdorff-Rantzau*

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Zimmermann

Nr. 141

Berlin, den 28. Juli 1908

Auf Telegramm Nr. 196* zur Regelung Euer Hochgeboren Sprache:

Wir teilen völlig Baron Aehrenthals Standpunkt. Auf Presse wird in seinem Sinne nach Möglichkeit eingewirkt.

v. Schoen

Nr. 8884

*Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès
an den Reichskanzler Fürsten von Bülow*

Ausfertigung

Nr. 326

St. Petersburg, den 27. Juli 1908

An leitender Stelle bespricht heute die „Nowoje Wremja“ verschiedene Äußerungen der deutschen Presse über die jungtürkische Bewegung, aus denen hervorgehe, daß in der nationalistischen Richtung dieser Bewegung

* Siehe Nr. 8882.

eine Warnung an die Adresse der Großmächte gesehen werde. Ein Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ erläutere den wahren Sinn jener Preßstimmen: nach der Ansicht des offiziösen deutschen Blattes bringe die den Christen in Mazedonien gegenüber befolgte Schutzpolitik dem mohammedanischen Elemente Schaden, weshalb Deutschland immer eine „Revision“ dieser Politik empfohlen habe. Infolge der Erweckung des türkischen Nationalismus sei diese Revision unbedingt nötig geworden.

Bis jetzt habe Deutschland offiziell immer erklärt, daß es sich den Reformbestrebungen der anderen Mächte völlig anschließe, und jeder Zweifel der russischen Presse an der Aufrichtigkeit der deutschen Balkanpolitik sei in Deutschland als Kränkung empfunden worden. Jetzt erweise es sich, daß Deutschland tatsächlich nur gegen die Reformen in Mazedonien gearbeitet und für das Wohl der mohammedanischen Bevölkerung gesorgt habe. So betäubend dies sei, so könne man sich auf der anderen Seite doch Glück wünschen, daß das Doppelspiel nunmehr ein Ende gefunden habe¹.

„Deutschland tritt jetzt ganz offen gegen die Schutzpolitik für die christlichen Völkerschaften auf und reicht dem mohammedanischen Nationalismus seine hilfreiche Hand. Da es jedoch niemals umsonst Hilfe erwiesen hat und erweisen wird², bleibt nur abzuwarten, was es in diesem Falle erhalten hat, und ob nicht die deutsche Unterstützung dem mohammedanischen Nationalismus teurer zu stehen kommen wird als die Nachgiebigkeit gegenüber den rechtmäßigen Forderungen der mazedonischen Christen.“

Auch der Pariser Korrespondent desselben Blattes Inssarow nimmt heute zu der jungtürkischen Bewegung Stellung, indem er die Sache so darzulegen sucht, daß diese Bewegung von England gefördert worden sei, um den deutschen Einfluß am Bosphorus lahmzulegen. Deutschland habe durch das Zustandebringen des österreichisch-türkischen Sondervertrages, durch welchen Bulgarien im Zaum gehalten und die Entwicklung einer slawischen Bewegung auf dem Balkan unmöglich gemacht werden könne, einen neuen großen Erfolg errungen. Der Gegenzug Englands, die „réponse du berger à la bergère“ sei nun die Entfachung der jungtürkischen Bewegung gewesen, die, wenn sie die Oberhand gewinnen und behalten sollte, dem deutschen Einfluß in der Türkei ein Ende machen würde.³ Die Jungtürken hätten aus ihrer Feindschaft gegen die Deutschen niemals ein Hehl gemacht.

F. Pourtalès

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

¹ Großartige Verläumdungen!

² von England aus souffliert

³ ? Jedenfalls den Reformbestrebungen und anderen Machinationen der Engländer und Russen!

Schlußbemerkung des Kaisers:

La Turquie à elle même!

Das ist stets der Grundgedanke meiner Politik gewesen! Und der erfüllt sich jetzt endlich, durch die Berufung eines Türkischen Parlaments, dessen Abgeordnete die Ordnung der Türkischen Verhältnisse hoffentlich selbst in die Hand nehmen und selbst „Reformen“ machen werden, sodaß ein für alle mal den Einmischungsgelüsten intriguanter Europ[äischer] Großmächte ein Keil vorgetrieben wird. Das ist gut für die Türkischen Christen wie Muselmänner, und daher gerade das was ich stets erstrebt habe. Ich bin mit der Lösung sehr zufrieden.

Wilhelm.

Nr. 8885

*Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Schoen
an den Stellvertretenden Botschafter in Konstantinopel
Gesandten von Kiderlen*

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Zimmermann

Nr. 123

Berlin, den 28. Juli 1908

Nachdem der Sultan zur Wiedereinführung der Konstitution durch die Haltung der Truppen gezwungen worden, wird es in seinem eigensten Interesse liegen, an der Maßnahme nicht mehr zu rütteln. Jeder derartige Versuch könnte bei der gewaltig erregten Stimmung in Heer und Volk nur verhängnisvoll für ihn werden. Die Maßnahme wird aber von der Presse — namentlich in England — sehr skeptisch beurteilt; „Daily Graphic“ ventiliert bereits Gedanken, daß die Mächte den jetzigen Augenblick dazu benutzen sollten, um Permanenz der Konstitution zu sichern. Hiernach nicht ausgeschlossen, daß England, wenngleich es nach Erklärung Sir Edward Greys türkischen Ereignissen gegenüber vorläufig Zurückhaltung beobachten will*, doch alsbald mit Rücksicht auf mazedonische Reformfrage an Mächte mit Vorschlag herantreten wird, von der Pforte Garantierung der Verfassung zu verlangen.

Es fragt sich daher, ob wir nicht Prävenire spielen und der Pforte den freundschaftlichen Rat geben sollten, daß sie von sich aus durch eine formelle Erklärung an die Mächte sich für dauernde Aufrechterhaltung der Konstitution einsetzt. Durch derartigen Akt würde Stellung des Sultans befestigt werden. Andererseits dürften wir durch diesbezügliche Anregung bei dortiger öffentlicher Meinung, mit der wir künftig ernstlich werden rechnen müssen, die nach England als Hort des konstitutionellen Systems hinneigen könnte, nur gewinnen können.

Bitte um Prüfung der Frage und Drahtäußerung.**

v. Schoen

* Vgl. dazu Kap. CXC.

** Am 29. Juli (Nr. 225) meldete Kiderlen, daß er, falls nicht andere Weisung erfolge, am 30. auf der Pforte entsprechende Demarche ausführen werde. Indessen wurde Kiderlen noch am 29. Juli (Nr. 125) angewiesen, vor der Ausführung noch weitere Instruktion abzuwarten. Vgl. dazu Nr. 8891. Die endgültige Instruktion erfolgte am 1. August. Siehe Nr. 8893.

Nr. 8886

*Der Stellvertretende Botschafter in Konstantinopel
Gesandter von Kiderlen an das Auswärtige Amt*

Telegramm. Entzifferung

Nr. 222

Therapia, den 28. Juli 1908

Nach Lage hiesiger Verhältnisse glaube ich befürworten zu sollen, daß ich für nächsten Selamlık, Freitag, den 31. d. Mts., beauftragt werde, Seiner Majestät dem Sultan allerhöchste Grüße und Anteilnahme auszusprechen, die ich dann in die der Sachlage entsprechende Form kleiden könnte.

Nützlich wäre, in deutsche Presse telegraphisch zu verbreitende Artikel zu bringen mit Sympathieäußerungen für ottomanisches Volk und seinen aufgeklärten Herrscher, der im richtigen Moment, als er sein Volk dafür reif hielt, Verfassung gab. Bisher einzig dastehendes friedliches Verhalten bewiese diese Reife. Es müsse daher gehofft werden, daß sich nicht turbulente Elemente der Bewegung bemächtigen. Mit Spitze gegen englische und französische Presse könnte noch bemerkt werden, daß eine konstitutionelle Türkei stärkeres Rückgrat gegen diejenigen besitzen werde, die sich bisher mit und ohne Flottendemonstrationen in ihre inneren Angelegenheiten mischten.

Presse beginnt hier Bedeutung zu gewinnen.

Kiderlen

Nr. 8887

*Der Reichskanzler Fürst von Bülow, z. Z. in Norderney,
an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Swinemünde*

Telegramm. Entzifferung

Nr. 7

Norderney, den 28. Juli 1908

Die deutschfeindliche Presse des Auslandes bemüht sich, den in der Türkei eingetretenen Umschwung als englischen Sieg und deutsche Niederlage hinzustellen. Englische Blätter insinuieren, daß wir den Sultan im Sinne baldiger Aufhebung der Verfassung berieten.

Vorgestern war Legationsrat Helfferich bei mir, früher in der Kolonialabteilung, wo er durch vortreffliche Broschüre über kolonialpolitische Fragen (Baumwollen-Kultur etc.) Euerer Majestät Aufmerksamkeit auf sich zog und durch Euerer Majestät Gnade dekoriert wurde. Er ist jetzt Direktor der Deutschen Bank und kommt direkt aus Konstantinopel, wo er zwei Jahre im Interesse der Bagdadbahn tätig war.

Helfferrich sagt mir, der ganze Islam, alle anständigen Türken, besonders die gutgesinnten Offiziere erblickten in der vom Sultan vollzogenen Wendung die vielleicht letzte Möglichkeit einer Erhaltung der Türkei, die unter der bisherigen Wirtschaft zugrunde gehe. Die nächste Folge des eingetretenen Umschwungs würde eine Belebung des türkischen Nationalgefühls sein, das die Stellung der Türkei gegenüber den Angriffen der Balkannationalitäten und den Übergriffen gewisser Großmächte verbessern würde. Interessant ist meines ehrfurchtsvollsten Erachtens, daß der offiziöse Pariser „Temps“ schon davon spricht, daß die Reformaktion der Mächte angesichts der in Konstantinopel eingetretenen Ereignisse bis auf weiteres vertagt werden müsse¹. Es frage sich auch, ob gegenüber diesen Ereignissen die Russen und Engländer auf die Länge am Goldenen Horn zusammengehen werden. Rußland hat seit jeher in allen Ländern, die es zu schwächen oder sich anzugliedern wünscht (Polen, Schweden, Balkanstaaten, Persien), die reaktionären Elemente begünstigt und Reformen bekämpft. Es hat in der Türkei stets die Alttürken unter seine Fittiche genommen und wirtschaftlichen und politischen Reformen entgegen gewirkt. Ich glaube kaum, daß sich Rußland über den Umschwung in Konstantinopel freuen wird. Ob aber eine englische Regierung liberale und konstitutionelle Ideen in der Türkei bekämpfen kann, dürfte fraglich sein.

Um weiteren Verdächtigungen vorzubeugen, möchte ich alleruntertänigst anheimstellen, daß Herr von Kiderlen angewiesen wird, beim nächsten Selamlık (das heißt am Freitag) Seiner Majestät dem Sultan Eurer Majestät gute Wünsche und die Hoffnung auszusprechen, daß der von ihm vollzogene Akt weiser Staatskunst zum Wohle und zur Stärkung des türkischen Reichs beitragen werde².

Bülow

Randvermerk Kaiser Wilhelms II.:

Ich bin der Ansicht, daß der Scheik-ul-Islam in der Lage gewesen ist, die Dinge richtig und objektiv zu beurtheilen. Wenn der zum Schluß kam, daß die Verfassungseinführung nöthig sei, so hat er im wohlerwogenen Interesse seines Landes und des Sultans gehandelt. Ich freue mich darüber, daß er den Schneid gehabt hat. Das Ereigniß wirft zweifellos, die ganzen Russ[isch]-Engl[ischen] Combinationen über den Haufen, kann auch zur Stärkung der Türkei der Einmischung der Mächte gegenüber dienen, und wird sicher im Innern, neue Lebens- und Schaffensfreudigkeit sowie Vertrauen zum Sultan schaffen.

Wilhelm I. R.

Randbemerkungen des Kaisers:

¹ Dasselbe hat auch Wien gesagt!

² Einverstanden

*Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Schoen
an den Stellvertretenden Botschafter in Konstantinopel
Gesandten von Kiderlen*

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Zimmermann

Nr. 124

Berlin, den 29. Juli 1908

Seine Majestät der Kaiser hat sich auf Antrag des Herrn Reichskanzlers damit einverstanden erklärt, daß Euere Exzellenz Seiner Majestät dem Sultan aus Anlaß der von ihm eingeleiteten Reformaktion die besten Wünsche Seiner Majestät des Kaisers und die Hoffnung aussprechen, daß der von ihm vollzogene Akt staatsmännischer Weisheit der Türkei zum Segen gereichen werde*. Euerer Exzellenz bleibt überlassen, in welcher Form auf Grund Ihrer Kenntnis des Terrains wie des Charakters des Sultans Sie den allerhöchsten Auftrag ausführen wollen.

Seine Durchlaucht hält Veröffentlichung des Auftrags nach Ausführung für notwendig, um Verdächtigungen entgegenzutreten, wie sie Reuters Bureau über unsere Stellung zu der dort eingetretenen Wendung veröffentlicht. Bitte daher, mit telegraphischer Meldung über Ausführung Äußerung zu verbinden, wie der Euerer Exzellenz erteilte Auftrag zu veröffentlichen wäre.

v. Schoen

*Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes
von Schoen*

Reinschrift von der Hand des Vortragenden Rats Zimmermann

Berlin, den 29. Juli 1908

Der hiesige türkische Botschafter hat gestern ohne amtlichen Auftrag ganz persönlich und streng vertraulich sich über die gegenwärtige Situation in Konstantinopel ausgesprochen. Er ist der Ansicht, daß die Wiedereinführung der Konstitution eine absolute Notwendigkeit gewesen sei. Die ganze Armee habe diese Forderung vertreten und sei fest entschlossen, an dem durch Seine Majestät den Sultan geschaffenen fait accompli nicht mehr rütteln zu lassen. Etwaige Versuche, die Konstitution zu widerrufen, könnten nur verhängnisvolle Wirkungen zeitigen, da der

* Vgl. Nr. 8887.

Sultan hierbei die Armee zweifellos nicht hinter sich haben würde. Unter diesen Umständen halte er, Tewfik Pascha, es im Interesse seines kaiserlichen Herrn für dringend geboten, daß die Aufrechterhaltung der Verfassung nunmehr für alle Zeiten garantiert werde. Leider befänden sich in der Umgebung des Sultans noch gewissenlose Ratgeber, die Seine Majestät über die wahre Sachlage absichtlich im dunkeln zu halten suchten. Die Kaiserliche Regierung sei nach seiner Ansicht daher schon mit Rücksicht auf ihre besondere Stellung in Konstantinopel dazu berufen, diesem Übelstande abzuhelpen. Sie möge zu diesem Zwecke der Pforte den dringenden freundschaftlichen Rat erteilen, an ihrer Loyalität keinen Zweifel aufkommen zu lassen und demgemäß an die Mächte eine formelle Notifikation des Inhalts zu richten, daß sie sich für Aufrechterhaltung der Konstitution für alle Zukunft verbürge. Die Mächte sollten dann ihrerseits die Konstitution garantieren, etwa durch eine gemeinsame Note in der aus der Anlage ersichtlichen Form.

Er, Tewfik Pascha, sei davon überzeugt, daß Deutschland sich durch eine Initiative in der Angelegenheit die ewige Dankbarkeit der ganzen türkischen Armee und des türkischen Volkes sichern könne.

Es ist vermieden worden, zu den Anregungen des Botschafters ausdrücklich Stellung zu nehmen. Sie erscheinen indes ernster Beachtung wert. Nach den beigefügten Telegrammen des Herrn von Kiderlen* unterliegt es keinem Zweifel, daß die ganze Bewegung von der Armee ausgegangen ist, und daß der Sultan in Zukunft die Armee nur dann hinter sich haben wird, wenn er die erteilten Konzessionen in absolut loyaler Weise einzuhalten sich entschließt. Aber auch für uns dürfte sich, schon um unsere Position in der Türkei England gegenüber zu behaupten, ein offenes Eintreten für die Konstitution empfehlen. Es ist daher durch die beigefügte Instruktion an Herrn von Kiderlen bei A 11938/11939** die Frage angeregt worden, ob wir nicht schleunigst eine entsprechende Demarche in Konstantinopel machen sollten. Herr von Kiderlen hat nach seinem Telegramm bei A 11994*** hiergegen keinerlei Bedenken.

Darf Herr von Kiderlen ermächtigt werden, die Demarche auszuführen†?

v. Schoen

* Vgl. Nr. 8880.

** Siehe Nr. 8885.

*** Vgl. Nr. 8885, Fußnote **.

† Vgl. Nr. 8893.

Nr. 8890

*Aufzeichnung
des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes von Schoen*

Eigenhändig

Berlin, den 29. Juli 1908

Der italienische Geschäftsträger hat mir heute die aus der Anlage* ersichtliche Mitteilung gemacht.

Ich habe erwidert, ich nähme mit Dank Akt von dieser einen neuen Beweis der festen Bundesfreundschaft darbietenden Erklärung der italienischen Regierung.

Auch wir hielten streng loyal an den Bündnisverpflichtungen fest. Wir hätten vorläufig keinen Anlaß zu der Annahme, daß die neuesten Vorgänge in der Türkei zu schweren Komplikationen führen werden. Sollten gleichwohl ernste Ereignisse eintreten, so würden auch wir keine bedeutungsvollen Entschlüsse fassen, ohne uns zuvor mit unseren Verbündeten ins Benehmen zu setzen.

v. Schoen

Anlage

La situation à Constantinople paraissant assez grave et laissant prévoir des complications plus sérieuses, je vous charge de déclarer à Son Excellence le Secrétaire d'Etat — quoique cela puisse sembler superflu — que le Gouvernement Royal observera strictement les dispositions du traité d'alliance confirmées par des déclarations réciproques postérieures, et ne fera aucun pas et ne prendra aucune décision sans avoir préalablement consulté les Gouvernements alliés, de la part desquels il s'attend un procédé analogue.

Nr. 8891

*Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Schoen
an den Reichskanzler Fürsten von Bülow, z. Z. in Swinemünde*

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Zimmermann

Nr. 37

Berlin, den 31. Juli 1908

Herr von Kiderlen meldet unterm 30. d. Mts.:

„In der Stadt herrschte heute vollkommene Ruhe und Stille. Regierung, Komitee und Presse raten eindringlich zur Ruhe. Dringender Aufruf

* Siehe die Anlage.

der Komitees mit Strafandrohung gegen Zuwiderhandelnde läßt Besorgnis erkennen, Führung aus der Hand zu verlieren. In Adrianopel scheint Bewegung einen ausgeprägteren revolutionären Charakter anzunehmen und Absetzung des Sultans verlangt zu werden. Hier sind heute auch sämtliche verurteilten Verbrecher aus den Gefängnissen entlassen worden.

Großwesir und Regierung sind fast nur noch ausführende Organe des hiesigen bisher noch gemäßigten Komitees, das, aus jungen Leuten bestehend, sich selbst ernannt hat. Dieses empfing heute eintreffenden englischen Botschafter am Bahnhof; seine Mitglieder wurden durch den Introduteur der Botschafter vorgestellt.

Hetzerei der Engländer und Franzosen gegen uns dauert an.“

Nach anderweitigen Nachrichten soll dem Sultan dringend abgeraten worden sein, sich zum heutigen Selamlık zu begeben. Danach erscheint es fraglich, ob Herr von Kiderlen alsbald Gelegenheit finden wird, den allerhöchsten Auftrag beim Sultan auszuführen. Ich glaube daher befürworten zu sollen, daß Herr von Kiderlen ermächtigt wird, die befohlene Sympathiekundgebung eventuell zunächst der Pforte zu übermitteln und dabei gleichzeitig vorsichtig zu sondieren, wie sich die Pforte zur Garantieerklärung hinsichtlich Verfassung stellt.

v. Schoen

Nr. 8892

*Der Stellvertretende Botschafter in Konstantinopel
Gesandter von Kiderlen an das Auswärtige Amt*

Telegramm. Entzifferung

Nr. 9

Pera, den 31. Juli 1908

Heutiger Selamlık fand unter endlosem Jubel der überall frei zugelassenen vieltausendköpfigen Menge statt, die nicht aufhörte, Seiner Majestät dem Sultan, der stehend im Wagen fuhr, zu akklamieren. Trotz des großen Gedränges herrschte musterhafte Ordnung. Die Begeisterung erreichte ihren Höhepunkt, als sich der Sultan nach dem Gottesdienste noch mehrmals am Fenster seines Kiosk dem Volke zeigte.

Nachher wurde das diplomatische Korps, das mit Ausnahme der Vertreter Rußlands und der Balkanstaaten vollzählig erschienen war, von Seiner Majestät in corpore in Audienz empfangen. Nach einer kurzen Ansprache des derzeitigen Doyens Marquis Imperiali begrüßte der Sultan besonders herzlich deutschen Vertreter, der Grüße des Kaisers und allerhöchstdessen Wünsche ausrichten konnte, daß der neue, vom Sultan mit so viel Weisheit und so rückhaltlos betretene Weg seiner Regierung und seinem Lande zu Glück und Segen gereiche.

Dank der bewunderungswürdigen Ordnung und Selbstzucht des otto-

manischen Volkes verlief dieser geschichtliche Tag wie die vorhergehenden in der harmonischsten Weise.

So weit ungefähr für Wolffs Telegraphenbureau.

Der Verlauf des Selamlık war tatsächlich erhebend, doch muß man immer hinzufügen, *pourvu que cela dure*, namentlich wenn jetzt die Hetzer aus Paris und London ankommen, die sich Lorbeeren der mazedonischen Offiziere aneignen möchten und dies vielleicht auf dem Wege weitergehender Forderungen versuchen werden.

Infolge Gesamttempfangs der Diplomaten konnte ich, da sonst niemand mit dem Sultan sprach, allerhöchsten Auftrag nur kurz und ohne sich daran knüpfende Diskussion ausrichten. Doch wurden die von Seiner Majestät gesandten Wünsche damit auch von allen Vertretern gehört, von denen sonst keiner einen Auftrag hatte.

Es fiel auf, daß Seine Majestät nach Anrede Italieners direkt auf mich, der ich als vorletzter stand, . . . * und mir als erstem die Hand reichte. Auffallend war Abwesenheit russischen Geschäftsträgers **, der seine Anwesenheit bereits seit ein paar Tagen hatte anmelden lassen, aber mir schon gestern abend bei zufälliger Begegnung in so kategorischer Weise erklärte, er werde nicht kommen, daß ich auf Instruktionen schließe.

Kiderlen

Nr. 8893

*Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Schoen
an den Stellvertretenden Botschafter in Konstantinopel
Gesandten von Kiderlen*

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Zimmermann

Nr. 132

Berlin, den 1. August 1908

Auf Telegramm Nr. 225***.

Bitte Demarche bei Pforte ausführen und dabei eventuell folgende Gedanken im strengsten Vertrauen verwerten: Es wird den türkischen Staatsmännern bei Beobachtung der ausländischen Presse nicht entgangen sein, daß man an den Stellen, wo man der Türkei weniger Wohlwollen zeigt und zur Einmischung in türkische Angelegenheiten besonders geneigt ist, sich den Anschein gibt, die türkische Verfassung nicht ernst zu nehmen. Dieselbe wird trotz der heute gänzlich veränderten Verhältnisse mit dem Vorgang von 1876 verglichen und ihr das gleiche Schicksal vorausgesagt. Daran knüpft sich dann als logische Konsequenz der Gedanke, daß die

* Zifferngruppe fehlt, wohl zu ergänzen: „zukam“.

** A. Swjetschin.

*** Vgl. Nr. 8885, Fußnote **.

Mächte es vom Standpunkt der Humanität nicht würden verantworten können, die Reformaktion jetzt schon fallen zu lassen.

Um diesen Machenschaften, die in Europa und am meisten vielleicht auf der Balkanhalbinsel selbst störend und beunruhigend wirken müssen, den Boden zu entziehen, wird es sich empfehlen, daß die Pforte sich zur fraglichen Notifikationserklärung entschließt.

v. Schoen

Nr. 8894

*Der Stellvertretende Botschafter in Konstantinopel
Gesandter von Kiderlen an das Auswärtige Amt*

Telegramm. Entzifferung

Nr. 234

Therapia, den 3. August 1908

Antwort auf Telegramm Nr. 132*.

Auftrag ausgeführt, da Auswärtiger Minister nicht zu treffen, bei Großwesir, der Gedanken günstig aufnahm und ihn in Erwägung zu ziehen versprach.

Kiderlen

Nr. 8895

*Der Reichskanzler Fürst von Bülow, z. Z. in Norderney,
an das Auswärtige Amt*

Ausfertigung

Norderney, den 3. August 1908

Wie ich schon aus Swinemünde dem Auswärtigen Amt telegraphiert habe, begleitet Seine Majestät der Kaiser die Entwicklung der Dinge in der Türkei mit lebhafter Sympathie. Seine Majestät würde es als schweren Fehler betrachten, wenn der Sultan die von ihm gemachten Konzessionen und insbesondere die Verfassung zurücknehmen würde. Dagegen erscheint es Seiner Majestät einigermaßen bedenklich, daß wir die Initiative ergreifen sollen für die von dem türkischen Botschafter (gewiß in der besten Absicht) angeregte Garantie der Aufrechterhaltung der türkischen Verfassung**. Auch Herr von Marschall spricht sich in seinem Schreiben an den Herrn Staatssekretär vom 27. Juli*** dahin aus, daß wir vollkommene Zurückhaltung üben und das Weitere dem Sultan überlassen müßten. Ich stelle zu Ihrer Erwägung, ob ich an Herrn von Kiderlen ein Telegramm etwa nachstehenden Inhalts richten soll:

* Siehe Nr. 8893.

** Vgl. Nr. 8889.

*** Nicht bei den Akten.

Es wäre der Gedanke an mich herangebracht worden, ob die Mächte die türkische Verfassung garantieren sollten. Ich würde mich dagegen aussprechen, weil eine solche Garantie als eine Schwächung des persönlichen Prestige des Sultans erscheinen und anderen Mächten einen Vorwand zur Einmischung geben könnte. Ich wisse, daß der Sultan nicht erst seit gestern den Gedanken der Wiedereinführung der Konstitution erwäge. Ich sei überzeugt, daß niemand klarer als der Sultan erkenne, wie unlösbar seine persönliche Stellung mit der Konstitution verknüpft sei. —

Ich stelle Ihnen weiter anheim, den türkischen Botschafter zu fragen, ob er es für nützlich hielte, wenn er dem Sultan etwa folgende Bestellung von mir ausrichtete:

Es habe mich mit einiger Sorge erfüllt, als ich in der Presse gelesen, daß in Konstantinopel die gemeinen Verbrecher losgelassen würden. Ich sei überzeugt, daß der Sultan mit traditioneller Klugheit dem vertrauenswürdigen Teil seiner Untertanen bald und deutlich zu Gemüte führen würde, daß der Islam von Gegnern umgeben sei, die auf Unruhen lauerten, um sich einzumischen. Deshalb sei es nötig, dafür zu sorgen, daß die unruhigen Elemente im Zaum gehalten und Ausschreitungen bestraft würden. Wenn es richtig sei, daß der Sultan beabsichtigte, Ferid Pascha* einen wichtigen Posten zu übertragen, so würde mich dies lebhaft freuen, denn ich hätte mir über diesen hervorragenden Staatsmann ein sehr günstiges Urteil gebildet. Ich verfolgte die Entwicklung der Dinge in der Türkei von jeher mit lebhafter Sympathie für Seine Majestät den Sultan, aber auch mit der Zuversicht, daß der Sultan den Grad maßvoller Festigkeit besitze, der notwendig sei, um zu verhindern, daß der türkische Staatswagen durch unruhige Elemente aus seinem Geleise gebracht werde, zur Freude der Gegner der Türkei und des Islam. —

Wenn Sie mit diesen Vorschlägen einverstanden sind, so bitte ich das Nötige zur Ausführung zu veranlassen und mir über das Geschehene zu berichten, anderenfalls aber telegraphisch Ihre Bedenken mitzuteilen.

Bülow

* Der bisherige Großwesir Ferid Pascha war am 22. Juli durch den alten Said Pascha ersetzt worden, der schon 1876 an der Ausarbeitung der Midhatschen Verfassung wesentlich beteiligt gewesen war, allerdings als Großwesir das Seinige dazu beigetragen hatte, ihre Wirksamkeit auf Null zu reduzieren. Wie Kiderlen am 2. August 1908 berichtete, wäre Ferid Pascha trotz seiner Entlassung keineswegs beim Sultan in Ungnade gefallen und seine Rolle noch lange nicht ausgespielt, während der Gesandte der neuen Würde Said Paschas keine lange Dauer beimaß. Tatsächlich erfolgte schon nach wenigen Tagen, am 6. August, eine neue Kabinettsbildung, bei der der alte Kiamil Pascha Großwesir wurde. Der alsbaldige Sturz Said Paschas hing mit der ungünstigen Aufnahme eines kaiserlichen Reskripts vom 1. August über die neuen Zustände zusammen, in dem zwar die in der neuen Verfassung enthaltenen Grundrechte feierlich bekräftigt, ihre Anwendung aber alsbald dadurch durchlöchert wurde, daß die Ernennung des Scheich ül Islam, des Kriegs- und des Marineministers dem Sultan vorbehalten wurde.

Nr. 8896

*Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes
Stemrich*

an den Reichskanzler Fürsten von Bülow, z. Z. in Norderney

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Zimmermann

Nr. 51

Berlin, den 6. August 1908

Auf den Erlaß vom 3. d. Mts.*

Euerer Durchlaucht Instruktion betreffend Garantierung der türkischen Verfassung seitens der Mächte ist Herrn von Kiderlen telegraphisch mit dem Anheimstellen geeignet scheinender Verwertung mitgeteilt worden**.

Mit dem türkischen Botschafter habe ich im Sinne Euerer Durchlaucht Weisung Rücksprache genommen. Tewfik Pascha hält die Bestellung an den Sultan für sehr nützlich. Da er jedoch die Mitteilung infolge der Personalveränderungen im Palais nicht mehr chiffriert direkt an den Sultan gelangen lassen kann, sondern sich der Vermittelung des Ministeriums bedienen muß, empfiehlt er, der Bestellung einen Inhalt zu geben, der auch etwaige jungtürkische Mitglieder dieser Behörde befriedigen würde. Tewfik Pascha schlägt daher vor, den Schlußsatz der Bestellung folgendermaßen zu fassen:

Ich verfolgte die Entwicklung der Dinge in der Türkei mit lebhafter Sympathie für Seine Majestät den Sultan und das ottomanische Volk, aber auch mit der Zuversicht, daß Seine Majestät mit Festigkeit für die Einführung und die volle Erhaltung der Konstitution in ihrem ganzen Umfang jetzt und auch in der Zukunft eintreten werde, um zu verhindern, daß der türkische Staatswagen durch unruhige Elemente aus seinem Geleise gebracht werde, zur Freude der Gegner der Türkei und des Islam.

Ich glaube, diesen Vorschlag des Botschafters befürworten und Euere Durchlaucht um geneigte telegraphische Einverständniserklärung bitten zu dürfen.

Stemrich

Nr. 8897

*Der Reichskanzler Fürst von Bülow, z. Z. in Norderney,
an das Auswärtige Amt*

Telegramm. Entzifferung

Nr. 42

Norderney, den 7. August 1908

Auf Telegramm Nr. 51***.

Meine Demarche† war eingegeben von der Besorgnis, daß die freiheitliche Bewegung in der Türkei, der ich eine glückliche Entwicklung

* Siehe Nr. 8895.

** Es geschah durch Telegramm Nr. 136 vom 6. August.

*** Siehe Nr. 8896.

† Vgl. Nr. 8895.

und deshalb vor allem Dauer wünsche, nicht durch Ausschreitungen gefährdet werde. Nachrichten der letzten Tage haben diese Besorgnis noch vermehrt und den Wunsch verstärkt, daß der Sultan die unruhigen Elemente mit Festigkeit im Zaume halte, da Übertreibungen und Exzesse noch immer und überall für Fortschritt und Freiheit die größte Gefahr und häufig den Übergang zur Reaktion gebildet haben. Dieser Gedanke scheint mir in der von dem türkischen Botschafter vorgeschlagenen Fassung nicht mit genügender Klarheit hervorzutreten. Falls daher eine deutlichste Formulierung zurzeit nicht möglich ist, würde es vielleicht besser sein, den Gedanken augenblicklich fallen zu lassen.

Bülöw

Nr. 8898

*Der Stellvertretende Botschafter in Konstantinopel
Gesandter von Kiderlen an das Auswärtige Amt*

Telegramm. Entzifferung

Nr. 239

Therapia, den 7. August 1908

Antwort auf Telegramm Nr. 136*.

Einmischung von außen sowohl für wie gegen Konstitution könnte meines Erachtens jetziger Bewegung bedenkliche Richtung sowohl in nationaler wie in dynastischer Richtung geben. Ausbruch der Bewegung ist ausschließlich von patriotisch gesinnten Offizieren ausgeführt, die sich jetzt nur widerwillig Mithilfe der vordringlichen sogenannten Jungtürken gefallen lassen. Bei den Offizieren hat wesentlich der Glaube mitgewirkt, daß bisherige Regierung durch ihre Schwäche an steter Einmischung des Auslands in innertürkische Angelegenheiten schuld war. Der Sultan hat bisher alles getan, um sich für strikte Ausführung der gewährten Verfassung nach innen und außen zu binden; dahin gehören der vor Scheich ül Islam abgelegte Eid und Erklärungen vor fremden Vertretern bei letztem Selamlık sowie sonstige für Öffentlichkeit bestimmte Äußerungen des Sultans. Es verlautet, daß der Sultan nach heutigem Selamlık nochmals bindende Erklärungen in diesem Sinne vor fremden Vertretern abgeben werde, was vielleicht auf unsere Aktion betreffend Notifikation an Mächte zurückzuführen. Sollte dies heute unterbleiben, werde ich bei neuem Großwesir** dafür eintreten, daß es das nächste Mal geschieht. Der durch das vom Großwesir Said Pascha abgefaßte kaiserliche Reskript begangene Fehler, entgegen dem Wortlaut der Konstitution die Wahl des Kriegsministers und Marineministers der ausschließlichen Initiative des Sultans vorzubehalten, ist durch Entlassung von Said Pascha gesühnt***.

* Vgl. Nr. 8896, Fußnote **.

** Kiamil Pascha.

*** Vgl. Nr. 8895, S. 586, Fußnote *.

An Einsicht und gutem Willen des Sultans ist also nicht zu zweifeln. Daß dies Euerer Durchlaucht Überzeugung ist, werde ich zu verbreiten nicht unterlassen.

Um ganz offen zu sein, muß ich allerdings sagen, daß dasselbe Vertrauen in Seine Majestät den Sultan bei Leitern der Bewegung nicht besteht. Das jetzt zurückgenommene Reskript hat ungünstig gewirkt und in jung-türkischen Kreisen wird Abschrift eines angeblich kaiserlichen Iradees, mit Zustimmung von Said Pascha erlassen, kolportiert, das Geheimpolizei wiederherstellt. Der Sultan wird ferner verdächtigt, bei Adrianopeler Gegenrevolution Finger im Spiele gehabt zu haben und mit den mit Neuordnung der Verhältnisse unzufriedenen Elementen — Alttürken und Leuten, die beim alten Regime ihren Vorteil fanden — unter der Hand Fühlung zu suchen.

Ich glaube, daß Verhältnisse zu mächtig und dem Sultan zu genau bekannt sind, um ihn ein äußerst gefährliches Abweichen von dem jetzt betretenen Wege in absehbarer Zeit versuchen zu lassen. Dazu fehlt schon die Armee.

Wie sehr das Palais ängstlich bemüht ist, auch jeden falschen Schein zu vermeiden, zeigt der Umstand, daß der Oberzeremonienmeister meine in üblicher Weise angebrachte Bitte, heute empfangen zu werden, ablehnte und mich auf den „konstitutionellen“ Weg durch das Ministerium des Äußern verwies.

Es scheint, daß heute die Diplomaten wieder in corpore empfangen werden. Sobald ich aber Seine Majestät allein sprechen kann, werde ich nicht unterlassen, Seiner Majestät in gebührender Form, aber eindringlich zu treuem Festhalten an den gegebenen Versprechungen zu raten. Ich halte mich für ermächtigt, dabei nicht nur Euerer Durchlaucht Ansicht, sondern auch die schwerwiegende allerhöchste Meinung Seiner Majestät des Kaisers, allerhöchstwelcher jede Phase der hiesigen Bewegung vom Standpunkt seiner aufrichtigen und treuen Freundschaft für Seine Majestät den Sultan verfolgt, ins Feld zu führen.

Kiderlen

Nr. 8899

*Der Stellvertretende Botschafter in Konstantinopel
Gesandter von Kiderlen
an den Reichskanzler Fürsten von Bülow*

Ausfertigung

Nr. 157

Therapia, den 9. August 1908

In der gesamten europäischen Presse ist die türkische Verfassungsbewegung, wenn auch teilweise mit erheblichen Reserven, sympathisch begrüßt worden.

Daß die Bewegung, die sich der türkischen Bevölkerung bemächtigt hat, einen wirklichen Aufschwung, eine erhebliche Kräftigung des türkischen Staates herbeiführe, das können nur Deutschland, Österreich-Ungarn, Frankreich und noch Rumänien wünschen. Keiner von diesen Staaten will sich Riemen aus dem türkischen Leder schneiden; sie können bei einer kräftigen Türkei nur Vorteile für ihren Handel erhoffen, und bei uns und Frankreich kommen noch die Interessen bedeutender Kapitalsanlagen ins Spiel. Auch den politischen Interessen dieser Länder entspricht eine starke Türkei. Speziell Frankreich würde auch noch bei einer gut und verfassungsmäßig regierten Türkei um die ihm immer heikler werdende Frage des Protektorats über die Katholiken herumkommen.

Für Österreich-Ungarn mag allerdings ein verfassungsmäßiger Zustand in der Türkei mit Rücksicht auf Bosnien und die Herzegowina einige Unbequemlichkeiten mit sich bringen.

Die umliegenden Balkanstaaten, Bulgarien, Serbien und Griechenland, können die Möglichkeit einer dauernden Erstarkung der Türkei nur mit sauersüßer Miene begrüßen; sie müßten ihre nationalen Aspirationen in absehbare Ferne rücken.

Mit den gleichen Gefühlen muß Rußland ein erstarkendes und aufblühendes Ottomanenreich betrachten. Insbesondere würde eine gleichmäßige und gerechte Behandlung aller türkischen Untertanen ohne Unterschied der Religion einen Strich durch seine jahrhundertalte Politik gegenüber der Türkei machen¹. Es würde keine Möglichkeit mehr vorliegen, unter dem Vorwand der Protektion der orthodoxen Christen sich in die inneren Angelegenheiten der Türkei zu mischen und diese dadurch zu schwächen. Auch kann Rußland die Attraktionskraft nicht erwünscht sein, die eine gut regierte Türkei auf die Muselmanen im Kaukasus ausüben müßte².

Italiens Freude an einer erstarkenden Türkei würde durch seine heimlichen Gelüste auf Tripolis und Albanien wesentlich eingeschränkt.

Am lautesten hat die englische Presse die Verfassungsära der Türkei begrüßt, so laut, daß darüber hier vielfach die Einschränkungen, die man in England machte, übersehen werden.

Ihre bisher offen türkenfeindliche Stellung in der mazedonischen Frage sucht die englische Politik jetzt so darzustellen, als ob sie lediglich gegen das Regierungssystem des Sultans gerichtet gewesen wäre. Daß dies mit den Tatsachen nicht übereinstimmt, geht daraus hervor, daß alle englischen Vorschläge offenkundig die „Autonomie“ der drei europäischen Wilajets, also die Vorbereitung ihrer Lostrennung von der Türkei anstrebten. Ebenso ging das Verhalten Englands in allen Finanzfragen, namentlich bei der dreiprozentigen Zollerhöhung* nicht auf Erschütterung des persönlichen Regimes des Sultans, sondern auf Schwächung des türkischen Staates aus.

Die notorischen englischen Machenschaften am Persischen Meerbusen,

* Vgl. Bd. XXII, Kap. CLXIII.

in Kueit, im Jemen, im Hedjas und an der ägyptischen Grenze, in der Akabafrage, lassen nicht den Wunsch erkennen, die inneren Verhältnisse der Türkei beruhigen und stärken zu helfen³.

Wie sollte da England plötzlich dazu kommen, aufrichtig die Erstar-
kung der Türkei unter einer guten Verfassung zu begrüßen und zu fördern?
Auch kann England die Wirkung kaum erwünscht sein, die ein aufblühender
muhamedanischer Verfassungsstaat auf die unter englischer Herrschaft
ohne verfassungsmäßige Garantien lebenden Muselmanen in Ägypten,
Indien etc. haben müßte.

Außer den Balkanstaaten werden daher weder Rußland noch ins-
besondere auch England geneigt sein, eine Entwicklung und Kräftigung
der Türkei auf guter verfassungsmäßiger Grundlage ehrlich zu fördern.
Sie haben sich in Reval über Anbahnung der mazedonischen Autonomie
geeinigt; sie werden sich auch bei heimlicher Bekämpfung des durch die
reformatorische Bewegung drohenden Aufschwungs die Hand reichen.

Eine sympathische Begrüßung der Bewegung darf darüber nicht
täuschen; durch scheinbare Begünstigung der Bewegung läßt sich diese
leichter in der Türkei gefährliche Bahnen lenken als durch offensichtliches
Übelwollen. Es wäre nicht zu verwundern, wenn insbesondere durch
Agitationen die türkischen Freiheitsschwärmer zu unmöglichen radikalen
Forderungen gereizt würden, um damit die Bewegung aus sich selbst heraus
am ersprißlichen Gedeihen zu hindern.

Darüber sollten sich die Türken klar sein und aufpassen.

Kiderlen

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

¹ Welch ein Segen!

² und in Indien

³ haben aber dazu beigetragen, den Entschluß der Türken zu festigen zu beschleunigen.

Schlußbemerkung des Kaisers:

Sehr gut!

Nr. 8900

*Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès
an den Reichskanzler Fürsten von Bülow*

Ausfertigung

Nr. 359

St. Petersburg, den 10. August 1908

Herr Iswolsky trägt bezüglich der jüngsten Ereignisse in der Türkei
eine optimistische Auffassung zur Schau¹. Mit Anerkennung spricht er
sich über die maßvolle Haltung der Jungtürken² sowie über die kluge und
maßvolle Art, mit der die überraschenden Umwälzungen vorbereitet
wurden, aus.

Daß die Zufriedenheit des Ministers über die neueste Entwicklung der Dinge im nahen Orient eine aufrichtige ist, erscheint mir nicht wahrscheinlich. Eine wirkliche, die Türkei zu einem Achtung gebietenden Machtfaktor in der europäischen Politik emporhebende Gesundung der türkischen Verhältnisse dürfte hier nicht mit ungeteilter Freude begrüßt werden. Denn die auf die freie Ausfahrt aus dem Schwarzen Meer gerichteten „Zukunftsträume“ des Herrn Iswolsky, von denen mir der Minister noch unlängst sprach, würden durch eine solche Wandlung kaum ihrer Verwirklichung näherrücken. Ich möchte daher glauben, daß Herr Iswolsky nicht frei von Heuchelei ist, wenn er seine optimistischen Betrachtungen über die gegenwärtige Lage in der Türkei in die Bemerkung ausklingen läßt: „C'est trop beau, pour qu'on puisse espérer que cela durera.“ Der Minister dürfte im stillen wohl annehmen und hoffen, daß die Rekonvaleszenz des „kranken Mannes“ nicht ohne Zwischenfälle und Rückschläge vor sich gehen wird, und daß solche Rückschläge der russischen Politik Gelegenheit bieten werden, ihren Zielen im nahen Orient näherzukommen.

Vorläufig ist der Minister offenbar der Ansicht, daß es den russischen Interessen am meisten entspricht, den neuen Zuständen in Konstantinopel gegenüber eine wohlwollende Haltung zu zeigen. Daß Herr Iswolsky die jetzige Lage auf der Balkanhalbinsel keineswegs als eine gefestigte ansieht, geht aus seiner Zirkulardepesche* sowie besonders aus dem Umstande hervor, daß er seine Vorschläge zwar vorläufig „zurückgestellt“ wissen will, aber doch Wert darauf legt, sie für alle Fälle mit der Zirkulardepesche zur Kenntnis der Mächte zu bringen.

Ein Umstand, welcher Herrn Iswolsky die wohlwollende Beurteilung der jetzigen Lage erleichtert und seine Genugtuung über die jüngsten Vorgänge auch bis zu einem gewissen Grade als aufrichtig erscheinen läßt, wird jedenfalls darin zu suchen sein, daß sich der Minister von dem Eintritt der Türkei in die Reihe der konstitutionellen Staaten einen Rückgang des deutschen Einflusses dortselbst verspricht. Die Betätigung wirtschaftlicher Interessen seitens Deutschlands auf der Balkanhalbinsel und in Kleinasien sind dem Minister ein solcher Dorn im Auge, daß, wie ich glaube, allein die Hoffnung, diese Interessen geschädigt zu sehen, nicht unerheblich zu seiner jetzigen optimistischen Stimmung beiträgt³.

Mit sichtlicher Genugtuung werden hier alle Nachrichten aufgenommen, in denen die Umwälzungen in der Türkei als eine Folge der deutschen und österreichischen wirtschaftlichen Ausbeutung⁴ jenes Landes dargestellt werden und auf den Ausbruch deutschfeindlicher Gesinnungen in jungtürkischen Kreisen hingewiesen wird. Als neulich diese Nachrichten in einer Gesellschaft in Gegenwart des Herrn Iswolsky besprochen wurden, griff derselbe dieses Thema mit Ernst auf und bemerkte, wenn auch die Meldungen über eine in Konstantinopel sich geltend machende deutsch-

* Vgl. dazu Kap. CXC, Nr. 8872.

feindliche Stimmung Übertreibungen enthielten, so teile er doch die Ansicht, daß die von Deutschland „inaugurierte politique de concessions“ und die Art, mit der Österreich-Ungarn in Nachahmung dieser Politik wirtschaftliche Vorteile für sich einzuheimsen verstanden habe, eine der Ursachen der jetzigen Bewegung sei. Diese Äußerungen, welche ein interessantes Licht auf die Anschauungen des Ministers werfen, dürften den Wunsch als Vater des Gedankens verraten. Sie decken sich ungefähr mit der Tendenz der von Herrn Wesselitzky aus London verbreiteten Nachrichten, nach welchen der auf der Türkei lastende Druck Deutschlands ein so unerträglicher geworden sei, daß die jungtürkische Bewegung zugleich als eine Bewegung zum Zwecke der Emanzipation von diesem Druck anzusehen sei. Ich glaube, daß die Verdrängung unseres Einflusses in der Türkei eines der Ziele ist, die gegenwärtig der Politik des Herrn Iswolsky am meisten erstrebenswert erscheinen, da der Minister nun einmal in diesem Einfluß ein Haupthindernis für die Verwirklichung seiner Zukunftsträume erblickt⁵.

F. Pourtalès

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

¹ Er lügt wie immer

Ein Blender!

² die haben gar nichts damit zu thun!

³ wie christlich und nachbarlich!

⁴ !

⁵ jetzt ist das Türkische Parlament in Aussicht

Nr. 8901

Der Rat im Kaiserlichen Gefolge
Gesandter Freiherr von Jenisch, z. Z. in Wilhelmshöhe,
an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Reinschrift

Nr. 43

Wilhelmshöhe, den 14. August 1908

In meinem Gespräch mit Sir Charles Hardinge* berührte letzterer auch die Vorgänge in der Türkei. Er sagte mir, die englische Regierung sei durch dieselben ebenso überrascht worden wie scheinbar die übrigen Großmächte. Keiner der vielen englischen Agenten in der Türkei hätte auch nur mit einem Wort auf die so nahe bevorstehende Möglichkeit derartiger Umwälzungen hingewiesen. Das einzige beunruhigende Symptom seien Nachrichten aus Paris gewesen, wonach das dortige jungtürkische Komitee für die nächste Zeit einen großen „coup“ vorhabe.

* Das Gespräch fand gelegentlich des Besuchs König Eduards VII. in Wilhelmshöhe am 11. August 1908 statt. Vgl. des näheren Bd. XXIV, Kap. CLXXVII, Nr. 8224 ff.

Mit einer etwas sauer süßen Miene beteuerte Sir Charles, daß die Entwicklung, welche die Dinge in der Türkei in den letzten Tagen genommen haben, von der englischen Regierung mit aufrichtiger Genugtuung begrüßt werde. Es sei dies vielleicht ein Ausweg, aus dem mazedonischen „entanglement“ herauszukommen. Jedenfalls sei die englische Regierung heilsfroh, für den Augenblick der Notwendigkeit überhoben zu sein, die mazedonischen Reformen durchdrücken zu müssen. Auf meine Frage, was für einen Verlauf die Vorgänge in der Türkei nach seiner Ansicht nehmen würden, antwortete mir der Unterstaatssekretär, es sei unmöglich, dies vorherzusagen; persönlich fürchte er, daß es dort noch zu ernststen Unruhen kommen werde. Nach den Berichten aus Konstantinopel scheine es keinem Zweifel zu unterliegen, daß die Sache von langer Hand, vielleicht seit Jahresfrist in militärischen Kreisen vorbereitet worden sei. Aus diesem Grunde habe er auch Seiner Majestät dem Kaiser nicht recht geben können, als allerhöchst derselbe ihm als Ursache der türkischen Bewegung die Begegnung in Reval bezeichnet habe. Ich erwiderte Sir Charles, daß, wenn sie auch vielleicht nicht die Ursache gewesen sei, so habe zweifellos die Revaler Zusammenkunft den Ausbruch der Bewegung wesentlich beschleunigt. Dies gab Hardinge unumwunden zu.

Sir Charles sagte mir, die Flucht Izzet Paschas* auf einem englischen Schiffe habe der englischen Regierung große Verlegenheit bereitet. In der Befürchtung, daß Izzet in der englischen Botschaft Zuflucht suchen könne, habe das Foreign Office letztere telegraphisch angewiesen, dies unter keinen Umständen zuzulassen. Nachdem es Izzet aber einmal gelungen war, sich auf einem englischen Dampfer einzuschiffen, habe er natürlich den türkischen Behörden nicht wieder ausgeliefert werden können.

Im weiteren Verlauf des Gesprächs kam die Rede auf Baron Aehrenthal. Dieser sei ein langjähriger Freund von ihm, aber jetzt erkenne er ihn gar nicht wieder. Noch vor Jahresfrist habe er ihn in Ischl gesehen und eingehend mit ihm die Balkanfrage besprochen. Aehrenthal sei es gewesen, der ihn auf die Donau-Adria-Bahn angesprochen und gefragt habe, wie sich die englische Regierung zu diesem Projekt stelle. Er habe Aehrenthal geantwortet, die englische Regierung sei tatsächlich von serbischer und montenegrinischer Seite angegangen worden, dieses Eisenbahnprojekt bei der Pforte zu unterstützen; dies werde die englische Regierung aber nicht tun, da sie sich davon nur eine weitere Beunruhigung auf dem Balkan verspreche.

Sehr erstaunt sei er, Sir Charles, nun gewesen, als nach der bekannten Aehrenthalschen Rede in den Delegationen Graf Mensdorff eines Tages im Foreign Office erschienen und ihm einen Brief Aehrenthals gezeigt habe, worin dieser Sir Charles an sein Versprechen erinnerte, das Sandschakbahn-

* Der zweite Sekretär des Sultans Abdul Hamid II. hatte sich der Wut des Volks nur mit genauer Not durch Flucht auf ein englisches Schiff entziehen können.

projekt in Konstantinopel zu unterstützen. Er habe Graf Mensdorff gebeten, Baron Aehrenthal zu antworten, daß dieser sich in einem großen Irrtum befinde. Das Sandschakbahnprojekt sei in Ischl mit keinem Wort zwischen ihnen berührt worden, er habe daher auch nicht die englische Unterstützung für dieses Unternehmen in Aussicht stellen können*. Baron Aehrenthal habe daraufhin seinen Irrtum eingesehen und ihm dies durch den Grafen Mensdorff sagen lassen. Im allgemeinen stehe die englische Regierung auf demselben Standpunkt, den Seine Majestät der Kaiser ihm gegenüber als denjenigen der deutschen Regierung bezeichnet habe. Sie erblicke in dem Bau von Eisenbahnen ein wichtiges Zivilisations- und Beruhigungsmittel und werde alle Bahnunternehmungen unterstützen, vorausgesetzt, daß sie nicht dem einseitigen Interesse einer einzelnen Großmacht dienten.

Jenisch

Nr. 8902

*Der Geschäftsträger in Paris Freiherr von der Lancken
an das Auswärtige Amt*

Telegramm. Entzifferung

Nr. 164

Paris, den 15. August 1908

Der augenblicklich hier weilende bisherige türkische Gesandte in Stockholm Scherif Pascha, ein Sohn Said Paschas, suchte mich soeben auf, um mir folgendes zu eröffnen.

In jungtürkischen Kreisen sei man bisher vielfach der Meinung begegnet, der Sultan habe in seinem Widerstand gegen freiheitliche Regungen Stärkung bei Seiner Majestät dem Kaiser, unserem allergnädigsten Herrn, gefunden. Diese Auffassung werde neuerdings natürlich von englischer Seite zu fördern gesucht. Auch er, Scherif Pascha, habe ähnlich gedacht, bis ihm vor kurzem in Stockholm das Glück zuteil geworden, von Seiner Majestät einer sehr eingehenden Unterhaltung über die neuesten Vorgänge in der Türkei gewürdigt zu werden**. Aus den von Seiner Majestät ihm gegenüber gemachten Darlegungen sowie aus einem Gespräch, mit dem allerhöchstderselbe später seine in der Politik recht bewanderte Frau beehrte, habe er zu seiner großen Freude die volle Überzeugung gewonnen, daß unser allergnädigster Herr ein aufrichtiger und warmer Freund eines in Freiheit sich fortentwickelnden ottomanischen Reiches sei.

Als bald nach dem Stockholmer Kaiserbesuch hat sich Scherif Pascha, der schon vor mehreren Wochen seine Demission als Gesandter gegeben hat

* Vgl. Kap. CLXXXVII, Nr. 8716, Fußnote ***.

** Am 3. August hatte das deutsche Kaiserpaar dem schwedischen Hofe in Stockholm einen Besuch abgestattet.

und nur noch für die Festtage auf seinem Posten verblieben war, hierher begeben, um, wie er sagt, die hiesigen Jungtürken über die wahren Gefühle des Deutschen Kaisers gegenüber der türkischen Verfassungsbe-
wegung aufzuklären. Von seinen Landsleuten, die stets mit aufrichtigem Dank der langjährigen aufklärenden Arbeit deutscher Offiziere in der Türkei gedacht hätten, seien seine Mitteilungen über die Auslassungen Seiner Majestät des Kaisers mit lebhaftem Interesse entgegengenommen. Infolgedessen sei die Stimmung im hiesigen Komitee gegenüber Deutschland eine sehr viel wärmere geworden, und man sei übereingekommen, daß diesen Gefühlen in einem von dem hervorragendsten Mitglied des Komitees Ahmed Risa an Seine Majestät zu richtenden Schreiben Ausdruck gegeben werden solle. Besonders wolle man darin den Dank niederlegen, den die türkischen Patrioten Seiner Majestät für die von deutschen Offizieren in der Türkei entwickelte Tätigkeit dauernd schuldig seien. Zur Entgegennahme dieses Schreibens bat mich Scherif Pascha demnächst Ahmed Risa in seinem Beisein zu empfangen.

Ich habe geglaubt, mich diesem Wunsche gegenüber entgegenkommend zeigen zu sollen, und habe Ahmed Risa bitten lassen, mich am 18. d. Mts. mittags zu besuchen. Für den Fall, daß ich nicht besondere Weisungen erhalte, werde ich das Schreiben mit Dank zur Weiterbeförderung entgegennehmen und dabei meiner Überzeugung Ausdruck geben, daß in der Tat Seine Majestät, unser allergnädigster Herr, allerhöchstwelcher stets ein aufrichtiger Freund des ottomanischen Reiches gewesen sei, einer zu politischem und wirtschaftlichem Gedeihen führenden, in Eintracht zwischen Herrscher und Volk sich vollziehenden freiheitlichen Entwicklung desselben nur die wärmste Sympathie entgegenbringen könne*.

Scherif Pascha bat schließlich noch, seine Mitteilungen und die geplante Demarche streng vertraulich zu behandeln.

Lancken

* Durch Telegramm Nr. 144 vom 27. August wurde Freiherr von der Lancken ermächtigt, Ahmed Risa folgendes auszurichten:

„Seine Majestät haben die Immediateingabe huldreichst entgegenzunehmen geruht und benutzen gern den Anlaß, um dem Komitee allerhöchstseinen bereits Seiner Majestät dem Sultan zum Ausdruck gebrachten Wunsch zu wiederholen, daß die durch Wiedereinführung der Verfassung eingeleitete Reformaktion dem ottomanischen Volke zu Glück und Segen gereichen möge. Seine Majestät hegen für die in Eintracht zwischen Herrscher und Volk sich vollziehende freiheitliche Entwicklung des ottomanischen Reiches aufrichtigste Sympathien und sind davon überzeugt, daß auch Seine Majestät der Sultan den so rückhaltlos betretenen Weg der Reformierung seines Reiches seinem gegebenen Worte getreu einhalten werde. Das Komitee kann sich für vergewissert halten, daß Seine Majestät stets ein treuer Freund des ottomanischen Volkes bleiben und auch der türkischen Armee allerhöchstseinen Interesse in alle Zukunft erhalten werden.“ Ferner wurde Ahmed Risa, der den Wunsch eines Empfangs bei Fürst Bülow ausgesprochen hatte, eröffnet, daß dieser ihn gern in Norderney empfangen werde. Vgl. Nr. 8908.

Nr. 8903

*Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès
an den Reichskanzler Fürsten von Bülow*

Entzifferung

Nr. 385

St. Petersburg, den 21. August 1908

Meinem österreichisch-ungarischen Kollegen, der gestern St. Petersburg mit dreimonatlichem Urlaub verlassen hat, bot sich anlässlich des Diners, das zur Feier des Geburtstages des Kaisers Franz Joseph in Krasnoe Selo stattfand, Gelegenheit zu einer politischen Konversation mit Seiner Majestät dem Kaiser Nikolaus. Graf Berchtold war, wie er mir ganz vertraulich mitteilte, für den Fall, daß sich eine solche Gelegenheit böte, von seiner Regierung beauftragt worden, dem Zaren gegenüber den Gedanken zu entwickeln, daß keineswegs, wie jetzt vielfach behauptet werde, die angebliche wirtschaftliche Ausbeutung der Türkei durch Österreich-Ungarn und Deutschland, sondern vielmehr das Mißtrauen gegenüber den weiteren Reformplänen der Mächte und die Besorgnis vor etwaigen in Reval in dieser Beziehung getroffenen Abmachungen die Hauptursache der jüngsten Umwälzungen gewesen sei.

Bei einem längeren Gespräch, in das der Monarch den Botschafter nach der Tafel zog, zeigte sich Seine Majestät dieser Auffassung vollkommen zugänglich und gab zu, daß die Besorgnis vor den Reformen in erster Linie die jüngsten Ereignisse herbeigeführt hätte. Auf der Rückfahrt von Krasnoe Selo sprach sich dann Iswolsky dem Grafen Berchtold gegenüber in ganz ähnlichem Sinne aus.

Portalès

Nr. 8904

*Der Botschafter in Rom Graf Monts, z. Z. in Haimhausen,
an den Reichskanzler Fürsten von Bülow*

Ausfertigung

Nr. 2

Haimhausen, den 24. August 1908

Herr Tittoni, welcher vorgestern abend per Auto aus der Schweiz kommend in München eingetroffen war und morgen in Berchtesgaden dem Herrn Staatssekretär einen Besuch abstatten will, brachte den gestrigen Nachmittag und Abend bei mir zu. Bei dieser Gelegenheit äußerte sich der Minister über die türkischen Angelegenheiten in folgender Weise:

Wenn man ehrlich sein wolle, hätte die türkische Staatsumwälzung eigentlich alle europäischen Mächte überrascht. Immerhin könnten die Dreibundmächte es sich zum Verdienst anrechnen, daß sie der Gefährlichkeit der mazedonischen Wirren sich stets bewußt gewesen wären und un-

ausgesetzt im europäischen Konzert davor gewarnt hätten, die Türken zu sehr zu bedrängen.

Italien stände im übrigen der Änderung der türkischen Dinge durchaus wohlwollend gegenüber. Die Revolution sei zwar nur von einer Handvoll Leute gemacht, diese repräsentierten aber die Elite des Ottomanentums. Auch schienen die in deutscher Schule gebildeten jungtürkischen Offiziere ihre Truppen unbedingt in der Hand zu haben. Sollte es dieser allerdings nur sehr dünnen Oberschicht gelingen, ihr Vaterland aus dem bisherigen gâchis herauszubringen, so würde dies durchaus mit den Interessen Italiens harmonieren. Wenn auch eine gewisse Anzahl von Politikern in seinem Vaterland fortdauernd begehrlche Blicke auf die gegenüberliegende adriatische Küste werfe und viele Schreier unausgesetzt sonstige Stücke des türkischen Territoriums reklamierten, so sei wenigstens die gegenwärtige Regierung fest entschlossen, diesen unreifen Aspirationen nicht nachzugeben. Falls diese Elemente etwa im Parlament die Oberhand gewinnen sollten, einen Fall, den der Minister übrigens sowohl bezüglich dieser als der in Bälde zu wählenden Kammer für ausgeschlossen erachtet — so würden er und seine politischen Freunde lieber von der Leitung der Geschäfte zurücktreten, als wie eine so unverständige Politik mitzumachen.

Der Herr Minister gedachte schließlich noch der Angriffe, die gegen Marquis Imperiali sowohl in italienischen als besonders auch in französischen Blättern kürzlich gerichtet worden. Er sei diesen Angriffen, deren Berechtigung er nicht anerkennen könnte, in scharfer Weise entgegengetreten und wäre entschlossen, den Botschafter gegen wen auch immer zu verteidigen. Er freue sich, daß Baron Marschall in diesen Tagen an den Bosphorus zurückkehrt, an dem der jüngere und nicht so erfahrene italienische Vertreter von jeher seinen besten Halt gefunden hätte.

Monts

Nr. 8905

*Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Schoen,
z. Z. in Berchtesgaden, an den Reichskanzler Fürsten von Bülow*

Ausfertigung

Berchtesgaden, den 26. August 1908

Herr Tittoni, welcher durch den italienischen Botschafter in Berlin erfahren hatte, daß ich mich voraussichtlich zu der Zeit in Berchtesgaden aufhalten würde, wo seine Reise nach Mähren ihn ganz in meine Nähe führen werde, hatte mir freundlicherweise einen Besuch auf meinem Landsitz angeboten. Dieser Besuch ist gestern zur Ausführung gekommen.

In den Gesprächen, die wir hatten, hat Herr Tittoni zunächst den Gedanken weiter gesponnen, den er vor einigen Wochen bereits in Berlin

und in Wien hatte zum Ausdruck bringen lassen, den Gedanken nämlich, daß angesichts der vorläufig nicht übersehbaren, möglicherweise aber ernstesten Ereignisse, die sich in der Türkei vollziehen könnten, die Dreibundmächte in enger Fühlung erwägen und handeln sollten*. Der Minister verhehlte dabei nicht, daß in dieser Beziehung die österreichisch-ungarische Politik zuweilen einiges zu wünschen übrig gelassen habe, ein Zustand, den er beklage, da ihm nichts mehr am Herzen liege als ein durch keinerlei Dissonanz getrübtcs Verhältnis zwischen den Dreibundmächten. Sei er vor einigen Monaten schon durch das Vorgehen Baron Aehrenthals in Sachen der Sandschakbahn in nicht angenehmer Weise vollständig überrascht und — zur Beschwichtigung der öffentlichen Meinung seines Landes — zu dem Gegenzug energischen Eintretens für die Donau-Adria-Bahn veranlaßt worden**, so habe kürzlich wieder Österreich-Ungarn einen bedeutungsvollen Entschluß in der Orientpolitik gefaßt, ohne den geringsten Versuch einer vorherigen Verständigung mit Italien zu machen. Das Wiener Kabinetts habe nämlich nicht nur die in Mazedonien tätigen österreichisch-ungarischen Gendarmerie-Offiziere mit Urlaub von unbestimmter Dauer zurückgezogen, sondern auch diese Tatsache den Mächten durch Note mitgeteilt. Späterhin habe die österreichisch-ungarische Regierung allerdings der Überraschung, die jene Mitteilung nicht nur in Rom, sondern anscheinend auch an anderen Orten geweckt, dadurch zu begegnen gesucht, daß sie erklären ließ, es handle sich nicht um alle, sondern nur um die bereits in Urlaub befindlichen Offiziere. Die Stellungnahme der Mächte zu der Umwälzung in der Türkei sei aber eine Frage, die alle an der Reformaktion beteiligten Mächte in gleichem Maße interessiere und eine vorherige Verständigung erheische. Er gedenke sich über diesen Punkt demnächst mit Baron Aehrenthal, mit dem er am 4. September in Salzburg zusammentreffen werde, in aller Freundschaft, aber auch mit aller Offenheit auszusprechen.

Obwohl im allgemeinen Optimist, könne er der weiteren Entwicklung der Dinge in der Türkei doch nicht ohne einige Sorge entgegensehen. So friedlich sich auch bisher der dortige Umschwung dank der klugen Mäßigung der leitenden Elemente und dank der ruhig neutralen Haltung der Mächte vollzogen, so scheine es doch nicht ausgeschlossen, daß die nationalen und religiösen Gegensätze nach dem Schwinden der ersten Konstitutionsbegeisterung wieder in alter, wenn nicht in erheblicherer Schärfe wie vorher hervortreten und zu Maßregeln und Gewalttaten führen könnten, welche Interessen, Eigentum und Leben der Fremden in der Türkei erheblich gefährden. Sollte es dahin kommen, daß eine oder die andere Macht sich aus derartigem Anlaß zu einer Demonstration oder Intervention genötigt glaubte, so könnte eine den Frieden gefährdende Lage entstehen. Nicht isoliertes Vorgehen einer Macht, sondern gemein-

* Vgl. Nr. 8890.

** Vgl. darüber Kap. CLXXXVII.

schaftliches Handeln aller Mächte müsse etwaigen ernststen Ereignissen gegenüber mehr wie je die Losung sein.

Ich glaube Herrn Tittoni mit der Versicherung beruhigt zu haben, daß meines Wissens keine einzige Macht Neigung zur Intervention in der Türkei, weder isolierter noch gemeinschaftlicher, habe. Der Grundsatz der Aufrechterhaltung des europäischen Konzerts werde nirgends gewissenhafter und aufrichtiger befolgt wie gerade in Wien. Übrigens hielt ich die Hoffnung für durchaus berechtigt, daß sich ein Anlaß für eine Intervention so leicht nicht bieten werde. Die führenden Geister in der türkischen Bewegung hätten eine erstaunliche Mäßigung und Klugheit bewiesen und würden sicher alles sorgsam vermeiden, was Einmischungen der Mächte rechtfertigen könnte. Positive Gründe zu unmittelbarer Beunruhigung habe er zurzeit auch nicht, erwiderte Herr Tittoni, aus ihm spreche zunächst nur ein Gefühl der Vorsicht und der Sorge, keine Kluft zwischen den Dreibundmächten sich öffnen zu lassen. Wir könnten, setzte er vertraulich hinzu, ihm einen Dienst erweisen, den er überaus dankbar erkennen würde, wenn wir dann, wenn Österreich-Ungarn in wichtigen allgemeinen Fragen mit uns ins Benehmen tritt, uns die Sicherheit verschaffen wollten, daß auch Italien mit hinzugezogen ist oder wird. Ich habe Herrn Tittoni gern zugesagt, ihm in dieser Richtung gefällig zu sein, selbstverständlich müßten wir jedoch sorgsam alles vermeiden, was in Wien den Eindruck mangelnden Vertrauens oder der Schulmeisterei machen könnte. Dazu sei auch gar kein Anlaß, denn ich sei von der skrupulösesten Loyalität der Politik Baron Aehrenthals fest überzeugt. pp.*

v. Schoen

Nr. 8906

*Aufzeichnung des Botschafters in London
Grafen von Metternich, z. Z. an Bord der „Amerika“*

Reinschrift

An Bord des Dampfers „Amerika“, den 14. August 1908
[eingetroffen am 25. August]

Seit den bulgarischen und armenischen Greueln ist zuerst Gladstone, dann Salisbury und mit ihm ganz England auf die antitürkische Seite getreten. Tief angelegte politische Pläne lagen dem nicht zu Grunde. Das Massakrieren genügte. Seit dem Siege der Jungtürken erinnert sich England plötzlich wieder daran, daß es eigentlich nie antitürkisch, sondern nur anti Sultan Abdul Hamid gewesen sei¹. Die „Times“ spricht salbungsvoll von der traditionellen Freundschaft Englands für die Türkei, und die

* Der Schluß des Berichts behandelt die deutsch-englischen Beziehungen, in specie die Flottenfrage; er findet sich in Bd. XXIV, Kap CLXXVII, Nr. 8240. 

anderen Blätter stimmen in den Chorus ein. Sir Edward Grey erteilt den Jungtürken seinen Segen, zieht alle Reformprojekte zurück und erklärt, die englische Politik wünsche nichts sehnlicher als die Regeneration der Türkei durch sich selbst*. In Konstantinopel selbst bringt die Bevölkerung dem neu eingetroffenen englischen Botschafter** Ovationen dar! Auch die Türken erinnern sich wieder der alten englischen Freundschaft mit Freuden. Die Türkei glaubt die Morgenröte einer glücklicheren staatlichen Zukunft vor sich zu sehen, und ihre Bewohner, müde des alten Spionage-, Bestechungs-, Erpressungs- und Ausbeutungssystems, liegen sich gerührt in den Armen. Alte Gegner werden zu Freunden, Banditenführer wandeln Arm in Arm mit den Beschützern der Ordnung, und die Gegensätze zwischen Religion und Rasse scheinen vergessen.

In dem politischen Wunderlande, der Türkei, mag es in Bälde aber auch wieder anders kommen. Das leitende Komitee mag sich selbst zerfleischen, die Armee die Gewalt an sich reißen, der Rassenkampf wieder losbrechen, die Revolution wieder einsetzen und dem Zukunftsparlament Gelegenheit geboten werden — nach dem Beispiel seiner Brüder in Sibirien und unter den Trümmern des Mejliss-Palastes — seinerseits auf dem Boden des Bosphorus ein frühzeitiges Ende zu finden.

Nehmen wir aber nun bis auf weiteres den Fall an, daß die eingetretene Neuentwicklung der Türkei fort dauern und daraus ein regeneriertes Reich mit parlamentarischen und liberalen Institutionen nach englischem und französischem Geschmack hervorgehen wird, so entsteht für uns die interessante Frage, ob wir dieselbe Stellung in der neuen Türkei beibehalten werden, die wir in der alten Türkei gehabt haben, ob wir unsern leitenden Einfluß dort mit anderen teilen müssen oder ihn gar verlieren werden.

Die Türkei ist uns zur Dankbarkeit verpflichtet. Wir liehen ihr Generale zur Reorganisation ihres Heeres, und wir haben mit weiser Mäßigung den reformatorischen Einmischungseifer Europas in ihre inneren Verhältnisse, worunter das Herz der türkischen Patrioten blutete, zurückgehalten. Wir waren ferner treue Freunde des Sultans. Dies fiel schwer zu unseren Gunsten in die Wagschale, solange derselbe die Macht in Händen hatte. Das neue Regime hat sie ihm abgenommen, und dieses wird unserer Freundschaft zum Sultan wegen schwerlich Dankbarkeit empfinden. Wir haben mit richtigem politischen Blick das neue Regime sofort sympathisch begrüßt. Dasselbe tun die übrigen Großmächte, selbst Rußland und Öster-

* Am 27. Juli hatte Sir E. Grey im Unterhause ausführlich die Balkanfragen und das deutsch-englische Verhältnis behandelt. Er legte bei dieser Gelegenheit die englischen Ziele in Mazedonien, die niemals politischer, sondern nur humanitärer Natur gewesen seien, dar. Für England sei die mazedonische Reform stets nur eine Frage guter oder schlechter Regierung gewesen. Wenn die neugeschaffene Lage, die Sir E. Grey höchlich begrüßte, andauere und dahin führe, daß die ganze Verwaltung des Landes verbessert werde, so würde damit auch die mazedonische Frage erledigt sein. Die englischen Sympathien seien jedenfalls auf Seiten derer, die „mehr Freiheit, mehr Festigkeit und mehr Unparteilichkeit in die Regierung ihres Landes einzuführen suchen“.

** Sir G. A. Lowther, Nachfolger des am 19. März 1908 verstorbenen Sir O'Connor.

reich-Ungarn. Ein besonderer Anspruch auf Dankbarkeit erwächst uns gegenüber dem Allgemeinverhalten der Mächte kaum. Die Rolle eines Beschützers parlamentarischen Strebens steht vielleicht sogar dem liberalen England und dem republikanischen Frankreich natürlicher als dem autoritären Deutschland. Der Türke spricht unter den Sprachen des Abendlandes am liebsten französisch, und der Jungtürke hat die demokratische Atmosphäre von Paris eingesogen. Die in England weilenden Jungtürken überlaufen seit Beginn der neuen Ära, wie mir bekannt geworden ist, die Redaktionen der großen englischen Zeitungen, um sich Rat zur Einführung der liberalen Institutionen zu holen. Es ist mir unbekannt, ob sich die Vertreter der jungtürkischen Partei auch in Deutschland Rat suchend umhersehen. Die Feinfühligen in der englischen Politik bemerken schon, daß sie bei weiterer Konsolidierung der neuen Ordnung der Dinge den früheren leitenden Einfluß in der Türkei leicht zurückgewinnen können, sie warten aber noch ab, wie der Hase läuft, und wünschen auch nicht durch verfrühtes lautes Jubilieren eine weitere ernste Verstimmung zwischen Deutschland und England zu schaffen.

Ich habe bisher anzudeuten versucht, inwieweit militärische und politische Erinnerungen oder ethische Rücksichten im Jungtürkentum das Gefühl der Dankbarkeit gegen Deutschland wachzuhalten geeignet seien. Es tritt noch hinzu das wirtschaftliche Moment. Die Erschließung Kleinasiens durch eine Bahn liegt gewiß im Interesse der Türkei. Es würde aber ein Novum in der Geschichte des Eisenbahnzeitalters sein, zu finden, daß dem Erbauer einer Bahn politische Dankbarkeit bewahrt wird, zumal wenn dieselbe mit kilometrischen Garantieleistungen belastet ist, die sich in der Türkei keineswegs einer besonderen Beliebtheit erfreuen sollen. Auch der Handel löst keine Gefühle der Dankbarkeit aus. Er beruht auf Vorteil, und es freut sich der, welcher ihn einheimst.

Wir haben die japanische Armee erzogen und sie zu dem gemacht, was sie ist. Japan hat es uns zu verdanken, daß seine Armee imstande war, Rußland zu besiegen. Trotzdem zeigt uns die japanische Politik keine Dankbarkeit. Allerdings steht zwischen uns und der Türkei glücklicherweise kein Schimonoseki. Wir haben damals Rußland nach dem chinesisch-japanischen Kriege beigegeben und uns dadurch dauernd die japanischen Sympathien entfremdet, ohne einen eigenen Vorteil zu erlangen^{2*}. Es hat uns dafür nicht einmal unmittelbar nachher Dankbarkeit gezeigt, indem es uns den Preis des Zusammengehens vorenthielt und die chinesische Anleihe mit Frankreich wesentlich allein machte. Wir haben ihm im Kriege mit Japan die wohlwollende Neutralität bis zur Grenze der Parteinahme bewahrt^{**}. Es ist deswegen nicht dankbar. Weder Regierung noch Slawentum. Das offizielle Deutschland hat England gegenüber während des Burenkrieges eine wohlwollende Stellung

* Vgl. Bd. IX, Kap. LVII.

** Vgl. Bd. XIX.

eingonnen*. Auch England ist deshalb nicht dankbar, was noch eher entschuldbar ist, als es gar nicht weiß, welchen Dienst wir ihm damals geleistet haben.

Auch die politische Dankbarkeit hat den Blick mehr auf das Kommende als auf das Vergangene gerichtet. Sie besteht, nach dem Worte eines deutschen Philosophen, in dem Vorgefühl künftiger Wohltaten. Die Frage lautet: wer wird mir helfen können, nicht: wer hat mir einmal früher geholfen, und, auf die Türkei angewandt: ist das Deutschland oder England?

Ich habe noch vor Eintritt der neuen Ereignisse mir gestattet, darauf hinzuweisen, daß unsere Stellung in Konstantinopel hauptsächlich auf zwei unsicheren Faktoren beruht: auf der Person des jetzt regierenden Sultans und auf der Torheit der englischen Politik. Die eine ist letzthin in den Hintergrund gedrängt worden, und die andere ist inzwischen auf dem besten Wege der Umwandlung.

Wer kann nun der Türkei das meiste bieten? Mit England befreundet braucht sie keine feindliche Flottendemonstration großen und gefährlichen Maßstabes zu befürchten, und es weicht sofort der Druck³, welcher sich durch die englisch-russische Entente schon über Konstantinopel zu lagern begann. Die Einmischung der Mächte wird so leicht nicht mehr kollektiv auftreten, wenn der leitende Geist daraus geschwunden ist. Die Reformaktion zerfällt sofort in nichts, wenn England fehlt. Die hungrigen Balkanstaaten, die am Fleische der Türkei nagten, werden gezügelt, wenn sie nicht mehr durch englischen Reformeifer angefeuert werden. Die englische Flotte kann auch — und dazu genügt, was im Mittelmeer und Gibraltar ist — durch ihr Erscheinen der jungtürkischen Reformpartei, falls erforderlich, Mut einflößen und den Sultan in etwaigen Momenten reaktionärer Anwandlungen beeinflussen. Auch in Asien kann eine freundliche Politik Englands den Türken manche Sorge ersparen, sowohl an den heiligen Stätten wie an den Außenposten des Reichs am Persischen Golf, wo der englische Einfluß stark, der türkische schwach ist.

Wir dagegen können nach Fortfall der englischen Feindseligkeit und nach Zurückdrängung der Person des Sultans der aus sich selbst reformierten Türkei nicht viel mehr als unsere guten Wünsche zu fernerm Gedeihen anbieten. Beim einzigen Punkt, wo unsere Hilfe auch einer reformierten Türkei von wesentlichem und durchschlaggebendem Nutzen sein würde, beim Schutze gegen Rußland, den wir kräftiger als irgend eine andere Macht leisten könnten, werden wir wohl kaum einsetzen, da uns das deutsche Hemd näher als der türkische Rock liegt und wir die seit Bismarcks Tagen mit einer kurzen Unterbrechung befolgte Politik des Versuchs einer Anlehnung an Rußland der unsicher gewordenen türkischen Freundschaft zuliebe wohl nicht aufgeben wollen.

Aber nicht nur ist die englische Freundschaft der Türkei wichtig,

* Vgl. Bd. XV, Kap. CI, CIII.

auch England wird aus eigenem Interesse auf den Weg einer türkenfreundlichen Politik gewiesen und konnte nur solange davon abgehalten werden, als die während der Regierungszeit des jetzigen Sultans vorgefallenen Christenermordungen die öffentliche Meinung Englands dem Türkenreiche entfremdet hatten. Sie wurden der Person des Sultans und dem bisherigen Regime zur Last gelegt. Mit der Ursache verschwindet aber auch die Wirkung. Der Plan, welcher der englischen Politik vielfach zugemutet wurde — an den ich aber nicht glaube —, durch Bekämpfung der Türkei ihre Ohnmacht zu besiegen und auf ihren Trümmern die Bruchteile der muhammedanischen Welt zu beherrschen, hat doch manche Schwierigkeiten und Gefährlichkeiten im Gefolge. Je schwächer die Türkei wird, um so näher rückt die Frage der Öffnung der Meerengen für russische Kriegsschiffe, was bei aller Freundschaft für Rußland den Engländern nicht erwünscht sein kann⁴. Auch kann es England auf die Dauer nicht frommen, daß es sich durch eine immer stärker prononcierte anti-türkische Politik in Gegensatz zu vielen seiner muhammedanischen Untertanen gebracht sähe.

Die jungtürkische Bewegung, falls sie zu einer regenerierten und erstarkten Türkei führen sollte, bildet für die englische Politik eines der unverdient glücklichsten Ereignisse der letzten Jahrzehnte. Der jungtürkische Vorwand gestattet ihr, neue, Erfolg bringende Bahnen zu wandeln. Mit der erstarkten Türkei schließen sich die Meerengen von selbst, und die englische Diplomatie wird der Mühe enthoben, sich mit Rußland darüber zu verständigen oder auseinanderzufallen⁵. In demselben Maße wie England gewinnt, verlieren natürlich die russischen Aspirationen durch die Wiederbelebung der Türkei an Aussicht auf Verwirklichung. Daraus entsteht aber noch lange nicht notwendig wieder ein englisch-russischer Gegensatz⁶. Die Verständigung zwischen beiden Ländern bezieht sich auf Zentralasien und nicht, mit Ausnahme der mazedonischen Reformaktion soviel wir wissen und auch anzunehmen ist, auf die Türkei. England gerät daher nicht in einen Interessengegensatz zu gemachten Versprechungen und kann sich bei türkenfreundlicher Politik zum mindesten ebenso leicht durchlavieren, wie wir es zu Wege gebracht haben, seit 30 Jahren als Stütze der Türkei und Reorganisator ihres Heeres aufzutreten und trotzdem ein gutes Verhältnis zu Rußland zum pivot unserer auswärtigen Politik zu machen⁷, während die russische Politik von jeher auf Schwächung der Türkei hingearbeitet hat, um die Erbschaft des kranken Mannes antreten zu können⁸.

Durch eine türkenfreundliche Wendung Englands wird seine Position in Asien und am Nil gestärkt. So weit wird auch eine regenerierte Türkei für absehbare Zeit nicht gehen, daß sie an eine Wiedererlangung Ägyptens denken kann. England wird vielmehr der Sorge enthoben sein, daß die Türkei aus Notwehr nach ausgebauter Eisenbahn ein Heer zur Bedrohung des ägyptischen Besitzes in die Nähe des Suezkanals schickt. Auch wird der gegen die englische Herrschaft gerichteten nationalen Bewegung in

Ägypten der religiöse Inhalt genommen sein, wenn England auf die Seite der Türkei tritt. Auch die Fäden, welche der Kalif nach Indien spann, braucht das mit der Türkei gehende England nicht mehr zu fürchten⁹. Die Rolle eines Beschützers der muhammedanischen Welt wird England, nachdem es seine Politik in eine türkenfreundliche umgewandelt hat, in Anbetracht seiner Machtstellung in asiatischen Ländern mit muhammedanischer Bevölkerung von selbst zufallen. Seine Herrschaft in Indien beruht aber neben der englischen Armee auf der Treue der Muhamedaner. Die Rolle Deutschlands als Beschützer hört von selbst auf, wenn es nichts mehr zu beschützen gibt. Deutschland konnte nur aus der Entfernung die schützende Hand ausstrecken, England kann aber an Ort und Stelle handelnd auftreten. Mit der Umwandlung der englischen Politik brauchen sich schließlich die Pfade Englands mit denen Frankreichs weder in Konstantinopel noch in Syrien mehr zu kreuzen. Sie laufen dann parallel, so weit das im Orient, wo jeder europäische Staat auf die größtmögliche Ausbeutung des eigenen Vorteils Bedacht nimmt, möglich ist.

Die Leiter der Jungtürken scheinen einzusehen, daß sie in der Person des Nachfolgers des Kalifen als Beherrscher aller gläubigen Muselmanen ein wichtiges asset für die Macht und den Bestand des türkischen Reiches besitzen, und daß sie daher die Person des Sultans trotz voraufgegangener erbarmungsloser Feindschaft schützen müssen, wohl auch deshalb, weil der Freuden- und Freiheitstaumel die einfachen Massen der ländlichen Bevölkerung in den abgeschlossenen Gegenden des Reichs doch noch nicht ergriffen haben dürfte und eine Vergewaltigung der geheiligten Person des Sultans eine Reaktion zu Ungunsten der neuen Bewegung innerhalb der Grenzen des Reichs hervorrufen könnte.

Rußlands Hoffnungen im nahen Osten sind hin, wenn die neue Bewegung erstarkt und sich so weiter entwickelt, wie ihre Gönner es wünschen. Österreich-Ungarn kann allenfalls eine gesunde Türkei, wenn sie nicht allzu robust wird, dulden, wenn es nicht befürchten müßte, daß das Jungtürkentum auf die österreichischen Okkupationsgebiete hinübergreift und ihm dort ernstlich zu schaffen macht. Die Möglichkeit, daß aus der neuen Bewegung, wenn die erste Begeisterung verraucht ist, der Kampf aller gegen alle an seiner langgestreckten südslawischen Grenze mit den Komplikationen des Einschreitens anderer Mächte entsteht, muß ihm aber vorzüglich Sorge bereiten. Es wird sich daher vielleicht zur Verabredung von Präventivmaßregeln für gewisse Fälle auf gemeinsamem Boden mit Rußland wieder zusammenfinden. Wenn es sich nur darum handelt, die kleinen Balkanruhestörer im Zaume zu halten, wird auch England dabei sein. England und Frankreich allein unter den Großmächten haben ausschließlich Vorteil von dem endgültigen Triumph der neuen Bewegung. Die Imponderabilien sprechen zu ihren Gunsten.

Kiamil Pascha, der neue Ministerpräsident, hat vor einigen Tagen einem deutschen Zeitungskorrespondenten gesagt, es sei unwahr, daß die neue Richtung deutschfeindlich sei. Die Türkei schulde Deutschland Dank-

barkeit. Deutschlands Freundschaft allein habe allerdings die Türkei nicht vor dem Ansturm anderer Mächte bewahren können, und die zu neuem Leben erwachte Türkei müsse daher neben der deutschen Freundschaft auch die anderer Mächte kultivieren. Dies ist durchaus richtig, und ich bin weit entfernt davon, anzunehmen, daß unser bewiesenes Wohlwollen von heute auf morgen vergessen sein und die Türkei sich bewußt von uns abkehren wird. Die türkische Politik wird sich aber in erster Linie dem zukehren, der ihr am meisten nutzen und am meisten schaden kann, und das ist England. Sobald Englands törichte Politik aufhört und es den Wunsch betätigt, Freund der Türkei zu sein, wird es in Konstantinopel bald die leitende Rolle haben. Das liegt in der Natur der Verhältnisse und ist unabhängig von unserem Verhalten. Wir können den Prozeß verlangsamen dadurch, daß wir nach wie vor auch der jungen Türkei unser aufrichtiges Wohlwollen bezeigen und im Verein mit anderen so gewillten Mächten die umliegenden kleinen Staaten zur Ruhe verweisen, damit die Türken an ihrem eigenen Ziele ungestört weiterarbeiten können. Wenn plötzlich die gesamte Staatsmaschine auf ein neues Niveau gehoben werden soll, so ist dazu vor allem Geld notwendig, bis die Einnahmen wieder geregelt fließen. In England hörte ich Zweifel darüber äußern, wo die Reformpartei die Mittel hernehmen würde, um einen neuen Verwaltungsapparat zu schaffen und die staatlichen Funktionen in neue Bahnen zu leiten. Es entzieht sich meiner Kenntnis, in welchem Verhältnis das Komitee für Freiheit und Fortschritt zum Komitee in Paris steht¹⁰ und in welcher Weise beide mit der neuernannten Regierung in Konstantinopel zusammenwirken, oder wer von diesen Faktoren die treibende Kraft und den entscheidenden Einfluß auf die Staatserneuerung der Türkei besitzt. Wer aber hier unter den auswärtigen Mächten auf das richtige Pferd wettet, gewinnt natürlich selbst Einfluß, und zwar einen Einfluß, der mit der Zukunft rechnen kann anstatt mit der ablassenden Vergangenheit. Es entzieht sich nun wiederum meiner Beurteilung, ob wir in der Lage sind, den Machtsitz der neutürkischen Regierungstätigkeit mit Anleihen zu finanzieren, natürlich nur gegen kaufmännisch zu rechtfertigende Sicherheit. Das Geldleihen ohne begründete Aussicht auf Rückzahlung bleibt stets ein schlechtes Geschäft, und politische Motive sind dafür keine genügende Entschuldigung. Hat die neue Regierung aber Geld, um dem Heere den Sold zu zahlen¹¹, so verringert sich dadurch die Gefahr, daß alles im Chaos endet.

Es ist nun auch in unseren Zeitungen die Ansicht geäußert worden, daß die englische Politik, wenn sie türkenfreundlich wird, mit der unsrigen dann in Konstantinopel parallel läuft, daß wir dann unseren Einfluß dort mit England friedlich teilen werden, und daß England dann keinen Grund hat, unsern Einfluß zu zerstören. Ich muß dies leider in Zweifel ziehen. In eine ausschlaggebende Stellung können sich nicht mehrere teilen. Sie fällt dem zu, der das Beste zu bieten hat, dem die Sympathien zufallen, auch dem, von dem das meiste zu fürchten ist. Alles dies trifft auf England zu, wenn die Türkei jungtürkisch bleibt¹². Der fremde Einfluß im

Orient ist wirtschaftlicher oder politischer Natur. In der Regel ist beides miteinander verwoben. Wer den stärksten politischen Einfluß besitzt, erhält am ehesten Konzessionen und seine kaufmännischen Unternehmungen werden begünstigt. England wird schwerlich der Versuchung widerstehen, wenn sein Einfluß in Konstantinopel es zuläßt, ihn nach dieser Richtung zu unserem Schaden auszubeuten. Denn es macht sich doch mal so, daß, was dem einen frommt, dem andern mitunter nicht paßt; auch daß beide dasselbe verlangen, aber nur einer es haben kann. Ob die Bagdadbahn, wenn sie nach sieben Jahren noch denselben rein deutschen Charakter trägt, den sie heute hat, bei vorwiegendem englischen Einfluß in Konstantinopel neue kilometrische Garantien erhalten wird, ist zum mindesten zweifelhaft, da England bekanntlich in ihrem Ausbau eine Gefährdung seiner Stellung am Persischen Golf erblickt.

England glaubt aber auch unsere rein politische Stellung in der Türkei fürchten zu müssen und wird sie daher zu schwächen suchen, wenn sein eigener Einfluß ihm dies gestattet. England mißtraut unserer Stellung in der mohammedanischen Welt und fürchtet, daß wir sie bei Verwickelungen mit England dazu benutzen werden, um ihm durch den Kanal der Türkei Schwierigkeiten in Ägypten und Indien zu bereiten. Dies sind insbesondere Lord Cromers Befürchtungen. Sie werden von vielen einflußreichen Engländern geteilt. England fürchtet, daß wir im Kriegsfall, wenn wir unsern Einfluß in Konstantinopel behalten, die türkische Armee auf unserer Seite haben werden¹³. Dahin wurde in England unter anderem die jüngste Anwesenheit des Generals von der Goltz in Konstantinopel gedeutet. Es wird daher erfreut sein, wenn es unseren Einfluß dort schwinden sieht. Sollte dies der jungtürkische Lauf der Dinge selbst besorgen, so wird ihm das um so erwünschter sein, da es nur notgedrungen durch offenen Gegensatz die Beziehungen zu Deutschland verschärfen wird. Wo bleibt da die Parallelaktion mit uns?

Ganz anders würde sich allerdings die Lage gestalten, wenn wir ein Mittel fänden, um die Spannung zwischen Deutschland und England zu beseitigen. Dies Mittel ist aber nicht in Konstantinopel zu suchen. Kehrt Vertrauen in die Beziehungen beider Länder zurück, so braucht England weder unseren vielleicht überschätzten Einfluß in der mohammedanischen Welt noch unseren Einfluß auf die türkische Armee zu fürchten, da wir ihn nur so lange gegen England verwenden werden, als wir glauben, mit ihm verfeindet zu sein. Auch die Bagdadbahn bekommt dann für England ein anderes Gesicht. Den Einfluß eines mit ihm befreundeten Deutschlands braucht es in Konstantinopel nicht mehr zu fürchten, und es hat dann keinen Anlaß mehr, ihn zu bekämpfen. Dann kann auch die Parallelaktion beginnen. Es sind dies jedoch nur fromme Wünsche, da das Mittel, welches jenen Zustand vielleicht herbeiführen würde*, uns nicht anwendbar erscheint.

* Graf Metternich denkt offenbar an eine Verständigung in der Flottenfrage.

Zum Schluß möchte ich nochmals hervorheben, daß die Schilderung, welche ich entworfen habe, lediglich von der Voraussetzung ausgeht, daß die Neugestaltung der Verhältnisse in der Türkei in der gleichen Weise sich weiter entwickeln sollte, wie sie begonnen hat. Jeder Tag mag ein neues Bild und damit andere Möglichkeiten bringen. Der Verlauf der revolutionären Bewegung mag uns bald vor neue Probleme stellen.

P. Metternich

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

- ¹ |
- ² Unsinn
- ³ Existirt noch!
- ⁴ ?
- ⁵ Das letztere könnte passiren
- ⁶ Der ist doch möglich und wahrscheinlich
- ⁷ wir haben keine asiatischen Besitzungen die mit Russland grenzen!
- ⁸ die wird ihm durch England fortgeschnappt
- ⁹ ?
- ¹⁰ hat gar nichts damit zu thun
- ¹¹ bereits erledigt
- ¹² sie ist es nicht! Die Jungtürken haben gar nichts damit zu thun!
- ¹³ möglich!

Schlußbemerkung des Kaisers:

Die Revolution ist nicht von den „Jung Türken“ aus Paris und London, sondern allein von der Armee und zwar ausschließlich von den in Deutschland erzogenen „sog[enannten] Deutschen Offizieren“ gemacht worden. Eine reine Militär-Revolution. Diese Offiziere haben das Heft in der Hand und sind absolut deutsch gesonnen. Ein Erstarken der Türkei durch Englands Hilfe duldet Russland auf die Dauer nicht. Und dürfte hier der Punkt für ernste Differenzen liegen in Zukunft

Nr. 8907

*Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall
an das Auswärtige Amt*

Telegramm. Entzifferung

Nr. 268

Therapia, den 28. August 1908

In meiner heutigen Audienz habe ich dem Sultan die Grüße Seiner Majestät des Kaisers überbracht* und dabei bemerkt, daß allerhöchst-derselbe mit Befriedigung die Einführung einer Verfassung begrüßt habe, die unter der weisen Leitung des Sultans dem türkischen Reiche einen neuen Aufschwung in wirtschaftlicher, militärischer und politischer Beziehung verbürgt. Der Sultan bat mich, Seiner Majestät den wärmsten Dank für

* Freiherr von Marschall war nach Ablauf seines Urlaubs am 25. August wieder in Konstantinopel eingetroffen, mit dem Auftrage, dem Sultan die Wünsche Kaiser Wilhelms II. zur Einführung der Verfassung zu übermitteln.

diese Mitteilung darzubringen, und bemerkte: er sei, wie ich wisse, stets konstitutionell gewesen, er habe die Verfassung nach seiner Thronbesteigung gegeben und sie vor dem türkisch-griechischen Kriege wieder einführen wollen. Nur der Zweifel, ob sein Volk reif sei, habe ihn bisher davon abgehalten. Nachdem er aber den allgemeinen Wunsch des Volkes nach Verfassung gesehen habe, habe er dieselbe bereitwilligst gewährt. Ich bemerkte, daß das türkische Volk seine Reife vornehmlich der Entwicklung der Unterrichtsanstalten verdanke, die ein Werk des Sultans sei. Wir sprachen dann des längeren über die Vorzüge des konstitutionellen Systems vom Standpunkt des monarchischen Prinzips aus. Ich betonte, daß letzteres gefährdet werde, wenn der Monarch sich mit der Verantwortlichkeit für alle Regierungshandlungen belaste, während nach der Verfassung diese auf den Ministern ruhe.

Der Sultan läßt Seiner Majestät für das Telegramm aus Anlaß der Feuersbrunst in Stambul und für die reiche Gabe zugunsten der Abgebrannten herzlich danken. Das Elend sei groß, denn es seien meist arme Leute betroffen. Seine Söhne, die er nach der Brandstätte geschickt habe, seien weinend zurückgekommen.

Der Sultan, der im Anfang etwas ernst schien, wurde im Laufe der Audienz immer heiterer und gesprächiger. Was ich ihm über die Stellung des Monarchen im Verfassungsstaate ausführte, schien ihn zu freuen. Irgendeine wesentliche Veränderung in dem Wesen des hohen Herrn gegen früher habe ich nicht bemerkt.

Marschall

Nr. 8908

*Der Reichskanzler Fürst von Bülow, z. Z. in Norderney,
an den Stellvertretenden Staatssekretär des Auswärtigen Amtes
Stemrich*

Ausfertigung

Norderney, den 3. September 1908

Ahmed Risa, welcher heute vormittag hier eingetroffen war und abends wieder abgereist ist*, habe ich in längerer Unterhaltung eindringlich empfohlen, die Jungtürken möchten fortfahren in der Verfolgung ihrer Ziele, sich weise Mäßigung aufzuerlegen und vor allem sich hüten, die Staatsautorität zu untergraben. Gegen die Person des Sultans gerichtete Versuche würden geeignet sein, eine Gegenrevolution herbeizuführen. Seine Gesinnungsgenossen müßten dem Sultan bei der Bildung des Mini-

* Vgl. dazu Nr. 8902, S. 596, Fußnote *.

steriums behilflich sein, damit eine zielbewußte und energische Regierung zustande komme. Persien sei ein warnendes Beispiel dafür, wohin fruchtlose und rein negative Kritik führen könne. Dem Ausland gegenüber riet ich ihm, an den eingegangenen Verträgen loyal festzuhalten, und empfahl ihm auf jede mögliche Weise auf die Erhaltung und Vermehrung des Kredits bedacht zu sein, dessen die Türkei zu ihrer wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung immer mehr bedürfen werde.

Hinsichtlich seiner besonderen Wünsche sagte ich Ahmed Risa, ich zweifelte nicht daran, daß Seine Majestät der Kaiser und König gern bereit sein würde, beim Empfang des neuen türkischen Botschafters* sich in dem von ihm gewünschten Sinne auszusprechen. Eine solche Äußerung würde durchaus den Gesinnungen und Ansichten Seiner Majestät entsprechen. Euer Hochwohlgeboren bitte ich, sobald die Antrittsaudienz des türkischen Botschafters in Aussicht steht, an Seine Majestät einen entsprechenden Immediatbericht zu richten. Ferner hat Ahmed Risa mich gebeten, daß längs der Bagdadbahn „des écoles agricoles et industrielles“ ins Leben gerufen werden möchten. Er legte hierbei besonderen Wert darauf, daß diese Schulen laiques et gratuites sein sollten.

Schließlich hat mich Ahmed Risa um eine Empfehlung an Freiherrn von Marschall gebeten. Euer Hochwohlgeboren wollen Freiherrn von Marschall davon unterrichten, daß ich Risa gesagt habe, die gegenwärtig in der Türkei maßgebenden Leute würden bei dem Kaiserlichen Botschafter, der ein erprobter, bewährter und erleuchteter Freund des türkischen Volkes, des ottomanischen Reichs und des Islams sei, volles Verständnis und Unterstützung finden. Meines Erachtens würde es namentlich nützlich sein, wenn Freiherr von Marschall Ahmed Risa, der voll guten Willens zu sein scheint, Winke zukommen ließe hinsichtlich der Notwendigkeit, freundliche Beziehungen auch zu Österreich-Ungarn zu unterhalten, gegen welches wegen Bosnien und der Herzegowina eine gewisse Gereiztheit zu bestehen schien. Ahmed Risa betonte übrigens wiederholt, daß die Jungtürken, die für ihre Reformen vor allem Frieden brauchten, zu allen Mächten gleichmäßig gute Beziehungen unterhalten wollten. Von bulgarischer Seite schien er keine Schwierigkeiten zu befürchten; dagegen bezeichnete er die Armenier als ein anarchistisches und deshalb gefährliches Element.

Bülow

* Der langjährige türkische Botschafter in Berlin Tewfik Pascha war infolge der Umwälzung in der Türkei abberufen; an seine Stelle trat im Oktober 1908 Osman Nisami Pascha.

*Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Schoen,
z. Z. in Berchtesgaden,
an den Reichskanzler Fürsten von Bülow, z. Z. in Norderney*

Ausfertigung

Vertraulich

Berchtesgaden, den 5. September 1908

Baron Aehrenthal, welcher bekanntlich gestern eine Begegnung mit Herrn Tittoni in Salzburg gehabt hat, ist heute von dort herübergekommen, um mir einen Besuch zu machen.

Von seiner Unterhaltung mit Herrn Tittoni war Baron Aehrenthal recht befriedigt. Sie betraf in erster Linie die Frage der Rückberufung der Gendarmerieoffiziere aus Mazedonien, eine Frage, in deren Behandlung durch das Wiener Kabinett Herr Tittoni eine angemessene Fühlungnahme mit Italien vermißt hatte*. Baron Aehrenthal hat ihm erklärt, daß er seinerzeit mit seiner Mitteilung von der Beurlaubung der österreichisch-ungarischen Gendarmerieoffiziere keineswegs die Absicht gehabt, die Initiative zur Lösung dieser Frage zu ergreifen, sondern lediglich die beteiligten Mächte darauf aufmerksam zu machen, daß es angezeigt erscheine, ihrer Prüfung zum Zwecke gemeinschaftlicher Beschlußfassung näher zu treten. Wie es seine Ansicht sei, daß man allgemein dem Umschwung der Dinge in der Türkei gegenüber zunächst eine sympathisch abwartende Haltung einnehmen sollte, so sei es auch in der Frage der Gendarmerieoffiziere seine Meinung, daß man heute noch nicht eine endgültige Lösung, das heißt ein vollständiges Fallenlassen der Reformaktion, vielmehr zunächst nur einen Aufschub eintreten lassen sollte, den Türken aber eben durch die einstweilige Beurlaubung die ermutigende Hoffnung geben sollte, daß bei ruhiger Entwicklung der Dinge in Mazedonien unter dem neuen Regime die endgültige Zurückziehung der fremden Gendarmerieoffiziere folgen könnte.

Von diesen Erklärungen, sagte Baron Aehrenthal, sei Herr Tittoni vollständig befriedigt gewesen.

Nach meiner persönlichen Meinung über die nun der Türkei gegenüber einzunehmende Haltung befragt, erwiderte ich, in der Frage der Gendarmerieoffiziere seien wir nur in sekundärer Weise interessiert und hätten den einzigen deutschen Offizier, der in Mazedonien tätig und der gerade zur Zeit des Ausbruchs der türkischen Revolution sich auf Urlaub befunden**, unauffällig veranlaßt, bis auf weiteres nicht nach Mazedonien zurückzukehren — also ebenfalls keine definitive, sondern eine einstweilige Maßregel. Auch wir ständen durchaus auf dem Standpunkt des wohlwollenden Zuschauens. Bis jetzt hätten sich die neuen Dinge in der

* Vgl. Nr. 8905.

** Oberst von Alten.

Türkei mit einer erstaunlichen Friedfertigkeit und Mäßigung entwickelt. Es erscheine nicht ausgeschlossen, daß die Türken die Kraft einer gesunden Regeneration in sich selbst fänden. Andererseits sei es aber möglich, daß die schwierige Überbrückung der nationalen Gegensätze in Mazedonien mißlinge und daß daselbst, wenn auch nicht das alte verhängnisvolle blutige Durcheinander, so doch ein unleidlicher Zustand wieder eintrete. So dringend wünschenswert mir auch im jetzigen Zeitpunkt die Einstellung der Reformaktion, welcherlei Gestalt auch immer, scheine, so meinte ich doch, daß ein vollständiger Verzicht der Mächte auf reformatorische Mitwirkung in der Türkei ein Zugeständnis sei, für welches das jungtürkische Regime zunächst noch die Garantie der Stabilität zu erbringen haben müßte.

Baron Aehrenthal stimmte dieser Auffassung vollständig bei und gab der Überzeugung Ausdruck, daß sie bei allen beteiligten Mächten die vorherrschende sei. pp.*

v. Schoen

Nr. 8910

*Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall
an den Reichskanzler Fürsten von Bülow*

Ausfertigung

Nr. 196

Therapia, den 3. September 1908

Die gewaltige Veränderung, die sich in den letzten Wochen im türkischen Reiche vollzogen hat, und die Art und Weise, wie sie ins Leben trat, ist fast ohne Beispiel in der Geschichte. Als ich Anfang Juni d. Js. die türkische Hauptstadt verließ, war der Sultan im Besitze einer Machtfülle, wie sie kaum jemals in der Hand eines Monarchen sich vereinigt hat. Alle Fäden des gesamten staatlichen Lebens liefen im Palais zusammen. Ohne kaiserliches Iradee konnte in dem ungeheuren Reiche kaum ein Stein zur Erde fallen. Das System der Zentralisation war bis zu den äußersten Konsequenzen durchgebildet. Um dasselbe zu erhalten, wollte der Sultan wissen, was im Volke vorging. Er wollte die Gesinnungen und Stimmungen nicht nur weiterer Volkskreise, sondern der einzelnen Individuen kennen. Aus diesem Gedanken ist die Spionage entsprungen, die wie mit einem Netze das ganze Reich überzog. Tausende und Abertausende von Menschen waren als Spione verwendet. Ungeheure Summen wurden dafür ausgegeben. Nach Hunderten bezifferten sich die Meldungen und Denunziationen, die täglich im Palais einliefen. Zahllose Unschuldige sind das Opfer dieser Denunziationen geworden, die immer mehr zu einem lukrativen Erwerbszweige entarteten. Es entbehrt nicht der Tragik, daß dieses Spionagesystem, das zur Befestigung des autokratischen Systems

* Den Schluß des Berichts siehe in Bd. XXVI, Kap. CXCIH.

bestimmt war, durch die Erbitterung, die es in weite Volkskreise trug, die Grundpfeiler der Sultansmacht allmählich zerstörte und in dem entscheidenden Augenblicke vollständig versagte, da es als Informationsquelle am notwendigsten war. Kein Zweifel besteht darüber, daß der Sultan einige Wochen vor der Katastrophe erfuhr, daß etwas vorging, das, was vorging, aber erst in dem Augenblicke, als es zu spät war. Über Nacht — im eigentlichen Sinne des Wortes — ist das System des Sultans zusammengebrochen. Kein Finger hat sich gerührt, es zu halten. Heute hat der Sultan in seinem Reiche nichts mehr zu sagen. Das ist buchstäblich wahr, ohne die geringste Übertreibung. Wohl werden noch einzelne Iradees von dem hohen Herrn erlassen. Aber das sind Formalitäten. Selbst Personalien, wie die Ernennung von Korpskommandanten, von Botschaftern, von Generalgouverneuren, bei denen auch im streng parlamentarischen Staatswesen auf Wünsche des Monarchen Rücksicht genommen wird, sind endgültig entschieden, wenn sie der kaiserlichen Sanktion unterworfen werden. Das Sekretariat des Palais, die eigentliche Werkstätte des alten Systems, ist verödet. Alle Akten sind aus dem Palais nach der Pforte geschafft worden. Das Telegraphenbureau des Palais, das Tag und Nacht in Tätigkeit war, ist beseitigt. Selbst die Ordenssachen sind der Pforte überwiesen. Die Vorzimmer, in denen Großwesir, Minister, Generäle und geistliche Würdenträger alltätlich stundenlang zu warten pflegten, um den wichtigsten Mann des Staates, Tahsin Pascha, zu sprechen, sind leer. Selbst der äußere Glanz des Hofes ist verschwunden¹. In den Vorsälen des kaiserlichen Audienzzimmers, in denen früher reich gallionierte und dekorierte Würdenträger und eine Menge von Dienern der Befehle des hohen Herrn harreten, traf ich jüngst einen einzigen Mann — einen Eunuchen — der sich entfernte, als ich das Vorzimmer betrat. Die Kapelle und das Theater des Sultans sind aufgelöst, der größere Teil der Pferde des Marstalls ist der Armee zur Verfügung gestellt worden. Von 800 Köchen des Palais sind 750 entlassen. Über die Beschneidung der Zivilliste sind auf der Pforte Beratungen im Gange. Die Frage wird ernstlich erwogen, ob die ungeheuren Landbesitzungen, die allein in Mesopotamien etwa die Größe des Königreiches Rumänien einnehmen, im Besitze der Zivilliste belassen werden sollen oder nicht. Von dem alten Glanz ist nur noch die Auffahrt zum Selamlık geblieben. Aber auch diese weist eine große Veränderung auf. Früher war der Zutritt nur wenigen, von den Diplomaten empfohlenen Personen gestattet. Das Volk war ausgeschlossen. Heute ist alles frei. Viele Tausende von Menschen sind anwesend, die den Sultan bei seinem Erscheinen so laut bejubeln, daß die Hochrufe der Truppen und die Musik übertönt werden. Wie bittere Ironie mag es dem Sultan in die Ohren klingen, daß die Menge ihn jetzt hochleben läßt, da er ein toter Mann geworden ist.

Der rasche Zusammenbruch der Sultansmacht, die noch vor wenigen Wochen als „rocher de bronze“ galt, bildet ein seltsames Blatt in der Geschichte des türkischen Reiches. Noch erstaunlicher ist die Art und

Weise, wie derselbe sich vollzogen hat. Der Ausgangspunkt der Bewegung war ein Militäraufstand unter Leitung der Offiziere. Nach geschichtlicher Erfahrung machen wir uns bei diesem Worte ein Bild von Blut und Schrecken. Aber abgesehen von der Ermordung Schemsi Paschas und der Erschießung einiger Spione in Mazedonien, ist alles unblutig verlaufen. Wenn Offiziere und Soldaten die Fahne des Aufstands erheben, so denken wir unwillkürlich an eine Gefahr für das Bürgertum. Hier war es umgekehrt. Die von Offizieren geleitete Bewegung war gegen die Autokratie des Monarchen gerichtet. Ihr Ziel war die Herstellung der bürgerlichen Freiheit auf dem Boden einer konstitutionellen Verfassung. Die Tatsache allein erhebt, auch ohne jeden Kommentar, eine scharfe Anklage gegen den Sultan. Ihm fehlte jedes Verständnis für jene Summe seelischer Momente, die wir als „Geist der Armee“ bezeichnen. Er hatte sich in der zweiten Gardedivision, die um Jildis steht, sowie den beiden albanesischen Regimentern und dem syrischen Zuavenregiment, die ihr attachiert sind, eine Art von Prätorianerkorps geschaffen. Diese Leibwache, die er durch Wohltaten aller Art an seine Person gefesselt hat, ist ihm noch heute treu ergeben und bereit, für ihn einzustehen. Aber der Gesamtheit der Armee stand der Sultan mißtrauisch, um nicht zu sagen feindlich gegenüber. Man hätte glauben sollen, daß ein autokratischer Monarch alles aufgebieten hätte, um aus der Armee ein gefügiges Werkzeug in seinen Händen zu machen. Abdul Hamid hat umgekehrt seine Armee sich immer mehr entfremdet. Er hat in ihr einen Machtfaktor gesehen, der die eigene Macht bedrohte. Nirgends hat das Spionagesystem verheerender gewirkt als in der Armee. Die Günstlingswirtschaft, die damit verbunden war, die Beseitigung der guten und die Bevorzugung der schlechten Elemente im Offizierkorps, die systematische Verhinderung aller ernsten Arbeit, die unentbehrlich ist, um die Armee kriegsbrauchbar zu machen; alles dies zusammengenommen, hat schließlich jedes Band zwischen dem Monarchen und dem guten Teile des Offizierskorps zerschnitten. Für die Zustände, die auf die Weise geschaffen wurden, ist nichts bezeichnender als die folgende Tatsache. Mehr als hundert, zum Teil ausgezeichnete Offiziere haben mehrere Jahre lang in der deutschen Armee gedient. Sie haben dort nicht nur ihre militärischen Kenntnisse vervollkommenet, sondern jenen Geist eingesogen, der die deutsche Armee zu der ersten der Welt gemacht, den Geist der Königstreue, der Disziplin und des Ehrgefühls. Und als diese Offiziere in ihr Land zurückkehrten in der Hoffnung, nun das Erworbene für die eigene Armee nutzbar machen zu können, harnte ihrer die bitterste Enttäuschung. Der Sultan, dessen Mißtrauen und Angst von einer gewissenlosen Umgebung systematisch genährt wurde, hat diese Offiziere, die seiner Armee und seiner Person die nützlichsten Dienste leisten konnten, zum größten Teile beiseite gestellt. In tiefem Grolle haben sie zuschauen müssen, wie es mit der türkischen Armee immer mehr abwärts ging. Und als dann die Katastrophe eintrat, da waren es die revolutionären Komitees, die alsbald jene „deutschen“ Offiziere

hervorholten und ihnen die ersten militärischen Stellen des Landes anvertrauten. Heute sind die Stellen des Kriegsministers, des Unterstaatssekretärs im Kriegsministerium, des Chefs des Generalstabs, des Kommandanten des Gardekörps und andere wichtige Kommandos in den Händen der Offiziere, die in Deutschland gedient haben. Fürwahr, die Türkei ist reich an seltsamen Paradoxen.

Die mazedonischen Offiziere und Soldaten würden freilich ihr Ziel nicht erreicht haben, wenn sie nicht einen festen Rückhalt in der muselmanischen Bevölkerung des Landes gehabt hätten. Für die mazedonischen Muselmanen² sind die letzten fünf Jahre Leidensjahre gewesen. Sie mußten dulden, wie christliche Banden das Land durchzogen, brandschatzend, plündernd und mordend. Darunter hat die wirtschaftliche Lage des Landes schwer gelitten. Sie haben gesehen, wie die „Reformen“ der Mächte, als ob es keine Muselmanen im Lande gebe, bestimmt waren, „die Lage der Christen“ zu bessern, derselben Christen, welche das Land verheerten. Die mazedonischen Muselmanen waren Zeugen des seltsamen Schauspiels, daß die Mächte die eigentlichen Schuldigen, die in Sofia, Belgrad und Athen saßen, in den Formen der diplomatischen Courtoisie zum Wohlverhalten ermahnten, in Konstantinopel dagegen Forderung auf Forderung häuften, Zwangsmaßregeln durchführten und neue in Aussicht stellten. In immer größerer Anzahl kamen die Fremden ins Land. Vor aller Augen trat die Gefahr, daß die drei mazedonischen Provinzen und mit ihnen ganz Rumelien der türkischen Herrschaft entrissen würden. Die Erkenntnis dieser Gefahr hat wie mit einem eisernen Reife die Armee und die muselmanische Bevölkerung Rumeliens zusammengeschweißt*.

* Auf den engen Kausalnexus zwischen Reformen und revolutionärer Bewegung hatte Freiherr von Marschall schon in einer Aufzeichnung aus der ersten Hälfte August hingewiesen, die eine Charakteristik des neuen, am 6. August ernannten türkischen Ministeriums gab. Es hieß in dieser Aufzeichnung u. a. : „Dazu kamen dann die Reformen und mit ihnen die Fremden im Lande. Die fremde Kontrolle, welche sich nach dem Mürzsteger Programm auch auf die Haltung der Armee erstreckte, hat das türkische Offizierkorps tief erbittert. Wiederholt habe ich darauf hingewiesen, daß die Mächte, indem sie bei ihrer Reformarbeit das muselmanische Element nicht nur systematisch ignorierten, sondern die Gefühle desselben fortdauernd verletzten und auch zu einseitig die Christen berücksichtigten, die durch ihre Schandtaten das Land drangsalierten, — notwendig eine starke muselmanische Bewegung auslösen würden. Zu der Schande der Kontrolle kam dann bei den Muselmanen noch die wohlbegründete Besorgnis, daß die Reformen nur die Vorläufer des Zusammenbruchs der türkischen Herrschaft sein würden. Von allen diesen Stimmungen und Verstimmungen schienen die in der Reformfrage führenden Mächte nichts bemerkt zu haben. Man braucht nur den jüngsten englischen Vorschlag zu betrachten, der in dem Augenblicke, da die Militärrevolte schon im Entstehen war, durch Ernennung des Zivilisten Hilmi Pascha zum Oberkommandanten der fliegenden Korps der Armee und speziell dem Offizierkorps einen Faustschlag ins Gesicht versetzte, um sich zu überzeugen, mit wie wenig Verstand in Mazedonien reformiert würde. Und wenn man etwa den Zusammenhang der Revolution mit den Reformen bezweifeln wollte, so genügt zur Widerlegung die Frage: warum ist denn die Bewegung gerade in Mazedonien ausgebrochen und nicht in anderen Provinzen, wo die Verhältnisse für Soldaten und Offiziere genau ebenso schlecht sind wie dort?“

Das monströse Werk der „Justizreform“, das die türkische Justiz unter fremde Verwaltungskontrolle stellen und zwischen christlicher und muselmanischer Justiz unterscheiden wollte, war allerdings gefallen. Es war tot in dem Augenblicke, als ich in der denkwürdigen Februarsitzung* auf die Frage meines italienischen Kollegen, ob ich, wenn ich die Note unterzeichne, sie auch unterstützen werde, mit einem kategorischen „Nein“ antwortete³. Aber neue Pläne waren in Vorbereitung. Als ich vor einigen Tagen den neuen Minister des Innern, Hakki Bey, der wohl schon früher mit den Komitees in Verbindung stand, fragte, was den letzten Anstoß zur Bewegung gegeben habe, antwortete er mir ohne Besinnen „Reval“. Genau dieselbe Antwort hat der Führer der Bewegung Niasi Bey einem „Times“-Korrespondenten gegeben**. Und Hakki Bey fügte als Kommentar bei: „Der Ausbruch der Bewegung war auf eine spätere Zeit angesetzt. Aber die Komitees durften nicht warten, bis die Mächte auf die Revaler Beschlüsse sich festgelegt und die Aktion in Konstantinopel begonnen hatten. Denn dann wäre es schwer möglich gewesen, die Bewegung in der gewünschten Richtung zu erhalten.“ Was das heißt, ist klar. Und als ich dann den Minister frug, wie die Komitees es angestellt hätten, um die Bulgaren und vor allem Sandanski zur Ruhe und zur Niederlegung der Waffen zu bestimmen, entgegnete er mir: „Sie haben diesen Leuten klar gemacht, daß wenn sie es nicht tun, sie nicht nur gegen die türkische Armee zu kämpfen haben würden.“ Auch das war deutlich. Sandanski hat es verstanden.

In einem Berichte, den ich im April d. Js. erstattet habe, um die damaligen englischen Reformvorschläge zu beleuchten, habe ich die Warnung ausgesprochen, die Mächte sollten eingedenk sein, daß jedes Vorgehen gegen den Sultan seine Grenze finde in der Rücksichtnahme auf anderthalb Millionen muselmanische Einwohner Mazedoniens. Ich habe gesagt, daß es nur eines Winkes des Sultans bedürfe, um jene Muselmanen in Bewegung

* Vgl. dazu Bd. XXII, Kap. CLXIV, Nr. 7732.

** Die gleiche Auffassung bekundete im Dezember 1908 gegenüber Freiherrn von Marschall der italienische General Graf Robilant, Nachfolger des im Frühjahr 1908 verstorbenen Generals de Georgis als Kommandant der mazedonischen Gendarmerie. Nach einem Berichte Freiherrn von Marschalls vom 7. Dezember 1908 sagte er diesem unter anderem folgendes: „Es sei ein Irrtum zu glauben, daß die jungtürkischen Komitees, wie sie bis dahin in London, Paris und anderwärts im Auslande bestanden, entscheidend mitgewirkt hätten. Das sei nicht der Fall gewesen. Die Revolution sei ausschließlich ein Werk der mazedonischen Armee und speziell des Offizierkorps. Gerade den besten Elementen in demselben sei das Gefühl der Schande und Erniedrigung aus Anlaß der fremdländischen Reformen allmählich vollkommen unerträglich geworden. An dieses Gefühl habe sich in steigendem Maße die Befürchtung geknüpft, daß die Reformen zum Verlust Mazedoniens führen müßten. Als dann die Nachricht von der Entrevue in Reval eingetroffen, habe sich allgemein die Überzeugung verbreitet, daß die dort gefaßten Beschlüsse das Ende der türkischen Herrschaft bedeuteten. Darum habe man alsbald losgeschlagen. Das Verlangen der Wiederherstellung der Verfassung sei dann nur die Parole gewesen, um die weitesten Volkskreise für die Bewegung zu gewinnen.“

zu setzen, und bin dann wörtlich fortgefahren: „Aber auch ohne diesen Wink könnte es geschehen, daß die Geduld der muselmanischen Bevölkerung zu Ende geht, wenn sie sieht, wie der Sultan vergewaltigt werden soll, um eine christliche Herrschaft in Mazedonien einzuführen. Wenn es so kommt, dann werden grauenvolle Dinge sich zutragen, die alles, was bisher geschehen, in den Schatten stellen. Die „Reformen“ sollen die Balkankatastrophe hinausschieben. Die englischen Vorschläge führen uns direkt in dieselbe hinein*4.“

Die muselmanische Geduld ist zu Ende gegangen, die Balkankatastrophe glücklicherweise ausgeblieben. Wem ist dies zu danken? Den Reformmächten gewiß nicht. Sie sind von Mürzsteg bis Reval gegangen auf einem Wege der Irrtümer und der Fehlschlüsse, ohne zu sehen, daß es in Mazedonien eine muselmanische Bevölkerung gibt, die in ihrer Langmut vieles ertragen kann, was ein anderes Volk nicht erträgt, die aber doch auch ihre Gefühle hat, die man auf die Dauer nicht ungestraft mit Füßen treten kann. Wenn diesmal alles in Frieden sich vollzogen hat, wenn die Bewegung in die Bahnen der Verfassung und nicht in diejenigen blutiger Ausschreitungen gegen die Christen gelenkt wurde, so gehört das Verdienst den Leitern der jüngsten Bewegung, den Niasis** und Envers, einfachen Frontoffizieren derselben türkischen Armee, von der man in London und Petersburg bis in die neueste Zeit wie von einer Bande von Mördern und Banditen gesprochen hat. Das ist beschämend, aber wahr.

Man kann den nunmehr vollzogenen Umsturz nur richtig verstehen, wenn man scharf ins Auge faßt, daß derselbe das Produkt einer national-türkisch-islamitischen Bewegung ist⁵. Ich unterstreiche das Wort „islamitisch“. Denn gewisse Begleiterscheinungen der ersten Tage haben da und dort die Annahme hervorgerufen, daß über Nacht ein Band nationalen Gefühles um alle türkischen Untertanen jedweden Glaubens und jedweder Rasse sich geschlungen habe. Ein solches Band gibt es heute nicht und wird es niemals geben⁶. Wer es zu sehen glaubte, befand sich in einer optischen Täuschung. In den ersten Festtagen mit ihrer Hurrastimmung, als die Volksmengen die Straßen durchzogen und die Fahnen rauschten, als überall Musik ertönte, als die „Gleichheit, Freiheit und Brüderlichkeit“ proklamiert wurde und jeder eine Kokarde trug, als auf einmal alles erlaubt war, was vorher verboten, da haben wohl auch Türken und Armenier, Bulgaren und Griechen Brüderküsse ausgetauscht. Aber auf den Fastnachtsdienstag folgt der Aschermittwoch und auf den Honigmond der Ernst des Lebens mit seinen realen Faktoren. Damit war auch der Spuk zu Ende. Bereits haben sich in Mazedonien Griechen und Bulgaren wegen des Besitzes von Kirchen die Köpfe blutig geschlagen, um den Muselmanen immer wieder klar zu machen, was sie doch schon lange wissen, daß das Christentum eine Religion der Liebe ist. Jetzt haben

* Siehe Freiherrn von Marschalls Bericht Nr. 48 vom 22. April 1908, Kap. CLXXXVIII, Nr. 8787.

** Vgl. Nr. 8876.

Bulgaren und Griechen schon Programme verkündet, welche die Aufrechterhaltung der „alten Privilegien“ verlangen⁷. Also wirklich! Bisher spielten doch die Christen im türkischen Reiche die Rolle von Heloten, welche unter muselmanischem Drucke seufzen und nichts anderes wollen, als gleiche Rechte! Nun da die Gleichberechtigung aller Rassen und Religionen verfassungsmäßig garantiert, schreien sie nach ihren bisherigen Privilegien. Die Griechen begehren die Erhaltung der Prärogative für die Patriarchatskirche, also auch die kirchliche Justiz in gewissen Fragen des bürgerlichen Rechtes — eine Forderung, die mit dem Verfassungsrechte unvereinbar ist. Sie wollen ihre Schulen, die Stätten der politischen Propaganda, erhalten, aber die Komitees wollen für die höheren Schulen vom Gymnasium ab die türkische Sprache als Lehrsprache obligatorisch einführen. Die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht paßt den Griechen natürlich gar nicht. Sie wollen griechische Regimenter mit griechischen Offizieren mit beschränkter Dienstzeit. Auch fürchten sie, daß sie im Parlamente nicht genügend vertreten sein werden. Darum verlangt das griechische Komitee in Saloniki gleich ein Drittel aller Sitze für die Griechen. Die Bulgaren stellen ähnliche Forderungen. Sie wollen nebenbei lokale Autonomien. So bestehen schon jetzt zahlreiche Friktionen zwischen Muselmanen und Christen. Sie werden noch mehr zunehmen. Denn darüber ist kein Zweifel: Stärker als es jemals unter der Herrschaft des Sultans geschehen ist, wird jetzt von den muselmanischen Türken der Herrenstandpunkt zur Geltung kommen. Sie wollen wieder Meister im Lande sein⁸. Dieser Gedanke, der in Mazedonien die Bewegung ausgelöst hat, wird von den Komitees vertreten. Er wird weithin im Lande Anklang finden. Eine Warnung für die Mächte. Ich sehe voraus, daß, wenn die Christen wieder schreien, bald wieder an der einen oder andern Stelle Interventionsgelüste auftauchen werden⁹. So wie die Stimmung heute ist, würden sie einen „furor islamiticus“ erwecken, der weit über die Grenzen dieses Reiches sich fühlbar machen würde. Also caveant consules!¹⁰ Von den ottomanischen Christen wird gegen die neue Ordnung der erste Stoß geführt werden.

Die gegenwärtige innere Lage im türkischen Reiche, über die ich an dieser Stelle allein sprechen will, ist ganz eigenartig. Nach dem konstitutionellen Grundsatz, „Le roi règne, mais ne gouverne pas“, sollte die eigentliche Regierungstätigkeit in dem Ministerium liegen. Aber das gegenwärtige Ministerium hat genau ebensowenig zu sagen als der Sultan. Die Komitees allein sind maßgebend. Selbst Personenfragen werden von ihnen in erster und letzter Instanz entschieden. Der Großwesir Kiamil Pascha ist ein hilfloser Greis¹¹, dessen Namen man bedurfte, um dem Kabinett einen gewissen Schein von Prestige zu geben. Der Minister des Innern, Hakki Bey, ist der einzige Mann, der sich den Komitees gegenüber eine gewisse Stellung gewahrt hat. Wer sind nun eigentlich diese Komitees? Das hiesige besteht aus Offizieren, Ärzten, Advokaten usw. Es sind lauter intelligente, anständige und wohlmeinende Männer, aber ohne

jede politische Erfahrung. Ohne ihre Zustimmung wird kein wichtiger Beschluß gefaßt. Die Komiteemitglieder werden sogar in die Sitzungen des Ministerkonseils geladen, um Rat zu erteilen. Man sollte glauben, daß ein so plötzlicher Umschwung von despotischem Drucke zu völliger Freiheit in einem so ungeheuren Reiche ohne schwere Erschütterungen gar nicht möglich sei. Bis jetzt sind dieselben nicht eingetreten. Aber Schwierigkeiten und Gefahren bietet die Lage zweifellos.

Eine bedenkliche Erscheinung ist das Auftauchen von Streikbewegungen, die es bisher überhaupt nicht gab. An verschiedenen Orten, namentlich auch bei Eisenbahnen, haben sich die Arbeiter zusammengetan, um teilweise ganz unmögliche Forderungen zu stellen. So bei der anatolischen Bahn das Verlangen der Absetzung des Generaldirektors Huguenin. Diese Erscheinung ist unschwer zu erklären. Die arbeitende Klasse hat unter dem alten Regime kaum gelitten. Die Löhne waren nicht hoch, aber durchaus auskömmlich. Steuern haben die Leute nicht bezahlt. Nun wird eine neue Aera der allgemeinen Glückseligkeit verkündet. Davon wollen die Leute auch etwas spüren. Sie sprechen von Sklaverei, wo es sich um Disziplin handelt, sie wissen nicht, daß die Freiheit des einen ihre Grenze findet in derjenigen des anderen, und daß Freiheit ohne Autorität überhaupt nicht bestehen kann¹². Sie wollen weniger Arbeit und mehr Geld haben, um an den Lebensgenüssen, welche die neue Aera anderen eröffnet, auch teilzunehmen. Bisher sind die Komitees gegen derartige Bewegungen meist mit Erfolg eingeschritten. Die maßgebenden Männer sind klug genug einzusehen, daß die Türkei, um sich zu reorganisieren, vielen fremden Kapitals bedarf, das unmöglich ihnen zufließen kann, wenn durch sozialpolitische Irrungen dessen Entwertung zu befürchten steht.

Große Schwierigkeiten bietet auch die Lückenhaftigkeit der türkischen Gesetzgebung. Seit 30 Jahren hat sich das wirtschaftliche und soziale Leben gewaltig verändert. In allen übrigen Ländern hat die Gesetzgebung eine fast fieberhafte Tätigkeit entfaltet, um sich den veränderten Verhältnissen anzupassen, um Freiheiten zu gewähren, aber den Mißbrauch derselben zu hindern. Während dieser langen Zeit hat die türkische Gesetzgebung geschlafen. Gesetz war, was der Sultan im einzelnen Falle befahl. Nun enthält die Verfassung von 1876 eine Reihe von freiheitlichen Prinzipien mit dem Zusatz „avec la restriction prévue par la loi“. Aber diese Gesetze sind niemals erschienen. So besitzt die Türkei heute Preßfreiheit, aber kein Preßgesetz, Vereinsfreiheit, aber kein brauchbares Vereinsgesetz. Bedenklich ist auch, daß das alte System dem türkischen Beamtentum jeden Geist der Initiative genommen hat. Der Beamte tat ohne kaiserliches Iradee überhaupt nichts. Das ist jetzt nur insofern anders geworden, als er den Befehl zum Handeln nicht vom Sultan, sondern vom vorgesetzten Minister erwartet. Dabei ist namentlich unter dem System der bürgerlichen Freiheit jede geordnete Verwaltung unmöglich. Um diesen Zustand zu ändern, bedarf es neuer

Leute. Hakki Bey klagte mir bitter darüber, daß er fünf Posten von Generalgouverneuren zu besetzen habe und es außerordentlich schwer sei, geeignete Leute dafür zu finden.

Die Vorbereitungen zu den Wahlen sind getroffen. Anfang November soll die gesetzgebende Versammlung zusammentreten. Das Wahlsystem ist indirekt und überaus kompliziert. Wahlkreise sind die „Kasas“, was ungefähr unserem Kreise entspricht. Ein Kasa von 50000 Einwohnern wählt einen Abgeordneten. Bei größerer Einwohnerzahl steigt die Zahl derselben. Aber eine geordnete Volkszählung gibt es nicht. Auch andere Schwierigkeiten bestehen. Der Wali von Bagdad hat auf den Befehl, die Wahlen einzuleiten, zurücktelegraphiert, daß im ganzen Wilajet kein Exemplar des Wahlreglements aufzutreiben sei. Darauf hat man hier den weisen Beschluß gefaßt, ihm eins zu senden. Wenn alles gut geht, das heißt wenn die Post nicht von Beduinen aufgegriffen wird, kann dasselbe in fünf Wochen in Bagdad sein. Um diese Zeit sollten die Abgeordneten schon auf dem Wege sein, um rechtzeitig hier einzutreffen. Aber die Türken sind praktische Leute. Sie wissen sich zu helfen. Wenn es mit der Wahl nicht geht, so wird der Wali die Deputierten selbst ernennen. Es geht auch so. Diese gar nicht so üble Regierungsmaxime ist allzu türkisch, als daß sie sich nicht auch unter dem neuen Regime erhalten sollte. Was ich am meisten fürchte, ist, daß das Parlament, statt nützliche Arbeit zu leisten, sich mit Verfassungsänderungen beschäftigen wird. Die Christen werden sofort mit dem Verlangen hervortreten, daß jeder Nationalität, wie dies in Österreich geschehen, eine bestimmte Zahl von Abgeordneten garantiert werde. Das führt gleich mitten in die Frage der ethnographischen Abgrenzung der einzelnen Nationalitäten hinein, wegen deren in Mazedonien schon Ströme von Blut vergossen worden sind. Es ist mit Sicherheit vorherzusehen, daß die Diskussion mit einer Leidenschaft geführt werden wird, zu deren Befriedigung Worte allein nicht genügen. Der extreme Flügel der Jungtürken wird allgemeines direktes Stimmrecht, Abschaffung des Senates und ähnlichen Unsinn begehren. Der Alttürke aber wird mit über den Leib gekreuzten Händen dasitzen und den ganzen Parlamentarismus als Schwindel ansehen. Denn die Politik macht Allah und der Padischah. Reden wird er nicht; das bedingt eine körperliche Anstrengung. Es enthält die Gefahr einer seelischen Erregung. Und das schickt sich nicht.

Wie werden die Dinge sich weiter entwickeln? Der europäische Politiker ist gewohnt, aus einer Summe von Erfahrungen Schlußfolgerungen für die Zukunft zu ziehen. Er geht von der Annahme aus, daß bestimmte Ursachen regelmäßig bestimmte Wirkungen hervorrufen müssen. Dieses Verfahren versagt in diesem Lande. Unter den heutigen Verhältnissen mehr als je.

Der dunkelste Punkt der gegenwärtigen Lage scheint mir das Einströmen fremder, höchst zweifelhafter Elemente in dieses Land zu sein. Die Treibereien solcher Leute müssen notwendig die an sich

schon verwirrten Köpfe noch mehr verwirren. Am gefährlichsten sind die Armenier. Viele Tausende derselben haben nach den bekannten Ereignissen der letzten Jahrzehnte die Türkei verlassen. Sie sind meist nach Amerika gegangen. Von dort kehren sie jetzt zurück; viele mit Geld, alle mit einem glühenden Haß gegen den Sultan. Die Komitees werden diesen „Opfern des alten Regimes“ Konzessionen machen müssen. Aber die Armenier sind die zentrifugalen Kräfte des Landes. Die Gründung eines armenischen Königreiches oder doch einer Autonomie spukt in ihren Köpfen. Dabei sind sie namentlich den anatolischen Türken bis in die tiefste Seele verhaßt. Die Komitees werden mit äußerster Vorsicht vorgehen müssen, wenn sie neue Ausbrüche dieses Hasses vermeiden wollen.

Das Heil der Türkei erwarte ich von der Reorganisation der Armee. Sie ist heute schon im Gange. Im Kriegsministerium und im Generalstab ist ein neuer Geist eingezogen. Die deutschen Reformer, die bisher keine ersprießliche Tätigkeit entwickeln durften, haben bereits Truppenübungen im Terrain begonnen, die früher verboten waren. Da begleiten dann Tausende die Truppen und begrüßen sie mit frenetischem Beifall. In militärischen Kreisen ruft man nach General von der Goltz. Aber die Reorganisation der Armee wird Jahre beanspruchen. Was kann bis dahin in einem Lande geschehen, in dem heute alles gärt und kocht!

Als ich vergangenen Freitag in das Audienzzimmer trat und den Sultan als machtlosen Mann wiedersah, der mir vor kaum drei Monaten beim Abschied die Hand gedrückt hatte, als unbeschränkter Herrscher über 24—30 Millionen Menschen habe ich mich einer gewissen Erregung nicht erwehren können. Auch der Sultan war sehr ernst. Er mochte sich an die vielen Unterredungen erinnern, in denen ich ihn bezüglich seines Verhältnisses zur Armee gewarnt und die Schäden des Spionagesystems schonungslos aufgedeckt habe. Aber Abdul Hamid ist bei allen Schwächen ein seelenstarker Mann. Als wir einige Worte gewechselt hatten, war der hohe Herr, wie er früher gewesen. Was muß alles in seinem Innern vorgehen! Tagtäglich enthalten die Zeitungen Beschimpfungen über die einst maßgebenden Männer seiner Umgebung. Sie werden als Verräter, Diebe, ja als Mörder gebrandmarkt. Eine schwere Anklage gegen den Monarchen, der sich solche Berater gewählt! Und von diesen Leuten, die allein dem Sultan ihre Stellung und ihren Reichtum verdanken, ist in entscheidender Stunde keiner für ihn eingetreten¹³. Nur einen einzigen hübschen Zug habe ich von dem früheren ersten Sekretär Tahsin Pascha gehört. Derselbe hat viel Geld genommen und in seiner einflußreichen Stellung dem Sultan die schlechteste Treue gewahrt, die es einem Souverän gegenüber gibt. Er hat dem Sultan stets die Wahrheit vorenthalten, wenn er wußte, daß sie ihm peinlich war, und er hat ihm nur solche Ratschläge erteilt, von denen er wußte, daß sie erwünscht waren. Als aber am Tage der Flucht Izzet Paschas der Dragoman einer Botschaft Tahsin Pascha aufsuchte und ihn beschwor, sich zu retten, antwortete er mit stoischer Ruhe:

„Il n'y a pas d'Iradé.“ Am folgenden Tage wurde er verhaftet, geschlagen, mißhandelt und ins Gefängnis geworfen. Dort ist er heute noch. Der Mann hat viel gefehlt, aber doch schließlich Mannesmut gezeigt. Das ist ein kleiner Lichtblick in der Geschichte des Zusammenbruches der türkischen Palaisherrschaft.

Marschall

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

- ¹ Untergang von Niniveh
- ² die stets von England u[nd] Russland bei den Reformprojekten vollkommen ignoriert wurden!
- ³ richtig
- ⁴ richtig
- ⁵ richtig! Ich habe jahrelang davor gewarnt den Islamismus so mit Füßen zu treten und herauszufordern, und bin in ganz Europa verlacht und als Türkenbold verhöhnt worden.
- ⁶ Nein! War nur Schein
- ⁷ aha!
- ⁸ endlich! das müssen sie auch
- ⁹ Wien, London, Petersburg!
- ¹⁰ bis Indien und Marocco
- ¹¹ 88 Jahre
- ¹² sehr gut
- ¹³ Das machen Hofcreatures immer so! Auch außerhalb der Türkei, bei uns Christen!

Schlußbemerkung des Kaisers:

Hervorragend! Ein geradezu klassisches Werk! Volle Bestätigung alles dessen was seit meinem letzten Besuch in Stamboul Marschall, Goltz, Tewfik und ich so oft besprochen haben. Es hat sich ereignet, was uns weder Salisbury, noch Lobanow, noch Mouraview, noch Balfour etc. haben glauben wollen; sie alle haben in ihrer hirnverbrannten Dummheit, Verbohrtheit, und unerhörter Selbstüberhebung trotz aller meiner Warnungen, den Islam verachtet, mißhandelt, beleidigt und auf ihm Jahrelang herumgetrampelt, bis er es endlich nicht mehr ausgehalten hat, und sich ermannt und sich zusammengeschlossen hat! Jetzt noch einmal ein Eingriff von Außen durch „Reformvorschläge“ pp. die Aehrenthal „noch“ nicht fallen lassen will; dann muß, ob er will oder nicht, der Sultan des Propheten grüne Fahne entrollen, dann wird es „Allah“ in allen Ecken Asiens und Afrikas ertönen, und mit den Christen ist es dann zu Ende.

Wilhelm I. R.

Nr. 8911

*Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall
an den Reichskanzler Fürsten von Bülow*

Ausfertigung

Nr. 197

Therapia, den 4. September 1908

Seit Einführung der Verfassung tritt ganz besonders in der hiesigen Hauptstadt in weiten Volkskreisen eine starke Sympathie für England hervor. Es wäre töricht, die Tatsache zu leugnen. Findet doch jene Sympathie nicht nur in der türkischen Presse, sondern in lärmenden

Demonstrationen auf der Straße Ausdruck. Ich erinnere an den Empfang des neuen englischen Botschafters*. Diese Erscheinung ist ganz natürlich. Begeisterung für England ist eine der Kinderkrankheiten einer liberal-konstitutionellen Entwicklung. Wir haben das in Deutschland gesehen. Als ich ins politische Leben trat — es ist schon sehr lange her — waren „liberal“ und „englandfreundlich“ identische Begriffe. Nicht nur der Fortschrittler, sondern auch der Nationalliberale verehrte in England das Land, von dem der Segen des Parlamentarismus auf die Welt sich ergoß. Daß irgendeine staatliche Einrichtung in England bestand, galt in liberalen deutschen Kreisen als unwiderlegliches Argument für ihre Güte und Trefflichkeit. Diese Schwärmerei ist in Deutschland bis zur Selbstverleugnung der eigenen Interessen gegangen. Unsere englischen Vettern hatten in Ausnützung der natürlichen Kräfte ihres Landes und durch strenge Prohibitivmaßregeln sich eine Industrie geschaffen, mit der keine andere sich messen konnte. Da verkündete England die Lehre des Freihandels. Es wollte die Rohprodukte, deren es bedurfte, frei einführen, aber in fremden Ländern sollte das gleiche mit den englischen Industrieerzeugnissen geschehen. Der leitende Gedanke dabei war ausschließlich das eigene Interesse. Aber der liberale deutsche Philister hat in jener Lehre das Ideal einer allgemeinen Weltbeglückung auf wirtschaftlichem Gebiete gefunden. In keinem anderen Lande hat Cobden so viele Adepten gehabt, wie bei uns. Diesem Spuk hat Fürst Bismarck ein Ende gemacht, als er die Fahne des Schutzes der nationalen Arbeit erhob. Mit Erstarken des vaterländischen Gedankens ist auch die Schwärmerei für England rückläufig geworden. Verschwunden ist sie noch nicht. Wir haben noch viele Politiker im Lande, die, wenn sie in der englischen Presse einen recht unverschämten Artikel gegen uns lesen, einen Stich im Herzen verspüren und auch da Versöhnung predigen, wo die beste Politik in einem groben Keil auf einen groben Klotz besteht.

Es wäre also wunderbar gewesen, wenn in der Türkei der Zusammenbruch des autokratischen Systems und das Erstehen verfassungsmäßiger Freiheiten nicht englische Sympathien ausgelöst hätte, zumal Hunderte von Flüchtlingen, die in England Asyl gefunden hatten, zurückkehren, das Lob des freien Landes verkündend, das ihnen Gastrecht gewährt hat. Mir scheint, daß wir wohl daran tun, derartige Erscheinungen einfach zu ignorieren. Mit Gefühlen macht man keine Politik. Die Erkenntnis wird hier bald heranreifen, daß England zwar das alte System verdammt, aber dasselbe doch recht ausgiebig zu seinem eigenen Vorteil benutzt hat. Wollte man das damit erklären, daß in Ägypten, Zypern, Aden usw. die Bewohner einer unwürdigen Knechtschaft entzogen und der Freiheit, der Kultur und der Zivilisation zugeführt wurden, so könnten die Türken entgegen, daß nunmehr, da hier die Despotie der Freiheit Platz gemacht, die *restitutio in integrum* die natürliche Folge sei. Auf diesem Ohre werden

* Sir G. A. Lowther.

die Engländer schwerlich etwas hören wollen. Mein neuer englischer Kollege steht daher, wie mir von allen Seiten, namentlich auch von meinen Kollegen bestätigt wird, den Sympathiekundgebungen mit großer Kühle gegenüber. Das ist klug von ihm. Denn wenn er die ihm entgegengebrachten Sympathien allzu herzlich erwiderte, so würde man ihm von türkischer Seite vielleicht eine Rechnung präsentieren, die er unmöglich honorieren könnte.

Man will auch eine deutschfeindliche Stimmung hier bemerkt haben. Inwieweit dies der Fall ist, kann ich nicht prüfen. Ich glaube allerdings, daß man uns da und dort vorwirft, daß wir allzu gut mit dem Sultan gestanden, daß wir dadurch sein Selbstgefühl und sein System gestärkt hätten. Gegen diesen Vorwurf habe ich folgende Formel: „Ein Fremder, und speziell ein Diplomat, muß in einem anderen Lande das Regierungssystem annehmen, das dort existiert. Er darf in einem autokratischen Lande nicht liberale, und in einem konstitutionellen Lande nicht reaktionäre Politik treiben. Das eine wie das andere würde die Unabhängigkeit des Landes antasten. Davon hat Deutschland sich stets freigehalten, von der Ansicht ausgehend, daß die Türkei sich ihre Staatsform selbst zu bestimmen hat und, wenn Reformen dort nötig sind, die Türken, nicht aber die Fremden sie zu machen haben.“ Wo ich mich in diesem Sinne ausgesprochen habe, auch in jungtürkischen Kreisen, habe ich volle Zustimmung gefunden. Übrigens wird das Gerede von deutschfeindlichen Stimmungen durch die Tatsache genügend widerlegt, daß die jüngste Bewegung alle die tüchtigen Offiziere, die in Deutschland gedient haben, die für die deutsche Armee schwärmen und entschlossen sind, die Reorganisation des türkischen Heeres nach ihrem Muster durchzuführen, zu den höchsten und einflußreichsten Kommandostellen emporgehoben hat.

Wichtiger als alle Stimmungen und Verstimmungen, die da kommen und vergehen, ist die Frage: Welche Einwirkung wird die neue Aera auf die Beziehungen der Türkei zu den Mächten haben? Wenn die englische Presse, wie dies meist der Fall ist, der öffentlichen Meinung Ausdruck gibt, so steht eine neue Orientierung der englischen Politik nach türkenfreundlicher Seite hin in Aussicht. Ich würde eine solche Wendung vom Standpunkte unserer Interessen aus mit aufrichtiger Genugtuung begrüßen. Vor vier Jahren, als vorübergehend Sir Nicholas O'Connor der Pforte gegenüber eine freundlichere Sprache führte, habe ich geschrieben: „Eine aktive englische Politik am Goldenen Horn und selbst die Herstellung eines freundschaftlichen Drahtes zwischen London und Konstantinopel würde nichts enthalten, was uns Deutsche zu beunruhigen vermöchte. Im Gegenteil: Die internationale Hilflosigkeit, in welche allmählich die Pforte geraten ist, hat hier wiederholt den Gedanken wachgerufen, daß das befreundete Deutschland dazu berufen sei, das so schmerzlich vermißte Gegengewicht gegen das übermächtige Rußland zu bilden. Ich habe stets diesen Gedanken im Keime zu ersticken versucht und mit

meinen Argumenten bei ernsten und verständigen Türken Erfolg gehabt. Aber das Schlagwort, daß Deutschland nur verlange, aber nichts leiste, ist doch eine Waffe in den Händen unserer Feinde geworden. Diese Waffe wird stumpf sein in dem Augenblicke, da England, seinen Interessen und Traditionen entsprechend, jenes Gegengewicht wiederum stellt*“.

Was ich damals gesagt, unterschreibe ich auch heute noch. Ja, ich halte eine Annäherung zwischen England und der Türkei heute noch für viel wünschenswerter als damals. In den letzten Jahren hat sich die Lage für uns schwieriger gestaltet. Die englische Politik ist türkenfeindlicher geworden. Hand in Hand damit hat der historische Antagonismus zwischen England und Rußland, der einst zum Krimkriege und nach dem Vertrage von San Stefano zum Berliner Kongreß geführt, mehr und mehr abgenommen. Mit dem Tage von Reval schien er vor den Augen der ganzen Welt definitiv verschwunden zu sein. Selbst auf wirtschaftlichem Gebiete hat sich die englische Politik der russischen genähert, die offenkundig auf Verelendung des türkischen Reiches hinauslief. Bei manchem Schlag, der von London aus hier geführt wurde, war es recht zweifelhaft, ob er nicht eigentlich uns gegolten hat.

Zwischen Österreich-Ungarn und die Türkei hat die Besetzung von Bosnien und der Herzegowina einen Keil getrieben. Die Entente zwischen Wien und Petersburg und vor allem Mürzsteg hat denselben vergrößert und verstärkt. Frankreich vermochte trotz seiner großen wirtschaftlichen Interessen infolge seines Bündnisses mit dem Zarenreich keine Politik zu führen, die auf politische Stärkung des türkischen Reiches hinauslief. Italien war wegen Albanien, Tripolis und anderer Dinge in steigendem Maße mit der Türkei in Streit und Zank geraten. So ist Deutschland allmählich hier in die unbequeme und nicht ungefährliche Rolle des einzigen Freundes hineingeraten. Diese Rolle bedrohte uns mit Verantwortlichkeiten, die wir nicht übernehmen konnten, und mit Ansprüchen, die zu erfüllen unmöglich war. Als neulich Kiamil Pascha zu einem Interviewer sagte, daß die Freundschaft Deutschlands der Türkei nichts genützt habe, hat er ein unkluges und anfechtbares Wort gesprochen. Aber der Gedanke, den der alte Herr vermutlich hat aussprechen wollen, war richtig, daß die Türkei, um wieder zu erstarken, unter den Mächten noch andere Freunde haben muß als Deutschland, dessen Hilfsaktion, abgesehen von anderen Gründen schon wegen seiner geographischen Lage stets eine begrenzte sein wird.

Nach meiner Ansicht bedeutet eine Wendung der englischen Politik nach turkophiler Seite hin für uns eine Entlastung. Vollzieht sich dieselbe, so wird automatisch der Gegensatz zwischen England und Rußland wieder aufleben. Denn die russische Orientpolitik ist und bleibt in

* Siehe Freiherrn von Marschalls Bericht Nr. 150 vom 7. September 1904. Bd. XXI! Kap. CLXIB, Nr. 7456.

ihrer Grundlage türkenfeindlich. Kleine Schwankungen, die *temporum ratione habita* da und dort eintreten, ändern nichts an dieser Tatsache. Auf der anderen Seite hat das muselmanische Türkenvolk in dem östlichen Nachbar stets den Erbfeind gesehen. Dieser Gedanke gelangt heute inmitten der starken nationalen Bewegung schärfer zum Ausdruck, als dies seit dreißig Jahren geschehen ist. In russischen Kreisen macht man sich in dieser Beziehung keine Illusionen. Mein russischer Kollege und alle Mitglieder der Botschaft tragen offen ihre Bestürzung über die jüngsten Ereignisse zur Schau. Sie stellen die allerpessimistischste Prognose.

Tritt eine Wendung in der englischen Orientpolitik ein, so darf sie sich natürlich nicht auf unsere Kosten vollziehen. Auf der anderen Seite haben wir keinen Anlaß zu irgendeiner Eifersucht. Deutschland und England können die Freunde der Türkei sein, ohne daß auf politischem Gebiet ihre Wege sich zu kreuzen brauchen. Auf wirtschaftlichem Gebiete ist, wenn erst das Prinzip der Offenen Tür und des freien Wettbewerbes zur Durchführung gelangt, in dem ungeheueren Reiche Raum für alle. Wir haben anderwärts der englischen Konkurrenz standgehalten und sie selbst aus dem Felde geschlagen. Dazu werden wir auch hier imstande sein.

Marschall

Namenregister zu Band XIX—XXV*

* Vgl. die Vorbemerkung zum Namenregister in Band VI.

Abbas II. Hilmi, Khedive von
Ägypten 1892/1914.

XX, S. 25. 137.

XXIV, S. 315.

Abdel-Hakim Effendi, Tunesier in
marokk. Diensten (1905).

XX, S. 250.

Abdelkerim, Konsulatssoldat beim
deutschen Konsulat in Casa-
blanca (1908).

XXIV, S. 329. 330. 331. 334. 355.

Abdel Malek, Marokkaner.

XXIV, S. 409. 409A.

Abdi, marokk. Würdenträger.

XXIV, S. 249.

Abdul Asis, Sultan von Marokko 1894
bis 1908.

XIX, S. 510A. 594. 667.

XX, S. 6. 32A. 99. 189. 191. 205. 206.
209. 210. 216. 230. 237A. 239.
243. 243A. 244. 244A. 245. 246.
247. 248. 249. 250. 251. 251A.
252. 253. 254. 255. 255A. 256.
256A. 257. 258. 259. 260. 262A.
263A. 265. 266. 271. 272. 273.
274. 275. 276. 279. 280. 283. 286.
287. 287A. 288A. 293A. 294.
296. 300. 303. 304. 307. 307A.
314. 316. 321. 322. 322A. 325A.
327. 328. 334. 335. 335A. 336.
337. 338. 339. 340. 341. 348. 351.
352. 356. 363. 364. 374. 379. 380.
381. 382. 382A. 383. 386. 387.
390. 391. 392. 393. 398. 399.
399A. 400. 405. 407. 409. 413.
418. 419. 420. 421. 427. 428. 429.
430. 431. 432. 433. 434. 439. 440.
444. 445. 449. 449A. 450. 456.
457. 459. 460. 462. 464. 466. 468.
469. 470. 471. 476. 477. 478. 485.
486. 487. 488. 489. 490. 491. 492.
493. 495. 496. 497. 499. 500. 501.
502. 503. 504. 505. 506. 507. 514.
515. 517. 522. 523. 524. 524A.

525A. 526. 528. 529. 530. 530A.
533. 533A. 534. 534A. 535.
535A. 536. 539. 540. 541. 542.
542A. 543. 546. 547. 548. 548A.
550. 551. 552A. 554. 555. 556.
557. 570. 578. 587. 590. 592.
617. 627. 629. 630. 636. 656.
678. 687.

XXI, S. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 12. 13. 21.
25. 27. 28. 29. 39. 91. 93. 99. 100.
101. 103. 105. 114. 115. 116. 119.
121. 123. 124. 136. 139. 141. 142.
143. 144. 147. 148. 149. 155. 156.
158. 163. 164. 166. 167. 170. 171.
172. 173. 174. 175. 176. 178. 179.
182. 184. 202. 215. 223. 224. 239.
242. 243. 244. 249. 261. 262.
264A. 270. 279. 283. 299. 304.
323. 325. 327. 328. 332. 573. 601.
602. 602A. 603. 605. 607. 608.
609. 610. 611. 612. 614. 615. 616.
617. 618. 619. 622. 622A. 623.
624. 625. 627. 628. 629. 630.
630A. 631. 632. 634. 635. 637.
637A. 638. 639. 641A. 642A.
643. 643A. 651. 652. 653. 654.
657. 660. 661. 662. 666. 667. 668.
668A. 669. 672. 675. 676.

XXIV, S. 62A. 69. 172. 216. 217. 218.
220A. 222A. 223. 226. 233. 244.
244A. 246. 247. 248. 248A. 249.
250. 252. 253. 254. 255. 256. 257.
258. 260. 261. 262. 262A. 263.
266. 267. 282. 289. 294. 295. 297.
297A. 298. 299. 303. 307. 310.
311. 313. 315. 316. 317. 318. 319.
324A. 325. 326. 377. 379. 380.
381. 382. 383. 387. 388. 390. 393.
393A. 397. 405. 406. 407. 408.
409. 409A. 410. 411. 412. 413.
415. 417. 424. 425. 426. 427. 428.
429. 432. 439. 442. 443. 444. 446.
448. 451. 452. 453. 456. 461. 470.
472A. 499.

Abdul Hamid II., türk. Sultan 1876 bis 1909.

XIX, S. 121A. 122. 123. 127. 129. 131. 133. 134. 136. 137. 139. 140. 146A. 147. 151. 152. 153. 154. 155. 156. 157. 158. 159. 160. 188. 201. 242. 517. 518.

XX, S. 25. 91. 99. 320. 490. 678.

XXI, S. 379. 394. 428. 576.

XXII, S. 35. 56. 59. 70. 74. 78. 80. 82. 90. 92. 104. 108. 110. 112. 113. 114. 115. 117. 120. 121. 122. 123. 126. 126A. 127. 129. 131. 132. 134. 135. 136. 137. 139. 142. 143. 153. 154. 156. 157. 158. 160. 161. 162. 163. 166. 167. 171. 174. 177. 179. 181. 182. 183. 184. 189. 191. 192. 193. 199. 200. 206. 211. 212. 214. 215. 217. 218. 219. 220. 221. 224. 231. 232. 233. 234. 235. 242. 243. 244. 249. 258. 259. 260. 261. 263. 264. 265. 265A. 266. 267. 268. 270. 271. 272. 272A. 273. 275. 276. 277. 278. 279. 280. 282. 283. 284. 285. 286. 287. 289. 290. 291. 292. 293. 294. 295. 296. 297. 298. 299. 301. 303. 304. 305. 306. 307. 308. 309. 310. 311. 312. 313. 315. 316. 317. 318. 319. 319A. 320. 321. 322. 323. 331. 332. 335. 349A. 354A. 358. 361. 362. 365. 366. 366A. 367. 368. 374. 377. 380. 381. 382. 387. 389. 390. 396. 397. 398. 400. 403. 406. 407. 410. 414. 416. 417. 418. 420. 421. 422. 423. 424. 425. 426. 427. 429. 431. 432. 433. 435. 436. 446. 448. 450. 451. 453. 454. 456. 457. 458. 461. 465. 466. 467. 468. 469. 472. 473. 474. 475. 477. 481. 485. 486. 487. 489. 492. 494. 495. 502. 504. 505. 507. 508. 509. 510. 511. 512. 513. 514. 516. 521. 521A. 522A.

XXIV, S. 19. 73. 84.

XXV, S. 12. 112A. 116. 117. 118A. 161. 177. 179. 180. 181. 182. 183. 184. 191. 192. 193. 194. 209. 214. 215. 217. 218. 219. 220. 221. 222. 224. 225. 234. 235. 235A. 236. 237. 238. 241. 242. 249. 250. 251. 251A. 252. 253. 254. 256. 257. 258. 259. 259A. 262. 266. 276. 277. 277A. 278. 279. 280. 284. 285. 288. 290. 292A. 293. 294. 295. 297A. 298. 299. 300. 301.

303. 304. 305. 307. 310. 313. 323. 336. 347. 361. 365. 368. 378. 379. 389. 390. 392. 393. 396A. 401. 404. 406. 409A. 410. 412. 413. 415. 419. 420. 421. 422. 423. 425. 426A. 431. 432. 433. 434. 435. 436. 438. 484. 490. 491. 492. 497. 498. 499. 500. 501. 502. 503A. 504. 505. 506. 508. 509. 510. 512. 513. 517. 518. 519. 523. 524. 525. 530. 533. 535. 537. 539. 541. 543. 543A. 544. 552. 558. 563. 564. 565. 566. 568. 569. 570. 571. 572. 573. 573A. 575. 577. 578. 579. 580. 581. 583. 584. 585. 586. 586A. 587. 588. 589. 590. 594A. 595. 596A. 600. 601. 603. 604. 605. 608. 608A. 609. 612. 613. 614. 616. 617. 618. 619. 620. 621. 622. 624.

Abdur Rahman Chan, Emir von Afghanistan 1880/1901.

XX, S. 250.

Abdurrahman Pascha, türk. Minister der Justiz und des Kultus 1895/1908.

XXII, S. 381.

Abé, Erster Sekretär bei der japan. Gesandtschaft in Peking (1907).

XXV, S. 70.

Aberdeen, Countess of, Gemahlin des Earl of A. (s. den Folgenden).

XX, S. 679. 682.

Aberdeen, Earl of, Lord-Leutnant von Irland im Kabinett Gladstone 1886.

XX, S. 679.

Abessinien, s. Menelik II.

Achmed Risa, Präsident des jung-türk. Komitees in Paris (1908).

XXV, S. 596. 596A. 609. 610.

A'Court, s. Repington.

Adalbert, Prinz von Preußen, dritter Sohn Kaiser Wilhelms II.

XIX, S. 110. 181. 181A.

Ägypten, s. Abbas II. Hilmi.

Aehrenthal, Alois Freiherr, (seit 17. August 1909 Graf) Lexa von, österr.-ung. Botschafter in Petersburg 1899/1906, Minister des Äußern 1906/12.

XIX, S. 107. 129. 138. 139. 385A. 428.

XXI, S. 361. 380. 384. 384A. 385. 386. 387. 388. 389. 393. 394. 395A. 402. 403. 403A. 417. 419A.

XXII, S. 7. 26. 27. 29. 30. 31. 32. 33.

34. 37. 38. 41. 42. 44. 45. 45A. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 55A. 56. 65. 69. 73A. 76. 76A. 77. 77A. 78. 80A. 83. 83A. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 115. 117. 120. 123. 191. 192. 193. 226. 386. 404. 404A. 405. 406. 407. 410. 411. 411A. 412. 413. 414. 419A. 422. 423. 424. 425A. 427. 427A. 428. 431. 431A. 432. 433. 434. 435. 436. 446. 449. 450. 451. 453. 453A. 455. 456. 456A. 457. 458. 459. 460. 460A. 464. 466. 466A. 467. 468. 469. 470. 470A. 473. 476. 477. 478. 482. 483. 492. 492A. 493. 494. 497. 497A. 503. 504. 504A. 505. 508. 510. 511. 513. 514. 520.
- XXIII, S. 102. 103. 103A. 108. 117. 120. 121. 122. 129. 133. 134. 135. 136. 138. 139. 140. 141. 142. 143. 145. 148. 155. 161A. 164. 167. 168. 172. 173. 174. 175. 176. 177. 178. 180. 181. 182. 182A. 183. 184. 185. 186. 187. 188. 189. 190. 191. 193. 194. 194A. 195. 201. 202. 205. 207A. 211. 218. 219. 220. 237. 243. 246. 249. 301. 302. 304. 324. 325. 326. 327. 328.
- XXIV, S. 6. 7. 8. 8A. 120. 121. 128. 133. 133A. 134. 134A. 135. 135A. 153. 153A. 154. 154A. 155. 155A. 156. 156A. 192. 366. 367. 416. 419. 420. 420A. 421. 422. 423. 424. 429. 430. 435. 493.
- XXV, S. 10. 10A. 11. 47. 289. 290. 291. 291A. 292A. 293. 295A. 296A. 297. 297A. 298. 299. 299A. 300. 301. 302. 303. 305. 306. 307. 308. 309. 310. 310A. 311. 312. 313. 314. 315. 315A. 316. 318. 319. 320. 322. 324A. 325. 326. 333. 335. 336. 337. 338. 343. 344. 345A. 346A. 349. 350. 351. 352. 353. 356. 358. 359. 360. 361. 366. 367. 368. 369. 370. 371. 372. 373. 374. 376. 378. 379. 379A. 380. 381. 382. 386. 387. 391A. 392. 393. 398. 401. 402. 403. 403A. 404. 405. 435. 436. 437. 446. 447. 447A. 471. 472. 473. 481. 482. 483. 499. 501. 508. 511. 512. 514. 515. 516. 517. 518. 519. 522. 524. 526. 529. 535. 536. 537. 538. 539. 541. 542. 543. 546. 547. 548. 551. 551A. 552. 553. 553A. 574. 575. 594. 595. 599. 600. 611. 612. 622.
- Afghanistan, s. Abdur Rahman, Habib Ullah.
- Ahmed Chan, Generalgouverneur der pers. Provinz Seistan (1904).
- XIX, S. 647.
- Ahmed Mirza, pers. Prinz, Thronfolger (1907).
- XXV, S. 148. 151.
- Akidzuki, japan. Gesandter in Stockholm 1904/07.
- XIX, S. 383. 384. 385. 386.
- Albert, Fürst von Monaco 1889/1922.
- XIX, S. 519.
- XX, S. 105. 106. 107. 109. 110. 110A. 456. 456A. 464. 465. 467. 469. 491. 491A. 492. 492A. 596. 596A. 597.
- XXI, S. 265. 275. 292. 570. 571. 573. 574. 575A. 578. 587. 592.
- XXIV, S. 260A.
- Albert, Prinz von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg, preuß. Rittmeister.
- XX, S. 645. 645A.
- XXIV, S. 98.
- Albrecht, Prinz von Preußen, Regent des Herzogtums Braunschweig 1885/1906.
- XXI, S. 265.
- Alexander II., Kaiser von Rußland 1855/81.
- XIX, S. 50. 88. 184. 198. 201. 496.
- Alexander III., Kaiser von Rußland 1881/94.
- XIX, S. 197. 199. 201. 252. 420. 456. 463. 490. 496. 502. 510. 512. 515. 522. 525. 526.
- XXI, S. 212.
- XXV, S. 42. 354.
- Alexander Michailowitsch, Großfürst von Rußland, Sohn des Großfürsten Michael Nikolajewitsch, zweiter Befehlshaber der Schwarzmeerflotte.
- XIX, S. 18. 19. 199. 235. 236.
- Alexandra, Königin von Großbritannien und Irland, Gemahlin König Eduards VII., geb. Prinzessin von Dänemark.
- XIX, S. 76. 77. 169. 172. 392. 602. 602A. 651. 652. 658.

- XXI, S. 108. 111. 112. 476. 476A. 512A.
 XXIII, S. 565.
 XXIV, S. 60A. 87A. 91A. 128. 130.
 145. 150. 488A.
 XXV, S. 375.
 Alexandra Feodorowna, Kaiserin
 von Rußland, Gemahlin Niko-
 laus II., geb. Prinzessin Alix
 von Hessen-Darmstadt.
 XIX, S. 44. 52. 70. 71. 169. 182. 186.
 189. 200. 224. 225. 304. 305. 308.
 311. 324. 346. 390. 392. 394. 416.
 431. 442. 450. 513. 514. 523. 528.
 628.
 XX, S. 654.
 XXIII, S. 117. 176.
 XXIV, S. 60A.
 XXV, S. 448. 451. 493.
 Alexej Nikolajewitsch, Großfürst-
 Thronfolger von Rußland, Sohn
 Nikolaus II.
 XIX, S. 216. 216A. 223. 295A. 347A.
 417. 459.
 XXV, S. 449.
 Alexejew, russ. Admiral, Statthalter
 im Fernen Osten (1903).
 XIX, S. 15. 30. 107. 111. 168. 198.
 199. 201. 388. 550.
 Alexis Alexandrowitsch, Großfürst
 von Rußland, dritter Sohn Kaiser
 Alexanders II., Großadmiral,
 Oberster Chef der Flotte (1904).
 XIX, S. 236. 328.
 Alfons XII., König von Spanien 1874/85.
 XXI, S. 191.
 Alfons XIII., König von Spanien seit
 1886.
 XX, S. 172. 175. 179. 185. 186. 187.
 188. 191. 192. 193. 194. 200. 203.
 208. 230. 263A. 264. 268. 327.
 352. 384. 386. 393. 393A. 400.
 402. 403. 406A. 407. 420. 421.
 425A. 426. 655. 661.
 XXI, S. 29A. 38. 97. 190. 191. 267.
 290. 344. 497A. 499. 500A.
 506A. 552.
 XXIII, S. 214.
 XXIV, S. 447.
 Ali ben Said, Sultan von Sansibar 1890
 bis 1893.
 XXIV, S. 92.
 Allenby, Reginald Arthur, engl. Kapi-
 tän zur See, Marineattaché in
 Berlin (1906).
 XXI, S. 79. 79A. 80. 111.
 Allendesalazar, span. Staatsminister
 im Kabinett Maura 1907/09.
 XXIII, S. 526.
 XXIV, S. 218. 292. 293. 437. 438. 440.
 440A.
 Allier, Direktor des Crédit Foncier
 d'Algérie (1905).
 XX, S. 250.
 Almodóvar del Río, Herzog von,
 span. Staatsminister im Kabinett
 Moret 1905/06, Erster Delegierter
 und Vorsitzender der Konferenz
 von Algeciras 1906.
 XXI, S. 27. 29. 91. 92. 93. 122. 178.
 191. 205. 233. 234A. 244. 257.
 258. 266. 290.
 Aloisi, ital. Leutnant zur See, Marine-
 attaché in Paris (1907).
 XXI, S. 534.
 Alten, von, preuß. Major, kommandiert
 zur Teilnahme an der Reorgani-
 sation der mazedonischen Gen-
 darmerie (1904/1908).
 XIX, S. 125.
 XXII, S. 99. 99A. 101. 102. 106. 122.
 130. 131. 138. 145. 167.
 XXV, S. 611.
 Alvensleben, Graf von, Botschafter in
 Petersburg 1901/05.
 XIX, S. 19. 25. 26. 26A. 86. 86A. 88.
 102. 111. 241. 271. 322. 325.
 328A. 342A. 404. 428. 429. 436.
 475. 483. 484. 494. 501. 507. 551.
 563. 568. 576. 585. 623. 623A.
 625. 625A. 628A.
 XX, S. 278A. 386.
 XXI, S. 253. 253A.
 XXII, S. 6A. 14. 15. 124A. 138. 227.
 Amade, d', franz. Brigadegeneral (1907,
 1908).
 XXIV, S. 252. 254. 266. 289. 290. 295.
 301. 303. 304A. 307. 317. 331.
 332. 334. 335. 343. 344. 345. 347.
 348. 449. 485.
 Amin Schech, s. Tasi.
 Amphill, Lady, Witwe des engl. Bot-
 schafters in Berlin.
 XIX, S. 516.
 Amrani, Mulay abdes salam el, marokk.
 Würdenträger.
 XXI, S. 622.
 Anastasia Nikolajewna, Großfür-
 stin von Rußland, vierte Tochter
 Kaiser Nikolaus II.
 XXV, S. 449.

Andrássy, Julius Graf, österr.-ung.
Minister des Äußern 1871/79.
XXV, S. 473.

André, franz. Divisionsgeneral, Kriegs-
minister in den Kabinetten Wal-
deck-Rousseau und Combes 1900
bis 1905.
XXI, S. 61. 77.

Anflus, Kaid, marokk. Gouverneur (1907).
XXIV, S. 250.

Aoki, Vicomte, japan. Gesandter in
Berlin 1892/98, Minister des
Äußern im Kabinett Yamagata
1898/1900, Botschafter in Wa-
shington 1906/08.
XIX, S. 15. 250. 260. 260A. 261. 262.
263. 395. 396. 396A. 397. 398.
399. 400. 401. 402. 403. 407. 408.
408A. 409. 410. 413. 414. 414A.
415. 419. 562. 604A.

XXV, S. 78.

Aoki, Vicomtesse, Gemahlin des japan.
Ministers.
XIX, S. 396. 398.

Apponyi, Albert Graf, Mitglied des ung.
Reichstags, Kultusminister im
Kabinett Wekerle 1906/10.
XXI, S. 456. 456A.

XXII, S. 11A.

XXIII, S. 219. 326.

Arbi El-Abarudi, Sid-El, Bürger-
meister von Tanger (1905).
XX, S. 248.

Arbi, Hmed bel, marokk. Kaid.
XXIV, S. 295.

Arbi, Mohammed bel, Semsar der Firma
Karl Ficke in Casablanca (1908).
XXIV, S. 300A. 301.

Arcos, Herzog von, span. Botschafter
in Rom 1905/07.
XXIII, S. 134A. 135.

Arco-Valley, Graf von und zu, Ge-
sandter in Tokio 1901/06.
XIX, S. 21. 102. 211. 222. 251. 252.
260A. 395. 396. 401. 402. 409.
410. 410A. 411. 576. 604A.

Arenberg, Auguste Prince d', Präsident
der Suezkanal-Gesellschaft in
Paris.
XX, S. 379.

Arisugawa, japan. Prinz.
XIX, S. 414. 414A. 418. 419.

Arnold-Forster, Hugh Oakeley, engl.
Staatssekretär des Krieges im
Kabinett Balfour 1903/05.

XXI, S. 83.

Arthur, Herzog von Connaught, Sohn
der Königin Viktoria von Groß-
britannien und Irland.
XIX, S. 190. 515. 516.

XX, S. 441A. 604. 608. 652. 655.

XXII, S. 487.

XXIV, S. 15. 59.

Asquith, Herbert Henry, Mitglied des
engl. Unterhauses, Schatzkanzler
im Kabinett Campbell-Banner-
man 1905/08, Premierminister
1908/16.
XIX, S. 169.

XX, S. 673. 674. 675. 690.

XXI, S. 49A. 427. 469A. 516.

XXIV, S. 38. 40. 41. 57. 57A. 58. 59.
71. 75. 78. 113A. 115. 132. 146.
158. 188. 188A. 189.

Asser, niederländ. Delegierter auf der
Zweiten Haager Friedenskonfe-
renz 1907.
XXIII, S. 337A.

Assim Bey, Botschaftsrat bei der türk.
Botschaft in Wien (1905, 1906).
XXII, S. 314. 406.

Auboyneau, Generaldirektor der Ban-
que Ottomane in Konstantinopel.
XXII, S. 209. 215. 224. 347.

XXV, S. 222. 246. 248. 248A.

August, Großherzog von Oldenburg
1900/18.
XX, S. 638A.

Augusta Karoline, Großherzogin-
Witwe von Mecklenburg-Strelitz,
geb. Prinzessin von Großbritan-
nien und Irland.
XX, S. 642.

Auguste Viktoria, Deutsche Kaiserin
und Königin von Preußen, Ge-
mahlin Kaiser Wilhelms II., geb.
Prinzessin von Schleswig-Hol-
stein-Sonderburg-Augustenburg.
XIX, S. 83. 182. 187A. 216A. 474.
498. 513.

XX, S. 98. 98A.

XXI, S. 112. 230. 230A. 511. 512A.

XXII, S. 49A. 475.

XXIII, S. 412A.

XXIV, S. 8. 17. 17A. 20. 25A. 205.

XXV, S. 403. 403A. 450. 451. 595A.

Aunay, Comte Le Peletier d', franz.
Senator, Botschafter in Bern
1907/11.
XXI, S. 578. 579.

- Auspitzer, Chefredakteur der „B. Z. am Mittag“ (1909).
XXIV, S. 200. 202.
- Austin, Alfred, engl. Publizist.
XXIII, S. 285.
- Avarna, Duca d', ital. Botschafter in Wien 1904/15.
XIX, S. 143.
XX, S. 86.
XXIII, S. 142. 201.
XXIV, S. 424.
XXV, S. 367. 368. 373. 374. 393. 524.
- Avebury, Baron John Lubbock, Präsident der „Central Association of Bankers“ (1905, 1907).
XX, S. 679. 680. 682. 683.
XXI, S. 185.
XXIII, S. 29. 386.
- Azzuz, Mohammed ben, marokk. Würdenträger (1908).
XXIV, S. 273. 282. 284. 285. 285 A. 286. 288. 289. 297 A. 308. 309. 379.
- Ba-Ahmed, marokk. Würdenträger.
XXIV, S. 444.
- Bacher, Chefredakteur der „Neuen Freien Presse“ (1906).
XXI, S. 376. 376 A.
- Bacheracht, von, russ. Ministerresident in Tanger 1898/1906, Zweiter Delegierter auf der Konferenz von Algeciras 1906.
XX, S. 254. 254 A. 277. 306. 419.
XXI, S. 122. 244.
- Bachmetiew, russ. Generalkonsul und diplom. Agent in Sofia 1897 bis 1906, Gesandter in Tokio 1906/08.
XIX, S. 139. 144.
XXIV, S. 317.
XXV, S. 70.
- Baden, s. Friedrich I., Luise.
- Bälz, deutscher Arzt in Tokio (1905).
XIX, S. 419.
- Bagdad, s. Fazel, Nasim.
- Bailloud, franz. Divisionsgeneral, Kommandeur des XIX. Armeekorps in Algier (1908).
XXIV, S. 449.
- Baker, Joseph Allan, Mitglied des engl. Unterhauses (1908).
XXIV, S. 85 A.
- Balfour, Arthur James, Mitglied des engl. Unterhauses, Premierminister 1902/05.
- XIX, S. 13. 74. 218. 240. 241. 248. 296. 297. 297 A. 299. 332. 378. 542. 601. 665 A. 671.
- XX, S. 140. 141. 144. 151. 385. 616. 622. 625. 626. 682 A.
- XXI, S. 83 A. 247. 455 A. 470. 471. 472. 473. 474. 475. 481.
- XXII, S. 154. 154 A. 324 A.
- XXIII, S. 27 A. 32. 35 A. 36 A. 43 A. 45. 46. 47. 76.
- XXIV, S. 38. 48. 93. 94. 95.
- XXV, S. 5 A. 178. 215. 216. 242. 271. 622.
- Ballin, Albert, Generaldirektor der Hamburg - Amerika - Paketfahrt - Aktiengesellschaft (Hapag) 1900 bis 1918.
XIX, S. 248. 251. 252. 255. 263. 264. 265. 266. 267. 268. 268 A. 269. 270. 272. 273. 273 A. 274. 275. 276. 277. 516. 517.
- XXIV, S. 52. 53. 54. 91. 91 A. 96. 97. 98. 128.
- XXV, S. 374. 375. 375 A. 376.
- Bapst, Botschaftsrat bei der franz. Botschaft in Konstantinopel 1898 bis 1905, Gesandter in Peking 1906/09.
XXII, S. 121. 122. 123. 137. 170. 172. 178. 185. 224. 227.
- XXV, S. 67.
- Barbosa, Ruy, Erster brasilian. Delegierter auf der Zweiten Haager Friedenskonferenz 1907.
- XXIII, S. 271. 277. 278. 279.
- Barclay, Sir George Head, Botschaftsrat bei der engl. Botschaft in Konstantinopel 1906/08.
XXII, S. 372. 373. 374. 375. 376. 378. 444.
- XXV, S. 532.
- Barclay, Sir Thomas, Präsident der engl. Handelskammer in Paris 1899/1900, Pazifist.
XIX, S. 286.
XX, S. 671. 672.
- Bargasch, Gouverneur von Mogador (1907).
XXIV, S. 250.
- Baring, Maurice, Spezialkorrespondent der „Morning Post“ in Rußland (1907).
XXV, S. 38.
- Barker (Eltzbacher), Ellis, engl. Journalist deutscher Abstammung.
XXV, S. 261. 261 A.

- Barnardiston, engl. Oberstleutnant,
Militärattaché in Brüssel (1906).
XXI, S. 526A.
- Barrère, Camille, franz. Botschafter in
Rom 1897/1924.
XIX, S. 36. 145.
XX, S. 41. 53. 61. 64. 65. 80. 81. 93.
100. 101. 115. 118. 325. 325A.
326. 362. 364. 368. 372. 372A. 454.
XXI, S. 34. 232. 358. 360. 364. 376.
377A. 578.
XXIII, S. 137. 138.
- Barrington, Sir Bernard Eric Edward,
Privatsekretär des engl. Staats-
sekretärs des Äußern Lord Lans-
downe 1900/05.
XIX, S. 234. 639.
- Barzilai, ital. Deputierter (1907).
XXII, S. 428.
- Bashford, John Laidlay, engl. Jour-
nalist in Berlin (1904, 1907, 1908).
XIX, S. 206A. 373A.
XXIII, S. 466. 475.
XXIV, S. 170A. 199A. 201A.
- Bassermann, Ernst, Mitglied des
Reichstags.
XXI, S. 332A.
XXIII, S. 213. 213A. 214. 223. 224. 225.
XXIV, S. 209.
- Batjuschkow, Erster Dragoman bei
der russ. Gesandtschaft in Tehe-
ran (1908).
XXV, S. 172.
- Battenberg, s. Viktoria.
- Baudissin, Friedrich Graf von, Admiral,
Chef des Admiralstabs der Marine
1907/09.
XXIII, S. 558.
- Bayern, s. Ferdinand, Franz, Luitpold,
Maria Theresia, Rupprecht.
- Beaucaire, s. Horric de Beaucaire.
- Beaumarchais, de, Zweiter Sekretär
bei der franz. Gesandtschaft in
Tanger (1908).
XXIV, S. 314.
- Beaumarchais, de, Madame, Gemahlin
des Vorigen.
XXIV, S. 314. 322.
- Bebel, August, Mitglied des Reichstags.
XXI, S. 546.
- Beck, Freiherr von, österr. Minister-
präsident 1906/08.
XXI, S. 363. 363A.
XXV, S. 405.
- Beck, Freiherr von, österr.-ung. Feld-
marschalleutnant, Chef des Gene-
ralstabs 1881/1906.
XXI, S. 411. 412.
XXII, S. 109A.
- Beernaert, Auguste, belg. Staats-
minister, Erster Delegierter auf
der Zweiten Haager Friedens-
konferenz 1907.
XXIII, S. 261. 262.
- Behadur Djeng, Emir, pers. Hof-
minister (1906).
XXV, S. 121.
- Beit, Finanzier.
XIX, S. 516. 517.
XX, S. 690. 691. 692. 693. 694. 695.
696.
XXI, S. 95. 491.
- Beldiman, Alexander, rum. Gesandter
in Berlin 1896/1916, Erster Dele-
gierter auf der Zweiten Haager
Friedenskonferenz 1907.
XXIII, S. 280.
XXV, S. 359.
- Belgien, s. Leopold II.
- Belinger, span. Gesandtschaftsarzt in
Tanger (1908).
XXIV, S. 313.
- Bell, Charles Frederic Moberly, Chef-
redakteur der „Times“ (1905).
XX, S. 694.
- Bellairs, Carlyon Wilfroy, Mitglied des
engl. Unterhauses (1906, 1908).
XXIII, S. 28. 35. 37. 38. 45. 397.
- Below-Rutzau, von, Generalkonsul
und diplom. Agent in Sofia 1900
bis 1905, preuß. Gesandter in
Stuttgart 1907/15.
XIX, S. 132. 132A. 134A. 140A.
141A. 146A. 153. 155. 155A.
230A.
XXV, S. 474A.
- Below-Saleske, von, Erster Sekretär
bei der Gesandtschaft in Athen
1904/07, Botschaftsrat bei der
Botschaft in Konstantinopel 1907
bis 1908.
XXII, S. 33A.
XXV, S. 250.
- Belton, engl. Offizier in marokk. Dien-
sten (1908).
XXIV, S. 445.
- Benaser Gannam, marokk. Würden-
träger (1907).
XXI, S. 651. 652.

Benckendorff, Alexander Graf von, russ. Botschafter in London 1903 bis 1917.

XIX, S. 44. 45. 58. 167. 168. 169. 170. 171. 172. 191. 192. 203. 229. 230. 239. 240. 241. 283. 284. 285. 290. 293. 305. 374. 375. 375A. 459. 505. 506. 509. 655. 657. 658. 659. 662. 663. 664. 665. 666. 669. 670. 672. 673. 674. 674A.

XX, S. 27. 111. 649. 650. 651.

XXII, S. 23A. 25. 281. 414. 458. 481. 482. 483. 511.

XXIII, S. 159. 222. 223. 224. 225. 226. 442. 498. 499.

XXIV, S. 19A. 58. 63.

XXV, S. 4. 6. 7. 8. 21. 21A. 22. 22A. 26. 28. 29. 31. 32. 33. 34. 37. 38. 69A. 205. 207. 271. 275A. 304. 305. 306. 324. 325. 407. 407A. 408. 415. 417. 431. 441. 452. 454. 455. 455A. 456. 459A. 464. 465.

Benckendorff, Paul Graf von, russ. Hofmarschall (1905).

XIX, S. 669. 672.

Benedetti, Vincent Comte, franz. Botschafter in Berlin 1864/70.

XIX, S. 77. 77A.

Bennet, Gordon, Besitzer des „New York Herald“.

XIX, S. 341.

Bennis, marokk. Kaufmann.

XXI, S. 611. 612. 624. 624A. 625. 628. 629.

XXIV, S. 232.

Bennis, Mohammed Bel Hadj Abd-el-Kader, marokk. Würdenträger (1908).

XXIV, S. 273. 282. 284. 285. 285A. 286. 288. 289. 297A. 308. 309. 379.

Benomar, Conde, span. Botschafter in Rom 1890/93, 1895/97, 1899/1900.

XX, S. 170.

Bensakur, Haji Mohammed ben Mohammed, Sensar der Firma Haeßner und Joachimsohn in Fes (1906).

XXI, S. 628. 629.

Berchtold, Leopold Graf von, Botschaftsrat bei der österr.-ung. Botschaft in Petersburg 1903/06, Botschafter in Petersburg 1906 bis 1911.

XIX, S. 229. 243. 244.

XXII, S. 47. 54. 69. 412. 413. 457. 511. 512.

XXIII, S. 120. 139. 141. 142. 149. 151. 153. 154. 155. 156. 158. 160. 163. 167. 172. 176. 180. 182. 183. 189. 190. 191. 192. 193. 194. 194A. 195. 196. 200. 201. 203. 205. 210. 211. 232. 234. 235. 237. 238. 240. 243. 245. 247. 249. 251. 252. 301. 302. 304.

XXIV, S. 8.

XXV, S. 58. 326. 332. 333. 334. 338. 340. 344. 352. 355. 356. 361. 364. 365. 380. 380A. 386. 391. 392A. 405. 442. 484. 499. 537. 549. 597.

Berckheim, Baron de, Botschaftsrat bei der franz. Botschaft in Berlin (1908).

XXIV, S. 377. 378. 382. 383. 398. 399. 400. 405. 405A. 417. 457. 458. 488A. 489.

Beresford, Lord Charles, engl. Vizeadmiral, Chef der Kanalflotte (1904, 1908).

XIX, S. 299. 363.

XXIII, S. 566A.

XXIV, S. 28.

Berger, franz. Kapitän a. D., franz. Delegierter und Präsident der türk. Dette publique (1906, 1908).

XXI, S. 482.

XXII, S. 350. 358. 381. 382. 383. 384. 385. 386. 388.

XXV, S. 280.

Berger, Egon von, Ministerialkonzipist im österr.-ung. Ministerium des Äußern (1907).

XXIII, S. 219.

Bernard, franz. Journalist, Herausgeber der „Presse Associée“.

XX, S. 312.

Bernstorff, Graf von, Erster Sekretär bei der Botschaft in London 1902 bis 1906, Generalkonsul in Kairo 1906/08, Botschafter in Washington 1908/17.

XIX, S. 203.

XX, S. 14A. 16A. 19A. 20. 23. 268A. 385. 615.

XXII, S. 155A.

XXIII, S. 5A. 7A.

XXV, S. 97A.

Bernussi, el, Mochalat einer deutschen Firma in Fes (1904).
 XX, S. 197. 198. 202. 206. 214. 222. 226. 227.

Berteaux, franz. Kriegsminister im Kabinett Rouvier 1905.
 XX, S. 252. 322.

Bertie, Sir Francis Leveson, Hilfssekretär im Foreign Office 1894/1903, Botschafter in Rom 1903/04, in Paris 1905/18.
 XIX, S. 244. 495.
 XX, S. 66. 317. 493. 494. 494A. 616. 642. 645. 669.
 XXI, S. 49A. 266. 296.
 XXII, S. 229. 230.
 XXIII, S. 265A.

Besobrasow, russ. Staatssekretär, Mitglied des Reichsrats (1903).
 XIX, S. 19. 198. 199. 201. 388.

Betzold, franz. Finanzier.
 XIX, S. 495.
 XX, S. 355A. 357. 357A. 358. 359. 368. 374. 375. 376. 377. 378. 379. 384. 393. 394. 402. 403. 407. 408. 409. 409A. 483. 492. 517.

Beyre, de, franz. Journalist, Militärberichterstatte des „Figaro“ (1906).
 XXI, S. 528.

Biegeleben, Freiherr von, Legationsrat im österr.-ung. Ministerium des Äußern (1906, 1908).
 XXI, S. 138. 139. 140. 229. 230. 238.
 XXIV, S. 424.

Bihourd, Georges, franz. Botschafter in Berlin 1903/07.
 XX, S. 106. 191. 205. 230. 267. 329. 329A. 332. 332A. 333. 333A. 334. 337. 344. 353. 393. 459. 460. 461. 463. 476. 478. 479. 500. 504. 515. 530. 531. 543. 548. 549. 557. 558. 559. 585. 588. 609.
 XXI, S. 18. 19. 23. 23A. 171. 439. 440. 447. 497A. 551. 552. 554. 614. 615. 618.

Billy, Robert de, Präferent im franz. Ministerium des Äußern 1903/07, Pressechef der Konferenzdelegation von Algeciras 1906.
 XX, S. 305A.
 XXI, S. 153.

Birilew, russ. Vizeadmiral, Marineminister 1905/07.
 XIX, S. 452. 454. 455. 463. 464. 505.
 XXII, S. 57.

Bismarck, Otto Fürst von, Kanzler des Norddeutschen Bundes 1867 bis 1871, Reichskanzler 1871 bis 1890.
 XIX, S. 77. 77A. 142. 195. 252. 496. 586.
 XX, S. 78. 677.
 XXI, S. 21. 206. 207. 247. 356. 453. 590. 593. 594.
 XXII, S. 85. 92.
 XXIII, S. 352.
 XXIV, S. 63. 100. 184. 340.
 XXV, S. 306. 353. 354. 508. 603. 623.

Blennerhasset, Sir Rowland, Kurator der irischen Universität Cork, Mitarbeiter der „National Review“ (1906).
 XXI, S. 247.

Block, Sir Adam Samuel James, engl. Delegierter bei der türk. Dette publique (1905, 1906, 1908).
 XXI, S. 482.
 XXII, S. 216. 223. 224. 372. 384. 385. 386. 387. 388. 396. 397.
 XXV, S. 178. 185. 186. 187. 219. 231A. 238. 246. 260.

Blume, dän. Oberstleutnant, Chef des Sekretariats im Kriegsministerium (1906).
 XXIII, S. 424A.

Bobrikow, russ. General der Infanterie, Generalgouverneur von Finnland (1904).
 XIX, S. 188.

Bode, Wilhelm, Generaldirektor der Königlichen Museen (1905).
 XX, S. 690.

Bodman, Hans Freiherr von und zu, Botschaftsrat bei der Botschaft in Konstantinopel 1904/07.
 XXII, S. 137A. 158. 175. 185. 266. 267. 268. 349A. 354A. 357A. 362.
 XXV, S. 180. 180A.

Boecker, Bankier in Paris (1907).
 XXI, S. 642.

Bolesta-Koziebrodzki, Leopold Graf, österr.-ung. Ministerresident in Tanger 1904/09, Zweiter Delegierter auf der Konferenz von Algeciras 1906.
 XXI, S. 121. 127. 140. 145. 148. 150. 178. 204.

- Bollati, Generalsekretär im ital. Ministerium des Äußern (1908).
 XXIV, S. 435. 436.
- Bompard, Maurice, franz. Botschafter in Petersburg 1902/08.
 XIX, S. 26. 107. 129. 138. 323. 527A.
 XX, S. 22.
 XXI, S. 340. 341. 342.
 XXII, S. 43. 66. 69. 227A. 228.
 XXIII, S. 211. 411. 416. 431.
 XXV, S. 204. 212. 213. 214.
- Bonnal, Guillaume, franz. Brigadegeneral a. D. (1907).
 XXI, S. 464. 464A. 465A.
- Boris, Kronprinz von Bulgarien, ältester Sohn des Fürsten Ferdinand.
 XIX, S. 131A. 132A.
 XXII, S. 174.
- Boppe, Botschaftsrat bei der franz. Botschaft in Konstantinopel (1906).
 XXII, S. 371. 400.
- Borchgrave, Baron de, belg. Gesandter in Wien 1892/1909.
 XXIV, S. 128A. 129A.
- Bosdari, Conte di, Botschaftsrat bei der ital. Botschaft in London (1907).
 XXI, S. 534. 535.
 XXIII, S. 206. 207. 212. 213. 234.
- Botha, Louis, General, Oberkommandierender der Truppen der Südafrikanischen Republik 1901/02, Premierminister von Transvaal 1907/10.
 XXI, S. 647.
 XXIII, S. 358. 358A.
- Botkin, russ. Gesandter in Tanger 1907/12.
 XXIV, S. 133A. 415. 434.
- Boubaker, marokk. Pascha, Gouverneur von Casablanca (1907).
 XXIV, S. 215. 216. 217. 226.
- Bouden-Smith, engl. Admiral (1906).
 XXIII, S. 38.
- Bourdon, Georges, franz. Publizist.
 XXIV, S. 220A.
- Bourgeois, Léon, franz. Senator (1905), Minister des Äußern im Kabinett Sarrien 1906, Erster Delegierter auf der Zweiten Haager Friedenskonferenz 1907.
 XX, S. 359. 379. 403. 408.
 XXI, S. 265A. 282. 291. 292. 295. 296. 297. 298. 303. 304. 306. 307. 308. 314. 315. 316. 317. 346. 438. 439. 454. 532. 534. 575. 578. 677.
- XXII, S. 87. 87A. 371.
- XXIII, S. 148. 155. 229. 241. 261. 262. 266. 268. 270. 280. 282A. 287. 288. 288A. 289A. 292. 293. 295. 312. 312A. 316. 317. 318. 331. 333. 336. 345. 346. 346A.
- XXV, S. 203. 204. 205.
- Boutiron, Botschaftsrat bei der franz. Botschaft in Petersburg (1903, 1904).
 XIX, S. 19. 395.
- XXIII, S. 59.
- Bowles, Thomas Gibson, Mitglied des engl. Unterhauses (1904).
 XIX, S. 292.
- Boy-Ed, Korvettenkapitän, Chef des Nachrichtenbureaus im Reichsmarineamt (1908).
 XXIV, S. 139A.
- Brändström, schwed. Gesandter in Petersburg 1906/17.
 XXIII, S. 450. 453. 544. 550. 550A. 554. 560.
- Braham, Korrespondent der „Times“ in Konstantinopel (1904, 1906).
 XXII, S. 157. 372.
- Brand, Kaufmann in Casablanca (1907).
 XXIV, S. 219. 220. 221. 230. 231.
- Brandenstein, von, Vizepräsident des Kaiserlichen Automobilklubs (1904).
 XIX, S. 341.
- Brandt, österr.-ung. Konsul in Casablanca (1908).
 XXIV, S. 338. 339. 350.
- Brandt, von, Gesandter in Peking 1874 bis 1892.
 XIX, S. 261.
 XXI, S. 206.
- Braun, Freiherr von, österr.-ung. diplom. Agent und Generalkonsul in Sofia 1904/05.
 XXII, S. 173.
- Braunschweig, s. Albrecht.
- Briand, Aristide, franz. Deputierter, Unterrichtsminister in den Kabinetten Sarrien und Clemenceau 1906/09.
 XXI, S. 534. 560. 561.
- Briantschaninow, russ. Publizist.
 XXV, S. 43. 318.
- Briantschaninow, Gemahlin des Vorigen.
 XXV, S. 43.

Brockdorff-Rantzau, Ulrich Graf,
Botschaftsrat bei der Botschaft
in Wien 1906/09.
XXII, S. 73. 424. 451. 453.
XXIII, S. 120A. 182A. 204A. 207A.
XXIV, S. 6. 135A.
XXV, S. 300. 301. 550. 553A.
Brodrick, William, engl. Staatssekretär
des Krieges in den Kabinetten
Salisbury und Balfour 1900/03.
XXI, S. 83. 83A.
Brooke, Lord, Adjutant des General-
inspektors der engl. Armee Sir
John French (1907).
XXV, S. 49.
Brooke, Victor Reginald, engl. Kapitän,
Adjutant des Oberbefehlshabers
in Indien Lord Kitchener (1904).
XIX, S. 656.
Brüning, Adolf von, Erster Sekretär
bei der Gesandtschaft in Tanger
1901/04, bei der Gesandtschaft
in Bern 1904/06.
XX, S. 203A.
Brun, Jean Jules, franz. Divisionsgeneral,
Chef des Generalstabs (1906).
XXI, S. 320A. 532.
Brunner, Sir John Tomlinson, Mitglied
des engl. Unterhauses (1908).
XXIV, S. 38.
Brusati, Erster Generaladjutant König
Viktor Emanuels III. (1904).
XX, S. 48. 63.
Bryce, James, Mitglied des engl. Unter-
hauses, Staatssekretär für Irland
im Kabinett Campbell-Banner-
man 1905/07, Botschafter in
Washington 1907/13.
XX, S. 673.
XXI, S. 447.
XXIII, S. 94. 95. 124A.
Bu Amama, marokk. Kronpräsident
(1905).
XX, S. 251. 251A. 253. 274.
XXIV, S. 248. 294.
Bubekr, Marokkaner (1908).
XXIV, S. 282.
Buchanan, Sir George William, engl.
diplom. Agent und Generalkonsul
in Sofia 1903/09.
XIX, S. 120.
XXV, S. 432.
Buchara, s. Seid Abdul-Ahad-Chan.
Budberg, Baron von, russ. Gesandter
in Stockholm 1905/09.

XXIII, S. 447. 452. 454. 480.
Büchsel, Wilhelm, Vizeadmiral, Chef
des Admiralstabs der Marine
1902/08.
XIX, S. 317. 354A. 356. 357. 358.
XX, S. 199. 695.
XXII, S. 57.
XXIII, S. 72.
Bülöw, Adolf von, preuß. Generalmajor
und Flügeladjutant.
XIX, S. 497. 497A.
Bülöw, Bernhard Graf (seit 6. Juni 1905
Fürst) von, Reichskanzler 1900
bis 1909.
XIX, S. 4A. 5. 8A. 16A. 17A. 34A.
46A. 48A. 67A. 68A. 71. 75.
76. 84A. 90A. 98. 132A. 141A.
146. 146A. 174. 174A. 182A.
183. 184. 194A. 196A. 202A.
203A. 206A. 230A. 267. 268.
271. 274. 295A. 306. 307A. 314.
318A. 319. 320A. 331A. 347A.
353A. 357. 358. 359. 360.
361. 365. 373. 373A. 374A.
377A. 383A. 390. 403A. 427A.
440. 440A. 446A. 450A. 457.
458. 469. 473A. 474. 478A.
479A. 481A. 482A. 486. 492.
495. 497A. 500. 505A. 510A.
513A. 515A. 517A. 526. 528A.
533. 534. 566A. 615A. 616. 617.
655A. 674A.
XX, S. 8A. 12A. 14A. 46A. 59. 68.
71A. 72. 82. 94A. 96. 97. 99A.
116. 117. 118A. 123. 124. 145.
201A. 234. 246. 263A. 264A.
284A. 285. 288A. 297. 298A.
300. 301. 303A. 309. 310. 311.
312. 313A. 325A. 358. 359.
362. 362A. 368A. 371. 390A.
394. 396. 397. 399. 404A. 406A.
409A. 421A. 423. 490. 491A.
492. 492A. 506. 531. 541.
580A. 588. 588A. 589. 594A.
596A. 597A. 605A. 624A. 630.
638. 642A. 665A. 666A. 683.
683A.
XXI, S. 18. 24A. 27A. 28. 29. 38A.
63A. 66A. 98A. 103A. 125A.
153. 153A. 192A. 194. 246A.
248. 272A. 275A. 288A. 290.
321. 333A. 334A. 338A. 339A.
360A. 363A. 374A. 378. 384A.
393. 409. 456A. 460A. 467. 491.
498A. 502. 502A. 505. 513A.

519. 530. 567. 571A. 582. 589A.
596A. 669A. 679. 680A. 682A.
685. 686.

XXII, S. 3A. 5A. 11A. 14. 15. 15A.
16. 16A. 31A. 33A. 35. 38A.
39. 41. 55. 67. 72A. 79A. 80A.
81A. 83A. 116. 120. 121. 126A.
138. 195A. 318A. 415. 419A.
424A. 432. 453A. 466. 466A.
505.

XXIII, S. 5A. 6. 8. 15A. 17A. 60. 60A.
61. 81A. 82A. 94. 103A. 105.
199A. 200. 201. 201A. 203.
204. 206. 221A. 257A. 336.
336A. 353. 365. 378A. 381A.
387. 403A. 405. 463. 463A. 468.
482. 490A. 497. 559.

XXIV, S. 5A. 15. 15A. 16A. 32A. 35.
50A. 87A. 88A. 99A. 124A. 125A.
136A. 137. 138A. 140. 142.
148A. 154A. 158A. 162A. 175A.
177. 177A. 178A. 179. 180A.
181A. 182A. 183A. 184. 185.
185A. 188A. 189A. 191. 191A.
192. 195A. 198A. 199A. 200A.
205A. 207. 208. 209. 210. 210A.
221A. 234A. 260A. 278. 279.
321. 336. 351. 358. 358A. 364.
365. 368A. 373A. 377. 388A.
391A. 393A. 404A. 405. 430.
430A. 431. 441A. 468A. 487A.
494A.

XXV, S. 12A. 25A. 35A. 37A. 55.
62. 62A. 75. 123. 136. 144A.
145A. 157. 157A. 197A. 243A.
261A. 295A. 296A. 315A. 320A.
331. 343. 371. 371A. 391A.
403A. 408A. 443A. 451A. 457A.
467. 485. 486. 487A. 490A.
502A. 503A. 516. 565A. 575.
580. 596A.

Bülöw, Karl Ulrich von, preuß. Oberst-
leutnant, Militärattaché in Wien
(1904, 1906).

XXI, S. 320A. 339A.

XXII, S. 109A.

Bülöw, Maria Gräfin (seit 6. Juni 1905
Fürstin) von, Gemahlin des
Reichskanzlers, geb. Beccadelli
di Bologna.

XIX, S. 161. 518.

XX, S. 99A.

XXI, S. 575.

XXIV, S. 91. 205.

XXV, S. 375. 405.

Bu Hamara, s. Rôghi.

Buisseret Steenbecque de Bla-
renghien, Comte de, belg.
Gesandter in Tanger 1902/09.

XXI, S. 641A. 650A.

Bukuwky von Bukuwka, Graf, Er-
ster Sekretär bei der österr.-ung.
Gesandtschaft in Tanger (1908).

XXIV, S. 415. 416.

Bulazell, Botschaftsrat bei der russ.
Botschaft in Berlin (1905, 1907).

XXII, S. 289.

XXIII, S. 64. 65. 336. 337. 477.

XXV, S. 535. 549. 550. 551.

Bulgarien, s. Boris, Ferdinand, Kyrill.

Bulygin, russ. Minister des Innern 1905.

XIX, S. 440. 440A. 448. 449. 451.
453. 469. 470. 472. 473. 473A.

Bu-Mzian, alger. Kaufmann in Marokko,
franz. Konsulatsverweser in Fes
(1908).

XX, S. 552A.

XXI, S. 668.

XXIV, S. 168. 169. 172. 172A. 175.
378A

Buneau-Varilla, Maurice, Besitzer
des „Matin“.

XX, S. 623. 623A. 624. 631A. 697.
698.

XXI, S. 98.

Bunsen, Sir Maurice de, Botschaftsrat
bei der engl. Botschaft in Paris
1902/05, Gesandter in Lissabon
1905/06, Botschafter in Madrid
1906/13.

XX, S. 190.

XXI, S. 444A.

Bunting, Percy William, Herausgeber der
„Contemporary Review“ (1905).

XX, S. 680.

Buschta bel-Baghdadi, marokk.
Würdenträger.

XXIV, S. 296.

Bussche-Haddenhausen, Freiherr
von dem, Botschaftsrat bei der
Botschaft in Washington 1903
bis 1906, Vortragender Rat im
A. A. 1907/10.

XIX, S. 557. 560. 564. 618A. 619.
621A. 623. 625A.

XX, S. 537.

XXV, S. 502A.

Buxton, Noel, engl. Publizist, Vor-
sitzender des Balkankomitees.

XXV, S. 426.

Cäcille, Kronprinzessin des Deutschen Reiches und von Preußen, Gemahlin des Kronprinzen Wilhelm, geb. Herzogin zu Mecklenburg.

XIX, S. 422A. 461. 461A.

Caillaux, franz. Finanzminister im Kabinett Clemenceau 1906/09.

XXII, S. 66A.

XXIV, S. 461. 461A.

Calice, Heinrich Freiherr von, österr.-ung. Botschafter in Konstantinopel 1880/1906.

XIX, S. 124. 127. 134. 154.

XXII, S. 89. 102. 103. 108. 110. 124. 126. 130. 131. 132. 133. 134. 135. 136. 137. 138. 141. 143. 145. 150. 151. 152. 153. 156. 157. 158. 159. 165. 167. 170. 171. 172. 176. 177. 178. 186. 188. 189. 190. 192. 194. 195. 197. 198. 199. 200. 201. 205. 205A. 206. 207. 211. 214. 215. 216. 222. 223. 224. 227. 230. 236. 245. 246. 248. 250. 251. 253. 254. 260. 261. 262. 263. 264. 265. 267. 268. 274. 275. 277. 281. 282. 283. 285. 287. 288. 289. 297. 300. 302. 303. 312. 313. 319. 320. 322. 323. 325. 331. 333. 335. 343. 345. 348. 350. 352. 356. 357. 365. 367. 371. 372. 375. 376. 442. 455. 472.

XXV, S. 296.

Call zu Kulmbach und Rosenberg, Freiherr von, Erster Sektionschef im österr.-ung. Ministerium des Äußern (1907, 1908).

XXIII, S. 249.

XXIV, S. 422.

XXV, S. 295. 296. 397. 546. 547.

Calmette, Gaston, franz. Publizist, Direktor des „Figaro“.

XXIV, S. 51.

Calthorpe, Somerset Arthur Gough, engl. Kapitän zur See, Marineattaché in Petersburg, Stockholm und Christiania 1902/05.

XIX, S. 236. 243.

Cambon, Jules, franz. Botschafter in Washington 1897/1902, in Madrid 1902/07, in Berlin 1907 bis 1914.

XX, S. 3. 4. 172. 174. 179. 181. 184. 185.

XXI, S. 21. 29. 32. 33. 56. 60. 191. 195A. 250. 394. 482. 497. 497A. 509. 551. 552. 553. 554. 555. 558. 564. 564A. 565. 566. 567. 568. 569. 570. 571. 571A. 573. 574. 582. 583. 583A. 584. 585. 586. 587. 588. 588A. 589. 590. 592. 593. 594. 595. 596. 596A. 597. 654. 654A. 655. 656. 658. 659. 664. 677. 678. 680A. 681. 686. 686A. 687.

XXII, S. 56. 503. 506.

XXIII, S. 336. 336A. 509. 510. 511. 515. 516A. 522. 528. 553.

XXIV, S. 219. 219A. 224. 234. 234A. 236. 237. 238. 239. 241. 242. 246. 247. 259. 267. 269. 271. 272. 273. 274A. 275. 276. 277. 278. 279. 280. 281. 282. 283. 284. 285A. 287. 288. 289. 290. 291. 299. 303. 306. 311. 317. 320. 332. 333. 340. 347. 348. 349. 349A. 350. 351. 352. 353. 354. 355. 357. 358. 359. 360. 361. 362. 364. 365. 366. 367. 369. 370. 371. 380. 381. 384. 397. 417. 418. 419. 428. 431. 450. 454. 455. 468. 480. 481. 484. 485. 486. 486A. 487. 487A. 488. 488A. 491.

Cambon, Madame, Gemahlin des franz. Botschafters in Berlin Jules Cambon.

XXI, S. 583.

Cambon, Paul, franz. Botschafter in Madrid 1886/91, in Konstantinopel 1891/98, in London 1898 bis 1920.

XIX, S. 45. 60. 233. 234. 287. 310. 316. 365. 395.

XX, S. 3. 4. 6. 8. 10. 27. 112A. 144. 190. 270. 271. 427. 463. 492. 493. 494. 501. 523. 631A. 636. 666A.

XXI, S. 48A. 49A. 216. 216A. 247. 442. 447. 469A. 496. 497. 503. 503A. 509. 532. 551. 552. 553. 554. 555. 559. 567. 568. 568A. 574. 584. 657. 657A. 658. 659.

XXII, S. 281. 387.

XXIII, S. 151. 211. 212. 213. 233. 532.

XXIV, S. 65. 68. 234.

XXV, S. 271.

Cambridge, s. Georg.

Campbell, Sir Charles, engl. Vize-admiral a. D. (1906).
 XXIII, S. 38.
 Campbell, Sir Francis Alexander, Hilfssekretär im Foreign Office 1902 bis 1911.
 XIX, S. 288.
 XX, S. 10.
 XXIII, S. 10A.
 XXIV, S. 395.
 Campbell-Bannerman, Sir Henry, Mitglied des engl. Unterhauses, Premierminister 1905/08.
 XX, S. 673. 682A. 690.
 XXI, S. 49A. 50A. 247. 427. 427A. 469A. 520.
 XXII, S. 30. 30A.
 XXIII, S. 27A. 28A. 29. 32A. 33. 34. 34A. 36A. 41. 43. 43A. 44. 44A. 45. 46. 50. 50A. 52A. 78A. 94A. 97. 103A. 115. 124. 125. 142A. 143A. 154. 160. 160A. 210. 224. 225A. 229. 230. 265A. 331A. 357. 506. 516. 560A.
 XXIV, S. 38. 43. 57. 57A. 58. 62. 75.
 XXV, S. 5A. 21. 21A. 22. 225. 348.
 Campion, span. Admiral (1906).
 XXI, S. 626. 636.
 Cangia, Erster Dragoman bei der ital. Botschaft in Konstantinopel (1904).
 XXII, S. 138.
 Capelle, Korvettenkapitän a. D. (1908).
 XXIV, S. 51.
 Carlin, schweiz. Gesandter in London 1902/19, Erster Delegierter auf der Zweiten Haager Friedenskonferenz 1907.
 XXIII, S. 332.
 Carnegie, Andrew, amerik. Fabrikant.
 XXIII, S. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 231. 231A. 254A. 301.
 Carnegie, Lancelot Douglas, Botschaftsrat bei der engl. Botschaft in Wien 1907/08.
 XXII, S. 455.
 Carrington, Earl, Mitglied des engl. Oberhauses (1904).
 XIX, S. 169.
 Cartier de Marchienne, Legationsrat bei der belg. Gesandtschaft in London (1907).
 XXI, S. 506A.
 Cartwright, Sir Fairfax Leighton, engl. Ministerresident in München und Stuttgart 1906/08.

XXIV, S. 124A.
 Cassel, Sir Ernest, engl. Finanzier.
 XIX, S. 662. 663.
 XXI, S. 491.
 XXIV, S. 44. 44A. 51. 52. 53. 54. 91. 128. 186.
 XXV, S. 260. 261. 375. 375A.
 Cassini, Graf, russ. Botschafter in Washington 1898/1905, in Madrid 1905/09, Erster Delegierter auf der Konferenz von Algeciras 1906.
 XIX, S. 32. 54. 106. 401. 560. 581. 582. 583. 584. 588. 589. 591. 592. 602. 605. 606. 608. 610. 612. 654. 655.
 XXI, S. 99. 122. 125. 178. 204. 233. 312. 314. 316. 318. 330. 348.
 XXII, S. 23A.
 XXIII, S. 23.
 Castellane, Comtesse Jean de.
 XX, S. 429.
 Castillo, Leon y, Marquis del Muni, span. Botschafter in Paris 1897 bis 1910.
 XX, S. 169. 172. 174. 175. 180. 181. 184. 186. 187. 188. 189. 190. 191A. 304. 562.
 XXI, S. 266.
 XXIV, S. 216. 222. 223. 252. 401. 402. 438. 440. 492. 493.
 Castro, Luciano de, portugies. Ministerpräsident 1904/06.
 XXI, S. 443A.
 Cawdor, Earl, Erster Lord der engl. Admiralität im Kabinett Balfour 1905.
 XXIII, S. 35. 35A.
 Cecil, Lord Hugh, Mitglied des engl. Unterhauses (1908).
 XXIV, S. 92. 93. 95.
 Chamberlain, Austen, Mitglied des engl. Unterhauses (1908).
 XXIII, S. 397.
 XXIV, S. 70. 108.
 Chamberlain, Joseph, engl. Staatssekretär der Kolonien in den Kabinetten Salisbury und Balfour 1895/1903.
 XIX, S. 42. 74. 360. 368. 368A. 516. 517. 524. 542.
 XX, S. 15. 18. 611. 619. 696.
 XXI, S. 95. 475.
 XXIV, S. 58. 70.

Chang-Tê-yen, chines. Gesandter in London 1902/06.
 XIX, S. 531.
 Chapperon, ital. Oberst, Militärattaché in Paris (1907).
 XXI, S. 534.
 Charbonnier, franz. Staatsangehöriger in Marokko (1907).
 XXI, S. 651. 653.
 Charmes, Francis, franz. Senator, Redakteur am „Journal des Débats“ 1889/1907.
 XX, S. 577.
 Chaumié, franz. Justizminister im Kabinett Rouvier 1905/06.
 XX, S. 632.
 Chelius, von, preuß. Major, Militärattaché in Rom (1904, 1906).
 XX, S. 65. 65A. 70. 71A. 88.
 XXI, S. 408. 408A.
 Chérissey, Comte de, Dritter Sekretär bei der franz. Gesandtschaft in Tanger (1904, 1905), Sachverständiger bei der Konferenz in Algeciras 1906.
 XX, S. 230A. 231A. 243A. 275. 286. 301. 304. 328. 348. 392. 602. 602A.
 XXI, S. 20A. 346.
 China, s. Tsai-Tien Kwangssü, Tsching, Tsu-Hbi.
 Chirol, Valentine, Direktor des Auswärtigen Departements der „Times“.
 XIX, S. 296. 297. 571. 572.
 XX, S. 261. 261A. 262A. 296. 601A. 646.
 Choate, Joseph Hodges, amerik. Botschafter in London 1899/1905, Erster Delegierter auf der Zweiten Haager Friedenskonferenz 1907.
 XIX, S. 39. 101. 654.
 XXIII, S. 126. 242. 242A. 254A. 261. 268. 269. 269A. 276. 277. 278. 280. 288A. 295. 311. 313. 316. 317. 319. 346A. 386.
 Chomjakow, Präsident der russ. Reichsduma (1908).
 XXV, S. 449.
 Chou-fu, Generalgouverneur der chines. Provinz Liang-kiang (1905).
 XIX, S. 405.
 Christensen, dän. Ministerpräsident und Minister der Verteidigung 1905 bis 1908.
 XXIII, S. 424A.

Christian IX., König von Dänemark 1863/1906.
 XIX, S. 68A. 70. 70A. 71. 73. 76. 77. 82. 83. 84. 85. 87. 90A. 200. 461A. 464. 472. 474. 480. 490. 491. 495. 671.
 XXI, S. 111. 111A. 112. 153A. 206A.
 Christian, Prinz von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg.
 XXI, S. 109.
 XXIV, S. 98A.
 Churchill, Winston Leonard Spencer, Mitglied des engl. Unterhauses, Handelsminister im Kabinett Asquith 1908/10.
 XXIII, S. 560.
 XXIV, S. 137. 158. 158A. 159.
 XXV, S. 433.
 Chwoschtschinsky, russ. Politiker (1908).
 XXV, S. 449.
 Clado, russ. Marineoffizier (1904).
 XIX, S. 311.
 Clarendon, Earl of, Lordkammerherr König Eduards VII. von Großbritannien und Irland.
 XIX, S. 516.
 Clemenceau, Georges, franz. Deputierter, Minister des Innern im Kabinett Sarrien 1906, Ministerpräsident und Minister des Innern 1906/09.
 XIX, S. 307. 436.
 XX, S. 312.
 XXI, S. 152A. 207. 291. 292. 297. 468. 476. 476A. 477. 531. 531A. 532. 533. 534. 544. 545. 546. 547. 548. 548A. 549. 550. 556. 557. 558. 559. 560. 561A. 562. 563. 564. 578. 579. 585. 595. 613. 642. 646. 647. 664.
 XXII, S. 38. 38A.
 XXIII, S. 125.
 XXIV, S. 9. 9A. 10. 43. 62. 103. 153. 153A. 154. 154A. 156. 253. 257. 263. 269. 270. 272. 303. 312. 316. 347. 373. 382. 390. 400. 437. 462. 465. 466. 467. 483. 484.
 XXV, S. 234. 234A. 516. 553A.
 Clemenceau, Madame, geb. Szeps, Gemahlin Paul Clemenceaus.
 XXI, S. 547.
 Clemenceau, Paul, Bruder des franz. Ministerpräsidenten.
 XXI, S. 547.

Cleveland, engl. Major, Leibarzt des Emirs von Afghanistan (1904).
 XIX, S. 657.
 Cleveland, geb. Detring, Gattin des Vorigen.
 XIX, S. 657.
 Cochín, Denys, franz. Deputierter (1904, 1905, 1907).
 XIX, S. 61.
 XXI, S. 22. 582. 582A. 593.
 Coerper, Kapitän zur See, Marine-attaché in London 1904/07.
 XIX, S. 194. 316. 316A. 353A. 359A. 365. 380A. 479.
 XXIII, S. 47A. 48A.
 Cogordan, franz. Generalkonsul in Kairo 1894/1902, Direktor für Politische Angelegenheiten im Ministerium des Äußern 1902/04.
 XX, S. 25.
 Collin de Plancy, franz. Gesandter in Bangkok 1906/07.
 XXI, S. 483.
 Collins, Stellvertretender Präsident der „City of London International Commercial Association“ (1904).
 XIX, S. 192. 192A. 204.
 Collobiano, Conte Avogadro di, ital. Botschafter in Madrid 1898/1904.
 XX, S. 3. 4.
 Cologan, de, span. Gesandter in Tanger 1902/05.
 XX, S. 242. 276. 295. 295A. 313.
 Combes, Edgar, Sohn des franz. Ministerpräsidenten.
 XIX, S. 207.
 Combes, Justin Louis Emile, franz. Ministerpräsident, Minister des Innern und des Kultus 1902/05.
 XIX, S. 167. 207. 315. 349. 561.
 XX, S. 84. 107. 289. 331. 462. 468. 521.
 XXI, S. 560.
 Conger, Edwin, amerik. Gesandter in Peking 1898/1905.
 XIX, S. 99. 108. 114. 531. 532. 651.
 Connaught, s. Arthur, Luise Margarete.
 Conrad von Hötzen-dorf, österr.-ung. Feldmarschalleutnant, Chef des Generalstabs 1907/11.
 XXI, S. 395. 395A. 396. 419A.
 Constans, Jean Ernest, franz. Senator, Botschafter in Konstantinopel 1899/1909.
 XXII, S. 122. 150. 199. 215. 224. 248. 254. 290A. 335. 337. 341. 344.

345. 346. 350. 353. 359. 364.
 365. 366. 367. 370. 371. 372.
 376. 385. 386. 393. 396. 408A.
 418. 430A. 433. 434. 435. 437.
 438. 439. 440. 441. 442. 445.
 452. 454. 459. 463. 463A. 474.
 475. 476. 478. 492. 497. 498.
 499. 500. 501. 502. 503. 507.
 521. 521A.
 XXIV, S. 333.
 XXV, S. 229. 304. 316. 516. 537.
 Cornély, Jean Joseph, franz. Journalist, Redakteur des „Siècle“.
 XX, S. 312.
 Cortès, span. Konsul in Fes (1908).
 XXIV, S. 447.
 Cortesi, Salvatore, Vertreter des „Journal des Débats“ in Algeciras 1906.
 XXI, S. 346.
 Courcel, Alphonse Baron de, franz. Botschafter in Berlin 1882/86, in London 1894/98.
 XIX, S. 569.
 XX, S. 379.
 XXI, S. 153. 153A. 188. 206. 206A. 207. 208. 209. 210. 211. 225. 229. 237. 240. 241. 250. 251. 275.
 Courtney, William Leonard, Herausgeber der „Fortnightly Review“ (1905).
 XX, S. 680.
 Cousebant d'Alkmade, belg. Generalleutnant, Kriegsminister im Kabinett Smet de Naeyer 1899 bis 1907.
 XXI, S. 527A.
 Crane, Robert Newton, amerik. Sachverständiger für Samoa-Interessen 1903/04.
 XX, S. 131.
 Creuzot, franz. Industrieller.
 XX, S. 189.
 Crispi, Francesco, ital. Ministerpräsident und Minister des Äußern und des Innern 1887/91.
 XX, S. 72. 98. 101. 325A. 455.
 XXI, S. 365. 384.
 Cromer, Lord (Sir Evelyn Baring), engl. Generalkonsul und diplom. Agent in Kairo 1883/1907, Mitglied des Oberhauses (1908).
 XX, S. 24. 25. 128. 129. 134. 135. 136. 136A. 137. 138. 139. 145. 148A. 155. 163.

XXIV, S. 106. 106A. 107. 108. 111. 124A. 315.
 XXV, S. 225. 607.
 Crozier, franz. Gesandter in Kopenhagen 1902/07, Botschafter in Wien 1907/12.
 XX, S. 26.
 XXII, S. 60.
 XXIII, S. 211. 440. 440A. 441. 445.
 Curzon, Lord George Nathaniel, Vizekönig von Indien 1898/1905.
 XIX, S. 42. 174. 480. 648. 656. 658.
 XXV, S. 130. 182.
 Cuverville, de, franz. Journalist, Mitarbeiter des „Matin“.
 XX, S. 623. 623A. 624. 624A. 625. 626. 631A.
 Dänemark, s. Alexandra, Christian IX., Friedrich VIII., Karl, Maria Feodorowna, Marie, Maud, Waldemar.
 Daeschner, Georges, Botschaftsrat bei der franz. Botschaft in Madrid 1906/08.
 XXIV, S. 400.
 Dane, Louis William, Generalsekretär des Äußern der ind. Regierung 1902/08.
 XIX, S. 656. 657.
 XXV, S. 168.
 Danew, bulg. Ministerpräsident und Minister des Äußern 1902/03.
 XXII, S. 476.
 Danilo Alexander, Erbprinz von Montenegro.
 XIX, S. 510.
 Dannenberg, Kaufmann in Marokko.
 XXIV, S. 296.
 Dauleh, Aien ed, pers. Prinz, Großwesir und Minister des Innern 1903/06.
 XXV, S. 108. 110A. 111.
 Dauleh, Muschir ed, pers. Minister des Äußern 1903/06, Großwesir 1906 bis 1907.
 XIX, S. 647.
 XXV, S. 104. 106. 107. 110A. 112A. 113. 118. 121.
 Dauleh, Muschir ed, pers. Minister des Äußern (1907), Sohn des Vorigen.
 XXV, S. 161. 164.
 Dauleh, Saad ed, pers. Minister des Äußern 1907.
 XXV, S. 155.
 Dauleh, Salar ed, pers. Prinz, Bruder des Schahs Mohammed Ali (1908).

XXV, S. 172.
 Dauleh, Sanieh ed, Präsident des pers. Parlaments (1906), Unterrichtsminister (1907), Finanzminister (1908).
 XXV, S. 121. 121A. 156. 163. 172.
 Debilly, Pressechef im franz. Ministerium des Äußern (1904).
 XIX, S. 264A.
 Decazes, Elie Duc.
 XXI, S. 574.
 Delanne, franz. General a. D. (1907).
 XXV, S. 48. 50.
 Delavaud, franz. Gesandter in Christiana 1905/12.
 XXII, S. 60. 457. 458. 459.
 Delbrück, Clemens, preuß. Staatsminister für Handel und Gewerbe 1905/09.
 XXIII, S. 349. 360.
 Delcassé, franz. Minister des Äußern in den Kabinetten Brisson, Dupuy, Waldeck-Rousseau, Combes und Rouvier 1898/1905.
 XIX, S. 11. 41. 42. 43. 45. 47. 51. 54. 60. 61. 68A. 98. 101. 111. 138. 145. 149. 167. 258. 259. 271. 287. 304. 310. 315. 316. 323. 341. 347. 365. 383. 383A. 392. 395. 436. 437. 437A. 441. 444. 452A. 462. 502. 514. 514A. 519. 552. 556. 561. 562. 565. 566. 576. 576A. 577. 586. 587. 594. 600. 601. 605. 609. 616. 617. 639. 642. 646.
 XX, S. 5. 6. 9. 25. 26. 26A. 49. 57A. 63. 64. 66. 75. 76. 84. 100. 106. 111. 115. 118. 144. 169. 171. 172. 173. 174. 174A. 175. 180. 181. 183. 187. 188. 189. 190. 191A. 205. 215. 216. 229. 233. 234. 238. 239. 254A. 263. 264. 265. 266. 266A. 267. 269. 272. 275. 278. 280. 281. 282. 283. 286. 287. 288. 289. 289A. 297. 297A. 298. 298A. 302. 303. 304. 310. 311. 312. 313. 315. 316. 317. 320. 321. 322. 324. 326. 328. 329. 329A. 330. 331. 332. 333. 333A. 334. 334A. 339. 340. 340A. 344A. 345. 349. 350. 353. 354. 355. 355A. 356. 357. 357A. 358. 359. 361. 361A. 362. 364. 365. 366. 367. 368. 369. 370. 371. 372. 373.

375. 376. 377. 377A. 378. 379.
 380. 381. 383. 384. 385. 387.
 388. 389. 390. 390A. 393. 394.
 395. 396. 397. 398. 400. 401.
 402. 403. 404. 404A. 405. 405A.
 406. 406A. 407. 408. 409. 418.
 420. 422A. 424A. 425. 426.
 429. 431. 433. 435. 441. 442.
 447. 451. 452. 453. 454. 455.
 456. 457. 458. 461. 462. 463.
 465. 466. 468. 469. 471. 473.
 476. 477. 478. 482. 483. 484.
 491. 492. 493. 494. 495. 501.
 502. 510. 521. 522. 523. 527.
 537. 544. 549. 567. 583. 593.
 597A. 605. 612A. 616. 617.
 620. 620A. 621. 622. 623. 623A.
 624A. 625A. 630. 631A. 632A.
 634. 637. 637A. 638. 639. 644.
 645. 647. 654. 657. 662. 662A.
 663. 664. 664A. 665. 666A.
 667. 669. 670. 682. 684. 687.
 691. 693.
 XXI, S. 10. 11. 34. 75. 77. 95. 97.
 157. 188. 192. 193. 199. 201.
 210. 241A. 265A. 319. 340.
 341. 445. 454. 465A. 470. 544.
 545. 547. 549. 561. 664.
 XXII, S. 38. 126A. 230.
 XXIII, S. 566.
 XXIV, S. 43. 78. 170A. 220A. 264.
 264A. 312.
 XXV, S. 128. 181A. 186. 186A. 187A.
 195. 457. 486A.
 Demerik, russ. Generalkonsul, Zivil-
 kommissar für Mazedonien (1904
 bis 1908).
 XIX, S. 138.
 XXII, S. 150. 151. 155. 175. 175A.
 176. 177. 220. 281. 284. 286.
 295. 298. 309. 314. 317. 484.
 484A. 522.
 Denison, amerik. Staatsangehöriger in
 japan. Diensten (1904).
 XIX, S. 397.
 Derby, Earl of, engl. Staatssekretär
 der Kolonien im Kabinett Glad-
 stone 1882/85.
 XXIII, S. 222A.
 Dernburg, Bernhard, Staatssekretär des
 Reichskolonialamts 1907/10.
 XXIV, S. 274A.
 Déroulède, Paul, Präsident der franz.
 Patriotenliga.
 XXI, S. 559. 560.

Deschanel, franz. Deputierter.
 XX, S. 49.
 Detring, chines. Seezolldirektor (1896).
 XIX, S. 657.
 Deuntzer, dän. Ministerpräsident und
 Minister des Äußern 1901/05.
 XIX, S. 68A. 71. 71A.
 Deutsches Reich, s. Auguste Viktoria,
 Cäcilie, Friedrich III., Viktoria,
 Wilhelm I., Wilhelm II., Wil-
 helm (Kronprinz).
 Devonshire, Duke of, Lord-Präsident
 des engl. Geheimen Rats in den
 Kabinetten Salisbury und Bal-
 four 1895/1903.
 XIX, S. 13.
 XX, S. 11.
 Dicey, Edward, engl. Publizist.
 XXV, S. 426.
 Dikow, russ. Admiral, Marineminister
 (1908).
 XXV, S. 331. 458.
 Dilke, Sir Charles, Mitglied des engl.
 Unterhauses.
 XX, S. 463.
 XXIII, S. 366.
 XXIV, S. 109.
 XXV, S. 215.
 Dillon, Emile Joseph, engl. Journalist.
 XIX, S. 511A. 636.
 XXV, S. 22A.
 Dillon, Gemahlin des Vorigen.
 XIX, S. 636.
 Ditten, von, norweg. Gesandter in Berlin
 1906/21.
 XXIII, S. 406. 407. 409. 411.
 Dobbs, Henry Robert Conway, Mitglied
 der Politischen Abteilung der ind.
 Regierung, Sekretär der Mission
 nach Kabul 1904.
 XIX, S. 656.
 Dobrowsch, Chef des bulg. Geheimen
 Kabinetts (1904).
 XIX, S. 153.
 Dodge, Percival, Erster Sekretär bei der
 amerik. Botschaft in Berlin (1904).
 XXIII, S. 17. 60A. 62. 62A.
 Dönhoff, Karl Graf von, preuß. Ge-
 sandter in Dresden 1879/1906.
 XX, S. 643.
 Dordé, franz. Polizeikommissar in Casa-
 blanca (1908).
 XXIV, S. 366. 367. 370.
 Doumer, Paul, franz. Generalgouverneur
 von Indochina 1897/1902, Präsi-

dent der Deputiertenkammer 1905/06.
 XIX, S. 411. 561. 565. 566.
 XX, S. 49. 378.
 XXI, S. 561. 562. 563.
 XXIV, S. 270.
 Douvier, franz. Journalist.
 XX, S. 594A. 595. 665A.
 XXI, S. 16.
 Drago, ehemal. argentin. Minister des Äußern, Zweiter Delegierter auf der Zweiten Haager Friedenskonferenz 1907.
 XXIII, S. 271. 317. 333.
 Dragomirov, russ. General, Gouverneur des Militärbezirks Kiew (1895).
 XXI, S. 527.
 Dreyfus, Alfred, franz. Artilleriehauptmann.
 XX, S. 448.
 XXI, S. 560.
 XXIV, S. 462. 463.
 Drißben 'Aisch, marokk. Großkammerherr (1905).
 XX, S. 328. 337.
 Drude, franz. Brigadegeneral (1907).
 XXIV, S. 216. 235. 247. 252. 252A. 266. 295. 303.
 Dschemal eddin-Effendi, Scheich ül Islam (1908).
 XXV, S. 565. 571. 572. 579. 588.
 Dubail, franz. Gesandter in Peking 1902 bis 1906.
 XIX, S. 19. 97. 98. 99. 100. 103. 104. 106. 107. 108.
 Dubois, Marcel, franz. Publizist (1904).
 XX, S. 232.
 Ducarne, belg. Generalmajor, Chef des Generalstabs (1906).
 XXI, S. 526A. 527A.
 Duff, Evelyn Mountstuart Grant, Erster Sekretär bei der engl. Gesandtschaft in Teheran 1903/06.
 XXV, S. 113.
 Dumas, Philip Wylie, engl. Kapitän zur See, Marineattaché in Berlin 1906/08.
 XXI, S. 111.
 XXIII, S. 39. 40. 41. 42. 43.
 Dumba, österr.-ung. Gesandter in Belgrad 1903/05.
 XXII, S. 173.
 Dupont, franz. Eskaderchef der Artillerie, Militärattaché in Konstantinopel und Sofia (1903, 1904).

XIX, S. 36. 117.
 Dupuy, Jean, franz. Senator, Direktor des „Petit Parisien“, Ministerpräsident und Minister des Innern 1894/95, 1898/99.
 XX, S. 400. 401. 402. 462. 472. 479. 483. 484. 491. 492. 493. 494. 497. 500. 501. 503. 506. 507. 508. 510. 511. 512. 517. 522. 523. 527. 549. 562. 563. 564. 567. 568. 569. 570. 572. 574. 575. 576. 594A. 634A.
 XXI, S. 61. 62. 64. 65. 67. 154. 533.
 XXV, S. 180.
 Durand, Sir Henry Mortimer, engl. Botschafter in Washington 1903 bis 1907.
 XIX, S. 81. 542. 551. 552. 565. 570. 571. 573. 580. 588. 589. 590. 591. 592. 607. 610.
 XX, S. 342. 433. 443. 480. 623. 640.
 XXI, S. 97.
 Durnowo, russ. Minister des Innern 1905 bis 1906.
 XXI, S. 430A.
 Eckardstein, Freiherr von, Erster Sekretär bei der Botschaft in London 1899/1902.
 XIX, S. 20. 21. 38A. 44. 58. 192. 193. 203. 204. 383A. 391. 392. 481A. 571. 635. 636. 645A. 646A.
 XX, S. 7. 7A. 23A. 298A. 368. 368A. 369. 370. 371. 374. 607. 618. 618A. 632A. 634. 635. 646.
 XXI, S. 470.
 XXIV, S. 200A.
 XXV, S. 443A.
 Ecker, Otto, Direktor der Hamburg-Amerika-Paketfahrt-Aktiengesellschaft (Hapag) (1904).
 XIX, S. 251.
 Eddy, Erster Sekretär bei der amerik. Botschaft in Petersburg (1904).
 XXIII, S. 59. 61.
 Eduard VII., König von Großbritannien und Irland 1901/10.
 XIX, S. 19. 42. 60. 76A. 77. 82. 83. 87. 168. 169. 172. 178. 183. 183A. 184. 186. 186A. 187. 187A. 188. 189. 190. 191. 192. 193. 194A. 195A. 197. 204. 204A. 206A. 213. 215. 218. 219. 286. 290. 293. 297. 299A. 347. 362. 364. 365. 366. 367. 372. 373.

374. 374A. 375. 379. 380. 380A.
392. 411. 436. 454. 455. 460.
460A. 461. 462. 478A. 479A.
509. 516. 517. 517A. 525. 580.
627A. 629. 641. 649A. 657. 665.
669. 670. 671. 672. 673. 674A.
- XX, S. 20. 23A. 26. 112. 118. 130.
131. 145. 146. 147. 147A. 148.
148A. 156. 161. 162. 163. 163A.
169A. 213A. 335. 369. 373.
375. 377. 409. 442. 443. 541.
604. 605. 608. 615. 616. 617.
620. 621. 623. 632A. 638. 640.
641. 641A. 642. 642A. 644.
645. 646. 647. 648. 649. 651.
652. 653. 654. 655. 655A. 656.
657. 658. 659. 660. 660A. 661.
664. 665. 667. 670. 674. 675.
679. 680. 681. 682. 684A. 685.
690. 693. 696. 696A.
- XXI, S. 48A. 78. 79. 79A. 80. 95.
95A. 106. 108A. 109A. 110A.
240. 240A. 241. 241A. 265A.
267. 320. 361. 391. 393. 396.
397. 398. 398A. 418. 426. 427.
431. 431A. 432. 432A. 436.
437. 442. 443. 447. 448. 448A.
449. 450. 452. 452A. 453. 454.
455. 456. 456A. 457A. 458.
459. 460. 464. 465. 470. 476.
476A. 477. 480. 484. 485. 486.
487. 488. 493A. 496. 497. 497A.
498. 498A. 499. 500. 500A. 501.
502A. 503A. 506. 506A. 509.
509A. 511. 512. 513. 514. 514A.
549. 560. 570A.
- XXII, S. 73. 73A. 74. 76A. 175. 412.
419A. 459. 481. 482.
- XXIII, S. 5A. 29A. 42A. 49. 79. 84. 84A.
85. 86. 87. 89. 90. 93. 106. 107.
125. 147. 158. 159. 210. 214. 220.
242A. 273A. 287. 331A. 346.
417. 455. 457. 458. 479. 491.
492. 496. 500. 521. 527. 559.
562. 565. 566.
- XXIV, S. 5A. 6. 7. 7A. 8. 9. 9A. 10. 11.
13. 14. 16A. 17A. 19. 20. 21.
34A. 35. 36. 37. 40. 43. 44.
44A. 46. 47. 52. 53. 54. 59.
60. 60A. 62. 64. 64A. 71A.
72. 74. 75. 76A. 77. 78. 81. 81A.
87A. 91. 91A. 97. 98. 120.
120A. 121. 122. 122A. 123.
124. 128. 128A. 129A. 130.
131. 133A. 134. 134A. 135.
- 135A. 145. 150. 153. 153A.
154. 154A. 155. 156. 156A.
161. 173. 187. 221A. 306. 382.
488. 488A. 494A.
- XXV, S. 3A. 4. 5. 9. 10. 21. 21A. 25.
26. 27. 28. 32. 38. 38A. 40. 41.
41A. 48A. 49. 50. 60. 202. 260.
263A. 312. 324A. 337. 374.
375. 375A. 376. 378. 380. 381.
381A. 390. 441. 442. 443. 444A.
448. 484A. 449. 450. 451. 452.
457. 462. 467. 468. 476A. 479.
480. 481. 486A. 491. 493. 502.
508. 546. 551. 551A. 553. 553A.
593A.
- Egerton, Sir Edwin Henry, engl. Bot-
schafter in Madrid 1903/04, in
Rom 1904/08.
- XX, S. 172. 179. 454.
- Egres, Harry Charles Augustus, engl.
Generalkonsul in Konstantinopel
(1906).
- XXV, S. 219.
- Eickhoff, Richard, Professor, Mitglied
des Reichstags (1906).
- XXIII, S. 78.
- Einem, von, genannt von Rothmaler,
preuß. Generalleutnant, Kriegs-
minister 1903/09.
- XXIII, S. 72. 230. 364.
- XXV, S. 485.
- Eisendecker, von, preuß. Gesandter
in Karlsruhe 1884/1914.
- XX, S. 370. 658.
- XXI, S. 588A.
- XXV, S. 474A.
- Eitel Friedrich, Prinz von Preußen,
zweiter Sohn Kaiser Wilhelms II.
- XIX, S. 515. 515A. 516.
- XXI, S. 230A. 396.
- Elisabeth, Prinzessin von Hessen und
bei Rhein, Tochter des Groß-
herzogs Ernst Ludwig.
- XIX, S. 187. 187A.
- Elliot, Sir Francis, engl. Gesandter in
Athen 1903/17.
- XXV, S. 432.
- Ellison, Gerald Francis, engl. Oberst,
Erster Privatsekretär des Staats-
sekretärs des Krieges (1907).
- XXI, S. 395. 401. 402.
- Eltzbacher, s. Barker.
- Emin Bey, Erster Sekretär bei der türk.
Botschaft in Berlin (1905).
- XXII, S. 304. 305.

- Emin Bey, Kammerherr des türk. Sultans Abdul Hamids II. (1907, 1908).
XXV, S. 254. 492.
- Engalitschew, Fürst, früherer russ. Militärattaché in Berlin.
XXV, S. 464. 464A. 466A.
- Enver Bey, türk. Oberst (1908).
XXV, S. 617.
- Eperjesy von Száczváros und Tóti, österr.-ung. Gesandter in Lissabon 1902/05.
XX, S. 26. 27.
- Erckert, von, Erster Sekretär bei der Gesandtschaft in Tokio 1901/06, Vortragender Rat im A. A. 1907 bis 1910.
XIX, S. 399. 400. 419.
XXI, S. 179. 179A. 209.
- XXIV, S. 476A.
- Ercolessi, ital. Hauptmann (1904).
XX, S. 92.
- Ernst, Graf zur Lippe-Biesterfeld, Regent des Fürstentums Lippe (1904).
XXIV, S. 204A. 205A.
- Ernst Ludwig, Großherzog von Hessen-Darmstadt 1892/1918.
XIX, S. 200.
XXII, S. 49. 49A.
- Erzberger, Matthias, Mitglied des Reichstags.
XXIV, S. 210A.
- Esher, Viscount.
XXIV, S. 34. 34A. 40. 44. 48. 76A. 113A.
- XXV, S. 459A.
- Esit, amerik. Stellvertretender Staatssekretär (des Äußern) (1905).
XX, S. 342. 343. 344.
- Estournelles de Constant, d', franz. Senator, Zweiter Delegierter auf der Zweiten Haager Friedenskonferenz 1907.
XXI, S. 291.
XXIII, S. 109. 287.
- Etienne, franz. Deputierter von Oran, Minister des Innern im Kabinett Rouvier 1905, Kriegsminister in den Kabinetten Rouvier und Sarrien 1905/06.
XIX, S. 167.
XX, S. 177. 187A. 205. 288. 304. 322. 331. 368. 374. 402. 407. 458. 462. 484. 493. 562. 563. 564. 618A.
- XXI, S. 21. 61. 75. 532. 543. 560. 570. 571. 572. 573. 574. 575. 576. 577. 578. 579. 580. 581. 582. 583. 584. 585. 586. 590. 592. 593. 677. 679.
- XXIV, S. 252A. 270. 272. 297. 298. 299. 316.
- Eulenburg, August Graf zu, Oberhofmarschall Kaiser Wilhelms II. 1890/1914.
XX, S. 117. 263A. 283. 284.
- Eulenburg, Friedrich-Wend Graf zu, Sohn des Fürsten Philipp.
XXI, S. 194. 194A.
- Eulenburg, Marie Gräfin zu, geb. Freiin Mayr von Melnhof, Gemahlin des Grafen Friedrich-Wend.
XXI, S. 194. 194A.
- Eulenburg, Philipp Fürst zu, Botschafter in Wien 1894/1901.
XIX, S. 507. 518. 519.
XX, S. 118A.
XXI, S. 194A. 197. 202A.
- Eulenburg, Viktor Graf zu, Dritter Sekretär bei der Botschaft in London (1904).
XIX, S. 193. 359A. 365. 366.
- Evans, amerik. Konteradmiral, Chefkommandant der Atlantischen Flotte (1907).
XXV, S. 72.
- Fairholme, Ernest, engl. Oberstleutnant, kommandiert zur Teilnahme an der Reorganisation der mazedonischen Gendarmerie (1904, 1908).
XXII, S. 133. 178. 213.
XXV, S. 431. 432.
- Fallières, Präsident des franz. Senats (1905), Präsident der Republik 1906/13.
XX, S. 317. 320.
XXI, S. 197. 199. 199A. 203. 241A. 266. 296. 432A. 463. 477. 551.
- XXII, S. 38.
- XXIII, S. 417. 457. 458.
- XXIV, S. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 68. 69. 71. 72. 85A. 260A. 302. 465. 465A.
- XXV, S. 474. 492. 492A. 493.
- Fariau, franz. Oberst, Chef der Militärmission in Marokko (1908).
XXIV, S. 315. 447.
- Faure, Felix, Präsident der franz. Republik 1895/99.
XX, S. 106. 106A. 109.

- Faure, Fernand, ehemal. franz. Deputierter, Direktor der „Revue Politique et Parlementaire“ (1907).
XXI, S. 560.
- Fazil Pascha, Wali von Bagdad (1908).
XXV, S. 620.
- Fejérváry de Komlós-Keresztes, Freiherr, ung. Ministerpräsident 1905/06.
XXI, S. 363A.
- Fellmer, preuß. Offizier in pers. Diensten (1905).
XXV, S. 103.
- Ferdinand, Prinz von Bayern, Infant von Spanien.
XXI, S. 29A.
- Ferdinand, Prinz von Sachsen-Koburg-Gotha, Fürst (seit 1909 König) von Bulgarien 1887 bis 1918.
XIX, S. 117. 118. 119. 127. 128. 129. 131. 131A. 132. 132A. 133. 134. 134A. 139. 140. 141. 141A. 142. 143. 144. 145. 146. 146A. 147. 148. 149. 150. 151. 152. 153. 154. 155. 156. 158. 159. 160. 230A. 347. 347A. 403A.
XXI, S. 378. 463A.
XXII, S. 68. 73. 156. 156A. 174. 243. 410. 468. 476.
XXV, S. 394.
- Ferid Pascha, türk. Großwesir 1903/08.
XIX, S. 127. 137. 152. 156. 157. 158.
XXII, S. 126. 142. 153. 155. 156. 160. 162. 163. 164. 169. 171. 185. 188. 189. 190. 198. 199. 200. 214. 225. 229. 258. 259. 269. 270. 271. 272. 273. 276. 280. 293. 305. 310. 329. 330. 331. 332. 344. 345. 350. 354A. 358. 359. 360. 361. 362. 363. 364. 366. 367. 372. 381. 383. 390. 391. 396. 397. 398. 399. 400. 403. 407. 416. 421. 425. 426. 454. 475. 500. 509. 514. 520. 521.
XXV, S. 117. 179. 180. 183. 184. 190. 191. 192. 209. 218. 219. 224. 279. 280. 294. 297. 300. 369. 428. 563. 572. 583. 586. 586A.
- Ferraz, Botschaftsrat bei der span. Botschaft in Berlin (1908).
XXIV, S. 458.
- Ferry, Jules, franz. Ministerpräsident 1880/81, 1883/85.
XXI, S. 207.
- Fethy Pascha, Ibrahim, türk. Gesandter in Belgrad 1897/1908.
XIX, S. 122.
- Ficke, Karl, Kaufmann in Casablanca (1907).
XXIV, S. 224. 300A.
- Fischel, Finanzier, Vertreter des Bankhauses Mendelssohn & Co. (1905), Delegierter bei der Marokkobank (1907).
XX, S. 578.
XXIV, S. 246.
- Fischer, Theobald, Publizist.
XXIV, S. 230.
- Fisher, Sir John Arbuthnot, engl. Admiral, Erster Seelord der Admiralität 1904/10.
XIX, S. 363. 379. 516.
XX, S. 694. 695.
XXI, S. 49A. 97. 187. 188. 443A. 493A. 497. 503A. 514A.
XXIII, S. 29A. 39. 40. 41. 42. 49. 51. 217. 357. 358. 366. 368. 369. 373. 380A.
XXIV, S. 11. 28. 31. 34. 34A. 44. 46. 76A. 87. 93. 113A. 127. 128. 161.
XXV, S. 32. 448A. 458. 459A. 469. 486A.
- Fitzgerald, Sir Adolphus Augustus Frederick, engl. Admiral (1905).
XIX, S. 493. 494. 494A. 499.
- Fitzherbert, Francis Edward, engl. Oberst (1905).
XX, S. 679. 680. 683.
- Fitzmaurice, Lord, Parlamentsunterstaatssekretär im Foreign Office 1906/08.
XXII, S. 372.
XXIII, S. 29.
- Flotow, Hans von, Botschaftsrat bei der Botschaft in Paris 1904/07, Vortragender Rat im A. A. 1907/10.
XX, S. 230A. 304. 304A. 427. 453. 624A. 625. 626. 631A. 632A. 695.
XXI, S. 350. 579.
XXIV, S. 135A. 136A. 148A. 358A.
- Forgach von Ghymes und Gács, Graf, österr.-ung. Gesandter in Belgrad 1907/11.
XXV, S. 370.
- Fortis, ital. Ministerpräsident 1905/06.
XX, S. 98. 98A. 303. 307. 319. 320. 323. 324. 390. 391. 416. 424. 435. 454. 455.
XXI, S. 34A. 154A. 169. 342.

Fowler, Sir Henry Hartley, Staatssekretär für Indien im Kabinett Rosebery 1894/95.

XIX, S. 169. 170.

France, Anatole, franz. Schriftsteller.

XX, S. 33.

Francesetti, Contessa.

XXI, S. 354.

Frankreich, s. Napoleon III.

Franz, Prinz von Bayern, Sohn des Prinzen Ludwig.

XXV, S. 236.

Franz Ferdinand, Erzherzog-Thronfolger von Österreich-Ungarn.

XIX, S. 152. 347.

XX, S. 65.

XXI, S. 386. 395. 396. 456.

XXII, S. 51.

XXV, S. 404. 405.

Franz Joseph I., Kaiser von Österreich und König von Ungarn 1848 bis 1916.

XIX, S. 319. 320A. 347. 428. 597. 599.

XX, S. 65. 86. 89.

XXI, S. 78A. 79. 79A. 213. 332A.

360A. 361. 363. 363A. 371. 386.

387. 393. 395A. 399. 452. 456. 565.

XXII, S. 3A. 4. 5A. 6. 7. 16. 16A. 17. 51. 54. 73A. 76. 77. 79. 81. 85. 161. 175. 419A. 428.

XXIII, S. 143. 144. 160. 176. 205. 220.

XXIV, S. 5A. 7A. 120A. 122. 128. 133A. 134. 134A. 155. 276A. 366. 366A. 367. 367A.

XXV, S. 324A. 338. 358. 381A. 403. 403A. 546. 551A. 553A. 597.

Fredericks, Baron, russ. Generalleutnant und Generaladjutant, Minister des Kaiserlichen Hofes 1897 bis 1917.

XIX, S. 456. 462.

Fremantle, Sir Edmund Robert, engl. Admiral (1906).

XXIII, S. 38.

French, Sir John, engl. Generalleutnant, Kommandeur des I. Armeekorps 1901/07, Generalinspektor der Armee 1907/11.

XXI, S. 85. 470. 527A. 528. 528A. 529. 530. 531.

XXIV, S. 76A. 159.

XXV, S. 47A. 48. 48A. 49. 50. 448A. 458. 459A. 469. 486A.

French, Mistress, Gemahlin des Generalinspektors der engl. Armee.

XXI, S. 529.

Freycinet, de, franz. Senator.

XX, S. 438.

Friedrich, Erzherzog von Österreich, Herzog von Teschen.

XXI, S. 271.

Friedrich, Kaiserin, s. Viktoria.

Friedrich I., Großherzog von Baden 1856/1907.

XIX, S. 519.

Friedrich III., Deutscher Kaiser und König von Preußen 1888.

XX, S. 272A.

XXV, S. 463.

Friedrich VIII., König von Dänemark 1906/12.

XXIII, S. 424A. 425A. 565. 567.

Friedrich August III., König von Sachsen 1904/18.

XX, S. 643. 644.

Friedrich Ferdinand, Herzog zu Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg.

XX, S. 645.

Friedrich Leopold, Prinz von Preußen, General der Kavallerie.

XIX, S. 216. 216A. 217. 257A.

Frischhauer, Vertreter der „Neuen Freien Presse“ in Paris (1906).

XXI, S. 547.

Fry, Lady, Gemahlin von Sir Edward Fry (s. den Folgenden).

XXIII, S. 286. 316.

Fry, Sir Edward, Erster engl. Delegierter auf der Zweiten Haager Friedenskonferenz 1907.

XXIII, S. 214. 242A. 254A. 261. 264. 269. 269A. 270. 271. 274. 281. 281A. 282. 282A. 285. 287. 299. 299A. 300. 303. 304. 305. 307. 309. 310. 311. 311A. 312. 313. 314. 315. 316. 323A. 324. 331A. 333. 342. 343A. 346. 379. 379A. 380. 381. 383. 385.

XXIV, S. 31.

Fuad Bey, Botschaftsrat bei der türk. Botschaft in Rom (1905, 1908).

XXII, S. 313. 316.

XXV, S. 393.

Fuad Pascha, türk. Marschall (1908).

XXV, S. 571. 571A. 572.

Fürstenberg, Karl Emil Prinz zu, Botschaftsrat bei der österr.-ung. Botschaft in Petersburg (1907).

XXIII, S. 117. 120. 121. 122. 128.

Fürstenberg, Maximilian Fürst zu, preuß. Oberstmarschall, Mitglied des preuß. Herrenhauses und des Herrenhauses des österr. Reichsrats.

XXV, S. 366.

Fushimi, japan. Prinz.

XIX, S. 419.

Fusinato, Guido, ital. Deputierter, Dritter Delegierter auf der Zweiten Haager Friedenskonferenz 1907.

XXIII, S. 292. 294.

Gabbas, Sid Mohammed, marokk. Kriegsminister (1905, 1906, 1907), Vertreter des Sultans für Auswärtige Angelegenheiten in Tanger (1908).

XX, S. 328. 340.

XXI, S. 622. 636. 651. 652. 667.

XXIV, S. 232. 241. 316. 443. 456. 457. 458. 458A.

Gabbas, Sohn des Vorigen, Pascha von Tanger (1908).

XXIV, S. 456.

Gaillard, franz. Vizekonsul, seit 1906 Konsul in Fes (1904, 1906, 1908).

XX, S. 240.

XXI, S. 604. 611. 629.

Galib Pascha, Sekretär des türk. Sultan Abdul Hamids II. für fremde Korrespondenz und Oberzeremonienmeister (1907, 1908).

XXII, S. 430.

XXV, S. 589.

Gallina, Conte, ital. Gesandter in Peking 1902/04.

XIX, S. 97. 103. 104. 106. 108.

Galster, Vizeadmiral a. D.

XXIV, S. 162A.

Gambetta, Juinot, franz. Hauptmann (1905).

XX, S. 511. 511A.

Garrit, Sid Fedul, marokk. Minister des Innern (1905).

XX, S. 328. 444. 445.

XXIV, S. 443.

Gaudin de Villaine, franz. Senator (1906).

XXI, S. 531. 531A.

Genthe, Korrespondent der „Kölnischen Zeitung“ in Marokko (1904, 1906).

XX, S. 202. 202A. 206. 214. 222. 226. 227. 234. 253.

XXI, S. 637.

Gentil, franz. Gelehrter in Marokko (1907).

XXI, S. 650.

Geoffray, Botschaftsrat bei der franz. Botschaft in London (1907), Vertreter des Direktors für Politische Angelegenheiten im Ministerium des Äußern (1908).

XXIII, S. 207.

XXIV, S. 390. 391. 397.

Georg, Erbgroßherzog von Hessen.

XXII, S. 49A.

Georg, Herzog von Cambridge.

XX, S. 19.

Georg, Prinz von Griechenland, zweiter Sohn des Königs Georg I., Oberkommissar von Kreta 1898/1906.

XXII, S. 33A.

Georg, Prinz von Wales, nachmal. König Georg V. von Großbritannien und Irland.

XIX, S. 76. 77. 190. 374A.

XX, S. 652. 655. 661.

XXIII, S. 164.

XXIV, S. 306.

XXV, S. 21.

Georg I., König von Griechenland 1863 bis 1913.

XX, S. 279.

Georgis, de, ital. General, Chef der Gendarmerie in Mazedonien 1904/08.

XIX, S. 126. 129.

XX, S. 91.

XXII, S. 99A. 100. 102. 105. 106. 108. 109. 113. 115. 116. 117. 118. 119. 122. 123. 125. 127. 128. 129. 130. 131. 132. 133. 136. 138. 139. 141. 142. 144. 150. 151. 152. 153. 154. 159. 165. 167. 168. 169. 171. 172. 175. 175A. 176. 177. 178. 188. 189. 191. 194. 198. 211. 325. 356. 364. 393. 393A. 472. 483. 484A. 522.

XXV, S. 286. 545A. 616A.

Gericke van Herwijnen, Baron, niederländ. Gesandter in London 1900/13.

XX, S. 638. 648.

XXIII, S. 532.

Germain, Direktor des Crédit Lyonnais in Paris (1904).

XIX, S. 61.

Gervais, franz. Deputierter (1906).

XXI, S. 543.

Geschow, bulg. diplom. Agent in Wien
1903/04.

XIX, S. 120.

Gevers, Baron, niederländ. Gesandter
in Berlin seit 1906.

XXIII, S. 493. 548.

Ghabrit, ben, franz. Konsulatsverweser
in Fes (1908).

XXIV, S. 446. 447. 475.

Ghasi, bel, marokk. Pascha (1907).

XXI, S. 667.

Gibson Bowles, s. Bowles.

Giers, Michael von, russ. Gesandter in
Bukarest 1902/12.

XXV, S. 359.

Giers, Nikolaus von, russ. Minister des
Äußern 1882/95.

XIX, S. 198.

XXII, S. 21.

Gies, Erster Dragoman bei der Bot-
schaft in Konstantinopel (1904,
1905, 1908.)

XXII, S. 163. 170. 261. 272. 272A.
297. 299.

XXV, S. 181. 183. 184. 214. 217. 234.
497.

Giesl von Gieslingen, Freiherr,
österreich. Oberst, Militärattache
in Konstantinopel (1904),
militärischer Delegierter auf der
Zweiten Haager Friedenskon-
ferenz 1907.

XXII, S. 99. 99A. 100. 101. 129. 131.
135. 136. 138. 140. 141. 143.
144. 145. 149. 150. 151. 152.
153. 154. 156. 159. 160. 171.
172. 174. 178. 188. 190.

XXIII, S. 219. 220. 220A. 326A.

Giolitti, Giovanni, ital. Minister des
Innern im Kabinett Zanardelli
1901/03, Ministerpräsident und
Minister des Innern 1903/05,
1906/09.

XX, S. 37. 38. 41. 42. 43. 44. 44A.
45. 49. 54. 55. 60. 63. 66. 67.
68. 70. 81. 82. 83. 84. 85. 92.
95. 98A. 100.

XXI, S. 169. 287. 339. 364. 364A.
365. 377.

XXII, S. 195A.

XXIV, S. 193.

XXV, S. 371A. 372. 404.

Gironcour, de, franz. Staatsangehöriger
in Marokko (1907).

XXI, S. 651.

Gladstone, William, engl. Premier-
minister 1868/74, 1880/85, Januar
bis Juli 1886, 1892/94.

XXV, S. 337. 600.

Glasenapp, Otto von, Geh. Oberfinanz-
rat, Mitglied des Direktoriums
der Reichsbank (1906).

XXI, S. 211.

Glawi, marokk. Würdenträger.

XXIV, S. 249. 296.

Gleichen, Edward Graf von, engl.
Major, Militärattaché in Berlin
1903/06.

XIX, S. 204. 204A. 460A.

XX, S. 641A. 643. 644. 646. 647. 652.

Götzen, Graf von, Gouverneur von
Deutsch-Ostafrika 1901/06.

XXIV, S. 54.

Goltz, Kolmar Freiherr von der, preuß.
General der Infanterie, Komman-
dierender General des I. Armee-
korps (1904), Generalinspektor
der 6. Armeespektion (1908)

XIX, S. 307A. 310.

XXII, S. 146.

XXIV, S. 150.

XXV, S. 490A. 498. 523. 527. 527A.
530. 541. 607. 621. 622.

Goluchowski, Agenor Graf, österr.-
ung. Minister des Äußern 1895
bis 1906.

XIX, S. 118. 118A. 119. 120. 121A.
123. 125. 143.

XX, S. 12. 50. 50A. 51. 52. 65. 417.
418.

XXI, S. 27A. 138. 140. 145. 150. 158.
166. 167. 169. 169A. 170. 175.
176. 214. 215. 228. 229. 230.
238. 239. 271. 272. 282. 307.
308. 321. 332A. 333A. 334A.
358. 361. 363. 364. 376. 377.
380A. 385. 386.

XXII, S. 33. 34. 38. 50. 51. 52. 89.
105. 109. 110. 111. 114. 114A.
115. 118A. 119. 120. 125. 127.
128. 129. 152. 153. 154. 155.
155A. 156. 157. 158. 159. 160.
161. 173. 174. 192. 217. 218.
219. 220. 221. 227. 228. 241.
242. 243. 244. 257. 257A. 263.
288. 295. 302. 303. 306. 307.
311. 312. 313. 314. 318. 318A.
321. 376. 378. 428.

XXIII, S. 17A.

XXV, S. 10A. 290. 473.

- Goremykin, russ. Ministerpräsident 1906.
 XXI, S. 430 A.
- Gorst, Sir Eldon, ägypt. Finanzbeirat 1898/1904, Hilfssekretär im Foreign Office 1904/07.
 XX, S. 4. 8. 25. 135.
 XXV, S. 226.
- Gortschakow, Alexander Fürst, russ. Minister des Äußern 1856/82 und Reichskanzler 1870/82.
 XXII, S. 21.
 XXV, S. 43.
- Goschen, Sir William Edward, engl. Botschafter in Wien 1905/08, in Berlin 1908/14.
 XXII, S. 410.
 XXIII, S. 172. 177.
 XXIV, S. 124. 124 A. 191.
 XXV, S. 547.
- Goschen, Viscount George Joachim, Erster Lord der engl. Admiralität im Kabinett Salisbury 1895/1900.
 XXIII, S. 28.
 XXIV, S. 30.
- Graham, P. Anderson, engl. Publizist.
 XXV, S. 226.
- Greindl, Baron, belg. Gesandter in Berlin 1888/1914.
 XX, S. 27. 28.
 XXI, S. 317 A. 337 A. 428 A. 430 A. 445 A. 451 A. 506 A. 509 A. 645. 646. 650 A. 655. 659 A.
 XXIV, S. 30 A. 61 A. 64 A. 124 A. 220 A. 264 A.
 XXV, S. 452 A. 475 A. 492 A. 498 A.
- Grevenkop-Castenskiold, von, dän. Gesandter in Christiania 1905 bis 1910.
 XXIII, S. 427.
- Greville, Sidney Robert, Privatsekretär der Königin Alexandra von Großbritannien und Irland.
 XXI, S. 106.
- Grey, Sir Edward, Mitglied des engl. Unterhauses, Staatssekretär des Äußern in den Kabinetten Campbell-Bannerman und Asquith 1905/16.
 XIX, S. 665.
 XX, S. 11. 673. 682 A. 685. 686. 687. 688. 689. 690.
 XXI, S. 45. 46. 47. 48. 48 A. 49 A. 50. 51. 52. 62. 64. 80. 80 A. 81. 94. 98. 98 A. 103. 104. 105. 107. 164. 165. 166. 179. 180. 181. 185. 186. 187. 188. 247. 282. 283. 284. 284 A. 361. 423. 425. 427. 428. 428 A. 429. 430. 434. 435. 439. 441. 442. 443. 443 A. 444. 444 A. 445. 446. 447. 449. 453. 457. 458. 460. 461. 469 A. 474. 484. 499. 506. 507. 508. 510. 514. 515. 516. 517. 518. 520. 521. 527 A. 568.
- XXII, S. 39. 59. 324 A. 349. 380. 386. 387. 412. 413. 414. 430. 474. 479. 479 A. 480. 481. 483. 487. 508. 510. 511. 513. 515. 519. 520.
- XXIII, S. 28. 28 A. 33 A. 51. 52. 52 A. 53. 76. 77. 83 A. 87. 97. 103 A. 115. 116. 117. 117 A. 120. 121. 124. 130. 142. 147. 151. 152. 154. 155. 157. 164. 165. 172. 177. 207. 211. 212. 213. 214. 215. 216. 217. 221. 222. 223. 224. 225. 225 A. 226. 227 A. 233. 234. 242. 243. 254. 272. 273. 273 A. 303 A. 357. 358. 368. 373. 380 A. 397. 408. 410. 411. 421. 437. 439. 440. 441. 442. 446. 491. 500. 502. 503. 504. 505. 506. 507. 508. 509. 510. 514. 516. 518. 520. 521. 522. 523. 524. 525. 526. 527. 528. 529. 530. 531. 532. 533. 534. 538. 541. 542. 543. 545. 546. 548. 551. 552. 554. 555. 556. 557.
- XXIV, S. 11. 12. 14. 15. 17 A. 18. 19. 20. 28. 28 A. 29. 31. 36. 43. 45. 47. 51. 57. 59. 62. 65. 68. 69. 72. 73. 78. 87 A. 99. 100. 101. 102. 103. 105. 105 A. 106. 107. 109. 110. 118. 124 A. 125 A. 137. 145. 159. 160. 161. 179. 186. 187. 188. 189. 189 A. 368. 369. 395. 494. 494 A.
- XXV, S. 7. 8. 12 A. 19. 21 A. 22. 30. 32. 35. 79. 150. 203. 216. 225. 226. 244. 245. 246. 253 A. 260. 261 A. 263 A. 264. 267. 268. 269. 270. 271. 272. 273. 274. 275. 304. 305. 306. 308. 324. 325. 359. 388. 388 A. 389. 390. 391. 396. 406. 407. 408. 409. 410. 411. 415. 416. 431. 432. 435. 441. 455. 457. 462. 464. 475.

479. 480. 498A. 511. 534. 542.
543. 544. 545. 577. 601.
601A.
- Griechenland, s. Georg I., Georg,
Konstantin, Olga, Sophie.
- Grierson, engl. Generalmajor, Militär-
attaché in Berlin 1896/1900,
Direktor der militärischen Ope-
rationen im Generalstab 1904
bis 1906.
- XX, S. 646.
- XXI, S. 85. 469A.
- Griesinger, Julius Adolf Freiherr von,
Delegierter bei der internati-
onalen Finanzkommission zur
Kontrolle der griech. Finanzen
1901/05, Delegierter bei der inter-
nationalen Kommission zur Kon-
trolle der Finanzen von Maze-
donien 1905/08, Vortragender
Rat im A. A. 1908/11.
- XXII, S. 276A. 280. 284. 287. 315.
319.
- Gripenberg, russ. General der Infan-
terie, Kommandeur der zweiten
mandschurischen Armee im Krieg
gegen Japan 1904.
- XIX, S. 223.
- Griscom, amerik. Gesandter in Tokio
1903/06, Botschafter in Rom
1907/09.
- XIX, S. 401. 418. 419.
- XXI, S. 562.
- Grootven, van, Erster Sekretär bei der
belg. Gesandtschaft in London
(1906).
- XXI, S. 48A.
- Großbritannien, s. Alexandra, Arthur,
Augusta Karoline, Eduard VII.,
Georg, Helena, Margarete, Maud,
Viktoria, Viktoria (Kaiserin
Friedrich).
- Gruew, Erster Sekretär bei der bulg.
Gesandtschaft in Berlin (1908).
- XXV, S. 512.
- Gruitsch, Sawa, serb. General, Minister-
präsident 1903/05.
- XIX, S. 123.
- Grumme, von, Kapitän zur See (1905).
- XIX, S. 268. 276.
- Gubastow, russ. Ministerresident beim
Päpstlichen Stuhl 1901/04, Ge-
hilfe des Außenministers (1907,
1908).
- XIX, S. 139.
- XXIII, S. 450. 483. 484.
- XXV, S. 314A. 327.
- Gündell, von, preuß. Generalmajor,
Oberquartiermeister im Großen
Generalstabe, militärischer Dele-
gierter auf der Zweiten Haager
Friedenskonferenz 1907.
- XXIII, S. 258A.
- Günther, von, schwed. Gesandter in
Christiania 1905/08.
- XXIII, S. 455.
- Guesde, Jules, franz. Deputierter.
- XXI, S. 534.
- Guicciardini, Conte, ital. Minister des
Äußern im Kabinett Sonnino
1906.
- XXI, S. 154. 154A. 168. 169. 169A.
216. 217. 229. 230. 232. 257.
280. 336. 337. 343. 344. 345.
347. 353. 356. 357. 358. 359.
- Guillaume, Baron, belg. Gesandter im
Haag 1903/10, Dritter Delegierter
auf der Zweiten Haager Friedens-
konferenz 1907.
- XXIII, S. 291.
- Guiot, franz. Finanzier (1907).
- XXI, S. 634.
- XXIV, S. 225. 480.
- Guli Chan, Ali, Erster Sekretär bei der
pers. Gesandtschaft in Petersburg
(1906).
- XXV, S. 15. 16. 42. 119. 119A.
- Gummeré, amerik. Gesandter in Tanger
1905/09, Zweiter Delegierter auf
der Konferenz von Algéciras 1906.
- XIX, S. 594.
- XX, S. 259. 277. 295. 301. 314. 315.
342.
- XXI, S. 145. 150. 178. 301.
- Gustav, Herzog von Wermland, Kron-
prinz von Schweden, nachmal.
König Gustav V.
- XIX, S. 454A.
- XX, S. 442.
- XXIII, S. 403. 403A. 405. 407. 410.
490. 493. 494. 495. 501.
- Gustav V., König von Schweden seit
1907 (s. auch Gustav, Kronprinz
von Schweden).
- XXIII, S. 544. 562.
- XXIV, S. 302.
- Gustav Adolf, Prinz von Schweden.
Herzog von Schonen, ältester
Sohn des Kronprinzen Gustav,
XX, S. 441A.

Gutmann, Direktor der Deutschen Orientbank (1906).
 XXV, S. 121. 121A. 122A. 139. 141.
 Gwinner, Artur (von), Direktor der Deutschen Bank.
 XXII, S. 347. 351.
 XXIV, S. 162A.
 XXV, S. 178. 180. 185. 186. 188. 189. 197. 198. 199. 199A. 200. 201. 223. 224. 226. 252.
 Gwynne, Auswärtiger Direktor des „Reuter“-Büros (1904), Herausgeber des „Standard“ (1905).
 XIX, S. 661.
 XX, S. 19.
 Haakon VII., König von Norwegen seit 1905.
 XXIII, S. 404A. 405. 406. 407. 408. 412. 412A. 416. 421. 446. 455. 456. 458.
 Habib Ullah Chan, Emir von Afghanistan 1901/19.
 XIX, S. 185. 390. 656. 657. 658.
 XXI, S. 487.
 XXIV, S. 84.
 Hadji Omar, s. Tasi.
 Hadschi Nasmî, türk. Offizier (1908).
 XXV, S. 560.
 Haeßner, Inhaber der Firma Haeßner und Joachimssohn in Tanger (1904).
 XX, S. 222. 226. 246.
 Haggard, William Henry Doveton, engl. Gesandter in Buenos-Aires und Asunción 1903/06.
 XXIII, S. 75.
 Hakki Bey, türk. Minister des Innern 1908.
 XXV, S. 616. 618. 620.
 Haldane, Richard Burdon, Mitglied des engl. Unterhauses, Staatssekretär des Krieges in den Kabinetten Campbell-Bannerman und Asquith 1905/12.
 XIX, S. 673. 673A.
 XX, S. 673. 674. 675. 676. 689. 690.
 XXI, S. 49A. 80A. 181. 187. 395. 401. 426. 427. 428. 429. 430. 431. 432. 433. 434. 435. 436. 437. 437A. 442. 447. 457. 457A. 458. 459. 459A. 460. 460A. 461. 461A. 462. 467. 468. 469. 469A. 470. 481. 488. 494A. 495. 514. 515. 516. 517. 518. 519. 521. 527A. 530. 531A. 532A.

XXIII, S. 30. 30A. 31. 31A. 51. 86. 86A. 87. 87A. 107.
 XXIV, S. 18. 26. 27. 67. 113. 115. 159. 184.
 XXV, S. 12A. 47A. 200. 201. 209. 216. 225. 253A. 261A. 262A. 263A. 267. 268. 271. 275A. 464.
 Hale, William Bayard, amerik. Journalist.
 XXIII, S. 276A. 319A.
 Halim, türk. Handelsgerichtspräsident in Konstantinopel (1907).
 XXII, S. 409.
 Hamilton, Lord George Francis, Erster Lord der Admiralität in den Kabinetten Salisbury 1885 bis 1886, 1886/92, Staatssekretär für Indien in den Kabinetten Salisbury und Balfour 1895/1903.
 XXIV, S. 41. 41A.
 Hamilton, Sir Jan Standish Monteith, engl. Generalleutnant, Kommandierender General des südlichen Armeedistrikts 1905/09.
 XXV, S. 48A.
 Hammann, Otto, Vortragender Rat im A. A. 1894/1917.
 XX, S. 12A. 297A. 313A.
 XXI, S. 93A.
 XXIV, S. 16A. 140. 158A. 162A. 177A. 178A. 182A. 191A. 325. 404A.
 XXV, S. 502A.
 Hammarskjöld, Leonard von, schwed. Gesandter in Kopenhagen 1903 bis 1908, Erster Delegierter auf der Zweiten Haager Friedenskonferenz 1907, Landeshauptmann in Upsala (1909).
 XXIII, S. 333.
 XXIV, S. 372.
 Hammerstein-Equord, Arnold Freiherr von, preuß. Major, Militärattaché in Rom (1906).
 XXI, S. 408. 408A. 409. 417.
 Hammu, Uld el-Hadji, marokk. Kaid.
 XXIV, S. 295.
 Hanotaux, Gabriel, franz. Minister des Äußern im Kabinett Méline 1896 bis 1898.
 XIX, S. 149.
 XX, S. 33. 358. 359. 367. 395.
 Hans, Prinz von Schleswig-Holstein-Sonderburg - Glücksburg, dän. Generalmajor.
 XIX, S. 67A. 68. 68A.

Harcourt, Lewis, Mitglied des engl. Unterhauses, Erster Kommissar für Arbeiten und öffentliche Bauten 1905/10.

XXIV, S. 65.

Harden, Maximilian, Publizist.

XX, S. 118A.

XXIV, S. 17A.

Hardinge, Sir Arthur Henry, engl. Gesandter in Teheran 1900/06, Gesandter in Brüssel 1906/11.

XIX, S. 647.

XXV, S. 359. 359A. 475.

Hardinge, Sir Charles, Erster Sekretär bei der engl. Botschaft in Petersburg 1898/1903, Hilfssekretär im Foreign Office 1903/04, Botschafter in Petersburg 1904/06, Permanenter Unterstaatssekretär 1906/10.

XIX, S. 174. 174A. 178. 179. 184. 185. 213. 214. 236. 237. 241. 242. 283A. 288A. 289. 289A. 290. 309. 395. 425. 521. 522. 649. 649A. 650. 668.

XX, S. 27.

XXI, S. 432. 433. 435. 448A. 449. 453. 454. 455. 457A. 460. 478. 482. 498. 501. 502. 503. 504. 505. 506. 507. 507A. 509. 659. 660.

XXII, S. 25. 73. 73A. 74. 75. 372. 377. 377A. 412. 419. 419A. 428. 432. 459. 481.

XXIII, S. 50A. 85. 93. 207. 208. 233. 273A. 445. 446. 566.

XXIV, S. 5. 5A. 6. 7. 8. 8A. 11. 20. 62. 65. 78. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 120. 125. 125A. 126. 127. 128. 128A. 129. 130. 131. 133A. 134. 134A. 135. 135A. 154A. 156A. 160. 161. 438. 439. 494A.

XXV, S. 3. 3A. 4. 5. 10. 21. 27A. 31. 120. 205. 206. 207. 241. 242. 246. 275A. 324A. 381. 382. 432. 433. 434. 441. 449. 451. 452. 459A. 460. 498A. 521. 543. 544. 551. 551A. 552. 553. 553A. 593. 594.

Harmsworth, Sir Alfred, Herausgeber der „Daily Mail“.

XX, S. 657. 695.

Harris, Korrespondent der „Times“ in Tanger (1904, 1905, 1908).

XX, S. 33. 245. 248. 261. 261A. 262. 262A. 263A. 266. 279. 279A. 280. 284. 293. 294. 296. 341. 348. 601A.

XXI, S. 622.

XXIV, S. 406.

Harting, s. Landesén.

Hartwig, von, Direktor des Ersten Departements im russ. Ministerium des Äußern (1904, 1906), Gesandter in Teheran 1906/09.

XIX, S. 179. 394.

XXV, S. 7. 8. 20. 23. 46. 111. 151. 152. 153. 154. 155. 157. 159. 160. 162. 163. 164. 165. 166. 167. 168. 170. 447.

Hartwig, von, Gemahlin des russ. Gesandten in Teheran.

XIX, S. 179.

Harvey, George, Herausgeber der „North American Review“ (1905).

XX, S. 644.

Harvey, Henry Paul, engl. Delegierter bei der internationalen Finanzkommission zur Kontrolle der griech. Finanzen 1903/05, Delegierter bei der internationalen Kommission zur Kontrolle der Finanzen von Mazedonien 1905 bis 1907.

XXII, S. 260. 281. 284. 315.

Haschim Pascha, türk. Unterrichtsminister (1906).

XXII, S. 381.

Hassan Chan, Mirza, pers. Gesandter in Petersburg 1901/07.

XIX, S. 667.

Hatzfeldt-Wildenburg, Paul Graf von, Staatssekretär des A. A. 1881/85, Botschafter in London 1885/1901.

XXI, S. 207. 247.

Hatzfeldt zu Trachenberg, Hannah Gräfin von, Gemahlin des Grafen Alexander, Tochter des japan. Ministers des Äußern Aoki.

XIX, S. 415.

Hauptmann, Ferdinand Felix, Professor, Mitglied des preuß. Abgeordnetenhauses (1906).

XXIII, S. 78.

Haus, Anton, österr.-ung. Konteradmiral, Marinedelegierter auf der Zweiten Haager Friedenskonferenz 1907.

XXIII, S. 219. 220A. 326A.

- Hay, John, amerik. Staatssekretär (des Äußern) unter Präsident Mac Kinley und Roosevelt 1898/1905.
 XIX, S. 31. 100. 101. 106. 111. 401. 545. 546. 560. 575. 581. 583. 589. 598. 654.
 XX, S. 443. 443A. 641. 641A. 642. 644.
 XXIII, S. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 57A. 58. 59. 62A.
 Hayashi, Count, japan. Gesandter in London 1900/06, Minister des Äußern im Kabinett Saionji 1906/08.
 XIX, S. 13. 17. 20. 21. 24. 39. 40. 41. 44. 45. 58. 128. 173. 287. 387. 391. 392. 393. 401. 635. 636. 645.
 XX, S. 15. 16.
 XXI, S. 179. 179A. 180A. 208. 209.
 XXV, S. 70.
 Hayashi, Gonsuke, japan. Gesandter in Peking 1906/08.
 XXV, S. 67.
 Heath, Herbert Leopold, engl. Kapitän, Marineattaché in Berlin 1908 bis 1910.
 XXIV, S. 161.
 Hedeman, Korrespondent des „Matin“ in London (1905).
 XX, S. 310. 311. 312. 313. 313A. 624A.
 Hegermann-Lindenocrone, von, dän. Gesandter in Berlin 1902/12.
 XXIII, S. 500. 501. 505.
 Heilbron, Fritz, Ständiger Hilfsarbeiter im A. A. (1908).
 XXIV, S. 170A.
 Heine, franz. Finanzier.
 XXII, S. 209.
 Heinemann.
 XXIV, S. 336.
 Heinrich, Prinz von Preußen, Bruder Kaiser Wilhelms II.
 XIX, S. 130. 130A. 216. 216A. 217. 223. 295. 296. 341. 440A.
 XXIII, S. 94.
 Heinrich, Prinz von Preußen, dritter Sohn des Prinzen Heinrich.
 XIX, S. 130. 130A.
 Heinrich, Prinzessin, s. Irene.
 Helena, Prinzessin zu Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg, Gemahlin des Prinzen Christian, zweite Tochter der Königin Viktoria von Großbritannien und Irland.
 XXIV, S. 98A.
 Helene, Königin von Italien, Gemahlin Viktor Emanuels III., geb. Prinzessin von Montenegro.
 XX, S. 43. 52. 54. 80. 98. 98A. 113.
 XXV, S. 403A.
 Helene, Prinzessin von Sachsen-Altenburg, Gemahlin des Prinzen Albert, geb. Herzogin zu Mecklenburg.
 XXV, S. 455.
 Helfferich, Karl, Zweiter Direktor der Anatolischen Eisenbahngesellschaft 1906 bis 1908, Direktor der Deutschen Bank (1908).
 XXII, S. 346. 347.
 XXV, S. 178A. 256. 280. 578. 579.
 Henckel, Viktor Graf, Freiherr von Donnersmarck, Gesandter in Kopenhagen 1906/10.
 XXII, S. 23A.
 XXIII, S. 566A.
 Henckel von Donnersmarck, Guido Fürst.
 XX, S. 390.
 Henry, Charles S., Mitglied des engl. Unterhauses (1908).
 XXIV, S. 140.
 Herbert, Sir Arthur James, engl. Gesandter in Christiania 1905/11.
 XXIII, S. 405. 437.
 Hermite, Sekretär bei der franz. Botschaft in Berlin (1907, 1908).
 XXI, S. 564.
 XXIII, S. 515. 516. 516A.
 Hesse, von, russ. Generalleutnant und Generaladjutant, Palastkommandant des Zaren (1904).
 XIX, S. 370. 374.
 Hessen-Darmstadt, s. Alexandra Feodorowna, Elisabeth, Ernst Ludwig, Georg, Irene, Viktoria, Viktoria Eugenie.
 Heyden, Graf, russ. Kapitän zur See und Flügeladjutant, Kanzleichef des Militärstaates des Zaren (1905).
 XIX, S. 456. 462.
 Heyking, Freiherr von, Gesandter in Belgrad 1904/06.
 XXII, S. 195A.
 Hifzi Pascha, Wali von Monastir (1908).
 XXV, S. 559.

Hill, David Jagne, amerik. Gesandter im Haag 1905/07, Vierter Delegierter auf der Zweiten Haager Friedenskonferenz 1907, Botschafter in Berlin 1908/11.

XXIII, S. 242A. 254A. 269A.

XXIV, S. 204.

Hilmi Pascha, Hüssein, Generalinspektor für Mazedonien 1902/08.

XIX, S. 138.

XXII, S. 127. 133. 150. 154. 159. 167. 168. 176. 259. 267. 317. 324. 390. 406. 407. 422. 434. 487. 494. 502. 514. 521. 522.

XXV, S. 231A. 393. 398. 399. 400. 412. 419. 420. 421. 422. 431. 434. 435. 436. 437. 438. 501. 506. 533. 534. 535. 536. 544. 545. 558. 559. 563. 615A.

Hintze, Korvettenkapitän, Marineattaché in Petersburg (1903/1907).

XIX, S. 74. 74A. 77. 220. 221. 230. 243. 244. 277A.

XXII, S. 56. 80A.

Hinzpeter, Geh. Rat.

XIX, S. 82.

Hirsch, Leibarzt Kaiser Nikolaus II. von Rußland (1905).

XIX, S. 461.

Hisnes Saltaneh, Mihdi Schägagi, pers. Publizist.

XXV, S. 167.

Hoffmann, Konsulatsverweser in Saloniki (1908).

XXV, S. 560A.

Hoffman-Philip, amerik. Vizekonsul in Tanger (1904).

XX, S. 233. 241A. 242. 245.

Hohenau, Wilhelm Graf von, preuß. Generalmajor, Kommandeur der 1. Kavalleriebrigade (1904).

XIX, S. 316.

Hohenberg, s. Sophie.

Hohenlohe-Langenburg, Hermann Fürst zu, Statthalter in Elsaß-Lothringen 1894/1907.

XXII, S. 77A.

Hohenlohe-Langenburg, Viktor Prinz zu, engl. Admiral.

XIX, S. 204A.

Hohenlohe-Oehringen, Prinz zu, preuß. Gesandter in Dresden 1906 bis 1911.

XXV, S. 474A.

Hohenlohe-Schillingsfürst, Gottfried Prinz zu, österr.-ung. Hauptmann, Militärattaché in Petersburg (1904), Botschaftsrat bei der Botschaft in Berlin (1908).

XIX, S. 374.

XXI, S. 386.

XXII, S. 7. 51. 51A.

XXV, S. 535.

Hohenlohe-Schillingsfürst, Konrad Prinz zu, österr. Ministerpräsident 1906.

XXI, S. 363A.

Hohenthal, Graf von, Dritter Sekretär bei der Botschaft in Paris (1906).

XXI, S. 529A.

Hohenzollern, s. Karl Anton.

Holleben, von, Botschafter in Washington 1897/1903.

XIX, S. 398.

Holstein, Friedrich von, Vortragender Rat im A. A. 1880/1906.

XIX, S. 29. 33A. 46A. 48A. 73A. 165. 232A. 273A. 303A. 435. 441. 447. 453. 458A. 467. 467A. 469A. 470A. 482. 493A. 498. 526A. 619A. 641.

XX, S. 12A. 23. 124. 266A. 271. 297A. 298A. 309. 357A. 368A. 370. 372. 372A. 406A. 492. 494A. 527. 530. 603A. 630. 646.

XXI, S. 96. 113A. 181A. 206A. 240. 338A. 339A. 530. 566. 567.

Holtzmann, türk. Staatsangehöriger in Marokko (1907).

XXIV, S. 233. 238. 406.

Horric de Beaucaire, Comte, franz. Gesandter in Kopenhagen 1907 bis 1913.

XXIII, S. 553.

Hottinguer, franz. Finanzier.

XXII, S. 209.

Howard, Sir Henry, engl. Gesandter im Haag 1896/1908, Vierter Delegierter auf der Zweiten Haager Friedenskonferenz 1907.

XXIII, S. 214. 242A. 254A.

Hülssen-Haeseler, Graf von, preuß. General der Infanterie, Chef des Militärkabinetts (1908).

XXV, S. 487.

Hüssni Pascha, türk. Botschafter in Petersburg 1889/1908.

XXII, S. 314.

XXV, S. 415. 523. 530.

Hugo, von, preuß. Oberstleutnant, Militärattaché in Paris (1905).
 XX, S. 430.
 XXI, S. 465A.

Huguenin, Generaldirektor der Anatolischen Eisenbahn- und der Bagdadbahngesellschaft (1905, 1906, 1908).
 XXII, S. 349. 390. 391.
 XXV, S. 178A. 183. 184. 191. 192. 223. 225. 280. 284. 619.

Huguet, franz. Eskaderchef der Artillerie, Militärattaché in London (1906).
 XXI, S. 49A. 469A.

Huldschiner, Vertreter des Marokkosyndikats in Tanger (1907).
 XXI, S. 653.

Humajim, Wesir, pers. Handelsminister (1907).
 XXV, S. 122A.

Humbert I., König von Italien 1878 bis 1900.
 XIX, S. 85.
 XX, S. 47A. 48. 65. 98.
 XXI, S. 384. 401.
 XXII, S. 245.

Humbert, Prinz von Piemont, Kronprinz von Italien.
 XX, S. 92.

Hussein Chan, Kabinettschef des pers. Ministers des Äußern (1906).
 XXV, S. 104. 106. 107. 113.

Hu-Wei-Tê, chines. Gesandter in Petersburg 1902/08.
 XIX, S. 30. 385A.

Ignatiew, Graf, Mitglied des russ. Reichsrats, ehemaliger Generalgouverneur von Kiew (1906).
 XXV, S. 7.

Ignatiew, Graf, russ. General, Gesandter und Botschafter in Konstantinopel 1864/77, Delegierter beim Abschluß des Londoner Protokolls 1877, Minister des Innern 1881/82.
 XIX, S. 199.
 XXII, S. 149.
 XXV, S. 7. 7A.

Ihsan Bey, Ali, Botschaftsrat bei der türk. Botschaft in Berlin (1907, 1908).
 XXII, S. 415. 417. 418. 421.
 XXV, S. 430.

Iljew, bulg. General, Chef des Generalstabs (1904).
 XIX, S. 36.

Imperiali, Marchese, ital. diplom. Agent und Generalkonsul in Sofia 1903 bis 1904, Botschafter in Konstantinopel 1904/10.
 XIX, S. 119.
 XXI, S. 379.
 XXII, S. 172. 176. 177. 185. 190. 194. 195. 195A. 196. 197. 198. 199. 206. 211. 216. 217. 224. 246. 247. 247A. 248. 249. 249A. 250A. 252. 254. 255. 260. 261. 264. 274. 275. 277. 283. 290A. 313. 315. 316. 319. 323. 331. 333. 335. 350. 353. 356. 364. 365. 367. 371. 375. 376. 377. 377A. 400. 405. 408A. 435. 440. 442. 444. 452. 454. 459. 471. 472. 473. 474. 497. 500. 501. 502. 506.
 XXV, S. 335. 537. 583. 584. 598. 616.

Inglefield, Frederick Samuel, engl. Kapitän (1906).
 XXIII, S. 33.

Inouye, Vicomte, japan. Finanzminister im Kabinet Itô 1898.
 XIX, S. 21. 41.
 XXIII, S. 209.

Inouye Katsunoske, japan. Gesandter (seit 1906 Botschafter) in Berlin 1898/1907.
 XIX, S. 21. 57. 58. 59. 109. 247. 248. 249. 250. 251. 396. 397. 399. 400. 407.
 XXI, S. 574. 586.
 XXV, S. 64.

Inssarow, Korrespondent der „Nowoje Wremja“ in Paris (1908).
 XXV, S. 576.

Irene, Prinzessin von Preußen, Gemahlin des Prinzen Heinrich, geb. Prinzessin von Hessen-Darmstadt.
 XIX, S. 130.

Isset Pascha, türk. General, Chef des Generalstabs (1908).
 XXV, S. 615.

Iswolsky, Alexander, russ. Gesandter in Tokio 1900/02, in Kopenhagen 1903/06, Minister des Äußern 1906/10.
 XIX, S. 7. 8. 8A. 9. 188. 199. 206A. 289A. 390A. 478A. 491. 501. 510A.
 XX, S. 26.

XXI, S. 93A. 195A. 385. 386. 430A. 448. 451. 452. 453. 478. 589. 589A. 617. 618. 648. 649.

XXII, S. 21. 21A. 22. 22A. 23. 23A. 24. 25. 28. 29. 29A. 32. 33. 33A. 34. 35. 36. 37A. 38. 38A. 39. 40. 41. 41A. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 50. 52. 53. 54. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 71. 73. 74. 76. 77. 79. 80. 80A. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 90. 91. 365. 405. 406. 410. 412. 413. 419. 419A. 431. 431A. 432. 435. 436. 457. 458. 459. 461. 464. 470A. 482. 504. 504A. 505. 506. 510. 511. 512. 513. 514. 519A.

XXIII, S. 101. 101A. 102. 117. 118. 121. 122. 123. 127. 128. 129. 131. 135. 149. 151. 152. 153. 154. 155. 158. 160. 161. 162. 163. 166. 166A. 167. 168. 168A. 172. 175. 175. 177. 180. 186. 187. 191. 191A. 192. 193. 194. 195. 196. 197. 200. 201. 202. 203. 204. 205. 206. 210. 227. 228. 234. 235. 236. 237. 238. 240. 243. 244. 245. 247. 248. 249. 250. 251. 252. 253. 301. 302. 303. 304. 305. 306. 306A. 308. 318. 408. 409. 411. 413. 414. 414A. 415. 416. 418. 419. 420. 421. 428. 429. 430. 431. 432. 434. 435. 438. 442. 443. 444. 445. 450A. 451. 452. 453. 463. 463A. 468. 470. 471. 472. 473. 474. 476. 477. 478. 479. 479A. 480. 481. 482. 483. 484. 490. 493. 494. 495. 496. 497. 498. 499. 499A. 500. 501. 513. 517. 537. 544. 544A. 545. 553. 554. 554A. 555. 560. 565.

XXIV, S. 7. 8. 9A. 19A. 58. 73. 75. 76A. 153. 153A. 154A. 156. 424.

XXV, S. 11. 11A. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 25A. 26. 27. 28. 28A. 29. 30. 31. 33. 37A. 38. 39. 40. 41. 41A. 42. 45. 46. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 62A. 88. 120A. 122. 122A. 123. 124. 125. 130. 132. 135. 135A. 136. 137. 138. 139. 141. 142. 143. 144. 144A. 145. 146. 147. 148. 149.

150. 151. 152. 153. 154. 154A. 155. 155A. 156. 157A. 158. 159. 163. 167. 202A. 204. 205. 211. 213. 231. 231A. 232. 233. 234. 235. 236. 240. 243. 243A. 275. 275A. 295A. 296A. 299. 301. 302. 303. 303A. 304. 305. 308. 309. 311. 312. 313. 314. 315. 317. 319. 320. 321. 322. 323. 327. 328. 330. 331. 333. 334. 338. 339. 340. 341. 343A. 345A. 346. 346A. 347. 348. 348A. 351. 352. 354. 355. 358. 359. 360. 361. 362. 363. 363A. 364. 364A. 365. 366. 367. 368. 369. 371. 376. 377. 378. 380. 380A. 381. 385. 386. 387. 387A. 388. 390. 391. 391A. 392. 392A. 396. 396A. 397. 401. 402. 403. 403A. 405. 406. 408. 411. 414. 415. 416. 417. 418. 424. 431. 434. 437. 441. 442. 443A. 444. 445. 445A. 446. 447. 448. 451. 452. 453. 455A. 458. 459. 459A. 460. 461. 462. 464. 464A. 465. 469. 472. 475. 483. 484. 488. 489. 490A. 492. 493. 494. 498A. 499. 512. 513. 514. 514A. 515. 515A. 518. 519. 520. 522. 523. 524. 525. 526. 527. 527A. 528. 529. 530. 531. 532. 537. 538. 539. 540. 541. 548. 549. 553A. 574. 591. 592. 593. 597.

Iswolsky, Madame, Gemahlin des russ. Ministers des Äußern.

XXIII, S. 477A. 478.

Italien, s. Helene, Humbert I., Humbert, Viktor, Viktor Emanuel III.

Ito, Marquis, japan. Ministerpräsident 1900/01.

XIX, S. 18. 27. 28. 41. 210. 212. 395. 396. 398. 407. 419.

Ito, Zeremonienmeister des japan. Prinzen Arisugawa (1905).

XIX, S. 414.

Iwanow, russ. Generalleutnant, Generalgouverneur von Turkestan (1904).

XIX, S. 173.

Izzet Pascha, Zweiter Sekretär des türk. Sultans Abdul Hamid II. (1904, 1906, 1908).

XIX, S. 152. 153. 156. 157. 158.

XXII, S. 163. 170. 261. 271. 272. 272A. 273. 299. 312. 313. 521.

XXV, S. 219. 220. 594. 594A. 621.

- Jacobi, von, preuß. Generalmajor, Militärbevollmächtigter in Petersburg (1908).
XXV, S. 161 A. 331. 331 A. 339. 346. 447. 490 A. 526 A. 528.
- Jagow, von, Botschaftsrat bei der Botschaft in Rom 1901/06.
XXV, S. 11 A.
- Jahn, Mitglied der Firma Haeßner und Joachimssohn in Tanger (1906).
XXI, S. 625. 632. 634. 635.
- Janko, von, österr.-ung. Generalkonsul, Delegierter bei der türk. Dette publique (1906).
XXII, S. 384.
- Japan, s. Arisugawa, Fushimi, Mutsubito.
- Jaurès, Jean, franz. Deputierter.
XIX, S. 167. 642.
XX, S. 108. 289. 312. 331. 332 A. 396. 664. 664 A.
XXI, S. 25. 153. 545. 559. 613. 621. 665.
XXIV, S. 264.
- Jellun, Haji Dris ben, Marokkaner.
XXI, S. 629. 632. 632 A. 634. 634 A. 635. 676.
XXIV, S. 406.
- Jenisch, s. Rücker-Jenisch.
- Jilali, Sid, Dragoman bei dem deutschen Konsulat in Casablanca (1908).
XXIV, S. 329.
- Jjuin, japan. Gesandter in Peking 1908 bis 1913.
XXV, S. 98.
- Joël, Direktor der Banca commerciale in Mailand (1905).
XX, S. 323.
- Johann Leopold, Erbprinz von Sachsen-Koburg-Gotha.
XXI, S. 463 A.
- Johnstone, Sir Alan, engl. Gesandter in Kopenhagen 1905/10.
XIX, S. 671.
XXIII, S. 437. 565. 566 A.
- Jonnart, Generalgouverneur von Algier (1905).
XX, S. 264 A.
- Joostens, Maurice Baron, belg. Gesandter in Madrid 1904/10, Erster Delegierter auf der Konferenz von Algeciras 1906.
XXI, S. 122.
- Jossif I., bulg. Exarch in Konstantinopel (1904).
XIX, S. 144. 148.
XXII, S. 152.
- Jouvenel, de, franz. Publizist, Mitarbeiter des „Matin“.
XXI, S. 543.
- Judet, Ernest, franz. Journalist, Direktor des „Eclair“.
XXI, S. 528. 528 A. 529. 545. 550.
- Judet, Madame, Gemahlin des Vorigen.
XXI, S. 529.
- Junker, Vizekonsul in Saffi (1908).
XXIV, S. 261. 273.
- Jussarow, russ. Publizist, Mitarbeiter der „Nowoje Wremja“ (1908).
XXV, S. 376.
- Jusserand, franz. Botschafter in Washington 1903/24.
XIX, S. 111. 563. 567. 576. 576 A. 581. 586. 588. 597. 609.
XX, S. 421. 433. 434. 442. 443. 467. 473. 474. 480. 528.
XXI, S. 301.
XXIII, S. 89.
- Just, Konsultssekretär in Casablanca (1908).
XXIV, S. 329. 330. 331. 334. 336. 339. 343. 345. 346. 355. 363. 371 A.
- Kalindero, Administrator der rum. Krondomänen (1907).
XXII, S. 22 A.
- Kalnin, russ. Generalmajor, Militärattaché in Konstantinopel (1904).
XXII, S. 136. 144. 150. 156.
- Kálnoky, Gustav Graf, österr.-ung. Minister des Äußern 1881/95.
XXII, S. 246.
- Kampffmeyer, Georg, Professor, Lehrer am Seminar für orientalische Sprachen in Berlin.
XXIV, S. 282. 286.
- Kaneko, Baron, japan. Diplomat (1904, 1905).
XIX, S. 400. 414. 575. 575 A. 625. 626.
- Kapnist, Peter Alexejewitsch Graf, russ. Botschafter in Wien 1895 bis 1904.
XIX, S. 121 A.
XXII, S. 103. 104. 105.
- Karl I., König von Portugal 1889/1908.
XXI, S. 257.
- Karl I., Fürst (seit 1881 König) von Rumänien 1866/1914.
XXV, S. 358. 359.

- Karl, Prinz von Dänemark, Sohn des Kronprinzen Friedrich, nachmal. König Haakon VII. von Norwegen (s. auch Haakon VII., König von Norwegen).
XIX, S. 455. 461. 461A. 671.
XX, S. 649. 655. 655A.
- Karl Anton, Fürst von Hohenzollern-Sigmaringen 1848/85.
XIX, S. 210.
- Karl Anton, Prinz von Hohenzollern, preuß. Major (1904).
XIX, S. 210. 211. 217. 257. 257A. 403. 414.
- Karoline Mathilde, Herzogin zu Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg, geb. Prinzessin zu Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg.
XX, S. 645.
- Karow, deutscher Kapitän in marokk. Diensten (1905).
XX, S. 458. 458A.
- Katsura, Taro Vicomte, japan. Ministerpräsident 1901/06.
XIX, S. 210. 395. 396. 398. 408. 419. 635.
- Keim, preuß. Generalmajor a. D., Präsident des Flottenvereins (1907).
XXIV, S. 27. 27A. 86. 118.
- Kemnitz, von, Erster Sekretär bei der Gesandtschaft in Lissabon 1906.
XXI, S. 443A.
- Kerr, Mark, engl. Kapitän (1908).
XXIV, S. 149. 149A.
- Khevenhüller-Metsch, Graf zu, österr.-ung. Botschafter in Paris 1903/11.
XIX, S. 112. 395.
XX, S. 317. 330. 616.
XXI, S. 230. 282. 291. 295. 296. 303. 304. 307. 320A.
- XXII, S. 435.
- XXIII, S. 209. 210. 211. 212. 241.
- XXV, S. 296A. 316. 317. 334. 519.
- Kiamil Pascha, türk. Großwesir 1908/09.
XXV, S. 571. 586A. 588. 605. 618. 625.
- Kiderlen-Waechter, von, Gesandter in Bukarest 1899/1910, Stellvertretender Botschafter in Konstantinopel 1907, 1908, Stellvertretender Staatssekretär des A. A. 1908.
XXII, S. 22A. 395A. 398. 398A. 408A. 421. 422. 425A. 430A. 436. 445. 446. 447. 448. 452. 456. 463A. 464A.
- XXIV, S. 181A. 370. 371.
- XXV, S. 251. 251A. 258. 258A. 259. 381A. 497A. 500. 502A. 517. 518. 532. 536. 537. 539. 564. 565. 579. 580A. 581. 582. 585. 586A. 587.
- Kinsky von Wchinitz und Tettau-Graf, ehemal. österr.-ung. Bot.schaftsrat (1906).
XXV, S. 31.
- Kitchener of Khartum, Viscount Horatio Herbert, Oberbefehlshaber in Indien 1902/09.
XIX, S. 480. 638. 656.
XXV, S. 215.
- Kittani, marokk. Scheich.
XXIV, S. 442.
- Klaes, belg. Ingenieur (1907).
XXI, S. 641. 641A. 643. 645. 648. 662.
- Klehmet, Vortragender Rat im A. A. 1896/1908, Generalkonsul in Athen 1909/11.
XIX, S. 98. 268. 357. 359.
XX, S. 9.
- XXI, S. 28. 113. 128. 149. 347. 370A. 374A.
- XXIII, S. 17A. 60A.
- XXIV, S. 169A. 177A. 180A. 183A. 184A. 185A. 207. 208. 340A.
- Kleist, von, preuß. Hauptmann (1905).
XX, S. 328A.
- Knappe, Generalkonsul in Schanghai (1901, 1905).
XIX, S. 553. 554.
- Knollys, Francis Baron of Caversham, Geheimsekretär König Eduards VII. von Großbritannien und Irland (1905, 1907).
XIX, S. 517.
XX, S. 652. 653. 657. 660. 682. 685.
- XXIV, S. 17A.
- Knorr, von, Kommandierender Admiral der Marine 1895/99.
XIX, S. 270.
- Koch, Bankier, Teilhaber des Londoner Bankhauses Panmure, Gordon and Co.
XXV, S. 33.
- Koch, Bankdirektor in Petersburg, Bruder des Vorigen.
XXV, S. 33.
- Koch, Fregattenkapitän, Marineattaché in Rom (1904).
XX, S. 46.

Koeckritz, von, preuß. Leutnant.

XX, S. 335.

Koester, Hans Ludwig Raimund von,
Großadmiral, Chef der aktiven
Schlachtflotte 1903/06, Präsident
des Flottenvereins (1908).

XIX, S. 674A.

XXIV, S. 163A.

Kokowzow, russ. Finanzminister 1903
bis 1914.

XIX, S. 195. 387.

XXI, S. 125A.

XXII, S. 37.

XXV, S. 340.

Komarow, russ. Staatsrat, Beamter im
Ministerium des Äußern (1904).

XIX, S. 178.

Komura, japan. Minister des Äußern
im Kabinett Katsura 1901/06,
Bevollmächtigter bei den Frie-
densverhandlungen in Ports-
mouth 1905, Minister des Äußern
im Kabinett Katsura 1908/11.

XIX, S. 21. 56. 59. 60. 210. 396. 397.
407. 409. 419. 427A. 614A.
615A. 621. 624. 625. 626.

XXIV, S. 179.

Konstantin, Herzog von Sparta, Kron-
prinz von Griechenland.

XX, S. 642.

Korff, genannt Schmising, Gräfin.

XIX, S. 82.

Kouri, franz. Konsul in Mogador (1907).

XXI, S. 651.

Koziebrodzki, s. Bolesta-Koziebrodzki.

Krauß-Elislago, von, österr.-ung.
Oberstleutnant, Militärattaché in
Sofia (1903, 1904).

XIX, S. 117. 143.

Kriege, Johannes, Vortragender Rat
im A. A. 1900/11, Zweiter Dele-
gierter auf der Zweiten Haager
Friedenskonferenz 1907.

XX, S. 502. 557. 559. 560. 565. 566.

XXIII, S. 60A. 83A. 101. 102. 102A.
108A. 129. 130. 130A. 133. 134.
219. 220. 257A. 258A. 263.
324. 325. 330. 349A. 378A.

XXIV, S. 353A. 355. 359. 363. 366. 371A.
Krüger, Präsident der Südafrikanischen
Republik 1883/1900.

XXI, S. 207. 231. 502.

XXIV, S. 209.

Krupensky, Erster Sekretär bei der
russ. Botschaft in Berlin (1904),

Botschaftsrat bei der Botschaft
in Rom (1904), Gesandter in
Christiania 1905/12.

XIX, S. 139. 182. 182A.

XXII, S. 60.

XXIII, S. 425A. 428. 455. 457. 458. 459.
Krupensky, Mitglied der russ. Reichs-
duma (1908).

XXV, S. 449.

Krupp, Alfred von, Industrieller.

XIX, S. 251.

Kudaschew, Fürst, russ. Gesandter in
Kopenhagen 1906/10.

XXIII, S. 553. 555.

Kühlmann, Richard von, Erster Sekre-
tär bei der Gesandtschaft in
Tanger 1904/05.

XX, S. 230A. 231A. 234. 237A. 243A.
246A. 247A. 250. 251A. 254A.
259. 260A. 263A. 265. 273. 277.
280. 293A. 294A. 300. 301. 303.
308. 314. 315. 335A. 336. 392.
423. 511A. 541. 543. 555. 556.

XXI, S. 15A. 20. 20A. 21. 38A. 96.

Kueit, s. Mubarek-es Sabah.

Kurino, japan. Gesandter in Petersburg
1902/04.

XIX, S. 17. 18. 30. 44. 53. 57. 58. 59.
383. 384. 386.

Kuropatkin, russ. Generalleutnant,
Kriegsminister 1898/1904, Ober-
befehlshaber im Kriege gegen
Japan 1904.

XIX, S. 107. 168. 175. 181. 183. 196.
389. 416. 536. 611.

XXV, S. 459A. 490.

Kyryll, Prinz von Bulgarien, zweiter
Sohn des Fürsten Ferdinand.

XXII, S. 174.

Labouchère, Henry de, Mitglied des
engl. Unterhauses.

XXIV, S. 69.

Lacroix, Henri de, franz. Divisions-
general, Kommandierender Gene-
ral des XIV. Armeekorps in Lyon
(1905).

XX, S. 379A. 429.

Lahovary, rum. Gesandter in Konstanti-
nopol 1902/06.

XXII, S. 160.

Laking, Sir Francis Henry, Leibarzt
König Eduards VII. von Groß-
britannien und Irland.

XXI, S. 112.

Lalaing, Comte de, belg. Gesandter in London 1903/15.

XXI, S. 430A. 437A. 445A. 465A. 509A.

Lamb, Chefdragoman bei der engl. Botschaft in Konstantinopel (1905).

XXV, S. 191.

Lambsdorff, Gustav Graf von, preuß. Major, Militärattaché in Petersburg (1904, 1906.)

XIX, S. 181. 181A. 184. 186. 222. 252. 289. 290. 304. 309. 309A. 310. 312. 341. 346. 393. 515. 515A.

XXI, S. 253.

Lammasch, Heinrich, Professor für Völkerrecht an der Universität Wien, wissenschaftlicher Delegierter auf der Zweiten Haager Friedenskonferenz 1907.

XXIII, S. 102. 108A. 130. 134. 219. 292. 325A. 326A. 332. 346A.

Lamsdorff, Graf, russ. Minister des Äußern 1901/06.

XIX, S. 8. 8A. 11. 15. 16A. 25. 28. 54. 57. 73. 77. 101. 103. 106. 107. 108. 109. 111. 129. 135. 138. 139. 174. 177A. 188. 198. 199. 201. 202. 214. 236. 242. 244. 258. 259. 284. 303A. 305. 310. 315. 316. 319. 321. 322. 322A. 323. 325. 326. 328. 328A. 330. 331. 336. 337. 338. 339. 342. 342A. 343. 344. 345. 346. 347. 348. 375. 387. 388. 389. 390. 391. 392. 394. 394A. 395. 404. 426. 428. 435. 436. 437. 438. 442. 443. 444. 445. 450. 451. 459. 459A. 467. 471. 475. 476. 481. 483. 484. 486. 487. 489. 492. 493. 494. 495. 499. 500. 501. 503. 505. 505A. 511. 511A. 513A. 515A. 519. 520. 524. 525. 527. 528A. 551. 552. 562. 563. 576. 625. 649. 650.

XX, S. 21. 277. 278. 278A. 419. 654.

XXI, S. 156. 157. 178. 179. 192. 193. 200. 211. 212. 235. 251. 252. 253. 254. 280. 312. 313. 314. 314A. 315. 316. 316A. 317. 318. 319. 320. 385. 430. 430A. 450.

XXII, S. 6. 7. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 16A. 17. 21. 21A. 22. 23. 23A. 25. 26. 30. 34. 50. 105. 106. 115. 116. 117. 120. 121. 122. 123. 127. 135. 136. 192. 218. 227A. 228. 242. 303. 314.

XXIII, S. 23. 59. 61. 63. 76. 129.

XXV, S. 3A. 10. 10A. 11A. 22. 26. 27. 88. 330. 490.

Lancken-Wakenitz, Freiherr von der, Botschaftsrat bei der Botschaft in Paris 1907/11.

XXIII, S. 515. 516.

XXIV, S. 245. 265. 266. 297. 302A. 307A. 308. 329. 333. 357. 357A. 383. 384A. 387. 388. 390. 391. 400. 404A. 434A. 436A. 461A. 485.

XXV, S. 316. 596A.

Landesen, Chef der russ. Geheimpolizei in Paris.

XIX, S. 289A.

Lanessan, de, franz. Deputierter, Marineminister im Kabinett Waldeck-Rousseau 1899/1902.

XX, S. 280. 312.

XXI, S. 123. 126. 127. 135. 136. 144. 145A. 152A. 158. 161. 218.

Langwerth von Simmern, Freiherr, Erster Sekretär bei der Gesandtschaft in Tanger 1905/08.

XXI, S. 591. 680A. 682A. 683A. 684. 685. 687A. 688. 689. 689A.

XXIV, S. 219. 232. 240. 288. 479. 480.

Lansdowne, Marquess of, Staatssekretär des Äußern in den Kabinetten Salisbury und Balfour 1900/05.

XIX, S. 5. 13. 21. 39. 40. 41. 44. 45. 51. 58. 60. 101. 189. 192. 233. 234. 239. 239A. 240. 241. 249A. 271. 283. 283A. 284. 285. 287. 288A. 289A. 296. 299. 299A. 321. 321A. 365. 375. 376. 391. 392. 393. 394. 509. 533. 542. 570. 635. 639. 649. 654. 655. 656. 657. 658. 661. 663. 664.

XX, S. 3. 6. 10. 11. 29. 30. 127. 128. 134. 135. 137. 138. 139. 140. 141. 142. 143. 144. 146. 148. 148A. 149. 151. 153. 154. 155. 158. 159. 160. 160A. 163. 163A. 164. 165. 177. 178. 190. 219. 220. 221. 225. 231. 416. 417. 422. 423. 424. 441. 443. 463. 464. 493. 608. 609. 615. 616. 623. 630. 631. 631A. 632. 632A. 633. 634. 635. 636. 638. 639. 640. 642. 643. 650. 651. 663. 666A. 667. 669. 696.

XXI, S. 47. 49. 81. 96. 247. 269. 470. 474. 507. 510.

- XXII, S. 107. 111. 114. 154. 154A. 155A. 206. 218. 219. 219A. 220. 227. 228. 229. 230. 234. 280. 281. 287. 288. 296. 324. 324A.
- XXIII, S. 5A. 6. 7. 7A. 8. 9. 9A. 10. 30. 500.
- XXIV, S. 41. 108.
- XXV, S. 4. 178. 193. 245.
- Lanza, Conte di, ital. Botschafter in Berlin 1892/1907.
- XIX, S. 142.
- XX, S. 38. 39. 40. 41. 42. 45. 46. 48. 49. 53. 60. 66. 67. 69. 70. 70A. 72. 73. 74. 77. 80. 81. 93. 97A. 113. 114. 115. 295. 454.
- XXI, S. 66A. 343. 359. 362.
- XXII, S. 128. 318. 319. 407.
- Lardy, schweiz. Gesandter in Paris 1883/1917.
- XXI, S. 296.
- Lasallas, franz. Staatsangehöriger in Marokko (1907).
- XXI, S. 651.
- Lascelles, Sir Frank Cavendish, engl. Botschafter in Berlin 1895/1908.
- XIX, S. 22. 82. 134. 135. 138. 205. 205A. 281. 296. 297. 367. 372. 373. 374. 375. 412. 413. 419. 566A. 655A.
- XX, S. 10. 11. 123. 127A. 129. 133. 134. 135. 136. 139. 142. 143. 145. 146. 147. 148. 149. 151. 163. 163A. 311. 628. 629. 630. 639. 643. 648. 649. 652. 659. 660.
- XXI, S. 94. 106. 107. 108. 110. 113. 123. 448A. 449. 463. 463A. 504. 586.
- XXII, S. 120. 377. 378.
- XXIII, S. 5A. 85. 86. 93. 392.
- XXIV, S. 20. 35. 47. 47A. 49. 122. 122A. 123. 124. 124A. 126. 127. 128. 162.
- XXV, S. 233. 390. 409. 410.
- Lassa, s. T'ubstan.
- Lautier, Eugène, franz. Journalist, Redakteur am „Figaro“ (1905, 1908).
- XX, S. 666A. 668.
- XXIV, S. 365. 372. 373. 374.
- Lauzanne, Stéphane, franz. Journalist, Chefredakteur des „Matin“ (1905).
- XX, S. 667.
- Law, Sir Edward Fitzgerald, Finanzmitglied des Generalgouvernement-Rats in Indien 1900/04.
- XXV, S. 178. 179. 188.
- Lecomte, franz. Botschaftsrat in Berlin (1907).
- XX, S. 118A.
- XXI, S. 649.
- Lee, Arthur Hamilton, Zivillord der engl. Admiralität im Kabinett Balfour 1903/05.
- XIX, S. 569. 569A. 570.
- XX, S. 613. 613A.
- XXIII, S. 43. 43A. 45.
- Lefaiivre, franz. Generalkonsul in Hamburg (1907).
- XXI, S. 584.
- Leghait, belg. Gesandter in Paris 1904 bis 1910.
- XXI, S. 24A. 61A. 67A. 76A. 241A. 265A. 430A. 432A. 476A. 548A. 645.
- XXIV, S. 264A.
- XXV, S. 492A.
- Lengerke Meyer, s. Meyer.
- Lennox, franz. Konsularagent in Marakesch (1907).
- XXI, S. 650.
- Leo XIII., Papst 1878/1903.
- XX, S. 84.
- Léon, Finanzier in Paris, türk. Staatsangehöriger.
- XX, S. 355A. 395. 402. 462. 492. 527. 549. 550. 551. 568. 579.
- Leopold II., König der Belgier 1865 bis 1909.
- XXI, S. 520.
- Leopold IV., Fürst zur Lippe 1905/08.
- XXIV, S. 204. 205A.
- Leriche, franz. Vizekonsul in Rabat (1908).
- XXIV, S. 295.
- Le Roux, Hugues, franz. Publizist.
- XX, S. 288.
- Leroy-Beaulieu, Pierre, franz. Professor für Wirtschaftsgeographie, Deputierter (1904).
- XIX, S. 209.
- Lessar, russ. Gesandter in Peking 1901 bis 1905.
- XIX, S. 651.
- Leuthold, von, Professor, Leibarzt Kaiser Wilhelms II. (1904).
- XIX, S. 130.

Leveson-Gower, George Granville, Vertreter der „North American Review“ in England 1899/1906.

XX, S. 644.

Lévy, Armand, franz. Finanzier.

XX, S. 354A. 635.

Levysohn, Chefredakteur des „Berliner Tageblatts“ (1905).

XX, S. 300.

Leyden, Graf von, Gesandter in Stockholm 1901/05.

XIX, S. 385. 386.

Leygues, Georges, franz. Kolonialminister im Kabinett Sarrien 1906.

XXI, S. 551.

Liang ch'êng, chines. Gesandter in Washington 1903/07.

XIX, S. 606.

XXV, S. 73.

Liang tun yen, chines. Diplomat, Vizepräsident des Waiwupu (1907, 1908).

XXV, S. 80. 81. 93.

Lichnowsky, Fürst von, Vortragender Rat im A. A. 1899/1904.

XIX, S. 175.

XXII, S. 109A.

Lindequist, Friedrich von, Gouverneur von Südwestafrika 1905/07.

XIX, S. 500. 500A.

Linewitsch, russ. General, Oberbefehlshaber im Kriege gegen Japan 1905.

XIX, S. 416. 420.

XXV, S. 41.

Lippe, s. Ernst, Leopold IV.

Littledale, St. George, engl. Tibetforscher.

XIX, S. 571. 572.

Llaberia, span. Gesandter in Tanger 1905/08.

XXI, S. 624. 632. 634. 635.

Lloyd George, David, engl. Handelsminister im Kabinett Campbell-Bannerman 1905/08, Schatzkanzler im Kabinett Asquith 1908/16.

XXIV, S. 99. 100. 101. 102. 103. 104. 105. 105A. 106. 107. 110. 111. 113. 113A. 114. 116. 117. 118. 119. 119A. 132. 137. 137A. 138. 138A. 139. 139A. 140. 141. 142. 143. 147. 158. 158A. 159. 184.

Lobanow-Rostowsky, Fürst, russ. Minister des Äußern 1895/96.

XIX, S. 499.

XXV, S. 622.

Lodge, Henry Cabot, amerik. Senator. XXIII, S. 23.

Loeb, Sekretär des Präsidenten Roosevelt (1905).

XIX, S. 556. 614.

XX, S. 528.

Loebell, Friedrich Wilhelm von, Chef der Reichskanzlei 1904/09.

XX, S. 371.

XXIV, S. 178A. 182A.

Löbl, österr.-ung. Oberst, Chef der Eisenbahnabteilung des Generalstabs (1907).

XXI, S. 419.

Löhr, Kaufmann, Konsultsverweser in Fes (1904, 1906), österr.-ung. Konsul in Fes (1908).

XX, S. 197. 198. 209A. 210.

XXI, S. 602. 604. 606. 607. 608. 610.

XXIV, S. 169. 175. 378. 378A. 385. 416. 419. 420. 421. 422. 423. 424.

Löwenörn, von, dän. Gesandter in Petersburg 1895/1909.

XXIII, S. 560.

Lövland, norweg. Minister des Äußern im Kabinett Michelsen 1905/07.

XXIII, S. 404. 405. 406. 409. 424. 426. 427. 428. 429. 430. 436. 440. 455. 455A. 457. 458. 459.

Loreburn, Robert Threshie Reid Baron, engl. Lord-Kanzler in den Kabinetten Campbell-Bannerman und Asquith 1905/12.

XXI, S. 442. 444. 447. 516.

XXIII, S. 323. 324. 357. 358. 372. 380A. 386.

Loubet, Präsident der franz. Republik 1899/1906.

XIX, S. 7. 13. 42. 60. 207. 323. 341. 362. 392. 504. 506. 528A.

XX, S. 26A. 37. 37A. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 47. 48. 49. 52. 53. 56. 57. 57A. 58. 58A. 60. 61. 63. 67. 69. 70. 74. 76. 79. 80. 82. 84. 88. 90. 92. 94. 96. 100. 105. 106. 107. 108. 109. 110. 111. 112. 113. 114. 115. 116. 117. 118. 118A. 119. 289. 322. 331. 347. 349. 377. 378. 401. 402. 406. 406A. 407. 408. 465. 552. 593. 594. 595. 596. 597. 604. 605. 608. 615. 616. 617.

XXI, S. 61. 71. 185A. 286. 335. 357. 384. 452. 463.

Louis, Georges, Direktor für Politische Angelegenheiten im franz. Ministerium des Äußern (1905, 1906, 1907).

XX, S. 416. 458. 512. 523. 527.

XXI, S. 19. 20. 22. 25. 250. 251. 531. 557. 620. 621.

XXIV, S. 234. 235. 237. 238. 245. 284. 300. 301. 303. 317. 332. 334. 337. 341. 341A. 342. 352. 353. 355. 356. 357. 360. 373. 390. 437. 457. 458. 485. 492. 493.

Louis, Prinzessin, s. Viktoria.

Lowther, James William, Sprecher des engl. Unterhauses (1908).

XXIV, S. 78.

Lowther, Sir Gerard Augustus, engl. Gesandter in Tanger 1905/08, Botschafter in Konstantinopel 1908/13.

XX, S. 348. 350. 351. 385. 399. 400. 422. 434. 441. 442. 445. 452. 486. 487. 489. 490. 494. 496. 499. 507. 540.

XXI, S. 508. 662.

XXIV, S. 465.

XXV, S. 359A. 537. 601. 623. 624.

Lucanus, von, Chef des Geheimen Zivilkabinetts 1888/1908.

XXIII, S. 258A. 288A.

Lüderitz, Konsul in Casablanca (1907, 1908).

XXI, S. 650.

XXIV, S. 231. 268. 268A. 300A. 301. 329. 330. 331. 332. 334. 335. 336. 337. 338. 339. 344. 345. 346. 351. 352. 353. 354. 359. 360. 371A.

Lütken, dän. Hauptmann, Departementschef im Kriegsministerium (1907).

XXIII, S. 424A. 425A.

Lüttwitz, Arthur Freiherr von, preuß. Major, Militärattaché in Petersburg (1904).

XIX, S. 173. 181. 181A. 184. 646.

Lützow zu Drey-Lützow und Seedorf, Graf von, österr.-ung. Botschafter in Rom 1904/10.

XX, S. 61. 64.

XXI, S. 229. 230. 339. 380. 399. 411.

XXIII, S. 139. 205.

XXV, S. 11A. 310A. 373.

Luise, Großherzogin von Baden, Gemahlin Großherzog Friedrichs I., geb. Prinzessin von Preußen.

XIX, S. 519.

Luise Margarete, Herzogin von Connaught, Gemahlin des Herzogs Arthur, geb. Prinzessin von Preußen.

XIX, S. 515A.

XX, S. 608. 645.

Luitpold, Prinz von Bayern, Prinzregent 1886/1912.

XXIV, S. 204. 204A.

Luret, franz. Bankier in Marokko (1907).

XXIV, S. 225.

Luzzati, ital. Schatzminister im Kabinett Giolitti 1903/05, im Kabinett Sonnino 1906.

XIX, S. 26. 31.

XX, S. 26. 55. 56. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 70. 85. 118. 119. 362. 363. 364. 367. 368. 372.

XXI, S. 161. 162. 162A. 169. 232. 496. 497.

Lyautey, Hubert, franz. Divisionsgeneral, Kommandant der Division in Oran (1907, 1908).

XXIV, S. 246. 271. 288. 290. 449.

Lynch, Henry Finnis Blossie, engl. Unternehmer in Mesopotamien, Eigentümer der „Euphrates and Tigris Vally Steamship Company“ (1905).

XXV, S. 199. 199A.

Lyttelton, Alfred, engl. Staatssekretär für Kolonien im Kabinett Balfour 1903/05.

XX, S. 639.

XXI, S. 455. 455A.

XXIV, S. 368.

Lyveden, Baron Courtenai Percy Robert Vernon.

XX, S. 614.

Mabilleau, Léopold, Präsident der „Fédération nationale de la Mutualité française“ (1907).

XXI, S. 575. 575A. 577. 578.

Macchio, Karl Freiherr von, österr.-ung. Gesandter in Athen 1904/09, Zweiter Delegierter auf der Zweiten Haager Friedenskonferenz 1907.

XXIII, S. 219.

M'Cormick, Robert, amerik. Botschafter in Petersburg 1902/05, in Paris 1905/07.
 XIX, S. 29. 105. 107. 179. 567. 568.
 XX, S. 387. 433.

M'Cormick, Gemahlin des amerik. Botschafters in Petersburg.
 XIX, S. 179.

Macdonald, John Archibald Murray, Mitglied des engl. Unterhauses (1908).
 XXIV, S. 37. 38. 48.

McDonnell, Sir Schomberg Kerr, Privatsekretär von Lord Salisbury 1882/92, 1895/99, 1900/02.
 XXIV, S. 44.

Mackay, Sir James Lyle, Mitglied des Rats für Indien (1907).
 XXV, S. 268.

M'Kenna, Reginald, Erster Lord der engl. Admiralität im Kabinett Asquith 1908/11.
 XXIV, S. 59. 118A.

Maclean, Kaid, engl. Agent beim Sultan von Marokko (1905, 1907).
 XX, S. 287. 307. 337. 340.
 XXI, S. 5. 637. 637A. 638. 639. 676.
 XXIV, S. 444.

Madden, Archibald Maclean, engl. Konsul in Casablanca (1907).
 XXIV, S. 231.

Madden, österr.-ung. und dän. Vizekonsul in Masagan (1905).
 XX, S. 449A.

Maenß, Konsulatsverweser in Casablanca (1907).
 XXIV, S. 220A. 223A. 225. 231. 313. 330.

Mahan, Alfred Thager, amerik. Marine-schriftsteller.
 XXIII, S. 40A.

Mahmud Chan, Mirza, Ehtescham es Saltaneh, pers. Gesandter in Berlin 1901/08, Präsident des Parlaments (1907).
 XXV, S. 103. 112A. 154. 155. 156. 160. 163. 172.

Maigret, franz. Vizekonsul in Casablanca (1908).
 XXIV, S. 329. 330. 338.

Maissa, ital. Delegierter bei der internationalen Kommission zur Kontrolle der Finanzen von Mazedonien (1905).
 XXII, S. 281. 284. 315.

Majkow, Erster Dragoman bei der russ. Botschaft in Konstantinopel (1904).
 XXII, S. 115.

Malaspina di Carbonara, Marchese, ital. Botschafter in Konstantinopel 1901/04.
 XIX, S. 124. 125. 134.
 XXII, S. 100. 110. 126. 150.

Malleson, engl. Major in Indien (1904).
 XIX, S. 656.

Malmusi, ital. Gesandter in Tanger 1896/1906, Zweiter Delegierter auf der Konferenz von Algeciras 1906.
 XX, S. 240. 242. 250. 314. 391.
 XXI, S. 150. 178.

Malpertuy, franz. Konsul in Casablanca (1908).
 XXIV, S. 337. 443.

Malvano, Generalsekretär im ital. Ministerium des Äußern (1906).
 XXI, S. 336.

Mancini, ital. Minister des Äußern 1881 bis 1885.
 XXI, S. 231.

Mandelstam, Zweiter Dragoman bei der russ. Botschaft in Konstantinopel (1904).
 XXII, S. 153. 157. 164.

Mannesmann, Industrieller in Marokko.
 XXI, S. 610.

Mangin, franz. Major (1907).
 XXIV, S. 220. 235.

Mansur, ben, Marokkaner.
 XXI, S. 622A.

Marc, Erster Dragoman bei der franz. Gesandtschaft in Tanger (1908).
 XXIV, S. 417.

Marchand, franz. Oberst a. D. (1904).
 XX, S. 33.

Margarete, Prinzessin von Schweden, Gemahlin des Prinzen Gustav Adolf, Herzogs von Schonen, geb. Prinzessin von Großbritannien.
 XIX, S. 479. 480.
 XX, S. 441A.

XXIII, S. 465.

Maria Christine, Königin-Regentin von Spanien 1885/1902, geb. Erzherzogin von Österreich.
 XX, S. 170. 170A. 171. 172. 174. 175. 179. 184. 185. 186. 187. 192. 193. 194.
 XXI, S. 190.

Maria Feodorowna, Kaiserin von Rußland, Gemahlin Alexanders III., Tochter des Königs Christian IX. von Dänemark.
 XIX, S. 167. 169. 172. 200. 201. 289. 388. 416. 442. 450. 456. 463. 490. 659. 670.
 XXV, S. 448.
 Maria Nikolajewna, Großfürstin von Rußland, dritte Tochter Kaiser Nikolaus' II.
 XXV, S. 449.
 Maria Pawlowna, Großfürstin von Rußland, Gemahlin des Großfürsten Wladimir, geb. Prinzessin von Mecklenburg-Schwerin.
 XXV, S. 28.
 Maria Pawlowna, Großfürstin von Rußland, nachmal. Gemahlin des Prinzen Wilhelm von Schweden.
 XXIII, S. 454.
 Maria Theresia, Infantin von Spanien, Schwester König Alfons' XIII., nachmal. Gemahlin des Prinzen Ferdinand von Bayern.
 XXI, S. 29A.
 Marie, Prinzessin von Dänemark, Gemahlin des Prinzen Waldemar, geb. Prinzessin von Orléans.
 XIX, S. 461.
 Marling, Charles Murray, Erster Sekretär bei der engl. Gesandtschaft in Teheran 1906/08.
 XXV, S. 148. 151. 152. 153. 154. 155. 160. 167. 168. 170.
 Marokko, s. Abdul Asis, Mulai Abd-el Malek, Mulay Abdul Hafid, Mulay Mohammed, Mulei Hassan.
 Marschall von Bieberstein, Adolf Freiherr, Staatssekretär des A. A. 1890/97, Botschafter in Konstantinopel 1897/1912, Erster Delegierter auf der Zweiten Haager Friedenskonferenz 1907.
 XIX, S. 132. 133. 154. 159. 261. 398. 517. 518. 518A.
 XXI, S. 379.
 XXII, S. 58. 82. 82A. 83A. 87A. 88A. 106A. 111A. 116A. 117A. 118A. 124. 131A. 132. 137. 138. 155A. 168. 170. 176A. 191. 192. 193. 205A. 226. 227. 238. 238A. 239. 241. 242. 247. 247A. 248. 248A. 249. 249A. 255A. 272A. 279A. 280A. 282. 283. 290A. 295. 301.

304. 307. 311. 314. 315. 316A. 321. 329A. 333. 334. 339A. 341. 366A. 376. 377. 378. 379. 385. 389. 395A. 407. 408A. 409. 431A. 466A. 470A. 482. 496. 503A. 505. 506. 509. 510. 511. 512. 517. 518. 519A. 521A.
 XXIII, S. 241. 241A. 257A. 258A. 261A. 262. 263. 265A. 269A. 281A. 282A. 288A. 289A. 291. 301. 304. 323A. 325A. 328. 328A. 329. 330. 331A. 335A. 343A. 379. 379A. 381. 381A. 382. 383. 383A. 385. 386A. 387A. 390. 392A. 396A.
 XXIV, S. 13. 150. 333.
 XXV, S. 112A. 118A. 133. 181. 195A. 197. 215. 229. 230A. 231A. 235A. 249. 250. 250A. 251. 251A. 253. 259. 273. 277A. 280. 288A. 295A. 296. 296A. 299A. 303. 304. 305. 312. 313. 322. 335. 347. 348A. 362. 365. 366. 369. 376. 377. 378. 399. 406. 432. 433. 435. 436. 437. 438. 483. 484. 497A. 503A. 509. 511. 514. 514A. 515. 515A. 519. 523. 524. 526. 533. 536. 537. 544. 564. 564A. 565. 565A. 585. 598. 608A. 610. 615A. 616A. 617A. 622. 625A.
 Marschall von Bieberstein, Adolf Freiherr, Präsident des bad. Ministeriums des Großherzoglichen Hauses und der Auswärtigen Angelegenheiten (1908).
 XXI, S. 588A.
 Martens Ferrão, Graf von, portugies. Gesandter in Tanger (1908).
 XXIV, S. 414. 427. 437. 450. 451. 452. 453. 455. 456. 458. 458A.
 Martens, von, Mitglied des russ. Außenministeriums, Delegierter auf der Ersten Haager Friedenskonferenz 1899.
 XIX, S. 72.
 XXIII, S. 101. 102. 103. 104. 108. 110. 112. 113. 114. 115. 116. 117. 118. 119. 119A. 121. 123. 124. 125. 128. 130. 131. 132. 133. 135. 138. 139. 141. 142. 143. 144. 145. 147. 148. 149. 150. 151. 152. 153. 155. 158. 161. 162. 165. 211. 212. 261. 262. 270. 291. 292. 295. 332. 396.

Martin, Rudolf, Schriftsteller.

XIX, S. 662.

XXIV, S. 200. 200A.

Martin, W., amerik. Konsul in Nanking (1905).

XIX, S. 405.

Martinière, de la, franz. Gesandter in Teheran 1907/09.

XXV, S. 151. 152. 160. 161. 163. 164. 170.

Martino, de, Botschaftsrat bei der ital. Botschaft in Konstantinopel (1904, 1906).

XXII, S. 165. 167. 168. 169. 335. 341. 345. 357.

Martino, Eduardo de, ital. Marinemaler. XIX, S. 299A.

Marum, Erster Dragoman bei der Gesandtschaft in Tanger (1905).

XX, S. 249. 255. 315. 392. 570.

XXIV, S. 407.

Marx, Kaufmann in Mogador (1907).

XXIV, S. 233.

Mata, Befehlshaber der span. Landungstruppen in Tanger 1906/07.

XXI, S. 636.

Mattioli Pasqualini, Botschaftsrat bei der ital. Botschaft in Berlin (1904).

XXII, S. 175.

Mauchamp, franz. Arzt in Marrakesch (1907).

XXI, S. 573. 649A. 650. 650A. 651. 652. 653. 668. 672. 676.

XXIV, S. 225.

Maud, Prinzessin von Dänemark, Gemahlin des Prinzen Karl, nachmal. Königs Haakon VII. von Norwegen, geb. Prinzessin von Großbritannien.

XIX, S. 461A.

XXIII, S. 404A. 412A.

Ma-ul-Ainin, marokk. Scheich (1907).

XXI, S. 651.

Maur, von, Vizekonsul in Mogador (1907).

XXIV, S. 233.

Maura, span. Ministerpräsident 1907/09.

XXIV, S. 237.

Max Müller, William Grenfell, Erster Sekretär bei der engl. Gesandtschaft in Christiania 1907/08.

XXIII, S. 455. 457. 458. 459.

Maxse, Herausgeber der „National Review“ (1905, 1906).

XIX, S. 640.

XXI, S. 429.

May, Sir William Henry, engl. Vizeadmiral, Kommandant der Atlantischen Flotte 1905/06.

XIX, S. 479. 516.

Mayor des Planches, ital. Botschafter in Washington 1901/10.

XX, S. 324. 324A.

Mazza, Conte, ital. Gesandter in Teheran 1907/08.

XXV, S. 154.

Mazzini, Guiseppe, ital. Revolutionär, Anhänger Garibaldis.

XX, S. 84.

Mecklenburg-Schwerin, s. Cäcilie, Maria Pawlowna.

Mecklenburg-Strelitz, s. Augusta Karoline, Helene.

Mehemedess, Rechtsbeistand im türk. Finanzministerium (1907).

XXII, S. 409.

Melegari, ital. Botschafter in Petersburg 1905/13.

XXIII, S. 200.

XXV, S. 309.

Melhame Pascha, Redschi, Unterstaatssekretär im türk. Ministerium für Öffentliche Arbeiten und Handel (1908).

XXV, S. 573.

Melhame Pascha, Selim, Nasir für Wälder, Bergwerke und Ackerbau in der türk. Hauptverwaltung der indirekten Steuern (1908).

XXII, S. 291. 292. 454. 473.

XXV, S. 573.

Méline, franz. Ministerpräsident und Ackerbauminister 1896/98.

XX, S. 49.

Memduh Pascha, Mehemed, türk. Minister des Innern (1905, 1906, 1908).

XXII, S. 381.

XXV, S. 192. 558.

Mendelssohn, Robert von, Chef des Bankhauses Mendelssohn und Co. in Berlin.

XIX, S. 387. 388. 427A. 446. 446A. 447.

XX, S. 562. 565. 588.

XXI, S. 115. 132. 133. 145. 275. 275A. 314A. 654.

Mendelssohn-Bartholdy, Ernst von, Chef des Bankhauses Mendelssohn und Co. in Berlin.

XXV, S. 165.

Menebbi, Mehedi el, ehemal. marokk. Kriegsminister (1901, 1904, 1905, 1908).
 XX, S. 32. 32A. 223. 226. 287.
 XXIV, S. 382. 386. 389. 397. 406. 407. 407A. 409. 417. 444. 451.
 Menelik II., Negus von Abessinien 1889 bis 1904.
 XXI, S. 377.
 Mensdorff-Pouilly - Dietrichstein, Albert Graf, Erster Sekretär bei der österr.-ung. Botschaft in London (1904), Botschafter in London 1904/14.
 XIX, S. 135. 191. 203. 233. 243. 244. 374. 375. 375A. 395. 521. 665. 666.
 XX, S. 4. 93. 658.
 XXI, S. 456A.
 XXII, S. 25. 107. 155A. 288. 380. 386. 387. 412. 413. 482.
 XXIII, S. 151. 210. 220. 224. 225. 233.
 XXIV, S. 13. 14. 65.
 XXV, S. 31. 35. 207. 296A. 304. 305. 313. 314. 325. 521. 541. 542. 543. 544. 545. 594. 595.
 Mentschikow, russ. Publizist.
 XXV, S. 485.
 Mentzingen, Freiherr von, Gesandter in Tanger 1899/1904.
 XX, S. 197. 198. 200. 201. 202. 205. 209A. 214. 223. 224. 226. 227A. 228. 229. 232. 374.
 Mercier de Lostende, franz. Fregattenkapitän, Marineattaché in London (1906).
 XXI, S. 49A.
 Mérey von Kapos-Mére, Erster Sektionschef im österr.-ung. Ministerium des Äußern (1904, 1906, 1907), Erster Delegierter auf der Zweiten Haager Friedenskonferenz 1907.
 XXI, S. 269.
 XXII, S. 106. 107. 129. 156. 157. 191. 192. 228. 243. 244. 245. 246. 307. 406.
 XXIII, S. 108. 108A. 133. 134. 143. 219. 220. 220A. 243. 280. 285. 290. 291. 292. 293. 294. 295. 302. 304. 305. 309. 312. 324. 325. 325A. 326. 327. 328. 339. 346.
 Merry del Val, Alfonso, span. Gesandter in Tanger 1908/11.
 XXIV, S. 434. 437. 455.
 Merry del Val, Raffaele, Kardinal, päpstl. Staatssekretär 1903/14.
 XX, S. 49.

Meschtschersky, Fürst, russ. Journalist, Herausgeber des „Grashdanin“.
 XIX, S. 386.
 Metternich, Paul Graf von Wolff-, Botschafter in London 1901/12.
 XIX, S. 35. 45. 49. 135. 194A. 203. 205. 212. 214. 222. 230A. 235. 241. 249A. 252. 281A. 294. 296. 299A. 321. 321A. 331A. 359A. 360A. 364A. 366. 372. 374A. 375A. 377A. 477. 478. 478A. 479. 479A. 494. 517. 517A. 531. 532. 533A. 566A. 603A. 658. 665. 666. 673A.
 XX, S. 29A. 136. 137A. 146. 148A. 149. 150. 153. 154. 157. 158. 161A. 163A. 164. 165. 203. 225. 228. 231. 268A. 494A. 605A. 630A. 634A. 641A. 642A. 649. 657. 662. 666. 667. 668. 679. 681. 683A. 684A. 696.
 XXI, S. 48A. 49A. 62A. 63A. 64. 79A. 96. 98. 103. 103A. 106. 106A. 108A. 109. 110. 110A. 111. 164A. 179A. 248. 274. 284A. 423A. 432. 433. 434. 435. 437. 444A. 449. 453. 461A. 465A. 467. 480A. 507A. 511. 512A. 514A. 531A. 532A.
 XXII, S. 185A. 247. 247A. 287. 296. 301. 377A. 430. 438. 447. 507A. 519. 520.
 XXIII, S. 5A. 7A. 10A. 50A. 76. 79. 80. 116. 116A. 117A. 120. 121. 166A. 172. 177. 213. 243A. 260A. 265A. 269A. 273A. 303A. 342. 342A. 344A. 367. 368. 369. 370. 372A. 378A. 380A. 439A. 475. 476. 478A. 491. 499. 500. 501. 503A. 506A. 509A.
 XXIV, S. 15. 17A. 22. 32A. 39. 40. 40A. 42. 46. 47A. 64A. 68A. 82A. 85A. 87A. 96. 103. 104. 105A. 116. 119A. 120A. 123. 124A. 138. 138A. 150. 158. 187. 188A. 189A. 201. 201A. 202. 388. 404A.
 XXV, S. 3A. 6. 12A. 21A. 32A. 35. 47A. 110. 200. 203. 207. 253. 253A. 256. 262. 275A. 324A. 372A. 466. 475. 479. 498A. 502A. 503. 503A. 504. 505. 506. 507. 508. 509. 536. 541A. 607A.

Mévil, André, franz. Journalist (1908).
XXIV, S. 43. 170A.

Meyer, G. von Lengerke, amerik. Botschafter in Rom 1901/05, in Petersburg 1905/07.

XIX, S. 422. 424. 425. 425A. 426. 460. 460A. 466. 568. 608. 608A. 609. 610. 614. 620. 622. 623. 623A. 628A.

XXIII, S. 109.

Michael Alexandrowitsch, Großfürst von Rußland, Bruder Kaiser Nikolaus' II., Thronfolger von Rußland 1899/1904.

XIX, S. 200. 201. 417. 419. 419A. 425A. 451. 456. 462. 464. 472. 505.

XXV, S. 449.

Michelson, russ. Oberst, Militärattaché in Berlin (1908), technischer Delegierter auf der Zweiten Haager Friedenskonferenz 1907.

XXIII, S. 270.

XXV, S. 456. 456A. 457.

Midhat Pascha, türk. Großwesir 1876/77.
XXV, S. 586A.

Militschewitsch, serb. Gesandter in London 1906/08.

XXV, S. 305. 324.

Militza Nikolajewna, Großfürstin von Rußland, Gemahlin des Großfürsten Peter Nikolajewitsch, geb. Prinzessin von Montenegro.

XIX, S. 510.

Miljukow, Professor, Führer der russ. Kadettenpartei.

XIX, S. 660.

XXV, S. 449.

Millerand, franz. Deputierter.

XX, S. 49. 116. 116A.

XXI, S. 534. 560.

Millet, René, franz. Gesandter in Stockholm 1894/1900, Botschafter z. D. (1904).

XX, S. 173. 177.

XXI, S. 560. 563.

Millevoje, Lucien, franz. Deputierter (1905).

XX, S. 668A.

Minghetti, Laura, Witwe des ital. Ministerpräsidenten.

XIX, S. 518.

XX, S. 99.

Minto, Earl of, Vizekönig von Indien 1905/10.

XXI, S. 487.

Miquel, von, Zweiter Sekretär bei der Botschaft in Paris (1905), Erster Sekretär bei der Botschaft in Petersburg 1905/08.

XX, S. 389.

XXI, S. 253A.

XXIII, S. 236. 236A. 474. 484. 499A.

XXV, S. 48A. 57. 119A. 187A. 528.

Mirabello, ital. Konteradmiral, Marineminister in den Kabinetten Giolitti, Fortis, Sonnino und Giolitti 1903/09.

XX, S. 53.

XXI, S. 391.

XXIV, S. 103.

Mirbach, Camilla Freifrau von, Gemahlin des Freiherrn Ernst von M. (s. den Folgenden).

XX, S. 696.

Mirbach, Ernst Freiherr von, Oberhofmeister der Kaiserin Auguste Viktoria (1904).

XIX, S. 216. 216A. 217.

XX, S. 696.

Mirbach-Harff, Graf von, Botschaftsrat bei der Botschaft in Petersburg 1908/11.

XXIV, S. 464.

Mirko, Prinz von Montenegro, Sohn des Fürsten Nikolaus I.

XXV, S. 390.

Mirsky, Fürst, s. Swiatopolk-Mirsky.

Mogador, s. Bargasch.

Mohammed Ali Mirza, Schah von Persien 1907/09 (s. auch Mohammed Ali Mirza, Thronfolger).

XXV, S. 148. 148A. 151. 152. 153. 155. 156. 157. 160. 163. 164. 165. 167. 170. 172. 475A.

Mohammed Ali Mirza, pers. Prinz, Thronfolger (1906).

XXV, S. 121.

Mohl, von, Vertreter bei der ägypt. Staatsschuldenverwaltung (1904).

XX, S. 134.

Mokri, Hadji Mohammed El-, marokk. Politiker (1905), Delegierter auf der Konferenz von Algeciras 1906.

XX, S. 248. 250.

XXI, S. 121. 204. 263. 279. 327. 332. 602. 611. 622. 629. 630. 631. 633. 635. 651. 652. 653.

XXIV, S. 232.

- Moltke, Friedrich von, Oberpräsident von Ostpreußen 1903/07.
 XIX, S. 307A. 310.
- Moltke, Hellmuth Graf von, preuß. Generalfeldmarschall, Chef des Generalstabs der Armee 1858/88.
 XIX, S. 252.
 XXI, S. 16. 16A. 460A.
- Moltke, Hellmuth von, preuß. Generalleutnant und Generaladjutant, Generalquartiermeister (1905), Chef des Generalstabs der Armee 1906/14.
 XIX, S. 459A. 479. 482. 484. 485. 488. 490.
 XXI, S. 73. 79A. 399. 399A. 401. 407A. 408. 409. 460A. 490.
 XXIII, S. 72. 424A. 425A. 467.
 XXV, S. 487. 490A.
- Moltke, Kuno Graf von, preuß. Generalmajor, Kommandeur der 11. Kavalleriebrigade (1905), Kommandant von Berlin (1906, 1907).
 XIX, S. 316.
 XX, S. 118A.
 XXI, S. 194.
 XXIV, S. 17A.
- Monaco, s. Albert.
- Monastir, s. Hifzi.
- Monkswell, Baron Robert Collier, Unterstaatssekretär im engl. Kriegsamt 1895.
 XX, S. 680.
- Monson, Sir Edmund, engl. Botschafter in Paris 1896/1905.
 XIX, S. 61.
 XX, S. 8.
- Montagu, Victor Alexander, engl. Admiral.
 XXIV, S. 148. 149A.
- Montebello, Comte de, franz. Botschafter in Petersburg 1891/1903.
 XXI, S. 253A.
- Montenegro, s. Danilo Alexander, Helene, Militza Nikolajewna, Mirko, Nikolaus I.
- Montero Rios, span. Ministerpräsident 1905.
 XX, S. 453A. 472.
 XXI, S. 250.
- Monts, Graf, Botschafter in Rom 1902 bis 1909.
 XIX, S. 26. 31. 131. 142.
 XX, S. 37A. 38. 39A. 46. 51A. 67. 68. 71A. 75A. 78A. 82. 94.
- 94A. 97A. 115. 116A. 307. 315. 324A. 362A. 364. 368. 368A. 391A. 399A. 404A. 415A. 424A.
- XXI, S. 59. 128. 169. 216A. 224. 225. 248A. 274. 358A. 364A. 374A. 375. 408. 409. 412.
- XXII, S. 301. 507A. 516A.
- XXIII, S. 89A. 134. 134A. 139. 205.
- XXV, S. 310. 365. 367A. 372A. 536.
- Montuori, ital. Oberstleutnant, Militärattaché in Berlin (1907).
 XXI, S. 419.
- Morceau, franz. Publizist.
 XXI, S. 594A.
- Moreau, Kabinettschef des franz. Ministerpräsidenten (1905).
 XX, S. 402. 408. 512. 542. 543.
 XXI, S. 18.
- Morenga, Hottentottenhäuptling (1907).
 XXIV, S. 12. 12A.
- Moret, span. Ministerpräsident 1905/06.
 XXI, S. 191. 249. 250A.
- Morgan, John Pierpont, amerik. Finanzier.
 XXII, S. 223.
- Morgan, Walter Vaughan, Lord Mayor von London 1905/06.
 XX, S. 679.
 XXI, S. 431.
- Morin, ital. Vizeadmiral, Minister des Äußern im Kabinett Zanardelli 1903.
 XX, S. 55.
- Morley, John (Lord), Mitglied des engl. Unterhauses, Sekretär für Indien in den Kabinetten Campbell-Bannerman und Asquith 1905/10, Lord-Präsident des GeheimenRats im Kabinett Asquith 1910/14.
 XX, S. 673.
 XXI, S. 466. 475. 481.
 XXV, S. 239. 240. 242. 264. 265. 266. 267. 268. 270.
- Morre, Auge, franz. Journalist.
 XX, S. 312.
- Morrison, George Ernest, Korrespondent der „Times“ in Peking (1904).
 XIX, S. 652. 652A. 653. 654.
- Mosemann, Postdirektor in Marokko (1907).
 XXI, S. 676.
- Motono Itschiro, japan. Gesandter in Paris 1902/06, Gesandter und

Botschafter in Petersburg 1906 bis 1916.
 XIX, S. 383.
 XXV, S. 28A. 30. 62.
 Mo y, Graf von, bayr. Gesandter in Petersburg 1906/09.
 XXV, S. 336.
 Moyssset, Henri, franz. Schriftsteller.
 XXI, S. 584. 585.
 Msoti, marokk. Würdenträger.
 XXIV, S. 249.
 Mtuggi, marokk. Würdenträger.
 XXIV, S. 249.
 Muas, Hmed bel, marokk. Würdenträger.
 XXIV, S. 445.
 Mubarek-es Sabah, Scheich von Kueit (1904, 1905).
 XXII, S. 164.
 XXV, S. 193.
 Muchbir es Saltaneh, pers. Justizminister (1908).
 XXV, S. 163.
 Muchtar Pascha, Mahmed, türk. Marschall, Kommandant des Gardekorps (1908).
 XXV, S. 615.
 Mühlberg, von, Vortragender Rat im A. A. 1885/1900, Unterstaatssekretär 1900/07.
 XIX, S. 4A. 276. 453.
 XX, S. 224. 225A. 271. 309. 311. 333. 334. 337.
 XXI, S. 28. 513A. 514A. 571A. 582. 680A.
 XXII, S. 41. 41A. 176. 453A.
 XXIII, S. 84A. 101. 102.
 XXV, S. 120A.
 Müller, Arnim, schweiz. Oberst, Generalinspektor der marokk. Polizei (1907).
 XXI, S. 667.
 XXIV, S. 318. 318A.
 Müller, Georg Alexander von, Admiral, Chef des Marinekabinetts 1906/18.
 XXIII, S. 381A.
 XXIV, S. 32A. 99A.
 Müller, von, Gesandter in Stockholm 1905/07, Gesandter im Haag 1908 bis 1915.
 XXIII, S. 410.
 XXIV, S. 175A. 180A. 181. 198. 198A.
 Müller von Roghoy, österr.-ung. Generalkonsul, Zivilkommissar für Mazedonien (1904/08).
 XIX, S. 138.

XXII, S. 150. 151. 154. 155. 172. 175. 175A. 176. 177. 220. 284. 295. 298. 309. 314. 317. 484. 484A. 522.
 Müller von Szentgyörgy, Erster Sektionschef im österr.-ung. Ministerium des Äußern (1908, 1909).
 XXIV, S. 133. 134. 135.
 XXV, S. 380. 381.
 Münster, Georg Graf zu (Fürst Münster zu Derneburg), Botschafter in Paris 1885/1900.
 XX, S. 106A. 358. 367.
 Mulai Abd-el Malek, Großonkel des Sultans Abdul Asis von Marokko (1905).
 XX, S. 272. 273. 274. 275. 276. 286. 307. 316. 321.
 XXIV, S. 296.
 Mulay Abdul Hafid, Sultan von Marokko 1908/12.
 XXIV, S. 62. 62A. 65. 69. 167A. 172. 222. 222A. 233. 235. 237. 239. 244A. 245. 248. 249. 250. 251. 251A. 253. 254. 255. 258. 259. 260. 261. 262. 262A. 263. 264. 265. 266. 267. 273. 274. 274A. 279. 281. 282. 283. 283A. 284. 285. 285A. 286. 288. 289. 291. 292. 294. 295. 296. 297A. 298. 299. 301. 303. 305. 308. 309. 310. 311. 313. 315. 318. 324A. 326. 377. 378. 378A. 379. 380. 381. 382. 383. 384. 384A. 385. 386. 387. 388. 389. 390. 391. 392. 393. 394. 395. 396. 397. 398. 398A. 399. 400. 401. 403. 405. 406. 407. 407A. 408. 409. 409A. 410. 411. 412. 413. 414. 415. 417. 419. 420A. 422. 424. 425. 426. 427. 428. 429. 430. 431. 432. 433. 436. 437. 439. 440. 442. 443. 444. 445. 446. 447. 448. 449. 450. 451. 452. 453. 454. 455. 456. 456A. 457. 458. 458A. 461. 469. 470. 472. 473. 474. 475. 476. 481. 483. 484. 485. 496. 497.
 Mulay Dris, marokk. Scherif (1907).
 XXI, S. 651.
 Mulay Emin, marokk. Würdenträger (1907).
 XXIV, S. 216. 217. 225. 226.

Mulay Mohammed, ältester Bruder des Sultans Mulay Hafid von Marokko (1908).
 XXIV, S. 442.
 Mulay Mohammed, Sultan von Marokko 1859/73.
 XXIV, S. 293.
 Muley Hassan, Sultan von Marokko 1873/94.
 XXI, S. 13.
 XXIV, S. 444.
 Mumm von Schwarzenstein (seit 27. Januar 1903 Freiherr), Gesandter in Peking 1900/06, Botschafter in Tokio 1906/11.
 XIX, S. 97. 98. 100. 102. 103. 104. 108. 110. 112. 113. 531. 532. 533. 554. 652. 652 A. 653.
 XXV, S. 55 A. 63 A. 75.
 Muni, Marquis del, s. Castillo.
 Munir Pascha, türk. Botschafter in Paris 1895/1908.
 XXV, S. 234. 251. 251 A. 252. 287. 288.
 Murat, Joachim Prince.
 XX, S. 642.
 Murawiew, Michael Graf, russ. Minister des Äußern 1897/1900.
 XXII, S. 64.
 XXIII, S. 163. 306.
 XXV, S. 622.
 Murawiew, N. V., russ. Botschafter in Rom 1905/09.
 XXII, S. 458.
 XXIII, S. 105.
 XXV, S. 11 A. 327.
 Murawiew - Apostol - Korobjin, Erster Sekretär bei der russ. Botschaft in Berlin (1908), Generalkonsul in Budapest (1908).
 XXV, S. 327. 349 A.
 Musurus Pascha, türk. Botschafter in London 1903/08.
 XXII, S. 346. 348.
 XXV, S. 217.
 Mutius, von, preuß. Hauptmann, Militärattaché in Paris (1905).
 XX, S. 695.
 Mutsuhito, Kaiser von Japan 1867 bis 1912.
 XIX, S. 28. 210. 211. 212. 407. 411. 412.
 XX, S. 98 A.
 Muzaffer ed-din, Schah von Persien 1896/1907.

XIX, S. 647.
 XX, S. 44. 47.
 XXV, S. 104. 106. 107. 108. 110 A. 111. 112. 113. 116. 121. 121 A. 148 A.
 Nansen, Fritjof, norweg. Gesandter in London 1906/08.
 XXIII, S. 407. 408. 437. 439. 441.
 Napier, Henry Dundas, engl. Oberstleutnant, Militärattaché in Petersburg 1903/07.
 XIX, S. 236.
 Napoleon III., Kaiser der Franzosen 1852/71.
 XX, S. 84.
 XXI, S. 21. 193.
 XXII, S. 273.
 Nasim Pascha, Wali von Bagdad (1908).
 XXV, S. 563.
 Nassir el Mülk, pers. Ministerpräsident und Finanzminister 1907.
 XXV, S. 148. 156 A.
 Natschewitsch, bulg. diplom. Agent in Konstantinopel 1903/06.
 XIX, S. 127. 128. 135. 136. 137. 147. 151. 153. 154. 156. 158.
 XXII, S. 152. 157.
 Na-tung, Präsident des chines. Waiwupu (1908).
 XXV, S. 98.
 Naum Pascha, Staatssekretär im türk. Ministerium des Äußern (1907).
 XXII, S. 475.
 Nedim Bey, Mahmud, türk. Botschafter in Wien 1896/1908.
 XXII, S. 109. 156. 228. 414. 424.
 Négrier, Francois Oscar de, franz. Divisionsgeneral a. D. (1905).
 XX, S. 427.
 XXI, S. 61. 206.
 Nekljudow, russ. Botschaftsrat in Paris (1905, 1906).
 XIX, S. 512 A.
 XXI, S. 529.
 Nelidow, russ. Botschafter in Konstantinopel 1883/97, in Paris 1903/10, Erster Delegierter und Präsident auf der Zweiten Haager Friedenskonferenz 1907.
 XIX, S. 111. 112. 112 A. 323. 505. 506. 509. 513 A. 520.
 XX, S. 21. 317. 330. 616.
 XXI, S. 291. 296. 314. 314 A. 315. 316. 317. 318. 319. 320.

XXII, S. 23A. 64. 333. 458.
 XXIII, S. 132. 210. 227. 228. 229. 238.
 239. 240. 243. 246. 248. 249.
 251. 252. 253. 269. 270. 271.
 290. 303. 304. 305. 306. 307.
 308. 310. 311. 311A. 312.
 312A. 313. 315. 316. 317. 318.
 334. 335. 336. 337. 346.
 Nelidow, Madame, Gemahlin des russ.
 Botschafters in Paris.
 XIX, S. 112.
 Nerazzini, ital. Gesandter in Tanger 1906
 bis 1910.
 XXIV, S. 316.
 Nesdschim Bey, Sekretär des General-
 inspektors für Mazedonien Hilmi
 Pascha (1908).
 XXV, S. 563.
 Neudörfer, Vizekonsul in Rabat (1907).
 XXIV, S. 251. 253. 256. 260. 262A.
 295. 481.
 Neumann, deutscher Staatsangehöriger
 in Marokko.
 XX, S. 222.
 Neuville, franz. Konsultsverweser in
 Casablanca (1907).
 XXIV, S. 216. 229.
 Newnes, Sir George, Eigentümer der
 „Westminister Gazette“ (1905).
 XX, S. 680.
 Newton, Baron, Mitglied des engl. Ober-
 hauses (1904).
 XXII, S. 154A.
 Niasi Bey, türk. Oberstleutnant (1908).
 XXV, S. 559. 560. 561. 562. 616. 617.
 Nicolson, Sir Arthur, engl. Gesandter
 in Tanger 1895/1904, Botschafter
 in Madrid 1905/06, Delegierter
 auf der Konferenz von Algieras
 1906, Botschafter in Petersburg
 1906/10.
 XX, S. 33. 242.
 XXI, S. 51. 56. 60. 99. 107. 113. 122.
 128. 151. 153. 166. 204. 205.
 233. 234A. 257. 258. 261. 263.
 268. 269. 271. 273. 276. 278.
 280. 296. 296A. 298. 304. 321.
 324. 324A. 327. 336. 338A.
 346. 347. 348. 385. 508.
 XXII, S. 33. 50. 511.
 XXIII, S. 161. 177. 253.
 XXV, S. 27. 29A. 30. 31. 34. 35. 36.
 37. 38. 42. 49. 50. 235. 326.
 332. 333. 334. 336. 347. 391.
 411. 418. 449. 452.

Niederlande s. Wilhelmina.
 Niedermüller, von, russ. Konter-
 admiral, Chef des Generalstabs
 der Marine (1907).
 XXII, S. 57.
 Nier, Konsularagent in Marrakesch
 (1907).
 XXI, S. 650.
 Nigra, Conte, ital. Botschafter in Wien
 1885/1904.
 XXI, S. 36. 288.
 Nikolaus I. (Nikita), Fürst von Monte-
 negro 1860/1919.
 XIX, S. 142. 510.
 XXI, S. 463A.
 Nikolaus II., Kaiser von Rußland 1894
 bis 1917.
 XIX, S. 4A. 7. 8A. 11. 12. 15. 16. 16A.
 20. 23. 24. 25. 26. 28. 29. 30.
 31. 32. 33. 34. 43. 44. 45. 50.
 52A. 53. 54. 62. 62A. 63. 67.
 67A. 70. 71. 73. 73A. 75. 77.
 77A. 82. 84. 84A. 85. 87. 88.
 88A. 89. 90A. 111. 132. 144.
 166. 166A. 167. 168. 169. 172.
 182A. 184. 187. 187A. 188.
 198. 199. 200. 201. 202. 206A.
 207. 213. 215. 216. 216A. 217.
 231A. 232A. 235. 242A. 249A.
 252. 257A. 259A. 264. 265.
 268. 271. 272. 273. 274. 275.
 281A. 287. 288A. 289. 289A.
 290. 294. 295. 296. 303A. 304A.
 305. 306. 307A. 308. 309. 309A.
 311. 311A. 312. 316. 317. 318.
 319. 319A. 320. 320A. 322A.
 326. 327. 328. 328A. 329. 330.
 334. 337. 339. 341. 344. 345.
 346. 347. 347A. 349. 354A.
 370. 371. 375. 384. 387. 388.
 389. 390. 390A. 393A. 400.
 403. 404A. 411. 411A. 412.
 416. 417. 417A. 418. 419A.
 424. 425. 425A. 426. 427. 427A.
 428. 429. 429A. 431A. 435.
 435A. 436. 437. 438. 439. 439A.
 440. 440A. 441. 442. 443. 443A.
 444. 445. 446. 446A. 447. 448.
 449. 450. 451. 452. 453. 454.
 455. 456. 456A. 457. 458. 458A.
 459. 460. 460A. 461. 462. 463.
 464. 465. 466. 467. 468. 469.
 470. 470A. 471. 472. 473. 473A.
 474. 476. 477. 478A. 480. 481.
 482. 483. 484. 485. 486. 487.

488. 489. 490. 493. 493A. 494.
496. 497. 498. 499. 500. 501.
502. 503. 503A. 505. 505A.
507. 509. 510. 511. 511A. 512A.
513A. 515. 518A. 520. 521.
524. 525. 527A. 528A. 537.
549. 576. 584. 586. 587. 588.
592. 602. 607. 608. 608A. 609.
611. 612. 613. 614. 614A. 620.
621. 621A. 622. 623. 623A.
624. 625. 625A. 627. 629A.
630A. 637. 660. 668. 672. 673.
673A.
- XX, S. 39. 109. 112. 529. 645. 649A.
650.
- XXI, S. 125. 125A. 127. 157. 179.
200. 212. 253. 253A. 254. 256.
314. 318. 319. 361. 448. 450.
451. 451A. 452. 456. 589A.
- XXII, S. 3. 4. 5. 5A. 6. 7. 12. 13. 16.
17. 23. 23A. 26. 27. 28. 29. 30.
31A. 32. 35. 38. 39. 41. 43. 46.
47. 48. 49. 54. 56. 61. 62. 64.
65. 66. 67. 67A. 69. 71. 72. 73.
134. 135. 182. 286. 366A. 419A.
521.
- XXIII, S. 58. 63. 64. 65. 72. 109. 109A.
117. 118. 120. 121. 123. 128.
129. 133. 135. 137. 139. 141.
142. 149. 151. 152. 153. 156.
157. 158. 159. 160. 161. 161A.
162. 163. 166. 176. 177. 187.
193. 196. 197. 201. 204. 205.
248. 250. 251. 252. 280. 306.
417. 452. 458. 463A. 464. 470.
485. 534.
- XXIV, S. 60. 60A. 62. 74. 91. 121. 150.
205.
- XXV, S. 3A. 5. 6. 6A. 7. 10. 15. 16.
17. 18. 21. 22. 27. 28. 37. 37A.
38. 39. 49. 58. 62. 62A. 88.
144. 309. 322. 323. 331A. 334.
338. 341. 344. 352. 354. 356.
359. 366. 375. 375A. 376. 377.
378. 379. 379A. 441. 444. 445.
448. 450. 451. 452. 454. 455.
456. 462. 465. 468. 469. 474.
491. 492. 492A. 493. 498. 500.
526. 527. 597.
- Nikolaus Michailowitsch, Großfürst
von Rußland.
- XXV, S. 336. 455. 465.
- Nikolaus Nikolajewitsch, Großfürst
von Rußland, Neffe Alexan-
ders II.
- XIX, S. 527.
- XXV, S. 357.
- Nisam es Saltaneh, Vizegouverneur
der pers. Provinz Aserbaidshan
(1906).
- XXV, S. 110A. 112. 113.
- Nisami Pascha, Osman, türk. Bot-
schafter in Berlin 1908/13.
- XXV, S. 610. 610A.
- Noailles, Marquis de, franz. Botschafter
in Berlin 1896/1902.
- XX, S. 395.
- Nordhausen, Richard, Publizist.
- XX, S. 669.
- Norwegen, s. Haakon VII., Maud.
- Nowakowitsch, Stojan, serb. Ge-
sandter in Petersburg 1901/05.
- XIX, S. 129.
- Nowikow, Frau Olga von, geb. Kirigew,
russ. Journalistin in Petersburg
und in England.
- XIX, S. 672.
- O'Beirne, Hugh James, Botschaftsrat
bei der engl. Botschaft in Peters-
burg (1907, 1908).
- XXV, S. 146. 520.
- Oberndorff, Graf von, Botschaftsrat
bei der Botschaft in Madrid 1907
bis 1910.
- XXIV, S. 384. 384A. 387. 393.
- O'Connor, Lady, Gemahlin des engl. Bot-
schaffers in Konstantinopel (s.
den Folgenden).
- XXV, S. 219.
- O'Connor, Sir Nicholas, engl. Botschafter
in Konstantinopel 1898/1908.
S. 126. 127. 134. 214. 231.
- XIX, S. 393. 482. 515. 519.
- XXI, S. 55. 86. 90. 108. 111. 114.
- XXII, 122. 132. 142. 145. 150. 152.
154. 157. 160. 162. 163. 164.
168. 172. 179. 185. 185A. 216.
236. 246. 249. 251. 253. 254.
255. 256. 256A. 260. 261. 262.
263. 264. 268. 271. 273. 274.
275. 276. 277. 278. 280. 285.
286. 287. 288. 290A. 312. 316A.
317. 319. 320. 321. 323. 324.
330. 331. 333. 335. 336. 337.
341. 343. 345. 346. 347. 348.
350. 351. 352. 353. 354. 355.
358. 364. 365. 367. 368. 369.
370. 371. 372. 373. 375. 376.
388. 388A. 391. 392. 393. 394.

395. 396. 397. 398. 399. 400.
408A. 424. 430. 431. 432. 434.
437. 438. 439. 440. 441. 442.
443. 444. 445. 446. 447. 449.
454. 455. 458. 459. 462. 463.
463A. 472. 473. 474. 477. 480.
500. 501. 502. 508. 514. 515.
520.
- XXV, S. 178. 179. 180. 181. 182. 184.
185. 186. 188. 189. 190. 191.
192. 193. 194. 197. 219. 225.
246. 254. 255. 359. 359A. 601A.
624.
- Oeser, Rudolf, Redakteur der „Frankfurter Zeitung“, Mitglied d. preuß. Abgeordnetenhauses (1908).
- XXIV, S. 139. 140.
- Österreich, s. Franz Ferdinand, Franz Joseph I., Friedrich, Maria Christine, Sophie.
- Ojeda, de, Unterstaatssekretär im span. Staatsministerium (1905, 1906).
- XX, S. 420. 421.
- XXI, S. 145A. 189. 190. 191. 249. 250. 266. 267. 268. 566.
- Ojetti, ital. Journalist, Vertreter des „Giornale d'Italia“ in Paris (1902).
- XIX, S. 145.
- O'Laughlin, Callan, amerik. Journalist (1905).
- XIX, S. 571. 597.
- Oldenburg, s. August, Olga Alexandrowna, Peter, Sophie Charlotte.
- Olga, Königin von Griechenland, Gemahlin Georgs I., geb. Großfürstin von Rußland.
- XXV, S. 449.
- Olga Alexandrowna, Großfürstin von Rußland, Gemahlin des Herzogs Peter von Oldenburg.
- XXV, S. 449.
- Olga Nikolajewna, Großfürstin von Rußland, älteste Tochter Kaiser Nikolaus' II.
- XXV, S. 449.
- Omar, Sid Aissa ben, marokk. Minister des Äußern (1908).
- XXIV, S. 261. 265.
- Orléans, s. Marie.
- Orsini Baroni, Botschaftsrat bei der ital. Botschaft in Berlin (1908).
- XXV, S. 582.
- Oskar II., König von Schweden 1872 bis 1907.
- XIX, S. 454A. 455. 461.
- XX, S. 132. 654.
- XXIII, S. 7A. 8. 407. 450.
- Osman Pascha, Müschir, türk. Offizier, Kommandant in Monastir (1908).
- XXV, S. 561.
- Osten-Sacken, Graf von der, russ. Botschafter in Berlin 1895/1912.
- XIX, S. 4. 5. 10. 11. 12. 22. 23. 25. 26. 26A. 68A. 243. 295. 296. 303A. 413. 416. 484. 499. 501. 554. 666.
- XX, S. 386.
- XXI, S. 313. 314. 315. 317. 586. 589. 591. 617. 618.
- XXII, S. 43. 60. 146. 239. 241. 295A. 310. 456. 496. 499. 519A.
- XXIII, S. 57. 58. 74A. 82. 112. 113. 114. 198A. 305. 308. 308A. 408. 409. 411. 414. 416. 435. 442.
- XXIV, S. 169. 176.
- XXV, S. 155. 156. 296A. 302. 310. 311. 339. 346. 351. 359. 370A. 406. 444. 444A. 448. 456. 464. 464A. 465. 466A. 483. 525.
- Osten-Sacken, Gräfin von der, Gemahlin des russ. Botschafters in Berlin.
- XXV, S. 464.
- Ostertag, Roland, preuß. Hauptmann, Militärattaché in London (1907).
- XXI, S. 489. 491. 494A.
- Otto, Erster Dragoman bei der österr.-ung. Botschaft in Konstantinopel (1904, 1905), Botschaftsrat in Konstantinopel (1907).
- XXII, S. 188. 265. 442. 455. 508.
- Oyama, japan. Feldmarschall, früherer Chef des Generalstabs (1905).
- XIX, S. 411.
- Paasche, Hermann, zweiter Vizepräsident des Reichstags (1905).
- XIX, S. 376. 376A.
- Padel, Zweiter Dragoman bei der Botschaft in Konstantinopel (1905, 1907).
- XXII, S. 236A. 393A.
- Paget, Sir Ralph Spencer, engl. Gesandter in Bangkok 1904/09.
- XXI, S. 483.
- Pahlen, Graf Peter, ehemal. russ. Diplomat.
- XXIII, S. 477.

- Paléologue, Maurice, Unterdirektor im
franz. Ministerium des Äußern
(1905).
XX, S. 344A.
- Palicyn, russ. Generalleutnant, Chef
des Generalstabs (1906, 1907).
XXI, S. 320. 320A.
XXII, S. 76A.
XXV, S. 48.
- Pallain, Georges, Gouverneur der Ban-
que de France (1904, 1905).
XIX, S. 208.
XX, S. 330. 331. 401.
XXI, S. 603A. 634.
- Pallavicini, Markgraf von, österr.-ung.
Gesandter in Bukarest 1899/1906,
Botschafter in Konstantinopel
1906/18.
XXII, S. 85. 88. 91. 393. 396. 397.
400. 405. 407. 408. 408A. 409.
414. 434. 435. 436. 442. 444.
446. 448. 452. 455. 459. 463A.
464. 465. 469. 472. 477. 499. 502.
507. 508. 511.
XXV, S. 255. 290. 293. 294. 295. 295A.
296. 297A. 301. 351. 362. 366.
369. 373. 401. 435. 436. 510.
517. 526. 535. 537. 542. 544. 574.
- Panafieu, de, Botschaftsrat bei der
franz. Botschaft in Petersburg
(1907).
XXIII, S. 450. 453.
- Panitza, bulg. Bandenführer (1907).
XXII, S. 468A.
- Pansa, ital. Botschafter in London 1901
bis 1906, in Berlin 1907/13.
XX, S. 415. 416. 454.
XXI, S. 246. 247. 248. 393. 504. 583.
590.
XXII, S. 247A.
XXIII, S. 41. 200. 202. 203.
XXIV, S. 424.
XXV, S. 535. 598.
- Pariente, Moses, Inhaber der gleich-
namigen Firma in Tanger.
XX, S. 565. 588.
- Paschitsch, serb. Ministerpräsident 1906
bis 1908.
XXV, S. 371. 389.
- Pasetti, Marius Freiherr von, österr.-ung.
Botschafter in Rom 1895/1904.
XXII, S. 245.
- Paulis, von, russ. Fregattenkapitän,
Marineattaché in Berlin (1902).
XIX, S. 5. 5A. 7.
- Pelloux, ital. General, Ministerpräsident
1898/1900.
XX, S. 99.
XXI, S. 58.
- Percy, s. Scott.
- Perdicaris, amerik. Staatsangehöriger.
XX, S. 32. 32A. 184. 216. 259. 421.
- Perez Caballero y Ferrer, span.
Gesandter in Brüssel 1904/06,
Zweiter Delegierter auf der Kon-
ferenz von Algeciras 1906.
XXI, S. 245. 266. 271. 327.
- Persien, s. Ahmed Mirza, Dauleh, Mo-
hammed Ali, Mohammed Ali
Mirza, Muzaffer ed-din.
- Peter, Herzog von Oldenburg, russ.
Flügeladjutant.
XXV, S. 449.
- Peter I., König von Serbien 1903/21.
XIX, S. 123.
XX, S. 47.
XXII, S. 156A. 173.
- Petrow, bulg. Ministerpräsident 1903/06.
XIX, S. 119. 140. 151. 153. 160. 161.
- Philibert, franz. Konteradmiral (1907).
XXIV, S. 216. 247. 256. 266.
- Philippe, franz. Spiritist am russ. Hofe
(1904).
XIX, S. 200.
- Pichon, franz. Minister des Äußern in
den Kabinetten Clemenceau und
Briand 1906/11.
XXI, S. 545A. 547. 549. 550. 551.
552. 553. 554. 555. 557. 558.
564. 581. 581A. 582. 585. 589.
590. 591. 592. 597. 612. 613.
614. 615. 620. 620A. 621. 632.
633. 640. 641. 642. 642A. 643.
644. 645. 646. 647. 655. 664.
682. 682A
XXII, S. 38. 38A. 385. 386. 474. 478.
XXIII, S. 135. 209. 210. 211. 212. 228.
229. 509. 511. 512. 514. 515.
517. 536. 539.
- XXIV, S. 43. 59. 63. 68. 125. 215. 216.
217. 218. 219. 222. 223. 234.
241. 245. 246. 247. 251. 252.
257. 262. 263. 265. 266. 267A.
268. 269. 269A. 270. 271. 275.
279. 281. 284. 285. 287. 288.
289. 294. 297A. 298. 300. 302.
303. 310. 311. 312. 317. 320.
325. 331. 332. 341. 342. 346.
347. 348. 350. 351. 352. 353.
355. 356. 357. 358. 359. 360.

361. 362. 363. 365. 373. 380.
 382. 383. 384. 387. 390. 391.
 396. 397. 398. 399. 400. 402.
 433. 434. 437. 449. 465. 482.
 483. 484. 489. 491. 492.
 XXV, S. 128. 234. 234A. 252. 296A.
 316. 373. 516. 519.
 Picquart, franz. Kriegsminister im
 Kabinett Clemenceau 1906/09.
 XXI, S. 476A. 533. 549. 560. 562.
 XXIV, S. 245. 266.
 Piemont, s. Humbert.
 Pimienta, Korrespondent des „Temps“
 in Tanger (1908).
 XXIV, S. 303.
 Piper, Hauptmann, Vertreter des Wolff-
 schen Bureaus in London (1905).
 XIX, S. 662.
 Pius X., Papst 1903/14.
 XX, S. 47. 49. 49A. 82. 83. 84. 116.
 Plancon, Sekretär bei der russ. Friedens-
 delegation in Portsmouth 1905.
 XIX, S. 625.
 Plehwe, russ. Minister des Innern
 1902/04.
 XIX, S. 202. 202A. 238. 370. 387.
 XX, S. 22.
 Plener, Ernst Freiherr von, Mitglied
 des österr. Herrenhauses.
 XXIII, S. 326. 326A. 327. 331A.
 Pleß, Hans Heinrich XV. Prinz von.
 XIX, S. 191.
 Plunkett, Sir Francis Richard, engl.
 Botschafter in Wien 1900/05.
 XIX, S. 120.
 XXII, S. 220.
 Podewils-Dürniz, Freiherr von, bayr.
 Ministerpräsident und Minister
 des Äußern 1903/12.
 XXI, S. 595.
 Poincaré, Raymond, franz. Finanzmini-
 ster im Kabinett Sarrien 1906.
 XXI, S. 560.
 XXII, S. 66A.
 Poklewsky, Erster Sekretär bei der
 russ. Botschaft in London (1904,
 1905, 1907).
 XIX, S. 23. 24.
 XX, S. 693.
 XXI, S. 478.
 XXII, S. 39. 412.
 XXIII, S. 123. 124. 496. 500.
 XXIV, S. 58.
 XXV, S. 27. 28. 31. 37. 202. 211. 212.
 269. 443A.

Pokotilow, russ. Gesandter in Peking
 1905/08.
 XXV, S. 76.
 Poliwanow, russ. Generalleutnant, Ge-
 hilfe des Kriegsministers (1907).
 XXV, S. 49.
 Polo de Bernabe, span. Botschafter in
 Berlin 1906/19.
 XXI, S. 612. 616.
 XXIV, S. 390. 409A. 428. 431. 450.
 455. 491. 493.
 Pompilj, Guido, Unterstaatssekretär im
 ital. Ministerium des Äußern,
 Zweiter Delegierter auf der Zwei-
 ten Haager Friedenskonferenz
 1907.
 XXIII, S. 294.
 Porché, franz. Ingenieur in Marokko
 (1907).
 XXI, S. 641. 641A. 643. 645. 648.
 662.
 Porter, Horace, amerik. General, Bot-
 schafter in Paris 1897/1905, Zwei-
 ter Delegierter auf der Zweiten
 Haager Friedenskonferenz 1907.
 XIX, S. 101.
 XXIII, S. 126. 242A. 254A. 267. 269.
 269A. 271. 385.
 Portugal, s. Karl I.
 Posadowsky-Wehner, Arthur Graf
 von, Staatssekretär des Reichs-
 amts des Innern 1897/1907.
 XIX, S. 203A.
 XXIII, S. 360. 362. 365.
 Pourtalès, Graf von, preuß. Gesandter
 in München 1902/07, Botschafter
 in Petersburg 1907/14.
 XIX, S. 538A.
 XXII, S. 419A. 507A. 516A.
 XXIII, S. 554A. 559.
 XXIV, S. 153A.
 XXV, S. 154A. 155A. 296A. 323. 328.
 331. 339A. 341. 343. 343A. 345.
 362A. 365. 366. 367A. 368.
 372A. 379A. 392A. 424. 443A.
 444A. 448. 464A. 466. 466A.
 467. 475. 479. 490A. 498A.
 499. 514A. 516. 518. 525. 527.
 536.
 Pouzet, franz. Staatsangehöriger in Ma-
 rokko.
 XX, S. 205.
 Prebensen, norweg. Gesandter in Peters-
 burg 1906/17.
 XXIII, S. 407. 413. 434. 435. 438.

- Preußen, s. Adalbert, Albrecht, Auguste Viktoria, Cäcilie, Eitel Friedrich, Friedrich III., Friedrich Leopold, Heinrich, Irene, Luise, Luise Margarete, Sophie, Sophie Charlotte, Viktoria, Wilhelm I., Wilhelm II., Wilhelm (Kronprinz).
- Prévost, Marcel, franz. Schriftsteller.
XIX, S. 566.
- Prinetti, ital. Minister des Äußern im Kabinett Zanardelli 1901/03.
XIX, S. 36. 51. 145.
XX, S. 55. 61. 64. 80. 86. 97. 100. 320.
XXI, S. 34. 35. 289. 337. 354. 376. 392.
XXIV, S. 193.
- Prothero, Rowland Edmund, Herausgeber der „Quarterly Review“ (1905).
XX, S. 680.
- Prozor, russ. Gesandter in Buenos Aires und Rio de Janeiro 1905 bis 1910, technischer Delegierter auf der Zweiten Haager Friedenskonferenz 1907.
XXIII, S. 75. 76A. 271.
- Pückler, Karl Graf von, Gesandter in Stockholm 1907/11.
XXIII, S. 552A.
- Purischkewitsch, Mitglied der russ. Reichsduma (1908).
XXV, S. 450.
- Quadt, Albert Graf von, Generalkonsul in Kalkutta 1904/08, Gesandter in Teheran 1908/12.
XIX, S. 390A.
XXIV, S. 465.
XXV, S. 117A. 154A. 157A. 160A. 161.
- Quesada y Aróstegui, Gonzalo de, kuban. Gesandter in Washington 1907/09, Zweiter Delegierter auf der Zweiten Haager Friedenskonferenz 1907.
XXIII, S. 275.
- Raben-Levetzau, Graf, dän. Minister des Äußern im Kabinett Christensen 1905/08.
XIX, S. 491.
XXIII, S. 422. 423. 424. 425A. 495. 499. 553. 565. 566. 567. 568.
XXIV, S. 88.
- Radolin, Hugo Fürst von, Botschafter in Paris 1900/10.
XIX, S. 26. 26A. 112A. 264. 264A. 341. 453. 472. 503A. 509. 520. 523. 594.
- XX, S. 93. 110A. 113A. 169. 174A. 186. 187. 187A. 217. 229. 230. 265. 266A. 282. 317. 320. 332. 332A. 333. 333A. 334A. 339. 344A. 355A. 362A. 371. 372A. 379A. 390A. 394. 396. 397. 398. 402. 402A. 406A. 408. 408A. 420. 425. 427. 450. 452. 455. 459. 465. 475. 482. 484. 485. 487. 488. 489. 490. 491A. 492A. 494A. 500. 504. 504A. 505. 515. 517A. 532. 533A. 535. 536. 537. 537A. 543. 558. 560. 562. 563. 566. 568. 569. 570. 572. 573. 573A. 574. 575. 578. 579. 580. 580A. 581. 589. 591. 593. 594. 595. 596. 618. 618A. 623A. 624A. 634A. 642. 668A.
- XXI, S. 15. 23. 24A. 28. 29. 29A. 32. 98. 152A. 153A. 213. 275A. 343. 344. 438. 438A. 439. 440. 476A. 574. 575A. 578. 579. 590. 591. 597. 612A. 615. 620A. 642A. 680A. 682. 682A. 689.
- XXII, S. 66A. 76A. 296. 301. 516A.
- XXIII, S. 119A. 408. 509A. 515A. 536. 539.
- XXIV, S. 63. 125. 221A. 234. 252A. 260A. 262A. 265. 266. 268A. 274. 274A. 276. 297A. 300A. 302. 302A. 325. 341. 342. 353A. 358. 359. 361. 363. 372. 380. 464. 465. 487A.
- XXV, S. 194. 196. 197. 197A. 198A. 200A. 251A. 372A. 536.
- Radolin, Josephine Fürstin von, Gemahlin des Botschafters in Paris.
XX, S. 617.
- Radowitz, Joseph von, Botschafter in Madrid 1892/1908, Erster Delegierter auf der Konferenz von Algéciras 1906.
XIX, S. 131.
XX, S. 169A. 186. 187. 190. 230. 315. 315A. 326A. 425A. 426. 603A.
- XXI, S. 15. 15A. 17. 23. 26. 27. 27A. 30. 32. 36. 37. 38. 38A. 39. 40. 41. 53. 54. 55. 61A. 95A. 98. 102A. 106A. 107. 108. 111. 112. 113. 115. 123. 126. 128. 131. 137. 138. 139. 140. 144A. 145A. 146. 147A. 154. 155A. 157.

157A. 158. 160. 161. 166. 167.
171. 175. 181. 195A. 216A.
224. 233A. 237. 248. 249. 251.
256. 272A. 274. 275A. 276. 277.
278. 292A. 304. 307A. 311.
321. 323. 324A. 332A. 334A.
340. 346. 347. 636.

Raisuli, Kabylenhauptling.

XX, S. 32A.

XXI, S. 555A. 612A. 614. 616. 622.
622A. 623. 632. 636. 637.

XXIV, S. 248. 294.

Rakowsky, von, Mitglied des ung.
Reichstags (1907).

XXIII, S. 219.

Ramel, Freiherr von, Erster Sekretär
bei der schwed. Gesandtschaft
in Berlin (1907).

XXIII, S. 446.

Rami Pascha, Hassan, türk. Admiral,
Marineminister (1908).

XXV, S. 558.

Rampold, Kapitän zur See, Marine-
attaché in Rom (1907).

XXI, S. 536.

Rampolla, Kardinal, päpstl. Staats-
sekretär 1887/1903.

XX, S. 84.

Rappard, van, niederländ. Gesandter in
Tanger 1907/13.

XXIV, S. 415.

Ratibor, Prinz Max von, Gesandter
in Belgrad 1906/08.

XXV, S. 284. 285. 287.

Raynaud, Direktor der „Dépêche Maro-
caine“ in Tanger (1907, 1908).

XXI, S. 677. 678. 680. 681. 682. 683A.
684. 686. 687. 687A. 688. 689.

XXIV, S. 321. 407.

Reay, Lord, Dritter engl. Delegierter
auf der Zweiten Haager Friedens-
konferenz 1907.

XXIII, S. 214. 242A. 254A. 270. 282.
284. 314. 317.

XXV, S. 443A.

Reclus, franz. Geograph (1904).

XX, S. 177.

Redman, engl. Dolmetscher beim Sultan
von Marokko (1908).

XXIV, S. 445.

Redschib Pascha, Generalgouverneur
von Tripolis (1908).

XXII, S. 495.

Regnault, franz. Generalkonsul (1904),
technischer Delegierter auf der

Konferenz von Algeciras 1906,
Gesandter in Tanger 1906/12.

XX, S. 226.

XXI, S. 128. 129. 130. 137. 143. 176.
177. 197. 198. 203. 208. 209.
210. 218. 279. 280. 285. 330.
346. 569. 616. 625. 626. 630.
635. 637. 638. 639. 641A. 644.
651. 652. 656. 662. 664. 665. 666.
667. 680. 684. 688. 689. 689A.

XXIV, S. 246. 248. 248A. 250. 251.
254. 255. 256. 257. 271. 307.
315. 316. 317. 318. 319. 320.
321. 322. 323. 324. 326. 329.
335. 344. 379. 380. 381. 382.
386. 394. 397. 406. 407. 414.
417. 419. 434. 443. 444. 446.
447. 448. 449. 455. 462. 470.
471. 472. 472A. 476. 485. 499.
500.

Reid, Whitelaw, amerik. Botschafter
in London 1905/13.

XX, S. 433. 623. 641.

XXIII, S. 124. 300.

Reinach, Joseph, franz. Schriftsteller
und ehemaliger Deputierter (1904,
1906).

XIX, S. 165. 167.

XXI, S. 265. 266. 534. 548. 550.

Reinington, Michael Frederic, engl.
Brigadegeneral (1906).

XXI, S. 85.

Reischach, Hugo Freiherr von, Ober-
stallmeister Kaiser Wilhelms II.
(1907).

XXI, S. 512. 512A.

Rekowski, von, Generalkonsul in Neapel
(1905).

XX, S. 301A.

Renault, franz. Professor, Jurist, Dritter
Delegierter auf der Zweiten Haager
Friedenskonferenz 1907.

XXIII, S. 292. 293. 332. 333.

XXIV, S. 332. 348. 348A. 352. 353.
355. 359. 363. 366. 371. 372.

Renvers, von, Professor, prakt. Arzt.
XXV, S. 328.

Repington, Charles A'Court-, engl.
Oberstleutnant, militär. Sach-
verständiger der „Times“ (1906,
1908).

XXI, S. 49A.

XXIV, S. 39. 42.

Reschid Bey, Marokkaner (1908).

XXIV, S. 414.

Reschid Bey, türk. Botschafter in Rom
1896/1908.
XXII, S. 257.
XXV, S. 510.
Reschid Pascha, türk. Kriegsminister
im Kabinett Kiamil Pascha 1908.
XXV, S. 615.
Retzmann, Kapitänleutnant.
XXIII, S. 389. 390.
Revelstoke, Baron John Baring, Chef
des Bankhauses Baring in London
(1905, 1907).
XIX, S. 662.
XXV, S. 38.
Reverseaux, Marquis de, franz. Bot-
schafter in Wien 1897/1907.
XXI, S. 166.
XXII, S. 303. 410.
XXIII, S. 103.
Révoil, franz. Generalgouverneur von
Algier 1901/03, Botschafter in
Bern 1905/07, Delegierter auf der
Konferenz von Algeciras 1906,
Botschafter in Madrid 1907/10.
XX, S. 458. 462. 463. 468. 494. 511.
512. 516. 521. 522. 523. 527.
529. 535. 537. 541. 563. 564.
566. 567. 568. 569. 572. 574.
576. 577. 580. 589. 591.
XXI, S. 10. 17. 21. 33. 58. 91. 93. 94.
96. 99. 107. 108. 112. 113. 114.
120. 121. 126. 128. 129. 131.
135. 136. 137. 141. 144. 148.
149. 150. 151. 152. 152A. 153.
156. 158. 160. 161. 163. 166.
167. 171. 172. 173. 174. 175.
177. 179. 197. 198. 203. 204.
205. 208. 209. 215. 216. 218.
233. 236. 237. 243. 245. 251.
258. 261. 263. 264. 265. 270.
271. 273. 274. 274A. 276. 278.
279. 280. 281. 282. 285. 286.
292. 295. 297. 298. 299. 300.
303. 304. 307. 322. 326. 327.
330. 337. 346. 348. 664. 677.
XXIV, S. 292.
Rex, Graf von, Gesandter in Teheran
1898/1906, in Peking 1906/11.
XXV, S. 63. 70. 71. 74. 80. 80A. 87.
90. 91. 92. 106. 111. 112. 232.
Rhodes, Sir Cecil, Premierminister der
Kapkolonie 1890/94, 1894/96.
XX, S. 19.
XXIV, S. 18.
XXV, S. 262A.

Ribot, Alexandre, franz. Deputierter.
XXI, S. 25. 578.
Richards, Henry Erle, engl. Sachver-
ständiger für Samoa-Interessen
1903/04.
XX, S. 131.
Richthofen, Hartmann Freiherr von,
Legationssekretär in Teheran
1906/08.
XXV, S. 110A. 116. 121. 148. 150.
151. 152. 153. 154. 155. 156.
157A. 160. 166. 167. 169. 170.
171. 171A. 172. 345. 355.
Richthofen, Oswald Freiherr von,
Staatssekretär des A. A. 1900/06.
XIX, S. 25. 26A. 101. 102. 232A.
251. 281. 281A. 482A. 521A.
538A. 580A.
XX, S. 12A. 123. 123A. 124. 127A.
128. 129. 130. 131. 132. 133.
136A. 148A. 230A. 271. 329.
379A. 558. 562. 572A. 573.
573A. 595. 666. 666A.
XXI, S. 28. 63A. 567.
XXII, S. 100A. 175. 241. 291A.
XXIII, S. 5A. 6. 7. 9.
Rifaat Pascha, türk. Botschafter in Lon-
don 1908/09.
XXV, S. 497. 502.
Rimler, ung. Sektionsrat.
XXI, S. 547.
Ripon, Marquess of, engl. Staatssekretär
der Kolonien im Kabinett Glad-
stone 1892/94.
XXI, S. 50A.
Ripper, von, österr.-ung. Vizeadmiral,
Hafenadmiral in Pola (1905).
XXII, S. 303. 320. 326.
Risa Pascha, türk. Kriegsminister in den
Kabinetten Rifaat, Said und
Ferdinand Pascha 1895/1908.
XXII, S. 117. 132.
XXV, S. 558.
Ritter zu Grünstein, Freiherr von,
Botschaftsrat bei der Botschaft
in Rom 1906/09.
XXIII, S. 200.
XXIV, S. 435A.
Rmiki, marokk. Kaid, Gouverneur von
Alkassar (1908).
XXIV, S. 407. 407A.
Roberts, amerik. Journalist, Vertreter
der „Associated Press“ bei der
Konferenz von Algeciras 1906.
XXI, S. 94.

Roberts of Kandahar, Pretoria and Waterford, Earl, Oberbefehlshaber in Südafrika 1899/1900, Mitglied des Oberhauses (1908).

XIX, S. 18.

XXI, S. 490.

XXIV, S. 112. 112A. 174. 179. 203.

Robertson, Edmund, Parlamentsunterstaatssekretär in der engl. Adminalität (1906, 1907, 1908).

XXIII, S. 32A 35. 44. 45. 46.

XXIV, S. 48.

Robertson, John Mackinnon, Mitglied des engl. Unterhauses (1908).

XXIII, S. 397.

Robilant, Conte di, ital. General, Chef der Gendarmerie in Mazedonien (1908).

XXV, S. 501. 533. 534. 545. 616A.

Rockhill, Direktor des Bureaus für die amerik. Republiken (1904), Gesandter in Peking 1905/09.

XIX, S. 100.

XXV, S. 98.

Rockstroh, deutscher Staatsangehöriger in Marokko.

XX, S. 222.

Rodd, Sir James Rennell, engl. Gesandter in Stockholm 1904/08.

XXIII, S. 403A. 405. 410. 454.

Rodriguez San Pedro, span. Staatsminister im Kabinett Maura 1903/04.

XX, S. 171. 174. 176. 179. 180. 182. 183. 184. 185. 186. 187. 188. 191. 192.

Rödiger, russ. Generalleutnant, Kriegsminister 1905/09.

XIX, S. 505.

XXV, S. 49. 161A. 162A. 331. 331A. 339. 341. 342. 343. 346. 447. 458. 487. 488. 488A. 489. 490. 490A. 526. 526A. 527.

Roghi, El, (Bu Hamara), marokk. Kronpräsident (1905, 1906).

XX, S. 251. 251A. 381. 432. 439. 449A. 452. 458. 458A. 460. 466. 471. 478. 486. 495. 498A. 514. 525A.

XXI, S. 5. 176. 243. 622A. 639.

XXIV, S. 248. 293. 294. 496.

Romano Avezzana, Baron, Sekretär bei der ital. Gesandtschaft in Belgrad (1904).

XXII, S. 195A.

Romberg, Freiherr von, Erster Sekretär bei der Botschaft in Petersburg 1901/05, Generalkonsul (seit 1909 Gesandter) in Sofia 1905/10.

XIX, S. 264. 300A. 385A. 394A. 419.

XXV, S. 291A.

Romei, ital. Oberstleutnant a. D. in türk. Diensten (1904).

XX, S. 91.

Rondenay, franz. Hauptmann, Mitgl. d. Militärmission in Marokko (1908).

XXIV, S. 296.

Roosevelt, Theodore, amerik. Oberst, Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika 1901/09.

XIX, S. 54. 81. 82. 99. 100. 101. 109. 112. 113. 114. 306. 349. 350. 388A. 402. 410. 411. 422. 422A. 425. 425A. 426. 438. 442. 444. 453. 460. 460A. 461. 466. 467. 467A. 469. 469A. 472. 495. 508. 510. 535. 536. 537. 538. 538A. 539. 540. 541. 542. 542A. 543. 544. 545. 546. 547. 548. 549. 550. 551. 552. 556. 557. 558. 559. 561. 562. 563. 564. 565. 566. 566A. 567. 568. 570. 571. 572. 573. 574. 575. 576. 576A. 577. 578. 579. 580. 581. 582. 582A. 583. 584. 585. 586. 587. 588. 589. 590. 591. 593. 594. 595. 596. 597. 598. 599. 600. 601. 602. 603. 604. 605. 606. 607. 608. 608A. 609. 610. 611. 612. 613. 614. 614A. 615. 616. 616A. 618. 618A. 619. 619A. 620. 621. 621A. 622. 623. 623A. 624. 625. 625A. 626. 627. 628. 628A. 630. 630A. 642. 642A.

XX, S. 98A. 256. 256A. 257. 258. 277. 295. 295A. 301. 302. 303. 303A. 304. 341. 341A. 342. 342A. 343. 344. 386. 387. 421. 421A. 422A. 433. 433A. 434. 434A. 442. 443. 451. 466. 467. 468. 469. 473. 474. 475. 476. 479. 480. 481. 482. 528. 529. 537. 620A. 621. 622. 626A. 627. 628. 640. 641. 642. 698.

XXI, S. 9. 10. 11. 97. 103. 114. 124. 125. 127. 148. 181. 182. 183. 184. 199. 213. 259. 276. 276A. 277. 278. 285. 286. 293. 294. 295. 300. 301. 302. 303. 311. 312. 321. 323. 324. 324A. 465. 482A. 490.

XXII, S. 16A.
 XXIII, S. 15. 16. 17. 21. 22. 22A. 23.
 23A. 57A. 58. 59. 60A. 62. 63.
 64. 71. 74. 75. 79. 88. 88A. 89.
 89A. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 97.
 103. 104. 105. 106. 107. 110.
 110A. 111. 117A. 118A. 126.
 130. 131. 137. 144. 145. 146.
 231. 231A. 254A. 276A. 301.
 318. 318A. 319A.
 XXIV, S. 103. 204.
 XXV, S. 72. 72A. 73. 74. 78. 79. 80.
 80A. 88. 90. 91. 92. 93. 94. 95.
 96. 97A. 98.
 Root, Elihu, amerik. Staatssekretär (des
 Äußern) unter Präsident Roose-
 velt 1905/09.
 XXI, S. 9. 10. 101. 102. 103. 125.
 126. 127. 132. 145. 148. 150.
 164. 181. 213. 259. 261. 277.
 286. 302. 303. 305. 320.
 XXIII, S. 64. 71. 92. 93. 94. 95. 96.
 107. 110. 110A. 111. 126. 136.
 137. 144. 145. 146. 231. 278.
 XXV, S. 74.
 Roschestwensky, russ. Vizeadmiral,
 Chef des Generalstabs der Ma-
 rine, Chef des Ostseegeschwaders
 (1904).
 XIX, S. 223. 259A. 266. 270. 271.
 274. 275. 276. 276A. 277A.
 282. 285. 291. 292. 294. 297A.
 300. 305. 305A. 310. 311. 321.
 371. 420. 462.
 Rose, Uriah M., Dritter amerik. Dele-
 gierter auf der Zweiten Haager
 Friedenskonferenz 1907.
 XXIII, S. 242A. 254A. 269A.
 Rosebery, Archibald Earl of, engl.
 Staatssekretär des Äußern im
 Kabinett Gladstone 1892/94,
 Premierminister 1894/95.
 XIX, S. 291.
 XX, S. 11.)13. 33. 305. 613. 673. 690.
 XXI, S. 427. 431. 442. 457. 458.
 XXIV, S. 47. 108. 115. 124A.
 Rosen, Baron von, russ. Gesandter in
 Tokio 1897/1900, 1903/04, Bot-
 schafter in Washington 1905/11,
 Bevollmächtigter bei den Frie-
 densverhandlungen in Ports-
 mouth 1905.
 XIX, S. 20. 21. 59. 611. 611A. 614A.
 615A. 621. 624.
 XXIII, S. 63. 136.

Rosen, Friedrich, Vortragender Rat im
 A. A. 1901/05, Gesandter in
 Tanger 1905/10.
 XIX, S. 508. 508A. 509.
 XX, S. 308. 314. 315. 316. 321. 336.
 557. 558. 559. 562. 563. 564.
 566. 567. 568. 571. 572. 573.
 574. 575. 576. 577. 580A. 585.
 587. 588. 590. 591. 593A. 594.
 597. 668A. 678.
 XXI, S. 18. 152. 152A. 213. 288.
 504. 504A. 505. 609A. 616.
 637A. 639A. 641. 641A. 644.
 648. 660. 674. 675. 675A.
 XXIV, S. 232. 244A. 268A. 286. 299.
 300. 302A. 304. 304A. 322.
 385. 418. 444. 457. 468A.
 XXV, S. 103A. 181A. 194. 197. 200A.
 Rosthorn, von, österr.-ung. Gesandter
 in Teheran 1905/11.
 XXV, S. 154.
 Rostkowsky, russ. Konsul in Monastir
 (1903).
 XIX, S. 143.
 Rothschild, Alfred de, Londoner Ban-
 kier.
 XIX, S. 193.
 XX, S. 9.
 XXI, S. 62. 63. 64. 188.
 Rothschild, Alphonse de, Pariser Ban-
 kier.
 XIX, S. 209. 277. 427.
 XX, S. 620.
 Rothschild, Edmond de, Pariser Bankier.
 XIX, S. 427.
 Rothschild, Gustave Samuel James de,
 Pariser Bankier.
 XIX, S. 427.
 Rothschild, Nathan Mayer Baron,
 Londoner Bankier.
 XIX, S. 30. 31. 48. 378. 411.
 XX, S. 93. 377. 377A. 620. 620A.
 630A.
 XXI, S. 188.
 Rottenburg, Ingenieur, Vertreter der
 Firma Krupp in Marokko (1904,
 1906).
 XX, S. 239.
 XXI, S. 610. 642A. 643.
 Rottenburg, Frau, Gemahlin des Vori-
 gen.
 XXI, S. 610.
 Rouet, Erster Dragoman bei der franz.
 Botschaft in Konstantinopel
 (1904).

- XXII, S. 123.
 XXV, S. 381A.
 Rouvier, franz. Gesandter in Lissabon 1898/1906.
 XX, S. 26. 27. 358.
 Rouvier, Madame, Gemahlin des franz. Ministerpräsidenten.
 XX, S. 344.
 Rouvier, Maurice, franz. Finanzminister im Kabinett Combes 1902/05, Ministerpräsident, Minister der Finanzen und (seit 6. Juni) des Äußern 1905/06.
 XIX, S. 26. 31. 277. 307. 441. 442. 472. 504. 505. 509. 519. 523.
 XX, S. 252A. 288. 331. 344. 345. 346. 347. 348. 349. 350. 355. 355A. 356. 357. 357A. 358. 358A. 359. 360. 361. 362A. 365. 366. 367. 368. 368A. 369. 371. 372. 373. 374. 375. 376. 377. 378. 379. 381. 382. 383. 384. 385. 387. 388. 389. 393. 394. 395. 396. 397. 398. 400. 401. 402. 403. 404. 405. 406. 407. 408. 409. 416. 418. 420. 422. 425. 427. 428. 429. 430. 431. 432. 433. 438. 439. 440. 441. 442. 446. 447. 452. 453. 454. 455. 456. 457. 458. 459. 461. 462. 463. 464. 465. 466. 467. 468. 469. 470. 471. 472. 473. 476. 477. 478. 479. 482. 483. 484. 485. 486. 487. 488. 489. 490. 491. 491A. 492. 492A. 493. 494. 494A. 495. 498. 499. 500. 501. 502. 504. 504A. 505. 506. 507. 508. 509. 510. 511. 512. 514. 515. 516. 517. 518. 521. 522. 523. 527. 528. 529. 530. 530A. 531. 532. 533. 533A. 534. 536. 542. 542A. 544. 549. 550. 551. 552. 553. 556. 557. 558. 559. 562. 563. 567. 568. 569. 572. 573. 574. 575. 577. 578. 579. 580. 581. 582. 583. 584. 585. 586. 588. 589. 591. 593. 594. 596. 597. 597A. 618A. 620. 624A. 625. 626. 630A. 631A. 634. 635. 365A. 637. 638. 647. 657. 671. 672. 689. 689A. 692.
 XXI, S. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 22. 24. 25. 26. 61. 61A. 64. 65. 67. 71. 73A. 77. 78. 125. 151. 152. 152A. 153. 154. 158. 160. 161. 171. 188. 193. 195. 197. 199. 201. 203. 209. 210. 211. 212. 213. 225. 241. 250. 251. 265. 265A. 266. 275. 280. 281. 282. 288. 291. 296. 298. 299. 303. 304. 319. 337. 340. 343. 344. 346. 559. 560. 561. 571A. 664.
 XXII, S. 66A. 322.
 XXIV, S. 221A. 264.
 XXV, S. 180. 180A. 181A. 186A. 187A. 194. 196. 197. 200A.
 Roux, ital. Senator (1906).
 XXI, S. 339.
 Ruata y Sichar, span. Botschafter in Berlin 1900/06.
 XX, S. 169. 171. 186. 426.
 Ruau, Joseph, franz. Ackerbauminister in den Kabinetten Rouvier, Clemenceau und Briand 1905/10.
 XXIV, S. 264.
 Rudini, Marchese di, ital. Ministerpräsident 1896/98.
 XX, S. 84. 97A. 99. 100. 101. 102.
 XXI, S. 34. 35. 36. 230. 231. 232. 289. 368. 390.
 XXIV, S. 194.
 Rudini, Marchesa di, Gemahlin des ital. Ministerpräsidenten.
 XX, S. 101.
 Rudolf, Erzherzog und Kronprinz von Österreich, Sohn Kaiser Franz Josephs I.
 XXI, S. 548.
 Rücker-Jenisch, seit 27. Januar 1906 Freiherr von Jenisch, Gesandter Generalkonsul und diplom. Agent in Kairo 1903/06, Gesandter in Darmstadt 1906/13, wiederholt Rat im Kaiserlichen Gefolge.
 XX, S. 129A. 135. 136. 136A. 137A. 164A.
 XXI, S. 448. 448A. 450. 452. 514A. 571A. 589.
 XXIII, S. 558A.
 XXIV, S. 169. 175A. 180. 180A. 181. 183. 184. 191A. 195. 195A. 196. 197. 343A. 366A. 368A. 370A. 430A.
 Rüdiger, Unternehmer in Albanien.
 XXV, S. 285.
 Rüstow, preuß. Offizier in türk. Diensten.
 XXII, S. 146.
 Rumänien, s. Karl I.

Runciman, Walter, Parlamentsunterstaatssekretär im Local Government Board 1905/07.
 XXIV, S. 12A.
 XXV, S. 241.
 Rupprecht, Prinz von Bayern, bayr. General der Infanterie, Kommandierender General des I. bayr. Armeekorps (1907).
 XXIV, S. 27A.
 Rußland, s. Alexander II., Alexander III., Alexander Michailowitsch, Alexandra Feodorowna, Alexej Nikolajewitsch, Alexis Alexandrowitsch, Anastasia Nikolajewna, Maria Feodorowna, Maria Nikolajewna, Maria Pawlowna, Michael Alexandrowitsch, Militza Nikolajewna, Nikolaus II., Nikolaus Michailowitsch, Nikolaus Nikolajewitsch, Olga, Olga Alexandrowna, Olga Nikolajewna, Sergius Alexandrowitsch, Tatjana Nikolajewna, Wladimir Alexandrowitsch.
 Rutkowsky, Finanzagent bei der russ. Botschaft in London (1905).
 XIX, S. 662.
 Sachsen, s. Friedrich August III.
 Sachsen-Altenburg, s. Helene.
 Sachsen-Koburg-Gotha, s. Ferdinand, Johann Leopold.
 Sadek Ahardan, Sid, Bürgermeister von Tanger (1904).
 XX, S. 248.
 Sager, schwed. Gesandter in Madrid 1905/07, Delegierter auf der Konferenz von Algeciras 1906.
 XXI, S. 123.
 Said, ben, Vertreter des Sultans von Marokko in Tanger (1905).
 XX, S. 255. 256. 293A. 335.
 Said Pascha, türk. Großwesir 1895, 1901 bis 1903, 1908.
 XXV, S. 571. 585. 586A. 588. 589. 595.
 Said Ali, türk. Großwesir (1885).
 XIX, S. 123.
 Saint-Aulaire de Beaupoil, Comte de, Erster Sekretär bei der franz. Gesandtschaft in Tanger (1904, 1907).
 XX, S. 238.
 XXI, S. 681. 682. 682A. 687. 687A.
 XXIV, S. 219. 241.

Saint-René-Taillandier, Georges, franz. Gesandter in Tanger 1901/06.
 XIX, S. 526.
 XX, S. 33. 214. 226. 228. 233. 237. 237A. 238. 239. 240. 242. 243. 251. 255. 255A. 256A. 262A. 269. 279. 318. 321. 329. 340. 341. 351. 354. 364. 374. 375. 379. 380. 381. 382. 382A. 383. 388. 391. 392. 393. 400. 423. 439. 452. 470. 471. 486. 488. 489. 494. 496. 497. 499. 500. 505. 506. 507. 509. 515. 516. 524. 530. 533. 533A. 534. 540. 547. 550. 552A. 590. 605. 608.
 XXI, S. 3. 4. 7. 8. 9. 25. 26. 664. 665.
 XXIV, S. 258. 448.
 Saint-René-Taillandier, Madame, Gemahlin des franz. Gesandten in Tanger.
 XX, S. 33.
 Saint Roman, span. Staatsminister im Kabinett Montero Rios 1905.
 XX, S. 453. 453A. 454. 472.
 Saletta, ital. Generalleutnant, Chef des Generalstabs (1904).
 XX, S. 65. 65A. 88. 89. 90. 91. 92.
 XXI, S. 407. 407A. 408. 409. 410. 411. 412. 419. 419A.
 Salis, John Francis Charles Count de, Botschaftsrat bei der engl. Botschaft in Berlin 1906/11.
 XXII, S. 445. 462.
 XXV, S. 532. 533. 534.
 Salisbury, Lady, Gemahlin des engl. Premierministers.
 XXI, S. 207.
 Salisbury, Marquess of, engl. Premierminister 1886/92, 1895/1902.
 XIX, S. 50. 218. 234. 368. 569.
 XX, S. 644. 686.
 XXI, S. 83A. 207. 231. 390.
 XXII, S. 84.
 XXIV, S. 41A. 44. 92.
 XXV, S. 600. 622.
 Salm-Horstmar, Otto II. Fürst und Rheingraf zu, Mitglied des preuß. Herrenhauses, Präsident des Flottenvereins (1908).
 XXIV, S. 163A.
 Sanderson, Sir Thomas Henry, permanenter Unterstaatssekretär im Foreign Office 1894/1906.
 XX, S. 442. 602. 663. 664. 667.
 XXV, S. 3.

San Giuliano, Marchese di, ital. Minister des Äußern im Kabinett Fortis 1905/06, Botschafter in London 1906/10.

XXI, S. 34. 34A. 35. 36. 37. 58. 102A. 126. 127. 128. 159. 168. 169. 288. 334A. 335. 342. 343. 357. 391. 393. 407. 408. 409. 412. 478. 479. 480.

XXII, S. 387.

XXIII, S. 207. 234. 273.

XXV, S. 542. 544.

Sansibar, s. Ali ben Said.

Sarafow, bulg. Bandenführer in Mazedonien.

XIX, S. 122. 128. 148.

XXII, S. 468. 468A.

Sarrien, franz. Deputierter (1904), Ministerpräsident und Justizminister 1906.

XIX, S. 167.

XXI, S. 265A. 297. 544. 544A. 545A. 549. 571A.

XXII, S. 38A.

Sasonow, Gehilfe des russ. Außenministers (1910).

XXV, S. 69A.

Satow, Sir Ernest Mason, engl. Gesandter in Peking 1900/06, Zweiter Delegierter auf der Zweiten Haager Friedenskonferenz 1907.

XIX, S. 97. 103. 104. 106. 108. 405. 533. 653. 654.

XXI, S. 483.

XXIII, S. 214. 242A. 254A. 269. 270. 282. 286.

Sattler, Mitglied des Reichstags (1904).

XX, S. 12.

Saunders, George, Korrespondent der „Times“ in Berlin (1905).

XX, S. 695. 696.

Savinsky, Alexander, Direktor der Kanzlei im russ. Ministerium des Äußern (1905).

XIX, S. 16A. 505A.

Sawow, bulg. Oberst, Kriegsminister im Kabinett Petrow (1903).

XIX, S. 118.

Scaléa, Principe di, Unterstaatssekretär im ital. Ministerium des Äußern 1906.

XXI, S. 169.

XXV, S. 395.

Schabinger, Dragoman bei der Gesandtschaft in Tanger (1907).

XXIV, S. 229. 230. 244.

Schebeko, russ. Oberst, Militärattaché in Berlin (1904).

XIX, S. 223. 225. 304. 323. 341. 346.

Schebeko, Vater des Vorigen.

XIX, S. 341.

Schelking, ehemal. russ. Diplomat (1907).

XXV, S. 38.

Scheller-Steinwartz, Sekretär bei der Gesandtschaft in Christiania 1906 bis 1908.

XXIII, S. 425A. 437. 444. 449. 450. 451.

Schemischa, Uld, marokk. Kaid.

XXIV, S. 295.

Schems ud din Bey, türk. Botschafter in Teheran 1901/09.

XXV, S. 155.

Schemsi Pascha, türk. General (1908).

XXV, S. 559. 614.

Schenck, Dido von, preuß. Generalmajor, Inspektor der Infanterieschulen (1905).

XX, S. 328A.

Scherif Pascha, türk. Gesandter in Stockholm 1898/1908.

XXV, S. 595. 596.

Scherif Pascha, Madame, Gemahlin des türk. Gesandten in Stockholm.

XXV, S. 595.

Schewket Pascha, Mahmud, Wali von Üsküb (1908).

XXV, S. 561.

Schiemann, Theodor, Professor der Geschichte an der Universität Berlin, Mitarbeiter der „Neuen Preussischen (Kreuz-) Zeitung“.

XIX, S. 388. 439. 451. 472.

XX, S. 347.

XXIV, S. 306.

XXV, S. 455. 465.

Schleswig - Holstein - Sonderburg - Augustenburg, s. Albert, Auguste Viktoria, Christian, Helena, Karoline Mathilde.

Schleswig - Holstein - Sonderburg - Glücksburg, s. Friedrich Ferdinand, Hans, Karoline Mathilde.

Schlieben, Konsul in Madrid (1907).

XXIV, S. 232.

Schlieffen, Alfred Graf von, Chef des Generalstabs der Armee 1891/1905.

XIX, S. 174. 174A. 479.

XX, S. 88.

XXI, S. 407A. 408. 410.

XXIII, S. 7A.

- Schlözer, von, Gesandter im Haag 1902 bis 1907.
 XX, S. 638. 638A. 642.
 XXIII, S. 72. 102. 112A. 494A. 504.
 Schmidt, Vizeadmiral, Direktor des Allgemeinen Marinedepartements im Reichsmarineamt (1908).
 XXIII, S. 558.
 Schnäbele, franz. Polizeikommissar (1887).
 XX, S. 330.
 Schoen, Wilhelm (seit 27. Januar 1909 Freiherr) von, Gesandter in Kopenhagen 1900/05, Botschafter in Petersburg 1905/07, wiederholt Rat im Kaiserlichen Gefolge, Staatssekretär des A. A. 1907/10.
 XIX, S. 89A. 90A. 436. 464. 481. 483. 491. 501. 507.
 XX, S. 264A. 295A. 321A.
 XXI, S. 93A. 127. 160A. 192A. 195A. 274. 320. 451. 452.
 XXII, S. 22A. 23A. 31A. 33A. 58. 66A. 76A. 435. 445. 447. 460A.
 XXIII, S. 75. 76A. 109A. 120. 121. 129. 142. 145. 155. 156A. 161. 161A. 164. 166A. 168. 168A. 173A. 176. 178A. 180. 183. 190. 191A. 192. 200. 201. 205. 218. 243. 244. 245. 249. 304. 308A. 408. 414A. 463A. 481. 534A. 549. 558A.
 XXIV, S. 16A. 19A. 32A. 40A. 47A. 83. 124A. 152. 153. 153A. 154A. 155A. 169A. 170A. 175A. 177A. 178A. 181A. 182A. 183A. 198A. 207. 210A. 269. 269A. 276A. 281. 284. 287. 304. 311. 340A. 349A. 353A. 358A. 380. 384. 397. 404A. 420A. 428. 431. 468. 484. 486A. 487A. 488A. 491. 492.
 XXV, S. 6A. 13. 16A. 22. 25A. 28A. 37A. 48. 48A. 59A. 89. 120A. 123. 124. 125. 133. 135A. 144A. 145A. 154A. 157A. 163. 168. 202A. 204. 205. 206. 211. 233. 262A. 296A. 315A. 343. 345. 345A. 349A. 370. 370A. 396A. 455. 464. 465. 475A. 479. 487. 487A. 492A. 503A. 515. 520. 523. 530. 553A. 565A. 582. 585. 597.
 Scholl, von, preuß. Generalleutnant, Generalkapitän der Schloß- und Leibgarde (1904, 1905).
 XIX, S. 271. 317. 319. 320.
 XX, S. 285.
 XXII, S. 5. 5A.
 Scholz, Konsul in Hankau.
 XIX, S. 544.
 Schonen, s. Gustav Adolf, Margarete.
 Schostak, russ. General, kommandiert zur Teilnahme an der Reorganisation der mazedonischen Gendarmerie (1904, 1908).
 XXII, S. 101. 233.
 XXV, S. 401. 413. 414.
 Schtscherbatschew, Botschaftsrat bei der russ. Botschaft in Konstantinopel (1903).
 XIX, S. 139.
 Schulenburg, Friedrich Graf von der, preuß. Rittmeister, Militärattaché in London 1902/06.
 XIX, S. 359A. 364A. 366.
 XX, S. 646.
 XXIII, S. 31A.
 Schultze, Direktor der Oldenburg-Portugiesischen Dampfschiffsreederei (1904).
 XX, S. 232.
 Schuwalow, Betsy Gräfin.
 XXV, S. 454. 455.
 Schwabach, Paul, Chef des Bankhauses Bleichröder in Berlin.
 XIX, S. 30. 31. 48. 646A.
 XX, S. 7A. 9. 357A. 377. 377A. 620A.
 XXI, S. 63. 64.
 Schwanebach, von, Chef der russ. Reichskontrolle (1906).
 XXII, S. 37. 37A.
 Schwartzkoppen, von, preuß. Generalleutnant, Kommandeur des Kadettenkorps (1904).
 XIX, S. 360.
 Schweden, s. Gustav, Gustav V., Gustav Adolf, Margarete, Maria Pawlowna, Oskar II., Wilhelm.
 Schweinitz, Hans Herrmann Willibald Graf von, preuß. Major.
 XIX, S. 518. 518A.
 Schweinitz, Lina Gräfin von, Gemahlin des Grafen Hans Herrmann Willibald.
 XIX, S. 518A.
 Scobell, Henry Jenner, engl. Generalmajor, Kommandeur der 1. Kavalleriebrigade.
 XXI, S. 85.

Scott, Sir Charles Stewart, engl. Botschafter in Petersburg 1898 bis 1904.

XIX, S. 107. 173. 185. 649. 649A.

Scott, Lady, Gemahlin des engl. Botschafters in Petersburg.

XIX, S. 173.

Scott, Sir Percy, engl. Kapitän (1904).

XIX, S. 353.

Seckendorff, Freiherr von, Vizeadmiral, Hofmeister des Prinzen Heinrich von Preußen (1905).

XIX, S. 415.

Seckendorff, Götz Graf von, Oberhofmarschall der Kaiserin Friedrich (1903).

XIX, S. 12. 12A. 203. 451. 453.

XX, S. 642. 642A. 643. 644. 645. 646. 653.

Seid Abdul-Ahad-Chan, Emir von Buchara 1885/1911.

XXII, S. 91.

Seistan, s. Ahmed Chan.

Selborne, William Waldegrave Palmer Earl of, Erster Lord der engl. Admiralität in den Kabinetten Salisbury und Balfour 1900 bis 1905.

XIX, S. 190. 194. 354A. 363. 380. 393.

XXIII, S. 42A.

Selim Pascha, s. Melhame.

Senden-Bibran, Freiherr von, Konteradmiral, Chef des Marinekabinetts 1890/1906.

XIX, S. 358. 479.

Senden, Karl Otto Freiherr von, preuß. Major, Militärattaché in Madrid 1903/06.

XX, S. 328A.

Serbien, s. Peter I.

Sergius Alexandrowitsch, Großfürst von Rußland, vierter Sohn Kaiser Alexanders II.

XIX, S. 370.

Servière, franz. Divisionsgeneral, Kommandierender General des XIX. Armeekorps in Algier (1906).

XXI, S. 550.

Sichar, s. Ruata y Sichar.

Siebold, Alexander Freiherr von, japan. Legationsrat (1904).

XIX, S. 32.

Siegel, Konteradmiral, Marineattaché bei der Botschaft in Paris, Marine-delegierter auf der Zweiten Haager Friedenskonferenz 1907.

XXIII, S. 258A. 368. 388.

Sievers, Journalist in Casablanca (1908).

XXIV, S. 339. 343. 344. 345.

Signorile, ital. Oberst, kommandiert zur Teilnahme an der Reorganisation der mazedonischen Gendarmerie (1904).

XXII, S. 133.

Silvela, span. Ministerpräsident und Staatsminister 1899/1900, Ministerpräsident 1902/03.

XIX, S. 552.

Silvestrelli, ital. Botschafter in Madrid 1904/10.

XXI, S. 35. 35A. 36. 58. 335.

Sinowiew, russ. Botschafter in Konstantinopel 1898/1909.

XIX, S. 12. 134. 140. 141. 143. 155.

XXI, S. 393. 394.

XXII, S. 55. 85. 90. 102. 103. 107. 108. 109. 110. 115. 120. 122. 123. 124. 125. 126. 127. 130. 131. 132. 133. 135. 136. 137. 141. 145. 150. 153. 156. 157. 158. 159. 164. 166. 167. 168. 169. 170. 171. 176. 177. 178. 186. 190. 192. 195. 196. 197. 198. 199. 200. 205. 205A. 206. 207. 211. 214. 216. 222. 223. 224. 227. 229. 230. 231. 232. 233. 234. 235. 236. 242. 248. 250. 251. 252. 253. 260. 262. 274. 275. 280. 280A. 281. 282. 283. 284. 285. 286. 287. 289. 300. 323. 324. 332. 333. 335. 338. 341. 343. 366A. 393. 398. 399. 400. 403. 405. 407. 408. 408A. 410. 427. 428. 434. 437. 438. 442. 443. 446. 448. 450. 452. 455. 458. 459. 463. 463A. 464. 465. 467. 476. 486. 496. 497. 499. 502. 519A. 521. XXV, S. 23. 24. 162A. 214. 255. 301. 340. 341. 380. 381A. 399. 401. 515A. 523. 537. 624.

Skobelew, Michael, russ. General, Pan-slawist.

XIX, S. 28.

Skrydlow, russ. Vizeadmiral, Kommandierender der Flotte des Stillen Ozeans (1905).

XIX, S. 273.

- Sliman, Abdelkrim ben, marokk. Minister des Äußern (1904/07).
 XX, S. 197. 198. 201. 206. 210. 238. 240. 253. 256. 260. 281. 293 A. 328. 336. 339. 379. 381. 392. 434. 507. 552 A. 556.
 XXI, S. 3. 4. 6. 7. 604. 605. 606. 608. 611. 624 A. 627. 628. 629. 675.
 XXIV, S. 251. 260. 471. 472 A.
 Smalley, George Washburn, Korrespondent der „Times“ in New York (1905).
 XIX, S. 572.
 Smith, Frederick Edwin, Mitglied des engl. Unterhauses (1908).
 XXIII, S. 397.
 Snjäsarew, russ. Oberst, Besitzer des „Golos Prawdy“ (1907).
 XXV, S. 41.
 Südermanland, s. Wilhelm.
 Soler, Botschaftsrat bei der span. Botschaft in Berlin (1908).
 XXIV, S. 402. 440.
 Somssich de Saárd, Graf, Erster Sekretär bei der österr.-ung. Botschaft in Rom (1908).
 XXIV, S. 436.
 Sonnino, Barone Sidney di, ital. Abgeordneter, Ministerpräsident und Minister des Innern 1906.
 XX, S. 84.
 XXI, S. 154. 154 A. 159. 161 A. 168. 169. 229. 230. 232. 246. 289. 334. 339. 353. 353 A. 354. 354 A. 355. 359. 364 A.
 XXIV, S. 194.
 Sophie, Fürstin von Hohenberg, geb. Gräfin Chotek von Chotkowa und Wagnin, Gemahlin des Erzherzog-Thronfolgers Franz Ferdinand von Österreich-Ungarn.
 XIX, S. 347.
 XXI, S. 395. 456.
 XXV, S. 405.
 Sophie, Kronprinzessin von Griechenland, Gemahlin des Kronprinzen Konstantin, geb. Prinzessin von Preußen.
 XX, S. 658.
 Sophie Charlotte, Herzogin von Oldenburg, nachmal. Gemahlin des Prinzen Eitel Friedrich von Preußen.
 XIX, S. 515. 515 A.
 XXI, S. 230 A.
 Soveral, Luiz Marie Pinto de, portugies. Gesandter in London 1897 bis 1910, Erster Delegierter auf der Zweiten Haager Friedenskonferenz 1907.
 XIX, S. 191. 203. 375. 375 A.
 XX, S. 27. 34.
 XXIII, S. 287. 287 A. 290. 331 A. 333. 346.
 XXIV, S. 13.
 Spanien, s. Alfons XII., Alfons XIII., Ferdinand, Maria Christine, Maria Theresia, Viktoria Eugenie.
 Sparta, s. Konstantin.
 Speck von Sternburg, Freiherr, Botschafter in Washington 1903/08.
 XIX, S. 31. 71 A. 99 A. 108. 111. 401. 411. 422. 425. 532. 535. 535 A. 537. 538. 540. 547. 554. 557. 563. 564. 566 A. 576 A. 580 A. 582 A. 591. 602 A. 607. 608 A. 611 A. 618 A. 619. 619 A. 623 A. 641. 642 A.
 XX, S. 256 A. 295 A. 303 A. 341 A. 379 A. 421 A. 467. 468. 482 A. 528. 537. 620 A. 626 A. 640. 641. 642. 644.
 XXI, S. 99 A. 113 A. 114. 138. 144 A. 181 A. 259. 277. 286. 321. 641 A.
 XXII, S. 16 A. 17 A. 516 A.
 XXIII, S. 15. 15 A. 57 A. 58. 61. 62 A. 88. 88 A. 90. 93. 95. 96. 109 A. 118 A. 254 A. 276 A. 318 A. 319 A.
 XXV, S. 80 A. 88. 96. 97 A.
 Spencer, J. Poyntz Earl, Mitglied des Geheimen Rates (1904).
 XX, S. 11. 672.
 XXII, S. 156 A.
 Spender, Harold, engl. Publizist (1908).
 XXIV, S. 140. 167 A.
 Spender, J. Alfred, Herausgeber der „Westminister Gazette“ (1906, 1908).
 XXI, S. 442. 516. 516 A. 517. 519. 520.
 XXIV, S. 107. 140 A. 146. 147.
 Sperry, Charles, amerik. Konteradmiral, Marinedelegierter auf der Zweiten Haager Friedenskonferenz 1907.
 XXIII, S. 385.
 Speyer, Sir Edgar, engl. Bankier.
 XXI, S. 98. 98 A. 103 A. 187.
 XXV, S. 188. 201.
 Spooner, amerik. Politiker (1905).
 XXIII, S. 23.

- Spring-Rice, Cecil Arthur, Erster Sekretär bei der engl. Botschaft in Petersburg 1903/06, Gesandter in Teheran 1906/08.
- XIX, S. 17. 19. 112. 178. 290. 367. 368. 369. 370. 371. 375. 414. 419. 542. 564. 565. 566. 566A. 567. 569. 571. 572. 573. 580. 581. 604. 604A.
- XXI, S. 478.
- XXV, S. 7. 8. 15.
- Ssamsonow, russ. General (1904).
- XIX, S. 404.
- Staal, Baron von, russ. Botschafter in London 1884/1903.
- XIX, S. 672.
- Stambulow, Stefan, bulg. Ministerpräsident und Minister des Innern 1887/94.
- XIX, S. 126.
- Stanciw, bulg. diplom. Agent in Petersburg 1897/1906, Minister des Äußern in den Kabinetten Petkow und Gudew 1906/08.
- XXII, S. 53. 476. 476A.
- Stead, William Thomas, engl. Publizist, Redakteur der „Review of Reviews“.
- XIX, S. 660.
- XXIII, S. 103. 103A. 109. 115. 121. 127. 265. 265A. 285. 331A. 563.
- XXIV, S. 26.
- Steeg, franz. Delegierter bei der internationalen Kommission zur Kontrolle der Finanzen von Mazedonien (1905, 1908).
- XXII, S. 281. 284. 315.
- XXV, S. 399. 400. 401. 422.
- Stein, Adolf, Publizist, Herausgeber des „Deutschen“ (1908).
- XXIV, S. 208. 208A. 209.
- Stein, August, Journalist, Vertreter der „Frankfurter Zeitung“ in Berlin (1905, 1908).
- XIX, S. 439.
- XX, S. 665.
- XXIV, S. 138. 139.
- Steinwachs, Bergreferendar in Marra-kesch (1907).
- XXIV, S. 233.
- Stemrich, Generalkonsul in Konstantinopel (1905), Gesandter in Teheran 1906/07, Unterstaatssekretär im A. A. 1907/11.
- XXII, S. 58. 61.
- XXIV, S. 139A. 154A. 162A. 163A. 169A. 181A. 183. 185. 196. 197. 207. 286. 332. 382. 391A. 405A. 417. 430A.
- XXV, S. 125. 125A. 130. 135. 137. 147. 147A. 177A.
- Stoessel, russ. General, Verteidiger von Port Arthur 1904.
- XIX, S. 224.
- Stoetzer, preuß. General der Infanterie, Kommandierender General des XVI. Armeekorps in Metz (1906).
- XX, S. 71.
- Stoilow, bulg. Ministerpräsident, Minister des Äußern und des Kultus 1897/99.
- XIX, S. 156.
- Stolypin, russ. Ministerpräsident 1906 bis 1911.
- XXII, S. 41. 46. 49.
- XXIV, S. 76A.
- XXV, S. 303A. 314. 340. 346A. 347. 348. 459A. 493.
- Stone, Melville, Direktor der „Associated Press“ in New York (1905).
- XIX, S. 615. 624. 625. 626. 630. 630A.
- Storck, Ritter von, Erster Sekretär bei der österr.-ung. diplom. Agentur in Sofia (1907).
- XXV, S. 290. 291.
- Storer, Bellamy, amerik. Botschafter in Wien 1903/06.
- XIX, S. 628. 629. 629A.
- Strachey, John St. Loe, Herausgeber des „Spectator“ (1906).
- XXI, S. 429.
- Strukow, russ. General (1908).
- XXV, S. 455. 456. 457.
- Stuart-Wortley, Edward James Montagu, engl. Oberst, Kommandeur der 10. Infanteriebrigade 1908 bis 1912.
- XXIV, S. 159. 159A. 167. 167A. 168. 169. 175. 178. 179. 180. 180A. 183. 184. 195.
- Stuebel, Gesandter in Christiania 1906 bis 1907.
- XXIII, S. 404. 406.
- Stürler, Jonkheer von, niederländ. Gesandter in Teheran 1906/08.
- XXV, S. 155.
- Stuers, von, niederländ. Gesandter in Paris 1885/1919.
- XX, S. 638. 648.

- Stumm, Wilhelm von, Zweiter Sekretär bei der Botschaft in Petersburg (1903, 1905), Erster Sekretär bei der Botschaft in Madrid 1905/06, Erster Sekretär bei der Botschaft in London 1906/08.
- XIX, S. 19. 458.
- XXI, S. 435. 443A. 501. 507. 507A. 511. 536. 565. 657A. 659. 660.
- XXIII, S. 27A. 54A. 227A. 273A. 475. 501.
- XXIV, S. 21A. 88A. 395A. 404A. 438. 494A.
- XXV, S. 521.
- Sunkel.
- XXIII, S. 260A. 342. 342A.
- Surtus, Herbert Congers, engl. Oberst, Militärattaché in Konstantinopel 1905/09.
- XXV, S. 219.
- Suttner, Berta Baronin von, Schriftstellerin.
- XXIII, S. 109. 265. 270. 288A.
- Suworin, Herausgeber der „Nowoje Wremja“ (1906).
- XXII, S. 52.
- Suyematsu, Baron, japan. Diplomat (1904).
- XIX, S. 400. 414.
- Sverwejew, Botschaftsrat bei der russ. Botschaft in Wien (1908).
- XXV, S. 351. 361. 392.
- Swiatopolk-Mirsky, Fürst, russ. Minister des Innern 1904/05.
- XIX, S. 388.
- Swjetschin, Botschaftsrat bei der russ. Botschaft in Konstantinopel (1904, 1906, 1907, 1908).
- XXII, S. 90. 163. 165. 353. 354. 356. 357. 365. 371. 442.
- XXV, S. 255. 584.
- Syburg, von, Generalkonsul in Yokohama (1904).
- XIX, S. 251.
- Széchényi, Dionys Graf, Botschaftsrat bei der österr.-ung. Botschaft in Berlin (1905, 1906), in London (1907).
- XXII, S. 42. 289. 304A. 482. 483.
- Szécsen von Temerin, Graf, österr.-ung. Botschafter beim Päpstl. Stuhl 1901/11.
- XXI, S. 399.
- Szepe, Herausgeber der „Wiener Allgemeinen Zeitung“ (1906, 1907).
- XXI, S. 547. 548.
- XXIV, S. 9.
- Szilassy von Szilas und Pilis, Erster Sekretär bei der österr.-ung. Botschaft in Konstantinopel (1906).
- XXII, S. 335. 341.
- Szögyényi-Marich, österr.-ung. Botschafter in Berlin 1892/1914.
- XIX, S. 130.
- XX, S. 123. 124.
- XXI, S. 307. 308. 333A. 364A. 365. 569. 586.
- XXII, S. 3A. 109A. 239. 241. 243. 244. 295A. 310. 453. 453A. 456. 460A. 496. 499.
- XXIII, S. 172. 175. 181. 182. 183. 202.
- XXIV, S. 134. 192. 421.
- XXV, S. 302. 315A. 380. 398. 437. 515. 516. 517. 550.
- Taft, William Howard, amerik. Staatssekretär des Krieges unter Präsident Roosevelt 1904/08.
- XIX, S. 583. 597. 604.
- XXV, S. 74.
- Tahsin Pascha, Erster Sekretär des türk. Sultans Abdul Hamid II. (1904, 1905, 1908).
- XIX, S. 137. 157. 158.
- XXII, S. 200. 264. 293. 296. 297. 298. 305. 417. 509.
- XXV, S. 181. 182. 183. 184. 214. 215. 217. 218. 234. 235. 254. 276. 497. 613. 621.
- Taillard Rancilhac de Chazelles, franz. Eskaderchef der Artillerie, Militärattaché in Berlin (1904).
- XIX, S. 183.
- Takahira Kogoro, japan. Gesandter in Washington 1900/06, Bevollmächtigter bei den Friedensverhandlungen in Portsmouth 1905.
- XIX, S. 39. 427A. 535. 543. 567. 575. 581. 582. 583. 588. 602. 605. 606. 609. 610. 611. 614A. 615. 615A. 621. 624. 626.
- XXIII, S. 23.
- Tang, chines. Taotai.
- XIX, S. 651.
- Tang Shao-yi, Gouverneur der chines. Provinz Mukden (1908).
- XXV, S. 93. 96. 97A. 99.
- Tanger, s. Arbi El-Abarudi, Sadek Ahardan.
- Tardieu, André, franz. Journalist.

- XX, S. 266. 266A. 267. 269. 562. 575. 594. 594A. 595. 597A. 665A.
- XXI, S. 16. 93A. 152A. 160. 195A. 280. 304. 314. 314A. 315. 316. 318. 545. 557. 564. 565. 566. 655. 658.
- XXIII, S. 119.
- XXIV, S. 60. 61. 216. 284. 285. 288. 297. 297A. 299. 302. 302A. 304. 305. 306. 307A. 308. 309. 310. 316. 317. 449. 491. 492.
- Tasi, Amin Schech, marokk. Oberst (1905).
- XX, S. 341.
- Tasi, Hadji Omar, marokk. Würden-träger (1905, 1907).
- XX, S. 328. 335. 341.
- XXIV, S. 249. 251. 295. 296. 443. 444.
- Tasi, Mohammed, marokk. Finanz-minister (1905, 1906, 1907).
- XX, S. 328. 449A.
- XXI, S. 629.
- XXIV, S. 249. 443.
- Tatischtschew, russ. Generalmajor, der Person Kaiser Wilhelms II. attachiert (1908).
- XXV, S. 444A. 456A. 457. 457A. 465. 466.
- Tatitschew, russ. Finanzagent in Lon-don (1905).
- XX, S. 693.
- Tatjana Nikolajewna, Großfürstin von Rußland, zweite Tochter Kaiser Nikolaus' II.
- XXV, S. 449.
- Tattenbach, Graf von, Gesandter in Tanger 1889/95, in Lissabon 1897 bis 1908, interimistischer Leiter der Gesandtschaft in Tanger 1905, Zweiter Delegierter auf der Konferenz von Algéciras 1906.
- XIX, S. 523. 525. 526. 527.
- XX, S. 272A. 273A. 279. 284. 285. 306. 307. 308. 320. 321. 321A. 322A. 328A. 335. 336. 339. 340. 343. 347. 349. 350. 354. 355. 356. 363. 365. 372. 375. 378. 379A. 380A. 382. 382A. 383. 385. 390. 392. 396. 427. 432. 434. 438. 439. 448A. 470. 471. 486. 488. 489. 490. 494. 496. 499. 500. 505. 506. 507. 509. 515. 516. 522. 524A. 525A. 529. 530. 530A. 533. 533A. 534. 536. 540. 541. 547. 548A. 550. 551. 552A. 555. 556. 565. 590. 617A. 678.
- XXI, S. 9. 14. 15. 15A. 17. 23. 26. 27. 27A. 30. 36. 37. 38. 38A. 39. 40. 41. 53. 54. 55. 61A. 93. 107. 108. 111. 113. 115. 121. 123. 126. 128. 130. 131. 137. 138. 140. 146. 149. 154. 157. 166. 176. 177. 205. 224. 225. 236. 237. 241. 243. 245. 246A. 248. 249. 258. 263. 277. 279. 285. 298. 301. 311. 323. 327. 332A. 335. 340. 347.
- XXIII, S. 17A.
- XXIV, S. 444.
- Tattenbach, Gräfin, Gemahlin des Ge-sandten in Lissabon.
- XXI, S. 347.
- Taube, Baron, Mitglied des russ. Mini-steriums des Äußern (1907, 1908).
- XXIII, S. 453. 473. 484. 495.
- XXV, S. 469. 475. 479.
- Taube, Graf, schwed. Gesandter in Berlin 1900/09.
- XXIII, S. 447. 448. 449. 457. 501. 534. 544. 545.
- Teck, Alexander Fürst von.
- XIX, S. 516.
- Teck, Alice Fürstin von, Gemahlin des Fürsten Alexander, geb. Prin-zessin von Großbritannien.
- XIX, S. 516A.
- Terrier, franz. Publizist.
- XX, S. 32.
- Teschen, s. Friedrich.
- Testa, Delegierter bei der türk. Dette publique (1906, 1908).
- XXI, S. 482.
- XXII, S. 358. 385.
- XXV, S. 256.
- Testa, niederländ. Gesandter in Madrid 1902/11, Delegierter auf der Kon-ferenz von Algéciras 1906.
- XXI, S. 122. 204.
- Tets van Goudriaan, van, niederländ. Minister des Äußern im Kabinett Rink 1905/08.
- XXIII, S. 476. 493. 494. 494A.
- Tewfik Pascha, türk. General, Botschaf-ter in Berlin 1897/1908.
- XXII, S. 174. 175. 221. 237. 238. 238A. 240. 257. 258. 297. 298. 298A. 304. 315. 347. 416. 433. 452. 457.

XXV, S. 510. 518. 521. 525. 530. 580.
581. 585. 586. 587. 588. 610A.
622.

Tewfik Pascha, türk. Minister des
Äußern in den Kabinetten Rifaat,
Saïd, Ferid und Kiamil Pascha
1895/1909.

XIX, S. 126. 127. 152. 155. 156. 157. 158.
XXII, S. 108. 109. 110. 115. 123. 126.
127. 132. 136. 163. 172. 199. 200.
224. 259. 269. 278. 279. 280.
282. 293. 294. 296. 299. 301.
305. 306. 308. 309. 310. 311.
312. 313. 314. 316A. 340. 344.
347. 348. 382. 393. 415. 425.
430. 454. 494. 497. 500. 507.
509. 510. 520. 521.

XXV, S. 192. 193. 194. 298. 323. 324. 585.

Thiel, Dragoman bei der Gesandtschaft
in Tokio (1904).

XIX, S. 260A. 397.

Thiers, Louis Adolphe, Präsident der
franz. Republik 1871/73.

XIX, S. 150.

Thompson, Vertreter der „Associated
Press“ in Petersburg (1906).

XXI, S. 530.

Thomson, franz. Marineminister in den
Kabinetten Rouvier, Sarrien und
Clemenceau 1905/08.

XX, S. 322. 402. 407.

XXI, S. 61. 561. 664.

XXIII, S. 115. 119.

XXIV, S. 245.

Tirpitz, Alfred von, Admiral, Staats-
sekretär des Reichsmarineamts
1897/1916.

XIX, S. 220. 221. 222. 253. 267A.
268A. 357. 358. 359.

XX, S. 14A.

XXII, S. 57.

XXIII, S. 39. 47A. 48A. 72. 90. 353.
370A. 372A. 375. 376. 378A.
379A. 558. 558A.

XXIV, S. 30. 30A. 36. 99A. 113A. 118.
124. 129. 148A. 149A. 158A.
162. 162A.

Tischendorf, von, Generalkonsul in
Algier (1905).

XX, S. 264A.

Tisza, Stephan Graf, ung. Minister-
präsident und Minister des Innern
1903/05.

XIX, S. 124. 124A. 125.

XXII, S. 11A.

Tittoni, ital. Minister des Äußern in
den Kabinetten Giolitti und
Fortis 1903/05, im Kabinett
Giolitti 1906/09.

XX, S. 12. 41. 42. 43. 44. 45. 46.
47. 48. 50. 50A. 51. 51A. 52.
53. 54. 55. 57. 59. 60. 61. 62.
64. 65. 66. 67. 68. 70. 73. 74.
75. 75A. 76. 77. 81. 85. 88. 95.
98A. 100. 113. 115. 116. 324.
324A. 325. 325A. 326. 390.
391. 391A. 415. 416. 425. 435.
436. 454. 455.

XXI, S. 34. 35. 37. 54. 169. 288. 288A.
336. 337. 357. 364A. 365. 371.
377. 378. 379. 380. 386. 387.
389. 391. 396. 400. 402. 403A.
417. 426. 427. 497. 498. 498A.
504. 504A. 505. 507. 536.

XXII, S. 51. 75. 109. 249. 250A. 257.
257A. 313. 314. 315. 316. 320.
427. 427A. 428. 470. 470A.
471. 473. 478. 506.

XXIII, S. 130. 133. 134A. 135. 139.
142. 153. 199. 199A. 200. 202.
203. 204. 206. 207. 208. 210.
228. 234. 273.

XXIV, S. 120. 147. 151. 152. 152A.
153. 153A. 193. 194. 435.

XXV, S. 296A. 309. 310. 310A. 327.
335. 336. 350. 366. 367A. 368.
371. 371A. 372. 373. 373A.
374. 388. 389. 393. 394. 404.
404A. 510. 524. 597. 598. 599.
600. 611.

Togo, japan. Admiral und Geschwader-
chef (1904).

XIX, S. 304.

XXII, S. 184. 184A.

Tomassi, ital. Hauptmann a. D. in türk.
Diensten (1904).

XX, S. 91.

Tores, Sid el, Vertreter des Sultans von
Marokko für Auswärtige Ange-
legenheiten in Tanger (1904,
1905, 1906, 1908), Delegierter
auf der Konferenz von Algéciras
1906.

XX, S. 197. 239. 243A. 247. 249.
260. 328. 335. 337. 399. 434.

XXI, S. 121. 204. 263. 279. 327. 332.
601. 602. 602A. 604. 605. 622.
624. 627. 631. 632. 634. 635.
651. 652. 653.

XXIV, S. 316.

- Tornielli Brusati di Vergani, Conte, ital. Botschafter in Paris 1895 bis 1908, Erster Delegierter auf der Zweiten Haager Friedenskonferenz 1907.
XX, S. 7. 101. 303. 304. 317. 320. 415. 416. 511.
- XXI, S. 67A. 280. 281. 291. 295. 296. 297. 343. 344. 358. 534.
- XXIII, S. 261. 262. 265. 278. 285. 290. 291. 293. 294. 295. 337. 338. 339. 340. 341. 345. 346.
- Touchard, franz. Vizeadmiral, Kommandant des Geschwaders des Westlichen Mittelmeers (1906).
XXI, S. 615. 625. 626. 633. 636. 637.
- Tovar, Graf von, portugies. Gesandter in Madrid 1902/11, Erster Delegierter auf der Konferenz von Algeciras 1906.
XXI, S. 123. 204.
- Tower, Charlemagne, amerik. Botschafter in Berlin 1902/07.
XIX, S. 101. 102. 103. 105. 106. 410. 561. 562. 564. 608. 616. 625A.
XXI, S. 574. 586.
- XXIII, S. 61. 104. 105. 110. 113. 124.
- Townley, Walter Beaupré, Botschaftsrat bei der engl. Botschaft in Konstantinopel 1903/05, in Washington 1905/06.
XIX, S. 609. 619.
XX, S. 623.
XXII, S. 199. 223.
- Trea, Ulad, marokk. Kaid.
XXIV, S. 295.
- Treitschke, Heinrich von.
XXIV, S. 95.
- Treloar, Sir William Purdie, Lord Mayor von London 1906/07.
XXI, S. 463. 464. 464A. 499. 512. 512A.
- Trench, Frederic John Arthur, engl. Oberst, Militärattaché in Berlin 1906/10.
XX, S. 647.
XXI, S. 436.
- Treutler, von, Gesandter in Christiania 1907/12, wiederholt Rat im Kaiserlichen Gefolge.
XXII, S. 60.
XXIII, S. 439A. 448. 449. 455A. 457. 458. 459.
XXV, S. 487A. 564. 564A.
- Triana, Perez, Zweiter kolumb. Delegierter auf der Zweiten Haager Friedenskonferenz 1907.
XXIII, S. 277.
- Tripolis, s. Redschi Pascha.
- Trolle, von, schwed. Minister des Äußern im Kabinett Lindman 1906/09.
- XXIII, S. 451. 452. 480. 490. 495.
- Truppel, Kapitän zur See, Gouverneur von Kiautschou (1904).
XIX, S. 248A.
- Tsai-Tien Kwangssü, Kaiser von China 1889/1908.
XIX, S. 537.
XX, S. 44.
XXV, S. 76.
- Tschang-Tschi-Tung, Generalgouverneur der chines. Provinz Liang-Hu (1902), Großsekretär des Staatsrats (1908).
XIX, S. 553.
XXV, S. 92. 93.
- Tscharykow, von, russ. Gesandter im Haag 1905/08, Dritter Delegierter auf der Zweiten Haager Friedenskonferenz 1907, Gehilfe des Außenministers 1908/09.
XXIII, S. 334. 335.
XXV, S. 314. 314A. 316. 317. 327. 334. 359. 362. 362A. 366. 367A. 417. 418. 437. 438.
- Tsching, chines. Prinz, Präsident des Tsungli Yamen (1904, 1907).
XIX, S. 651.
XXV, S. 67. 77. 92. 93.
- Tschirschky, von, preuß. Gesandter in Hamburg 1902/06, wiederholt Rat im Kaiserlichen Gefolge, Staatssekretär des A. A. 1906/07, Botschafter in Wien 1907/16.
XIX, S. 90A. 232A. 268. 268A. 271. 272. 273. 273A. 342. 342A. 452. 452A. 453. 462. 463. 464. 466. 467A. 469. 469A. 470. 471. 474. 475. 488.
XX, S. 8A. 117. 201A. 224. 225A. 469. 492. 492A.
XXI, S. 206A. 228. 256. 332A. 334A. 338A. 339A. 360. 363A. 364A. 374A. 376. 376A. 387. 448. 449. 461A. 532A. 567. 659. 678. 689A.
XXII, S. 24. 72A. 79. 79A. 81A. 83. 347. 348. 411A. 417. 418. 453. 456. 456A. 460A. 503A. 507A. 516A.

XXIII, S. 81A. 86A. 87A. 91. 93. 161.
257A. 378A. 404. 406. 425A.
435. 446. 466A. 485.

XXIV, S. 219. 221A. 236A. 238. 238A.
247. 345.

XXV, S. 5. 32A. 88. 214. 291A. 299.
349. 365. 369A. 372A. 401.
402. 406A. 473. 502A. 524.
536.

Tschirschky, von, Gemahlin des Bot-
schaffers in Wien.

XXI, S. 360.

Tschudi, Georg von, preuß. Hauptmann
a. D., marokk. Chefingenieur
1906/08.

XXI, S. 610. 642. 642A. 643. 643A.
661. 676.

XXIV, S. 315. 406.

Tseng Ku 'an-chan, chines. Gesandter
in Berlin 1906/07.

XXV, S. 74. 75. 81.

Tsudzuki, Keiroko, Erster japan. Dele-
gierter auf der Zweiten Haager
Friedenskonferenz 1907.

XXIII, S. 209. 271. 279.

XXV, S. 64.

Tsu-Hsi, Kaiserin-Mitregentin von
China (1904, 1907).

XIX, S. 110. 406A. 537.

XXV, S. 73. 76. 82. 86. 87. 92.

T'ubstan, Dalai Lama in Lassa 1876 bis
1910.

XIX, S. 655. 668.

Türkei, s. Abdul Hamid II.

Turin, s. Viktor.

Turkhan Pascha, türk. Minister der
Ewkafs (der den Moscheen und
frommen Stiftungen gehörenden
Güter) (1904, 1908).

XXV, S. 177. 362. 362A. 365. 366.
367A. 539.

Turnour, Viscount, Mitglied des engl.
Unterhauses (1906).

XXIII, S. 35.

Tweedmouth, Baron Edward Marjori-
banks, Erster Lord der engl. Ad-
miralität im Kabinett Campbell-
Bannerman 1905/08.

XXI, S. 187.

XXIII, S. 50A. 158. 159.

XXIV, S. 29. 36. 39. 41. 44. 47. 48.
49. 50. 50A. 51. 58. 101. 118A.
204.

XXV, S. 32.

Tyrrel, William George, Privatsekretär
des engl. Staatssekretärs des
Äußern Sir Edward Grey 1907
bis 1915.

XXII, S. 487.

XXIV, S. 65.

Uchida Yasuya, japan. Gesandter in
Peking 1902/06.

XIX, S. 103.

Üsküb, s. Schewket Pascha.

Ugron, ung. Deputierter.

XXI, S. 547.

Ular, Alexandre, franz. Journalist.

XX, S. 666A. 667.

XXI, S. 547.

Ungarn, s. Franz Ferdinand, Franz
Joseph I., Sophie.

Urussow, Fürst, russ. Botschafter in
Wien 1905/10.

XXV, S. 549. 574.

Vaffier-Pollet, Vertreter des Comité
du Maroc in Tanger (1905), Ver-
treter des Sultans Mulay Hafid
(1908).

XX, S. 335.

XXI, S. 20A.

XXIV, S. 288.

Valles, ital. Generalleutnant, Kom-
mandierender General in Neapel
(1904).

XX, S. 70. 71A.

Vallin, Chef des Privatkabinetts im
span. Staatsministerium (1908).

XXIV, S. 384. 384A.

Vasconcellos, de Carvalho e, portugies.
Gesandter in Rom 1897/1910.

XX, S. 94A.

Vassel, Konsulatsverweser in Fes (1904
bis 1908).

XX, S. 205. 210. 227. 237. 237A.
239. 240. 241. 244. 245. 247.
247A. 249. 251. 253. 255. 255A.
256. 256A. 258. 260. 261. 262A.
269. 271. 294. 307. 314. 321.
327. 335. 336. 337. 338. 339.
341. 363. 605. 608.

XXI, S. 142. 622. 627. 629. 637. 638.
639. 653. 671. 675.

XXIV, S. 167A. 168. 169. 171. 172.
172A. 175. 313. 378. 379. 381.
385. 387. 389. 392. 393. 396.
397. 398. 400. 405. 406. 407.
414. 416. 417. 418. 438. 440.

441 A. 446. 447. 448. 476. 481.
483. 484. 496.

Vassel, Frau, Gemahlin des Vorigen.
XX, S. 240.

Vernes, Vizepräsident der Bagdadbahngesellschaft in Paris (1906).
XXV, S. 222.

Verrand, franz. Oberst, kommandiert zur Teilnahme an der Reorganisation der mazedonischen Gendarmerie (1904, 1907).
XXII, S. 142. 475.

Viktor, Prinz von Italien, Graf von Turin.
XX, S. 70. 71 A.

Viktor Emanuel III., König von Italien seit 1900.
XIX, S. 142. 411.
XX, S. 37 A. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 47 A. 48. 49. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58 A. 59 A. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 67. 70. 73. 76. 78 A. 80. 81. 82. 89. 94. 97. 97 A. 98. 98 A. 100. 105. 112. 113. 114. 115. 116. 116 A. 117. 324. 324 A. 325 A. 372. 435. 436. 437. 454. 455.
XXI, S. 36. 56. 168. 231. 289. 355. 358. 359. 361. 363. 363 A. 371. 372. 373. 382. 383. 392. 393. 396. 400. 401. 408. 409. 463 A. 497 A. 499. 500 A. 501. 502 A.
XXII, S. 75. 245. 249. 428. 454. 496.
XXIII, S. 89. 90. 214.
XXIV, S. 193.
XXV, S. 403 A. 498. 500.

Viktoria, Königin von Großbritannien und Irland 1837/1901.
XIX, S. 215.
XXI, S. 110.
XXIV, S. 34. 173. 204.

Viktoria, Deutsche Kaiserin und Königin von Preußen, Gemahlin Kaiser Friedrichs III., Tochter der Königin Viktoria von England.
XIX, S. 12 A.
XX, S. 642 A.

Viktoria, Prinzessin von Battenberg, Gemahlin des Prinzen Ludwig, geb. Prinzessin von Hessen und bei Rhein.
XIX, S. 169.
XX, S. 645.

Viktoria, Prinzessin von Großbritannien und Irland, Tochter König Eduards VII.
XIX, S. 169.
XX, S. 645.
XXI, S. 108.

Viktoria Eugenie, Prinzessin von Battenberg, nachmal. Gemahlin König Alfons' XIII. von Spanien.
XXI, S. 267. 267 A.

Villaça, portugies. Minister des Äußern im Kabinett Castro 1904/06.
XXI, S. 443 A.

Villalobar, Marquis de, Erster Sekretär bei der span. Botschaft in London (1904).
XX, S. 3.

Villa-Urrutia, de, span. Staatsminister im Kabinett Villaverde 1905, Botschafter in London 1906/13.
XX, S. 326. 326 A. 327. 420. 421. 425. 425 A. 426. 603. 603 A. 654. 665.

XXIII, S. 124.

Villaverde, span. Ministerpräsident 1905.
XX, S. 421. 425 A. 426. 453 A.

Villiers, Francis Hyde, Hilfssekretär im Foreign Office 1896/1905.
XIX, S. 241. 637.
XXIII, S. 7 A.

Visconti Venosta, Marchese, ital. Minister des Äußern im Kabinett Rudini 1896/98, im Kabinett Pelloux 1899/1900, Erster Delegierter auf der Konferenz von Algeciras 1906.
XX, S. 51. 88. 99. 100.
XXI, S. 34. 35. 35 A. 36. 53. 54. 56. 57. 58. 59. 66. 66 A. 67. 67 A. 93. 99. 102. 102 A. 113. 115. 121. 122. 126. 128. 130. 136. 137. 141. 143. 145. 148. 149. 150. 154. 155. 158. 162. 163. 168. 169. 173. 175. 178. 204. 205. 215. 217. 223. 224. 230. 231. 234. 234 A. 235. 236. 238. 239. 243. 245. 249. 257. 258. 264. 265. 269. 271. 272. 272 A. 274. 276. 280. 281. 282. 286. 288. 289. 292. 293. 297. 298. 299. 300. 304. 330. 331. 333. 334. 334 A. 335. 336. 337. 342. 343. 344. 345. 346. 347. 348. 353 A. 357. 358. 364.

- Visconti Venosta, Marchesa, geb. Alfieri, Gemahlin des ital. Ministers.
XXI, S. 59.
- Vitali, Comte Georges, franz. Bauunternehmer.
XXV, S. 128. 195. 286.
- Vitelleschi, Marchese, ital. Senator (1906).
XXI, S. 334. 334A. 335. 345.
- Vivian, Henry, Mitglied des engl. Unterhauses (1906).
XXIII, S. 27. 29.
- Viviani, franz. Arbeitsminister im Kabinett Clemenceau 1906/09.
XXI, S. 534.
- Vogt, norweg. Gesandter in Stockholm 1906/10.
XXIII, S. 410.
- Wadjid Pascha, Divisionsgeneral im türk. Generalstab (1906).
XXV, S. 112A. 117.
- Waldemar, Prinz von Dänemark, jüngster Sohn König Christians IX.
XIX, S. 461.
- Waldemar, Prinzessin von Dänemark, s. Marie.
- Waldersee, Alfred Graf von, preuß. Generalfeldmarschall, Generalinspektor der 3. Armeeinspektion in Hannover 1898/1904, Oberbefehlshaber der verbündeten Truppen in Ostasien 1900/01.
XIX, S. 411.
- Waldorp, niederländ. Ingenieur in der Türkei (1907).
XXV, S. 258. 258A.
- Wales, s. Georg.
- Wallace, Sir Donald Mackenzie, Redakteur der „Times“ (1904, 1906, 1907).
XIX, S. 205. 636.
XXI, S. 78. 78A. 95. 95A. 98. 111. 123. 151.
XXIII, S. 154.
XXV, S. 22A. 38. 42.
- Walter, Arthur Fraser, Besitzer der „Times“ (1905, 1908).
XIX, S. 571. 572. 573. 574.
XX, S. 341. 646.
XXIV, S. 89.
- Walter, Vater des Vorigen.
XIX, S. 571.
- Wangenheim, Freiherr von, Erster Sekretär bei der Botschaft in Konstantinopel 1899/1904, Gesandter in Mexiko 1904/08, Geschäftsträger in Tanger 1908.
XIX, S. 12.
XXII, S. 137. 137A.
- XXIV, S. 133A. 304. 304A. 305. 305A. 307A. 324A. 325. 329. 329A. 335. 337. 338A. 341A. 378A. 385. 386. 387. 389. 392. 393A. 400. 414A. 416. 425. 433. 440. 448. 453. 458. 468A. 476A.
- Wanliss, engl. Major in Indien (1904).
XIX, S. 656.
- Warschauer.
XXIII, S. 164.
- Warzée d'Hermalle, Lemaire de, belg. Vizekonsul in Teheran (1908).
XXV, S. 170.
- Wedel, Botho Graf von, Erster Sekretär bei der Botschaft in Wien 1901 bis 1904.
XXII, S. 132A.
- Wedel, Karl Graf von, General der Kavallerie, Botschafter in Wien 1902/07, Statthalter in Elsaß-Lothringen 1907/14.
XIX, S. 121A. 131.
XX, S. 38.
XXI, S. 27A. 78. 78A. 79. 137. 138. 140. 145. 157A. 169A. 213. 224. 225. 228A. 274. 307. 376A. 386. 571A.
- XXII, S. 5A. 6A. 11A. 51. 77A. 79. 79A. 81. 114A. 117A. 118A. 127. 221. 318A. 411A. 422. 436A. 446.
- XXIII, S. 103A. 108A. 119. 129. 134A. 155A. 156A. 161A. 172A. 174A. 175. 194A. 200A. 232. 243. 247A. 248. 249. 291A. 324. 325A. 480A.
- Wedel, Stephanie Gräfin von, Gemahlin des Grafen Karl, geb. Gräfin Hamilton.
XXIII, S. 480A.
- Wedel-Jarlsberg, norweg. Gesandter in Paris 1906/16.
XXIII, S. 407.
- Weede, van, Hofmarschall der Königin-Mutter Emma der Niederlande.
XX, S. 638A.
- Weil, Ritter von, Ministerialrat im österr.-ung. Ministerium des Äußern, Delegierter auf der Zweiten Haager Friedenskonferenz 1907.
XXIII, S. 108A. 133. 134. 219. 325A.

Weiss, Charles André, franz. Professor der Rechte an der Universität Paris (1903).

XXIV, S. 332.

Weitz, Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“ in Konstantinopel (1906).

XXII, S. 391.

Wekerle, Alexander, ung. Ministerpräsident und Finanzminister 1906/10.

XXI, S. 363. 363A. 456A.

XXIII, S. 219.

XXV, S. 405.

Welitschkow, bulg. diplom. Agent in Belgrad 1902/04.

XIX, S. 122.

Welsersheimb, Rudolf Graf, österr.-ung. Botschafter in Madrid 1904 bis 1911, Erster Delegierter auf der Konferenz von Algeciras 1906.

XXI, S. 121. 127. 137. 140. 145. 148. 149. 150. 155. 158. 162. 163. 166. 167. 173. 175. 178. 204. 215. 217. 223. 224. 228. 228A. 229. 230. 235. 236. 238. 239. 243. 245. 249. 258. 261. 262. 264. 269. 270. 271. 272. 272A. 281. 282. 292. 298. 299. 306. 307. 307A. 308. 309. 310. 321. 322. 325. 326. 327. 330. 332. 332A. 334. 346. 348.

Wereschtschagin, russ. Maler.

XIX, S. 287.

Wermland, s. Gustav.

Wesselitzky, (Pseudonym „Argus“), Korrespondent der „Nowoje Wremja“ in London (1905, 1906, 1908).

XIX, S. 672.

XX, S. 693.

XXIV, S. 137.

XXV, S. 16. 38. 308. 309. 318. 337. 342. 365. 442. 442A. 443. 443A. 593.

Weth, preuß. Offizier in pers. Diensten, Studiendirektor an der Kriegsschule in Teheran (1905).

XXV, S. 103.

White, Arnold, engl. Marineschriftsteller (1904).

XIX, S. 332.

White, Henry, Erster Sekretär bei der amerik. Botschaft in London 1897/1905, Botschafter in Rom

1905/07, Erster Delegierter auf der Konferenz von Algeciras 1906.

XIX, S. 580.

XXI, S. 93. 99. 102. 113. 114. 115. 121. 127. 130. 135. 136. 137. 141. 143. 145. 148. 149. 150. 151. 155. 158. 162. 163. 164. 173. 175. 177. 178. 204. 234. 236. 258. 278. 282. 289. 301. 309. 310. 321. 323. 324. 325. 328. 330. 345. 346. 347. 348.

XXIII, S. 104. 105. 105A. 106. 107.

White, Herbert Edward, Sekretär bei der engl. Gesandtschaft in Tanger (1905, 1908).

XX, S. 250. 602. 602A.

XXIV, S. 314. 326. 406. 407. 434.

White, Sir William, engl. Botschafter in Konstantinopel 1887/91.

XXV, S. 235.

White, Sir William Henry, Direktor der Schiffsbauten in der engl. Admiralität 1885/1902.

XXIII, S. 36. 38.

Wied, Wilhelm Prinz zu, preuß. Leutnant (1905).

XX, S. 533.

Wigham, engl. Publizist, Mitarbeiter des „Standard“ (1906).

XXV, S. 202. 206.

Wilhelm I., Deutscher Kaiser (seit 1871) und König von Preußen 1861/88.

XIX, S. 62. 463.

XX, S. 47A. 98.

XXII, S. 297. 425.

Wilhelm II., Deutscher Kaiser und König von Preußen 1888/1918.

XIX, S. 3. 4. 4A. 5. 6. 7. 8. 8A. 9. 12. 12A. 16. 16A. 17A. 25. 26. 26A. 29. 33. 34. 38A. 43. 47. 48A. 52A. 53. 56. 59. 62. 62A. 63. 67. 67A. 68. 68A. 69. 70. 70A. 71. 73A. 75. 77A. 79. 79A. 82. 84A. 88A. 90A. 109. 110. 112. 112A. 113. 128. 130A. 131A. 132. 133. 148. 149. 159. 159A. 165. 166. 166A. 168. 181A. 182A. 183A. 186A. 187A. 188. 189. 191. 193. 195A. 199. 200. 204A. 206A. 210. 211. 216. 216A. 222. 223A. 224A. 225A. 232A. 235. 242A. 248A. 249A. 252. 257. 257A. 258. 259A. 265A. 268. 281A.

- 288A. 289. 289A. 290. 292.
294. 295. 296. 297. 303A. 304A.
307A. 308. 311. 318A. 320A.
324. 326. 327. 328A. 342. 343.
344. 347. 347A. 348. 349. 350.
353A. 354A. 355. 356. 357.
358. 360. 368. 371. 374. 374A.
377A. 379. 385A. 390A. 393A.
396. 403. 403A. 404A. 406.
406A. 408A. 411A. 412. 413.
414. 415. 417. 419. 422A. 425.
425A. 426. 427. 427A. 429.
429A. 435. 435A. 436. 438.
439. 439A. 440. 440A. 441.
442. 443. 445. 446. 446A. 447.
448. 449. 450. 450A. 452. 452A.
453. 454. 454A. 455. 456. 457.
458. 459A. 460A. 465. 466.
467. 467A. 468. 469. 469A.
470A. 471. 473A. 476. 477.
477A. 478A. 481. 481A. 482.
483. 483A. 484. 485. 486. 487.
488. 489. 490. 490A. 493. 493A.
494. 495. 499. 500. 501. 502.
503. 503A. 507. 508. 508A.
510A. 511A. 512A. 513A. 515A.
518A. 521. 526A. 528A. 536.
540. 541. 542. 546. 548. 556.
557. 563. 564. 567. 570. 575.
581. 583. 584. 585. 586. 587.
588. 590. 596. 602. 602A. 603.
604. 607. 608. 608A. 609. 610.
612. 614. 614A. 616. 616A.
617. 621. 621A. 622. 623A.
624. 625. 625A. 626. 628. 628A.
629A. 630. 630A. 669. 670.
671. 672. 673. 674A.
- XX, S. 8. 8A. 9. 10. 14A. 18. 20.
23. 23A. 33. 37A. 41. 44. 45.
46A. 47. 47A. 48. 63. 64. 67.
68. 70. 76. 81. 87. 94. 98A.
105. 106. 106A. 107. 108. 109.
109A. 110. 110A. 111. 112.
113. 114. 115. 116. 116A. 117.
117A. 118. 118A. 124. 145.
147A. 176. 199. 199A. 200.
201. 201A. 203. 205. 206. 208.
213. 224. 225A. 228. 259. 262A.
263A. 264A. 265. 267. 268.
269. 270. 272A. 277. 278A.
280. 281. 282. 283. 284. 284A.
285. 286. 287. 287A. 289A.
295. 295A. 300. 304. 304A.
305. 307A. 313. 314. 315. 316.
319. 321A. 325. 325A. 328.
330. 335. 336. 338. 340. 344.
347. 349. 352. 354. 360. 362.
362A. 369. 369A. 370. 372.
379. 380. 382A. 385. 386. 388.
390. 401. 406A. 409A. 426.
429. 430. 431. 434. 444. 456A.
465. 466. 467. 469. 473. 474.
475. 476. 480. 481. 482. 492.
492A. 493. 502. 508. 510. 514.
529. 541. 542. 558. 559. 561.
570. 572. 580A. 583. 590. 591.
591A. 596A. 597. 602A. 603.
603A. 608. 623A. 624A. 629.
630. 641A. 642. 643. 645. 645A.
646. 647. 649. 649A. 650. 650A.
652. 654. 655. 656. 657. 658.
659. 660. 660A. 666. 666A.
667. 674. 675. 679. 680. 681.
681A. 682. 683. 684. 685. 696A.
697. 698.
- XXI, S. 9. 10. 11. 13. 14. 16. 16A.
31. 38. 39. 41. 71. 72. 79. 79A.
80. 95A. 97. 98. 106. 108A.
124. 125A. 146. 153. 153A.
154. 157. 178. 179. 183. 190.
192. 197. 198. 200. 201. 202.
203. 204. 206A. 207. 210. 212.
228. 230. 230A. 231. 235. 253.
253A. 256. 259. 260. 261. 275.
276. 276A. 278. 287. 295. 300.
301. 302. 309. 312. 318. 319.
320A. 331. 332A. 333A. 334A.
339. 347. 358. 358A. 359. 360A.
362. 363. 363A. 371. 397. 426.
431. 436. 437A. 443. 447. 448.
448A. 449. 450. 451. 451A.
452. 453. 454. 455. 456A. 457A.
458. 459. 459A. 460. 463. 463A.
464A. 465. 465A. 467. 477.
479. 481. 482A. 484. 491. 496.
498. 504. 504A. 505A. 506.
507. 510. 511. 512. 512A. 513.
513A. 514. 514A. 518. 519.
519A. 530. 532A. 546. 551.
552. 553. 564. 564A. 565. 566.
568. 570. 570A. 571A. 572.
574. 577. 578. 585. 586. 588.
589. 589A. 591. 592. 593. 619.
646. 655. 686.
- XXII, S. 3A. 4. 5A. 6. 7. 11. 12. 14.
29. 31A. 35. 37A. 38A. 39.
41. 43. 45. 47. 48. 49. 49A.
61. 62. 67. 67A. 72. 73A. 79.
80A. 93. 113. 116. 136. 137.
158. 175. 272. 297. 298. 304.

- 304A. 326A. 390. 417. 419A.
421. 422. 425. 475. 493. 495.
- XXIII, S. 5A. 15. 16. 18. 20. 21. 27A.
36. 39A. 41. 52A. 75. 79. 80.
81A. 84A. 85A. 86. 87. 88.
89. 90. 91. 92. 93. 94. 105. 106.
107. 112. 146. 149. 151. 152.
153. 158. 160. 227A. 261A.
271. 273A. 301. 378. 378A.
379. 381A. 404. 404A. 405.
406. 407. 412. 412A. 417. 439A.
448. 449. 450. 457. 458. 463A.
464. 469. 470. 476. 477. 479.
484. 485. 489. 489A. 490. 490A.
491. 492. 503. 503A. 504. 505.
507. 521. 527. 534. 563. 564.
564A.
- XXIV, S. 5A. 7. 8. 10. 11. 13. 15. 15A.
16. 16A. 17. 17A. 18. 20. 21A.
25A. 27. 32A. 34A. 36. 39.
40. 41. 43. 44. 47. 47A. 48.
49. 50A. 51. 52. 54. 63. 64.
71. 76. 76A. 77. 81. 82. 83.
87A. 91A. 99A. 101. 104. 113A.
117. 118. 119. 120A. 125A.
129. 130. 131. 134. 134A. 136.
136A. 138. 138A. 142. 143.
145. 148A. 149A. 154. 154A.
155A. 158. 158A. 159A. 161. 162.
162A. 167. 167A. 168. 169. 170.
170A. 171. 172. 173. 174. 175.
176. 177. 177A. 178. 178A.
180A. 181A. 182A. 183. 183A.
184. 185. 188. 188A. 190A. 191.
191A. 192. 195. 199A. 200A.
201. 201A. 202. 203. 204. 204A.
205. 205A. 206. 207. 208A.
209. 210. 210A. 221. 221A.
229. 232. 238. 260. 260A. 276A.
297A. 325. 343. 343A. 358.
365. 366. 366A. 367. 368A.
369. 370. 370A. 373A. 388.
388A. 389. 406. 430A. 440. 441.
441A. 454. 458A. 476. 492.
- XXV, S. 5. 16. 18. 37. 37A. 38. 46.
48A. 58. 62A. 72. 78. 79. 80.
80A. 89A. 91. 93. 94. 116.
117. 149. 161A. 171. 202A.
223. 234. 235. 238. 253A. 260.
261. 261A. 262A. 263. 263A.
267. 271. 275. 280. 296A. 312.
337. 346. 347. 362A. 364. 366.
367. 367A. 375A. 376. 377.
378. 403A. 404A. 444. 444A.
445. 451A. 454. 455. 456. 456A.
- 457A. 462. 463. 464. 465. 466.
466A. 467. 468. 471. 471A.
474. 480. 483. 486A. 487. 487A.
488. 490A. 502A. 539. 564.
564A. 565A. 580. 583. 584. 585.
589. 594. 595. 595A. 596. 596A.
608. 608A. 609. 610.
- Wilhelm, Kronprinz des Deutschen
Reiches und von Preußen, älter-
ster Sohn Kaiser Wilhelms II.
- XIX, S. 396. 398. 400. 401. 403. 407.
413. 414. 414A. 419A. 461A.
- XX, S. 379A. 402A. 408A. 655A.
660. 660A. 661.
- XXIII, S. 403A.
- Wilhelm, Prinz von Schweden, Herzog
von Södermanland, zweiter Sohn
König Gustavs V.
- XXIII, S. 454. 545.
- Wilhelmina, Königin der Niederlande
seit 1890.
- XX, S. 638. 638A.
- XXIII, S. 476. 493. 494. 494A. 503.
503A. 504. 549. 564.
- XXV, S. 479. 480.
- Wilkinson, engl. Arzt beim Sultan
von Marokko (1908).
- XXIV, S. 445.
- Willcocks, Sir William, engl. Ingenieur.
- XXV, S. 179. 188. 188A. 189. 199.
- Willisch, Chef des Chiffrierbureaus des
A. A. (1909).
- XXIV, S. 180A.
- Wilson, Sir Arthur Knyvet, engl. Admi-
ral, Chef der heimischen Flotte
(1904, 1905).
- XIX, S. 363. 674A.
- Wirenus, russ. Konteradmiral, Ge-
hilfe des Chefs des Generalstabs
der Marine (1904).
- XIX, S. 244. 275.
- Witte, Graf (seit 1905), russ. Finanz-
minister 1892/1903, Präsident
des Ministerkomitees 1903/05,
Bevollmächtigter bei den Frie-
densverhandlungen in Ports-
mouth 1905, Ministerpräsident
1905/06.
- XIX, S. 32A. 167. 182. 182A. 184.
194A. 196. 196A. 197. 198.
199. 200. 201. 202. 202A. 203.
203A. 204. 316. 384. 386. 386A.
387. 388. 416. 417. 426. 426A.
427. 427A. 428. 436. 438. 442.
444. 446. 446A. 447. 448. 450.

458. 458A. 467. 467A. 468.
469. 472. 473. 473A. 474. 493A.
499. 501. 503. 503A. 504. 505.
505A. 506. 507. 508. 509. 510.
510A. 511. 511A. 515. 518.
518A. 519. 520. 521. 521A.
523. 527. 611. 611A. 614A.
615. 615A. 619. 621. 624. 625.
626. 635. 663. 669.
XX, S. 579. 579A. 580. 580A. 581.
582. 583. 584. 585. 587. 588A.
590. 590A. 591. 591A.
XXI, S. 192. 193. 194. 195A. 197.
198. 199. 200. 201. 213. 235.
252. 254. 275. 275A. 313. 314A.
316A. 319. 320. 430A.
XXII, S. 25. 25A. 26. 44.
XXIII, S. 76.
XXV, S. 6. 213.
Witthöft, russ. Admiral (1904).
XXII, S. 184A.
Wladimir, Großfürstin, s. Maria Paw-
lowna.
Wladimir Alexandrowitsch, Groß-
fürst von Rußland, zweiter Sohn
Kaiser Alexanders II.
XIX, S. 323.
XXI, S. 448.
XXII, S. 77A.
Wolf, preuß. Rittmeister a. D. in
marokk. Diensten (1907, 1908).
XXI, S. 661. 676.
XXIV, S. 406.
Wolf, Lucien, engl. Journalist, Mitar-
beiter der „Times“ (1906, 1907,
1908).
XXI, S. 461A.
XXIII, S. 475. 509. 560. 561.
Wolff, Theodor, Korrespondent des
„Berliner Tageblatts“ in Paris
(1905), Chefredakteur des „Ber-
liner Tageblatts“ seit 1906.
XX, S. 305A. 312.
XXI, S. 686. 686A. 687.
Wrangel, Graf, schwed. Gesandter in
London 1906/20.
XXIII, S. 441. 446. 523.
Wu ting-fang, chines. Gesandter in Wash-
ington 1908/09.
XXV, S. 74. 78. 81. 94.
Wyndham, George, Chef-Sekretär für
Irland in den Kabinetten Salis-
bury und Balfour 1900/05.
XXIV, S. 108.
Wyndham, Guy Percy, engl. Oberst,
Militärattaché in Petersburg
(1907).
XXV, S. 49.
Yamagata, Marquis, japan. Feldmar-
schall, Chef des Generalstabs
(1904).
XIX, S. 395. 396. 398.
Yamamoto, japan. Admiral (1907).
XXI, S. 519.
XXV, S. 64.
Yerburgh, Robert Armstrong, Präsi-
dent der engl. Royal Navy Lea-
gue (1907).
XXIII, S. 25.
Yintschang, chines. Generalleutnant,
Gesandter in Berlin 1901/05.
XIX, S. 110. 112A. 406. 406A.
XXV, S. 86. 87. 90. 91.
Younghusband, George John, engl.
Oberst, Leiter der Tibet-Expedi-
tion 1905.
XIX, S. 655.
Yuan-Schi-Kai, Generalgouverneur der
chines. Provinz Tschili, Mitglied
des Reichsrats (1904), Präsident
des Waiwupu (1907).
XIX, S. 97. 108. 113.
XXV, S. 69. 74. 76. 81. 82. 86. 92.
93. 94. 95. 96.
Zakur, ben, Marokkaner.
XX, S. 202.
Zanardelli, ital. Ministerpräsident 1901
bis 1903.
XX, S. 44A. 48. 50. 55. 61. 80. 82.
100.
XXI, S. 34.
XXII, S. 245.
XXIV, S. 193.
Zander, Kurt, Generaldirektor der Ana-
tolischen Eisenbahngesellschaft
(1904), Zweiter Direktor der
Deutschen Bank (1905).
XXII, S. 390. 391.
XXV, S. 178. 178A. 180. 185. 186.
190. 197. 204. 205. 212. 213. 247.
248. 248A.
Zedlitz und Neukirch, Oktavio Frei-
herr von, Mitglied des preuß.
Abgeordnetenhauses.
XXIV, S. 210. 210A.

- * Zeki Pascha, Chef des türk. Artilleriewesens (1904), Chef des IV. Armeekorps (1906).
 XIX, S. 137. 153. 156.
 XXV, S. 112A. 116. 117.
 Zia Pascha, türk. Finanzminister (1906, 1908).
 XXII, S. 383. 384.
 XXV, S. 280.
 Zihni Pascha, türk. Minister für Handel und öffentliche Arbeiten (1908).
 XXV, S. 280.
 Zimmermann, Alfred, Vortragender Rat im A. A. 1905/10.
 XXV, S. 381A.
 Zontschew, bulg. Bandenführer in Mazedonien.
 XIX, S. 128.
 Zorn, Philipp, Professor für Völkerrecht an der Universität Bonn, wissenschaftlicher Delegierter auf der Zweiten Haager Friedenskonferenz 1907.
 XXIII, S. 72. 257A.
 Zucculin, österr.-ung. Oberstleutnant, Militärattaché in Rom (1904).
 XIX, S. 90.
 XXI, S. 411.

